

**Die Entwicklung der ostdeutschen Tagespresse nach 1945. Bruch oder Übergang?**

Dissertation

zur Erlangung des sozialwissenschaftlichen Doktorgrades  
der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Göttingen

vorgelegt

von

Stefan Matysiak  
aus Zeven (Kr. Rotenburg/Wümme)  
Göttingen, 2004

1. Gutachter: Prof. Dr. Jörg Aufermann
  2. Gutachterin: Prof. Dr. Elisabeth Klaus
  3. Gutachter: Prof. Dr. Karl Heinrich Kaufhold
- Tag der mündlichen Prüfung: 5. Mai 2003

Göttingen, 31.5.04

## Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist das Ergebnis einer langjährigen theoretischen und praktischen Beschäftigung mit der ostdeutschen Tagespresse. Motivation und Perspektive der Arbeit ergaben sich u.a. aus meiner Examensarbeit und vor allem aus meiner redaktionellen Tätigkeit bei der Magdeburger Tageszeitung *Der Neue Weg* in den Jahren 1990/1991. Damals befand sich mit der ostdeutschen Gesellschaft auch das Zeitungswesen im Umbruch. Die Umbrüche in der Medienwirtschaft sind als Thema seither mein ständiger Begleiter.

Diese Arbeit wäre ohne die Hilfe anderer nicht möglich gewesen. Mein Dank für Anregungen, Rat und Kritik gilt meinem Betreuer, Herrn Prof. Dr. Jörg Aufermann. Auch meiner Zweitgutachterin Frau Prof. Dr. Elisabeth Klaus danke ich für die Unterstützung, insbesondere auch für das von ihr geleitete DoktorandInnen-Kolloquium. Besonderen Dank empfinde ich auch gegenüber Herrn Prof. Dr. Karl Heinrich Kaufhold, der mir das notwendige wirtschaftshistorische Rüstzeug vermittelte.

Einen unschätzbaren Beitrag zu dieser Arbeit leisteten Herr August Oberreuter, Herr Helmut Wulfert-Markert, Herr Thomas Friesecke und vor allem Frau Eva Falk, die mir Einsicht in Familienarchivalia gewährten und die für vielfältige wichtige Auskünfte zur Verfügung standen.

Für vielerlei Informationen und Hinweise auf Zeitungen, Akten sowie für die Überlassung von Kopien möchte ich, stellvertretend für viele andere mehr, danken: Frau Geiger, Stadtarchiv Dessau; Frau Baumhacker, Kreisarchiv Köthen, Frau Künzel, Kreisarchiv Weißenfels; Herrn Dr. Spuler, Internationales Zeitungsmuseum Aachen; Frau Scheffler, Museum Schloß Burg, Frau Wolf, Stadtarchiv Elsterberg; Herrn Dressel, Stadtarchiv Mittweida; Frau Groschwitz, Archiv der Ev.-Luth. Gemeinde Meerane; Frau Oehler, Stadtarchiv Crammitchau.

Carmen Klement, Anja Ortmann, Bernd Glebe, Kirsten Lornsen und Jochen Goens haben jeweils Teile dieser Arbeit kritisiert und mit Anregungen und Verbesserungsvorschlägen versehen. Dafür und für ihr offenes Ohr kann ich ihnen gar nicht genug danken. Jochen Goens danke ich darüber hinaus für seine Hilfe bei der Erstellung des Kartenmaterials, Regina Deinert für die Hilfe bei der Erstellung der Druckvorlage.

Diese Arbeit wurde von der Hans-Böckler-Stiftung finanziell und auch ideell gefördert. Den daran Beteiligten sei ebenfalls gedankt sowie nicht zuletzt auch meiner Familie.

Stefan Matysiak

---

1	Einleitung.....	6
1.1	Fragestellung.....	7
1.2	Quellen und Methoden.....	13
2	Ausgangsbasis: Die ostdeutsche Presse bis zum Kriegsende.....	19
2.1	Die Einbindung der alteingessenen Verlage in die NS-Presse.....	21
2.2	Die Entwicklung der NS-Parteipresse in Ostdeutschland.....	52
2.3	Zur nationalsozialistischen Durchwirkung der Presse.....	60
3	Alliierte Eroberung und deutscher Zusammenbruch.....	64
3.1	Zusammenbruchgesellschaft.....	65
3.2	Westalliiertes Einflussbereich in Ostdeutschland.....	67
3.3	Sowjetischer Einflussbereich.....	71
3.4	Wechsel der Besatzungshoheit.....	71
4	Presse unter der westalliierten Militärregierung.....	75
4.1	Die westalliierte Militärregierung.....	75
4.2	Funktion der Pressepolitik unter der westalliierten Besatzung.....	77
4.3	Armeebblätter für die deutsche Bevölkerung (Heeresgruppenzeitungen).....	81
4.4	Deutsche Zeitungen.....	86
4.4.1	Deutsche Zeitungen in den amerikanisch besetzten Gebieten.....	89
4.4.2	Deutsche Zeitungen in den britisch besetzten Gebieten.....	90
4.4.3	Titel- und Verlagstraditionen.....	93
4.4.4	Personelle Kontinuitäten.....	99
4.4.5	Inhalte.....	103
4.4.6	Nachrichtenquellen.....	127
4.4.7	Materielle Bedingungen der Zeitungsproduktion.....	129
4.4.8	Mediaangaben.....	132
	Auflagenzahlen.....	132
	Seitenumfänge.....	133
	Erscheinungsfrequenzen.....	134
4.5	Zur Pressestatistik der westalliierten Besatzungszeit.....	136
4.6	Die Rechtssituation der Poesstetätigkeit unter westalliiertes Besatzung.....	141
4.6.1	Rechtsgrundlagen.....	141
4.6.2	Genehmigungspraxis.....	153
4.6.3	Bedingungen der Gesetzesauslegung.....	169
4.7	Resümee: Zur westalliiertes Pressepolitik in Ostdeutschland.....	181

---

5	Presse während der frühen sowjetischen Besatzungsherrschaft.....	187
5.1	Sowjetische Besatzungsverwaltung und Besatzungspolitik .....	189
5.2	Blackout.....	196
5.3	Die sowjetische Militärpresse in Ostdeutschland.....	201
5.3.1	Sowjetische Nachrichtenblätter.....	202
5.3.2	Sowjetische Tageszeitungen für die deutsche Bevölkerung.....	208
5.4	Die deutsche Presse in der frühen sowjetischen Besatzungszeit.....	218
5.4.1	Lokale Zeitungsneugründungen.....	223
5.4.2	Wiedergründung traditioneller Zeitungen.....	231
5.4.3	Weiterführung von Zeitungen mit westallierter Genehmigung.....	239
5.5	Resümee: Zur Fortführung traditioneller verlegerischer Strukturen nach Kriegsende .....	258
6	Die Presseentwicklung nach der Stabilisierung der Besatzungsstrukturen.....	264
6.1	Das Ende der dezentralen Lokalpresse .....	265
6.2	Der Neuaufbau der deutschen Tagespresse.....	270
6.2.1	Die Presse der Arbeiterparteien .....	271
6.2.2	Die Presse der neuen bürgerlichen Parteien.....	284
6.2.3	Neue überparteiliche Verlage.....	293
6.3	Die Beteiligung der Traditionsverleger am Neuaufbau der Presse.....	297
6.3.1	Anzeigen- und Bekanntmachungsblätter als Ersatz für Lokalzeitungen.....	299
6.3.2	Beteiligung alteingesessener Verleger am Aufbau der Tagespresse .....	322
6.3.3	Zur Beschlagnahmung und Enteignung von Zeitungsbetrieben .....	341
6.4	Resümee: Zur Bedeutung der traditionellen Verlage für den Presseneuaufbau .....	349
7	Zusammenfassung: Bruch oder Übergang? .....	354
8	Abkürzungsverzeichnis .....	363
9	Abbildungsverzeichnis .....	366
10	Tabellenverzeichnis.....	368
11	Literatur- und Quellenverzeichnis .....	369
11.1	Literatur.....	369
11.2	Autobiografische Aufzeichnungen.....	389
11.3	Interviews und Auskünfte .....	390
11.4	Benutzte Archivalia.....	391

# 1 Einleitung

*»Im Jahre Null kam Jesus zur Welt.«*

(Kinderhirtenbrief des Bistums Limburg)

Bilder, die einen vollständigen Neuanfang der deutschen Presse nach dem Zweiten Weltkrieg illustrieren, prägen bis heute sowohl die ost- als auch die westdeutsche Pressegeschichte. Für das westdeutsche Mediensystem vermittelte vor allem die Formel einer ›Stunde Null<sup>1</sup>‹ oder eines ›Jahres Null<sup>2</sup>‹ den Eindruck eines großen Bruchs, der das nationalsozialistische Presse-system von der nach 1945 entstandenen Demokratie trennte. Eine solche Formel »beinhaltet sowohl Vorstellungen vom totalen Zusammenbruch und der Infragestellung der bisherigen historischen Entwicklung Deutschlands als auch die Hoffnung auf einen mit diesem radikalen Kontinuitätsbruch verbundenen völligen Neuanfang.«<sup>3</sup> Die Westalliierten setzten nach diesen Vorstellungen eine vollständige Schließung der Presse durch (›Blackout‹), der den Nullpunkt der Erneuerung markiert. In Ostdeutschland entsprach diese ›Stunde Null‹ RAUES Begriff des ›Vakuums‹, bei dem ebenfalls nach einem totalen Bruch ein vollständiger Neuaufbau der Presse folgte.<sup>4</sup>

Auch abseits der Pressegeschichtsforschung diente die Formel der ›Stunde Null‹ dazu, den Bruch und gesellschaftlichen Neuanfang der Nachkriegsgesellschaft begrifflich zu fassen, wurde zugleich aber auch regelmäßig in Frage gestellt. »Daß es kein totaler Neubeginn war, [...] ist heute schon beinahe ein Gemeinplatz,«<sup>5</sup> obwohl allerdings der »konkrete empirische Nachweis der These von den vielfältigen Kontinuitäten über 1945 hinweg« fehlt.<sup>6</sup> Neuerdings wird in der Kommunikationswissenschaft wieder nach Kontinuitäten gesucht, die über diese ›Stunde Null‹ hinweg reichten. In diesen Forschungen ist es aber bislang vor allem um personelle Kontinuitäten gegangen, etwa bei den Journalisten<sup>7</sup> oder bei den Zeitungs-

---

<sup>1</sup> Bei Harold Hurwitz (1972) bereits im Titel: »Die Stunde Null der deutschen Presse. Die amerikanische Pressepolitik in Deutschland 1945-1949.«

<sup>2</sup> Auch bei Hans Habe (1977) bereits im Buchtitel: »Im Jahre Null« (erstmal erschienen 1966).

<sup>3</sup> Kleßmann <sup>5</sup>1991, S. 37.

<sup>4</sup> Raue 1983, S. 47.

<sup>5</sup> Kleßmann <sup>5</sup>1991, S. 37.

<sup>6</sup> Kleßmann <sup>5</sup>1991, S. 567. (Dort auch kurze nähere Angaben zur Rezeption dieser Nachkriegsepoche.)

<sup>7</sup> Siehe zuletzt etwa die Darstellungen von Weiß 2001 und Hachmeister/Siering 2002.

wissenschaftlern.<sup>8</sup> Nur vereinzelt gerieten neben den personellen Kontinuitäten auch unternehmerische Kontinuitäten in das Blickfeld: So z.B. als im Falle der Nachrichtenagentur ›Evangelischer Pressedienst‹ (epd)<sup>9</sup> und bei Bertelsmann<sup>10</sup> öffentlich wurde, dass in der Firmengeschichte die nationalsozialistische Vergangenheit verfälscht worden war. Vereinzelt wurde auf die Weise daran erinnert, dass in der Nachkriegszeit der Bruch zur Vorkriegszeit nicht vollständig war.

## 1.1 Fragestellung

In den bisherigen Forschungen wurde nicht nur für die Entwicklung der *ostdeutschen* Tagespresse, sondern für *beide* Teile Deutschlands davon ausgegangen, dass die Presse auf der strukturellen Ebene von den Besatzungsmächten weitgehend erneuert wurde. In ihren ostdeutschen<sup>11</sup> und westdeutschen<sup>12</sup> Besatzungszonen sorgten die westalliierten und sowjetischen Militärbehörden nach der Eroberung mit einem (›Blackout‹ genannten) umfassenden Druckverbot für eine sofortige Schließung der Presse, was die Voraussetzung für den radikalen Bruch in der Presseentwicklung bildete und eine weitgehende Entnazifizierung einleitete. Dieser Neuaufbau sei, so die Forschung, nicht nur beim Personal, sondern bis hin zur unternehmerischen Ebene und bei den Zeitungsnamen deutlich geworden. So seien während der Besatzungszeit sämtliche traditionellen Zeitungsnamen verboten und nicht nur die *nationalsozialistischen* Zeitungsunternehmen enteignet worden, sondern es wurden grundsätzlich *alle* Verlage von der Beteiligung an der Nachkriegspresse ausgeschlossen, die zwischen 1933 und 1945 noch Zeitungen verlegt hatten.<sup>13</sup>

Der ostdeutsche Neuaufbau gilt als besonders konsequent, da er neben der Entnazifizierung zugleich den sozialistischen Wandel der Eigentumsformen einschloss. Nach den bisherigen Darstellungen folgten auf den am 8. Mai 1945 durchgesetzten Blackout der Presse für einige Wochen lediglich sowjetische Militärblätter, aus denen sich die Bevölkerung

<sup>8</sup> Etwa unlängst auf der Jahrestagung der Fachgruppe Kommunikationsgeschichte in der DGPK (Von der Zeitungs- zur Publizistikwissenschaft: Kontinuitäten und Umbrüche, Dortmund, Institut für Zeitungsforschung, 18. und 19.01.2002), die auf eine von Pöttker 2000 angestoßene Debatte zurück ging. (Diese Debatte ist dokumentiert in: [www.dgpuk.de/aktuell/poettker/poettker.htm](http://www.dgpuk.de/aktuell/poettker/poettker.htm) (5.7.02).)

<sup>9</sup> Ende Juni 2002 berichtete epd-Medien in einem Sonderheft über das »Ende einer Zweckklüge: das angebliche NS-Verbot des epd 1937« (siehe Lilienthal 2002).

<sup>10</sup> Bertelsmann setzte nach öffentlicher Kritik an seiner NS-Vergangenheit eigens eine ›Unabhängige Historische Kommission zur Erforschung der Geschichte des Hauses Bertelsmann im Dritten Reich‹ ein. Eine kritische Zusammenfassung der Entstehung bei Fitzel 2000.

<sup>11</sup> Vgl. etwa Raue 1986, S. 32; Raue 1983, S. 76; Hering/Kohlmann 1979, S. 15; Claus 1960, S. 37; Koszyk 1986.

<sup>12</sup> Vgl. etwa Koszyk 1986, S. 23ff.; Zink 1957, S. 235; Eschenburg 1981, S. 143; Pürer/Raabe 1994, S. 92; Hurwitz 1972, S. 40.

<sup>13</sup> Siehe etwa Pürer/Raabe 1994, S. 92; Greuner 1962, S. 61-64.

informierte. Erst am 13. Juni 1945 sei dann mit der kommunistischen *Deutschen Volkszeitung* wieder eine deutsche Presse erschienen. Diese Nachkriegsblätter hatten allesamt keinerlei Bezüge mehr zur Vorkriegszeit. In der DDR sei dabei eine neue Presse entstanden, die nicht mehr von Privatpersonen, sondern von Parteien und Verbänden herausgegeben wurde.<sup>14</sup> Während in Westdeutschland die von den westalliierten Militärregierungen mit einem Arbeitsverbot belegten Zeitungsverleger nach der Gründung der Bundesrepublik die Gelegenheit hatten, in das Zeitungsgeschäft zurückzukommen,<sup>15</sup> wurde beim Neuaufbau der ostdeutschen Presse vor allem die frühzeitige und dauerhafte Veränderung der Eigentumsverhältnisse betont: »Der eklatanteste Unterschied der sowjetischen zur westlichen Pressepolitik war die auf Dauer durchgeführte Beschlagnahmung und Enteignung allen verlegerischen Eigentums, das im Juli 1945 auf die deutschen Zentralverwaltungen in der SBZ übertragen wurde.«<sup>16</sup> Mit diesem radikalen Eingriff in die Eigentumsstruktur sei so in Ostdeutschland im Sommer 1945 eine sozialistische Verlagslandschaft entstanden. Nach der Enteignung konnte in der sowjetischen Zone »keiner der alten Verleger [...] darauf rechnen, eines Tages wieder in den Besitz seiner Produktionsmittel zu gelangen.«<sup>17</sup> Als zentral für diese Darstellungen der ostdeutschen Pressegeschichte der Nachkriegszeit gelten die Werke von RAUE und KOSZYK. Günter RAUE untersuchte in seiner »Geschichte des Journalismus in der DDR« aus dem Jahr 1986 die Zeit von 1945 bis 1961,<sup>18</sup> während sich Kurt KOSZYK in seiner Monografie »Pressepolitik für Deutsche« aus dem selben Jahr ausführlich allen vier Besatzungszonen für die Zeit von 1945 bis 1949 widmete.

Ein erstes Indiz dafür, dass die in beiden Werken beschriebene Entwicklung der ostdeutschen Nachkriegspresse eine Eindeutigkeit der Abläufe lediglich vorspiegelt, fand sich in den für die Werbewirtschaft in den 1940-er Jahren herausgegebenen Pressehandbüchern.<sup>19</sup> Auch wenn diese Nachschlagewerke nur ein unvollständiges Bild der gesamten Presse der Nachkriegsjahre geben können, wurde in ihnen eine Vielzahl von alteingesessenen Verlagen aufgelistet, die sich – im Widerspruch zur Pressegeschichtsforschung – offenbar weiter betätigen konnten. Zu den noch 1947 aufgelisteten Zeitungen gehörten etwa die Traditionsblätter

<sup>14</sup> Vgl. u.a. Koszyk 1999, S. 47ff.

<sup>15</sup> Vgl. Schütz 1999, S. 109f. – »Eine Rückkehr oder Wiederaufnahme älterer Titel gab es hier und da erst, als der alliierte Einfluß mit der Gründung der Bundesrepublik verschwand.« (Wilke 1999a, S. 16f.)

<sup>16</sup> Koszyk 1999, S. 47.

<sup>17</sup> Koszyk 1986, S. 331, der damit bis in die Formulierungen Raue 1966, S. 51, folgt. Vgl. im selben Sinne auch Meyn 1971, S. 34; Pürer/Raabe 1994, S. 92.

<sup>18</sup> Die Arbeit ging auf ältere Forschungen zurück (siehe Raue 1966; Raue 1983).

<sup>19</sup> In der sowjetischen Besatzungszone erschien seit 1946 der »Zeitungs- und Zeitschriftenkatalog« des Berliner Werbedienstes der in seiner zweiten Auflage bereits recht umfangreiche Angaben zu den Auflagen, Anzeigenpreisen oder Erscheinungsweisen einzelner Verlagsprodukte gab (zitiert als BWD 1946; BWD <sup>2</sup>1947). 1947 kam in Leipzig in 62ster Auflage »Sperlings Zeitschriften- und Zeitungs-Adreßbuch« (zitiert als Siehe Sperlings <sup>62</sup>1947), im selben Jahr in Essen erstmals der »Stamm« (zitiert als Stamm 1947ff.).



*Nachrichten für Grimma* von 1813<sup>20</sup> oder das *Treuener Tageblatt* von 1856<sup>21</sup> In den beiden bereits erwähnten zentralen Werken zur ostdeutschen Nachkriegspresse wurden – nur beiläufig – weitere solcher Zeitungen genannt, deren Geschichte weit in die Vergangenheit zurückreicht: So teilte RAUE in einer Fußnote mit, in der direkten Nachkriegszeit »gab es vorübergehend zahlreiche ›Ortsanzeiger‹, die unter Verantwortung der jeweiligen Selbstverwaltungsorgane vor allem lokale Informationen, amtliche Bekanntmachungen verbreiteten.« RAUE nannte ausdrücklich die *Stadt- und Landzeitung* aus Calbe, die *Delitzscher Allgemeine Zeitung*, eine *Mitteldeutsche Zeitung* aus Halle, die *Nachrichten für Auerbach, Rodewisch und Umgebung*, eine *Oberlausitzer Rundschau* aus Görlitz, das *Mylauer Tageblatt und Anzeiger* und als Beispiel für »ausgesprochene Anzeigenblätter« den *Wurzener Anzeiger*.<sup>22</sup> In Westdeutschland griff KOSZYK diese Fußnote auf, ließ aber in seiner Auflistung der ›Ortsanzeiger‹ ausgerechnet diejenigen von RAUE genannten Zeitungsnamen beiseite, die für längere Zeitungstraditionen standen: »Selbst in der Region, wie in Calbe, Delitzsch, Halle (Mitteldeutsche Zeitung), Auerbach, Görlitz (Oberlausitzer Rundschau) und Mühlau wurden solche Blätter herausgegeben, dazu vereinzelt ausgesprochene Anzeigenblätter, wie in Wurzen, die anscheinend mit dem politischen Konzept der Sowjetischen Militäradministration gar nichts zu tun hatten.«<sup>23</sup>

Hinweise gab es in den Pressehandbüchern jedoch nicht nur zu Zeitungen, die offenbar bruchlos das Kriegsende überdauert hatten, sondern auch zu einem unbekanntem Phänomen der amerikanischen Pressepolitik, das eine Verbindung dieser Besatzungsmacht mit Ostdeutschland herstellte. Ohne dass der zeitweise Aufenthalt westallierter Truppen in Ostdeutschland in der Folgezeit von der Pressegeschichtsschreibung je aufgegriffen worden wäre, nannte SPERLINGS <sup>62</sup>1947 eine Zeitung namens *Altenburger Echo*, die laut Handbuch als »Mitteilungsblatt der amerikanischen Militärregierung und der Behörden des Stadt- und Landkreises Altenburg« diente<sup>24</sup> und dadurch nicht recht weder zum westdeutschen noch zum ostdeutschen Blackout der Medien passte. Die Pressepolitik der westallierter Truppen wurde durch diese Hinweise zum Teil der ostdeutschen Pressegeschichtsschreibung.

Da es sich bei diesen und einer Vielzahl weiterer Hinweise nicht um Druckfehler gehandelt haben konnte, muss überraschen, dass Fragen nach dem Hintergrund dieser Zeitungen nie gestellt worden sind.

<sup>20</sup> Siehe BWD 1946, S. 6; Handbuch der Deutschen Tagespresse <sup>61</sup>1937, S. 246.

<sup>21</sup> Siehe BWD 1946, S. 8; Handbuch der Deutschen Tagespresse <sup>61</sup>1937, S. 257.

<sup>22</sup> Raue 1983, Anm. 114, S. 229f. – Auf eine längere Geschichte konnten zurückblicken: die *Stadt- und Landzeitung* (\*1875), die *Delitzscher Allgemeine Zeitung* (1924–28); *Mylauer Tageblatt und Anzeiger* (\*1875); *Wurzener Anzeiger* (*Wurzener Tageblatt und Anzeiger*, \*1833) (vgl. Handbuch der Deutschen Tagespresse <sup>61</sup>1937; ZDB-ID 2014936-0)

<sup>23</sup> Koszyk 1986, S. 344.

<sup>24</sup> Vgl. Sperlings <sup>62</sup>1947, S. 31.

Die vorangegangenen Indizien weisen darauf hin, dass die Pressegeschichte der Nachkriegszeit nicht – wie behauptet – mit einem Blackout oder einem Vakuum begonnen hat. Die Entwicklung der ostdeutschen Vorkriegspresse brach offenbar nicht mit der Kapitulation am 8. Mai 1945 ab. Selbst wenn die Kriegszeit bis 1944 und die Besatzungszeit von 1946 bis 1949 nach Bohrmann als pressestatistisch »gut beschriebene Zeiträume«<sup>25</sup> gelten, so zeigt bereits ein kurzer Blick in die Handbücher, dass zur ostdeutschen Pressegeschichte offenbar ein großer Forschungsbedarf bestand und besteht.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, diesen Zeitungen<sup>26</sup>, die auf den ersten Blick nicht in das bisherige Bild der Pressegeschichte passen wollen, nachzuspüren. Dabei ist zu fragen, inwiefern in der Besatzungszeit alteingesessene Verlage weiter traditionelle Lokalzeitungen herausgeben konnten. In welchem Ausmaß überstanden Zeitungen oder Verlage das Kriegsende und die Enteignungen? Welche Rolle spielten die Zeitungen in der Nachkriegszeit und wie passten sie in das »politische Konzept der Sowjetischen Militäradministration«<sup>27</sup> Und schließlich: Inwieweit konnten die alteingesessenen Verlage gar einen Beitrag beim Aufbau eines neuen ostdeutschen Pressewesens leisten?

Auch den Hinweisen auf eine amerikanische Pressetätigkeit in Ostdeutschland musste im Rahmen dieser Untersuchung nachgegangen werden. Zu fragen ist auch hier, in welchem Ausmaß unter der westalliierten Herrschaft Zeitungen erscheinen konnten. Handelte es sich um traditionelle Zeitungen oder Neugründungen? Was waren die Gründe für ihre Genehmigung und wie lassen sich diese Zeitungen in die Pressegeschichtsschreibung einordnen? Dabei sollen die Wandlungen der Nachkriegspresse erfasst und – da Medien nicht isoliert von der Gesellschaft betrachtet werden können<sup>28</sup> – innerhalb ihres politischen und wirtschaftlichen Rahmens analysiert werden.

Die Arbeit folgt der These, dass gerade in Umbruchsituationen, wie sie die Endphase eines Krieges und die Nachkriegsphase darstellten, Medien für die Besatzungsarmee eine wesentliche Bedeutung für die Steuerung der Bevölkerung hatten.<sup>29</sup> Sie waren für die Propagandaabteilungen der Militärs so wichtig, dass deren Offiziere nach Angaben des US-Propaganda-

<sup>25</sup> Bohrmann 2001.

<sup>26</sup> Als »Zeitung« gelten dabei alle Druckwerke auf Zeitungspapier, die den Anspruch regelmäßigen Erscheinens hatten, unabhängig von ihrem Inhalt. Als »Tageszeitungen« gelten alle Zeitungen mit mindestens wöchentlich zweimaligem Erscheinen und universeller Berichterstattung (vgl. Schütz 1978, S. 58f.), außerdem jene Zeitungen, die durch den traditionellen Namen, die Jahrgangsnummerierung und Erklärungen des Verlages deutlich machten, dass ein entsprechendes verlegerisches Selbstverständnis bestand, dessen Verwirklichung von den Verlagen jedoch allein aufgrund der äußeren Umstände des Kriegsendes nicht erfolgen konnte. Zeitungen, die lediglich Anzeigen, amtliche Bekanntmachungen oder Lokalmeldungen druckten, werden als »Anzeigen-«, »Bekanntmachungs-« oder »Mitteilungsblatt« bezeichnet. Zeitschriften sind nicht Gegenstand dieser Darstellung.

<sup>27</sup> Koszyk 1986, S. 344.

<sup>28</sup> Vgl. Koszyk 1989, S. 50f; Aufermann et al. 1973, S. 173.

offiziers Hans HABE davon ausgingen, »daß man das besetzte Land keinen Tag ohne Zeitungen lassen könne«.<sup>30</sup> Dies machte eine großflächige Versorgung der Bevölkerung mit Zeitungen nötig, die in den Archiven Spuren hinterlassen haben mussten.

Eine Arbeit, die sich mit Kontinuitäten der Presse der Nachkriegszeit beschäftigt, muss naturgemäß mit der Presse der Vorkriegszeit beginnen, um eventuell vorhandene Verbindungen zwischen beiden Zeitphasen zeigen zu können.<sup>31</sup> Nach der Einleitung werden aus diesem Grund im zweiten Kapitel der Arbeit die wesentlichen Entwicklungen in der ostdeutschen Presse der Jahre 1932 bis 1945 beschrieben.<sup>32</sup>

Als die anglo-amerikanischen und sowjetischen Truppen im Frühjahr 1945 von Westen und Osten kommend das NS-Regime beseitigten, führte dies in der deutschen Gesellschaft zu Auflösungserscheinungen. Die dabei entstehende »Zusammenbruchgesellschaft«<sup>33</sup> wurde vom alliierten Militär nicht gemeinsam regiert, sondern die Westalliierten trugen im Westen die Verantwortung, die Rote Armee im Osten. Zur räumlichen Abgrenzung voneinander werden deshalb im dritten Kapitel jeweils die Besatzungsgebiete der beiden verbündeten Seiten umrissen und anschließend der Wechsel der Besatzungshoheit nachgezeichnet. Auf diese Weise sollen als Grundlage einer genaueren Analyse der militärischen Pressepolitik auch die jeweiligen Verantwortungsbereiche der Alliierten klar voneinander getrennt werden.

Das vierte Kapitel behandelt die Presse, die im *westalliierten* Machtbereich erschien. Nach einer Einführung in die Aufgaben der Militärregierung wird kurz die Funktion der von den Westalliierten betriebenen Pressepolitik dargestellt. In einem nächsten Schritt wird analysiert, inwieweit die bereits für die westdeutsche Pressegeschichte bekannten Militärzeitungen

<sup>29</sup> Zur Aufgabe der Propaganda siehe etwa Hartenian 1987; Matz 1969; Balfour 1979. Daneben habe Medien speziell in Umbruchsituationen für die Leserschaft wichtige Bedeutung für die Neuaushandlung des gesellschaftlichen Konsenses (vgl. Klaus 1995, S. 427ff.) sowie als allgemeines Informationsmedium.

<sup>30</sup> Habe 1977, S. 46.

<sup>31</sup> Vgl. Plettenberg 1979, S. 12.

<sup>32</sup> Umbruchphasen sind häufig mit territorialen Verschiebungen verbunden. Das gesamte Gebiet zwischen Oder und Elbe hat in den letzten Jahrzehnten zum Teil mehrfach Grenzänderungen erfahren (Vgl. dazu insbesondere John 2001). Diese gingen einerseits auf den Krieg und die damit einher gehenden Gebietsabtretungen zurück, andererseits waren sie Ergebnis von verschiedenen Gebietsreformen.

Entsprechend der heutigen politischen Realitäten und Begrifflichkeiten wird das Gebiet der früheren Sowjetischen Besatzungszone bzw. das Gebiet der früheren DDR auch für die Zeit vor 1945 als Ostdeutschland bezeichnet, ungeachtet der Tatsache, dass die Abtrennung der noch weiter östlich gelegenen Gebiete des Deutschen Reiches erst im Verlauf des Jahres 1945 erfolgte und damit für den ersten Teil der vorliegenden Arbeit noch eine deutsche Grenzziehung galt, die auch die preußischen Gebiete östlich der Oder umfasste. Diese Gebiete werden als »frühere deutsche Ostgebiete« oder mit den Provinznamen (Schlesien oder Pommern) bezeichnet.

Nach dem Krieg kam es in Ostdeutschland zu Gebietsreformen, bei denen 1945 in der sowjetischen Besatzungszone erst Länder geschaffen und dann 1952 zugunsten von Bezirken wieder abgeschafft wurden. Im Rahmen der Länderbildung kam es teilweise zu mehrfachen Namensänderungen. So wurden beispielsweise nach dem Krieg die Provinz Sachsen des Landes Preußen und das Land Anhalt erst zur Provinz Sachsen-Anhalt zusammen gefügt und anschließend in Land Sachsen-Anhalt umbenannt. Aus Gründen der Übersicht werden jeweils die heute gebräuchlichen Bezeichnungen gewählt, auch wenn es nach der Abschaffung der Länder 1952 und ihrer Neuerrichtung 1990 zu einigen kleinen Gebietskorrekturen kam.

<sup>33</sup> Kleßmann <sup>5</sup>1991, S. 37.

(Heeresgruppenzeitungen) auch in Ostdeutschland von Bedeutung waren. Daran schließt sich eine Untersuchung jener ostdeutschen Presse an, die zwischen April und Juli 1945 mit der Genehmigung der westalliierten Regierung erscheinen konnte. Die Zeitungen werden nach Kriterien wie Vorgeschichte, personelle Kontinuitäten, Inhalte oder Nachrichtenquellen möglichst umfassend beschrieben und ihre Funktion und Bedeutung in der Nachkriegszeit untersucht. Statistische Auswertungen sollen ergänzend einen Eindruck vom Ausmaß ihres Erscheinens vermitteln. Anschließend wird geschaut, ob und wie sich diese Blätter in den bislang bekannten militärrechtlichen Hintergrund einordnen lassen.

Wie die westalliierte Besatzungsmacht stand auch die Rote Armee Anfang Mai 1945 in einem vom Chaos beherrschten Land. Anders als die amerikanischen und britischen Militärs sollten sie langfristige Besatzungsaufgaben übernehmen. Der Aufbau einer stabilen Verwaltungsstruktur nahm jedoch wegen der Kriegsbedingungen geraume Zeit in Anspruch: Insbesondere die ersten Besatzungswochen waren vor allem durch provisorische Maßnahmen zur Sicherung und Verwaltung ostdeutscher Städte und Landkreise geprägt. Im fünften Kapitel wird deshalb (nach einer kurzen Einführung in die besonderen Bedingungen während der sowjetischen Besetzung) untersucht, wie sich die Presse in dieser frühen Phase der Besetzung entwickelte, die etwa bis Juli 1945 dauerte. Dazu werden die groben Züge der Besatzungsplanung und die Pressepolitik analysiert. Gefragt wird insbesondere, inwieweit der Gedanke des »Blackouts« die Rote Armee beherrschte und welche Rolle sowjetische Militärblätter beim Informieren der Bevölkerung spielten. Vor allem wird jedoch jene deutsche Presse untersucht, die in der Anfangszeit der sowjetischen Besetzung erscheinen konnte.

Das sechste Kapitel befasst sich mit der Entwicklung der Presse in jener Zeit, als die provisorische Militärverwaltung durch eine stabile und zentral geleitete Besatzungsbehörde abgelöst wurde und damit ein planmäßiger Um- und Neuaufbau der ostdeutschen Gesellschaft erfolgen konnte. Gefragt werden muss hier, in welchen Schritten der Neuaufbau erfolgte und welche Rolle die alteingesessenen Verlage bei diesem Neuaufbau spielten. Dazu wird eingangs geschaut, welchen Einfluss die neue Militärverwaltung auf die zuvor bestehende Presse hatte. Anschließend wird der Aufbau der neuen ostdeutschen Presse beschrieben. Dabei wird untersucht, wie hoch die Verbreitung der damals neu entstandenen Zeitungen war und wie sich das Mediensystem weiterentwickelte. Der anschließende Teil beschäftigt sich mit der Rolle der traditionellen Verleger in der Nachkriegszeit und untersucht ihre Verdrängung und Ablösung durch die Presse der SED.

## 1.2 Quellen und Methoden

Das Pressewesen wird nicht nur durch sein Personal, sondern auch durch Strukturelemente wie die Verlage und Zeitungen samt ihrer Unterausgaben<sup>34</sup> und vor allem durch die Struktur der agierenden Presseunternehmen geprägt. Eine wichtige Rolle spielt die organisatorische Einbindung der publizistischen Unternehmungen in die politische und ökonomische Ordnung des Staates.<sup>35</sup> Werden Massenmedien als Teil des gesellschaftlichen Wandels untersucht, kann dies auf der Ebene der Institutionen wie ihrer Rechtsgrundlagen und der politischen Prämissen geschehen.<sup>36</sup> Die Entwicklung eines Mediensystems wird zudem anhand von technisch-ökonomischen Veränderungen, Veränderungen der Beschäftigungsstrukturen oder der Beziehungen der Medien untereinander beschreibbar.<sup>37</sup>

Mit der vorliegenden Arbeit sollen die grundlegenden mediengeschichtlichen Strukturen der ostdeutschen Nachkriegspresse erfasst und ihre Zusammenhänge, Bedingtheiten und Wirkungen beschrieben<sup>38</sup> werden. Dabei sollen die schon vorhandenen Forschungsergebnisse überprüft und »allgemein kursierende Behauptungen«<sup>39</sup> mittels möglichst vieler Fakten hinterfragt werden. Ziel dieser Arbeit ist es, Quellen bzw. Daten zur institutionellen Geschichte einzelner Presseunternehmen bzw. des Pressemarktes auszuwerten.<sup>40</sup>

Um angesichts der häufig lückenhaften Quellen ein möglichst umfassendes Bild der Pressestruktur zeichnen zu können, wurden für diese Forschungsarbeit unterschiedliche Zugangsweisen gewählt. Dies waren neben einer Neubewertung von bereits erschienenem Schriftgut eine historisch-hermeneutische Analyse unterschiedlicher Archivalia und ihre deskriptiv-interpretierende Beschreibung, die Befragung von Zeitzeugen und die Analyse pressestatistischer Daten. Der Inhalt der Zeitungen wurde deskriptiv analysiert. Aufgrund der Fragestellung der Arbeit war eine breiter angelegte Inhaltsanalyse der Zeitungen nicht das Ziel. Zudem wäre dies im Rahmen einer solchen Arbeit nicht leistbar gewesen.

Die Untersuchung fand auf drei Ebenen statt: Mit Hilfe einer pressestatistischen Erhebung der Zeitungen und ihrer Nebenausgaben wurde ein Überblick über das Ausmaß von

---

<sup>34</sup> Vgl. Schütz 1978; Wilke 1997, S. 384ff.

<sup>35</sup> Vgl. Faulstich <sup>2</sup>1995, S. 41.

<sup>36</sup> Vgl. Kaase/Schulz 1989, S. 13.

<sup>37</sup> Vgl. Ronneburger 1989, S. 73.

<sup>38</sup> Vgl. Wilke <sup>2</sup>1993, S. 63; Koszyk 1989, S. 50.

<sup>39</sup> Wilke <sup>2</sup>1993, S. 63. Vgl. dazu auch Jossé 1984; S. 11f.

<sup>40</sup> Faulstich <sup>2</sup>1995, S. 27f.; Walter 1994, S. 67ff. u. 147ff. – Sämtliche in dieser Arbeit zitierten Quellen und auch die verwendete Literatur werden konsequent in ihrer ursprünglichen Rechtschreibung belassen, um vor allem bei den Quellen einen authentischen Eindruck zu erhalten. So werden weder fehlerhafte noch ungebräuchliche ältere Schreibweisen korrigiert.

Zeitungsgründungen und -schließungen ermittelt. Auf einer zweiten Ebene wurden Primärdaten aus betrieblichen Archiven ausgewertet, die Auskunft über die Motivationen und die Bedingungen des verlegerischen Handelns geben sollten und die durch Interviews ergänzt und überprüft wurden.<sup>41</sup> Und schließlich wurde – auf der dritten Ebene – untersucht, inwieweit sich die gefundenen Phänomene in den bekannten politisch-rechtlichen Hintergrund einbetten ließen. Dazu erfolgte – wenn möglich – eine Neuinterpretation der Militärgesetze.

Auf pressestatistischer Ebene ging es vor allem darum, Daten zur quantitativen Entwicklung der ostdeutschen Nachkriegspresse zu erlangen. Zu deren Auswertung und Interpretation boten sich tabellarische und kartografische Darstellungsmethoden an.<sup>42</sup> Die kartografische Darstellung stellte sich insbesondere dort als sinnvoll heraus, wo die Verbreitung bestimmter Pressetypen (etwa von NSDAP-Parteizeitungen) darzustellen war und so regionale Häufungen erkannt werden sollten.<sup>43</sup> Ohne dass dabei eine vollständige Erhebung erfolgen muss, lassen sich dabei zeitliche Abläufe der Presseentwicklung rekonstruieren sowie zeitübergreifende Konstanten feststellen. Die grafische Darstellung der Datenreihen verdeutlicht Brüche und kontinuierliche Entwicklungen.<sup>44</sup>

Zur Erfassung möglichst vieler Zeitungen und Quellen waren unterschiedliche Schritte nötig. In einem ersten Schritt erfolgte die Analyse von Nachschlagewerken wie zeitgenössischen Zeitungsadress- und Werbehandbüchern<sup>45</sup> sowie Postzeitungslisten<sup>46</sup>. Diese Analyse wurde ergänzt durch die Auswertung von verschiedenen Zeitungs- und Zeitschriftenbibliografien<sup>47</sup> und historischen Überblicksdarstellungen<sup>48</sup>. Die dabei gesammelten Informationen über möglicherweise erschienene oder sicher nachgewiesene Zeitungen bildeten die Grundlage für weitergehende Recherchen nach dem Erscheinungszeitraum dieser Zeitungen. Während die Angaben aus den Handbüchern und Zeitungslisten der Vorkriegszeit weitgehend vollständig sind,<sup>49</sup> trifft dies auf die entsprechenden Werke der Nachkriegszeit nicht zu. Diese sind häufig unvollständig und fehlerhaft. Die Postzeitungslisten – Angebotskataloge für den posteigenen Zeitungsvertrieb – bestanden in der SBZ erst seit 1948 und enthielten bis in die 1950er Jahre

<sup>41</sup> Vgl. Walter 1994, S. 159f.

<sup>42</sup> Vgl. Walter 1994, S. 36ff.

<sup>43</sup> Hinweis: Für eine genauere Orientierung befindet sich am Ende dieser Arbeit eine Klappkarte mit sämtlichen Kreisstädten, Bezirken und ehemaligen Ländern (Quelle: VMOZV 1955, Bd. 2, Anhang).

<sup>44</sup> Vgl. Weber 1994, S. 87f.

<sup>45</sup> Siehe Sperlings <sup>57</sup>1931-<sup>61</sup>1939; Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>4</sup>1932-<sup>7</sup>1944; BWD 1946; BWD <sup>2</sup>1947; Sperling <sup>62</sup>1947; Stamm 1947; Stamm <sup>2</sup>1949; NWDZV 1947; VDP 1946a; VDP 1946b; Handbuch der Lizenzen Deutscher Verlage 1947; Deutsche Zeitschriften 1945-49.

<sup>46</sup> Siehe Postzeitungsliste 1948; Postzeitungsliste 1949ff. sowie monatliche Nachträge.

<sup>47</sup> Pepino 1971; Pepino 1973; Widenka 1975; Pape 1979; Gittig 1993; Penzold 1993; Eberlein 1996; Bartels 2000; Esche 2000; Hagelweide 1985ff. sowie die Zeitschriftendatenbank; Mikrofilm-Archiv der Deutschsprachigen Presse 1998.

<sup>48</sup> Bernhard 1989; Stein 1987; Stein 1994.

---

nicht das komplette Zeitungsangebot, da in ihnen lediglich jene Zeitungen erfasst waren, die von der Post auch vertrieben wurden.<sup>50</sup> Die Adress- und Pressehandbücher enthielten ebenfalls ungenaue Angaben, weil ihre Produzenten sich bemühten, möglichst viele Zeitungen aufzulisten, selbst wenn ihnen die gesammelten Informationen nur über Dritte oder vom Hörensagen bekannt waren. Einträge, bei denen wie im »Zeitungs- und Zeitschriftenkatalog 1947« aus der Stadt Mylau ein »Mühlau« und aus der Druckerei Carl Krüger eine »Druckerei Karl Krüger« wurde,<sup>51</sup> belegen diese Fehleranfälligkeiten. Häufig wurden in den Adressbüchern Zeitungen aufgelistet, die zum Zeitpunkt der Drucklegung lange nicht mehr bestanden hatten.

Die erhobenen Daten wurden im Anschluss daran dazu genutzt, um etwa 300 Schreiben an kommunale Archive zu versenden, mit denen erfragt wurde, wo welche Zeitungen, Nachrichtenblätter und andere Archivalia aus der Besatzungszeit vorhanden und einsehbar sind. Dabei wurden die Archive um eine möglichst exakte Auskunft über die Erscheinungsdaten der vorhandenen Zeitungen gebeten. Diese Erfassung diente dazu, einen möglichst breiten Überblick über das Ausmaß der tatsächlichen Zeitungstätigkeit der Nachkriegszeit zu erhalten. Nicht in allen Stadt- und Kreisarchiven waren die Bestände soweit erschlossen, dass vollständige Bestandslisten vorlagen, viele Antworten mussten deshalb negativ ausfallen.<sup>52</sup> Bei einem Teil der Antworten wurde jedoch anhand der ausführlichen Beschreibungen deutlich, dass das Archivpersonal zur Beantwortung der Anfrage eigens in den Beständen recherchiert hatte. Ein Teil der Archive wurde anschließend entweder um Kopien gebeten, einige Archive auch für eine Autopsie der Zeitungen aufgesucht. Eingehend untersucht wurden die Bestände des Internationalen Zeitungsmuseum in Aachen, der ehemaligen Bibliothek des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, des Stadtarchivs Schönebeck, des Kreisarchivs in Glauchau, des Kreisarchivs in Wechselburg. Außerdem wurden verschiedene auf Mikrofilm zugängliche Zeitungen ausgewertet. Ergänzende Recherchen erfolgten im Thüringischen Staatsarchiv in Weimar und im Staatsarchiv in Schwerin. Ziel dieser Einsichtnahmen war es, einen Überblick über die Bandbreite der Inhalte und des Erscheinungsbildes dieser Nachkriegszeitungen zu erlangen.

Es war nicht Ziel der vorliegenden Arbeit, eine statistische Vollerhebung der ostdeutschen Nachkriegspresse anzufertigen. Dies ist im Rahmen einer solchen Arbeit nicht leistbar.<sup>53</sup> Entsprechend der allgemeinen Problemlage des Faches, in dem für einige Zeitphasen

---

<sup>49</sup> Vgl. Bohrmann 2001.

<sup>50</sup> Vgl. Bohrmann 2001; Postzeitungsliste 1948.

<sup>51</sup> Vgl. BWD 1947, S. 50.

<sup>52</sup> Vgl. Bohrmann 2001.

<sup>53</sup> Zu den Anforderungen und Problemen vgl. Bohrmann 2001.

vermutlich nicht einmal 40 Prozent der erschienenen Presse nachweisbar ist,<sup>54</sup> mussten auch die Daten zur Pressegeschichte der Nachkriegszeit unvollständig bleiben. Bereits die bei der Teilerhebung gewonnenen Eckdaten reichen jedoch aus, um »auf die Trends und die Spannweite der Angaben aufmerksam [zu] machen«.<sup>55</sup> Auch wenn gerade bei der Bildung von Zahlenreihen pressestatistische Angaben häufig aufgrund wechselnder Kriterien nicht vollständig miteinander verglichen werden können, können die Entwicklungstrends der Nachkriegspresse ausreichend valide beschrieben werden.

Für die quantitative Beschreibung der Presse im Nationalsozialismus konnte auf die Pressehandbücher der Vorkriegszeit zurückgegriffen werden. Problematisch ist hier, dass diese Handbücher – wie bereits beschrieben – zwar weitgehend vollständig sind, die Handbuchredaktionen jedoch nach wechselnden Kriterien unterschiedliche Zeitungen in ihre Listen aufnahmen. So verzeichnete das Handbuch der Deutschen Tagespresse etwa 1932 noch politische Wochenschriften, reine Amtsblätter oder Badeanzeiger der Kurorte, ließ diese jedoch ab 1934 weg.<sup>56</sup> Wo es aus Vergleichsgründen nötig war, wurde versucht, die Zahlen auf eine vergleichbare Basis umzurechnen.<sup>57</sup>

Nachdem im Rahmen der Recherchen zu einer Vielzahl bislang unbekannter Zeitungen Daten erhoben werden konnten, wurden mit Hilfe von Unternehmensakten und Zeitzeugeninterviews die Bedingungen untersucht, unter denen die Presse der Nachkriegszeit herausgegeben wurde. Ist schon die Überlieferung von Zeitungen aus den Jahren 1945 und 1946 lückenhaft, so betrifft dies um so mehr Unterlagen, die Einblick in das tägliche Verlagsgeschäft und damit in die Schwierigkeiten und Möglichkeiten der Zeitungsproduktion jener Jahre geben könnten. Nur selten blieben Firmenarchive erhalten. Einige Firmenarchive konnten zwar geortet werden, eine Sichtung der Bestände war jedoch aus betrieblichen Gründen nicht möglich. Umso wertvoller waren für die vorliegende Arbeit die noch vorhandenen Firmenarchivalia und Familiennachlässe der Familien Wulfert-Markert (Hannover) und Falk (Wiesbaden). Die Unterlagen der Familie Falk enthielten einen umfassenden Schriftverkehr sowie ein ausführliches und zeitnah geführtes Betriebstagebuch, das vom Jahr 1945 bis zum Ende der 40er Jahre reichte. Wichtige Ergänzungen kamen unter anderem aus dem Stadtarchiv in Crimmitschau und Weißenfels<sup>58</sup> sowie von noch lebenden Zeitzeugen.<sup>59</sup>

---

<sup>54</sup> Vgl. Bohrmann 2001.

<sup>55</sup> Vgl. Stöber 2000, S. 145.

<sup>56</sup> Vgl. Traub 1934, S. 14\*.

<sup>57</sup> Auf die Datenbasis wird jeweils in den Anmerkungen eingegangen.

<sup>58</sup> Für eine vollständige Übersicht über die benutzten Archivalia siehe das Literatur- und Quellenverzeichnis.

<sup>59</sup> Zu den befragten Personen und ihren Funktionen siehe das Literatur- und Quellenverzeichnis.



---

Alle dabei gewonnenen Angaben wurden historisch-kritisch gewürdigt und wenn möglich auf Plausibilität geprüft. Vor allem bei den erst nachträglich angefertigten Firmenhistoriografien bestand die Gefahr, dass sie aus rechtlichen Gründen Sachverhalte beschönigten bzw. dramatisierten. Auf dieses Problem wird jeweils an Ort und Stelle hingewiesen.

Die Pressegeschichte ist wie die gesamte Massenkommunikation »weder ein abgesonderter Teil der politischen noch der Sozialgeschichte, sondern nur in deren Zusammenhang verständlich«. <sup>60</sup> Dies erfordert eine Einordnung in den politischen und vor allem auch juristischen Hintergrund jener Zeit. Dazu wurde auf die pressepolitischen Untersuchungen zu jener Zeit zurückgegriffen. <sup>61</sup> Um die untersuchten Zeitungen in die tatsächliche Rechtslage einordnen zu können, in der sie entstanden waren, war es jedoch darüber hinaus nötig, die Gesetze und militärischen Anordnungen jener Zeit auf ihren Normgehalt hin zu untersuchen. Jedoch ließ sich ein großer Teil der dabei gewonnenen Ergebnisse nicht mit den von der Pressegeschichtsschreibung beschriebenen Vorgängen und den dort überlieferten rechtlichen Grundlagen erklären. Die einschlägigen Pressegesetze sind (obwohl immer wieder als Grundlage für pressehistorische Darstellungen genutzt) bislang nicht einmal ediert. Während die westalliierten Gesetze und Bestimmungen gleichwohl nutzbar waren, zeigte sich die Quellenlage zur sowjetischen Besatzungszeit als besonders problematisch. So sind große Teile der Akten aus der sowjetischen Zeit für die Pressegeschichtsschreibung noch nicht erschlossen bzw. nicht einsehbar. Die vorliegende Arbeit stützt sich deshalb ganz besonders auf drei umfangreiche Monografien zur allgemeinen Besatzungspolitik und zum Aufbau der Besatzungsverwaltung. Für die sowjetische Militäradministration legte Jan FOITZIK 1999 mit »Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949« ein Werk vor, das umfassend auf sowjetisches Archivmaterial zurückgriff. Norman M. NAIMARK folgte 1999 mit »Die Russen in Deutschland«. Die Darstellung der Entwicklung der amerikanischen Militärverwaltung in Deutschland (und dabei ausdrücklich auch in Ostdeutschland) wurde 1995 mit der Monografie »Die amerikanische Besetzung Deutschlands« von Klaus-Dieter HENKE besorgt. Den neuesten Forschungsstand zu vielen Detailfragen lieferten zudem die mehrere zehntausend Seiten umfassenden Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«.

Für die Darstellung insbesondere der Entwicklung der Pressepolitik kann auf umfangreiche einschlägige Literatur zurückgegriffen werden, insbesondere auf STRUNK für die Zeit bis

---

<sup>60</sup> Aufermann et al. 1973, S. 173.

<sup>61</sup> Insbesondere Hurwitz 1972, Richert et al. 1958; Strunk 1996; Koszyk 1986; Raue 1986.

1949<sup>62</sup> und auf GESERICK<sup>63</sup> für die Anschlusszeit. Vor allem ältere Literatur weist jedoch verschiedene Mängel auf. In der DDR erschien noch 1986 RAUES ›Geschichte des Journalismus in der DDR‹, die auf umfangreiche Vorarbeiten aufbaut.<sup>64</sup> Vorangegangen waren dieser Arbeit einige Dissertationen.<sup>65</sup> Die ostdeutsche Pressegeschichtsschreibung litt dabei unter ihrer affirmativen und staatstragenden Funktionalisierung, die bei Änderungen der politischen Rahmensetzungen in der DDR entsprechend der allgemeinen Revisionen der DDR-Geschichtsschreibung immer wieder zu Perspektivänderungen bzw. zu Umbewertungen führte<sup>66</sup> und den wissenschaftlichen Wert der Arbeiten stark einschränkte. Auch RAUE hatte zudem keinen ausreichenden Zugriff auf wesentliche quantitative Daten bzw. konnte diese entsprechend der Öffentlichkeitspolitik der DDR für seine Geschichtsschreibung nicht nutzen. Aus Westdeutschland stammte KOSZYKS Gesamtdarstellung der Presse der Besatzungsphase, die durch Eindrücke zeitnah berichtender Forscher wie RICHERT ET AL. und HERRMANN im Detail wichtige Ergänzungen erfuhr.<sup>67</sup> Vor allem bei der älteren Literatur ging es jedoch »de facto keineswegs nur um eine wissenschaftliche Auseinandersetzung [...], sondern auch um einen politischen Streit«.<sup>68</sup> Im Zuge des Kalten Krieges kam es beiderseits der Mauer zu unterschiedlichen Formen der Instrumentalisierung der Medienwissenschaften, die etwa bei der Darstellung von Teilbereichen der Presseentwicklung der Nachkriegszeit zu ›deutsch-deutschen Gedächtnislücken‹ führten.<sup>69</sup> Dies musste auch zu Lücken in der Darstellung führen. Zur westalliierten Pressepolitik veröffentlichte MATZ<sup>70</sup> eine Untersuchung der sog. amerikanischen Heeresgruppenpresse, die auf HABE<sup>71</sup> aufbaute und von HURWITZ<sup>72</sup> umfassend ergänzt wurde. Während diese alle den Bruch betonten, zu dem es unter der US-amerikanischen Besatzung im Pressewesen gekommen war, wies FREI nach, dass eine größere Zahl traditioneller Verleger ihre Zeitungen nach dem amerikanischen Einmarsch mit reduziertem Inhalt wieder herausbringen durften.<sup>73</sup> FREI kam zu dem Schluss, dass die Bedeutung des Blackouts von der herrschenden Pressegeschichtsschreibung zu sehr verabsolutiert wurde.<sup>74</sup>

---

<sup>62</sup> Siehe Strunk 1996.

<sup>63</sup> Siehe Geserick 1989.

<sup>64</sup> Siehe Raue 1966; Raue 1983.

<sup>65</sup> Etwa Römhild 1969; Bergt 1983; Much 1983.

<sup>66</sup> Vgl. Holzweißig 1995, S. 1720; Baerns 1988, S. 75.

<sup>67</sup> Siehe Richert et al. 1958; Herrmann 1957 u. 1963.

<sup>68</sup> Scharf 1988, S. 38.

<sup>69</sup> Vgl. Baerns 1988.

<sup>70</sup> Siehe Matz 1969.

<sup>71</sup> Siehe Habe 1977 (erstmalig 1966 erschienen).

<sup>72</sup> Siehe Hurwitz 1972.

<sup>73</sup> Siehe Frei 1986, insbesondere S. 28-32.

<sup>74</sup> Vgl. Frei 1986, S. 31.

## 2 Ausgangsbasis: Die ostdeutsche Presse bis zum Kriegsende

Die von den Siegermächten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs vorgenommenen politischen Umwälzungen waren eine direkte Reaktion auf die zuvor von der nationalsozialistischen Führung betriebene totalitäre Politik. Die diktatorischen Maßnahmen der NS-Führung hatten alle Bereiche des öffentlichen Lebens betroffen, ganz besonders aber die Medien, mit deren Hilfe eine umfassende Mobilisierung der Bevölkerung erzeugt werden sollte. Neben dem Rundfunk galten der nationalsozialistischen Führung vor allem Zeitungen als zentrales staatliches Instrument der Massenlenkung<sup>75</sup>: »Im nationalsozialistischen Staat ist die Zeitung berufen, ein Führungsmittel des Staates zu sein.«<sup>76</sup> Die Presse sollte keine gesellschaftlichen Kontrollfunktionen wahrnehmen, »sondern ein Instrument der Propaganda, der Beeinflussung und Erziehung des deutschen Volkes im Sinne des Nationalsozialismus«<sup>77</sup> sein. Als zentraler Bestandteil des nationalsozialistischen Lenkungsapparates hatten die Zeitungen allein den politischen und psychologischen Ansprüchen der Partei zu dienen. Dazu gehörte eine umfassende politische Führung:

»Keine Zeitung muß ihrer ganzen Bestimmung nach mehr im Volke stehen und mehr von dessen Vertrauen getragen sein als die Zeitung des Führerstaates. Daß sie dieses Vertrauen verliert oder nicht wahrhaftig gewinnt, ist ihre erste bedrohliche Gefahr. Sie muß dieses Vertrauen ganz besitzen, ein innerliches und gläubiges Vertrauen. Sonst ist sie wertlos, vielleicht sogar gefährlich.«<sup>78</sup>

Diese Ziele machten nach dem Machtantritt der NSDAP tiefgreifende wirtschaftliche und rechtliche Eingriffe in die Presse nötig, die schließlich in eine »Umwandlung der deutschen periodischen Presse in einen Träger öffentlicher Aufgaben«<sup>79</sup> mündeten.

Entsprechend der strikten Forderungen nach Vertrauenswürdigkeit erwartete der NS-Staat von allen Medienschaffenden eine parteiische Zuverlässigkeit. Das Reichspropagandaministerium und seine nachgeordneten Einrichtungen machten vor allem die Chefredakteure zu einem Transmissionsriemen einer eng führerstaatsbezogenen und offiziellen journalistischen Aufgabe und damit zu wesentlichen Trägern staatlicher Macht.<sup>80</sup> Um die dafür notwendige politische Zuverlässigkeit durchsetzen zu können, wurde eine Mitgliedschaft der Verleger und

<sup>75</sup> Zur nationalsozialistischen Pressepolitik vgl. insbesondere Hale 1965; Koszyk 1972 sowie Frei/Schmitz<sup>3</sup>1999.

<sup>76</sup> Dovifat 1934, S. 5\*.

<sup>77</sup> Wilke/Noelle-Neumann 1994, S. 441.

<sup>78</sup> Dovifat 1937, S. 131f.

<sup>79</sup> Das Schriftleitergesetz vom 19. Dezember 1933, Begründung. In: Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>5</sup>1934, S. 301-305; hier S. 302.

Journalisten in der Reichspresse- bzw. Reichsschrifttumskammer verpflichtend. Ein Ausschluss aus diesem Berufsverband kam einem Berufsverbot gleich. Diese Maßnahme ermöglichte die politische Kontrolle, Auswahl und Disziplinierung der Beschäftigten durch den Staat.<sup>81</sup>

Personal, das ideologisch nicht passte, wurde entlassen, vertrieben oder ermordet. Organisierter Protest durch betroffene Verbände war selten. »Die journalistischen und verlegerischen Standesvertretungen wagten nur mittelbaren Widerspruch.«<sup>82</sup> Die Journalistenvertretung ›Reichsverband der deutschen Presse‹ wurde anders als die Gewerkschaften nicht verboten, sondern passte sich an - die Mitglieder wählten 1933 den nationalsozialistischen Reichspressechef Otto Dietrich an die Verbandsspitze.<sup>83</sup>

Die totalitäre Gleichschaltung der Presse erfolgte binnen kürzester Zeit. Bereits 1934 konnte sich der Präsident der Reichspressekammer, Max Amann, sicher sein, die Zeitungen vollständig unter seiner Kontrolle zu haben: »Kein Angehöriger der Presse kann Aufgaben verfolgen, die dem nationalsozialistischen Gedankengut zuwiderlaufen.«<sup>84</sup> Aus ›rassischen‹ Gründen hatten die Kammermitglieder den so genannten ›Ariernachweis‹ über eine dem NS-Staat genehme Abstammung zu erbringen, der bis in das Jahr 1800 zurückzureichen hatte. Diese umfangreiche familiäre Stammbaumforschung über einen Zeitraum von mindestens fünf Generationen hinweg wird von SCHMIDT 1947 als Beleg für die herausgehobene politische Bedeutung der Reichspressekammer gesehen.<sup>85</sup>

Während die zunehmend engere Anbindung der Presse an die neue nationalsozialistische Zentralgewalt erst 1933 einsetzte, war insbesondere die Tätigkeit der Lokalzeitungen häufig durch einen lange gewachsenen Interessengleichklang mit den kommunalen Entscheidungsträgern geprägt gewesen. Viele Kleinverleger begleiteten nicht nur das politische Geschehen der 30er Jahre unkritisch »als Teil der Honoratiorenschaft [...] in obrigkeitlicher Attitüde«<sup>86</sup>, sondern ihre Zeitungen hatten zugleich einen amtlichen Status als Verkündigungsblatt. Damit konnten sich die Gemeinden die Aufwendungen für eigene Periodika, die sogenannten

<sup>80</sup> Vgl. Wilke/Noelle-Neumann 1994, S. 442.

<sup>81</sup> Vgl. Presse in Fesseln 1947, S. 19. Wilke/Noelle-Neumann 1994, S. 442.

<sup>82</sup> Dovifat: 1947, S. XVII.

<sup>83</sup> Frei/Schmitz 1999, S. 26.

<sup>84</sup> Amann 1934, S. 9\*.

<sup>85</sup> Schmidt verweist dabei darauf, dass diese Stichtagsregelung »noch über die Arierbestimmungen des Reichsbeamtenrechts hinaus« ging (vgl. Presse in Fesseln 1947, S. 22), befindet sich damit allerdings im Widerspruch zum Schriftleitergesetz, das in § 6 ausdrücklich festsetzte, dass die Bestimmungen des Reichsbeamtengesetzes galten (vgl. Schriftleitergesetz vom 19. Dezember 1933 sowie Durchführungsverordnung, in: Handbuch der deutschen Tagespresse 1934, S. 297-309).

<sup>86</sup> Frei 1986, S. 28.

›Kreisblätter‹, sparen.<sup>87</sup> Die ›Heimatzeitungen‹ genannten Lokalzeitungen hatten ihren Schwerpunkt nicht in der überregionalen, sondern der lokalen Berichterstattung, wobei die Nachrichtenverbreitung nebensächlich war und die Blätter vor allem dem Anzeigengeschäft und der Auslastung der Druckmaschinen ihrer Verleger zu dienen hatten.<sup>88</sup>

## 2.1 Die Einbindung der alteingesessenen Verlage in die NS-Presse

Nicht nur auf der Ebene der Personalauswahl kam es im NS-Staat zu starken Eingriffen, auch die Verlagsstrukturen erfuhren durch die nationalsozialistische Pressepolitik eine starke Umwälzung. Die NSDAP setzte nach der Machtergreifung mehrere Wellen von Zeitungsschließungen durch, deren erste sämtliche kommunistischen und sozialdemokratischen Zeitungen ausschaltete.<sup>89</sup>

Nachdem die kommunistischen, sozialdemokratischen und jüdischen Verleger enteignet worden waren, versuchten sich auch jene verbliebenen Zeitungsunternehmer mit dem NS-Staat zu arrangieren, die dem neuen System kritisch gegenüber standen.<sup>90</sup>

Ende Juni 1933 bestimmte der Verlegerverband Max Amann, den ›Reichsleiter für die Presse der NSDAP‹ zu seinem Vorsitzenden, die Geschäfte des Verbandes führte fortan Amanns Vertrauter, der ›Stabsleiter‹ Rolf Rienhardt.<sup>91</sup> Einen Schutz vor Repressalien bedeutete dieser Schritt jedoch nicht: Wenig später wurden auch katholische, liberale Blätter, Kleinbetriebe, international renommierte Blätter, am Ende sogar frühe Vorkämpfer der braunen Bewegung enteignet.<sup>92</sup> Die frühen Enteignungen hatten die bürgerliche und gegenüber dem Nationalsozialismus positiv eingestellte Verlegerschaft nicht weiter gestört, deren Blätter kritiklos den Niedergang der Demokratie begleitet hatten.<sup>93</sup> Als schließlich die Enteignung auch bürgerlicher Blätter begann, fanden die betroffenen Verleger keine Verbündete mehr für einen Protest. »Daß geschlossener Widerstand nicht geleistet wurde, lag wiederum an der parteipolitischen Zerrissenheit, die höchstens gemeinsame berufliche Aktionen, niemals aber –

<sup>87</sup> Vgl. Bertkau 1932, S. 13\*. - So fungierten etwa das *Hettstedter Tageblatt* und die *Mansfelder Zeitung* als ›Amtliches Kreisblatt‹, das trotz seines Namens täglich erscheinende *Klötzer Wochenblatt* trug die Bezeichnung ›Amtsblatt‹ und der *Anzeiger für Stadt und Land* aus Könnern bezeichnete sich als ›Amtliches Organ‹ (siehe Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>5</sup>1934, 181f.)

<sup>88</sup> Vgl. Hurwitz 1972, S. 41f.

<sup>89</sup> Vgl. Hale 1965, S. 148ff., 282ff.; 298ff. Vgl. außerdem Wilke/Noelle-Neumann 1994, S. 441ff.

<sup>90</sup> Vgl. Dovifat 1947, S. XVI.

<sup>91</sup> Vgl. Presse in Fesseln, Berlin 1947, S. 19ff.; Frei/Schmitz <sup>3</sup>1999, S. 26.

<sup>92</sup> Vgl. Koszyk 1972, S. 346-443.

<sup>93</sup> Vgl. Frei 1986, S. 28; Stöber 2000, S. 210.

von Rechts bis Links – eine einheitliche politische Zusammenfassung zum Schutze der Demokratie fertig brachte.«<sup>94</sup>

Die Ausschaltung der alteingesessenen Verlage erfolgte in mehreren Wellen, mit denen die NSDAP jeweils unterschiedliche Ziele verband.

Die erste Welle, die 1933 die Zeitungen der Arbeiterparteien ausschaltete, verschaffte der Partei, die bis dahin noch nicht flächendeckend über Zeitungsverlage verfügt hatte, die notwendige Basis für den Aufbau einer eigenen Presse. Mit der breiten Verfolgung von Sozialdemokraten und Kommunisten und durch die Auflösung ihrer Verlage brachte sich die vorher im Zeitungswesen relativ unbedeutende NSDAP nach 1933 schnell und in vielen Regionen erstmals in den Besitz moderner und großer Druckkapazitäten, durch die sich die zuvor marode Parteipresse sanieren konnte.<sup>95</sup>

Noch 1932 waren in den Ländern und Provinzen auf dem Gebiet der späteren DDR rund 70 sozialdemokratische und kommunistische Partei- oder Parteirichtungszeitungen erschienen. Von diesen war mit 55 Titeln der überwiegende Teil der SPD zuzurechnen (Abb. 1, S. 23).<sup>96</sup> Die NSDAP verfügte 1932 in den Ländern Ostdeutschlands<sup>97</sup> lediglich über 24 Zeitungen. Einzig im Land Anhalt und in der preußischen Provinz Sachsen, aus denen nach dem Krieg

<sup>94</sup> Dovifat 1947, S. XVI.

<sup>95</sup> Vgl. Presse in Fesseln 1947, S. 46ff.; 85f. sowie Wilke/Noelle-Neumann 1994, S. 442.

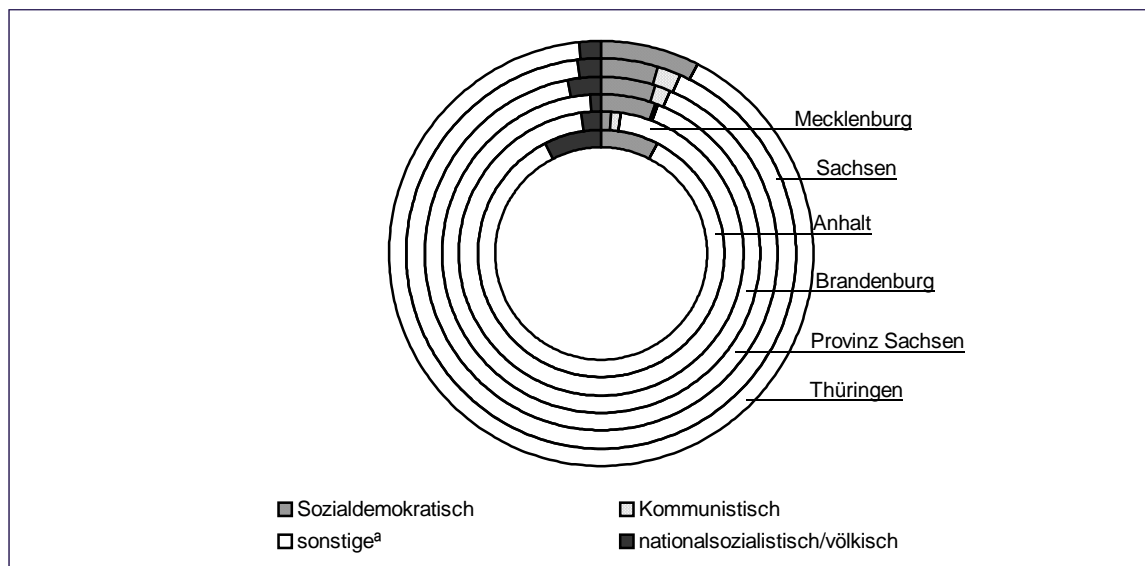
<sup>96</sup> Es waren bis 1932 sozialdemokratisch: *Mecklenburgische Volks-Zeitung*, Rostock, mit Nebenausgabe *Das freie Wort*, Schwerin; *Greifswalder Volkszeitung*; *Der Vorpommer*, Stralsund; *Brandenburger Zeitung*, Brandenburg (Havel), mit Nebenausgabe *Potsdamer Volksblatt*; *Märkische Volksstimme*, Cottbus; *Volksblatt für Spandau und das Havelland* mit Nebenausgabe *Volkszeitung für die Ost- und Westprignitz*, Wittenberge, *Volkswacht*, Eberswalde, *Märkische Abendpost*, Königswusterhausen, *Bärminer Tageblatt*; *Lausitzer Volkszeitung*, Forst; *Volksfreund*, Frankfurt/Oder, *Volksblatt*, Finsterwalde; *Volkswacht. Sozialdemokratische Zeitung für den Kreis Jüterborg*, Luckenwalde; *Rathenower Tageblatt*; *Volkswacht*, Bernburg; *Volksblatt für Anhalt*, Dessau; *Volksville*, Köthen; *Volksfreund für Zerbst und Umgebung*, *Freie Presse für die Kreise Bitterfeld-Wittenberg*, Bitterfeld; *Halberstädter Tageblatt* und Nebenausgabe *Harzer Volksstimme für Wernigerode und Umgebung*; *Volksblatt*, Halle; *Volksstimme*, Magdeburg; *Mansfelder Volkszeitung*, *Volksbote*, Zeitz; *Volksstimme*, Chemnitz, mit Nebenausgabe *Erzgebirgische Volksstimme*, Chemnitz; *Dresdner Volkszeitung* mit Nebenausgaben *Freitaler Volkszeitung*, *Leipziger Volkszeitung* und *Volkszeitung für das Muldental*, Leipzig; *Volkszeitung für Freiberg*, Brand-Erbisdorf; *Sayda und Umgebung*, Freiberg/Sa.; *Schkeuditzer Nachrichten. Mitteilungsblatt der Arbeiterschaft von Schkeuditz und Umgegend*; *Volkszeitung für die Oberlausitz/Armer Teufel*, Löbau; *Volks-Zeitung für Meißen, Riesa, Großenhain, Lommatzsch, Nossen u. deren Umgebung*, Meißen; *Volkszeitung*, Pirna; *Volkszeitung für das Vogtland*, Plauen; *Sächsisches Volksblatt*, Zwickau; *Görlitzer Volkszeitung*; *Tribüne*, Erfurt mit Nebenausgaben *Volkszeitung*, Langensalza, *Volkszeitung für den Stadt- und Landkreis Arnstadt und Gothaer Volksfreund*; *Mühlhäuser Volksblatt*; *Volkszeitung für Nordhans, das Südbarger, Kyffhäuser und Eichsfelder Wirtschaftsgebiet*, Nordhausen; *Ostthüringer Volkszeitung*, Altenburg; *Apoldaer Volkszeitung*, *Volksville*, Suhl; *Eisenacher Volkszeitung*; *Reußische Volkszeitung*, Greiz, mit Nebenausgabe *Zeulenrodaer Volksblatt*; *Das Volk*, Jena; *Werra-Wacht*, Meiningen, mit Nebenausgabe *Liebenstein-Schweinaer Volksblatt*, Liebenstein; *Volksblatt*, Saalfeld, und *Thüringer Volksfreund*, Sonneberg; *Volksstimme. Schmalkalder Tageblatt* mit Nebenausgabe *Steinbach-Hallenberger Volksstimme. Tageblatt für den Steinbacher Grund*.

Die KPD verfügte zumeist nur in den größeren Industriezentren über eine insgesamt deutlich geringere Anzahl von Zeitungen, so in Rostock (*Volkswacht*), Cottbus (*Volks-Echo*), Erfurt (*Thüringer Volksblatt*), Halle (*Klassenkampf*), Magdeburg (*Tribüne. Kommunistische Tageszeitung für den Bezirk Magdeburg-Anhalt*), Chemnitz (*Das Echo*; *Der Kämpfer*), Dresden (*Arbeiterstimme*, *Sächsisches Volks-Echo*), Leipzig (*Arbeiterpolitik*; *Sächsische Arbeiter-Zeitung*) und Zwickau (*Echo für Zwickau-Plauen und Vogtland*).

In Dresden erschien zudem *Der Volksstaat* (Richtungsbezeichnung valtsozialistisch).

<sup>97</sup> Gebiet der späteren DDR: die Länder Anhalt, Sachsen, Thüringen, Mecklenburg und die zu Preußen gehörenden Provinzen Sachsen und Brandenburg, ohne Berlin, ohne das zu Pommern gehörende Vorpommern und ohne die niederschlesischen Gebiete im heutigen Ostsachsen, jedoch inkl. der ostbrandenburgischen Landkreise.

das Land Sachsen-Anhalt gebildet werden sollte,<sup>98</sup> hatte die NSDAP sich bereits früh eine parteiamtliche Presse zugelegt. Während die Zahl der Parteizeitungen von SPD und NSDAP im Land Anhalt gleich hoch war, war die sozialdemokratische Presse jedoch in allen anderen ostdeutschen Ländern und Provinzen deutlich besser entwickelt. Lediglich in Mecklenburg spielte die Presse beider Parteien eine untergeordnete Rolle. Kommunistische Tageszeitungen waren bis auf die sächsischen Ballungsräume weitgehend bedeutungslos.



**Abbildung 1: Anteil der Partei- und Parteirichtungszeitungen (Haupt- und Nebenausgaben) an der ostdeutschen Tagespresse 1932 nach Ländern/Provinzen.<sup>99</sup>**

<sup>a</sup> andere Richtungsbezeichnungen/ohne Parteirichtungsbezeichnungen.

Unter den Arbeiterparteien hatte zuvor nur die SPD auch abseits der Großstädte über ein Netz von Redaktionen und Verlagen verfügt, während die KPD abseits der Ballungsräume wenig aktiv war (Abb. 2, S. 24).

Der größere Teil der vor der Machtergreifung im Deutschen Reich erschienenen gut 1 100 Zeitungen firmierte als »unpolitisch« oder war nicht-nationalsozialistischen Parteien zuzuordnen.<sup>100</sup> Vor allem unter den Verlegern, deren Zeitungen sich als »parteilos« oder »bürgerlich« bezeichneten, hegte jedoch ein großer Teil Sympathien für den Nationalsozialismus.<sup>101</sup>

<sup>98</sup> Zur Entwicklung der Länder Ostdeutschlands vgl. die Übersicht in: Informationen zur politischen Bildung Nr. 230/1. Quartal 1991: Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen.

<sup>99</sup> Datenquelle: eigene Auszählung n. Handbuch der deutschen Tagespresse 41932. Politische Richtung n. Verlagsangaben; Gebietsgliederung nach dem Stand 1934.

<sup>100</sup> Eig. Auszählung n. Handbuch der deutschen Tagespresse 41932.

<sup>101</sup> Vgl. Stöber 2000, S. 210.

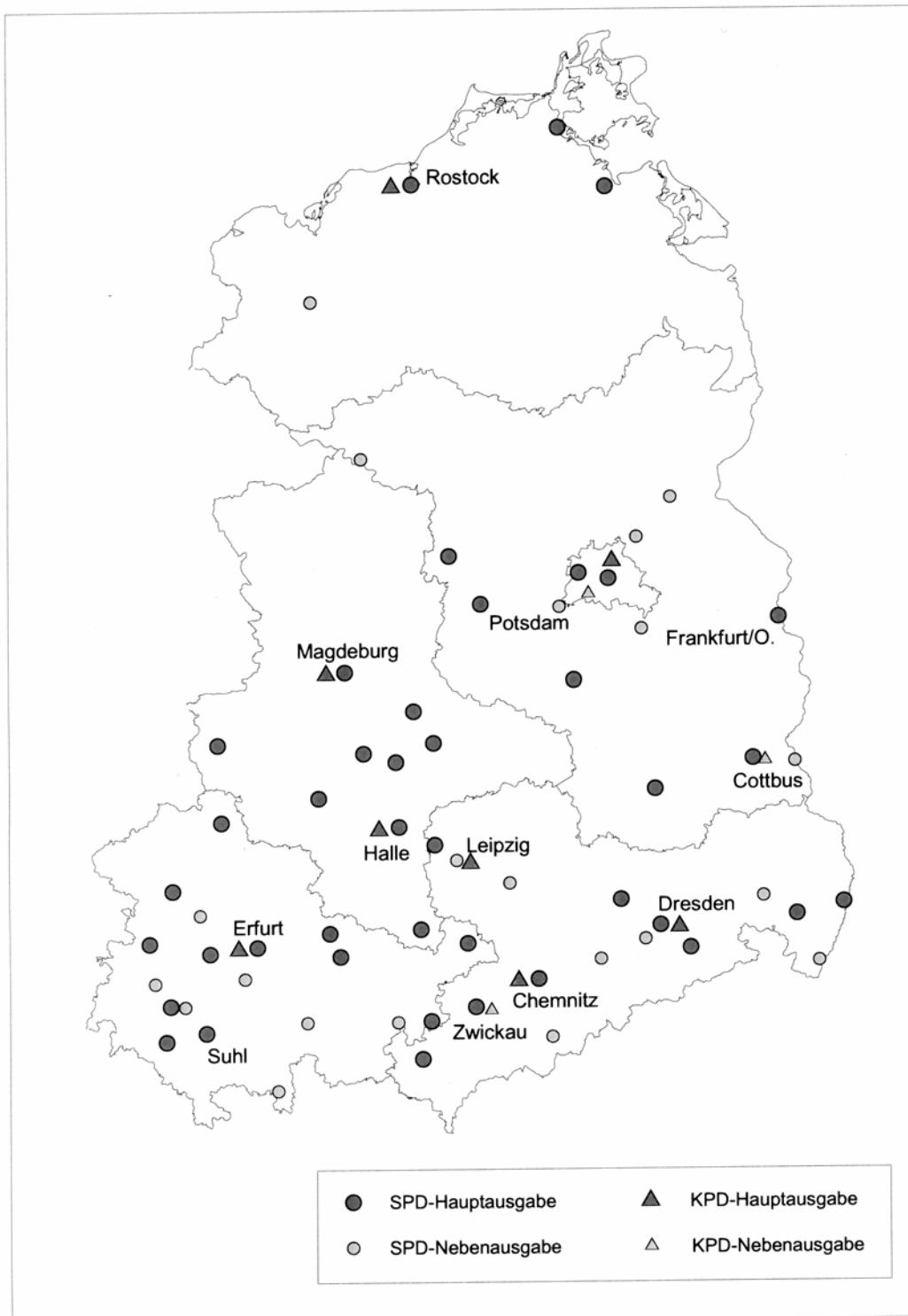


Abbildung 2: Räumliche Verteilung der Verlags- und Erscheinungsorte sozialdemokratischer und kommunistischer Partei- und Parteirichtungszeitungen 1932.<sup>102</sup>

<sup>102</sup> Datenquelle und politische Richtung (Verlagsangaben): Handbuch der deutschen Tagespresse 41932 (eigene Auszählung); Ländergrenze (zur Orientierung) Stand 1995.



Nachdem im Jahr 1933 in der ersten Welle von Zeitungsschließungen die kommunistischen und sozialdemokratischen Verlage aufgelöst und das Eigentum der NSDAP übergeben worden war, folgte 1934 und 1935 eine zweite Welle von staatlichen Eingriffen. Von dieser Konzentrationswelle waren nun auch Unternehmen mit vordem parteipolitisch bürgerlicher oder unpolitischer Ausrichtung betroffen. Die Eigentümer dieser Verlage wurden jedoch anders als die SPD und KPD entschädigt.<sup>103</sup> Um die damit verbundene publizistische und wirtschaftliche Neuordnung der Presse, die vor allem wirtschaftlich bzw. ordnungspolitisch begründet wurde, forcieren zu können, hatte sich der Staat im Januar 1934 und im April 1935 eine Reihe von juristischen Instrumenten zur weiteren Schließung von Zeitungsverlagen zugelegt. Die NSDAP strebte eine Zusammenlegung kleiner und kleinster Zeitungen an, wozu die am 1. Januar 1934 in Kraft getretene »Anordnung über die Schließung von Zeitungsverlagen zwecks Beseitigung ungesunder Wettbewerbsverhältnisse« geschaffen wurde.<sup>104</sup> Waren an einem Ort mehrere Zeitungen oder zu kleine Zeitungen vorhanden, konnte die NSDAP mit der neuen Anordnung Zusammenlegungen oder Schließungen durchsetzen.

Zwar zeichnete sich die Pressestruktur vor 1933 durch kleinste und eher unwirtschaftliche Einheiten aus,<sup>105</sup> auf die die Anordnung vorgeblich gemünzt war, mit Hilfe der Anordnung konnte jedoch grundsätzlich jeder Verlag zur Aufgabe von Titeln gezwungen oder die wirtschaftliche Kontrolle über die Verlage abgepresst werden. Faktisch gab sich die NSDAP mit der Anordnung das Recht, willkürlich zu entscheiden, ob an einem Zeitungsort ein zu hoher Wettbewerbsdruck zu »ungesunden« wirtschaftlichen Verhältnissen führte und deshalb Schließungen notwendig seien.<sup>106</sup> In der Folge verkauften oder verpachteten eine größere Zahl von Verlegern unter Druck oder freiwillig das Verlagsrecht ihrer Zeitungen an NS-Verlage oder sie akzeptierten Kapitalverflechtungen mit NS-Verlagen.<sup>107</sup> Der Verkauf von Traditionsblättern an NS-Verlage und die Kapitalbeteiligungen erfolgten verdeckt.<sup>108</sup> Diese Übernahmen konnte die NSDAP auch deshalb umsetzen, weil sich viele Verlage in einer defizitären Situation befanden, die bereits vor 1933 zu starkem wirtschaftlichen Druck geführt hatte. Im

<sup>103</sup> Über die Frage der Angemessenheit der Entschädigungssummen kam es gleichwohl nach dem Krieg zu Konflikten. Vgl. Presse in Fesseln 1947; Verband der Mittel- und Ostdeutschen Zeitungsverleger (Hg.): Errichtung einer demokratischen Presse nach der Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik im mitteldeutschen Raum. Denkschrift I. Leitgedanken, Zustand des Zeitungswesens in Mitteldeutschland, Stufen des Wiederaufbaus, Forderungen der Altverleger. Mskpt., Speyer 1955.

<sup>104</sup> Vgl. Hale 1965, S. 169; Wilke/Noelle-Neumann 1994, S. 444. - Für die Gesetzestexte vgl. Handbuch der deutschen Tagespresse 1937, Teil IV, S. 351-404.

<sup>105</sup> Orte wie Kindelbrück (1850 Einwohner) oder Ilseburg (5178 Einwohner) kamen etwa auf zwei Tageszeitungen (Mediadaten n. Sperlings 1933, S. 533).

<sup>106</sup> Vgl. zum Vorgehen der NSDAP insbesondere Hale 1965ff., S. 169. - Zur Rechtslage siehe die Gesetzessammlung in: Handbuch der deutschen Tagespresse 1937, Teil 4, S. 351ff.

<sup>107</sup> Vgl. Presse in Fesseln 1947, S. 170ff. sowie Wilke/Noelle-Neumann 1994, S. 444f.

<sup>108</sup> Vgl. Wilke/Noelle-Neumann 1994, S. 444.

Deutschen Reich gab es eine »exzessiv hohe Zahl von Zeitungen«,<sup>109</sup> von denen viele eine sehr geringe Auflage hatten.

Als faktische Kann-Bestimmung wurden die von der NSDAP angekündigten Fusionen konkurrierender und zu kleiner Zeitungsverlage jedoch nicht konsequent umgesetzt. Sächsische Orte wie Werdau (1937: 2 100 Einw.) oder Treuen (8 800 Einw.) kamen noch jahrelang auf zwei Tageszeitungen und auch mecklenburgische Kleinstzeitungen wie das *Goldberger Tageblatt* (Auflage 1939: 630 Exemplare) oder die *Mirower Zeitung* (575 Ex.) blieben von einer Schließung verschont.<sup>110</sup> Insbesondere bei vielen kleinen Lokalblättern übte die NSDAP eine gewisse Zurückhaltung, da unter den Verlegern »viele alte Parteigenossen« waren.<sup>111</sup> Viele der Klein- und Kleinstverlage konnten bis zum Kriegsende weiter Zeitungen verlegen.

Nach STEIN 1994 war die Pressepolitik der NSDAP grundsätzlich darauf ausgerichtet, die »Heimatzeitung« der traditionellen Verlage samt ihrer Verwurzelung in der Leserschaft zu beseitigen. Dies habe auch kollaborierende Zeitungsverleger betroffen.

»Die Heimatzeitung dieses Typs hatte für die Nationalsozialisten ideologisch ausgedient. Im Zuge der Umstellung auf die Kriegswirtschaft und die Vorbereitung auf die neue Heimat »Großdeutschland« war eine andere Orientierung gefragt, für die als Quelle die historischen Regionen nebst ihrer publizistischen Vermittlung nicht mehr taugten.«<sup>112</sup>

Die Schließung der Heimatzeitungen, deren Verleger zumeist der NSDAP nahe standen, wurde so zwar 1935 beschlossen, aber mit Rücksicht auf die betroffenen Verleger aufgeschoben.<sup>113</sup>

Auch bei der ebenfalls 1934 getroffenen »Anordnung zur Wahrung der Unabhängigkeit des Zeitungswesens«, die die betriebswirtschaftliche Organisation in anonymen Kapitalgesellschaften und die wirtschaftliche Beteiligung an mehreren Titeln ausschließen sollte,<sup>114</sup> machte die NSDAP umfangreiche Ausnahmen. Diese Anordnung sollte der Partei einen besseren Einblick in die Besitzverhältnisse gewähren und die ökonomische Kontrolle erhöhen. Die traditionellen Verleger hatten ihre Unternehmen nach Artikel II der »Anordnung zur Wahrung der Unabhängigkeit des Zeitungsverlagswesens« von Aktiengesellschaften oder GmbHs in Personengesellschaften umzuwandeln, was die persönliche Haftung der Verleger sicherstellte,<sup>115</sup> gleichzeitig aber durch die Verkleinerung der Eigentümerbasis auch das finanzielle Fundament der Verlage verkleinerte. Demgegenüber war die NSDAP in derselben

<sup>109</sup> Hale 1965, S. 148.

<sup>110</sup> Mediadaten n. Handbuch der deutschen Tagespresse 61937, S. 72ff.; 257; Handbuch der deutschen Tagespresse 71944, S. 117ff., 200. Vgl. dazu auch Wilke/Noelle-Neumann 1994, S. 444.

<sup>111</sup> Hale 1965, S. 158. – Im selben Sinne auch Hurwitz 1972, S. 38f.; Koszyk 1972, S. 393.

<sup>112</sup> Stein 1994, S. 89.

<sup>113</sup> Vgl. Hale 1965, S. 159.

<sup>114</sup> Vgl. Wilke/Noelle-Neumann 1994, S. 444.

<sup>115</sup> Vgl. Hale 1966, S. 163f.

Anordnung von diesen Bestimmungen ausdrücklich ausgenommen worden.<sup>116</sup> Die NS-Verlage blieben zumeist in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung organisiert.<sup>117</sup>

Vom Verbot der Organisation in Kapitalgesellschaften wurde auch Abstand genommen, wenn traditionelle Privatzeitungen mit neuen Parteiverlagen zu Gemeinschaftsunternehmen fusionierten: Traditionelle Verleger konnten bei diesen Kooperationen Anteilseigner einer Kapitalgesellschaft werden. Im vorpommerschen Demmin vereinigten sich so beispielsweise das 1832 gegründete *Demminer Tageblatt* aus dem alteingesessenen Verlag W. Gesellius und die Lokalausgabe *Demminer Kreiszeitung* der nationalsozialistischen *Pommerschen Zeitung* zum neuen Gemeinschaftsunternehmen ›Demminer Verlags-G.m.b.H.«. In diesem Verlag erschien weiter das *Demminer Tageblatt*, doch waren von da an sowohl die NSDAP als auch der Traditionsverleger an der Zeitung beteiligt.<sup>118</sup>

Zusammen mit dem gleichzeitig erlassenen Verbot der Herausgabe mehrerer Zeitungen durch einen Verlag ergaben sich durch die Anordnungen eine Vielzahl Möglichkeiten, Verleger aus ihren Verlagen zu verdrängen. Damit konnten auch jene für die NSDAP ökonomisch interessanten Großverlage zerschlagen werden, die etwa wie bei der Familie Huck in mehreren weit voneinander entfernten Städten aktiv waren (*Dresdner Neueste Nachrichten*, *Hallische Nachrichten*, *Breslauer Neueste Nachrichten*, *Stettiner Generalanzeiger* samt *Ostseezeitung*, *Kasseler Neuesten Nachrichten*, die *Neue Mannheimer Zeitung* und *Münchner Zeitung* samt *Bayerischer Zeitung*).<sup>119</sup> Neben Huck musste auch der Dresdner Leonhardt-Konzern, der seine Zeitungen zur Auslastung seiner sächsischen Zellstoff- und Papierfabriken nutzte, wegen dieser Anti-Konzentrations-Anordnung sein Unternehmen aufteilen. Der Konzern besaß im Raum Chemnitz/Vogtland die *Chemnitzer Allgemeine Zeitung* (Auflage 1939: 32 000), die *Chemnitzer Neueste Nachrichten* (52 000) und die *Neue Vogtländische Zeitung* (Plauen; 13 000), der *Vogtländische Anzeiger und Tageblatt* (Plauen; 23 000) sowie die norddeutschen Blätter (*Braunschweiger Allgemeiner Anzeiger*, *Braunschweiger Neueste Nachrichten* und *Kieler Neueste Nachrichten*; Auflage 1939 zus. 121 000). Die Zeitungen gingen jedoch nicht an die NSDAP, sondern wurden zur Umgehung der Verordnung auf einzelne Familienmitglieder verteilt.<sup>120</sup> Vor allem einige kleinere Verlage konnten auch weiter machen, indem sie ihre unterschiedlichen Zeitungen zusammenfassten. Die Buchdruckerei Alex Michaels legte z.B. lediglich ihre drei Titel *Doberaner Nachrichten*,

<sup>116</sup> Vgl. Art. II (4) Anordnung zur Wahrung der Unabhängigkeit des Zeitungsverlagswesens vom 24. April 1935.

<sup>117</sup> Zu den Rechtsformen der einzelnen NS-Verlage siehe etwa die Verlagsangaben in Sperling <sup>60</sup>1937, S. 394; 242.

<sup>118</sup> Mediadaten n. Sperling <sup>59</sup>1935, S. 445; Sperling <sup>60</sup>1937, S. 438. - ›Privatzeitung‹ meint nicht die unternehmensrechtliche (privatwirtschaftliche) Verfassung der Verlage, sondern soll hier lediglich den Gegensatz zum Parteieigentum benennen.

<sup>119</sup> Zur Entwicklung der großen deutschen Verlagshäuser vgl. Presse in Fesseln 1947, S. 56f.

<sup>120</sup> Vgl. VMOZV 1955a, S. 38; Presse in Fesseln 1947, S. 57. (Die dort gegebenen Auflagenangaben entsprechen gerundet auch den Auflagen aus Sperlings <sup>61</sup>1939.)

*Neubukower Anzeiger* und *Ostsee-Bote* aus dem mecklenburgischen Kröpelin zum neuen gemeinsamen *Ostsee-Boten* zusammen.<sup>121</sup>

Andere Verleger schienen von dem Zwang, sich auf eine Zeitung zu konzentrieren, gar vollständig ausgenommen gewesen zu sein. Der Verlag Clemens Landgraf Nachf. in Freital brachte auch 1937 sein *Illustriertes Tageblatt* unverändert in sieben Ausgaben heraus.<sup>122</sup> Der Verlag des *Erzgebirgischen Volksfreunds*, Aue, konnte sogar bis 1937 drei neue Nebenausgaben gründen,<sup>123</sup> und noch 1943 hatte etwa in Mecklenburg die *Mecklenburgische Tageszeitung* in Güstrow als Nebenausgabe die *Krakower Zeitung*.<sup>124</sup> Hier dürften die Verleger von einem gewissen Schutz durch die NSDAP profitiert haben.

Parteinahen Verlegern gegenüber standen Presseunternehmer, die über wenig schützende Kontakte zur NSDAP oder über Zeitungen verfügten, die für die Partei wirtschaftlich interessant waren. Viele bürgerliche Traditionsverlage mussten dabei nationalsozialistisch geführte Verlagsholdings als Teilhaber aufnehmen, die nicht offen als Parteiunternehmen auftraten: Die Presse wurde vielmehr den Verlagsgesellschaften ›Standarte‹, ›Phönix‹, ›Herold‹ oder ›Vera‹ angegliedert, die offiziell nicht der NSDAP gehörten.<sup>125</sup> Diese mittelbare Kontrolle sollte der Leserschaft einerseits Pluralismus vortäuschen. Der Präsident der Reichspressekammer und Direktor des nationalsozialistischen Eher-Verlags, Max Amann, führte jedoch nach seiner Verhaftung 1945 andererseits an, auch die für die NSDAP besseren Möglichkeiten der Steuerhinterziehung seien ein Grund für die Geheimhaltung der Beteiligungsstrukturen gewesen.<sup>126</sup>

In Ostdeutschland bekamen parteinahe Verlagsgruppen Mitte der 30er Jahre durch die Amann-Anordnungen die Kapitalmehrheit an einigen renommierten deutschen Zeitungen. Der Verleger des *Rostocker Anzeigers*, Carl Boldt, gab 1935 nach Boykottandrohungen des nationalsozialistischen *Niederdeutschen Beobachters* aus Schwerin 51 % des Verlages an die ›Vera-Verlagsanstalt‹ weiter. Zuvor war Boldt im Rahmen der nationalsozialistischen Zeitungsstilllegungen in Rostock zum Alleinanbieter geworden: Der *Rostocker Anzeiger*, der sich 1932 noch der Konkurrenz der sozialdemokratischen *Mecklenburgischen Volks-Zeitung* und der

<sup>121</sup> Gemeinsamer Titel: *Ostsee-Bote* (vgl. Bernhard 1989, S. 17; 44).

<sup>122</sup> Vgl. Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>6</sup>1937, S. 245.

<sup>123</sup> Die Expansion ging offenbar einher mit einem Eigentümerwechsel: Der 1934 als Inhaber und Chefredakteur ausgewiesene Dr. jur. Israel hatte 1937 das Unternehmen verlassen (vgl. Mediaangaben in Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>5</sup>1934, S. 235; Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>6</sup>1937, S. 238). Inwiefern es sich hierbei um eine Arisierung gehandelt hat, konnte im Rahmen dieser Arbeit nicht geklärt werden. 1943 bestand nur mehr eine Ausgabe (vgl. Mediaangaben in Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>7</sup>1944, S. 181).

<sup>124</sup> Vgl. Mediaangaben in Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>7</sup>1944, S. 117.

<sup>125</sup> Zu Aufbau und Entwicklung des nationalsozialistischen Verlagsgeflechtes siehe weiterführend insbesondere Koszyk 1972, S. 346ff. sowie Hale 1965, S. 175ff.

<sup>126</sup> Vgl. »Was uns bisher verheimlicht wurde.« In: *Bekanntmachungsblatt für Rochlitz und Umgebung*, 9.6.45.

kommunistischen *Volksmacht* zu erwehren hatte, war erst dank der ersten Welle von Zeitungsschließungen im Jahr 1933 zum lokalen Monopolisten aufgestiegen.<sup>127</sup> Nachdem Boldt die NSDAP am Zeitungsverlag beteiligt hatte, blieb die angedrohte nationalsozialistische Konkurrenz fern und Boldt konnte weiter expandieren. Das Gemeinschaftsunternehmen übernahm dabei 1943 vom enteigneten Rostocker Verlag Emil Krakow den Titel *Warnemünder Zeitung* als Lokalrubrik. Die Auflage, die im Jahr 1933 62 000 Exemplare betragen hatte und zwischenzeitlich auf 40 000 gefallen war, stieg nach dem Arrangement mit der NSDAP bis Dezember 1941 auf 74 400 Stück und erreichte bei Kriegsende mit täglich 82 000 Stück ihren Höhepunkt.<sup>128</sup> Während Boldt beim Zeitungsverlag Minderheitsanteilsnehmer war, behielt er die vollständige Verfügung über die Druckerei und stellte dort sein Traditionsblatt *Rostocker Anzeiger* weiter »im Lohndruck« her.<sup>129</sup> Auf demselben Weg gingen 1935 auch Anteile der Großverlage Faber (*Magdeburger Generalanzeiger*, *Magdeburgische Zeitung*) und Herfurth (*Leipziger Neueste Nachrichten*) an den verdeckt parteieigenen Vera-Verlag.<sup>130</sup>

Andere alteingesessene Verlage hatten bereits lange vor der zweiten Welle nationalsozialistischer Presseschließungen freiwillig und ohne Zwang Teile oder das komplette Unternehmen an die Parteiverlage verkauft oder sich in den Dienst der Partei gestellt. In Zella-Mehlis ging mit dem *Zella-Mehliſer Anzeiger* auch der »Verlag Heinr. Schröder«<sup>131</sup> in den »Verlag Schröder & Co im NS-Verlag für den Gau Thüringen« über.<sup>132</sup> Die *Treuenbrietzener Zeitung* von 1859 aus dem »Verlag Julius Schneider«<sup>133</sup> firmierte in *Streiter für Volk und Heimat* (»Streiter Verlag GmbH«) um.<sup>134</sup> Das 1759 gegründete *Langensalzaer Tageblatt* warb 1942 damit, »antisemitische Haltung schon in der Systemzeit« vor 1933 bewiesen zu haben.<sup>135</sup>

Inwieweit es bei der Umgestaltung der bürgerlichen Presse um politische oder auch wirtschaftliche Interessen der Partei ging, war nach Hale 1965 nicht endgültig zu klären, auch wenn die politische Gleichschaltung das Hauptziel gewesen sein dürfte. Die Verleger konnten anders als die verbotenen Parteien SPD oder KPD regelmäßig ihre Druckereien und damit

<sup>127</sup> Auflagen 1932: *Rostocker Anzeiger* 55000, *Mecklenburgische Volks-Zeitung* 13000, *Volksmacht* o.A. Mediadaten n. Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>4</sup>1932, S. 100; Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>5</sup>1934, S. 78f.

<sup>128</sup> Mediadaten n. Sperlings <sup>61</sup>1939, S. 432; Bernhard 1989, S. 95f.; S. 154; Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>5</sup>1934, S. 78.

<sup>129</sup> Vgl. Bernhard 1989, S. 95f.

<sup>130</sup> Vgl. VMOZV 1955a, S. 38. Zum Vorgehen der NSDAP vgl. insbesondere auch Hale 1965, S. 197ff.

<sup>131</sup> Mediadaten n. Sperling <sup>57</sup>1931, S. 595.

<sup>132</sup> Mediadaten n. Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>5</sup>1934, S. 262.

<sup>133</sup> Mediadaten n. Sperling <sup>57</sup>1931, S. 495.

<sup>134</sup> Mediadaten n. Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>5</sup>1934, S. 103.

<sup>135</sup> Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>7</sup>1944, S. 243.

eine ökonomische Basis behalten.<sup>136</sup> Einige der von den Zwangsverkäufen betroffene Verleger begingen gleichwohl anschließend Selbstmord.<sup>137</sup>

Zu weiteren letzten Konzentrations- und Schließungswellen führte die nationalsozialistische Kriegspolitik nach 1941, als die Verlage kriegswirtschaftlichen Erfordernissen untergeordnet wurden.<sup>138</sup> Nach Kriegsbeginn kam es im Jahr 1941 reichsweit zu 550 (und im Jahr 1943 nochmals zu 950) Schließungsverfügungen, die mit kriegswirtschaftlichen Einschränkungen begründet wurden. Wie bereits seit 1935 hatten die alteingesessenen Verleger auch während des Krieges die Wahl zwischen Verpachtung oder Verkauf des Verlagsrechts und der Verlagsfusion mit einem NS-Pressunternehmen.<sup>139</sup>

Hintergrund der Schließungen war die während des Krieges entstandene »Menschen- und Papierknappheit«,<sup>140</sup> was bei den Zeitungen zu Umfangsreduzierungen und zu einer personellen Ausdünnung der Redaktionen führte.<sup>141</sup> »Die Heranziehung der genügenden Zahl geeigneter Menschen« bildete dabei nach Angaben von Pressekommerpräsident Max Amann das »Kernproblem«.<sup>142</sup> Die Konzentrationsprozesse des Jahres 1941 sollten die »Freistellung von Arbeitskräften für unmittelbare Rüstungszwecke« ermöglichen.<sup>143</sup> HALE 1965 vermutete hinter den Zeitungsschließungen außerdem Rationalisierungsmaßnahmen,<sup>144</sup> während die enteigneten Verlage als wesentlichen Grund für die Enteignungen indirekte Auswirkungen der alliierten Luftangriffe sahen.<sup>145</sup> Die NSDAP suchte sich danach auf den Krieg einzustellen, indem sie Verlagsbetriebe aufzog, die als potentielle Ausweichbetriebe für durch den Luftkrieg bedrohte NS-Zeitungsunternehmen dienen konnten. Vor allem die großen NS-Verlage in den Ballungsgebieten waren von Luftangriffen bedroht, was moderne und verkehrsgünstig gelegene Betriebe, die wie beispielsweise die Druckerei der *Schönebecker Zeitung* abseits der Großstädte lagen, für die NSDAP besonders interessant machte.<sup>146</sup> »Es galt auch bei teilweiser

<sup>136</sup> Vgl. Hale 1965, S. 224ff.

<sup>137</sup> Nach Presse in Fesseln 1947, S. 160, haben sich ein Verleger aus Rathenow sowie der Inhaber der Fürstlich priv. Hofbuchdruckerei F. Mitzlaff (*Landeszeitung für Rudolstadt-Schwarzburg*), Ulrich Mitzlaff aufgrund der Enteignungen umgebracht.

<sup>138</sup> Zu den wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges auf die Heimatzeitungen vgl. auch Kohlmann-Viand 1991; Hale 1965, S. 273ff.

<sup>139</sup> Vgl. Wilke/Noelle-Neumann 1994, S. 445 sowie Schreiben Der Präsident der Reichspressekammer, an die Gemeinschaft der deutschen Zeitungs- und Zeitschriftenverleger, Berlin, 25.4.41.

<sup>140</sup> Amann 1944, S. XIV.

<sup>141</sup> Zur Pressepolitik der NSDAP vgl. ausführlich Kohlmann-Viand 1991, Hale 1965, S. 273ff.

<sup>142</sup> Amann 1944, S. XII.

<sup>143</sup> Amann 1944, S. XVI.

<sup>144</sup> Vgl. Hale 1965, S. 284.

<sup>145</sup> Vgl. Wulfert 1949a, S. 7; Janßen 1991.

<sup>146</sup> Wulfert 1949a, S. 16.

oder gar völliger Zerstörung der Betriebe, die publizistische Betreuung der Bevölkerung, die gerade in diesen Augenblicken mehr denn je notwendig war, unbedingt sicherzustellen.«<sup>147</sup>

Der kriegsbedingten Aufgabe der Zeitungsproduktion war teilweise eine jahrelange Verfolgung vorausgegangen, wie Theodor Wulfert, der Verleger der *Schönebecker Zeitung* nach dem Krieg in einer kurzen Familien- und Unternehmensgeschichte beklagte. Dessen Schilderungen wurden zwar erst nach dem Krieg angefertigt und entstanden zumeist zweckgerichtet im Rahmen des Nachweises von Verfolgung und Vermögensschäden durch Krieg, Flucht oder Vertreibung oder als politische Verteidigungsschriften, die den Verlegern in der Nachfolge des Werkes von SCHMIDT 1947 bei der Rehabilitierung dienen sollten.<sup>148</sup> Sie dokumentieren darüber hinaus aber auch den wirtschaftlichen Druck, den die NSDAP durch Boykottandrohungen aufzubauen in der Lage war. Gleichzeitig illustrieren diese Schilderungen die Schwierigkeiten, mit denen nach dem Krieg Entnazifizierungsstellen und Gerichte zu kämpfen haben sollten.<sup>149</sup>

Die *Schönebecker Zeitung*, bei der es sich um ein Unternehmen mittlerer Größe handelte,<sup>150</sup> erschien in einer mittelgroßen Stadt mit rund 30 000 Einwohnern unweit Magdeburg in der preußischen Provinz Sachsen. Die Zeitung war 1854 als *Allgemeiner Anzeiger* gegründet worden und hatte sich seither in Familienbesitz befunden. 1855, einer Zeit, in der viele deutsche Zeitungen wegen des Konzessionszwangs lediglich Anzeigen, Bekanntmachungen und unpolitische Beiträge druckten,<sup>151</sup> erwarb der Verlag vom Land Preußen die Konzession, politische Nachrichten zu verbreiten.<sup>152</sup>

---

<sup>147</sup> Amann 1944, S. XVIII.

<sup>148</sup> Die Darstellung der Geschehnisse um den Verlag Th. Wulfert stützt sich so auf eine undatierte Beschreibung des Verlegers Theodor Wulfert (Wulfert 1949a). Der undatierte Text stammt vermutlich aus dem Jahr 1949. Wulfert beschreibt darin die Firmengeschichte in Kriegs- und Nachkriegszeit, die mit einzelnen Schriftstücken untermauert werden. Ergänzend finden sich darin auch Beschreibungen von rechtlichen Hintergründen aus dem Presseamt. Diese Verlegerdarstellung dürfte einerseits dem Versuch einer Bewältigung der eigenen Geschichte gedient haben, andererseits aber auch angefertigt worden zu sein, um Entschädigungsleistungen zu begründen. Ein Aktenkonvolut des Familienarchivs Wulfert-Markert, Hannover, verweist in seiner Aufschrift eigens auf das »Beweissicherungsgesetz«. Angesichts der Funktion der nachträglichen Beschreibungen müssen die Angaben Wulferts (wie auch die in dem von Schmidt verfassten *Presse in Fesseln* 1947 (vgl. dazu Hale 1965, S. 269)) kritisch gelesen werden. Die Schilderungen Wulferts werden jedoch durch den gesammelten Schriftverkehr der Jahre 1945 und 1946 bestätigt. Wo möglich, wurden die Angaben durch Handbücher auf Stichhaltigkeit überprüft. Eine zur Bestätigung der Angaben hilfreiche inhaltliche Untersuchung der Zeitung war nicht möglich.

<sup>149</sup> Siehe dazu Kap. 4.6.2 und 4.6.3.

<sup>150</sup> Zur groben Einordnung: Die Auflage betrug 1934 6 100 Stück. Sie war damit etwa 20 % höher als im Reichsdurchschnitt (etwa 3000 Zeitungen; Gesamtauflage 16,7 Mio. Exemplare; Durchschnittsauflage 5 400 Exemplare) und etwa 40 % höher als im Durchschnitt der Provinz Sachsen (200 Zeitungen; Gesamtauflage 0,85 Mio. Exemplare; Durchschnittsauflage 4 300 Exemplare). Nach den sehr groben Größeneinteilungen von Traub 1934 gehörte der Verlag zu im Deutschen Reich zu einer Größenklasse (5 000 - 10 000 Auflage), die von 350 Zeitungen überboten, von 1848 Zeitungen jedoch nicht erreicht wurde (N=2562) (Daten n. Traub 1934, S. 23\*; eigene Berechnungen).

<sup>151</sup> Stöber 2000, S. 136.

<sup>152</sup> Vgl. Wulfert 1949a, S. 1.

Der letzte Eigentümer Theodor Wulfert hatte sich seit 1908 als Vorstandsmitglied im Verein Deutscher Zeitungsverleger engagiert,<sup>153</sup> legte seine Ämter jedoch nach der Machtübernahme nieder.<sup>154</sup> Nach dem Krieg sollte der Verleger seine Zeitung in eine bürgerlich-parlamentarische Tradition einordnen. »Die Zeitung hatte seit ihrer Gründung einen demokratischen Einschlag, ohne sich an eine bestimmte Partei zu binden.«<sup>155</sup> Man habe sachlich über die Auftritte aller Parteien berichtet, ohne eine bestimmte zu bevorzugen. Gegenüber dem Deutschen Institut für Zeitungskunde hatte der Verlag 1932 seine politische Richtung als »national« angegeben<sup>156</sup> sowie in einem Schreiben an die Regierung der Provinz Sachsen 1946 als »traditionell der freisinnigen Volkspartei nahe stehend«,<sup>157</sup> einer liberalen bürgerlichen Partei, aus der sich nach 1918 die liberale Deutsche Demokratische Partei entwickelte.<sup>158</sup> Diese liberale Haltung habe ihm seit den 20er Jahren politische Schwierigkeiten bereitet, die frühzeitig auch ökonomische Beeinträchtigungen mit sich gebracht hatten. Als 1923 die rechte Deutschnationale Volkspartei die *Schönebecker Zeitung* auf ihren Parteikurs verpflichten wollte, habe Verleger Wulfert abgelehnt, was dazu führte, dass die Partei sich an der Etablierung einer Konkurrenzzeitung beteiligte. »Mit deutschnationalem Geld, vermutlich auch mit pekuniärer Unterstützung von [...] anderen Großagrariern sowie Hugenberg-Berlin, erschien Ende November 1923 die deutschnationale Schönebeck-Bad Salzelmener Tages-Zeitung.«<sup>159</sup> Diese neue Konkurrenz zur *Schönebecker Zeitung*, die sich 1932 selbst als »bürgerlich-neutral« einordnete,<sup>160</sup> habe von Anfang an eine rechte Leserschaft bedient und sei zusehends weiter nach rechts abgedriftet: »Den scharf reaktionären Kurs der Konservativen hielt die Schönebeck-Bad Salzelmener Tages-Zeitung bis 1928 bei, dann kamen mit dem Anwachsen der NSDAP auch die Nazis in dem Blatt zu Wort. Mit den Märzahlen 1933 war diese Tages-Zeitung ganz in das Nazi-Lager eingeschwenkt.«<sup>161</sup>

Lange vor der Machtergreifung sei die *Schönebecker Zeitung* immer massiveren Drohungen vor allem der NSDAP ausgesetzt gewesen.

---

<sup>153</sup> Vgl. Wulfert 1949a, S. 12.

<sup>154</sup> Vgl. Wulfert 1949a, S. 16.

<sup>155</sup> Wulfert 1949a, S. 1.

<sup>156</sup> Mediadaten n. Handbuch der deutschen Tagespresse 41932, S. 272.

<sup>157</sup> Schreiben Theodor Wulfert, an den Ersten Vizepräsidenten für die Provinzialregierung Halle, Sievert, 7.2.46, Familienarchiv Wulfert-Markert, Hannover, Akte Beweissicherungsgesetz.

<sup>158</sup> Zu den bürgerlich-liberalen Zeitungen vgl. Stöber 2000, S. 211f.

<sup>159</sup> Der Werdegang der Schönebeck-Bad Salzelmener Tageszeitung Gebr. Wullstein, Böttcherstraße. Anlage zu: Schreiben Theodor Wulfert, an den Ersten Vizepräsidenten für die Provinzialregierung Halle, Sievert, 7.2.46, Familienarchiv Wulfert-Markert, Hannover, Akte Beweissicherungsgesetz.

<sup>160</sup> Mediadaten n. Handbuch der deutschen Tagespresse 41932, S. 272. Hinter dieser Bezeichnung konnten sich gleichwohl Sympathisanten der NS-Bewegung verstecken (vgl. Stöber 2000, S. 210).

<sup>161</sup> Der Werdegang der Schönebeck-Bad Salzelmener Tageszeitung Gebr. Wullstein, Böttcherstraße. Anlage zu: Schreiben Theodor Wulfert, an den Ersten Vizepräsidenten für die Provinzialregierung Halle, Sievert, 7.2.46, Familienarchiv Wulfert-Markert, Hannover, Akte Beweissicherungsgesetz.



»Die unverschämtesten Forderungen und den stärksten Druck versuchte seit 1930 die N.S.D.A.P. auszuüben. Die Schönebecker Zeitung räumte diesen Emporkömmlingen aber keine Sonderstellung ein, was einen verstärkten Haß der großen und kleinen Hitlers auslöste. Drohungen, Schmähbriefe und Hetze durch die nazihörige kleine andere Zeitung am Orte waren 1928-1933 keine ungewöhnliche, manchmal tägliche Erscheinung. Wie oft von der N.S.D.A.P. der Schönebecker Zeitung und mir persönlich die Vernichtung versprochen wurde, läßt sich nicht annähernd schätzen.«<sup>162</sup>

Nach den Angaben aus Wulferts Unternehmensgeschichte versuchte die SA im März 1933 vergeblich, seinen Betrieb zu überfallen,<sup>163</sup> danach folgten Versuche der NSDAP-Gauleitung, seiner Zeitung durch Boykottdrohungen wirtschaftlich zu schaden. »Werbekolonnen zogen nun von Haus zu Haus. Mit den drohenden Schlagworten: Willst Du guter Staatsbürger, Beamter, Pensionär, Rentenempfänger oder gar PG sein, dann darfst Du die Schönebecker Zeitung nicht lesen.«<sup>164</sup> Daneben sei auch auf das Vertriebspersonal Druck ausgeübt worden, zu kündigen: »Wie oft kamen die Zeitungsboten vom Lande klagend an, sie durften die Schönebecker Zeitung nicht mehr weiter austragen, ständig sei der Ortsgruppenleiter oder ein anderer 150% hinter ihnen her und drangsaliere ihn und seine Familie.«<sup>165</sup> Auf Veranlassung der NSDAP hätten langjährige Kunden Druckaufträge storniert, der Druckerei seien die Aufträge für das Gemeindeblatt und eine kirchliche Monatsschrift entzogen worden. Zeitweise verlor die Zeitung den Status als amtliches Verkündigungsblatt. Auch hinter diesen Beeinträchtigungen habe »die kleine auflagenschwache Nazi-Zeitung, die Schönebeck-Bad Salzelmener Tageszeitung« gestanden.<sup>166</sup> Ein Lokalredakteur Wulferts protokollierte einen persönlichen Feldzug des NSDAP-Bezirksleiters gegen die *Schönebecker Zeitung*:

»Sie kennen nun meinen Standpunkt, fuhr Herr [NSDAP-Bezirksleiter] Richter fast wörtlich fort, daß ich nicht eher ruhen werde, als bis ich die Schönebecker Zeitung vernichtet habe und daran wird mich niemand hindern. Wenn Sie mir erklären, daß das Berliner Tageblatt und die Vossische Zeitung anders gestellt sind, als die Schönebecker Zeitung, so ist das eben in Berlin möglich, für Schönebeck bestimme ich.«<sup>167</sup>

Nach diesen Angaben traf damit für die *Schönebecker Zeitung* jener Kleinkrieg zu, den die NS-Presse mit Hilfe kommunaler Entscheidungsträger reichsweit gegen die Traditionspresse führte:

»Zwischen beiden Zeitungstypen [...] wurde natürlich ein dauernder Kleinkrieg um jeden Abonnenten und jede örtliche Anzeige geführt, ein Kampf, dessen Seele der Filialleiter des Gauverlags war, und bei dem die ständige Hilfe und tätige Unterstützung des Kreisleiters, der Ortsgruppenleiter der NSDAP, des Landrats, der Magistrate usw. durchweg allein dem Parteiblatt zur Seite standen.«<sup>168</sup>

<sup>162</sup> Wulfert 1949a, S. 2.

<sup>163</sup> Wulfert 1948, S. 2f.

<sup>164</sup> Wulfert 1949a, S. 5.

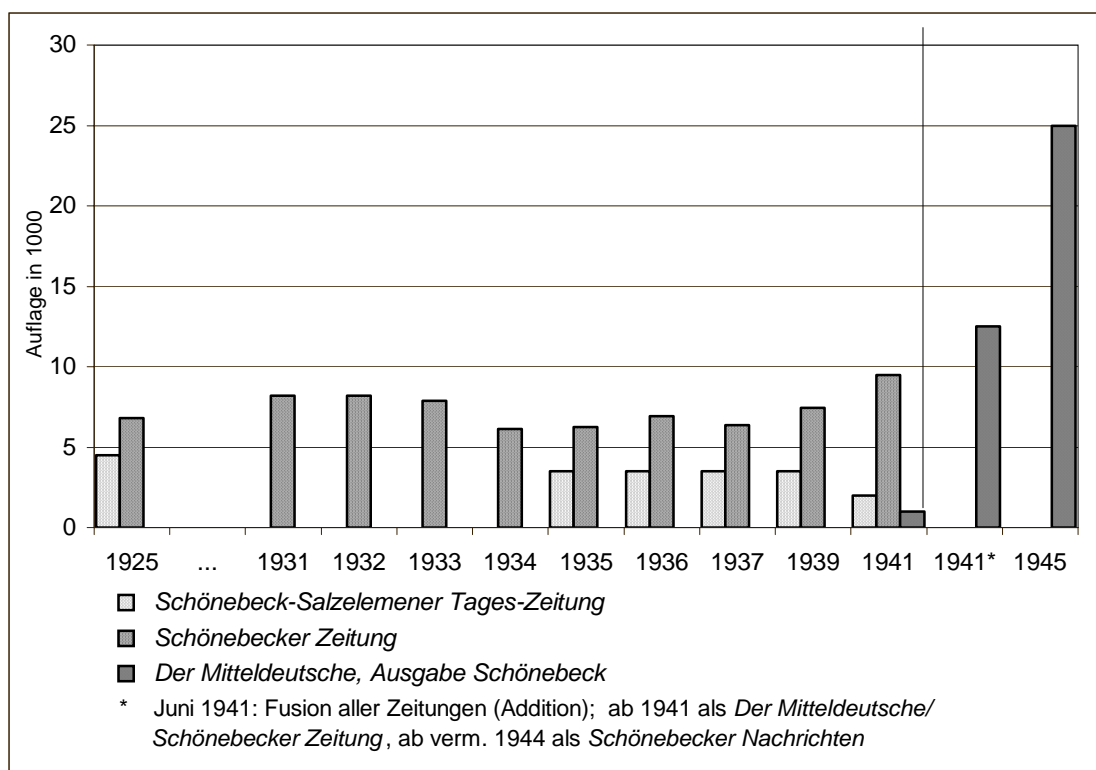
<sup>165</sup> Wulfert 1949a, S. 5.

<sup>166</sup> Wulfert 1949a, S. 5. Im selben Sinne Wulfert 1949a, S. 6.

<sup>167</sup> Gesprächsprotokoll Johannes Bittkow, Redakteur, mit dem Bezirksleiter der NSDAP, Richter, Schönebeck, 19.3.34, unsigniert. Familienarchiv Wulfert-Markert, Hannover, Akte Schönebeck/Elbe, Pfännestr. 34 und Breiter Weg 65/66.

<sup>168</sup> Presse in Fesseln 1947, S. 169. In selbem Sinne auch Hale 1965, S. 191ff.

Im Zuge der Boykottkampagnen hatte die *Schönebecker Zeitung* nach Angaben WULFERTS einen Abonnentenrückgang von mehr als 30 % zu erleiden gehabt.<sup>169</sup> Die den Pressehandbüchern gemeldete Auflage bestätigen ein Absinken der Auflagen zwischen 1932 und 1934 von 8 200 um 2 100 auf täglich rund 6 100 Stück (Abb. 3, S. 34), ohne dass gleichwohl Ursachen und Wirkungen abschließend geklärt werden konnten. Der Auflagenrückgang der *Schönebecker Zeitung* geht jedoch in den Jahren 1934/35 einher mit einem erheblichen Leserverlust auch anderer bürgerlicher Blätter, der weniger in direkten nationalsozialistischen Kampagnen als in der Uniformierung der Presse begründet lag.<sup>170</sup> Die Zeitungsabsatze konnte sich jedoch gegen Ende der 30er Jahre wieder deutlich erholen, so dass die wirtschaftliche Beeinträchtigung auch beim Wulfert-Verlag kurzfristigerer Natur blieb.



**Abbildung 3: Auflagenentwicklung der Schönebecker Tagespresse im NS-Staat (1925-1945)<sup>171</sup>**

Nachdem die Boykottaufrufe erfolglos geblieben waren, betrieb die NSDAP schließlich 1941 den zwangsweisen Kauf der *Schönebecker Zeitung*. In Schönebeck war die NSDAP bis dahin

<sup>169</sup> Vgl. Wulfert 1949a, S. 6.

<sup>170</sup> Vgl. Hädler 1961, S. 83f.

<sup>171</sup> Jeweils Verlagsangaben. Anders als zur *Schönebecker Zeitung* (\*1854), waren lückenlose Daten für die *Schönebeck-Bad Salzelemer Tages-Zeitung* (erschieden von 1923-1941) für die Zeit vor 1935 nicht nachweisbar, für die Auflage des *Mitteldeutschen* in Schönebeck nicht vor 1941). Mediadata n. Sperling <sup>51</sup>1925, S. 335; Sperling <sup>57</sup>1931, S. 543; Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>4</sup>1932, S. 272; Sperling <sup>58</sup>1933, S. 525; Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>5</sup>1934, S. 187; Sperling <sup>59</sup>1935, S. 470; Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>6</sup>1937, 180f.; Sperling <sup>60</sup>1937, S. 460; Sperling <sup>61</sup>1939, S. 500; Wulfert 1949a, S. 7; S. 16; Schreiben Theodor Wulfert, an das Militärregierungsamt Schönebeck, Schönebeck, 19.6.45, Durchschrift, Familienarchiv Wulfert-Markert, Hannover, Akte Beweissicherungsgesetz.

nicht mit einer Lokalausgabe vertreten gewesen, die Magdeburger Gauzeitung des *Mitteldutschen* hatte aber bereits 1935 eine Geschäftsstelle in Schönebeck eröffnet.<sup>172</sup> Die Auflage des *Mitteldutschen* lag deshalb lediglich bei rund 1 000 Exemplaren,<sup>173</sup> und damit deutlich niedriger als die der Konkurrenz (Abb. 3). Auch die *Schönebeck-Bad Salzelmener Tages-Zeitung* blieb vergleichsweise wenig erfolgreich. Sie meldete für die Zeit nach 1935 eine stagnierende Auflage von 3 500 Exemplaren, nachdem 1925 noch 4 500 vertrieben worden waren. Die Stagnation der Auflage habe die NSDAP nicht zufrieden gestellt, da die Partei, so WULFERT, die kleinere Zeitung zur Stärkung ihrer publizistischen Position nutzen wollte. Als dies nicht möglich war, habe die Partei aufgehört, der *Schönebecker Zeitung* wirtschaftlich zu schaden, um das Blatt als gesundes Unternehmen aufzukaufen und als Nebenausgabe des Gauorgans *Der Mitteldutsche* in den nationalsozialistischen Gauverlag aus dem benachbarten Magdeburg eingliedern zu können.

Um die Zeitung dem *Mitteldutschen* angliedern zu können, habe nicht nur die lokale und regionale Parteiführung, sondern auch die Reichspressekammer frühzeitig Druck auf den Verleger ausgeübt. Um die Gesinnung des Verlegers zu überprüfen, seien 1935 die Inhalte der Zeitung der Jahre 1932 und 1933 kontrolliert worden,<sup>174</sup> eine Maßnahme nach der im April 1935 erlassenen Verordnung ›Zur Beseitigung der Skandalpresse‹. Diese Anordnung sollte Verleger aus der Reichspressekammer ausschließen, deren Zeitungen über Ereignisse »in einer Form berichteten, die der Bedeutung für die Öffentlichkeit nicht entspricht und die geeignet ist, Anstoß zu erregen oder der Würde der Presse zu schaden«.<sup>175</sup> Wegen der Berichterstattung seiner Zeitung und seiner Mitgliedschaft in der mittlerweile aufgelösten Freimaurerloge habe Wulfert anschließend Schwierigkeiten bei der Aufnahme in die Reichspressekammer bekommen,<sup>176</sup> da ihm die nach dem Reichskulturkammergesetz<sup>177</sup> vorzuweisende Eignung und Fähigkeit zur Führung eines Zeitungsverlages abgesprochen wurde. Die Reichspressekammer empfahl deshalb die »baldige Verlagsübertragung an Ihren Sohn, Herrn Horst-Theodor Wulfert«.<sup>178</sup> Während andere Verleger jedoch ihre Zeitungen samt Abonnentenkartei an die Gauverlage verkaufen oder eine NS-Beteiligung akzeptieren mussten und nur noch die Druckereianlagen behalten durften, konnte die *Schönebecker Zeitung* weiter in Familienbesitz

<sup>172</sup> Wulfert 1949a, S. 7.

<sup>173</sup> Mediadaten n. Wulfert 1949a, S. 7.

<sup>174</sup> Vgl. Wulfert 1949a, S. 7f.

<sup>175</sup> Anordnung zur Beseitigung der Skandalpresse vom 24. April 1935. Abgedruckt in: Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>6</sup>1937, S. 400.

<sup>176</sup> Vgl. Wulfert 1949a, S. 7f.

<sup>177</sup> § 10 Reichskulturkammergesetz. – Zur Funktion und Wirksamkeit des Reichskulturkammergesetzes vgl. Presse in Fesseln 1947, S. 92. Das Gesetz ist abgedruckt in: Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>6</sup>1937, S. 351-355.

<sup>178</sup> Schreiben Der Präsident der Reichspressekammer, an Theodor Wulfert, 29.2.1936, Abschrift, Familienarchiv Wulfert-Markert, Hannover, Akte Beweissicherungsgesetz.

bleiben. Die Partei gestattete einen Generationenwechsel - bis zum Abschluss einer entsprechenden Ausbildung und der Übernahme des Verlags durch Wulfert Junior sollte der Vater als befristetes Mitglied in der Reichspressekammer verbleiben dürfen, um den Betrieb weiter führen und später übergeben zu können. Ende 1938 wurde diese Befristung überraschend wieder aufgehoben und Wulfert bekam eine dauerhafte Arbeitsgenehmigung als Verleger.<sup>179</sup> Demgegenüber wurde seinem langjährigen Redakteur Johannes Bittkow 1935 die Arbeitserlaubnis entzogen, was faktisch ein Berufsverbot bedeutete.<sup>180</sup> Anschließend sei die Zeitung erst wieder in das Visier der NSDAP geraten, als mit den zunehmenden Kriegszerstörungen auch zusehends Verlage und Druckereien zerstört wurden und ausfielen. Die Zeitung und das Druckhaus wurden als Ausweichquartier für durch die Luftangriffe bedrohte parteieigene Zeitungsunternehmen interessant. »Die Schönebecker Zeitung mit ihrer wertvollen Einrichtung war für die Nazis der längst begehrte fette Bissen gewesen, so wie es von diesen Erpressern geplant und durchgeführt wurde.«<sup>181</sup> Der Verleger habe vor der Wahl gestanden, den Verlag still zu legen oder zu verkaufen. Nachdem er Verkaufsverhandlungen abgelehnt hatte, erhielt Wulfert zum Juni 1941 die Schließungsverfügung. Um den Handlungs- und damit Verkaufsdruck auf die Verlage zu erhöhen, arbeitete die Papierwirtschaftsstelle der Reichspressekammer mit kurzfristigen Sperrungen der Papierbestände. Auch der Schönebecker Druckerei wurde dabei schlicht der Verbrauch der eigenen Papierbestände untersagt. »Damit entfällt für Ihre Zeitung die Möglichkeit des Erscheinen ab 1. Juni 1941.«<sup>182</sup> Der Papierentzug diente als Druckmittel zum Verkauf. »Zwei Mal kamen Gauamtsleiter und Direktor des Mitteldeutschen nach Schönebeck, um seinen Raub zu besehen. Von einer Stilllegung des Betriebes war keine Rede mehr. Vielmehr ging es den Nazis ums Ganze. Stilllegung war nur noch das Drohmittel, wenn ich nicht in den Verkauf meines gesamten Besitzes willigte.«<sup>183</sup> Die Zeitung wurde zum offiziellen Gauorgan.

Bei den 1941 und auch bei den später erfolgenden Zeitungsverkäufen bekam die NSDAP üblicherweise lediglich das Verlagsrecht übertragen, das heißt die Rechte an der Nutzung des Zeitungsnamens und die Abonnentenkartei.<sup>184</sup> Das Druckinventar blieb im Eigentum der Verleger. Wulfert strebte 1941 die Bewahrung einer Minderheitsbeteiligung an seiner Zeitung an, was nicht möglich gewesen sei. Eine Stilllegung als Alternative zum vollständigen Verkauf

---

<sup>179</sup> Vgl. Wulfert 1949a, S. 7ff.

<sup>180</sup> Vgl. Wulfert 1949a, S. 6.

<sup>181</sup> Wulfert 1949a, S. 16.

<sup>182</sup> Schreiben Rienhardt, Reichspressekammer, Papierwirtschaftsstelle, an Theodor Wulfert, 25.4.41, Abschrift, Familienarchiv Wulfert-Markert, Hannover, Akte Beweissicherungsgesetz.

<sup>183</sup> Wulfert 1949a, S. 15.

<sup>184</sup> Vgl. Hale 1965, S. 286f.

habe er aus wirtschaftlichen Gründen ablehnen müssen. »Stilllegung bedeutete, daß nach kurzer Zeit die Maschinen an irgendeine im Westen beschädigte Parteizeitung abgegeben werden mußten und das Schriftmaterial zum Einschmelzen kam.«<sup>185</sup> Der Verleger befürchtete die Ausschachtung seines bei einer Stilllegung des für die eigene Zeitung nicht mehr benötigten Druckhauses. Damit wären alle Einnahmen zur Deckung der weiter anfallenden Unkosten entfallen. »Mir wären nur noch die kahlen Wände des Betriebes geblieben. Allein die hohe Grund- und Gebäudesteuer für den großen Komplex, der von einer Hauptstraße zur anderen reichte, hätte mich pekuniär vernichtet. Also war der Verkauf für mich der einzige Weg.«<sup>186</sup>

Die NSDAP hatte demgegenüber ein Interesse an den Druckmaschinen, weil sie Ersatz für kriegsbeschädigte Zeitungsbetriebe aus dem Umland bereit halten wollte, was den Betrieb der *Schönebecker Zeitung* besonders attraktiv machte. »Der Gauamtsleiter Schaafhausen der gauamtlichen Zeitung ›Der Mitteldeutsche‹ in Magdeburg suchte frühzeitig einen leistungsfähigen Ausweichbetrieb, er hatte ihn fast vor den Toren seiner Stadt mit guter Bahnverbindung und elektrischer Straßenbahn. Die Schönebecker Zeitung war es!«<sup>187</sup>

Über die Frage der Angemessenheit des Kaufpreises kam es erst nach Beendigung des Krieges zu juristischen Auseinandersetzungen. In der Nachkriegszeit galten die Vertragsbedingungen als durchaus nicht unattraktiv für die Verleger: »Freiwillig oder unfreiwillig hatten sie dem Regime gedient, gegen gutes Geld oder gegen weniger gute, aber immer noch lukrative Enteignung.«<sup>188</sup> In Schönebeck erreichten die Verkaufserlöse 1941 den Gebäudeeinheitswert von 1938 und einen um 20 Prozent erhöhten Bilanzwert des Anlagevermögens zuzüglich einer Ablöse für die Abonnenten. Die Erträge wurden vom Verleger zu einem Teil in ein Wohnhaus investiert, der Rest konnte lediglich in Staatsanleihen angelegt werden. Von diesem Vermögenswerten sollte Wulfert jedoch nach einem Bombenangriff und dem Zusammenbruch der Reichsfinanzen nicht sehr viel mehr übrig bleiben als ein Wohnrecht in seinem einstigen Familienbetrieb. Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt bezeichnete den Verkaufspreis später als angemessen und die Gründe, die zur Vernichtung der Werte führten, als allgemeines Pech:

»Was die Kaufsumme in Höhe von 400.000 RM betrifft, so wird diese von maßgebenden Stellen als durchaus angemessen und von der jetzigen Leitung sogar als hoch bezeichnet. Die

<sup>185</sup> Schreiben Theodor Wulfert, an das Militärregierungsamt Schönebeck, Schöben, 19.6.45, Durchschrift, Familienarchiv Wulfert-Markert, Hannover, Akte Beweissicherungsgesetz.

<sup>186</sup> Wulfert 1949a, S. 15.

<sup>187</sup> Wulfert 1949a, S. 13. - Mit der Begründung, einen Ausweichbetrieb für die Chemnitzer NS-Presse zu bekommen, wurde 1941 auch das *Zwickauer Tageblatt und Anzeiger* enteignet (vgl. Janßen 1991).

<sup>188</sup> »Wer eine Kaninchenzeitung gründet. Mit unwürdiger Hast.« In: Der Spiegel, 10.11.49 ([www.spiegel.de/spiegel/vor50/0,1518,51210,00.html](http://www.spiegel.de/spiegel/vor50/0,1518,51210,00.html)) (19.3.02).

Blockierung der ausgezahlten Kaufsumme ist eine Tatsache, von der nicht nur der Beschwerdeführer, sondern die Allgemeinheit betroffen wird.«<sup>189</sup>

Während die *Schönebecker Zeitung* wie die meisten Blätter zuvor als selbständige Zeitung hergestellt worden war, wurde sie nun eine abhängige Nebenausgabe eines Gauorgans und bekam die vorderen Politik-, Wirtschafts- oder Kulturseiten aus Magdeburg zugeliefert. An den Druckorten solcher Nebenausgaben wurde lediglich der Titelkopf und ein Lokalteil hinzu gefügt.<sup>190</sup> Diese heute übliche betriebswirtschaftliche Organisation (zentrale Mantelredaktion und abhängige Lokalausgaben) wirkte damals noch befremdlich: Die von SCHMIDT beschriebenen Verlagsstrukturen sind nicht nur vom Versuch der politischen Distanzierung vom Nationalsozialismus geprägt, sondern kritisieren in ihren Formulierungen das System von Haupt- und Nebenausgaben grundsätzlich: Die Parteizeitungen seien »so zu drei Viertel im Magdeburger Großbetrieb gewissermaßen großkonfektionsmäßig und nur zu einem Viertel im örtlichen Betrieb sozusagen flickschneidermäßig hergestellt« worden.<sup>191</sup>

Diese Struktur war eine der wesentlichen betriebswirtschaftlichen Neuerungen der NSDAP und entsprach vor allem den Interessen der Gauleitungen der Partei. Der Magdeburger Gauleiter Paul Schaafhausen soll dabei nach SCHMIDT 1947 wie die ostdeutschen Parteiführer in Thüringen, Halle-Merseburg und Pommern<sup>192</sup> immer wieder wilde »Einzelstillegungen« durchgesetzt haben, die jedoch nicht mit dem Reichsleiter für die Presse, Rienhardt, abgesprochen worden waren.<sup>193</sup> Zumindest in Schönebeck kam die Schließungsverfügung jedoch direkt aus dem Hause der Reichspressekammer,<sup>194</sup> und auch die hohe Zahl der »Einzelstillegungen« spricht für ein Vorgehen mit Billigung der Reichspressekammer.<sup>195</sup>

Die 1941 in Schönebeck gegen Wulfert ergriffenen Repressalien waren jedoch nicht allein gegen ein missliebiges Zeitungshaus gerichtet, sondern betrafen beide Zeitungshäuser des Ortes unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung. Zusammen mit der *Schönebecker Zeitung* wurde auch die von Wulfert geschmähte kleinere Konkurrenz der *Schönebeck-Bad Salzelmener Tages-Zeitung* an das Magdeburger NS-Organ angegliedert, jedoch nach dem Kauf durch den *Mitteldutschen* eingestellt und der Zeitungsname nur noch als Untertitel der *Mitteldutschen*/

<sup>189</sup> Beschluss, Az. Ia 602/49, Innenministerium Sachsen-Anhalt, 17.3.49, Familienarchiv Wulfert-Markert, Hannover, Akte I + II.

<sup>190</sup> Vgl. Presse in Fesseln 1947, S. 168f.

<sup>191</sup> Presse in Fesseln 1947, S. 169.

<sup>192</sup> Vgl. Presse in Fesseln 1947, S. 168 - Der Autor Schmidt nennt dort als besonders betroffen weiter die Gauen Württemberg, Südhannover-Braunschweig und Ostpreußen.

<sup>193</sup> Vgl. Presse in Fesseln 1947, S. 168.

<sup>194</sup> Schreiben Rienhardt, Reichspressekammer, Papierwirtschaftsstelle, an Theodor Wulfert, 25.4.41, Abschrift, Familienarchiv Wulfert-Markert, Hannover, Akte Beweissicherungsgesetz.

<sup>195</sup> Der Autor des anonym veröffentlichten Werkes »Presse in Fesseln«, Fritz Schmidt, arbeitete selbst in der Reichspressekammer und dürfte in seiner 1947 veröffentlichten Beschreibung ein Interesse an der Relativierung der eigenen Schuld gehabt haben (vgl. Hale 1965, S. 332ff.); Schmidt war von 1937 bis 1939 Leiter jener Papierzuteilungsstelle, die auch die Stilllegungsverfügung an die *Schönebecker Zeitung* sandte.

*Schönebecker Zeitung* verwendet.<sup>196</sup> Auch wenn im Zuge der kriegswirtschaftlichen Zeitungsschließungen des Jahres 1941 beide Verleger ihre Zeitung abgeben mussten, sah sich Wulfert dennoch benachteiligt. Die Konkurrenten von der *Schönebeck-Bad Salzelmener Tages-Zeitung* hätten auch in dieser Situation von ihrer Nähe zur NSDAP profitiert, indem sie ihren Druckbetrieb behalten konnten und besser bezahlt worden seien als Wulfert.<sup>197</sup>

Die von Wulfert beschriebene Funktion des Kaufs der *Schönebecker Zeitung* erfüllte sich im Januar 1945, als das Zeitungshaus wie geplant als Ausweichbetrieb für die bei einem Luftangriff zerstörte Gauzeitung in Magdeburg eingespannt wurde.

»Als am 16. Januar 1945 die Altstadt Magdeburg innerhalb von 35 Minuten restlos zerstört war, ging auch dort der Gesamtbetrieb des Mitteldeutschen in Schutt und Asche. In der Nacht zum 18. Jan. wurde bereits die Gesamtauflage des Mitteldeutschen für Magdeburg, die Kreise Wolmirstedt, Wanzleben, Burg und Jericho mit einer Auflage von etwa 90 000 Exemplaren in meinem einstigen Betrieb in Schönebeck gedruckt. Dazu kam die Ausgabe für Schönebeck und den Kreis Kalbe mit täglich 28 000 St. und so blieb es bis zum Zusammenbruch.«<sup>198</sup>

Anders als der überwiegende Teil der deutschen Zeitungsverleger, erklärte sich (soweit bekannt) während der Kriegsenteignungen nur einer trotz sehr hoher Gebote nicht bereit, einem Zwangsverkauf an die NSDAP zuzustimmen. Der Verleger Horst Kausche, der durch das Verbot, mehrere Zeitungen zu besitzen, alle Titel des Verlages bis auf das *Zwickauer Tageblatt und Anzeiger* hatte aufgeben müssen,<sup>199</sup> kämpfte mit juristischen Mitteln gegen die Enteignung seiner letzten Zeitung und verweigerte am Ende schlicht die Annahme des Kaufpreises und die Herausgabe der Abonnentenkartei. Als er gegen die NSDAP und die Reichspost mit einstweiligen Verfügungen vorging, verdoppelte die Partei ihr Kaufangebot von 668 000 Reichsmark auf 1,2 Millionen. Da Kausche trotzdem standhaft blieb, wurde er ohne jede Entschädigung enteignet.<sup>200</sup>

Während solche Eingriffe den wirtschaftlichen Einfluss der NSDAP auf die deutsche Presse immer weiter erhöhten, war eine weitere inhaltliche Intervention nicht mehr nötig. Die Zeitungen waren nach Angaben des Präsidenten der Reichspressekammer, Max Amann, bereits so gut auf Linie gebracht, dass auch der Ausbruch des Krieges keine weiteren Ände-

<sup>196</sup> Vgl. *Der Mitteldesche/Schönebecker Zeitung*, 1.7.41.

<sup>197</sup> Der Werdegang der Schönebeck-Bad Salzelmener Tageszeitung Gebr. Wullstein, Böttcherstraße. Anlage zu: Schreiben Theodor Wulfert, an den Ersten Vizepräsidenten für die Provinzialregierung Halle, Sievert, 7.2.46, Familienarchiv Wulfert-Markert, Hannover, Akte Beweissicherungsgesetz.

<sup>198</sup> Wulfert 1949a, S. 16. – 1946 hatte Wulfert die Auflage des *Mitteldeschen* mit 95 000, die Schönebecker Auflage mit 25 000 beziffert (Schreiben Theodor Wulfert, an den Ersten Vizepräsidenten für die Provinzialregierung Halle, Sievert, 7.2.46, Familienarchiv Wulfert-Markert, Hannover, Akte Beweissicherungsgesetz).

<sup>199</sup> *Der Altmärker*, Stendal; *Thüringische Landeszeitung Deutschlands*, Weimar; *Zwickauer Zeitung*, *Zwickauer Neueste Nachrichten*, *Niederschlesischer Anzeiger*, Glogau (vgl. Janßen 1991).

<sup>200</sup> Vgl. Janßen 1991; *Presse in Fesseln 1947*, S. 172. *Presse in Fesseln 1947*, S. 172, nennt als späteres Angebot 745 000 RM.

rungen mehr nötig machten: Der Ausbruch der Kampfhandlungen verlangte »von der deutschen Presse keine innere Umstellung [...]. Sie hat sich immer als das typische geistige Kampfmittel nach innen und außen betrachtet.«<sup>201</sup>

Im Frühjahr 1943 wurden angesichts der für das Deutsche Reich deutlich verschlechterten militärischen und wirtschaftlichen Situation reichsweit noch einmal rund 950 Zeitungen geschlossen oder mit NS-Zeitungen fusioniert.<sup>202</sup> Dieser Welle von Zeitungsschließungen vorangegangen waren die deutschen Niederlagen bei Stalingrad und in Nordafrika sowie Goebbels anschließende Propagierung des »totalen Krieges«. In Deutschland erfolgte die endgültige Umstellung der deutschen Wirtschaft auf eine Kriegswirtschaft, in deren Verlauf alle nicht direkt kriegswichtigen Betriebe stillgelegt wurden.<sup>203</sup> So wirkte sich die ökonomische und militärische Verschlechterung des Frühjahrs 1943 auch auf die Zeitungswirtschaft aus: »In den ersten Monaten 1943 griff der totale Krieg noch einmal tief in das Gefüge des Presseaufbaus ein.«<sup>204</sup> Neben kriegswirtschaftlichen Argumenten nannte der Reichsleiter der NS-Presse Amann 1943 für seine Eingriffe wie schon früher politische Haltungen der Eigentümer. Einen Verkauf von Zeitungstiteln empfahl Amann ausdrücklich jenen Verlegern, die nicht vollständig den Vorstellungen der nationalsozialistischen Presselenker entsprachen und die Zeitungen veröffentlicht hatten, »gegen deren Existenz unter den heutigen Anforderungen an die Presse schon seit langer Zeit von vielen Seiten Bedenken geltend gemacht werden mussten.«<sup>205</sup> Als »Alternative« zu einem Verkauf wurde den betroffenen Verlegern eine lang andauernde Stilllegung von Verlag und Druckerei angekündigt, die auf absehbare Zeit jedwede Einnahmen ausgeschlossen hätte. Eine Wiederaufnahme der Zeitungsproduktion nach dem Krieg wäre auch nach Meinung der NSDAP einem Neuanfang gleich gekommen: »Zeitungen und Zeitschriften sind tot, wenn sie einmal auf längere Zeit eingestellt waren.«<sup>206</sup> Um eine endgültige Schließung mit Totalverlust zu vermeiden, riet die Reichspressestelle zu einer Verwertung des Verlagsvermögens durch den Verkauf an einen »zu interessierenden Verlag«,<sup>207</sup>

<sup>201</sup> Amann 1944, S. XI.

<sup>202</sup> Zu den wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges auf die Heimatzeitungen vgl. auch Kohlmann-Viand 1991; Hale 1965, S. 273ff.

<sup>203</sup> Vgl. Jaeger 1988, S. 205f.; dtv-Atlas zur Weltgeschichte 2000, S. 478f.

<sup>204</sup> Amann 1944, S. XIV. Vgl. dazu auch Presse in Fesseln 1947, S. 173; Hale 1965, S. 285.

<sup>205</sup> Schreiben Der Präsident der Reichspressekammer, an die Gemeinschaft der deutschen Zeitungs- und Zeitschriftenverleger, Berlin, 25.4.41, S. 4. (Familienarchiv Wulfert-Markert, Hannover, Bestand Beweissicherungsgesetz; identisch auch in: Amann 1944, S. XVI.)

<sup>206</sup> Schreiben Der Präsident der Reichspressekammer, an die Gemeinschaft der deutschen Zeitungs- und Zeitschriftenverleger, Berlin, 25.4.41, S. 2. (Familienarchiv Wulfert-Markert, Hannover, Bestand Beweissicherungsgesetz; identisch auch in: Amann 1944, S. XVI.)

<sup>207</sup> Schreiben Der Präsident der Reichspressekammer, an die Gemeinschaft der deutschen Zeitungs- und Zeitschriftenverleger, Berlin, 25.4.41, S. 5. (Familienarchiv Wulfert-Markert, Hannover, Bestand Beweissicherungsgesetz; identisch auch in: Amann 1944, S. XVI.)



typischerweise an einen Parteiverlag: Die Partei tauchte in der von ihr geschaffenen Zwangslage als Retter auf. Als Käufer traten während des Krieges nicht mehr die verdeckt der NSDAP gehörenden Verlagsgruppen wie ›Vera‹ und ›Phönix‹ auf, sondern die parteieigenen Gau-Verlage.<sup>208</sup>

Im Rahmen dieser kriegswirtschaftlichen Zeitungsschließungen konnten die Verleger erneut zwischen einer Verpachtung, einem vollständigen Verkauf oder der Gründung von lokalen Gemeinschaftsverlagen mit der NSDAP wählen. Bei den im Krieg gewählten unternehmensrechtlichen Konstruktionen wurden die Traditionsverleger wie schon in den Schließungswellen vor dem Krieg wieder zu Minderheitsgesellschaftern gemacht, denen dadurch neben der redaktionellen Einflussnahme auch weitgehend die betriebswirtschaftlichen Entscheidungsmöglichkeiten genommen waren. Bei diesen Beteiligungsmodellen verblieb den Traditionsverlegern zwar eine beständige Einnahmequelle, sie bekamen jedoch gleichzeitig die alleinige gesellschaftsrechtliche Haftung aufgebürdet.

Eine dieser Zeitungen, die unter die Schließungsverfügungen des Jahres 1943 fiel, war der *Mühlhäuser Anzeiger*. Die Zeitung war 1775 von der Dannerschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt als *Mühlhäusisches Wochenblatt* gegründet und mit der Ausdehnung auf ein viermaliges Erscheinen 1863 in *Mühlhäuser Anzeiger* umbenannt worden. Seit 1795 war das Unternehmen im Besitz der Familie Danner-Kreßmann, die die Zeitung parteiunabhängig zu halten und zu einem »Mittelpunkt des geistigen Lebens der Heimat« zu machen versuchte. Die kritische Berichterstattung der bürgerlich-liberalen Verleger führte in den 1860er Jahren und in den 1880er Jahren für jeweils 10 Jahre zum Entzug des Amtsblattstatus, zuletzt weil die Zeitung »regierungsfeindliche Wahlreden in stenographischer Wiedergabe« veröffentlicht hatte und damit »der Politik der Königlichen Staats-Regierung entgegen getreten« war.<sup>209</sup> Der Verleger Karl Kreßmann, der der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei nahe gestanden hatte, behielt die liberale Berichterstattung und Kommentierung bis in die 1930er Jahre bei.<sup>210</sup> 1935 wurde Kreßmann als »politisch unzuverlässig« die Erlaubnis entzogen, als Redakteur Mitglied der Reichspressekammer zu bleiben. Grund war seine Mitgliedschaft in der Freimaurerloge,<sup>211</sup> zudem habe er Hitler in der Zeitung verunglimpft:

»Und zwar hatte er irgendwann unmittelbar vor der Machtergreifung gesagt, ich muss diesen Mann ja mal sehen, ich muss diesen Mann ja mal kennenlernen und war nach Gotha gefahren

<sup>208</sup> Vgl. die Mediaangaben in Handbuch der deutschen Tagespresse 71944. Vgl. dazu auch Hale 1965, S. 282ff.

<sup>209</sup> Bescheid der preußischen Regierung zit. n. Falk 1989a.

<sup>210</sup> Vgl. Falk 1989a; Falk 1989d.

<sup>211</sup> Schreiben Zeitungsverleger Karl Kreßmann, an den Kommandanten der Alliierten Militärregierung Mühlhausen, Mühlhausen, 11.5.45, Firmenarchiv DBuV, Akte 1939-46, Familienarchiv Falk, Eva Falk, Wiesbaden; Auskunft Eva Falk, Wiesbaden, 2.12.98.

und hatte sich ne Rede angehört und ist zurückgekommen [...] und hatte gesagt, der ist ein Scharlatan und hatte das auch geschrieben.«<sup>212</sup>

Unbeabsichtigt habe die Zeitung außerdem den NSDAP-Kreisleiter beleidigt, weshalb Kreßmann seine Funktion als Chefredakteur aufgeben musste. Lediglich persönlicher Beziehungen zu Herrmann Göring sei es zu verdanken gewesen, dass Kreßmann die verlegerische Leitung des *Mühlhäuser Anzeigers* behalten durfte. Die Zeitung bekam mit Albert Frerichs einen neuen, der NSDAP genehmen Redaktionsleiter.<sup>213</sup>

Im Zuge der Stilllegungsverfügungen des Frühjahrs 1943 wurde der *Mühlhäuser Anzeiger* mit der 1933 gegründeten nationalsozialistischen *Thüringer Gauzeitung. Mühlhäuser Kampf* zusammengelegt. Der *Mühlhäuser Anzeiger* wurde dazu aus der Dannerschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt ausgegliedert und in den Gemeinschaftsverlag »Mühlhäuser Anzeiger Schmitz & Co KG« eingebracht. Bei dieser Konstruktion besaß der Alteigentümer Karl Kreßmann lediglich 48 % der Geschäftsanteile, haftete aber persönlich für das ganze Unternehmen. 50 % der Anteile lagen beim nationalsozialistischen Thüringer Gauverlag GmbH in Weimar (*Thüringer Gauzeitung*), weitere 2 % sicherte sich persönlich der Geschäftsführer des Thüringer Gauverlags, Alfred Schmitz.<sup>214</sup> Für den *Mühlhäuser Anzeiger* ergab sich danach ein neues Wachstum, indem dem Blatt als Nebenausgabe das erst 1939 gegründete lokale Parteiorgan *Langensalzaer Zeitung* angegliedert wurde. Die in Langensalza lange verwurzelten Traditionsblätter *Langensalzaer Allgemeiner Anzeiger* (\*1869) und *Langensalzaer Tageblatt* (\*1759) mussten dagegen aufgeben.<sup>215</sup> Der *Mühlhäuser Anzeiger* konnte vorerst bis März 1945 weiter erscheinen.<sup>216</sup>

Für den Verleger Karl Kreßmann war die Kapitalbeteiligung der bessere der drei von der Reichspressekammer angebotenen Wege. Ein vollständiger Verkauf des Verlagsrechtes erschien ihm »als Verschleuderung des Eigentums, also als absolut ungangbar«. Bei einer Verpachtung des Zeitungsverlages und der Titelrechte, bei der ihm die Druckerei geblieben wäre, sah Kreßmann »die Gefahr der langsamen Vernichtung sowohl der Zeitung, als insbesondere auch des Maschinenparks« zugunsten bombengeschädigter NS-Druckereien.<sup>217</sup> Von einer Fusion mit dem örtlichen NS-Organ versprach sich Kreßmann die Möglichkeit, Einfluss

<sup>212</sup> Auskunft Eva Falk, Wiesbaden, 2.12.98.

<sup>213</sup> Auskunft Eva Falk, Wiesbaden, 2.12.98.

<sup>214</sup> Vgl. Schreiben Zeitungsverleger Karl Kreßmann, an den Kommandanten der Alliierten Militärregierung Mühlhausen, Mühlhausen, 11.5.45, Firmenarchiv DBuV, Akte 1939-46, Familienarchiv Falk, Eva Falk, Wiesbaden. Mediaangaben n. Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>6</sup>1937, S. 270. – Von den beiden Zeitungen war der Mühlhäuser Anzeiger jedoch der größere gewesen. 1939 betrug dessen Auflage rund 13 000 Stück, während der Mühlhäuser Kampf 7 400 Exemplare absetzen konnte. (Mediaangaben n. Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>7</sup>1944, S. 243.)

<sup>215</sup> Der ehemalige Miteigentümer des *Langensalzaer Tageblattes* bekam danach die Stelle des Redaktionsleiters der nationalsozialistischen *Langensalzaer Zeitung* (Mediaangaben n. Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>7</sup>1944, S. 243; Sperlings <sup>6</sup>1939, S. 496f.)

<sup>216</sup> Vgl. Falk, Joachim P.: Geschichte der Dannerschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt ab 1933. Mskpt, Wiesbaden 1989.

<sup>217</sup> Diese Gefahr bestätigte Presse in Fesseln 1947, S. 174f.

auf den Erhalt des Unternehmens zu behalten. »Es lag ja auch auf der Hand, dass es für mich als geschäftsführenden Gesellschafter leichter sein würde, Übergriffe gegen meinen Anteil in der Kommanditgesellschaft und gegen meine von der Zusammenlegung und Beteiligung sonst völlig unbeteiligt gebliebene Druckerei, die für den Lohndruck der neuen [gemeinsamen] Zeitung in Aussicht genommen war, abzuwehren, wenn ich den bisher scharfen Konkurrenten und offenkundigen Gegner als Kompagnon hatte.«<sup>218</sup>

Während der Verkauf der Zeitung und die Einbringung in einen Gemeinschaftsverlag endgültig sein sollte, war die Verpachtung der Zeitung lediglich für die Kriegsdauer vorgesehen. Die ersten beiden Lösungen »waren daher als definitive Auslöschung des privaten Eigentums an der Zeitung gedacht.«<sup>219</sup> Die zeitlich begrenzte Verpachtung erlaubte hingegen ein Wiederaufleben der Zeitung nach Kriegsende. Von 73 Verlegern, die reichsweit von den Stilllegungsverfügungen des Jahres 1943 betroffen waren, wählte deshalb knapp die Hälfte (32) eine zeitweise Verpachtung, 25 Verleger brachten ihre Zeitung in ein Gemeinschaftsunternehmen mit der NSDAP ein, 16 verkauften ihre Zeitung vollständig.<sup>220</sup>

Eine vierte Handlungsoption, die vollständige Schließung der Zeitung, wurde von Krefmann nicht erwogen. Auch in diesem Fall hätte die Gefahr einer Ausräumung der Druckerei bestanden, der Verleger hätte jedoch anders als bei einem Verkauf oder einer Verpachtung gleichzeitig auf die Erzielung eines Gegenwertes für die Schließung verzichtet. Trotzdem gab es offenbar auch Verlage, die 1943 einfach die Produktion ihrer Zeitung einstellten, etwa die Buch- und Kunstdruckerei Philipp Kühner aus Eisenach.<sup>221</sup> Zusammen mit dem *Mühlhäuser Anzeiger* wurde 1943 in Thüringen ein großer Teil größerer und alteingesessener Zeitungen in einen Gemeinschaftsverlag eingebracht: *Die Henne* (Ilmenau, \*1844) und *Arnstädter Anzeiger* (\*1891), *Altenburger Zeitung* (\*1847), *Greizer Zeitung* (\*1872, nunmehr als *Greizer Kurier*), *Nordhäuser Zeitung und General-Anzeiger* (\*1848, nunmehr als *Südharzer Kurier*), *Pößnecker Zeitung* (\*1828), *Saalfelder Kreisblatt* (\*1818, nunmehr als *Saalfelder Zeitung*), *Sonneberger Zeitung* (\*1882, nunmehr als *Sonneberger Tageszeitung*) sowie die *Suhler Zeitung* (\*1802, nunmehr als *Suhler Tageszeitung*).<sup>222</sup> Thüringen gehörte damit am Ende zu denjenigen Regionen, wo die NSDAP besonders viele traditionelle Zeitungen in die Partei-Verlagsstruktur einband.<sup>223</sup> Ähnliche

<sup>218</sup> Schreiben Zeitungsverleger Karl Krefmann, an den Kommandanten der Alliierten Militärregierung Mühlhausen, Mühlhausen, 11.5.45, Firmenarchiv DBuV, Akte 1939-46, Familienarchiv Falk, Eva Falk, Wiesbaden.

<sup>219</sup> Vgl. Presse in Fesseln 1947, S. 174.

<sup>220</sup> Vgl. Presse in Fesseln 1947, S. 174.

<sup>221</sup> Auskunft Eva Falk, Wiesbaden, 2.12.98. Vgl. dazu auch die Verlagsangaben in: Handbuch der deutschen Tagespresse 1944, S. 238.

<sup>222</sup> Die dabei entstandenen neuen Verlagsnamen bestanden alle jeweils aus dem Bestandteil »Schmitz & Co. KG« samt des Zusatz der aufgenommenen Traditionszeitung, etwa »Verlag Schmitz & Co. KG Pößnecker Zeitung« (Mediaangaben n. Handbuch der deutschen Tagespresse 1944, S. 236ff.)

<sup>223</sup> Presse in Fesseln 1947, S. 174.

Zusammenschlüsse von lokalen Parteizeitungen und alteingesessenen Blättern ließen sich 1943 auch für die damaligen Gaue Magdeburg-Anhalt und Halle-Merseburg nachweisen.<sup>224</sup> Dagegen fanden sich in Brandenburg, Mecklenburg und Sachsen lediglich wenige solcher Betriebszusammenlegungen. Insgesamt verschwanden dadurch in den Provinzen und Ländern Ostdeutschlands zwischen 1932 und 1943 rund 75 Prozent der einstmals rund 1 100 Zeitungen (Tabelle 1).

Land/Provinz <sup>a</sup>	Zahl der Zeitungen			
	1932 <sup>bd</sup>	1934 <sup>bd</sup>	1937 <sup>bd</sup>	1943 <sup>bd</sup>
Anhalt	31	23	19	6
Brandenburg	243	147	131	76
Mecklenburg	86	65	53	35
Provinz Sachsen	258	196	174	64
Sachsen	298	225	207	77
Thüringen	171	124	99	41
Summe Ostdeutschland <sup>a</sup>	1 124	780	683	299
Deutsches Reich	[4 703] <sup>c</sup>	3 097	2 527	<sup>c</sup>

**Tabelle 1: Entwicklung der Zahl der ostdeutschen Zeitungen 1932 bis 1943.**<sup>225</sup>

<sup>a</sup> Gebietsgliederung nach dem Stand 1934.

<sup>b</sup> Haupt- und Nebenausgaben sind getrennt gezählt.

<sup>c</sup> Inkl. wöchentlicher Amtsblätter, Badeanzeiger etc. – Vergleich mit anderen Werten deshalb nicht sinnvoll.

<sup>d</sup> 1932-37 jeweils zum Jahresbeginn, 1943 im Oktober.

Neben der NSDAP gehörten jedoch auch traditionelle Verleger zu den Profiteuren der Zeitungszusammenlegungen. Vor allem für kleinere Zeitungsunternehmen im sächsischen Raum bestand als weitere Möglichkeit die Kooperation mit anderen traditionellen Verlagen ohne Beteiligung der NSDAP. Der Verlag Berthold Estel (*Oelsnitzer Volksbote*) übernahm dabei beispielsweise Anfang Januar die Rechte an der *Hartensteiner Zeitung*<sup>226</sup> und im April 1943 auch an der *Lugauer Zeitung*, die fortan als Gemeinschaftsausgabe erschienen (Abb. 4, S. 45).

<sup>224</sup> »Insbesondere in den Gauen, in denen das System der vielen Nebenausgaben zum Gauhauptblatt durchgeführt war, wurde kaum ein Blatt im Privatbesitz gelassen, so in den Gauen Magdeburg/Anhalt, Halle/Merseburg, Thüringen, Pommern, Ostpreußen, Südhannover/Braunschweig u.a.m. Der Schlingtrieb der Gauleiter konnte damals erneut Orgien feiern.« (Presse in Fesseln 1947, S. 174.)

<sup>225</sup> Eig. Auszählung/Berechnungen n. Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>4</sup>1932, S. 27\*ff.; Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>5</sup>1934, S. 22\*f.; Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>6</sup>1937, S. XXI; Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>7</sup>1944, S. 1ff. sowie Beigabe: Verzeichnis der am 1.10.1944 bestehenden Großdeutschen Zeitungen. – Da in der Statistik von 1932 auch reine Amtsblätter, Wochenzeitungen, Badezeitungen etc. mitgezählt wurden (vgl. Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>5</sup>1934, S. 18\*), wurden diese Blätter von mir zur Herstellung der Vergleichbarkeit für die ostdeutschen Länder und Provinzen gezählt und herausgerechnet. Dies galt insbesondere für lediglich einmal wöchentlich herausgegebene Zeitungen, die aufgrund von Titel und Verlagsangaben keine Zeitungen im Sinne der Statistik des Jahres 1937 waren und deshalb aus dem Pressehandbuch herausgenommen worden waren.

<sup>226</sup> Vgl. Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>7</sup>1944, S. 195.



Auch die *Glauchauer Zeitung* (mit *Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt* und *Lichtensteiner Anzeiger*),<sup>228</sup> die *Auerbacher Zeitung* (mit *Falkensteiner Anzeiger*, *Treuener Tageblatt*, *Lengenfelder Nachrichten*, *Schönbeider Wochenblatt*)<sup>229</sup> oder das *Limbacher Neue Tageblatt* (aus *Limbacher Tageblatt*, *Neue Tagesnachrichten*, *Einsiedel*, und *Heimatsnachrichten*, *Siegmarschönau*) konnten durch die Übernahme benachbarter Zeitungen im Krieg deutlich wachsen.<sup>230</sup> Die Folge war eine Anhäufung von Zeitungsnamen in den Zeitungsköpfen (Abb. 4).

Die Verlage, die ohne NS-Kapitaleinfluss geblieben waren, behielten ihre Wachstumschancen. Bis zuletzt konnten Zeitungen erscheinen und gar wachsen, an denen die NSDAP keine Anteile besaß. Damit bewies der NS-Staat, dass er bei seiner Pressepolitik aus politischen Gründen Ausnahmen zu machen gewillt war.

Einige der informell mit dem NS-Staat kooperierenden Verlage konnten ein teilweise beträchtliches Unternehmenswachstums erreichen, indem diese »privaten« Blätter nach 1943 regelmäßig Konkurrenten angegliedert bekamen und auf diese Weise auch Zeitungen ohne Parteibeteiligung von der nationalsozialistischen Pressepolitik profitierten. Zu den Ende 1944 auf dem Gebiet der späteren DDR und im Berliner Raum noch erschienenen großen Zeitungen ohne nationalsozialistische Kapitalbeteiligung rechnete SCHMIDT 1947 u.a. die *Spandauer Zeitung* (52 000), die *Potsdamer Tageszeitung* (31 000), den *Brandenburger Anzeiger* (25 400), die *Glauchauer Zeitung* (26 300) und den *Plauener Vogtländischen Anzeiger* (47 800).<sup>231</sup>

Ein Vergleich der Kriegsauslagen mit den Vorkriegsdaten bezeugt für diese Privatverleger teilweise beträchtliche Zuwächse, die im Kriegszeitraum zwischen 1939 und 1944 mehr als zweihundert Prozent erreichen konnten (Tabelle 2).

---

<sup>228</sup> Mitteilung Stadt Hohenstein-Ernstthal, Stadtarchiv, Frau Günther, 9.7.99.

<sup>229</sup> Siehe *Auerbacher Zeitung*, 2.8.45 (Bestand Sächsische Landesbibliothek Dresden).

<sup>230</sup> Verlagsangaben n. Handbuch der deutschen Tagespresse 1944, S. 191.

<sup>231</sup> Vgl. Presse in Fesseln 1947, S. 177f.

Zeitung	Auflage			
	1933 <sup>232</sup>	1939 <sup>233</sup>	1944 <sup>234</sup>	Zuwachs 1939-44 (%)
<i>Der Westen</i> , Berlin-Wilmersdorf	20 000	14 000	50 000	+257 %
<i>Glauchauer Zeitung</i>	7 800	8 700	26 300	+202 %
<i>Bautzener Tageblatt</i>	11 200	8 700	25 100	+189 %
<i>Malchower Tageblatt</i>	<sup>a</sup> 300	850	<sup>b</sup> 2 000	+135 %
<i>Landeszeitung</i> , Neustrelitz <sup>235</sup>	10 200	8 250	<sup>b</sup> 15 000	+82 %
<i>Vogtländischer Anzeiger und Tageblatt</i> , Plauen	24 800	26 600	47 800	+80 %
<i>Brandenburger Anzeiger</i>	12 500	16 500	25 400	+54 %
<i>Berliner Süden</i> , Berlin-Neukölln <sup>236</sup>	<sup>a</sup> 29 200	33 800	51 000	+51 %
<i>Frankfurter Oder-Zeitung</i>	33 800	32 100	43 400	+35 %
<i>Märkischer Stadt- und Landbote</i> , Eberswalde	18 500	22 400	30 000	+34 %
<i>Potsdamer Tageszeitung</i>	24 500	23 400	31 000	+32 %
<i>Spandauer Zeitung</i> , Berlin-Spandau <sup>237</sup>	27 700	42 500	52 000	+22 %

**Tabelle 2: Auflagenentwicklung von großen Verlagen ohne NS-Kapitalbeteiligung 1933-1944.**<sup>238</sup>

<sup>a</sup> Auflage 1934; <sup>b</sup> Auflage 1945; <sup>c</sup> Auflage 1937.

Eine letzte geordnete Schließungswelle folgte schließlich im August 1944, bevor dann die Presselandschaft nach und nach aufgrund von Bombenschäden, Einberufungen oder durch alliierte Eroberung zerfiel.<sup>239</sup>

Ein Vergleich der Entwicklung der Zeitungstitel zeigt eine nach Ländern unterschiedlich ausgeprägte Abnahme des lokalen Zeitungsangebotes.

Zwischen 1932 und 1934 gab es einen Schwund an brandenburgischen und thüringischen Zeitungen, der vor allem auf die Reduzierung der Nebenausgaben zurückging, nicht jedoch auf die Reduzierung von Verlagen.<sup>240</sup> Bei diesen Schließungen handelte es sich (neben kommunistischen oder sozialdemokratischen Zeitungen) vor allem um als überparteilich oder bürgerlich firmierende Kleinzeitungen mit nur wenigen hundert Auflagenstück. Da diese

<sup>232</sup> Mediadaten n. Bernhard 1989; Sperlings <sup>58</sup>1933, Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>5</sup>1934; Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>6</sup>1937.

<sup>233</sup> Mediadaten n. Handbuch der deutschen Tagespresse, <sup>7</sup>1944 (Auflagen jeweils Sept. 1939); Ergänzungen n. Sperlings <sup>61</sup>1939.

<sup>234</sup> Mediadaten n. Presse in Fesseln, S. 177f.; Bernhard 1989.

<sup>235</sup> Bei der *Landeszeitung* konnte eine Beteiligung der Parteiverlage nicht sicher ausgeschlossen werden (vgl. Pape 1976).

<sup>236</sup> Neugründung aus dem Jahr 1943 durch Zusammenlegung von: *Neuköllnischer Zeitung* und *Tempelhofer Zeitung* aus dem Verlag Otto Meusel (1943), 1944 als »Kriegszeitung« zusätzlich Vereinigung mit *Karlsborst-Lichtenbager Nachrichten*, *Berliner Neueste Nachrichten*, *Das Dampfboot* und *Berliner Ostzeitung*, alle aus dem Verlag Scheumann & Müller, Köpenick. Bei den *Karlsborst-Lichtenbager Nachrichten* handelte es sich um eine 1941 erfolgte Zusammenlegung des *Karlsborster Anzeigers*, des *Karlsborst-Friedrichsfelder Lokalanzeigers*, des *Karlsborster Lokal-Anzeigers* und des *Friedrichsfelder Anzeigers*. Die Auflagenangaben der Vorjahre sind durch Addition der Zeitungen der beteiligten Verlag Otto Meusel Buchdruckerei, H. Jenne Zeitungsverlag Otto Scheumann sowie Stakemann, Müller & Strowig GmbH (Werner Müller) errechnet (Mediadaten n. Sperlings <sup>58</sup>1933; Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>7</sup>1944; Verzeichnis der am 1.10.1944 bestehenden Großdeutschen Zeitungen; Hädler 1961, S. 96)

<sup>237</sup> 1939 mit Ausgabe B: *Havelländisches Echo*, *Falkenseer Zeitung*, *Henningsdorfer Zeitung*, *Veltener Anzeiger* (Mediadaten n. Sperlings <sup>61</sup>1939, S. 445).

<sup>238</sup> Eig. Zusammenstellung/Berechnung.

<sup>239</sup> Vgl. Presse in Fesseln 1947, S. 175.

Schließungen von Kleinzeitungen allesamt vor der Bekanntgabe der Anordnungen über die Schließung von Zeitungsverlagen zwecks Beseitigung ungesunder Wettbewerbsverhältnisse vom 24. April 1935 erfolgten, dürfte die Reduzierung (anders als die Schließungen der Zeitungen von KPD und SPD) im wesentlichen nicht aus politischen Gründen erfolgt, sondern schlicht auf eine ungenügende Ertragslage der Verlage zurückzuführen gewesen sein. In der Folgezeit bis 1937 nahm die Zahl der Zeitungen samt Nebenausgaben in den Ländern und Provinzen auf dem Gebiet der späteren DDR durchschnittlich um lediglich rund 12 Prozent ab, um sich anschließend bis 1943 mehr als zu halbieren.

Ein Vergleich der Zahl der Hauptausgaben der Jahre 1934 und 1944 zeigt, dass in den einzelnen Ländern und Provinzen die nach 1934 noch bestehenden bürgerlichen Verlage unterschiedlich von der nationalsozialistischen Pressepolitik betroffen waren (Tabelle 3).

Land/Provinz	Hauptausgaben 1934	Hauptausgaben 1944	Entwicklung 1934-1944
Provinz Sachsen	165	54	-73 %
Thüringen	108	37	-66 %
Sachsen	200	72	-64 %
Anhalt	17	6	-53 %
Brandenburg	130	64	-51 %
Mecklenburg	60	33	-45 %
<b>Ostdeutschland gesamt<sup>a</sup></b>	<b>680</b>	<b>266</b>	<b>-61 %</b>

**Tabelle 3: Entwicklung der Zahl der Hauptausgaben in Ostdeutschland 1934 bis 1944.**<sup>241</sup>

<sup>a</sup> Gebietsgliederung nach dem Stand 1934, ohne pommersche und schlesische Gebiete und Berlin, inkl. Ostbrandenburg

Die nach dem Ausscheiden der Parteipresse von KPD und SPD noch verbliebene Zahl der Zeitungen verringerte sich nach dem Jahr 1934 in Brandenburg und Mecklenburg am wenigsten. In diesen Gebieten, in denen die Presse von den Eingriffen NSDAP weitgehend verschont blieb, konnten bis in die letzten Kriegsmomente hinein selbst kleinste Zeitungen überleben. Deren Personalbestand wurde zwar »immer wieder durchkämmt, um auch die letzte arbeitsfähige Kraft für Wehrmacht und Rüstung herauszulösen«, der Reichsleiter der Presse, Max Amann hielt das Weiterleben kleinerer Zeitungen jedoch für ökonomischer, da eine Zentralisierung die Transportwege verlängert hätte und die sehr umfangarmen Kleinzeitungen zudem einen vergleichsweise geringeren Papierbedarf hatten.<sup>242</sup> In der Provinz

<sup>240</sup> Vgl. die Daten im Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>4</sup>1932, S. 1ff.; Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>5</sup>1934, S. 1ff.: Die Zahl der Nebenausgaben sank in Brandenburg um 47, in Thüringen um 18, in Mecklenburg um 11, in Sachsen um 16 sowie in der Provinz Sachsen um 5 und stieg in Anhalt um 1 Ausgabe.

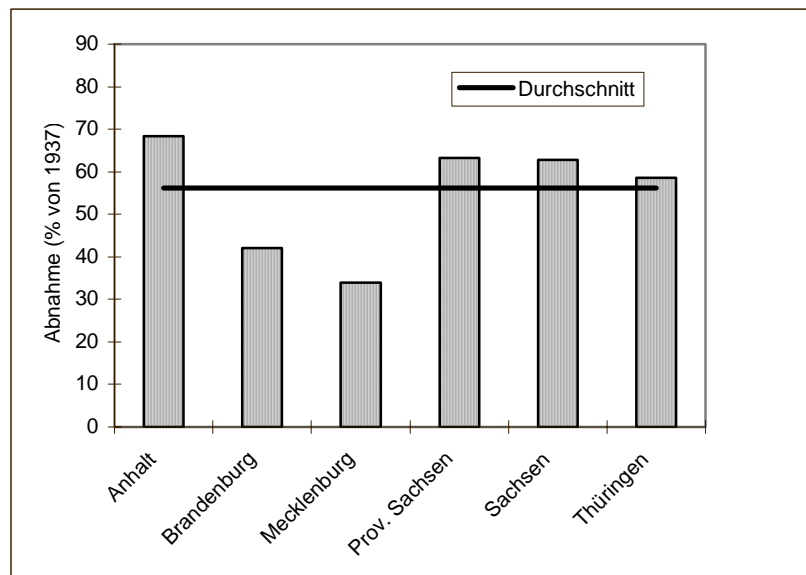
<sup>241</sup> Eig. Auszählung/Berechnungen n. Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>5</sup>1934, S. 22\*f.; Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>7</sup>1944, S. 1ff.

<sup>242</sup> Vgl. Presse in Fesseln 1947, S. 176.



Sachsen und in Thüringen waren dagegen die Folgen der nationalsozialistischen Pressepolitik am stärksten ausgeprägt.

Diese Tendenz ließ sich nicht nur für den Gesamtzeitraum zwischen 1934 und 1944, sondern auch für den relativ stärker vom Krieg geprägten Zeitraum zwischen 1937 und 1944 zeigen, was die Kontinuität der Umstrukturierung des Pressewesens belegt. Auch während des Krieges blieben vor allem Mecklenburg und Brandenburg mit ihrer durch kleine Verlage geprägten Pressestruktur<sup>243</sup> deutlicher von nationalsozialistischen Eingriffen verschont (Abb. 5, S. 49). Die NSDAP nahm in dieser Zeit jedoch nicht mehr durchgängig Rücksicht auf ihre langjährigen Förderer, weshalb nun auch einige traditionelle Zeitungen aufgeben mussten, »die die Nationalsozialisten schon vor 1933 ausdrücklich unterstützt hatten.«<sup>244</sup>



**Abbildung 5: Entwicklung der Zeitungszahl von 1937 bis 1943 in Prozent.**<sup>245</sup>

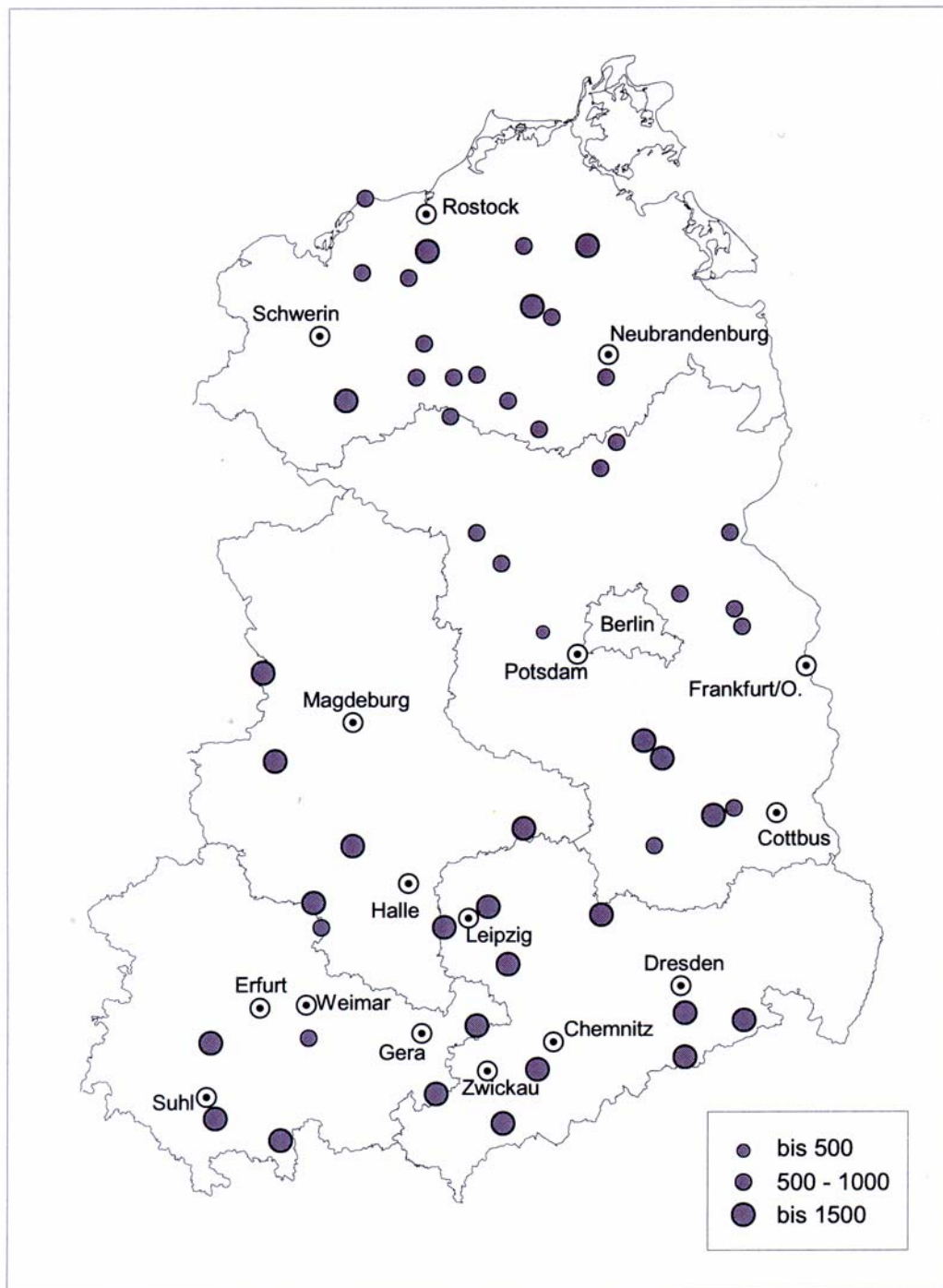
Obwohl sie zum Zeitpunkt der letzten Auflagenbekanntgabe 1939 auf teilweise nicht einmal 1 000 vertriebene Exemplare gekommen waren, blieben allerdings weiter auch bis 1944 selbst kleinste Zeitungen vor einer Schließung geschützt, darunter Blätter wie der *Ketziner Anzeiger* (Auflage 1939: 500), *Lychener Zeitung* (840), *Burg-Stargarder Zeitung* (560) oder das *Goldberger Tageblatt* (630) (Abb. 6, S. 50).<sup>246</sup> Vielen Kleinverlegern blieb nicht nur die Herausgabe von

<sup>243</sup> Während 1932 reichsweit rund 35 % aller Zeitungen eine Auflage von weniger als 2 000 Exemplaren hatten, waren in Mecklenburg-Schwerin 63 % und in Brandenburg 45 % kleiner (eig. Berechnung n. Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>4</sup>1932; S. 25\*).

<sup>244</sup> Stein 1994, S. 89.

<sup>245</sup> Ostdeutsche Länder/Provinzen, Gebietsgliederung nach dem Stand 1934. Eig. Erhebung/Berechnungen n. Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>6</sup>1937, S. XXI; Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>7</sup>1944, S. 1ff.

<sup>246</sup> Mediadaten n. Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>7</sup>1944, S. 1ff. sowie Beigabe: Verzeichnis der am 1.10.1944 bestehenden Großdeutschen Zeitungen.



**Abbildung 6: Verteilung der Verlags- und Erscheinungsorte ostdeutscher Kleinstzeitungen im Herbst 1944 (Auflagen nach Größenklassen).<sup>247</sup>**

kleinsten Tageszeitungen gestattet, sondern ihr Eigentum blieb (anders als bei den meisten größeren Verlagen) auch frei von einer Kapitalbeteiligung durch die nationalsozialistisch kontrollierten Verlage.

<sup>247</sup> Gebiet der späteren DDR; Bemessungsgröße: Auflagen unter 1 500 Stück im Jahr 1939. Mediadaten n. Handbuch der deutschen Tagespresse 71944, S. 1ff. sowie Beigabe: Verzeichnis der am 1.10.1944 bestehenden Großdeutschen Zeitungen.

Trotz der nationalsozialistischen Konzentrationspolitik waren so im gesamten Deutschen Reich selbst im Oktober 1944 lediglich 36 Prozent der Zeitungen Teil des NS-Pressetrusts geworden,<sup>248</sup> der damit allerdings 82,5 Prozent der Auflage erzielte. Damit waren bis wenige Monate vor Kriegsende reichsweit noch 625 der 977 Blätter »Privatzeitungen« ohne NS-Kapitalbeteiligung und damit wirtschaftlich formell unabhängig geblieben,<sup>249</sup> deren Zahl dann jedoch aufgrund der Kriegsausfälle bis zum Februar 1945 auf 700 fiel.<sup>250</sup>

In den Parteigauen zwischen Oder und Elbe gestattete die Partei bis zum letzten Kriegswinter sogar rund 75 Prozent der Tageszeitungen eine Existenz ohne finanzielle Beteiligung des NS-Staates (Tabelle 4). Insbesondere in den Gauen Mecklenburg, Brandenburg und Sachsen erschien im Herbst 1944 die überwiegende Zahl der Lokalzeitungen ohne NS-Kapital. Hier und insbesondere in Brandenburg konnten »privateigene« Zeitungen auch einen hohen Auflagenanteil behalten. Dagegen bekam die NSDAP die Verlagslandschaft in Thüringen und im Gau Magdeburg-Anhalt sehr weitgehend unter ihre Kontrolle.

Gau	Zeitungen gesamt	davon Privatzeitungen		Auflage gesamt	dav. Privatzeitungen	
		Anzahl	Anteil in %		Auflage	Anteil in %
<b>Mecklenburg</b>	34	32	94,1 %	252 000	90 100	35,8 %
<b>Brandenburg</b>	72	66	91,7 %	642 200	517 000	80,5 %
<b>Sachsen</b>	74	67	90,5 %	1 459 100	547 100	37,5 %
<b>Halle-Merseburg</b>	25	14	56,0 %	393 200	75 700	19,3 %
<b>Thüringen</b>	44	19	43,2 %	612 400	43 400	7,1 %
<b>Magdeburg-Anhalt</b>	31	12	38,7 %	510 200	42 900	8,4 %
<b>Ostdeutschland<sup>a</sup></b>	280	210	75,0 %	3 869 100	1 316 200	34,0 %
<b>Deutsches Reich</b>	977	625	64,0 %	25 086 199	4 391 229	17,5 %

**Tabelle 4: Verlage ohne NSDAP-Kapitalbeteiligung (»Privatzeitungen«); Stand: Oktober 1944.**<sup>251</sup>

<sup>a</sup> Gebiet der späteren DDR; ohne pommersche und schlesische Gebiete sowie Berlin, inkl. Ostbrandenburg.

Eine fehlende Kapitalbeteiligung durch die NSDAP war dabei jedoch nicht gleichbedeutend mit der Wahrung einer größtmöglichen Distanz zum Nationalsozialismus. Während viele bürgerliche Verleger ihre Zeitungen oder Anteile an ihren Zeitungen verkaufen mussten, um der NSDAP eine unternehmensrechtliche Beherrschung zu ermöglichen, konnte sich die

<sup>248</sup> Eigene Berechnung n. Presse in Fesseln 1947, S. 116f. - Zur Kritik an diesem im Interesse der Altverleger entstandenen Werk, das die politische Belastung der Altverleger relativieren helfen soll, vgl. Hale 1965, S. 332f. Diese Zahlen machte sich für seine Argumentation auch die 1952 gegründete Interessenvertretung der Altverleger, der Verband der Ost- und Mitteldeutschen Zeitungsverleger e.V., zu eigen (vgl. VMOZV 1955a, S. 34). Sie wurden von ihm genutzt, um den Einfluss der NSDAP auf die Presse und das den Altverlegern widerfahrene Unrecht hervorzuheben. Da die damals betroffenen Verleger kein Interesse an der Darstellung einer zu geringen nationalsozialistischen Einwirkung auf die Presse gehabt haben dürften, sind die von ihnen für die politische Einflussnahme genutzten Zahlen über das Gewicht der NSDAP-Presse wohl kaum untertrieben.

<sup>249</sup> Vgl. Presse in Fesseln 1947, S. 177. Vgl. zum Einfluss des NS-Kapitals zusammenfassend auch Wilke/Noelle-Neumann 1994, S. 446.

<sup>250</sup> Vgl. Bernhard 1989, S. 210.

Partei bei anderen Verlegern sicher sein, dass eine wirtschaftliche Kontrolle ihrer Verlage aus politischen Gründen überflüssig war. Viele deutsche Verleger waren offenbar derart von der NS-Bewegung akzeptiert, dass ihre Traditionszeitungen parteiamtliche Funktionen übertragen bekamen, ohne dass sie eigentumsrechtlich Teil des Parteipressensystems wurden. Für das von den Verlegern zu erwartende ›innerliche und gläubige Vertrauen<sup>252</sup> revanchierte sich die Staats- und Parteiführung, indem auch ›Privatzeitungen‹ zum Teil des offiziellen parteiamtlichen Propagandaapparates erhoben wurden. So trug die *Potsdamer Tageszeitung* des Verlages Hayn zuletzt den Untertitel ›Anzeiger für Gross-Potsdam, amtliches Verkündigungsblatt von Reichs- und Staatsbehörden, der Stadtverwaltung Potsdam und umliegenden Gegenden.<sup>253</sup> Auch die *Havel-Zeitung* der bis zuletzt unternehmensrechtlich parteiunabhängigen Rathenower Zeitungsdruckerei<sup>254</sup> erhielt den Untertitel ›Amtsblatt für Rathenow und den Kreis Westhavelland - Mitteilungsblatt des Kreises Westhavelland-Rathenow der NSDAP.<sup>255</sup>

## 2.2 Die Entwicklung der NS-Parteipresse in Ostdeutschland

Der abnehmenden Zahl von traditionellen Zeitungen alteingesessener Verlage stand ein sich ständig vergrößerndes Konglomerat von direkt parteiamtlichen Zeitungen gegenüber. Die Expansion dieser NS-Verlagsgebilde verlief spiegelbildlich zur Schrumpfung der traditionellen verlegerischen Strukturen.

Zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft bestand die parteiamtliche Presse vor allem aus Eigenründungen der NSDAP. Deren parteiamtliche Organe waren häufig über den Status von Wochenzeitungen nicht hinaus gekommen bzw. es war nur in dichter besiedelten Regionen ein parteiamtliches Organ gegründet worden.<sup>256</sup> Jedoch hatten sich frühzeitig auch Traditionsverlage um eine parteiamtliche Funktion bemüht.<sup>257</sup> Mit den Wahlerfolgen der

<sup>251</sup> Anteil der ›Privatzeitungen‹ an der Gesamtauflage/Gesamtzahl der Zeitungen nach Gauen. Eig. Berechnungen nach: Presse in Fesseln, S. 116f.

<sup>252</sup> Dovifat 1937, S. 132.

<sup>253</sup> Mediaangaben n. ZDB 97/10, 0364.

<sup>254</sup> Vgl. Beglaubigte Abschrift aus dem Handelsregister A, Nr. 1323, Amtsgericht Rathenow. In: VMOZV 1955a, Anlage 3, o.P.

<sup>255</sup> Die Zeitung war am 1. März 1938 aus den Rathenower Blättern *Westhavelländische Tageszeitung*, Max Babenzien KG, und *Rathenower Zeitung*, Rathenower Zeitungsdruckerei Inh. Dr. Fritz Blume, entstanden. Die 1816 gegründete *Westhavelländische Tageszeitung* war bereits 1934 amtliches Organ der NSDAP (Mediaangaben n. ZDB 97/10, 0202; Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>5</sup>1934, S. 101).

<sup>256</sup> Zur Entwicklung der NS-Pressen bis 1933 vgl. Stein 1987.

<sup>257</sup> Eine Übersicht über die vor 1933 zum NS-Pressensystem gezählten Zeitungen gibt Stein 1987.

NSDAP suchten auch Neueinsteiger im Zeitungsgeschäft eine Nische zu finden, wie die Paul Trapp Buchdruckerei, die 1932 die Tageszeitung *Der Ruppiner Sturm* gründete.<sup>258</sup> Der Verlag des 1837 gegründeten *Spremberger Anzeigers* unterstützte seit 1930 die NSDAP finanziell und wurde dafür ab Juni 1933 zum parteiamtlichen Verlag.<sup>259</sup> Auch der Rathenower Verlag des *Havelländers* und die in derselben Stadt erschienene *Westhavelländische Tageszeitung* traten seit 1932 als nationalsozialistische Zeitungen auf.<sup>260</sup> Neben der 1816 gegründeten *Westhavelländischen Tageszeitung* der Rathenower Max Babenzien KG<sup>261</sup> gehörte auch das 1772 gegründete *Eichsfelder Tageblatt* der »Brunn'schen Buchdruckerei« in Heiligenstadt zu diesen frühen Kooperationspartnern der NSDAP.<sup>262</sup> Der Verleger der thüringischen *Triebeser Zeitung*, Karl Unglaub, »bekannte sich seit 1929 zur Bewegung des Führers und erhielt dafür den Untertitel: Mitteilungsblatt der NSDAP«.<sup>263</sup>

Die Wahlsiege der NSDAP führten dazu, dass sich eine immer größere Zahl von Verlegern zum Nationalsozialismus zu bekennen begann. Nachdem in den ostdeutschen Ländern und Provinzen im Jahr 1932 lediglich 24 Zeitungen offen als »völkisch« oder »nationalsozialistisch« firmierten, stieg diese Zahl bis zum Jahr 1934 schnell auf 60 (Tabelle 5). Reichsweit hatten im Januar 1934 379 der insgesamt 3 097 Zeitungen eine parteiamtliche Anerkennung als NSDAP-Blatt erhalten.

Land/Provinz <sup>a</sup>	Zeitungen	dav. Neben- ausgaben	Parteiämtl. Zeitungen	
			Anzahl	Anteil in %
Anhalt	23	6	5	21,7
Brandenburg	147	17	6	4,1
Prov. Sachsen	196	31	23	11,7
Mecklenburg	65	5	1	1,5
Sachsen	225	25	14	6,2
Thüringen	124	16	11	8,9
Ostdeutschland <sup>a</sup>	780	100	60	13,0
Deutsches Reich	3 097	625	379	12,2

**Tabelle 5: Angebot parteiamtlicher Zeitungen in Ostdeutschland im Januar 1934 (vor der Neuordnung und Überprüfung des amtlichen Status durch die NSDAP).**<sup>264</sup>

<sup>a</sup> DDR-Gebiet nach dem Stand 1934, ohne pommersche und schlesische Gebiete sowie Berlin, inkl. Ostbrandenburg.

<sup>258</sup> 1934 als *Der Ruppiner Stürmer*. Die Auflage betrug 6 × wöchentlich 6 825 Exemplare (Mediadaten n. Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>5</sup>1934, S. 100).

<sup>259</sup> Vgl. Stein 1987, S. 204; Mediadaten n. Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>5</sup>1934, S. 102.

<sup>260</sup> Vgl. Stein 1987, S. 203; Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>5</sup>1934, S. 137.

<sup>261</sup> Mediadaten n. Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>5</sup>1934, S. 101.

<sup>262</sup> Mediadaten n. Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>5</sup>1934, S. 180.

<sup>263</sup> Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>7</sup>1944, S. 250.

<sup>264</sup> Eig. Auszählung/Berechnungen n. Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>5</sup>1934, S. 22\*f.

Die Zahl der parteiamtlichen Zeitungen erhöhte sich bis 1934 vor allem wegen der unterschiedlichen Zahl übernommener sozialdemokratischer Verlage von Region zu Region unterschiedlich. Während im Land Anhalt bereits 1934 jeder fünfte Titel als parteiamtliches Blatt angeboten wurde, blieb dagegen das Angebot an NS-Zeitungen in Mecklenburg und Brandenburg deutlich unterdurchschnittlich ausgeprägt (Tabelle 5). Zwar kam es zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft auch in Brandenburg und Mecklenburg zu einem gestiegenen Angebot an parteiamtlichen Blättern, jedoch war dies auf die freiwillige Hinwendung vieler Verleger zur NSDAP und nicht auf die Gründung von Zeitungen durch parteieigene Verlage zurückzuführen.

Die Ausweitung der *parteian* aber nicht *parteieigenen* Presse in den Jahren 1932 und 1933 bedeutete für die Partei das Anwachsen einer Presse, auf die die Parteiführung keinen direkten Zugriff hatte.<sup>265</sup> Bereits 1934 beschloss die Partei zur besseren Kontrolle der Parteipresse eine »Neuordnung und Überprüfung aller Blätter [...], die sich als »nationalsozialistisch anerkannt« bezeichnen dürfen.«<sup>266</sup> Die Zahl der parteiamtlichen Blätter ging danach zurück, und der parteiamtliche Zusatz wurde zumeist nur noch von Zeitungen der NS-Gauverlage geführt. Dies erlaubte der Partei eine zuverlässigere Kontrolle und Beeinflussung der Inhalte.<sup>267</sup>

Auf die Neuordnung der Struktur der parteiamtlichen Presse folgte eine starke Ausdehnung von vernetzten parteieigenen Verlagsgebilden, den »parteiamtlichen Großzeitungen«.<sup>268</sup>

Als die anglo-amerikanischen und sowjetischen Verbände im April 1945 das Gebiet zwischen Ostsee und Erzgebirge erreichten, hatte sich die NSDAP durch Enteignungen und Aufkäufe einen Parteipresse-Konzern aufgebaut, der sich durch eine in diesem Ausmaß vorher unbekannt regional verästelte Verlagsstruktur auszeichnete. Erstmals in Deutschland entstand in weiten Landesteilen ein Netz von Hauptausgaben mit abhängigen Nebenausgaben.

Die großen nationalsozialistischen Parteizeitungsgebilde waren dabei nicht als Landeszeitungen, sondern wie die Parteiorganisation nach Gauen gegliedert. Statt der traditionellen Länder wurde »der Gau politisch und wirtschaftlich [...] die landschaftliche Gliederung des deutschen Lebens.«<sup>269</sup> Auf dem Boden der späteren DDR entstanden auf diese Weise nach 1933 – neben dem zentralen Parteiorgan *Völkischer Beobachter*<sup>270</sup> und der Tageszeitung *Der*

<sup>265</sup> Zur innerparteilichen Debatte um eine engere Parteianbindung der Presse vgl. Stein 1987, S. 100ff.

<sup>266</sup> Traub 1934, S. 22\*.

<sup>267</sup> Vgl. Stein 1987, S. 61f.

<sup>268</sup> Vgl. Presse in Fesseln 1947, S. 100ff.

<sup>269</sup> Eisheuer 1944, S. XXII.

<sup>270</sup> In Berlin erschien eine norddeutsche und eine Berliner Ausgabe (vgl. Sperling <sup>61</sup>1939, S. 443), ab 1939 bis vermutlich 1944 auch die Nebenausgabe *Potsdamer Beobachter* und *Brandenburger Beobachter* (Mediadaten n. Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>71</sup>1944, S. 102 und S. 110 sowie Beilage: Verzeichnis der am 1.10.1944 bestehenden Großdeutschen Zeitungen, S. 6).

*Angriff* der Massenorganisation »Deutsche Arbeitsfront« – fünf größere regionale Gauverlage: In Magdeburg für den Gau Magdeburg-Anhalt, in Halle für den Gau Halle-Merseburg, in Weimar für den Gau Thüringen und später weitere Verlage in Hildburghausen, in Dresden mit mehreren Unterverlagen für den Gau Sachsen und in Stettin für die vorpommerschen Gebiete. Die durchlaufenden Seiten (Politik, Parteinachrichten der Gauleitung, Feuilleton, Anzeigen) wurden jeweils von einzelnen Zentralredaktionen produziert. Am Sitz der Nebenausgaben hatte die Partei sich eigene Redaktions-, Anzeigen- und Vertriebsgeschäftsstellen verschafft, die die lokalen redaktionellen und Anzeigenseiten erstellten.<sup>271</sup>

»Sie wiesen im allgemeinen Teil eine einheitliche politische Note nach den Intentionen der Partei auf und erweckten durch den besonderen Zeitungskopf und in ihrem lokalen Teil für die Masse der Leser dennoch den Anschein, als ob sie genau so gut die örtlichen und bezirklichen Sonderinteressen zu vertreten berufen seien, wie die seit Jahrzehnten ganz am Ort hergestellten Heimatzeitung.«<sup>272</sup>

Kleinere parteieigene Verlage wie der der *Oberlausitzer Tagespost* in Görlitz oder der des *Ruppiner Sturms*<sup>273</sup> blieben neben diesen Großverlagen nur kurzzeitig bestehen. In der Regel wurden kleine Parteiblätter im Laufe der Jahre an größere Verlage angegliedert.

Für die NSDAP dürfte der zentralistische Aufbau von Zeitungsgruppen einerseits die Möglichkeit der straffen Presselenkung und Kontrolle und darüber hinaus andererseits auch betriebswirtschaftliche Vorteile bedeutet haben. Wie die unternehmerischen Entwicklungen in den ostdeutschen Gauen zeigten, ermöglichte das System der Nebenausgaben eine flexiblere Gründung neuer lokaler Zeitungen, die wiederum als ökonomische Druckmittel zur Übernahme von Beteiligung an Traditionsverlagen dienen konnten. Gleichwohl entwickelten sich die Gauverlage nicht überall zu großen Verlagsgebilden mit Nebenausgaben, sondern erreichten eine unterschiedliche Größe, da sie in unterschiedlichem Ausmaß alteingesessene Zeitungsverlage aufsogen. In den Gauen Thüringen, Magdeburg-Anhalt und Halle-Merseburg führte die nationalsozialistische Pressepolitik zu großen strukturellen Veränderungen, in Mecklenburg und Brandenburg entstanden hingegen keine großen Parteiverlage (Abb. 7, S. 56).

<sup>271</sup> Vgl. Presse in Fesseln 1947, S. 168.

<sup>272</sup> Presse in Fesseln 1947, S. 169.

<sup>273</sup> *Oberlausitzer Tagespost*, mit der Bezirksausgabe für Görlitz, Lauban/Lubán und Friedland/Frydlant, der Bezirksausgabe Rothenburg und der Bezirksausgabe Hoyerswerda (Gesamtauflage 28500 Exemplare), *Zittauer Nachrichten* (Auflage 15699), *Geraer Zeitung* (Auflage 28 000 sowie die nur wöchentlichen *NS.-Nachrichten für Niederbarnim* (Auflage 4 713; Mediadaten n. Sperlings <sup>61</sup>1939, S. 506; 544; 549).

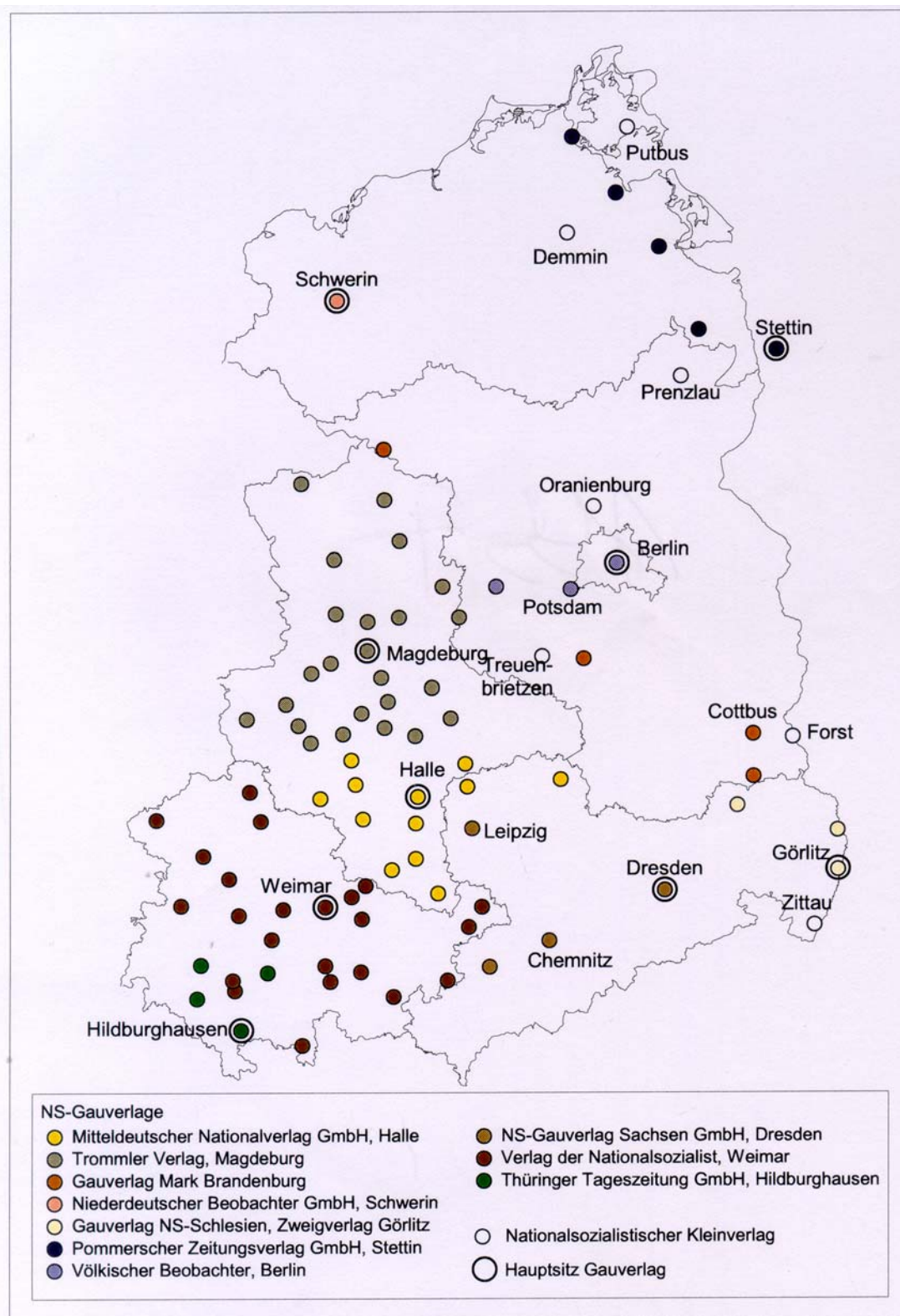


Abbildung 7: Verteilung der Verlags- und Erscheinungsorte der NS-Gaupresse (inkl. ihrer Beteiligungen an Traditionszeitungen; Stand: Mitte 1943).<sup>274</sup>

<sup>274</sup> Datenquelle: eigene Auszählung nach Handbuch der deutschen Tagespressen 1944. Gezählt wurden die Nebenausgaben der Hauptausgabe und die abhängigen Zeitungen mit nationalsozialistischer Mehrheitsbeteiligung).



Im Gau Magdeburg-Anhalt verfügte der ›Trommler-Verlag‹ der NSDAP 1935 bereits über insgesamt 9,<sup>275</sup> 1937 über 10,<sup>276</sup> 1939 über 13<sup>277</sup> und 1943 über 25 Nebenausgaben (Abb. 7). Im Verlauf des Krieges kam es zu Einstellungen von Nebenausgaben, so dass im Jahr 1944 18 Nebenausgaben existierten.<sup>278</sup> Die Gesamtauflage der ›Trommler‹-Zeitungen stieg von 15 500 im Jahr 1930 über 98 000 im Jahr 1934, 125 000 im Jahr 1937 auf 175 000 im Jahr 1939.<sup>279</sup> Wie bei der *Schönebecker Zeitung* wurden die Verleger jeweils dazu gebracht, ihre Zeitungen vollständig zu verkaufen.<sup>280</sup>

Auch im Gau Halle-Merseburg brachte die Partei eine große Zahl von Zeitungen in ihre Gewalt, die zu einem flächendeckenden Netz von Nebenausgaben ausgebaut wurden: Dieses Netz wuchs aber in den 40er Jahren nicht mehr durch vollständige Übernahmen von Zeitungen, sondern durch Beteiligungen. Die parteiamtliche *Mitteldutsche National-Zeitung* des NS-Gaus Halle-Merseburg erschienen 1935 mit Nebenausgaben in Bitterfeld, Delitzsch, Eisleben, Herzberg, Hettstedt, Bad Liebenwerda, Merseburg, Naumburg, Sangerhausen, Torgau, Weißenfels und Zeitz.<sup>281</sup> 1943 bestanden lediglich noch die Ausgaben in Delitzsch, Naumburg und Zeitz.<sup>282</sup> Die Abnahme war darauf zurückzuführen, dass der Gauverlag (anders als in Schönebeck jedoch wie beim thüringischen Verlag des *Mühlhäuser Anzeigers*<sup>283</sup>) seine Nebenausgaben dazu nutzte, um Fusionen mit alteingesessenen Verlagen bewerkstelligen zu können. Dadurch entstanden von der Partei formal unabhängige neue Gemeinschaftsverlage, bei denen die alteingesessenen Verleger einer Anteilsmehrheit der NSDAP gegenüber saßen. Die Gemeinschaftsverlage boten der NSDAP zwei Vorteile: Bei den neuen lokalen

<sup>275</sup> *Der Mitteldutsche*, Ausgaben: *Anhalter Nachrichten*, Bernburg; *Anhaltische Tageszeitung*, Dessau; *Köthener Tagespost*; *Gardeleger Tagespost*; *National-Zeitung für Harzgebiet und Bodetal*, Halberstadt; *Neues Magdeburger Tageblatt*; *Nationalzeitung - Oscherslebener Kreisblatt*; *Neue Salzwedeler Zeitung*; *Altmärker Anzeiger*, Stendal (Mediadaten n. Sperlings <sup>59</sup>1935, S. 367f.; S. 462ff.).

<sup>276</sup> Mediadaten n. Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>61</sup>1937, S. 175f.

<sup>277</sup> Als Ausgaben hinzugekommen waren: Landausgabe des *Neuen Magdeburger Tageblattes*; die 1857 gegründete *Zerbster Zeitung*; eine Ausgabe Quedlinburg der *National-Zeitung für Harzgebiet und Bodetal*; *Im Salzland*, Staßfurt (Mediadaten n. Sperlings <sup>61</sup>1939, S. 497).

<sup>278</sup> Vgl. Presse in Fesseln 1947, S. 168f. - Als neu hinzugekommene Titel werden hier von SCHMIDT die *Ascherslebener Zeitung*; *Anhalter Harzzeitung*, Ballenstedt; *Genthiner Nachrichten* sowie die Redaktionsorte Haldensleben, Burg und Schönebeck genannt. Die *Schönebecker Zeitung* (87. Jahrgang) konnte für 1941 als Ausgabe des *Mitteldutschen* belegt werden (vgl. *Schönebecker Zeitung*, 1.7.41 sowie Jahreswechsel 1941/1942, Stadtarchiv Schönebeck); 1945 ist im 15. Jahrgang zudem der *Mitteldutsche. Schönebecker Nachrichten - Tageszeitung für Calbe, Aken, Barby* belegt (vgl. *Schönebecker Nachrichten*, 11.4.45, Stadtarchiv Schönebeck). Während des Krieges wurden einige der Nebenausgaben jedoch wieder verselbständigt, so der *Mitteldutsche/Burger Tageblatt*, der *Mitteldutsche/Haldensleber Tageszeitung*, der *Mitteldutsche/Nationalzeitung für das Bodetal* und der *Mitteldutsche*, Ausgabe Schönebeck (vgl. Verzeichnis der am 1.10.1944 bestehenden Großdeutschen Zeitungen, S. 6).

<sup>279</sup> Mediadaten n. Sperlings <sup>59</sup>1935, S. 467; Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>61</sup>1937, S. 176; Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>71</sup>1944, S. 92 – Zahlen über den Auflagenanteil der offen von einem Parteiverlag herausgegebenen Zeitungen lassen sich wegen unvollständiger Quellen lediglich für das Land Anhalt berechnen. Dort stieg der Marktanteil der parteiamtlichen Blätter von etwa einem Drittel (29 000 Exemplare) auf etwa 50 Prozent (46 000 Exemplare, jeweils Verlagsangaben. Gesamtauflage des Gauorgans *Der Mitteldutsche* nach Presse in Fesseln (1947, S. 93f.): 154 200).

<sup>280</sup> Siehe S. 32f.

<sup>281</sup> Mediadaten n. Sperlings <sup>59</sup>1935, S. 464.

<sup>282</sup> Mediadaten n. Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>71</sup>1944, S. 47ff.

<sup>283</sup> Siehe dazu Kap. 2.1, S. 41f.

Kleinverlagen bekam die NSDAP die Anteilsmehrheit, beließ jedoch die haftungsrechtliche Verantwortung für den Verlag bei den Traditionsverlegern. Diese waren eher geneigt, ein Engagement zum Erhalt und Pflege der Druckhäuser aufzubringen, als die Leiter von parteieigenen Zweigbetrieben. Die Verleger selbst konnten sich in der Hoffnung wiegen, die unternehmerische Substanz ihrer ehemaligen Familienunternehmen über das Kriegsende zu retten. Für beide Seiten bedeutete eine solche lokale Lösung einen größeren Einfluss als bei einer Minderheitsbeteiligung mehrerer Traditionsverleger an den zentralen Gauverlagen. Die Gemeinschaftsverlage im Halle-Merseburg führten dazu jeweils schematisch im Verlagsnamen den Zeitungsnamen und als Zusatz den Namen des Leiters des Hallischen Gauverlags, etwa »Eisleber Zeitung B. Vincentz & Co KG.«. Im Sommer 1943 bekam die Hallische Gauleitung auf diese Weise landesweit beherrschenden Einfluss auf insgesamt 11 lokale Zeitungen (Abb. 7).

Demgegenüber zog sich die Partei in Sachsen aus nicht genau geklärten Gründen aus den Regionen fern der Großstädte wieder zurück. Anfangs hatte die NSDAP ein dichtes Netz von Nebenausgaben rund um ihren *Freiheitskampf* aufgebaut, das jedoch immer weiter verkleinert wurde. Das Dresdener NS-Gauorgan verfügte noch 1935 über 11 Nebenausgaben: Zittau, Freiberg/Dippoldiswalde, Meißen, Bautzen, Löbau, Pirna, Riesa/Großenhain, Kamenz, Obererzgebirge, Rochlitz und Döbeln,<sup>284</sup> womit die Partei breit in Sachsen vertreten war. Zur Dresdener Verlagsgruppe gehörten außerdem die *Chemnitzer Tageszeitung* und die *Leipziger Tageszeitung*<sup>285</sup> (Abb. 8, S. 58).

Während die Partei in den benachbarten Gauen Halle-Merseburg, Thüringen und Magdeburg-Anhalt die Zeitungsgruppen stetig vergrößerte und die alteingesessenen Verlage zur Aufgabe oder Fusion zwang, passierte dies in Sachsen nur vereinzelt, etwa beim *Zwickauer Tageblatt*.<sup>286</sup> Stattdessen gab der NS-Verlag seine bestehenden Nebenausgaben wieder auf und zog sich aus den meisten Orten wieder zurück. 1939 wurde im Dresdner Betrieb des NS-Gauverlags nur noch die Dresdner Ausgabe hergestellt (Abb. 7, S. 56).<sup>287</sup> Die parteiamtlichen Zeitungen in Chemnitz, Zwickau und Leipzig wurden in selbständige Zweigverlage überführt.<sup>288</sup> Die sächsischen Verleger konnten durch diesen Rückzug der NSDAP eine unternehmerische Kooperation mit der Partei vermeiden und wurden nicht Teil des NS-Pressetrusts.<sup>289</sup>

<sup>284</sup> Mediadaten n. Sperlings <sup>59</sup>1935, S. 502.

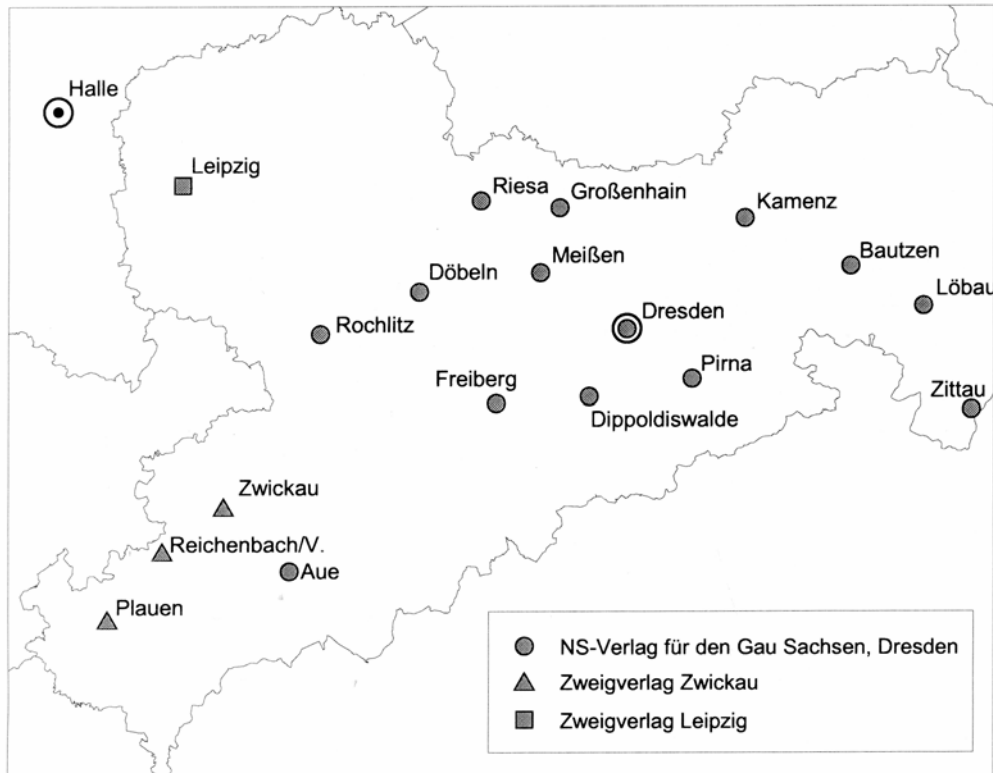
<sup>285</sup> Mediadaten n. Sperlings <sup>61</sup>1939, S. 531ff; Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>61</sup>1937, S. 242.

<sup>286</sup> Siehe S. 39.

<sup>287</sup> Mediadaten n. Sperlings <sup>61</sup>1939, S. 534.

<sup>288</sup> Mediadaten n. Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>71</sup>1944, S. 180f.

<sup>289</sup> Angesichts der Vehemenz, mit der andernorts alteingesessene Verlage eingegliedert wurden, kann vermutet werden, dass die sächsischen Verleger über recht hilfreiche Kontakte zur nationalsozialistischen Führung verfügten.



**Abbildung 8: Verteilung der Verlags- und Erscheinungsorte der Zeitungen des ›NS-Verlag für den Gau Sachsen‹, Dresden (1935).<sup>290</sup>**

In Brandenburg und in Mecklenburg versuchte die NSDAP offenbar gar nicht erst, in großem Stil eigene Zeitungen herauszugeben. In Schwerin wurde zwar ab 1925 die als Wochenblatt gegründete Tageszeitung *Niederdeutscher Beobachter* herausgegeben, ihre Nebenausgaben *Lübecker Beobachter* und *Mecklenburg-Strelitzer Beobachter* aber wieder eingestellt.<sup>291</sup> Während sich die Auflage des Magdeburger Trommler-Verlags mehr als verdoppelte, stieg die Auflage des *Niederdeutschen Beobachters* von 31 000 im Jahre 1934 auf lediglich 52 000 im Jahr 1939.<sup>292</sup> 1943 existierte nur noch die Hauptausgabe des *Niederdeutschen Beobachters*, was dazu führte, dass die traditionellen Verlage relativ wenig bedrängt wurden. Zwar kaufte die NSDAP einige kleine Verlage auf und erhielt Anteile an Großverlagen, letzteres blieb jedoch verdeckt, so dass keine großen Eingriffe in die gewachsenen Verlagsstrukturen erfolgten.

Auf die Bedingungen des Krieges zurückzuführen ist, dass in allen Gauen in der letzten Kriegsphase die großen Verlagsgebilde wieder zerteilt wurden. Im Jahr 1944 kam es vor allem in Magdeburg-Anhalt und Thüringen, beides Regionen mit den zentralisiertesten Verlags-

<sup>290</sup> Mediadaten n. Sperlings <sup>59</sup>1935, S. 487ff.

<sup>291</sup> Vgl. Hartmann, Franz (1935): Statistische und geschichtliche Entwicklung der NS-Pressen 1926-1935, in: Bernhard 1989, S. 186-190; Stein 1987, S. 205.

<sup>292</sup> Mediadaten n. Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>5</sup>1934, S. 79; Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>7</sup>1944, S. 121.

strukturen, zu einer Zersplitterung, indem zuvor unselbständige Nebenausgaben wieder verselbständigt wurden. In Thüringen waren dies etwa die *Henne* in Illmenau und die *Langensalzaer Zeitung*, im damaligen Gau Magdeburg-Anhalt die der NS-Verlagsgruppe ›Der Mitteldeutsche/Trommler-Verlag‹ gehörenden Titel *Der Mitteldutsche/Burger Tageblatt*, *Der Mitteldutsche/Haldensleber Tageszeitung*, *Der Mitteldutsche/Schönebecker Nachrichten* und *Der Mitteldutsche/Nationalzeitung für das Bodetal*.<sup>293</sup> Für die NSDAP war dieser Schritt aus strategischen Gründen sinnvoll. Erwies sich der Aufbau eines Netzes von abhängigen Nebenausgaben in Friedenszeitungen für die politische Lenkung als vorteilhaft, waren diese auf die Metropolen ausgerichteten zentralisierten Strukturen unter den Bedingungen des Luftkriegs anfälliger als dezentrale Pressestrukturen.<sup>294</sup>

### 2.3 Zur nationalsozialistischen Durchdringung der Verlagslandschaft

In den Gauen auf dem Gebiet der späteren DDR kam es im Zuge der nationalsozialistischen Pressepolitik insgesamt zwar zu einer deutlichen Umgestaltung des Pressewesens, diese brachte jedoch regional unterschiedlich starke Eingriffe in die alteingesessene Presse mit sich. Insgesamt erreichten zwischen Oder und Elbe jene 70 Verlage mit NS-Kapitalbeteiligung im Herbst 1944 pro Zeitung eine Durchschnittsauflage von täglich 36 470 Stück. Die verbliebenen 210 privateigenen Zeitungen erzielten mit durchschnittlich 6 268 Auflagenexemplaren eine deutlich geringere Verbreitung.<sup>295</sup> Die Durchschnittsauflage der NS-Zeitungen blieb damit auf dem Gebiet der späteren sowjetischen Besatzungszone nur halb so hoch wie im Deutschen Reich insgesamt (65 000). Die ostdeutschen NS-Zeitungen waren im Durchschnitt deutlich kleiner. Demgegenüber lagen die privateigenen Verlage Ostdeutschlands die im Deutschen Reich mit ihrer Durchschnittsauflage von rund 6 300 Stück im Reichsdurchschnitt.<sup>296</sup> Die Zahl der Hauptausgaben ging in Ostdeutschland zwischen 1934 und 1944 von knapp 700 auf nur noch ein Drittel zurück. Vor allem von den bürgerlichen Verlegern mussten viele zwar aus dem Zeitungsgeschäft ausscheiden, ihnen wurden aber von der NSDAP in der Regel die Druckbetriebe und damit das für eine spätere Wiederaufnahme der Zeitungsproduktion wichtigste Kapital belassen.

<sup>293</sup> Mediadaten n. Verzeichnis der am 1.10.1944 bestehenden Großdeutschen Zeitungen, S. 1ff.

<sup>294</sup> Vgl. Amann 1944, S. XVIII.

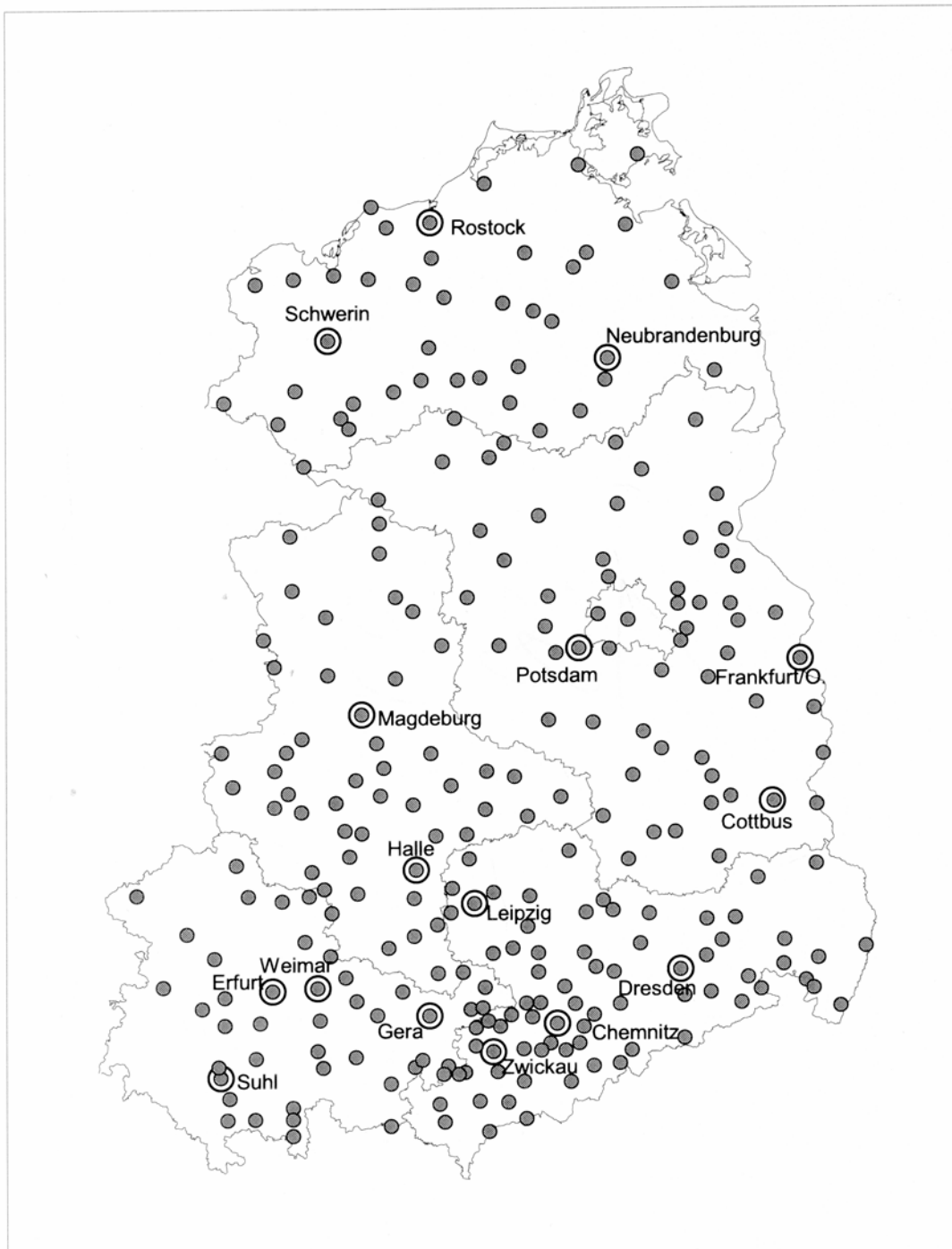
<sup>295</sup> Eig. Berechnung nach Presse in Fesseln, S. 116f.

<sup>296</sup> Reichsweit errechneten Wilke/Noelle-Neumann 1994 (S. 446) ein Verhältnis von 65 000 (durchschnittliche Auflage NS-Blatt) zu 6 500 (privates Blatt).

Dabei bleibt jedoch festzuhalten, dass die NS-Presspolitik unterschiedlich starke Auswirkungen auf die Presselandschaft der ostdeutschen Länder und Provinzen hatte. Regionen, in denen die NSDAP vergleichsweise wenig in die Pressestrukturen eingriff, standen Gebieten mit einem hohen Anteil an enteigneten oder sonstwie geschädigten Verlegern gegenüber. In der Provinz Sachsen und in Thüringen wälzte die NSDAP die Presse sehr weitgehend um und verschaffte sich eine sehr starke Position. Der Aufbau großer Zeitungsgruppen mit einer Vielzahl von abhängigen Nebenausgaben ermöglichte nicht nur eine straffe unternehmerische Führung, sondern eine zentrale politische Gestaltung und Kontrolle der Inhalte. In Brandenburg wie auch in Mecklenburg baute sich die NSDAP keine großen Verlagsgruppen auf, sondern reduzierte ihre Eingriffe zur Gleichschaltung der Presse weitgehend auf die Schließung der Linkspresse und eine Beteiligung an einigen wenigen Verlagen. Auf diese Weise blieben bis 1944 in Sachsen, Brandenburg und Mecklenburg über 90 % der Zeitungsverlage frei von nationalsozialistischem Kapitaleinfluss.

In Anhalt, Thüringen sowie in der Provinz Sachsen kam die NSDAP vor allem durch die Enteignung der Linkspresse frühzeitig an Verlagseinrichtungen. Vor allem die SPD hatte hier bis 1933 eine lokal stärker gegliederte Tagespresse besessen, die nach der Machtergreifung die Basis für den relativ höheren Anteil an Parteizeitungen in diesen Regionen wurde; vielfach zogen NSDAP-Unternehmen direkt in die früheren Verlagshäuser der SPD ein. Die wenigen KPD-Betriebe wurden dagegen kaum für die Herausgabe von Zeitungen genutzt. Ihre starke Stellung baute die NSDAP auch in den Jahren nach der Enteignung der Arbeiterparteien in einigen Landesteilen weiter aus, indem bürgerliche Verlage übernommen wurden. Während die Verleger in Mecklenburg und Brandenburg dabei vor Aufkäufen durch die NSDAP offenbar weitgehend geschützt waren, brachten vor allem die Gauverlage in Magdeburg, Halle und Weimar im Verlauf der späten 30er Jahre und der Kriegszeit eine größere Zahl bürgerliche Verlage unter ihre Kontrolle. Viele Verleger versuchten ihre traditionellen Betriebe zu erhalten, indem sie die Zeitungen in Gemeinschaftsunternehmen mit der NSDAP einbrachten. Vor allem in Thüringen und im Raum Magdeburg/Anhalt erzielten Tageszeitungen aus Verlagen, die direkt oder indirekt der Partei gehörten, auf diese Weise bis 1944 über 90 % der Auflagen.

Im Rahmen der nationalsozialistischen Konzentrationspolitik mussten dabei gerade jene Verleger, die sich vor 1933 als demokratisch positioniert hatten, eine Beteiligung oder Übernahme durch den NS-Pressetrust akzeptieren, während viele Kleinstverlage, die in ihren Verlagsangaben Sympathien für rechte Parteien geäußert hatten, vom Zwang zu Zusammenschlüssen und Zeitungsschließungen ausgenommen blieben.



**Abbildung 9: Verlags- und Erscheinungsorte aller im Herbst 1944 noch erschienenen Tageszeitungen und Wochenblätter.<sup>297</sup>**

<sup>297</sup> Gebiet der DDR; Stand: 1.10.1944 (Mediadaten n. Beigabe zur 7. Auflage des »Handbuches der Deutschen Tagespresse«, in: Handbuch der deutschen Tagespresse 1944).

Kurz vor Kriegsende, im Oktober 1944, erschienen auf dem Gebiet der späteren DDR noch an 266 Verlagsorten Zeitungen,<sup>298</sup> die über ganz Ostdeutschland verteilt waren (Abb. 9, S. 62).

Die Liste dieser bis zuletzt von der Reichs- und Parteiführung geduldeten Titel war für Reichspressechef Otto Dietrich »eine Ehrentafel der Zeitungen, die in dieser entscheidenden Zeit gewirkt und damit ihren entscheidenden Beitrag geleistet haben zu einer großen geschichtlichen Leistung der deutschen Presse.«<sup>299</sup>

Als der deutsche Widerstand in der Endphase des Krieges in einen »nationalsozialistischen Durchhalteterror« mündete,<sup>300</sup> versuchten auch diese deutschen Zeitungen, sich Dietrichs »Ehrentafel« würdig zu erweisen und die Bevölkerung mit Durchhalteparolen kampfbereit zu halten: »Im letzten Kriegsjahr entwickelten sich die Reste der deutschen Presse immer mehr und immer offenkundiger zu einer gemeinsamen Stimme des bedrängten Parteistaates.«<sup>301</sup>

Noch nach dem Tode Hitlers, nach der Eroberung der Reichshauptstadt durch sowjetische Truppen sowie nach der Teilkapitulation der Wehrmacht in Norddeutschland beschwor die Presse im noch nicht vollständig besiegten Sachsen weiter den Endsieg. Die Zeitungen versuchten mit Parolen wie »Ein Feigling ist, wer sich jetzt seiner Pflicht entzieht und dadurch über unsere Frauen und Kinder noch mehr Not bringt!«<sup>302</sup> die Männer weiter zum Kampf aufzustacheln. Frauen wurden davor gewarnt »ihren Männern die Waffen zu verstecken.«<sup>303</sup>

Die nationalsozialistische Durchwirkung dieser Presse und ihre zentrale Bedeutung für das Regime wurde entscheidend für den Umgang der Sieger mit den Medien der Besiegten.

---

<sup>298</sup> Eig. Auszählung nach: Beigabe zur 7. Auflage des »Handbuches der Deutschen Tagespresse«, in: Handbuch der deutschen Tagespresse 1944. – Einige Zeitungshäuser fielen anschließend durch Ausplünderung zugunsten benachbarter Betriebe aus oder wegen der Kampfhandlungen, die im April 1945 Ostdeutschland erreichten (vgl. Bernhard 1989, S. 151f.; 163; VMOZV 1955a, S. 41.)

<sup>299</sup> Dietrich 1944, S. VII.

<sup>300</sup> Henke 1995, S. 844.

<sup>301</sup> Hurwitz 1972, S. 39.

<sup>302</sup> In: *Roßweiner Tageblatt*, 4.5.45.

<sup>303</sup> »An Sachsens Frauen!« In: *Roßweiner Tageblatt*, 4.5.45.

### 3 Alliierte Eroberung und deutscher Zusammenbruch

Als die britischen, amerikanischen und sowjetischen Armeen deutschen Boden betraten, geschah dies nur unter heftigstem Widerstand nicht nur der Wehrmacht, sondern auch ziviler Gegner wie alter Männer und Kindern, die sich als sog. ›Volkssturm‹ einer Besetzung widersetzen.<sup>304</sup> Die im Westen anfänglich gehegte Erwartung, Deutschland würde kampflos zusammenbrechen, sobald die Westalliierten die Grenze erreichten, erfüllte sich nicht.<sup>305</sup> Da die Kapitulation ausblieb, mussten selbst bereits besetzte Gebiete von den alliierten Truppen über Wochen hinweg weiter als feindlich angesehen und dementsprechend behandelt werden.

Die weitgehende Instrumentalisierung der deutschen Presse führte zu drastischen medienpolitischen Reaktionen der Besatzer. Die deutschen Verlage, die bis zu ihrer Eroberung oder endgültigen Zerstörung nationalsozialistische Propaganda verbreitet hatten, wurden von den Alliierten als Teil der deutschen Kriegsmaschinerie angesehen. Aufgrund des von den Westalliierten rezipierten und sogar in die Handlungsanweisungen der Militärregierung aufgenommenen Ausspruchs von Reichspropagandaminister Josef Goebbels, wonach die Presse »performs public duties and is responsible to the nation«,<sup>306</sup> galten die Printmedien in den Augen der anglo-amerikanischen Invasionstruppen nach der direkten Propaganda, dem Radio oder dem Kino als ein zentrales »powerful instrument in the hands of the ruling group«.<sup>307</sup> Neben der politischen Rolle betonte die US-Armee dabei auch die finanzielle Bedeutung der Presse für die nationalsozialistischen Parteiführer: »Finally, the press was apparently the one medium [...] which they exploited most for the party's financial benefit.«<sup>308</sup> Die Besatzungsplanungen sahen deshalb vor, mit der Zerschlagung des Nationalsozialismus auch das Pressewesen radikal zu verändern.

Gerade in Kriegssituationen kommt Massenmedien wie Zeitungen, dem Radio und heute auch dem Fernsehen eine zentrale Rolle zu, wenn es gilt, die militärische Kontrolle über das

<sup>304</sup> Vgl. Henke 1995, S. 160ff.

<sup>305</sup> Vgl. Henke 1995, 160ff.; 297ff. – Die Diplomaten der 3 Siegermächte gingen von einem grundsätzlichen Zusammenhang von dem Grad an Selbstbefreiung bzw. der Härte des Widerstands und der anschließenden Behandlung durch die Siegermächte aus. Anlässlich der sog. ›Moskauer Deklaration‹ stellten Briten, Amerikaner und Sowjets in diesem Sinne zu Österreich fest, »daß anlässlich der endgültigen Abrechnung Bedachtnahme darauf, wieviel es [Österreich] selbst zu seiner Befreiung beigetragen haben wird, unvermeidlich sein wird« (Moskauer Deklaration, zit. n. Tschögl 1979, S. 13).

<sup>306</sup> Appendix A (1), Manual for the Control of German Information Services, 12.5.45, S. 165.

<sup>307</sup> Appendix A (23), Manual for the Control of German Information Services, 12.5.45, S. 169.

<sup>308</sup> Appendix A (23), Manual for the Control of German Information Services, 12.5.45, S. 169.



öffentliche Leben zu gewinnen.<sup>309</sup> Die sowjetischen wie westalliierten Invasionstruppen, die unmittelbar nach der Einnahme in den Kommunen mit der Durchsetzung ziviler und politischer Maßnahmen begannen, hatten deshalb einander gleichende medienpolitischen Sofortmaßnahmen umzusetzen,<sup>310</sup> deren erste die Schließung aller Zeitungen vorsah: »As the Allies were to find, newspapers were ceasing to get distributed.«<sup>311</sup>

Nachdem die deutsche Presse geschlossen worden war, konnte eine Unterrichtung der deutschen Bevölkerung nur noch mit Genehmigung und unter direkter Kontrolle des alliierten Militärpersonals erfolgen. Im Anschluss an das Verbot deutscher Zeitungen gaben die Alliierten in einigen Großstädten deutschsprachige Zeitungen heraus, die zur psychologischen Kriegsführung und damit vor allem zur Absicherung der erreichten militärischen Positionen genutzt wurden sowie der Kommunikation mit der Zivilbevölkerung dienten. Diese Zeitungen wurden von den einzelnen Besatzungsarmeen verantwortet und werden nach ihren Herausgebern mit dem Sammelbegriff ›*Heeresgruppenzeitungen*‹ bezeichnet.<sup>312</sup>

Am Ende dieser allein vom Militär geprägten Zeitungsphase stand als dritte und letzte Phase die Wiederaufnahme der publizistischen Tätigkeit durch ausgewähltes deutsches Personal. Bedingung für die Herausgabe von Zeitungen war eine besondere Genehmigung (Lizenz).<sup>313</sup> Diese dritte Phase markierte bereits das Erreichen stabiler militärischer und politischer Strukturen und den Neubeginn des zivilen gesellschaftlichen Lebens.

### 3.1 Zusammenbruchgesellschaft

Die spätere DDR wurde von der Roten Armee und – bislang von der Pressegeschichte nicht reflektiert – in weiten Teilen auch von der US-Armee befreit.<sup>314</sup> Die Armee-Einheiten beider Seiten begannen vor Ort jeweils sofort mit der Umsetzung ihrer Besatzungsplanungen, zu denen neben Installation eigener Militärregierungen sowie der Errichtung provisorischer deutscher Kommunalbehörden bzw. deren Kontrolle auch pressepolitische Maßnahmen

<sup>309</sup> Die Übernahme der Kontrolle über die Medien gilt heute allgemein als vordringliche Maßnahme bei der Übernahme der Macht: »Noch der dümmste Putschist, weiß, was er zuerst zu tun hat: die Sendeanstalten besetzen.« (Hörisch 2001, S. 4.)

<sup>310</sup> Zu den Phasen der Pressepolitik vgl. Baerns 1979, S. 175; Zink 1957, S. 235; Strunk 1996, S. 63; Matz 1969, S. 21f.; Schölzel 1986, S. 16; Koszyk 1986, S. 26; Raue 1983, S. 79; S. 81 sowie S. 111f. (Anm. 30).

<sup>311</sup> Balfour 1979, S. 413.

<sup>312</sup> Zu den amerikanischen Heeresgruppenzeitungen vgl. die Untersuchung von Matz 1969, die sowjetischen Armeezeitungen untersuchte Strunk 1996, für eine Übersicht über die britische Heeresgruppenpresse vgl. Matysiak 2002.

<sup>313</sup> Vgl. Raue 1983, S. 79, Pürer/Raabe 1994, S. 93.

<sup>314</sup> Für eine detaillierte Beschreibung der amerikanischen Präsenz in Ostdeutschland vgl. Henke 1995.

gehörten.<sup>315</sup> Während in Westdeutschland lediglich westalliierte Truppen pressepolitische Maßnahmen umsetzten, wechselten sich in Ostdeutschland gebietsweise sowjetische mit britischen und amerikanischen Truppen ab, die jeweils für einen unterschiedlich langen Zeitraum und damit mit unterschiedlicher Intensität Einfluss auf den Wiederbeginn des öffentlichen Lebens nehmen konnten: Im Westen der späteren DDR wurde der Umbau der Presse in der ersten Nachkriegszeit durch anglo-amerikanische Truppen geprägt, im Osten durch die Sowjetarmee. Erst nach einigen Monaten konnte die Sowjetische Militärverwaltung ihre Macht auch auf die restlichen ostdeutschen Gebiete ausdehnen, in denen Briten und Amerikaner bereits begonnen hatten, ihre eigenen Vorstellungen von einer Erneuerung des Pressewesens umzusetzen.

Die Bevölkerung war in der »Zusammenbruchsgesellschaft« des Kriegsendes durch Entwurzelung, Vertreibung, die Gewalt des Krieges und zu einem Großteil durch das Gefühl der Niederlage geprägt,<sup>316</sup> was verbreitet Selbstmorde, Apathie und Resignation auslöste.<sup>317</sup> Ein großer Teil der deutschen Bevölkerung blieb in der Folge über den August 1945 hinaus resigniert der Auffassung, dass ein wirtschaftlicher Neubeginn überhaupt keinen Sinn mehr mache.<sup>318</sup>

Trotz dieser in allen Zonen gleichermaßen anzutreffenden Befindlichkeit unterschieden sich die Voraussetzungen für die Übernahme der Verwaltungsaufgaben zwischen den Westalliierten und der Sowjetarmee deutlich, da bereits das Bild von den Alliierten und damit auch die jeweils geleistete Gegenwehr voneinander abwich:<sup>319</sup> Während die sowjetischen Truppen bis zuletzt härteste Kämpfe führen mussten, war den Westalliierten gegen Kriegsende ein weitgehend verlustfreier Einmarsch möglich.<sup>320</sup> Nach HENKE kostete im Osten Deutschlands allein die Eroberung Berlins so vielen sowjetischen Soldaten das Leben wie die Amerikaner in ganz Europa verloren.<sup>321</sup> Diese harte Gegenwehr wurde dabei nicht nur von den deutschen Truppen, sondern auch von der Zivilbevölkerung geleistet, was beim sowjetischen Einmarsch in die Städte und Dörfer nicht nur zu deutlich größeren Zerstörungen führen musste, sondern (bedingt durch die im Osten größeren deutschen Kriegsgräuel) bei den Besatzern auch ein negativeres Bild von der deutschen Zivilbevölkerung und damit eine unfreundlichere

---

<sup>315</sup> Siehe dazu für die westalliierte Besatzung auch Kap. 4.2, für die sowjetische Besatzung Kap. 5.1.

<sup>316</sup> Kleßmann 1991, S. 37.

<sup>317</sup> Vgl. Henke 1995, S. 964.

<sup>318</sup> Vgl. Habe 1977, S. 84.

<sup>319</sup> Zum Bild der US-Truppen vgl. Henke 1995, S. 87, zum Bild der Roten Armee Henke 1995, S. 674; Foitzik 1999, S. 52ff.

<sup>320</sup> Vgl. Henke 1995, S. 675ff. Von den großen Unterschieden der Gegenwehr berichtet auch Tschögl (1979, S. 17f.) für die damalige Ostmark/Österreich.

Behandlung hervorrief. Das dadurch mit deutlich mehr Schrecken verbundene Näherrücken der Roten Armee löste bei der deutschen Bevölkerung ungleich heftigere Panikreaktionen aus als das Näherrücken der westalliierten Truppen.<sup>322</sup> Die verschiedenartigen Erfahrungen des westalliierten und sowjetischen Oberkommandos begründeten bei der Eroberung Deutschlands eine voneinander abweichende Politik der Besatzungstruppen.<sup>323</sup> Eine differenzierte Untersuchung der pressepolitischen Maßnahmen im westalliierten und im sowjetischen Besatzungsgebiet ist deshalb ohne einen genauen Überblick über die territorialen Zuständigkeitsbereiche der einzelnen Besatzungsarmeen nicht möglich, da eine klare Zuschreibung der Verantwortlichkeiten von einer genauen Analyse der Aufenthaltsorte und der Aufenthaltsdauer der Militärs abhängt.

### 3.2 Westalliiertes Einflussbereich in Ostdeutschland

Von den Westalliierten waren große Teile der späteren DDR bereits im April 1945 und damit bereits Wochen vor der Kapitulation befreit worden. Nachdem Anfang April die thüringische Grenze erreicht worden war, rückte die amerikanische 12. Heeresgruppe bis zu einer Nord-Süd-Linie (stop line) vor, die sich von Wittenberge über die Elbe entlang und von dort bis zum Oberlauf der Zwickauer Mulde zog (Abb. 10, S. 68).

Diese stop line sollte bis zum 1. Juli 1945 als Ostgrenze des amerikanischen Besatzungsgebiets Bestand haben. Die Festlegung dieser Grenze war erfolgt, um bei einer zufälligen Begegnung mit der von Osten entgegen kommenden Roten Armee diese nicht mit deutschen Truppen zu verwechseln und zu beschießen. Als sich Amerikaner und Sowjets am 25. April 1945 bei Torgau an der Elbe zum ersten gemeinsamen Fototermin die Hand reichten, hatte die US-Armee bereits Städte wie Leipzig, Zwickau, Weimar oder Erfurt befreit. Westmecklenburg bis zu einer Linie Wismar-Schwerin-Ludwigslust wurde von britischen Truppen eingenommen.<sup>324</sup>

<sup>321</sup> Vgl. Henke 1995, S. 673.

<sup>322</sup> Vgl. Foitzik 1999, S. 52ff.; 69; Henke 1995, S. 674ff.

<sup>323</sup> Für eine umfassende Darstellung der Aufgaben der amerikanischen Militärverwaltung vgl. Henke 1995. Zur Pressepolitik auf sowjetischer Seite vgl. Strunk 1996.

<sup>324</sup> Vgl. Eisenhower 1948, S. 471f.; Ellis/Warhurst 1968, S. 332f.; Henke 1995, S. 670f.; Rexin 1969, S. 13. Die ›Elbe-Mulde-Linie‹ wurde am 21./24.4.45 von Eisenhower und dem Chef des sowjetischen Generalstabs, Antonow, verabredet. Im Norden wurde die Demarkationslinie Dömitz-Schwerin-Wismar am 30.4.45 beschlossen (vgl. Die endgültige Zerschlagung des faschistischen Deutschlands 1979, S. 313).

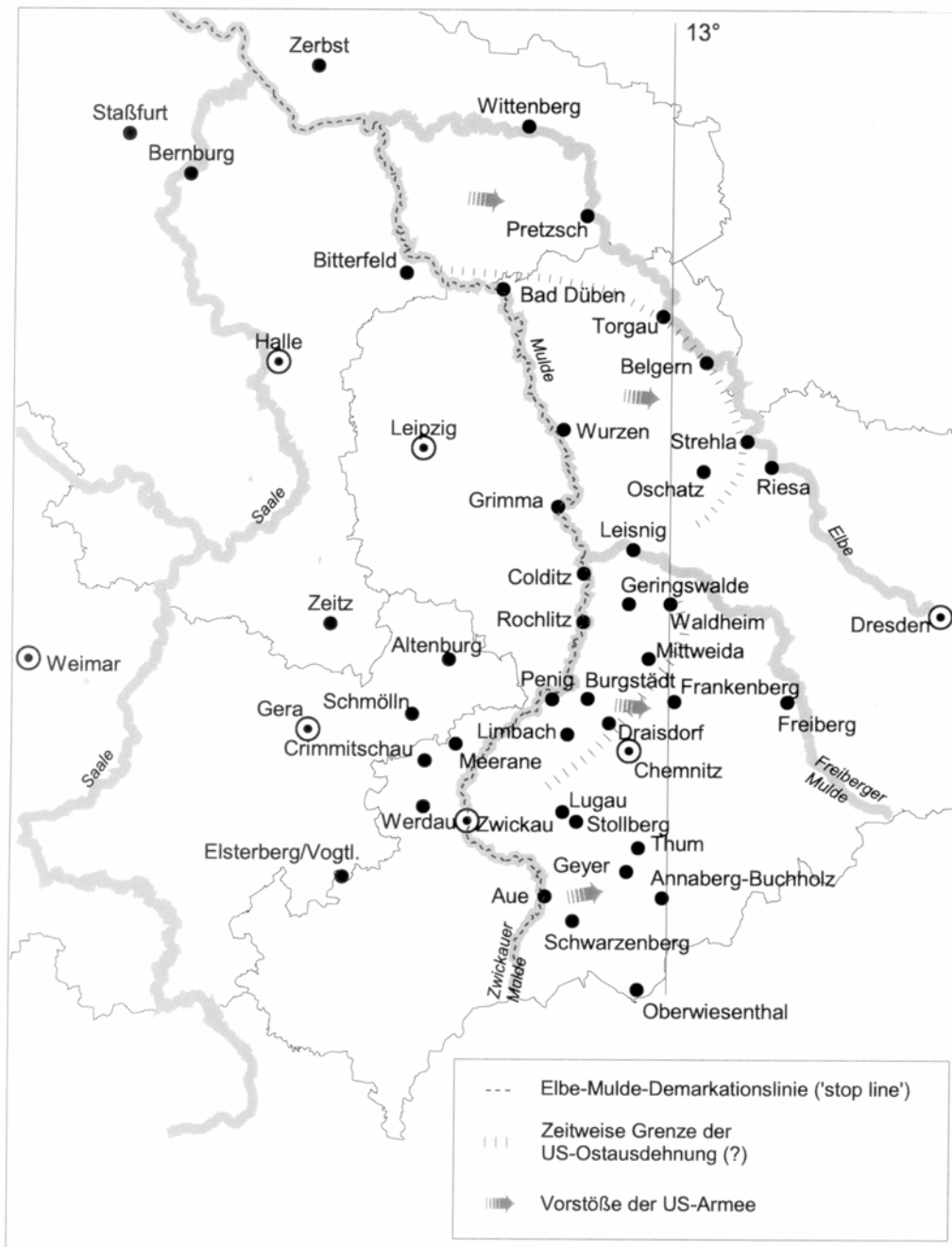


Abbildung 10: Der US-amerikanische Besatzungsbereich in Westsachsen/Muldetal.<sup>325</sup>

Die Größe des von US-Truppen tatsächlich besetzten Gebietes ist bislang nicht abschließend erforscht. Zwar war es den amerikanischen Truppen (von kurzzeitigen Patrouillen in das östlich der stop line liegende deutsche Gebiet abgesehen) untersagt, weiter nach Osten vorzustoßen. Trotzdem kam es zu einem zeitweisen Aufenthalt von US-Truppen weit jenseits der Demarkationslinie. Die tatsächliche Ostgrenze der von westalliierten Militärkommandanten kurzzeitig kontrollierten Gebiete lag teilweise mehr als 30 km jenseits des vereinbarten

Grenzverlaufs (Abb. 10).<sup>326</sup> In den östlich der Mulde kurzzeitig besetzten Städten setzten amerikanische Militärkommandanten zumindest im Einzelfall neue deutsche Zivilverwaltungsspitzen ein,<sup>327</sup> was sich auch auf die örtliche Presse auswirken sollte.

Das Ausmaß der westalliierten Überschreitungen der Elbe-Mulde-Grenze ließ sich lediglich anhand vereinzelter Angaben grob eingrenzen. Südlich von Magdeburg überwand westalliierte Truppen am 13. April 1945 die Elbe, um für kurze Zeit Zerbst zu besetzen.<sup>328</sup> Während die Elbe als breites natürliches Hindernis jedoch lediglich an einigen Stellen überschritten werden konnte, mussten die US-Truppen auf die kleinere Mulde keine größere Rücksicht nehmen. Weit jenseits des Grenzflusses Mulde, der auf Befehl des amerikanischen Oberkommandos lediglich um 8 km überschritten werden sollte,<sup>329</sup> erreichten Militäreinheiten bereits am 18. April 1945 eine Linie, die sich von Leisnig über Belgern, Torgau und Bad Dübau bis nach Bitterfeld zog (Abb. 10).<sup>330</sup> Als amerikanische Soldaten am 25. April 1945 erstmals in Strehla/Riesa und Torgau auf sowjetische Armee-Einheiten trafen, geschah dies rund dreißig km östlich der stop line.<sup>331</sup> Das von den US-Amerikanern am 26. April 1945 erreichte Städtchen Pretzsch lag gar vierzig Kilometer östlich des Grenzflusses Mulde.<sup>332</sup>

Auch im südsächsischen Raum kam es zu einer breiten Überschreitung der zwischen Amerikanern und Sowjets verabredeten Demarkationslinie. Am 16. April 1945 drangen US-Truppen in Gebiete nordöstlich von Chemnitz vor,<sup>333</sup> am 20. und 21. April 1945 wurde über das Vordringen westallierter Truppen bis westlich von Dresden berichtet.<sup>334</sup> Anfang Mai

<sup>325</sup> Eigene Grafik, Zusammenstellung n.: »Himmlers Vorschlag abgelehnt - Beschleunigter Vormarsch.« In: *Die Mitteilungen*, 2.5.45; Michaelis 1968, S. 494; Medien Cooperative Audioscop 2001a; Gerhard Hoffmann in: U. Koch 1999c.

<sup>326</sup> Das von US-Soldaten durchstreifte Gebiet lässt sich so lediglich anhand von verstreuten Hinweisen eingrenzen. Zu den chaotischen militärischen Zuständen und dem weiten Operationsrahmen der US-Militäreinheiten siehe Henke 1995.

<sup>327</sup> Vgl. *Bekanntmachungsblatt* (Mittweida), 17.4.45. Vgl. außerdem Mitteilung Stadtverwaltung Mittweida, Stadtarchiv, Herr Dressel, 27.5.45.

<sup>328</sup> Vom 28. April bis 6. Mai 1945 (vgl. Williams 1960, S. 491; 521; 533). Eine Beschreibung der Besetzung liefert Padover 1999.

<sup>329</sup> Vgl. Böhm 1995b, S. 12.

<sup>330</sup> Michaelis, S. 494. – Für einige Zeit besetzt wurden dabei der Ostteil von Colditz (Amerikanisch besetzt in der Zeit vom 16.4. bis 7.5.45 (vgl. Böhm 1995c, S. 90-91; Williams 1960, S. 498)) und die Städte Mittweida (Amerikanisch besetzt in der Zeit vom 16.4. bis 26.4.45 (Mitteilung Stadtverwaltung Mittweida, Stadtarchiv, Herr Dressel, 27.5.99). Nach Angaben von Bohne 1999 besetzten US-Truppen Mittweida in der Zeit vom 15. bis zum 25.4.45. Nach einer Karte Gerhard Hofmanns (in U. Koch 1999c) wurde der Raum Mittweida am 13.5.45 an die Sowjettruppen übergeben), Wurzen (amerikanisch besetzt in der Zeit vom 24.4. bis 5.5.45 (vgl. Klinkhardt 1995, S. 43; Williams 1960, S. 514)), Bad Dübau (amerikanisch besetzt in der Zeit vom 24.4. bis 28.4.45 (vgl. Vettermann 1995, S. 27)) und Oschatz (Amerikanisch besetzt in der Zeit vom 27.4. bis 5.5.45 (vgl. Heinz 1995, S. 65)).

<sup>331</sup> Vgl. Ebert 1995, S. 97.; Ellis/Warhurst 1968, S. 316f.; S. 332f.; Williams 1960, S. 515; 517f., Henke 1995, S. 657-660, Böhm 1995b, S. 18. – Zu einem weiteren Kontakt zwischen West und Ost kam es am 3. Mai 1945 in Wittenberg (vgl. Williams 1960, S. 530; Ellis/Warhurst 1968, S. 332f.).

<sup>332</sup> Vgl. Williams 1960, S. 517, Henke 1995, S. 658f.

<sup>333</sup> Vgl. »Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht. Starker Feinddruck gegen die Mulde hält an. Sowjetischer Großangriff zwischen Neißemündung und Oderbruch.« In: *Neue Zwickauer Zeitung*, 17.4.45.

<sup>334</sup> *Buchennwalder Nachrichten*, 20.4.45; 21.4.45 (Ritscher 1983, S. 7; 9); *Military Government Gazette Germany. Amtsblatt der Militärregierung-Deutschland für den Stadt- u. Landkreis Jena-Stadtroda*, 24.4.45 [i.e. ap-Meldung]. Vgl. auch Wehrmachtsbericht, 19.4.45, S. 546.

meldete das alliierte Nachrichtenblatt der 21. Heeresgruppe, die *Mitteilungen*, Vorstöße nördlich und südlich von Chemnitz in Richtung Elbe,<sup>335</sup> US-Truppen drangen bis zur Freiburger Mulde vor und hielten zwischen dieser und der Zwickauer Mulde bis Juni 1945 rund 800 km<sup>2</sup> Land besetzt.<sup>336</sup> Für die südlich von Chemnitz gelegene Erzgebirgsregion wurde Anfang Mai 1945 der 13. Längengrad als militärische Verwaltungsgrenze festgelegt (Abb. 10, S. 68).<sup>337</sup> Am 8. Mai meldete der amerikanische Militärrundfunk, die Ostgrenze des amerikanischen Besatzungsgebietes verlaufe im Erzgebirge östlich einer Linie Chemnitz, Thum, Geyer, Buchholz und Oberwiesenthal.<sup>338</sup>

Nicht nur zum räumlichen Ausmaß, sondern auch zur tatsächlichen Dauer der amerikanischen Besetzung der östlich der Mulde gelegenen Landstriche besteht weiterhin Forschungsbedarf. Ungeklärt ist insbesondere, ob es in den von US-Truppen erreichten Städten immer zu einer wirklichen Besetzung und damit Umsetzung besatzungspolitischer (und damit auch pressepolitischer) Maßnahmen kam oder ob einige Städte nur kurze Besuche von Soldatentrupps bekamen, die lediglich der militärischen Aufklärung dienten.<sup>339</sup> So kamen zwar am 19. April 1945 westalliierte Offiziere in das später durch Stefan HEYM bekannt gewordene<sup>340</sup> Schwarzenberg, hissten am Rathaus eine amerikanische und eine französische Fahne,<sup>341</sup> verließen die Stadt aber wieder.<sup>342</sup> In Stollberg ernannten »Offiziere des American Military Government« am 12. Mai einen Landrat und einen Bürgermeister und verfügten die Gültigkeit amerikanischen Besatzungsgeldes.<sup>343</sup> Bis auf solche kurzzeitigen Maßnahmen blieben die Landkreise Schwarzenberg und Stollberg sowie die kreisfreie Stadt Aue bis etwa zum 20. Juni 1945 jedoch ein militärisch unbesetztes Gebiet, das sich weitgehend selbst verwaltete.<sup>344</sup> Auch in Nordsachsen sollen einige Landstriche »gewissermaßen militärisches Niemandsland« geblieben sein,<sup>345</sup> in dem sich die einzelnen Verbände immer mal wieder kurzzeitig festsetzten. Mittweida wurde z.B. vom 15. bis 26. April von US-Truppen besetzt, nach dem Abzug folgte

<sup>335</sup> Vgl. »Himmels Vorschlag abgelehnt - Beschleunigter Vormarsch.« In: *Die Mitteilungen*, 2.5.45.

<sup>336</sup> Vgl. Büchner/Freundlich 1972, S. 992.

<sup>337</sup> Diese Grenzziehung im Erzgebirge erfolgte am 5.5.45 in Torgau durch die beiden Oberbefehlshaber Bradley und Konjiew (vgl. Medien Cooperative Audioscop 2001a).

<sup>338</sup> Vgl. Medien Cooperative Audioscop 2001a.

<sup>339</sup> Möglich ist, dass die US-Armee anfangs als Mulde-Grenze die Mulde und Freiburger Mulde ansahen. Diese Annahme wird bestätigt durch eine Karte der (vgl. Ross 1945, <http://members.aol.com/super6th/divarty/Itinerary.htm>).

<sup>340</sup> Vgl. Heym 1987.

<sup>341</sup> Dies könnte als förmliche Übernahme der Besatzungsgewalt im Sinne von § 1255 (a), Chapter III, Handbook for Military Government in Germany, Dec. 1944, gewertet werden.

<sup>342</sup> Vgl. Stoll 21995, S. 11f.

<sup>343</sup> »Heinrich Bley - Landrat im Kreise Stollberg«, in *Oelsnitzer Volksbote*, 17.5.45.

<sup>344</sup> Vgl. etwa Stoll 21995, S. 20 sowie Medien Cooperative Audioscop 2001b; 2001c. – Stefan Heym 1987 lieferte eine belletristische Verarbeitung der damals entstandenen unbesetzten »Freien Republik Schwarzenberg«.

<sup>345</sup> Böhm 1995, S. 11.

die deutsche Wehrmacht, die wiederum am 5. oder 6. Mai erneut von US-Truppen vertrieben wurde. Zur Errichtung einer amerikanischen Militärregierung kam es jeweils nicht, die Aufenthalte der US-Truppen blieben quasi Stippvisiten.<sup>346</sup> Im nordöstlich von Chemnitz gelegenen Frankenberg, wo sich am 8. Mai 1945 amerikanische und sowjetische Truppen trafen, ernannten amerikanische Militärs einen Bürgermeister,<sup>347</sup> ohne darüber hinaus weitere Spuren zu hinterlassen.<sup>348</sup>

### 3.3 Sowjetischer Einflussbereich

Im Osten erreichten polnische und sowjetische Verbände den heutigen deutsch-polnischen Grenzraum an der Oder Mitte April 1945. Von den sowjetischen Heeresgruppen (Fronten genannt) befreite die 2. Belorussische Front Mecklenburg und Pommern, die 1. Belorussische Front Brandenburg und Berlin sowie die 1. Ukrainischen Front Sachsen, die Lausitz und Berlin. Am 2. Mai traf die Rote Armee bei Wismar auf englische Truppen, weitere Einheiten erreichten am 2./3. Mai bei Magdeburg die Elbe.<sup>349</sup> Erst nach der Kapitulation vom 7. bzw. 8. Mai 1945 rückte die Rote Armee in Richtung des noch unbesetzten Erzgebirges vor.<sup>350</sup> Am 11. Mai errichteten sie eine Kommandantur in Chemnitz.<sup>351</sup> Erst am 10. Mai 1945 erreichten die sowjetischen Truppen die Kapitulation letzter deutscher Truppenverbände in der sächsischen Landesgrenze in der Tschechoslowakei.<sup>352</sup>

### 3.4 Wechsel der Besatzungshoheit

Als Briten und Amerikaner die von ihnen besetzten ostdeutschen Landstriche wieder räumten und an den sowjetischen Verbündeten übergaben, geschah dies in Etappen. Die erste Übergabe von Städten und Landkreisen erfolgte bereits Anfang Mai, die letzten erst Anfang

<sup>346</sup> Mitteilung B. Dressel, Stadtarchiv Mittweida, 27.5.99.

<sup>347</sup> In der Check List des Handbuchs der Besatzungstruppen als erste Maßnahme nach der Übernahme der Besatzungsgewalt vorgesehen (§ 1254, Chapter I, Handbook for Military Government in Germany, Dec. 1944).

<sup>348</sup> Vgl. Schreiben Manfred Ahnert, Frankenberg, an Ulrich Koch. In: U. Koch 1999d; U. Koch 1999c.

<sup>349</sup> Vgl. Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion, Band 5. Berlin 1967, Karten 102; 105; Böhm 1995a, S. 11; Schraepfer 1968, S. 672.

<sup>350</sup> Vgl. Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1967, Karte 102.

<sup>351</sup> »Russen als Ordnungsmacht in Chemnitz«, in: *Oelsnitzer Volksbote und Hartensteiner Zeitung*, 23.5.45.

<sup>352</sup> Vgl. Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1967, Karte 102.

Juli 1945. Die nachrückenden Sowjettruppen übernahmen dadurch Gebiete, in denen es bereits zu besatzungspolitischen Maßnahmen der US-Armee gekommen war.

In einer ersten Etappe zogen sich die amerikanischen Truppen auf die als provisorische Grenze festgelegte Elbe-Mulde-Demarkationslinie zurück. Die Räumung der östlich davon gelegenen Gebiete erfolgte in einzelnen Schritten ab Mitte Mai 1945. Der Raum Mittweida wurde bis zum 13. Mai, Geringswalde bis zum 23. Mai 1945 und Burgstädt sowie die Osthälfte von Penig bis zum 14. Juni geräumt.<sup>353</sup> Auch südlich von Chemnitz erfolgte ebenfalls eine schrittweise Übergabe der Besatzungshoheit an die Rote Armee. Hier begannen die US-Truppen seit dem 13. Juni mit dem Rückzug.<sup>354</sup>

Während sich die Westalliierten anfangs lediglich auf die stop line zurückzogen, erfolgte Anfang Juli 1945 die vollständige Übergabe aller weiteren thüringischen, mecklenburgischen und sachsen-anhaltinischen Landstriche an die Rote Armee. Dafür, dass die Westalliierten ab dem 1. Juli Ostdeutschland räumten, übernahmen sie im Gegenzug ihre Besatzungssektoren in Berlin.<sup>355</sup>

Nicht nur zwischen der Roten Armee und den Westalliierten, auch unter den Westalliierten kam es im Mai und Juni 1945 zu einem Austausch ostdeutscher Landstriche. Kurz nachdem mit der Kapitulation der Krieg in Europa beendet war, begann das US-Militär mit dem Abzug von Soldaten in den Pazifik und mit einer Teildemobilisierung. In Westdeutschland nahmen Briten und Amerikaner ihre jeweiligen Besatzungszonen ein. Beides führte zu umfangreichen Truppenverschiebungen. Als die US-Armee das von ihr besetzte südliche Niedersachsen an die Briten übergab, wechselten gleichzeitig auch die östlich davon liegenden Landstriche die Besatzungsmacht: Die im Norden des heutigen Bundeslandes Sachsen-Anhalt gelegene Alt-

---

<sup>353</sup> Vgl. Gerhard Hofmann, Karte in U. Koch 1999c.

<sup>354</sup> Am 15.6.45 informierte der *Erzgebirgische Volksfreund* aus Aue über eine Meldung des Senders Berlin, wonach das amerik. Oberkommando mitteilte, dass US-Truppen seit dem 13. Juni das Gebiet südlich von Chemnitz auf einer Länge von 50 km in einer Tiefe von 10 bis 20 km bis zur Zwickauer Mulde räumten. Die Rote Armee habe den Ostteil von Zwickau erreicht (vgl. *Erzgebirgischer Volksfreund*, 15.6.45, zit. n.: Medien Cooperative Audioscop 2001b). – Das westlich von Chemnitz gelegene Limbach war spätestens ab dem 22. Juni 1945 in der Hand der Sowjetarmee (siehe die Berichterstattung im *Mitteilungsblatt des Landkreises Limbach*, 22.6.45).

<sup>355</sup> Vgl. Henke 1995, S. 727; Caspar 1979; Marienfeld 1963; Heinz 1995, S. 65; Böhm 1995b, S. 12. – Sachsen und Thüringen wurden so zwischen dem 1. und 4. Juli an die Sowjetarmee übergeben (vgl. Henke 1995, S. 972. Für eine ausführliche Beschreibung des westalliierten Abzugs vgl. Henke 1995, S. 714ff.).



mark fiel Mitte Mai 1945<sup>356</sup> an die Briten, Magdeburg<sup>357</sup> und Staßfurt<sup>358</sup> am 27. Mai. Die Gegend um Bernburg folgte in der Zeit nach dem 6. Juni.<sup>359</sup>

Die tatsächliche Dauer der Besetzung Ostdeutschlands war bei Amerikanern und Briten bis zuletzt umstritten.<sup>360</sup> Das führte nicht nur bei der betroffenen Zivilbevölkerung zu Unklarheiten und Ungewissheiten, sondern zeitweise auch bei den Besatzungstruppen selbst. Für den Einfluss, den das westalliierte Militär auf die Umgestaltung des öffentlichen Lebens und damit auch auf die Presse nehmen konnte, war nicht nur die tatsächliche Dauer der Besetzung von Bedeutung, sondern auch die Perspektiven der handelnden Besatzungstruppen. Das Wissen von einem nur kurzen Besatzungsaufenthalt mit einer anschließenden Übergabe an eine andere Macht musste zu einem anderen Verhalten führen als ein längerfristiger Auftrag, eine Besatzungsverwaltung aufzubauen.<sup>361</sup>

Die Zweifel an der Dauer der Besetzung ostdeutscher Gebiete resultierten aus der sich mit Ende des Krieges verändernden politischen und militärischen Lage. Zwar hatte ein am 12. September 1944 von Vertretern der USA, Großbritanniens und der UdSSR unterzeichnetes »Protokoll über die Besatzungszonen und die Verwaltung Groß-Berlins« (am 6. Februar 1945 in Kraft getreten) als Grenze der sowjetischen Zone die Westgrenze von Mecklenburg, der preußischen Provinz Sachsen und Thüringens bestimmt,<sup>362</sup> doch wurde diese Aufteilung Deutschlands einerseits im Verlauf der raschen Eroberung ostdeutscher Gebiete durch die westalliierte Truppen und andererseits durch die Aufnahme Frankreichs in den Kreis der Siegermächte wieder in Frage gestellt.<sup>363</sup> Die endgültige Klärung zog sich – bei widersprüchlichen Signalen der Beteiligten – bis in den Juni 1945 hin. Nach den gemeinsamen alliierten Deklarationen von Berlin-Karlshorst vom 5. Juni 1945 sollten die Grenzen Deutschlands bzw. die Grenzen deutscher Teilgebiete erst später festgelegt werden,<sup>364</sup> wobei sich insbesondere Churchill lange gegen die Räumung Ostdeutschlands sperrte.<sup>365</sup> Erst aufgrund eines Telegrammwechsels zwischen US-Präsident Harry S. Truman und dem

---

<sup>356</sup> Vgl. Wilfried Lull, autobiografische Schilderungen aus dem Gefangenenlager »Goliath«, zit. n. B. Schulze 2001.

<sup>357</sup> Vgl. Thomsen 2000.

<sup>358</sup> Vgl. Chronologische Entwicklung von Staßfurt 1999.

<sup>359</sup> Vgl. *Bernburgische Zeitung*, 6.6.45.

<sup>360</sup> Vgl. etwa Henke 1995, S. 714ff.

<sup>361</sup> Im Wissen um den nur kurzfristigen Aufenthalt in Sachsen und Thüringen begannen die USA etwa mit der Zwangseвакуierung von Wissenschaftlern und dem Abbau von Technologiebetrieben, die in Bayern und Hessen angesiedelt wurden (vgl. Henke 1995, S. 742ff.).

<sup>362</sup> Vgl. Siegler 1959, S. 6f.

<sup>363</sup> Vgl. Marienfeld 1963, S. 220; S. 223; Henke 1995, S. 714ff.

<sup>364</sup> Vgl. Warburg 1949, S. 26f; Siegler 1959, S. 25ff.

<sup>365</sup> Vgl. Marienfeld 1963, S. 220; S. 223; Henke 1995, S. 714ff.

sowjetischen Staatschef Josef Stalin vom 14. und 18. Juni 1945 stand der westalliierte Abzug endgültig fest.<sup>366</sup>

Der bevorstehende Wechsel der Besatzungshoheit wurde der Bevölkerung weitgehend nur gerüchteweise bekannt bzw. (getragen von einer Portion Hoffnung) von der Bevölkerung angezweifelt.<sup>367</sup> Die Zweifel am grundsätzlichen Rückzug der Westalliierten fanden ihre Nahrung in der Spekulation, dass die USA Anspruch auf eine Kompensation für jene südwestdeutschen Gebiete habe, die kurz zuvor zur Bildung der zuvor nicht eingeplanten französischen Besatzungszone aus dem amerikanischen Besatzungsgebiet herausgeschnitten worden waren.<sup>368</sup> Die zum Besatzungswechsel verbreiteten Informationen waren zudem widersprüchlich: Einerseits verkündeten sowohl das Radio als auch die alliierte Presse nach der Berliner Konferenz den Rückzug der US-Truppen, andererseits »taten die Militärbehörden der USA alles, um diese Maßnahme möglichst lange in Zweifel zu ziehen.«<sup>369</sup> Die amerikanische Militärregierung gab dabei auch an die kommunalen und regionalen Zivilverwaltungen unzutreffende Informationen weiter. Opfer dieser Fehlinformationen wurde dabei auch der Regierungspräsident des von den Amerikanern wieder errichteten Landes Thüringen, das nach den US-Plänen neben dem 1920 entstandenen Land Thüringen zusätzlich auch die ehemals preußischen Besitztümer in Thüringen und alle westsächsischen Gebiete westlich der Mulde umfassen sollte.<sup>370</sup> Der neuen Landesregierung wurde dabei am 12. Juni 1945 mitgeteilt, dass die Mulde endgültig als Grenze zwischen der amerikanischen und der sowjetischen Besatzungszone festgelegt worden sei.<sup>371</sup> Auch im Kleinen erhielt die Bevölkerung Signale, die auf einen länger andauernden Aufenthalt westalliiertes Soldaten in Ostdeutschland hindeuteten: So täuschte der amerikanische Kommandant des Harzortes Gernrode die Stadtverwaltung noch kurz vor dem Abzug durch eine Bestellung weißen Sandes, mit dem angesichts des bevorstehenden Sommers das städtische Schwimmbad für die US-Soldaten hergerichtet werden sollte.<sup>372</sup>

<sup>366</sup> Vgl. Siegler 1959, S. 32; Caspar 1979, S. 179; Henke 1995, S. 727; S. 714ff.

<sup>367</sup> Vgl. Schütz 1987, S. 64; Wahl 1997, S. 23; Henke 1995, S. 730f.; Auskunft Eva Falk, Wiesbaden, 2.12.98.

<sup>368</sup> Vgl. Leonhard Moog, zit. n. Punkt 2, Protokoll der 2. Sitzung des ›Thüringen-Ausschusses, Weimar, den 15. Juni 1945, In: Wahl 1997, S. 61-63; hier S. 62.

<sup>369</sup> Wahl 1997, S. 23; Vgl. dazu auch Brumme, Johannes [KPD], zit. n.: Punkt 2, Protokoll der 2. Sitzung des ›Thüringen-Ausschusses, Weimar, den 15. Juni 1945, , in: Wahl 1997, S. 61-63; hier S. 61 sowie Brumme, Johannes, zit. n.: Protokoll der 5. Sitzung des Thüringen-Ausschusses am 4. Juli 1945, in: Wahl 1997, S. 91-96; hier 91.

<sup>370</sup> Erst 1920 entstand aus sieben kleinen Fürstentümern ein einzelnes Land Thüringen, das jedoch wegen größerer zu Preußen gehörende Landstriche (u.a. Erfurt) ein territorialer Flickenteppich blieb. Nach der faktischen Zerschlagung der Länder im Rahmen der nationalsozialistischen Gaubildung schuf erst die amerikanische Besatzungsmacht 1945 eine geschlossene Landesstruktur und eine zentrale Landesregierung (vgl. Pöttsch 1991, S. 23 sowie Kartenanhang, S. III; Wahl 2001).

<sup>371</sup> Krone 2001, S. 35.

<sup>372</sup> Vgl. Henke 1995, S. 737.

---

## 4 Presse unter der westalliierten Militärregierung

### 4.1 Die westalliierte Militärregierung

Die alliierte Militärregierung wurde nach der Eroberung der Städte und Gemeinden Träger aller judikativer, exekutiver und legislativer Gewalt. Anfangs erfolgte die Übernahme der Macht lediglich durch die Befehle der siegreich eingerückten Militärs, die eine der Haager Landkriegsordnung genügende provisorische Verwaltung aufzubauen hatten.<sup>373</sup> Erst nachdem die vier Siegermächte Anfang Juni 1945 in Berlin die gemeinsame »Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands« veröffentlicht hatten, übernahmen sie auch offiziell die Hoheit in Deutschland.<sup>374</sup>

Als die westalliierten Truppen deutschen Boden betraten, war ein kleiner Teil der Soldaten nicht für den direkten Kampf gegen gegnerische Soldaten zuständig, sondern hatte sich als Militärverwaltung der Kontrolle und Leitung der Zivilbevölkerung zu widmen. Um die Regierungsgewalt in den besetzten Gebieten wahrnehmen zu können, hatten diese Militärs spezielle Fortbildungen in Verwaltungsangelegenheiten erhalten. Diese Gruppe von speziell mit der Besatzungsverwaltung beauftragten Soldaten (unter den drei Millionen in Mitteleuropa eingesetzten US-Soldaten maximal 11 000)<sup>375</sup> hatte dabei vor allem sicher zu stellen, dass die Kämpfe der eigenen Truppen nicht durch nicht-militärische Angelegenheiten behindert wurden. Ziel war, den Kampftruppen hinter der Front ausreichend großen und sicheren Bewegungsraum zu garantieren, der nicht durch eine entwurzelt umherirrende oder weiter kämpfende Zivilbevölkerung eingeengt würde. »Wenn es den Military Government Detachments gelang, der in Deutschland kämpfenden Truppe den Rücken freizuhalten, hatten sie den Beweis ihrer Daseinsberechtigung schon erbracht.«<sup>376</sup>

Das mit der Verwaltung der besetzten Gebiete beauftragte »Military Government« sorgte deshalb hinter der Front für Ruhe, Ordnung und die Aufrechterhaltung der notwendigen zivilen Verwaltung und Versorgung. Nach Beendigung des Krieges behielt die Militärregierung

---

<sup>373</sup> Verwaltung nach Art. 36-56, Anlage zum Abkommen »Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges, 18.10.1907 (in: Die Genfer Rotkreuz-Abkommen, Bonn 1980, S. 376-79).

<sup>374</sup> Vgl. Pötzsch 1998, S. 20.

<sup>375</sup> Vgl. Henke 1995, S. 93.

<sup>376</sup> Henke 1995, S. 695.

die Zuständigkeit für die besetzten Gebiete, hatte nun aber nicht mehr militärische, sondern vor allem zivile politische Ziele zu verfolgen. Dabei waren nicht mehr die strategischen Aufgaben des militärischen Oberkommandos, sondern vor allem die Politik der eigenen Regierung sowie die interalliierten Vereinbarungen umzusetzen.<sup>377</sup>

Die Umsetzung der Verwaltungsaufgaben erfolgte durch unterschiedlich gegliederte »Detachments«. Diese Sonderkommandos rückten bereits im Gefolge der kämpfenden Truppe in die gerade besetzten Ortschaften ein. Ihre Zuständigkeit sollte sich entsprechend der deutschen Verwaltungsgliederung jeweils auf einen einzelnen Kreis, Stadt, Bezirk oder ein Land erstrecken.<sup>378</sup> Je nach Größe des zu übernehmenden Gebietes wiesen diese Detachments eine unterschiedliche Anzahl spezialisierter Funktionsoffiziere auf, etwa für Gesundheit, Öffentliche Finanzen, Handel und Industrie sowie für Kommunikation.<sup>379</sup> Große Detachments auf der Länder- oder Provinzebene hatten 30 Offiziere und 50 rangniedrigere Soldaten,<sup>380</sup> die kleinsten Detachments auf der Kreisebene verfügten nur über einen wenig differenzierten Apparat von etwa vier Offizieren und einem halben Dutzend Soldaten. Vor allem dieses kleinen lokalen Detachments waren hinter der voran gerückten Front für das Wieder-in-Gang-setzen der kollabierten deutschen Behörden zuständig.<sup>381</sup>

Da die Aufgaben der Militärs durch zwei Phasen der Besetzung geprägt waren, entstanden jeweils unterschiedliche Prämissen bei der Besatzungsverwaltung. Während in der ersten Phase in Deutschland weiterhin Kampfhandlungen stattfanden, stand die mit der Kapitulation der deutschen Wehrmacht beginnende zweite Phase unter dem Eindruck der Befriedung des Landes. Bis zum Ende des Krieges hatte die Militärregierung in den besetzten Gebieten vor allem die Aufgabe, die Sicherheit der eigenen Soldaten zu garantieren. Erst nach Kriegsende, der Konsolidierung der Militärregierung und der Konstituierung einer alliierten Kontrollbehörde für ganz Deutschland sollten in den besetzten Gebieten mit dem Neuaufbau ziviler Strukturen begonnen werden.<sup>382</sup>

---

<sup>377</sup> Vgl. Henke 1995, S. 93. Die allgemeinen Aufgaben der Militärverwaltung waren im Einzelnen: »(a) Imposition of the will of the Allies upon occupied Germany. (b) Care, control and repatriation of United Nations displaced persons and minimum care necessary to effect control of enemy refugees and displaced persons. (c) Apprehension of war criminals. (d) Elimination of Nazism, Fascism, German militarism, the Nazi Hierarchy and their collaborators. (e) Restoration and maintenance of law and order, in so far as the military situation permits. (f) Protection of United Nations property, control of certain properties and conservation of German foreign exchange assets.« (§ 5, Chapter I, Handbook for Military Government in Germany, Dec. 1944.)

<sup>378</sup> Vgl. Zink 1957, S. 26.

<sup>379</sup> Vgl. Zink 1957, S. 37f. Zur Arbeit der Militärverwaltung vgl. auch Henke 1995, S. 206ff.

<sup>380</sup> Vgl. Zink 1957, S. 37.

<sup>381</sup> Vgl. Zink 1957, S. 39.

<sup>382</sup> Vgl. Henke 1995, S. 96f.

In den besetzten ostdeutschen Gebieten wurden lediglich »Provisonal Military Governments« installiert.<sup>383</sup> Anders als die regulären Militärverwaltungen waren diese »Aushilfseinheiten«<sup>384</sup> nicht durch längere landeskundliche und Verwaltungsschulungen auf ihre Aufgaben vorbereitet worden,<sup>385</sup> sondern hatten lediglich Einführungskurse von wenigen Tagen Dauer bekommen.<sup>386</sup> Die Aufgaben dieser ostdeutschen provisorischen Militärregierungen unterschieden sich darüber hinaus nicht von denen der regulären Einheiten in Westdeutschland.<sup>387</sup>

## 4.2 Funktion der Pressepolitik unter der westalliierten Besatzung

Die von den Militärs betriebene Pressepolitik hatte in der Endphase des Zweiten Weltkriegs und der beginnenden Besatzungszeit zwei unterschiedliche Aufgaben zu erfüllen, einerseits die kurzfristige Aufgabe der militärischen Absicherung und andererseits die langfristigen politischen Aufgaben der Umerziehung, Entnazifizierung und Aufbauförderung.<sup>388</sup> Bis in den Juli 1945 hinein gehorchte die Pressepolitik vor allem den Anforderungen des Militärs, das sich nur zweitrangig mit Fragen des Neuaufbaus Deutschlands beschäftigte. Alle politischen Betätigungen waren den Deutschen in der ersten Besatzungszeit verboten und selbst unpolitische Versammlungen nur unter besonderen Bedingungen zulässig.<sup>389</sup>

Bei der Besatzungsmacht sollte das Primat des Militärischen dazu führen, dass »es bis zur Konferenz von Potsdam kein alliiertes und [...] auch kein vom Präsidenten autorisiertes politisches Programm der USA für die Zukunft des besiegten und besetzten Deutschland gab.«<sup>390</sup> Erst nach der Konferenz konnten dadurch feste Vorstellungen von einem Neuaufbau der Medien und damit für den Umgang mit deutschen Zeitungsverlagen umgesetzt werden.

Die ersten während der alliierten Besetzung Deutschlands getroffenen medienpolitischen Maßnahmen hatten provisorischen Charakter und sollten dabei helfen, die Kontrolle über die öffentliche Ordnung zu erlangen. Angesichts der andernorts weiter stattfindenden Kampfhandlungen und aus Furcht vor einer deutschen Partisanen- oder Guerillatätigkeit sollte durch

<sup>383</sup> Zu diesen provisorischen Militärverwaltungen siehe insbesondere Henke 1995, S. 695ff.

<sup>384</sup> Henke 1995, S. 696.

<sup>385</sup> Zur Ausbildung der Verwaltungseinheiten siehe insbesondere Henke 1995, S. 220ff.

<sup>386</sup> Vgl. Henke 1995, S. 697.

<sup>387</sup> Vgl. Henke 1995, S. 698f.

<sup>388</sup> Chapter I (4), Manual for the Control of German Information Services, 12.5.45, S. 1. Vgl. u.a. Matz 1969; H.-D. Fischer 1978.

<sup>389</sup> § 470, Part III, Handbook for Military Government, Dec. 1944.

eine Kontrolle des Informationswesens militärische Sicherheit garantiert und die rückwärts der Kampfhandlungen liegenden Gebiete stabilisiert werden.<sup>391</sup> Ziel der Medienkontrolle musste die Unterbindung jeden Informationsflusses sein, der dem deutschen Gegner hätte Vorteile bieten können. Die Sorge um die Absicherung des militärischen Vormarsches war bei einigen Armee-Einheiten derartig groß, dass sogar Befehle zur Kontrolle von Tauben gegeben wurden: »Das Freilassen von Tauben ist untersagt. Sie sind entweder zu töten oder ihre Flügel müssen gestutzt werden.«<sup>392</sup> Aus Angst vor feindlicher Nachrichtenübermittlung durften in den besetzten Gebieten selbst nach der Wiederbelebung des Postverkehrs keine Blindensendungen, Kreuzworträtsel, Notenblätter oder Schachaufgaben versendet werden.<sup>393</sup> Dieser für die Zeit nach der Eroberung dekretierte Blackout war weniger politisch, sondern vor allem durch militärische Notwendigkeiten begründet, »da unter frontähnlichen Bedingungen schlechterdings keine Kontrolle über den tatsächlichen Inhalt etwaiger Veröffentlichungen deutscher Kreise möglich war.«<sup>394</sup>

Der Blackout der Medien sollte dabei jedoch nicht flächendeckend für das gesamte Besatzungsgebiet gültig sein, sondern gestaltete sich als kurzzeitige publizistische Wendemarke, denn grundsätzlich gingen sowohl Amerikaner wie Engländer davon aus, »daß man das besetzte Land keinen Tag ohne Zeitungen lassen könne.«<sup>395</sup> Denn neben militärischer Sicherheit brauchten die Militärs gleichzeitig Möglichkeiten zur Beruhigung und Steuerung der durch Krieg und Flucht umgewälzten Bevölkerung. Das Chaos im zusammengebrochenen Hitlerreich musste geordnet werden, Befehle mussten verbreitet und die Aufhebung der alten NS-Gesetze bekannt gegeben werden. Die Bevölkerung musste regelmäßig über die Gültigkeit von Lebensmittelmarken und die Dauer der Ausgangssperren informiert werden. Für diese Aufgaben eigneten sich vor allem Zeitungen, mit denen die Presseoffiziere über die Anordnungen der Militärregierungen und der deutschen Zivilverwaltung informieren sowie

<sup>390</sup> Henke 1995, S. 97.

<sup>391</sup> Die sog. »Werwölfe«, die in den von den Alliierten besetzten Gebieten als Partisanen den Krieg weiter führen sollten, (vgl. Henke 1995, S. 160; S. 243f.; S. 937ff.), hatten zum Repertoire der deutschen Zeitungspropaganda gehört: So schrieb etwa ein Kriegsberichterstatter in der *Oelsnitzer Volksbote/Lugauer Zeitung* über die »Widerstandsbewegung in den feindbesetzten Gebieten« westlich des Rheins: »Wir wissen, unsere alten Väter und jungen Brüder in den kampf- und todentschlossenen Scharen der »Werwölfe« stehen, wissen, daß [...] die Herzen hochgerissen sind in einer heiligen, opferbereiten Entschlossenheit.« (Hubert Meyer: »Wir rheinischen Soldaten und die Werwölfe. Eine Stimme der Front zur Widerstandsbewegung in den feindbesetzten Gebieten«, in: *Oelsnitzer Volksbote/Lugauer Zeitung*, 14.-15.4.45). Die *Neue Zwickauer Zeitung* konnte sich bei der Schilderung der angeblichen Effekte der »Werwölfe« auf die Madrider Zeitung *Alcazar* berufen, was die Propagandawirksamkeit erhöht haben könnte (siehe *Neue Zwickauer Zeitung*, 17.4.45). Die Furcht vor deren Sabotageaktionen hielt bis lange nach der Kapitulation an (vgl. Henke 1995, S. 950).

<sup>392</sup> SHAEF, Gesetz Nr. 76, Regelungen abgedruckt in: »Militärregierung - Deutschland, Kontrollgebiet des Obersten Befehlshabers, Bekanntmachung!« Aushang, Schleiz, 28.4.45, Museum Schloss Burgk, o. Sign. Im selben Sinne auch die »Bekanntmachungen der amerikanischen Militärregierung/Official Notice to the Population«, Weimar, 21.4.45 (Bestand Stadtarchiv Jena): »Pigeon flights are prohibited. Pigeons will either be killed, or their wings clipped.«

<sup>393</sup> Vgl. § 17, Censorship Regulations for the Civilian Population of Germany under the Jurisdiction of Military Government.

<sup>394</sup> Raue 1983, S. 111 (Anm. 30).

<sup>395</sup> Habe 1977, S. 46.

nicht zuletzt Vertrauen in die Besatzungstruppen erzeugen sollten. Die Notwendigkeit, Befehle und Anordnungen zu veröffentlichen und dadurch die Grundlagen für die Aufrechterhaltung von Ordnung und Versorgung zu legen, bestand vor allem auf kommunaler Ebene. Innerhalb der Armee galten die Veröffentlichung von alliierten Bestimmungen, die Entkräftung von Gerüchten durch Tatsachen, die Verbreitung von Weltnachrichten und die Wiederaufnahme unpolitischer kultureller Aktivitäten dabei als so wichtige Aufgabe,<sup>396</sup> dass den Kommandanten von der Armeeführung dazu besondere alliierte Informationsmedien angekündigt worden waren.<sup>397</sup>

Zur Kontrolle von Medien und zur Veröffentlichung der notwendigen Informationen verfügte das Militär über eine spezielle Abteilung für psychologische Kriegsführung, die im April 1945 in einigen westdeutschen Großstädten mit der Herstellung von Zeitungen begann. Diese »Heeresgruppenzeitungen«<sup>398</sup> hatten der Information und der Vertrauenswerbung zu dienen.<sup>399</sup> Wegen ihres großen Berichtsgebietes bedeuteten sie jedoch nur einen geringen Beitrag zur Beseitigung der weit verbreiteten Informationsdefizite, die auf *kommunaler* Ebene bestanden. Auch das Radio kam als Verkündungsmedium für die in den Städten und Landkreisen zu veröffentlichenden Bekanntmachungen nicht infrage. Obwohl millionenfach verbreitet, waren Volksempfänger einerseits nicht in jedem Haushalt verfügbar,<sup>400</sup> wie die Klagen jener Hörer belegten, die keine eigenen Radios hatten:

»Nach wie vor ist der Rundfunk die wichtigste Nachrichtenquelle. Aus unserem Leserkreis werden uns Wünsche solcher Einwohner vorgetragen, die keinen eigenen Empfänger besitzen und infolge der gegenwärtig noch nicht in vollem Betrieb befindlichen Gaststätten keine Möglichkeit zum Mithören haben. Diese müssen sich in völlig freier Vereinbarung mit ihren Nachbarn oder sonstigen Besitzern eines Rundfunkempfängers verständigen. Je nach dem Vertrauen, welches sich beide Teile entgegenbringen, könnte der Höregast auch allein die Nachrichten abhören. Ein Zwang darf aber von diesen Gästen keineswegs ausgeübt werden.«<sup>401</sup>

Vor allem jedoch war dieses Medium wegen der breiten Streuung in einem eng begrenzten Gültigkeitsgebiet kaum sinnvoll einsetzbar, so dass zur Veröffentlichung lokaler Befehle und Informationen einfachere Formen der Informationsvermittlung aufgegriffen wurden: »Amtliche und private Maueranschläge und andere einfache Möglichkeiten des Mitteilens werden

<sup>396</sup> Vgl. Matz 1969, S. 19ff.

<sup>397</sup> Vgl. Chapter I, (5), Manual for the Control of German Information Services, 12.5.45, S. 1f.

<sup>398</sup> Siehe Kap. 4.3.

<sup>399</sup> Zu den Intentionen der psychologischen Kriegsführung der US-Armee vgl. die Analyse von Lerner 1971. Beschreibungen der Pressetätigkeiten auch von Habe 1977 und Heym 1990. Zur Heeresgruppenpresse in Ostdeutschland siehe Kapitel 4.3, S. 81ff.

<sup>400</sup> Vgl. Kohlmann-Viand 1991, S. 123-131.

<sup>401</sup> »Rundfunk-Hörerwünsche«, in: *Kötbener Amtliches Nachrichtenblatt*, 26.6.45. – Für die britische Zone berichtet Müller-Detert 1990, S. 183f., darüber, dass die Militärregierung im August 1945 vorschlug, in zentralen Räumlichkeiten mit Zusatzlautsprechern versehene Radios aufzustellen.

als primitive Form der Nachrichtenweitergabe wiederentdeckt.«<sup>402</sup> Im thüringischen Schleiz beispielsweise erfuhr die Bevölkerung von den neuen Gesetzen und Verordnungen per hektographiertem DIN A4-Blatt;<sup>403</sup> in Schmalkalden wurden die wichtigsten Informationen am Rathaus und am Druckereigebäude per Aushang bekannt gegeben. Polizeibeamte informierten die Bevölkerung persönlich,<sup>404</sup> teilweise wurden Bekanntmachungen einfach ausgerufen.<sup>405</sup>

Besser geeignet für solche Kommunikationsaufgaben waren Massenmedien wie die Zeitungen, deren Informationen eine geringere Flüchtigkeit aufwiesen: »Manche der im Augenblick im Vordergrund des Interesses stehenden amtlichen Bekanntmachungen sind [...] aus Anschlagzetteln vertraut; doch vergißt sich schnell, was nur im Vorübergehen gelesen wurde, und was man Schwarz auf Weiß besitzt, kann man getrost nach Hause tragen.«<sup>406</sup> Auch die Menge der publizierbaren Bekanntmachungen war bei einem Zeitungsdruck größer als bei hektografierten Blättern oder handschriftlichen Texten. Die einfache Vervielfältigung von Texten mit Schreibmaschinen bedeutete etwa schon allein aufgrund der größeren Schreibmaschinentypen eine deutliche Beschränkung an Umfang und an Inhalt.<sup>407</sup> Die Herstellung dieser Hektografien war zudem nicht in höheren Auflagen möglich. Um auf eine weniger »primitive Form der Nachrichtenweitergabe«<sup>408</sup> ausweichen zu können, bot sich deshalb die Verwendung von Zeitungen als Informationsmedien an.

---

<sup>402</sup> Schütz 1987, S. 64.

<sup>403</sup> Vgl. »Militärregierung - Deutschland, Kontrollgebiet des Obersten Befehlshabers, Bekanntmachung! An die Zivilbevölkerung!« Aushang, Schleiz, 28.4.45. Museum Schloß Burgk (Für den Hinweis danke ich Ina Scheffler, Museum Schloß Burgk); Schreiben Museum Schloß Burgk, Ina Scheffler, 24.11.98; 8.2.99.

<sup>404</sup> Mitteilung Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden, Ute Simon, 15.7.99.

<sup>405</sup> So trägt in Schmalkalden eine maschinenschriftliche Auflistung der Hinweise der amerikanischen Besatzung zu Verkehrsregelungen, Versammlungsfreiheit und Ausgangssperren den handschriftlichen Vermerk »Am 8.4.45 durch Ausrufen bekanntgegeben.« (Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden, Bestand Stadtarchiv SM/1801 (Für den Hinweis und die Überlassung einer Kopie danke ich Frau Ute Simon, Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden.).

<sup>406</sup> »Wieder »Nachrichten für Grimma«, in: *Nachrichten für Grimma*, 23.5.45.

<sup>407</sup> Während etwa in Greiz auf vier Zeitungsseiten insgesamt 16 alliierte Gesetze, Verordnungen und Bekanntmachungen veröffentlicht werden konnte (Bekanntgegeben wurden dabei die Proklamation Nr. 1, die Verordnungen Nr. 1, 2, 3, die Gesetze Nr. 1, 5, 6, 51, 52, 53, 76, 77, 161, drei Bekanntmachungen und eine Warnung - vgl. *Amtliches Nachrichtenblatt der Stadt Greiz*, 21./22.4.45.) war auf einer zweiseitigen Bekanntmachung aus Schleiz lediglich Platz für eine stark gekürzte Zusammenstellung von einzelnen für zentral erachteten Paragrafen jener in Greiz vollständig abgedruckten grundlegenden Militärgesetze (vgl. »Militärregierung - Deutschland, Kontrollgebiet des Obersten Befehlshabers, Bekanntmachung! An die Zivilbevölkerung!« Aushang, Schleiz, 28.4.45. Museum Schloß Burgk. (Für den Hinweis danke ich Ina Scheffler, Museum Schloß Burgk).

<sup>408</sup> Schütz 1987, S. 64.



### 4.3 Armeebblätter für die deutsche Bevölkerung (»Heeresgruppenzeitungen«)

Die ersten Heeresgruppenzeitungen entstanden seit 1944, zielten jedoch nicht auf die Bevölkerung, sondern waren vor allem an deutsche Soldaten gerichtet. Die Zeitungen dienten dem militärischen Ziel der psychologischen Kriegsführung. Hergestellt wurden diese Blätter von der Einheit für psychologische Kriegsführung (Psychological Warfare Division (PWD)), die im Rahmen der alliierten Streitkräfte nicht mit Waffen kämpfte, sondern einen »Krieg der Worte« führte.<sup>409</sup> Anfangs wurden schlichte alliierte Nachrichtenblätter (mit den Titeln *Frontpost* und *Feldpost*) sowie Flugblätter verteilt, deren Propaganda das militärische Gegenüber zermürben und zur Einstellung der Kämpfe bewegen sollte.<sup>410</sup> Darin wurde den Soldaten klarzumachen versucht, dass die Niederlage unvermeidlich und deshalb jeder weitere militärische Widerstand zwecklos sei.<sup>411</sup> Während diese Publikationen bis November 1944 allein der Kampfpropaganda gedient hatten, wurde die *Frontpost* ab Anfang November nicht mehr nur an deutsche Soldaten, sondern gezielt auch an die Zivilbevölkerung verteilt, für die jedoch bald die Herausgabe von eigenen auf diese Zielgruppe zugeschnittenen Zeitungen für notwendig erachtet wurde.<sup>412</sup>

Hintergrund dieser Ausweitung der Zielgruppe war die ausgebliebene Kapitulation Deutschlands. Als durch den andauernden Widerstand der deutschen Armee klar wurde, dass Deutschland nicht als Ganzes kapitulieren würde, sondern Stück für Stück erobert werden musste, musste auch die Zivilbevölkerung in das Operationsgebiet der Armee geraten. Dadurch wurde es nötig, nicht nur den deutschen militärischen Widerstand zu brechen, sondern auch auf die Zivilbevölkerung einzuwirken. Um den zivilen Widerstand zu brechen, wurden die Einwohner der Städte und Dörfer aufgefordert, nicht im Zuge des so genannten »Volkssturms« die Heimat zu verteidigen und so weitere Kriegsoffer und -schäden zu verursachen.<sup>413</sup> Insbesondere die Psychological Warfare Division der 12. amerikanischen

<sup>409</sup> Henke 1995, S. 302.

<sup>410</sup> Vgl. Matz 1969, S. 27; 30. – Zur Verbreitung der Zeitung: Eine Befragung von 3000 aussagewilligen Kriegsgefangenen durch den amerikanischen Geheimdienst OSS ergab, dass knapp 49% von der *Frontpost* gehört und 47% darin gelesen hatten. Die überwältigende Mehrheit der Befragten der Erhebung bestätigte dabei die von *Frontpost*-Machern erhofften propagandistischen Effekte (vgl. Report by Robert M. Allen (OSS Morale Operations Branch), in: Heideking/Mauch 1996, S. 397f.). Daneben wurden für den »Eigengebrauch« Truppenzeitungen produziert, etwa der bis zum 29.6.45 in Altenburg bei der Piererschen Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co gedruckten und im Raum Altenburg, Lunzenau, Rochlitz und Frohburg verteilte *Minuteman* eines amerikanischen Infanterieregiments (vgl. U. Koch 1999a) oder den *Tiger's Tale. Published By and For the Men of the Tenth Armored Division* (Bestand Marktarchiv Garmisch-Partenkirchen).

<sup>411</sup> Vgl. Henke 1995, S. 300.

<sup>412</sup> Vgl. Matz 1969, S. 30.

<sup>413</sup> Vgl. Henke 1995, S. 300.

Heeresgruppe, die große Teile Mitteleuropas besetzte,<sup>414</sup> verfolgte dabei das Ziel, die Bevölkerung der besetzten Gebiete mit Hilfe von Zeitungen zur Kooperation mit den Besatzern zu bewegen. Der Bevölkerung sollte klar gemacht werden, dass eine Kapitulation kein Weltuntergang bedeuten würde.<sup>415</sup> Neben den Versuchen, die Deutschen zur Kapitulation zu überreden, sollten diese Heeresgruppenblätter dabei helfen, die Entmilitarisierung Deutschlands, die Verhaftung von Kriegsverbrechern sowie die Zerstörung des deutschen Nazismus und Militarismus durchzusetzen.<sup>416</sup> Diese längerfristigen politischen Ziele konnten jedoch erst nach der Einstellung der Kampfhandlungen in den Vordergrund treten. Nach dem Sieg sollte in einem zweiten Schritt der vollständige ökonomische Kollaps Deutschlands vermieden und Deutschland in »Weltfamilie der demokratischen Nationen« zurückgeführt werden.<sup>417</sup>

Innerhalb der Psychological Warfare Division arbeiteten zur Realisierung dieser unterschiedlichen Aufgaben neben Militärs vor allem Medienfachleute, Juristen, Historiker und Sozialwissenschaftler, die sich in unterschiedlichen Gruppen mit der Planung der Propaganda in der Presse, dem Radio, auf Flugblättern, im Film sowie in anderen Veröffentlichungen (»Publications & Display«) beschäftigten.<sup>418</sup>

Das erste der Heeresgruppenblätter erschien am 27. November 1944. Anfänglich *Die Neue Zeitung* benannt, bekam die zweite Nummer den schlicht-funktionalen Titel *Mitteilungen Der Amerikanischen 12. Heeresgruppe Für Die Deutsche Zivilbevölkerung*. Das nur zweiseitige Blatt wurde von Luxemburg aus im gesamten von der 12. Heeresgruppe besetzten Teil Deutschlands verteilt.<sup>419</sup>

Während über die ostdeutsche Verbreitung der *Frontpost* oder der *Feldpost* keine Angaben zu erhalten waren, gelangten offenbar zumindest Einzelausgaben der *Mitteilungen* auch nach Thüringen und Sachsen.<sup>420</sup> Daneben wurde eine viersprachige Ausgabe (englisch, französisch,

---

<sup>414</sup> Dieses Gebiet umfasste den Raum Rheinland, Westfalen, Hessen, Südniedersachsen und Nordbayern südlich einer Linie Münster-Hannover-Wittenberge und nördlich eines Bogens Frankfurt-Fulda-Bayreuth-Regensburg-Salzburg und damit auch weite Teile Ostdeutschlands (vgl. Ellis/Warhurst 1968, S. 316f.; S. 332f.).

<sup>415</sup> Vgl. Henke 1995, S. 303f.

<sup>416</sup> Standing Directive for Psychological Warfare against Members of the German Armed Forces, Juni 1944, nach: Matz 1969, S. 24f.

<sup>417</sup> Standing Directive for Psychological Warfare against Members of the German Armed Forces, Juni 1944, nach: Matz 1969, S. 24f.

<sup>418</sup> Für eine Übersicht über die organisatorischen Strukturen der psychologischen Kriegsführung vgl. Kutsch 1988, S. 46ff.

<sup>419</sup> Vgl. Matz 1969, S. 31. – Dieses Gebiet umfasste den Raum Rheinland, Westfalen, Hessen, Südniedersachsen und Nordbayern südlich einer Linie Münster-Hannover-Wittenberge und nördlich eines Bogens Frankfurt-Fulda-Bayreuth-Regensburg-Salzburg und damit auch weite Teile Ostdeutschlands (vgl. Ellis/Warhurst 1968, S. 316f.; S. 332f.).

<sup>420</sup> Eine Ausgabe der *Mitteilungen* findet sich in den Beständen des Stadtarchivs Leipzig (Mitteilung der Stadt Leipzig, Stadtarchiv, Frau H. Gärtner, 16.11.98).

polnisch, deutsch) des alliierten Oberkommandos über dem Konzentrationslager Buchenwald abgeworfen.<sup>421</sup>

Die von amerikanischen Verbänden produzierten *Mitteilungen* erschienen bis zum 21. April 1945,<sup>422</sup> die des britischen Kommandos bis Ende Mai.<sup>423</sup> Als in allen größeren deutschen Städten Druckkapazitäten für regionale Zeitungen zur Verfügung standen,<sup>424</sup> begann die US-Armee mit der Herausgabe von insgesamt zwölf wöchentlich erscheinenden regionalen Zeitungen.<sup>425</sup> Die britischen Truppen sollten insgesamt 20 deutschsprachige Armeebblätter vertreiben.<sup>426</sup>

Diese regionalen Heeresgruppenblätter sollten wie die zentrale *Frontpost* oder die *Mitteilungen* ebenfalls ordnend auf die Übernahme der militärischen und staatlichen Gewalt durch die Alliierten wirken und den weiter kämpfenden US-Truppen den Rücken frei halten. Da auch diese Zeitungen bis zum Waffenstillstand Anfang Mai 1945 in einem noch nicht vollständig besiegten Land erschienen, in dem weiter Krieg herrschte, sollten sie ebenfalls den Widerstand brechen helfen und Vertrauenswerbung betreiben und unerwünschten Gerüchten entgegen treten,<sup>427</sup> daneben enthielten die Zeitungen jedoch speziell auf ihr Erscheinungsgebiet zugeschnittene Anordnungen der Militärbefehlshaber.<sup>428</sup> Vor allem nachdem der Krieg am 8. Mai beendet war, bekamen diese Publikationen zunehmend auch erzieherische Funktionen zugewiesen. Die Zeitungen wurden zum Werkzeug für die Entnazifizierung und Umerziehung des deutschen Volkes.<sup>429</sup>

Mit der Besetzung der sächsisch-preußischen, anhaltinischen, thüringischen und sächsischen Gebiete wurden die westalliierten Militärs auch hier für die Regelung von Sicherheit und Ordnung sowie für die Wiederherstellung des öffentlichen Lebens zuständig und hatten auch

<sup>421</sup> Vgl. *Buchenwalder Nachrichten*, 30.4.45 (Ritscher 1983, S. 35).

<sup>422</sup> Vgl. Matz 1969, S. 32.

<sup>423</sup> In Uelzen wurde die letzte Ausgabe der von der britischen 21. Heeresgruppe herausgegebenen *Mitteilungen* mit Datum vom 30.5.45 vertrieben. Zwar ist es wahrscheinlich, dass diese Zeitung auch in das britisch besetzte Westmecklenburg gelangte, sie konnte in den dortigen Kreis- und Stadtarchiven jedoch nicht nachgewiesen werden.

<sup>424</sup> Vgl. Matz 1969, S. 32.

<sup>425</sup> Die genaue Zahl dieser eigens für die deutsche Zivilbevölkerung produzierten Armeebblätter schwankt je nach Zählweise. Habe (S. 71f.) zählte »zwölf größere Zeitungen« zuzüglich Sonderausgaben, Frei 1983a (S. 21) »fast dreizehn« Blätter, Matz 1969 (S. 21) kam bei ihrer Untersuchung ebenfalls auf zwölf von Anfang April bis Mitte November 1945 durch die 12. Heeresgruppe für die deutsche Zivilbevölkerung herausgegebene Titel, während der amerikanische Hochkommissar von über 20 Zeitungen berichtete (vgl. HICOG 1952, S. 88).

<sup>426</sup> Eigene Erhebung (vgl. Matysiak 2002). Eine vollständige Darstellung der britischen Heeresgruppenzeitungen fehlte bislang selbst in den Übersichtsdarstellungen von Hurwitz 1972; Koszyk 1986; Koszyk 1999.

<sup>427</sup> Vgl. Matz 1969, S. 15; 47.

<sup>428</sup> Vgl. Matz 1969, S. 31; Mendelsohn 1982, S. 522.

<sup>429</sup> Vgl. Matz 1969, S. 49 ff.; 63ff. – Für eine Übersicht über die amerikanische Reeducationpolitik vgl. Gerhardt 1999.

hier Bekanntmachungen zu veröffentlichen und publizistisch auf die Bevölkerung Einfluss zu nehmen. Der Westen Mecklenburgs von Wismar bis etwa Wittenberge wurde von der britischen 21. Armeegruppe, die preußische Provinz Sachsen, das Land Anhalt, Thüringen sowie Westsachsen von der amerikanischen 12. Armeegruppe befreit.<sup>430</sup>

Eigene regionale Heeresgruppenzeitungen wurden hier jedoch nicht gegründet, sondern lediglich die westdeutschen Zeitungen verteilt.<sup>431</sup> Für eine Information der Bevölkerung über kommunale Angelegenheiten bzw. über die Instruktionen der kommunalen Militärbehörden dürften diese Zeitungen jedoch nicht infrage gekommen sein, zumal nicht einmal eine flächendeckende Verbreitung dieser Heeresgruppenzeitungen in Ostdeutschland belegt ist.

Von den neun Blättern, die wegen ihrer räumlichen Nähe zur späteren Zonengrenze auch nach Ostdeutschland hätten gelangen können,<sup>432</sup> fanden sich lediglich vereinzelt archivalische Verbreitungsspuren.

Die amerikanische *Frankfurter Presse* wurde bis nach Leipzig vertrieben, offenbar jedoch nur an einem Tag.<sup>433</sup> Bereits für die Zeit nach der ersten Nummer vom 21. April 1945 fanden sich im Leipziger Kommunalarchiv lediglich Exemplare der ab der Folgewoche in Kassel produzierten Heeresgruppenzeitung *Hessische Post*.<sup>434</sup> Die *Hessische Post* gelangte nicht nur nach Leipzig, sondern seit Mai zumindest auch nach Naumburg,<sup>435</sup> Schleiz,<sup>436</sup> Greiz,<sup>437</sup> Schmalkalden,<sup>438</sup> Weimar<sup>439</sup> sowie nach Meerane/Glauchau<sup>440</sup> und Rochlitz<sup>441</sup> in der Nähe von Chemnitz. Die Zeitung war offenbar derartig begehrt, dass das kostenlose Blatt<sup>442</sup> in Leipzig von

<sup>430</sup> Vgl. Ellis/Warhurst 1968, S. 316/317, 332/333.

<sup>431</sup> Vgl. Schütz 1987, S. 64.

<sup>432</sup> Im Grenzraum Ostdeutschlands erschienen im Zeitraum zwischen April und Juli 1945 amerikanische Heeresgruppenzeitungen in Kassel (*Hessische Post*, erschienen vom 28.4. - 22.9.45 (vgl. Matz 1969, S. 144)), Frankfurt (*Frankfurter Presse*, erschienen vom 21.4. - 26.7.45 (vgl. Matz 1969, S. 142)), Bamberg (*Bayerischer Tag*, erschienen ab 19.5. - 13.11.45 (vgl. Matz 1969, S. 150)) und Braunschweig (*Braunschweiger Bote*, erschienen vom 4.5. bis 8.6.45. Als britische Nachfolgezeitung wurde ab dem 26.6.1945 der *Neue Hannoversche Kurier* (bis 5.10.1945) etabliert, der am 12.10.1945 durch die *Braunschweiger Neue Presse* ersetzt wurde (vgl. Matz 1969, S. 146)). Britische Blätter wurden in Hamburg (*Hamburger Nachrichten-Blatt*, 9.5.45 - 28.3.46; *Neue Hamburger Presse*, 9.6.45 - 30.3.46), Hannover (*Hannoversches Nachrichtenblatt*, 2.6.45 - 31.5.46) und Lübeck (*Lübecker Nachrichtenblatt*, 10.5.45 - 28.3.46) herausgegeben (siehe die Zusammenstellung bei Matysiak 2002).

<sup>433</sup> Vgl. Matz 1969, S. 142. Das Blatt wurde zudem in Buchenwald als Quelle genutzt (*Buchenwalder Nachrichten*, 27.4.45 (Ritscher 1983, S. 26) - Die *Frankfurter Presse* erschien in Frankfurt/Main vom 21.4. bis zum 26.7.1945 wöchentlich in insgesamt 15 Ausgaben, Umfang vier Seiten, Format 57 x 39 cm, Startauflage 557000 Exemplare, ab dem 31.7.1945 von der Lizenzzeitung *Frankfurter Rundschau* abgelöst (vgl. Matz 1969, S. 142).

<sup>434</sup> Vorhanden vom 28.4.1945 bis 30.6.1945. - Mitteilung Stadt Leipzig, Stadtarchiv, Frau H. Gärtner, 16.11.1998.

<sup>435</sup> Vgl. »Die erste Zeitung in Naumburg nach dem zweiten Weltkrieg«, in: LDZ, Naumburg o.A., Stadtarchiv Naumburg, Sg 328.

<sup>436</sup> Im Museum Schloß Burgk finden sich die Nummern 3 und 4 vom 12. und 19. Mai 1945 (Mitteilung Museum Schloß Burgk, Ina Scheffler, 24.11.98).

<sup>437</sup> Im Thüringischen Staatsarchiv Greiz finden sich die Nr. 2-5 u. 7-10, 5.5.-30.6.45 (Mitteilung Staatsarchiv Greiz, Doreen Just, 7.12.98).

<sup>438</sup> Mitteilung Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden, Ute Simon, 11.6.99.

<sup>439</sup> Vgl. Wahl 1997, S. 41; *Buchenwalder Nachrichten*, 30.4.45, 15.5.45 (Ritscher 1983, S. 35; 69).

<sup>440</sup> Bestand des Kreisarchivs Landkreis Chemnitzer Land: Nr. 2/5.5.45 bis Nr. 7/9.6.45.

<sup>441</sup> Siehe Quellenangaben im *Bekanntmachungsblatt für Rochlitz und Umgebung*, 12.5.-30.6.45.

<sup>442</sup> Vgl. Deuse 1997, S. 84.

Betrütern zum Preis von 20 Pfennig verkauft wurde. Die Militärregierung versuchte dieses illegale Geschäft zu verhindern und forderte die Bevölkerung auf, die Zeitungsverkäufer der Polizei zu übergeben.<sup>443</sup>

Insgesamt dürfte der Absatz der *Hessischen Post* in Ostdeutschland beträchtlich gewesen sein. Die Zeitung, die in einer Kasseler Stadt-, einer Land- und einer allgemeinen Ausgabe erschien,<sup>444</sup> erreichte in der Zeit, als die US-Armee noch in Sachsen und Thüringen saß, eine Gesamtauflage von einer Million Exemplare pro Nummer, wovon ein großer Teil in die östlich von Kassel gelegenen Gebiete gelangt sein dürfte. Nach der Räumung der ostdeutschen Gebiete durch die US-Armee sank die Auflage der *Hessischen Post* bis Ende August 1945 auf nur noch 288 000 Stück.<sup>445</sup> Die Verdichtungsrate scheint dabei in Ostdeutschland zumindest örtlich teilweise recht hoch angesetzt gewesen zu sein: In der Stadt Naumburg wurde eine flächendeckende Verteilung angekündigt, wobei pro Wohngebäude ein Exemplar vertrieben werden sollte.<sup>446</sup>

Ob dagegen der in Braunschweig vom 4. Mai bis zum 8. Juni 1945 wöchentlich herausgegebene *Braunschweiger Bote* mit den US-Truppen bis in den benachbarten Raum Halberstadt/Magdeburg gelangte, muss ebenso offen bleiben wie die Verbreitung des *Bayrischen Tags* aus Bamberg im benachbarten Thüringen.<sup>447</sup>

Die 21. britische Heeresgruppe gab wie die amerikanische 12. Heeresgruppe in ihrem Machtbereich anfangs ebenfalls eine Zeitung namens *Mitteilungen* heraus, der erst unmittelbar nach der Kapitulation Zeitungen für Kriegsgefangene folgten. Regionale Heeresgruppenblätter folgten erst Ende Mai/Anfang Juni 1945, nachdem der britische Oberbefehlshaber Bernard L. Montgomery Ende Mai 1945 die Ausweitung der Medientätigkeit angekündigt hatte: »Ich werde dafür sorgen, daß alle deutschen Soldaten und Zivilisten mittels Rundfunk und Presse über den Fortgang der Arbeiten auf dem Laufenden gehalten werden. Der Bevölkerung wird aufgetragen, was zu tun ist. Ich erwarte, daß sie es bereitwillig und wirksam tut.«<sup>448</sup> Von der in Westdeutschland herausgegebenen britischen Heeresgruppenpresse kam vermutlich lediglich

<sup>443</sup> Siehe »Verteilung der »Hessischen Post« erfolgt zunächst ohne Bezahlung.« In: *Amtliches Nachrichtenblatt*, Leipzig, 16.6.45.

<sup>444</sup> Vgl. Matz 1969, S. 144. - Die *Hessische Post*, Kassel, erschien wöchentlich zwischen dem 28.4.1945 und dem 22.9.1945, Format 53 x 36 cm (vgl. ebd.). Die Landausgabe erschien im Juli 1945 in ganz Kurhessen (vgl. *Hessische Post*, 14.7.45); nach Ostdeutschland dürfte vor allem die allgemeine Ausgabe gelangt sein. Aus Altenburg wird zudem von einem Exemplar eines *Hessischen Landboten* berichtet (Mitteilung Landratsamt Altenburger Land, Pressestelle, Frau Hofmann, 4. 11.1998).

<sup>445</sup> Vgl. Matz 1969, S. 144. - Die Auflage der *Hessischen Post* betrug am Ende 220 000 Exemplare (vgl. ebd.).

<sup>446</sup> Vgl. »Die erste Zeitung in Naumburg nach dem zweiten Weltkrieg«, in: LDZ, Naumburg o.A., Stadtarchiv Naumburg, Sg 328.

<sup>447</sup> Einzelstücke waren als Nachrichtenquelle nachweisbar. Vgl. Anm. 630.

<sup>448</sup> »Persönliche Botschaft des britischen Oberbefehlshabers / an die Bevölkerung des britischen Besatzungsgebietes Deutschland. B. L. Montgomery, 30. Mai 1945.« In: *Amtliche Nachrichten der Behörden der Stadt Quedlinburg*, 9.6.45.

das *Lübecker Nachrichten-Blatt*<sup>449</sup> regelmäßig in jene unmittelbar benachbarten westmecklenburgischen Gebiete, die schon immer zum Hinterland aller Lübecker Verlage gehört hatten.<sup>450</sup> Viele britische Heeresgruppenzeitungen wurden zwar von ostdeutschen Zeitungen zitiert, es scheint jedoch zweifelhaft, dass von ihnen mehr als einzelne Nummern nach Ostdeutschland gelangten.<sup>451</sup>

Neben den Informationen aus deutschsprachigen Armeezeitungen gelangten vereinzelt auch englischsprachige Soldatenzeitungen in die Hände der deutschen Bevölkerung, die wie die *Stars and Stripes* eigentlich für die US-Truppen bestimmt waren.<sup>452</sup>

Die Heeresgruppenzeitungen wurden so lange publiziert, bis am jeweiligen Erscheinungsort ausgewählte deutsche Verleger eine Zeitungslizenz bekommen hatten, was im amerikanisch besetzten Teil Deutschlands ab August/September 1945,<sup>453</sup> in der britischen Zone erst ab Anfang 1946 der Fall war.<sup>454</sup>

Da diese entweder für Westdeutschland oder für die Besatzungstruppen produzierten Zeitungen nicht auf die besondere Besatzungssituation Ostdeutschlands zugeschnitten waren und dort auch nur örtlich verbreitet wurden, waren die amerikanischen und britischen Kommandanten auf andere Wege angewiesen, die öffentliche Kommunikation zu verbessern und ihre Anordnungen und Befehle zu verbreiten.

#### 4.4 Deutsche Zeitungen

Die Pressegeschichtsschreibung ist sich bislang einig, dass nach dem Einmarsch der amerikanischen und britischen Truppen über sämtliche deutsche Verlage und Rundfunkstationen ein vollständiger sogenannter »Blackout« der Medien verhängt wurde, eine vollständige Schließung aller Medien, die bereits lange vor der Eroberung Deutschlands am Jahresende 1944

<sup>449</sup> Das *Lübecker Nachrichtenblatt* erschien ab dem 10.5.45 (Mediaangaben nach ZDB-ID 1200408x).

<sup>450</sup> Zum traditionellen mecklenburgischen Einzugsgebiet der Lübecker Verlage und auch der NS-Gaupresse vgl. Bernhard 1989, S. 46.

<sup>451</sup> Zur Nutzung der Heeresgruppenblätter durch ostdeutsche Zeitungen siehe unten Kap. 4.4.5.

<sup>452</sup> Mitteilung Heinz Thümmeler, Berlin, 24.7.99.

<sup>453</sup> Matz 1969, S. 37; S. 139ff.

<sup>454</sup> Vgl. Koszyk 1986, S. 472ff.

beschlossen und verkündet worden war.<sup>455</sup> Sofort beim Einrücken der alliierten Truppen seien alle im nationalsozialistischen Deutschland erschienenen Zeitungen für drei Monate verboten worden, um anschließend einen vollständigen Neuaufbau des deutschen Informationswesens vornehmen zu können. »The Allies occupying Germany thought that any German newspaper still being published should be closed because of the system of control which the Nazis had established over the press.«<sup>456</sup> Da die deutschen Zeitungen bis zuletzt den Endsieg beschworen hatten, sollten sie weder nationalsozialistische Propaganda noch irgendwelche anderen Inhalte veröffentlichen können. Abgeschlossen war diese Phase nach Aussage des für die Militärpropaganda zuständigen US-Generals McClure Anfang Juni 1945.<sup>457</sup> Da die westalliierten Armeeeinheiten von April bis Juli des Jahres 1945 bis an die Elbe und nach Westsachsen vorgerückt waren, musste diese westalliierte Blackout-Politik auch für große Teile Ostdeutschlands gegolten haben.

Lediglich am Rande wurden bislang in der Forschungsliteratur *Ausnahmen* vom westalliierten Blackouts erwähnt.<sup>458</sup> Diese Ausnahmen belegten, »daß das Versammlungs- und Publizitätsverbot der Besatzungsmächte Lücken aufwies«,<sup>459</sup> die auf unzureichend informierte Militärs zurückgegangen seien.<sup>460</sup> Als Ausnahmen vom allgemeinen Publikationsverbots wurden dabei lediglich die am 24. Januar 1945 gegründeten *Aachener Nachrichten* genauer beschrieben. Diese Zeitung war nach MOSBERG der »einzige[...] Versuch [...], abweichend von der »Black-out-Politik« sechs Monate vor der ersten Lizenzzeitung eine deutsche Zeitung von Deutschen (unter alliierter Kontrolle) machen zu lassen,«<sup>461</sup> nach MATZ waren die *Aachener Nachrichten* »der einzige Versuch der Alliierten, die Phase III ihres Presseprogramms - Herausgabe von Zeitungen durch Deutsche unter alliierter Kontrolle - noch in der Kriegsphase durchzuführen.«<sup>462</sup>

Eine Suche und Zählung weiterer »Sonderfälle« erfolgte nicht, obwohl vereinzelt Zweifel geäußert wurden, ob das Verbot der deutschen Presse wirklich ausgesprochen worden war. HURWITZ 1972 bestätigte etwa einerseits die Verbotspolitik der Militärs, merkte aber

<sup>455</sup> Vgl. Koszyk 1986, S. 23f.; 36. – Ohne dass die Hintergründe deutlich werden, erfuhr der Begriff »Blackout« bei KOSZYK 1999 jüngst einen Bedeutungswandel: »Von »Blackout« war nur insofern die Rede, als die vor und bis 1945 tätigen Verleger nicht zugelassen wurden und es nicht erlaubt war, für die Lizenzzeitungen alte Zeitungstitel zu verwenden.« Damit bezeichnete der Begriff nicht mehr das zeitweise *Verbot* jeglicher öffentlicher Kommunikation, sondern nur eine personelle und strukturelle *Veränderung* im Pressesystem (Koszyk 1999, S. 41).

<sup>456</sup> Zink 1957, S. 235.

<sup>457</sup> Vgl. »Eine freie Presse«, in: *Bekanntmachungsblatt für Rochlitz und Umgebung*, 9.6.45. (Der Beitrag ist eine Übernahme des US-amerikanischen Heeresgruppenblattes *Hessische Post*).

<sup>458</sup> Lediglich Schütz 1987, S. 64, und Niethammer/Borsdorf/Brandt 1976, S. 216, berichten vom ausnahmsweisen Weiterbestehen deutscher Zeitungen. Schütz 1987 erwähnt beiläufig als Sonderfälle Zeitungen im mecklenburgischen Schönberg, in Duisburg, in Garmisch-Partenkirchen und in Hameln.

<sup>459</sup> Niethammer/Borsdorf/Brandt 1976, S. 216.

<sup>460</sup> Hurwitz 1972, S. 63.

<sup>461</sup> Mosberg 1991, S. 53.

andererseits zugleich an: Es »fand sich kein Beweis dafür, daß von höchster Ebene vor dem Ende der Kampfhandlungen eine Gründung von Zeitungen unter deutscher Leitung ausdrücklich untersagt worden wäre.«<sup>463</sup> Für FREI 1985 schloss außerdem bereits die bei Kriegsende bestehende Notwendigkeit von öffentlicher Kommunikation jeden Blackout aus: »Vergegenwärtigt man sich die banale Tatsache, daß jeder Beginn einer Besatzungsherrschaft nicht zuletzt ein kommunikationspraktisches Problem darstellt, so erscheint doppelt unbegreiflich, weshalb in der Literatur hartnäckig von einem ›totalen black out‹ die Rede ist.«<sup>464</sup> Ebenfalls beiläufig wies er darauf hin, dass in Westdeutschland kurz nach dem Einrücken der Westalliierten »ganz und gar improvisierte, von den örtlichen westalliierten Befehlshabern geduldete oder gar geförderte Blätter [herauskamen], die meist zweisprachig das (Über-) Lebensnotwendige verkündeten und mitunter sogar Platz fanden für ein kleines Feuilleton.«<sup>465</sup> Diese kleinen lokalen Titel seien in Westdeutschland »gar nicht so selten« gewesen.<sup>466</sup>

Während es durch FREI 1985 wenigstens einen Hinweis auf kleine lokale Zeitungen gab, die in Westdeutschland von westalliiertem Militär genehmigt wurden, wurde die große Zahl der Blätter, die unter der westalliierten Besatzung in Ostdeutschland erschien, von der Forschung bis heute überhaupt nicht zur Kenntnis genommen.

Obwohl zwischen Stalin, Churchill und Roosevelt nur ein kurzer Aufenthalt amerikanischer Truppen in den thüringischen und sächsischen Gebieten verabredet worden war, mussten neben sowjetischen kurzzeitig auch britische und amerikanische Militärs in Ostdeutschland ausgedehnte publizistische Aktivitäten entfalten. In vielen Städten der besetzten ostdeutschen Gebiete entstanden lokale Periodika unterschiedlichen Inhalts und Namens, die durchweg von Deutschen herausgegeben und verlegt wurden. Als das Deutsche Reich am 8. Mai 1945 kapitulierte, waren es nicht mehr nur die als einzigartig beschriebenen *Aachener Nachrichten*, die als deutsche Zeitung über das Kriegsende berichten konnten,<sup>467</sup> sondern in den von den Westalliierten befreiten Teilen Ostdeutschlands erschienen am Tag der Kapitulation zu diesem Zeitpunkt ein Dutzend unterschiedlichster deutscher Zeitungen, deren Zahl sich in

<sup>462</sup> Matz 1969, S. 36

<sup>463</sup> Hurwitz 1972, S. 63 u. 77.

<sup>464</sup> Frei 1985, S. 31.

<sup>465</sup> Frei 1985, S. 31.

<sup>466</sup> Frei 1985, S. 31.

<sup>467</sup> So schreibt etwa Hurwitz, neben den *Aachener Nachrichten* sollte es »bis Kriegsende [...] keine weiteren Zeitungsgründungen mit deutschen Redakteuren mehr geben« (Hurwitz 1972, S. 61). Hurwitz schließt für das Frühjahr 1945 aus, dass Deutsche Zeitungen redigiert hätten. Die *Aachener Nachrichten* blieben »sechs Monate lang die einzige von Deutschen geführte Zeitung, die unter amerikanischer Kontrolle entstand« (Hurwitz 1972, S. 63. Im selben Sinne auch Karl-Heinz Stamm 1995.). Als weitere, jedoch nur in drei Nummern erschienene Zeitung mit deutschen Mitarbeitern ist gleichwohl bislang allerdings auch die *Bayerische Landeszeitung*, München, 18.5.-1.6.45 bekannt (vgl. Matz 1969, S. 153; Hurwitz 1972, S. 63).



den folgenden Wochen weiter erhöhen sollte. Diese Zeitungen erschienen derartig großflächig, dass sie deshalb nur schwer als ›Sonderfälle‹ bezeichnet werden können.

#### 4.4.1 Deutsche Zeitungen in den amerikanisch besetzten Gebieten

In den amerikanisch besetzten Gebieten Ostdeutschlands kam es im Jahr 1945 zu einer regen publizistischen Tätigkeit, die vor allem auf die Notwendigkeit zurückging, amtliche Informationen zu verbreiten. Entsprechend der amtlichen Funktion dieser Blätter erinnerten viele ostdeutsche Titel nicht an herkömmliche Zeitungsnamen, sondern griffen jene sachlichen Bezeichnungen wie ›Amtliches Nachrichtenblatt‹ oder ›Alliiertes Bekanntmachungsblatt‹ auf, die sich als Untertitel oder in der Datumszeile auch bei den amerikanischen Heeresgruppenzeitungen fanden.<sup>468</sup> Mit solch schlichter Funktionsbezeichnung erschien beispielsweise in Dessau im Frühjahr 1945 das *Amtsblatt Dessau*, das später den ebenso sachlichen Namen *Amtliches Nachrichtenblatt des Oberbürgermeisters der Stadt Dessau* erhielt.<sup>469</sup> Derselbe Name *Amtliches Nachrichtenblatt* fand sich auch in Leipzig.<sup>470</sup> In Stendal verantwortete die US-Armee ein *Amtliches Mitteilungsblatt der Militär-Regierung*.<sup>471</sup> Das benachbarte Magdeburg bekam ein *Amtliches Mitteilungsblatt - Militär-Reg. in Deutschland*,<sup>472</sup> ebenso Halberstadt ein *Amtliches Mitteilungsblatt des Stadtkreises Halberstadt*.<sup>473</sup> Die Zeitung in Mittweida hieß kurz *Bekanntmachungsblatt*.<sup>474</sup> Eine schlichte Bezeichnung bei gleichzeitig häufigem Namenswechsel hatte außerdem das *Amtliche Nachrichtenblatt der Stadt Greiz*, das zeitweise als *Verordnungen der Militärregierung/Orders of Military Government Land- and Stadtkreis Greiz* oder auch als *Amtliches Mitteilungsblatt für den Stadt- und Landkreis Greiz* betitelt wurde.<sup>475</sup>

Daneben wies ein Teil dieser Blätter auch Namen auf, wie sie für Tageszeitungen charakteristisch sind. Die Zeitung in Crimmitschau trug beispielsweise den Namen *Crimmitschauer Anzeiger/Stadt- und Landzeitung*,<sup>476</sup> in Grimma erschienen die *Nachrichten für Grimma*,<sup>477</sup> in

<sup>468</sup> Die *Regensburger Post*, der *Augsburger Anzeiger* und der *Bayrische Tag* aus Bamberg bezeichneten sich etwa als ›Amtliches Nachrichtenblatt‹, die *Süddeutschen Mitteilungen* aus Stuttgart, die *Münchener Zeitung* und der *Weser Bote* aus Bremen erschienen mit dem Titelzusatz ›Alliiertes Nachrichtenblatt‹ (vgl. Matz 1969, S. 149ff.).

<sup>469</sup> Mitteilung Stadt Dessau, Stadtarchiv, Antje Geiger, 3.9.1998.

<sup>470</sup> Mitteilung Stadt Leipzig, Stadtarchiv, Frau H. Gärtner, 16.11.1998.

<sup>471</sup> Mitteilung Stadt Stendal, Amt für Schule, Sport und Jugendförderung, Ina Nitzsche, 27.8.1998.

<sup>472</sup> Vgl. Faber 1972, S. 72.

<sup>473</sup> Mitteilung Stadt Halberstadt, Stadtarchiv, Frau Bremer, 9.2.99; Werner Hartmann, Halberstadt, 21.1.00.

<sup>474</sup> Mitteilung Stadtarchiv Mittweida, Herr Dressel, 6.4.99

<sup>475</sup> Die Titel erschienen ab 21./22.4.45 (Bestand im Thüringischen Staatsarchiv Greiz).

<sup>476</sup> Mitteilung Stadtverwaltung Crimmitschau, Sachgebiet Kultur und Sport, Herr Stahn, 31.8.1998, Anlage: Aufstellung über vorhandene Zeitungen von 1945 - 1947 im Archiv der Stadt Crimmitschau.

<sup>477</sup> Mitteilung Stadtverwaltung Grimma, Stadtarchiv, Leiterin Frau Schön, 24.8.1998.

Altenburg wurde das *Altenburger Echo* verlegt.<sup>478</sup> Auch bei diesen mit klassischen Tageszeitungsnamen versehenen ostdeutschen Blättern prangte eine offizielle Funktionsbezeichnung im Zeitungskopf, die auf die wesentlichen Aufgaben und Inhalte aller dieser Blätter verwies. Das *Altenburger Echo* hatte den Titelzusatz »Mitteilungsblatt der Amerikanischen Militär-Regierung und der Behörden des Stadt- und Landkreises,<sup>479</sup> die *Glauchauer Zeitung* fungierte als »Mitteilungsblatt der Amerikanischen Militär-Regierung für den Stadt- und Landkreis Glauchau.<sup>480</sup> Der *Crimmitschauer Anzeiger/Stadt- und Landzeitung* wurde mit dem Untertitel »Mitteilungen und Amtliche Nachrichten der Alliierten Militär-Regierung und der Stadt Crimmitschau« herausgegeben.<sup>481</sup>

Die Herausgabe dieser Zeitungen erfolgte zumeist ab Mai 1945, teilweise jedoch auch schon im April und damit vor der deutschen Kapitulation. In einigen Orten kam es erst in der unmittelbaren Schlussphase der Besetzung zum erstmaligen Erscheinen von Zeitungen oder Mitteilungsblättern. Die Verleger erhielten in diesen Fällen eine amerikanische Genehmigung für Zeitungen, die erst nach dem Einmarsch der Sowjettruppen erscheinen konnten. Das *Mitteilungsblatt für das Militärgouvernement und den Kreis Eckartsberga* brachte z.B. seine erste Nummer am 30. Juni und damit am Vorabend des Sowjetischen Einmarsches, und die erste Nummer des *Mitteilungsblattes der Stadt Buttstädt* kam gar »mit Genehmigung der örtlichen amerikanischen Militärregierung« erst am 4. Juli 1945 und damit zu einer Zeit an die Leser, »wo auch in Buttstädt die Rote Armee ihren Einzug« gehalten hatte.<sup>482</sup>

#### 4.4.2 Deutsche Zeitungen in den britisch besetzten Gebieten

Die beiden westlichen Besatzungsmächte unterschieden sich bei der Genehmigung deutscher Zeitungen nicht wesentlich voneinander. Jedoch begann die britische Armee etwas später mit der Erteilung von Genehmigungen, schien etwas sparsamer dabei zu sein und sorgte bereits vor dem Abmarsch Ende Juni 1945 für die Schließung vieler Zeitungen.

Lediglich ein kleiner Teil der ostdeutschen Ländern und Provinzen wurde von britischem Militär befreit. Der von der britischen Armee kontrollierte Teil Ostdeutschlands gliederte sich in das von der 21. Heeresgruppe unter ihrem Oberbefehlshaber Montgomery eroberte West-

<sup>478</sup> Vgl. Sperling <sup>62</sup>1947, S. 31.

<sup>479</sup> Vgl. *Altenburger Echo*, 15.6.45.

<sup>480</sup> Vgl. *Glauchauer Zeitung*, 18.5.45.

<sup>481</sup> Mitteilung Stadtverwaltung Crimmitschau, Sachgebiet Kultur und Sport, Herr Stahn, 31.8.1998, Anlage: Aufstellung über vorhandene Zeitungen von 1945 - 1947 im Archiv der Stadt Crimmitschau.

mecklenburg und einen weiteren Teil, der ursprünglich von US-Truppen erobert worden war. Hier, im Nordteil des späteren Landes Sachsen-Anhalt, übernahm die britische Militärverwaltung erst später die Besatzungshoheit: Orte wie Stendal, Staßfurt oder Magdeburg, aber auch die benachbarten westdeutschen Städte Wolfsburg, Braunschweig und Goslar waren ursprünglich von der 9. US-Armee befreit worden und gingen erst im Zuge der Besatzungskonsolidierung in die Hände der britischen Militärregierung über.<sup>483</sup>

Im gesamten von britischen Truppen befreiten norddeutschen Raum, einem Gebiet nördlich einer Linie von Osnabrück über Hannover und Celle bis nach Schwerin, existierten nur wenige deutsche Zeitungen. Zwar bestand auch hier die Notwendigkeit, mit Zeitungen zur Information und Aktivierung der Bevölkerung beizutragen, die Gründung von Zeitungen verzögerte sich jedoch. In den von den amerikanischen Truppen übernommenen Besatzungsgebieten waren demgegenüber jedoch bereits Zeitungen erschienen, die mit der Besatzungshoheit unter den Befehl der britischen Militärverwaltung kamen.

In Westmecklenburg wurden lokale amtliche Nachrichtenblätter oder Zeitungen offenbar nur kurzzeitig oder im Ausnahmefall geduldet. Lediglich im 10 km östlich von Lübeck gelegenen Schönberg war die Tätigkeit eines Verlages nachweisbar. Hier erschien im Frühjahr 1945 der *Schönberg-Rebnaer Anzeiger*. Diese einzige nachweisbare Ausnahme war jedoch nicht von britischen, sondern bereits von amerikanischen Militäreinheiten genehmigt worden,<sup>484</sup> die in Mecklenburg der westalliierten 21. britischen Armeegruppe unterstellt waren.<sup>485</sup> Nach der Übergabe des Gebietes an englische Armeedienststellen konnte das Blatt zunächst weiter erscheinen und wurde schließlich vier Wochen nach Beginn der alliierten Besetzung von schottischen Militärbefehlshabern eingestellt.<sup>486</sup>

Eine größere Zahl von Zeitungen erschien in jenen Gebieten, wo die britische Armee die Verwaltungshoheit von der US-Armee übernommen hatte: Hier hatte die amerikanische Pressepolitik in vielen Städten bereits Fakten (sprich: Zeitungen) geschaffen, die Beispielgebend auch auf die Nachbarstädte ausgestrahlt haben dürften, in denen noch keine Zeitungen erschienen. Zugleich fiel der Besatzungswechsel in jene Zeit, in der das zuvor zurückhaltende britische Oberkommando die Gründung von Zeitungen ankündigte. Während der Herrschaftswchsel in Braunschweig einerseits dazu führte, dass die dortige amerikanische Heeresgruppenzeitung *Braunschweiger Bote* am 8. Juni 1945 geschlossen und durch eine neue

---

<sup>482</sup> »Zum Einmarsch der Roten Armees«, in: *Mitteilungsblatt der Stadt Buttstädt*, 4.7.45.

<sup>483</sup> Zur Ausdehnung der Besatzungsgebiete vgl. Ellis/Warhurst 1968, S. 316ff.

<sup>484</sup> Vgl. Bernhard 1989, S. 125.

<sup>485</sup> Zur Ausdehnung der Besatzungshoheit vgl. Ellis & Warhurst 1968, S. 316/317 und 332/333.

<sup>486</sup> Vgl. Bernhard 1989, S. 125.

Hannoversche Zeitung ersetzt wurde,<sup>487</sup> kam es andererseits nach der Übernahme der ostdeutschen Besatzungsgebiete unter der britischen Militärverwaltung zu einem kleinen Gründungsboom. Am 25. Mai erhielt eine Zeitung in Weferlingen, vermutlich einen Tag später eine in Gardelegen, am 7. Juni ein Blatt in Halberstadt, am Tag drauf eines in Aken, am 9. Juni ein Blatt in Quedlinburg, und am 16. Juni eine Zeitung in Schönebeck eine Genehmigung. Inwiefern diese Genehmigungen nur auf die Ankündigung des britischen Oberkommandierenden zurückzuführen waren oder die von den amerikanischen Offizierskollegen in Nachbarstädten erlaubten Zeitungen zur Nachahmung inspirierten, ließ sich nicht klären. In Quedlinburg wurde die Genehmigung zur Herausgabe *Amtlichen Nachrichten der Behörden der Stadt Quedlinburg* bereits von der US-Armee erteilt,<sup>488</sup> die nachgewiesene Nummer 1 datierte jedoch aus britischer Zeit.<sup>489</sup> Die Genehmigung zur Herausgabe des *Amtlichen Nachrichtenblattes des Bürgermeisters der Stadt Aken u. der zuständigen Landgemeinden* in Aken am 8. Juni 1945 erfolgte durch die örtliche britische Militärregierung, die sich damit an die Namen anlehnte, die auch die amerikanischen Militärkommandanten der Nachbarstädte Dessau (*Amtliches Nachrichtenblatt des Oberbürgermeisters der Stadt Dessau*) und Köthen (*Amtliches Nachrichtenblatt für den Landkreis Dessau-Köthen*) erlaubt hatten.<sup>490</sup>

Die Zeitungen aus der britischen Besatzungszeit wurden nicht nur später gegründet, sie waren zumeist auch kurzlebiger. Soweit nachweisbar, wurden die meisten Blätter bereits in der zweiten Junihälfte und damit gut 10 Tage vor dem britischen Abzug wieder eingestellt. In Schönebeck, wo die amerikanische Militärregierung vom 23. bis 30. Mai 1945 die *Schönebecker Nachrichten* genehmigt hatte, erfolgte nach dem Besatzungswechsel erst nach einer Pause von mehr als zwei Wochen erst am 16. Juni 1945 die Weiterführung des Mitteilungsblattes, das dann jedoch den traditionellen Namen *Schönebecker Zeitung* führen konnte. Die Zeitung erschien am 21. Juni 1945 letztmalig.<sup>491</sup> Auch das *Amtliche Mitteilungsblatt* aus Magdeburg wurde am 19. Juni 1945 eingestellt, als die Papiervorräte nach Westdeutschland gebracht wurden.<sup>492</sup> Zum selben Datum kam auch das *Amtliche Nachrichtenblatt des Bürgermeisters der Stadt Aken u. der*

<sup>487</sup> Vgl. Matz 1969, S. 146.

<sup>488</sup> Vgl. Hornig, Erhard: Eine kleine Nachkriegs-Zeitung, 28.9.1985. Anlage zu einem Schreiben E. Hornigs a. d. Internationale Zeitungsmuseum der Stadt Aachen, Direktor Leppe, Bad Harzburg, 24.9.85 (im Besitz des Autors) sowie »Ein alter Zeitungsmann kehrt zurück« in: *Harzburger Zeitung*, 20.3.1985.

<sup>489</sup> Die Nummer 1 vom 9.6.45 enthält so ein Grußwort von Montgomery, dem Oberbefehlshaber der britischen 21. Heeresgruppe (vgl. *Amtliche Nachrichten der Behörden der Stadt Quedlinburg*, 9.6.45).

<sup>490</sup> Telefonauskunft Frau Lehmann, Stadt Aken, Archiv, 12.10.99.

<sup>491</sup> Vgl. *Schönebecker Zeitung*, 16.6.-21.6.45; *Schönebecker Nachrichten*, 23.5.-30.5.45; Wulfert 1949b.

<sup>492</sup> Vgl. Faber 1972, S. 72. – Nachdem der von den Amerikanern gegründete *Braunschweiger Bote* am 8.6.45 wegen Papiermangels schließen musste, erschien ab dem 26.6.45 eine Braunschweiger Ausgabe des *Neuen Hannoverschen Kuriers* (vgl. Matz 1969, S. 146). Ob diese Neuherausgabe erst durch die Papierrequirierungen beim Magdeburger Bekanntmachungsblatt und evtl. anderen Zeitungen ermöglicht wurden, konnte nicht geklärt werden.

*zuständigen Landgemeinden*, das nur unregelmäßig erschienen war und bis zum britischen Abzug lediglich auf drei Nummern kam, ein letztes Mal heraus.<sup>493</sup> Die letzte nachgewiesene Nummer der *Amtlichen Nachrichten der Behörden der Stadt Quedlinburg* datiert vom 20. Juni 1945.<sup>494</sup> Ob auch der *Weferlinger Anzeiger* um den 20. Juni herum geschlossen wurde, ließ sich nicht nachweisen. Die letzte nachgewiesene Nummer datierte hier bereits vom 12. Juni 1945.<sup>495</sup> Die Hintergründe für diese weitgehend zeitgleichen Schließungen ließen sich nicht abschließend klären. Vermutlich jedoch mussten die Zeitungen schließen, als die Briten wie in Magdeburg begannen, Verbrauchsmaterialien nach Westdeutschland zu schaffen.

#### 4.4.3 Titel- und Verlagstraditionen

Die unter den westalliierten Militärs erschienenen lokalen Nachkriegszeitungen weisen einige nach der bisher herrschenden Pressegeschichtsschreibung nicht zu erwartende Kontinuitäten auf. Eigentlich sollte es mit dem Kriegsende im deutschen Zeitungswesen zu einem totalen Traditionsbruch kommen.<sup>496</sup> Die Unterbrechung jeglicher Zeitungstradition gilt bislang in der Forschung als Teil einer umfassenden Umgestaltung der gesamten deutschen Presse. Dabei sollten alte Verlagsunternehmen geschlossen, aber auch der Stil und das Erscheinungsbild der Zeitungen erneuert werden. Um die Verbindungslinien zum nationalsozialistischen Pressesystem vollständig zu kappen, sei der Bann 1945 auch auf äußere Merkmale wie traditionelle Zeitungsnamen gefallen: »Engländer und Amerikaner wollten – selbst bei völliger Umwandlung – bisher bestehende Zeitungen nicht fortführen, sondern völlig neu anfangen.«<sup>497</sup> Dies schloss die Übernahme »alter Zeitungstitel« aus,<sup>498</sup> es sollten »überhaupt keine der bis dahin existierenden Zeitungstitel in die Nachkriegs-Zeitungslandschaft übernommen werden«,<sup>499</sup> selbst wenn die Nutzung schon lange vor der nationalsozialistischen Machtübernahme erfolgt war. Die Nachkriegszeitungen sollten grundsätzlich keine Namen führen, »die jemals in der deutschen Zeitungsgeschichte schon irgendwo erschienen« waren.<sup>500</sup> Dieser Bann habe auch für Zeitungsnamen gegolten, die international über ein großes Renommee verfügt hatten:<sup>501</sup> »Keine frühere deutsche Zeitung durfte wiedererscheinen, auch wenn sie 1933 eine zeitlang

<sup>493</sup> Telefonauskunft Frau Lehmann, Stadt Aken, Archiv, 12.10.99.

<sup>494</sup> Vgl. Bestandsinformationen IZM, [www.izm.de](http://www.izm.de).

<sup>495</sup> Vgl. Bestandsinformation IZM, [www.izm.de](http://www.izm.de).

<sup>496</sup> Vgl. etwa Schütz 1987, S. 67; Pürer/Raabe 1994, S. 92; Wilke 1999a, S. 16f.

<sup>497</sup> Eschenburg 1981, S. 143.

<sup>498</sup> Schütz 1987, S. 67.

<sup>499</sup> Pürer/Raabe 1994, S. 92.

<sup>500</sup> Liedke 1982, S. 39.

<sup>501</sup> Vgl. Mendelssohn 1982, S. 524.

kritisch geblieben war.«<sup>502</sup> Dieses ausnahmslose Verbot der Traditionspresse habe bis 1949 gegolten, »eine Rückkehr oder Wiederaufnahme älterer Titel gab es hier und da erst, als der alliierte Einfluß mit der Gründung der Bundesrepublik schwand«.<sup>503</sup>

Was für die ab August 1945 neu lizenzierten westdeutschen Zeitungen beschrieben ist, ließ sich für die ab April 1945 in Ostdeutschland von den Westalliierten genehmigte Presse hingegen in dieser Form nicht nachweisen: Viele der in Ostdeutschland verwendeten Zeitungsköpfe blickten auf eine längere Geschichte zurück. Anders als nach der bisherigen Auffassung von der westalliierten Pressepolitik zu erwarten gewesen wäre, war die Nutzung traditioneller Zeitungsnamen während der amerikanischen Besetzung Ostdeutschlands weit verbreitet (Tabelle 6). Selbst Namen von Zeitungen, die auch nach Auffassung der Eigentümer durchgängig NS-Propaganda betrieben hatten,<sup>504</sup> wurden nicht getilgt.

Zeitung	Ersterscheinen
<i>Mühlhäuser Anzeiger</i>	1775
<i>Bernburgische Zeitung</i>	1797
<i>Glauchauer Zeitung</i>	1802
<i>Nachrichten für Grimma</i>	1813
<i>Wurzener Tageblatt und Anzeiger</i>	1833
<i>Reichenbacher Tageblatt</i>	1833
<i>Auerbacher Zeitung</i>	1839
<i>Erzgebirgischer Volksfreund, Aue</i>	1847
<i>Naumburger Tageblatt</i>	1848
<i>Crimmitschauer Anzeiger und Tageblatt/Stadt und Landzeitung</i>	1848/1883
<i>Schönebecker Zeitung</i>	1854
<i>Treuener Tageblatt und Anzeiger</i>	1856
<i>Oelsnitzer Volksbote</i>	1864
<i>Zörbiger Bote</i>	1871
<i>Stadt- und Landzeitung, Calbe/Saale</i>	1875
<i>Mylauer Tageblatt und Anzeiger</i>	1875
<i>Elsterberger Nachrichten</i>	1875
<i>Allgemeiner Anzeiger, Langensalza</i>	1879
<i>Weferlinger Anzeiger</i>	1904
<i>Schönebecker Nachrichten</i>	1943
<i>Schönberg-Rehnaer Anzeiger</i>	1944

**Tabelle 6: Entstehungsdatum von mit westalliiertem Genehmigungsstempel erschienenen ostdeutschen Zeitungen.**<sup>505</sup>

Fast alle mit einem typischen Zeitungsnamen versehenen Mitteilungsblätter waren in einem der vorangegangenen Jahrhunderte gegründet worden. Der von der US-Armee in Mühlhausen

<sup>502</sup> Schölzel 1986, S. 12.

<sup>503</sup> Wilke 1999a, S. 16f.

<sup>504</sup> So das Urteil des Verlegers Fritz Neumerkel über seinen *Crimmitschauer Anzeiger*. (Fritz Neumerkel, Erklärung!, Crimmitschau, Juni 1945. Stadtarchiv Crimmitschau, o.Rep., Bl. 3).

<sup>505</sup> Eigene Zusammenstellung. Mediaangaben n.: Falk 1989d; Bernhard 1989, S. 46-49; Sperling <sup>59</sup>1935; Sperling <sup>60</sup>1937; Handbuch der Deutschen Tagespresse <sup>7</sup>1944.

erlaubte Name *Mühlhäuser Anzeiger* führte sich auf das Jahr 1775 zurück, die *Glauchauer Zeitung* auf das Jahr 1802, und der nach dem Krieg wieder aufgelebte Titel *Auerbacher Zeitung* erschien seit 1839. Auch die traditionellen Namen *Zöribiger Bote* und *Erzgebirgischer Volksfreund* (Aue) wurden unter der amerikanischen Besatzung wieder erlaubt. Ebenfalls mit amerikanischer, später mit britischer Erlaubnis wurde der Titel *Schönberg-Rehnaer Anzeiger* verwendet, dessen Tradition jedoch lediglich in das Jahr 1944 zurückreichte, als im Rahmen der nationalsozialistischen Kriegspolitik die *Mecklenburgische Post* aus Rehna mit dem *Schönberger Anzeiger* zusammen geschlossen wurde.<sup>506</sup> Bei den *Schönebecker Nachrichten* akzeptierte die US-Armee einen Namen, der als Lokaltitel allein die Tradition der nationalsozialistischen gauamtlichen Tageszeitung *Der Mitteldutschen* forttrug.<sup>507</sup> Der wenig später (nun unter britischer Militärverwaltung) verwendete Name *Schönebecker Zeitung* ging auf das Jahr 1854 zurück.<sup>508</sup> Dabei wurde als Einzelfall sogar ein Zeitungskopf verwendet, der zuvor noch den Hakenkreuzadler getragen hatte (Abb. 11, S. 96).

Die Kontinuität der Zeitungen zeigte sich nicht nur in den teilweise seit zwei Jahrhunderten vertrauten Namenszügen im Zeitungskopf, sondern auch in der fortlaufenden Jahrgangszählung und der bruchlosen Fortführung der Nummernzählung des häufig noch in der nationalsozialistischen Zeit begonnenen Zeitungsjahrgangs 1945. In Grimma waren die ersten 87 Nummern der *Nachrichten für Grimma* bis zum 15. April 1945 unter nationalsozialistischer Hoheit erschienen, um dann ab Nr. 88 am 23. Mai 1945 mit dem Untertitel ›Amtliches Verkündigungsblatt aller Behörden für den Landkreis und die Stadt Grimma - Mit Genehmigung der Militär-Regierung in Deutschland, Detachement 24‹ weiter zu machen.<sup>509</sup> Den *Mühlhäuser Anzeiger* zierte eine Doppelnummerierung aus neuer und alter Zeit. Die Zeitung startete nach der Genehmigung durch die US-Armee mit der Zählung ›Nr. 1(78)‹.<sup>510</sup> Die *Elsterberger Nachrichten* begannen nach der amerikanischen Genehmigung zwar ihre 84. Nummer des Jahrgangs 1945 mit der neuen Zählung ›Nr. 1‹, betonten aber durch die Beibehaltung der Angabe ›71. Jahrgang‹ ihre lange Tradition.<sup>511</sup>

<sup>506</sup> Vgl. Falk 1989d; Bernhard 1989, S. 46-49; Sperling <sup>59</sup>1935; Sperling <sup>60</sup>1937; Handbuch der Deutschen Tagespresse <sup>71</sup>1944.

<sup>507</sup> Siehe *Der Mitteldutsche/Schönebecker Nachrichten*, 11.4.45. Vgl. dazu auch ZDB 98/06, 111502f.

<sup>508</sup> Vgl. ›Der Zeitungskopf der Schönebecker Zeitung im Wandel. 75 Jahre Schönebecker Zeitung.« In: *Schönebecker Zeitung*, Jubiläumsausgabe, 1.10.1929. – Auflage 1939: 7462 (Mediadaten n. Sperlings <sup>61</sup>1939, S. 500).

<sup>509</sup> Mitteilung Stadtverwaltung Grimma, Stadtarchiv, Leiterin Frau Schön, 24.8.1998.

<sup>510</sup> Siehe *Mühlhäuser Anzeiger*, 28.4.45.

<sup>511</sup> Siehe *Elsterberger Nachrichten*, 2.6.45.





# Altenburger Echo

Nr. 1 / 15. Juni 1945

Mitteilungsblatt

Preis 20 Pfg.

der Amerikanischen Militär-Regierung und der Behörden des Stadt- und Landkreises Altenburg

## Erste Gesetze der Militärregierung

Mit dem Einmarsch der Truppen des Generals Eisenhower ist der Spuk nationalsozialistischer Gewalt herrschaft verfallen. Terror und Mord haben aufgehört, das deutsche Volk zu einem Volk von Sklaven zu machen. Endlich kann es wieder frei atmen und sein Haus nach seiner Art einrichten. Die Spitzel haben keine Macht mehr, ein ganzes Volk in Duckmäuser zu verwandeln, und aus Knechten werden endlich wieder freie Männer.

Die Schandgesetze zur Knebelung eines ganzen Volkes sind aufgehoben. Die Macht der Alliierten ist stärker gewesen als das hohe Gebäude nationalsozialistischer Verlogenheit.

Das erste Gesetz der Militärregierung lautet:

Um die Grundsätze und Lehren der NSDAP aus dem deutschen Recht und der Verwaltung innerhalb des besetzten Gebietes auszurotten, um für das deutsche Volk Recht und Gerechtigkeit wiederherzustellen und den Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz wiederherzustellen, wird folgendes verordnet:

### Artikel I.

1. Die folgenden nationalsozialistischen Grundgesetze, die seit 30. Januar 1933 eingeführt wurden, sowie sämtliche Ergänzungs- und Ausführungsgesetze, -Vorschriften und -Bestimmungen verlieren hiermit ihre Wirksamkeit innerhalb des besetzten Gebietes:

- a) Gesetz zum Schutz der nationalsozialistischen Symbole vom 19. Mai 1933, RGBl. I/285.
- b) Gesetz gegen die Unzufriedenheit von Parteimitgliedern vom 12. März 1933, RGBl. I/176.
- c) Gesetz über die Gleichstellung der Nationalsozialisten vom 12. März 1933, RGBl. I/176.
- d) Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniformen vom 20. Dezember 1934, RGBl. I/269.

f) Reichstaggengesetz vom 15. September 1935, RGBl. I/145.

g) Hitlerjugendgesetz vom 1. Dezember 1936, RGBl. I/933.

h) Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935, RGBl. I/146.

i) Erlaß des Führers betreffend die Rechtsstellung der NSDAP vom 12. Dezember 1942, RGBl. I/733.

j) Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935, RGBl. I/145.

2. Weitere nationalsozialistische Gesetze werden durch die Militärregierung zu dem in der Einleitung genannten Zweck außer Kraft gesetzt werden.

### Artikel II.

Nicht-Anwendung von Rechtsmitteln.

3. Kein deutscher Rechtsatz, gleichgültig wie und wann erlassen oder verkündet, darf durch die Gerichte oder die Verwaltung innerhalb des besetzten Gebietes angewendet werden, falls solche Anwendung im Einzelfalle (Unge rechtlichkeit und Unleichheit verursachen würde, indem entweder a) jemand wegen seiner Beziehungen zur NSDAP, zu deren Gliederungen, angeschlossenen Verbänden oder betrauten Organisationen bevorzugt wird, oder b) jemandem wegen seiner Rasse, Staatsangehörigkeit, seines Glaubensbekenntnisses oder seiner Gegnerschaft zur NSDAP und deren Lehren Nachteile zugefügt werden.

### Artikel III.

Allgemeine Auslegungsvorschriften.

4. Die Auslegung oder Anwendung des deutschen Rechtes nach nationalsozialistischen Grundsätzen, gleichgültig wann und wo dieselben kundgegeben wurden, ist verboten.

5. Entscheidungen der deutschen Gerichte, deutscher Amtsstellen und Beamten, oder juristische Aufsätze, die nationalsozialistische Ziele oder Lehren erklären oder anwenden, dürfen in Zukunft nicht mehr als Quelle für die Auslegung oder Anwendung deutschen Rechtes zitiert oder befolgt werden.

6. Deutsches Recht, das nach dem 30. Januar 1933 in Kraft getreten und in Kraft bleibt, ist so auszulagen und anzuwenden, wie es seinem einfachen Wortlaut entspricht. Der Gesetzeszweck und Auslegung, die in Vorprüfungen oder anderen Erklärungen enthalten sind, bleiben bei der Auslegung außer Betracht.

## PROKLAMATION Nr. 1

### An das deutsche Volk!

Ich, General Dwight D. Eisenhower, Oberster Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte, gebe hiermit folgendes bekannt:

I. Die Alliierten Streitkräfte, die unter meinem Oberbefehl stehen, haben jetzt deutschen Boden betreten. Wir kommen als ein siegreiches Heer, jedoch nicht als Unterdrücker. In dem deutschen Gebiet, das von Streitkräften unter meinem Oberbefehl besetzt ist, werden wir den Nationalsozialismus und den deutschen Militarismus vernichten, die Herrschaft der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei beseitigen, die NSDAP auflösen, sowie die grausamen, harten und ungerechten Rechtsätze und Einrichtungen, die von der NSDAP geschaffen worden sind, aufheben. Den deutschen Militarismus, der so oft den Frieden der Welt gestört hat, werden wir endgültig beseitigen. Führer der Wehrmacht und der NSDAP, Mitglieder der Geheimen Staatspolizei und andere Personen, die verdächtigt sind, Verbrechen und Grausamkeiten begangen zu haben, werden gerichtlich angeklagt und, falls für schuldig befunden, ihrer gerechten Bestrafung zugeführt.

II. Die höchste gesetzgebende, rechtsprechende und vollziehende Machtbefugnis und Gewalt in dem besetzten Gebiet ist in meiner Person als Oberster Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte und als Militär-Gouverneur vereinigt. Die Militärregierung ist eingesetzt, um diese Gewalt unter meinem Befehl auszuüben. Alle Personen in dem besetzten Gebiet haben unverzüglich und widerspruchlos alle Befehle und Veröffentlichungen der Militärregierung zu befolgen. Gerichte der Militärregierung werden eingesetzt, um Rechtsbrecher zu verurteilen. Widerstand gegen die Alliierten Streitkräfte wird unabsichtlich gebrochen. Andere schwere strafbare Handlungen werden schärfstens geahndet.

III. Alle deutschen Gerichte, Unterrichts- und Erziehungsanstalten innerhalb des besetzten Gebietes werden bis auf weiteres geschlossen. Dem Volksgerichtshof, den Sondergerichten, den SS-Polizei-Gerichten und anderen ausserordentlichen Gerichten wird überall im besetzten Gebiet die Gerichtsbarkeit entzogen. Die Wiedereröffnung der Tätigkeit der Straf- und Zivilgerichte und die Wiedereröffnung der Unterrichts- und Erziehungsanstalten wird genehmigt, sobald die Zustände es zulassen.

IV. Alle Beamten sind verpflichtet, bis auf weiteres auf ihren Posten zu verbleiben und alle Befehle und Anordnungen der Militärregierung zu befolgen. Die Beamten sind verpflichtet, die Interessen des deutschen Volkes zu wahren und auszuführen. Dies gilt auch für die Beamten, Arbeiter und Angestellten sämtlicher öffentlichen und gewerkschaftlichen Betriebe, sowie für sonstige Personen, die notwendige Tätigkeiten verrichten.

DWIGHT D. EISENHOWER

General Oberster Befehlshaber Alliierte Streitkräfte

CA/GI 19d

## Pflanzen ist das Gebot der Stände

In den Händen des Landvolkes liegt heute stärker denn je das Schicksal des deutschen Volkes. Der kommende Winter wird zur härtesten Prüfung für uns werden. Dem Prinzip gemäß, das die alliierten Mächte in erster Linie die Bevölkerung der ausgesaugten ehemaligen von Deutschen besetzten Gebiete versorgen müssen, wird für uns kein Zuschuß zur Versorgung zu erwarten sein. Wir sind auf uns selber angewiesen. Das heißt, daß wir nur von dem leben können, was wir selbst bauen.

Der Bauer trägt die Verantwortung für die Ernährung des gesamten Volkes. Von seiner Arbeit hängt es im entscheidenden Maße ab, ob Deutschland durch Hunger am Ende des Krieges versinkt werden soll oder ob es sich in Zukunft für die großen Aufgaben, die vor ihm stehen, erhalten soll. Die Zukunft liegt in seiner Hand. Das Schicksal von Frauen und Kindern hängt von seiner Arbeit ab.

Aber nicht nur der Bauer, die ganze Bevölkerung geht es an. Der Gärtner, der Kleingärtner, sie alle tragen ihren Teil Verantwortung. Keine Stelle, und sei es die kleinste, darf in diesem Sommer ungenutzt bleiben. Wo ein Fleckchen Erde sich zeigt, muß es bebaut werden. Wir wollen nicht Blumen, wir brauchen Kartoffeln. Wir können es uns fast nicht leisten, Obstplantagen anzulegen, die erst nach Jahren Früchte tragen. Schnell handeln, sachgemäß bebauen, das ist das, was wir brauchen. Unser Leben hängt von dem Boden ab.

Nützt die Abhilfe; wie vieles läßt sich verwerten, was sonst als unbrauchbar wegge- worfen würde. Kein Grasstängel darf verloren gehen, gibt es dem Kleinvieh, kein sandiger Fresser darf im Stall stehen. Das Kranke trägt mehr als es bringt, darum auch hier: Flieg! und hegt alles, was der Ernährung dient. Wir brauchen es, wollen wir selbst bestehen.

### Artikel IV.

Beschränkung von Strafen. 7. Anklage darf nur erhoben, Urteile dürfen nur verhängt und Strafen vollstreckt werden, falls die Tat zur Zeit ihrer Begehung ausdrücklich gesetzlich für strafbar erklärt war. Ahndung von strafbaren Handlungen unter Anwendung von Analogie oder wegen angeblich „gesunden Volksempfindens“ ist verboten.

8. Keine grausame oder übermäßig hohe Strafe darf verhängt werden. Die Todesstrafe ist abgeschafft für alle Verbrechen, die nicht bereits vor dem 30. Januar 1933 gesetzlich mit dem Tode bestraft wurden, es sei denn, daß die Militärregierung die Zustimmung zu deren Verhängung gegeben hat.

9. Die Verhängung der Haft über Personen, die nicht wegen einer bestimmten strafbaren Handlung angeklagt sind, und die Bestrafung von Personen ohne gesetzlich vorgeschriebene Strafverhandlung und Verurteilung sind verboten.

### Artikel V.

Strafen. 11. Jeder Verstoß gegen die Vorschriften dieses Gesetzes soll nach Schuldigsprechung des Täters durch ein Gericht der Militärregierung nach dessen Ermessen mit allen gesetzlich zulässigen Strafen und im Falle des Artikels IV mit Todesstrafe geahndet werden.

### Artikel VI.

Inkrafttreten. 12. Dieses Gesetz tritt am Tage der ersten Verkündung in Kraft.

Im Auftrage der Militärregierung.

Militärregierung — Kontrollgebiet des Obersten Befehlshabers.

## Gesetz Nr. 5: Auflösung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP)

Um der von der NSDAP errichteten Herrschaft von Gesetzlosigkeit, Terror und Unmenschlichkeit innerhalb des besetzten Gebietes ein Ende zu bereiten, wird hiermit verordnet:

1) Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei und die nachstehend verzeichneten Ämter, Organisationen und Einrichtungen werden aufgelöst und sind verboten in den vollen Umfang, in dem diese ihre Tätigkeit in dem besetzten Gebiet ausüben haben. Jegliche Tätigkeit seitens der Partei, der folgenden Ämter, Organisationen und Einrichtungen, vorbehaltlich der in § 5 getroffenen Ausnahmen, ist untersagt.

- 1. Partei-Kanzlei,
- 2. Kantel des Führers der NSDAP,
- 3. Auslandsorganisation,
- 4. Volkbund für das Deutschtum im Ausland,
- 5. Volksdeutsche Mittelstellen,
- 6. Parlamentarische Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums,
- 7. Reichsorganisationsleiter der NSDAP,
- 8. Reichsschatzmeister der NSDAP,
- 9. Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung,
- 10. Reichspropagandaleiter der NSDAP,
- 11. Reichsleiter für die Presse und Zentralverlag für die NSDAP. (Eber-Verlag),
- 12. Reichspresseschef der NSDAP,
- 13. Reichsamt für das Landvolk,
- 14. Hauptamt für Volksgesundheit,
- 15. Hauptamt für Kommunalpolitik,
- 16. Hauptamt für Beamte,
- 17. Beauftragter der NSDAP für alle Volksumfragen,
- 18. Rassenpolitisches Amt der NSDAP,
- 19. Amt für Sippenforschung,
- 20. Kolonialpolitisches Amt der NSDAP,
- 21. Außenpolitisches Amt der NSDAP,
- 22. Reichstagsfraktion der NSDAP,
- 23. Reichsarchivführung,
- 24. NSD.-Arztelbnd,
- 25. Hauptamt für Technik,
- 26. NS.-Bund Deutscher Techniker,
- 27. NS.-Lehrerbund,
- 28. Reichsbund der Deutschen Beamten,
- 29. Reichskolonialbund,
- 30. NS.-Frauenscharf,
- 31. NS.-Reichsbund Deutscher Schwestern,
- 32. Deutsches Frauenwerk,
- 33. Reichsstudentenführung,
- 34. NSD.-Studentenbund,
- 35. Deutsche Studentenschaft,
- 36. NSD.-Dozentenbund,
- 37. NS.-Rechtswahrerbund,
- 38. NS.-Altherrenbund der Deutschen Studenten,
- 39. Reichsbund Deutsche Familie,
- 40. Deutsche Arbeitsfront,
- 41. NS.-Reichsbund für Leibübungen,
- 42. NS.-Reichskriegerbund,
- 43. Reichskulturkammer,
- 44. Deutscher Gewerkschaftsbund,
- 45. Geheimne Staatspolizei,
- 46. Deutsche Jügerschaft,
- 47. Sachverständigenbeirat für Bevölkerungs- und Rassenpolitik,
- 48. Reichsausschuß zum Schutze des Deutschen Blutes,
- 49. Winterhilfswerk,
- 50. Hauptamt für Kriegsspieler,
- 51. NSKOV. (NS.-Kriegsspielerversorgung).

II) Die nachstehend verzeichneten Militär- und ähnlichen Organisationen, ihre Werkstätten, Ausbildungsmethoden und die zugehörigen Lagerhäuser werden halbmehrheitlich aufgelöst werden. Befehle, betreffend Personal und dessen Ausrüstung, werden von der Militärregierung erlassen werden. Bis zum Erlaß dieser Befehle haben alle hauptamtlichen Offiziere und Mannschaften auf ihren Posten in ihren Organisationen zu verbleiben. Anordnungen haben zu unterbleiben.

- 1. SA. (Sturmabteilungen) einschließlich der SA.-Wehrmannschaften,
- 2. SS. (Schutzstaffeln), einschließlich der Waffen-SS, des Sicherheitsdienstes und

Abbildung 12: Neugründung Altenburger Echo, 15. Juni 1945. 514

Fall ein gänzlich neuer Zeitungsname nachgewiesen werden, beim *Altenburger Echo* (Abb. 12, S. 97).<sup>515</sup> Das *Altenburger Echo* wurde im früheren Gebäude der nationalsozialistischen *Thüringer Gauzeitung/Altenburger Beobachter* erstellt.<sup>516</sup>

Die lange Tradition der Zeitungsnamen war nicht zufällig, sondern ging mit entsprechend langen Unternehmenstraditionen einher: Unternehmerische Kontinuitäten waren bei den untersuchten Zeitungen die Regel. Dies betraf auch jene Verlage, die schlichte amtliche Titel herausgaben. Fast alle Zeitungsverlage, die unter der amerikanischen und britischen Besatzung wieder arbeiten durften, hatte bereits vor dem Nationalsozialismus bestanden und das 3. Reich mehr oder weniger unbeschadet überlebt. Einige der Verlage hatten zwar nicht bis zum Kriegsende aber doch bis weit in den Krieg hinein Zeitungen produzieren können und wie die Buchdruckerei Th. Wulfert (*Schönebecker Zeitung*) erst aus kriegswirtschaftlichen Gründen Stilllegungsverfügungen bekommen oder waren an die NSDAP verkauft worden. Andere wieder zugelassene Verlage hatten unter einem Schutz des NS-Staates gestanden, der groß genug war, die Zeitungen trotz der Material- und Personalknappheit bis unmittelbar zum Einmarsch der westalliierten Truppen vor der Schließung zu bewahren. Trotz ihrer ununterbrochenen unternehmerischen Traditionen wurden nach dem Einmarsch der amerikanischen Truppen etwa der Verlag Reinhard Schmidt (bis Kriegsende *Burgstädter Tageblatt und Anzeiger*), der Limbacher Verlag F.G. Große (Kriegszeitung *Neues Tageblatt*), der Verlag Julius Pickenhahn (*Glauchauer Zeitung*), Edgar Herfurt & Co (*Leipziger Neueste Nachrichten*) oder der Verlag Friedr. Bode (*Nachrichten für Grimma*) von der Militärregierung erneut mit der Herausgabe von Zeitungen oder Bekanntmachungsblättern betraut. Unter diesen erneut aktiven Verlagshäusern waren renommierte Unternehmen wie die Magdeburger Faber-Verlag GmbH, die mit der bereits 1626 gegründeten *Magdeburgischen Zeitung* eine der ältesten deutschen Zeitungen verlegt hatte und die Geschichte des Druckhauses auf einen Gutenberg-Schüler zurückführte,<sup>517</sup> 1935 jedoch eine Kapitalbeteiligung der NSDAP akzeptiert hatte.<sup>518</sup>

Lediglich vereinzelt ließ sich die Arbeit von Betrieben nachweisen, die vor dem Krieg zum sozialdemokratischem Umfeld gehört hatten. Der Verlag Johann Friedrich Eilers, Erfurt, dem

<sup>515</sup> Siehe *Altenburger Echo* Nr. 1-5/1945.

<sup>516</sup> Mitteilung Stadt Altenburg, Kulturamt, Stadtarchiv, Frau Schmidt, 27.4.99; sowie Mediadaten in: Handbuch der deutschen Tagespresse 1937, S. 260.

<sup>517</sup> Vgl. Baron 1954, S. 1f. – Vgl. zur Verlagsgeschichte auch »Die »Magdeburgische Zeitung« erscheint wieder«, in: ZV+ZV Nr. 3/1954, S. 78.

<sup>518</sup> Vgl. Faber 1972, S. 71ff.

die US-Militärbehörden die *Amtlichen Nachrichten der Militärregierung für den Stadtkreis Erfurt und Landkreis Weisensee* übertrugen, hatte bis 1931 die sozialdemokratischen *Tribüne* verlegt.<sup>519</sup>

#### 4.4.4 Personelle Kontinuitäten

In der Literatur wurde die Verdrängung von Verlegern und Zeitungsmitarbeitern bislang als weitgehend kompromisslos beschrieben und davon ausgegangen, dass die Westalliierten alle Deutschen, die im NS-Staat bei Verlagen und Sendern gearbeitet hatten, aus den Medien fern halten wollten. »Ob Amerikaner, Franzosen, oder Engländer, in ihren Zonen verboten sie alle Zeitungen des Dritten Reiches, enteigneten die Altverleger und sprachen für die Journalisten im Dienste der Nazipropaganda ein Berufsverbot aus.«<sup>520</sup> Nach MEYN 1994 reichte bereits die einfache Mitarbeit im Mediensystem des Nationalsozialismus aus, um von der Beteiligung beim Presseneuaufbau ausgeschlossen zu sein: »Verleger und Journalisten, die während des nationalsozialistischen Regimes - auch wenn sie nicht Mitglieder der NSDAP gewesen waren - an einer legal erscheinenden Zeitung gearbeitet hatten, schieden von vornherein als Lizenzträger aus.«<sup>521</sup> Dieser Grundsatz habe nach SCHULZE 1995 für alle Deutschen gegolten, »auch wenn sie nachweislich gegenüber dem NS-Regime eine kritische oder ablehnende Haltung eingenommen hatten.«<sup>522</sup>

Von den Siegermächten habe sich die USA bei der Entnazifizierung nach HURWITZ 1972 besonders hervor getan. »Keine andere Besatzungsmacht legte so strenge Maßstäbe an.«<sup>523</sup> Auch die zentrale ostdeutsche Darstellung von GREUNER bescheinigte den USA eine kompromisslose Entnazifizierung der Medien. So seien nicht nur konservative Mitläufer, sondern auch Personen aus dem Kreis der Hitlerattentäter von der Zeitungswirtschaft ausgeschlossen worden.<sup>524</sup> Das Berufsverbot von Redakteuren und Verlegern sei von den USA auch dann noch ernst genommen worden, als es »für andere Bereiche praktisch außer Kraft gesetzt«<sup>525</sup> worden war. ESCHENBURG 1981 merkte einschränkend an, dass »dieses Prinzip [...] in der Praxis allerdings nicht immer durchgehalten« wurde.<sup>526</sup>

<sup>519</sup> Vgl. Mitteilung Stadtverwaltung Erfurt, Stadt- und Verwaltungsarchiv, Herrn Josef Metze, 3.8.1998. Für Mediaangaben vgl. Sperlings <sup>57</sup>1931ff.; Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>4</sup>1932ff.

<sup>520</sup> Vgl. Sütfeld 1998.

<sup>521</sup> Meyn 1994, S. 40.

<sup>522</sup> Schulze, 1995, S. 181.

<sup>523</sup> Hurwitz 1972, S. 40.

<sup>524</sup> Vgl. Greuner 1962, S. 61-64.

<sup>525</sup> Greuner 1962, S. 62.

<sup>526</sup> Eschenburg 1981, S. 149.

Anders als nach der Literatur zu vermuten, ging die Weiterverwendung alteingeführter Zeitungsnamen und die Weiterarbeit alteingesessener Verlage in Ostdeutschland regelmäßig einher mit personellen Kontinuitäten: Auch Verleger und Redakteure, die nach 1933 bei Tageszeitungen gearbeitet hatten, durften unter der amerikanischen und britischen Besatzungsherrschaft wieder tätig werden. Die westalliierte Pressepolitik zeichnete sich in Ostdeutschland durch eine nur sanfte Entnazifizierung aus. Eine politisch-erzieherische Vorgabe, wonach bereits eine einfache Mitarbeit im Pressewesen des NS-Staates einen Ausschluss aus den Medienarbeit verlange, gehörte offenbar nicht zum festen politischen Programm der Militärregierungen. Stattdessen kam es bei der Wiederherausgabe von Zeitungen zu personellen Kontinuitäten, wie sie für die eigentliche amerikanische Besatzungszone als undenkbar gelten: Bruchlos an ihre langjährigen Tätigkeiten anknüpfen konnten zum Beispiel die Verleger Reinhard Voigt vom *Crimmitschauer Anzeiger/Stadt- und Landzeitung* und der Verleger Werner Bode der *Nachrichten für Grimma*. Beide Verleger gehörten nicht zu den wirtschaftlichen Opfern des NS-Pressepolitik, beide Verleger mussten keinerlei Beeinträchtigungen wie Zeitungsschließungen oder Zwangsverkäufe erdulden. Auch der Verleger der *Glauchauer Zeitung*, Julius Pickenhahn, konnte weiter machen. Diese Unternehmer hatten im NS-Staat nicht nur als Unternehmer weiter arbeiten, sondern darüber hinaus auch als stellvertretende Chefredakteure weiter inhaltlichen Einfluss auf ihre Zeitungen ausüben können.<sup>527</sup>

Nur im Einzelfall ließen sich in den Verlagsleitungen personelle Wechsel nachweisen. Beim Bernburger Verlagshaus des J.K. Zweck von Zweckenburg führte als verantwortlicher Verlagsleiter nicht der Traditionsverleger Zweck die Geschäfte, sondern mit der Herausgabe der *Bernburgischen Zeitung* wurde der Drucker Alfred König betraut.<sup>528</sup> Der alteingesessene Verleger der Zeitung gehörte zu jenen, die einerseits nachweisen konnten, im NS-Staat Nachteile erlitten zu haben, war andererseits jedoch an führender Stelle als Verlegervertreter aktiv gewesen. Die Zeitung Zwecks, der *Anhalter Kurier*, erschien bis zum 31. März 1943,<sup>529</sup> bis 1944 war der Verleger zudem stellvertretender Vorsitzender der im Juni 1939 gegründeten »Arbeitsgemeinschaft der privateigenen Zeitungen« im Reichsverband der deutschen Zeitungsverleger. Diese offizielle Verlegerorganisation baute eine In- und Auslandsnachrichtenagentur (Dimitag) auf, bot den Mitgliedern betriebswirtschaftliche und -organisatorische Beratung und vertrat die verlegerischen Interessen bei der Staats- und Parteiführung. Der Verband wurde

<sup>527</sup> Zur beruflichen Funktion der Genannten vgl. die Mediaangaben in: Deutsches Handbuch der deutschen Tagespresse 71944, S. 183ff.

<sup>528</sup> Siehe Impressum, *Bernburgische Zeitung*, 30.6.45.

<sup>529</sup> Mediaangaben n: Handbuch der deutschen Tagespresse 71944, S. 86.

erst Ende September 1944 verboten.<sup>530</sup> Andererseits gehörte Zweck zu den diskriminierten Freimaurern und wurde nicht Mitglied der NSDAP.<sup>531</sup>

Die Genehmigung, die Arbeit fortzusetzen, erhielten jedoch nicht nur Verleger, die weitgehend unbeschadet die Zeit nach 1933 überstanden hatten, sondern teilweise schienen die Genehmigungen mit unterschiedlichen Graden der Wiedergutmachung verbunden gewesen zu sein. Dabei wurde NSDAP-Eigentum an neue Nutzer übergeben oder frühere Enteignungen korrigiert. Der Verleger des *Mühlhäuser Anzeigers*, Karl Kreßmann, der aus der Reichspressekammer ausgeschlossen und die Mehrheit der Zeitung an die NSDAP verkaufen musste,<sup>532</sup> bekam – eine Korrektur des erzwungenen Teilverkauf an die NSDAP – seine Zeitung zurück. Als Form von Entschädigung und Umgestaltung könnte auch die Beschlagnahme des Verlags des *Weißenfelsener Tageblattes* gesehen werden. Mit der Zwangsverwaltung wurde mit Ferdinand Fritz ein Redakteur beauftragt, der vor 1933 Mitglied der bürgerlich-liberalen Deutschen Demokratischen Partei gewesen war und der 1946 für die Liberal-Demokratische Partei in den Landtag von Sachsen-Anhalt gewählt werden sollte.<sup>533</sup> Fritz hatte Anfang der 30er Jahre beim *Weißenfelsener Tageblatt* als Redaktionsleiter gearbeitet. 1933 noch für die Redaktion verantwortlich, war er 1934 von seinem Posten abgelöst worden. Nach diesem Personalwechsel waren offenbar weitere typische ökonomische Repressalien der NSDAP gefolgt, die Ende der 30er Jahre schließlich zur vollständigen Übernahme des *Weißenfelsener Tageblattes* durch die NSDAP geführt hatten.<sup>534</sup> In Köthen/Anhalt dürfte eine kompensatorische Pressepolitik der örtlichen Behörden der Grund dafür gewesen sein, das Verlagshaus Paul Dünnhaupt mit der Herausgabe des *Amtlichen Nachrichtenblattes* zu beauftragen.<sup>535</sup> Dünnhaupts Zeitung, das *Köthener Tageblatt*, das 1934 noch über den Status eines amtlichen Kreisblattes verfügt hatte und

<sup>530</sup> Vgl. Hale 1965, S. 268. – Nach dem Krieg betonte Schmidt das konspirative Wirken dieser Arbeitsgemeinschaft (vgl. Presse in Fesseln 1947, S. 159ff.).

<sup>531</sup> Schreiben Fritz Schmidt, Verlagsberater, Berlin, an Eva Falk, Mühlhausen, 27.3.46, Akte DBuV 1947, Familienarchiv Falk, Wiesbaden. (Kopie)

<sup>532</sup> »Mein Vater war bestimmt nie ein Nazi, er war nie in einer Partei und ist auch nie eingetreten, aber er war auch kein Widerstandskämpfer, ganz bestimmt nicht, sondern er hat versucht den Betrieb zu erhalten. Und das kann man ihm natürlich heute auch zum Vorwurf machen. Also ein Opfer war nur ... er war ein Berufsoffer, aber kein Vermögens- oder Freiheitsopfer, oder an Leib und Leben. Er war nur ein Berufsoffer. Und es wusste jeder, dass er kein Nazi war.« (Auskunft Eva Falk, 2.12.1998.)

<sup>533</sup> Vgl. Tullner 21997, S. 97; Projektgruppe »Geschichte Mitteldeutschlands« 1999.

<sup>534</sup> Die 1813 gegründete bürgerliche Zeitung musste nach der Machtübernahme deutlich an Auflage abgeben, als in einem ersten Schritt ab 1934 eine Nebenausgabe der nationalsozialistischen *Mitteldutschen National-Zeitung* installiert wurde. 1936/37 wurde mit den ebenfalls der NSDAP gehörenden *Weißenfelsener Nachrichten* eine weitere Konkurrenz wurde eingerichtet. Die Auflage des *Weißenfelsener Tageblattes* sank im Zuge dieses Konkurrenzdrucks von 1932 bis 1937 um ein Drittel auf 9 000 Exemplare. Bei Kriegsbeginn war die Zeitung schließlich als »NS.-Zeitung für Weißenfels-Stadt und -Land innerhalb des Gaues Halle-Merseburg« vollständig in den Propagandaapparat der NSDAP aufgesogen worden (Mediaangaben n. Handbuch der deutschen Tagespresse 41932, S. 275, Sperlings 581933, S. 527; Handbuch der deutschen Tagespresse 51934, S. 189; Deutsches Handbuch der deutschen Tagespresse 61937, S. 183; Deutsches Handbuch der deutschen Tagespresse 71944, S. 53).

<sup>535</sup> Paul Dünnhaupt, Großbuchdruckerei und Verlag, Köthen (Anhalt). - Vgl. Impressum, *Amtliches Nachrichtenblatt*, Köthen, 24.5.1945.

die größte der drei örtlichen Tageszeitungen gewesen war, musste bereits am 31. August 1935 schließen.<sup>536</sup>

In einigen Städten wurde auf neues Redaktionspersonal zurückgegriffen. Beim *Nachrichtenblatt Rudolstadt* wurde mit Kurt Scheitler ein Redakteur und Herausgeber bestimmt, dessen Buchdruckerei und Formularverlag im Nationalsozialismus nicht im Zeitungsgeschäft nachzuweisen war und während des ersten Weltkriegs ein evangelisches Wochenblatt namens *Heimatglocken* verlegt hatte.<sup>537</sup> In Buttstädt wechselte beim Verlag Mitschke, der vor dem Krieg die *Abendpost* herausgegeben hatte, für die Nachkriegsgründung *Weimarer Landbote* der ehemalige Anzeigenleiter auf den Posten des Redaktionsleiters.<sup>538</sup> Auch die *Glauchauer Zeitung* bekam einen neuen Redaktionsleiter.<sup>539</sup> Ihr neuer Chefredakteur Fritz Peter Viemann ließ sich nicht in den Handbüchern der Kriegs- und Vorkriegszeit nachweisen,<sup>540</sup> und in Mühlhausen übernahm ein zufällig in der thüringischen Kleinstadt gestrandeter Beamter des Außenministeriums die Redaktion, der neu im Zeitungsgeschäft war.<sup>541</sup> In Grimma ließ sich ein Eingriff der amerikanischen Militärverwaltung nachweisen, bei dem ein aus einer jüdischen Familie stammender Jugendlicher einen Ausbildungsvertrag bekam: Nachdem er den Militärkommandanten von Grimma darum gebeten hatte, durfte der 15jährige Ralf Bachmann beim 1813 gegründeten Lokalblatt *Nachrichten für Grimma* sein Volontariat beginnen. Die Fürsprache der Besatzungsmacht führte in der Redaktion zwar zu Irritationen, weil in dem »Neuen, den die Amis geschickt hatten« die »Vorhut einer ganzen Militärredaktion« vermutet wurde.<sup>542</sup> Bachmann konnte jedoch die Grundlage für seine spätere Karriere als ADN-Journalist legen.<sup>543</sup>

Daneben bekamen Redakteure die Gelegenheit zur Weiterarbeit, die wie Erhard Hornig als belastet gelten mussten. Hornig war in seinem Berufsleben bis zum stellvertretenden Chefredakteur der Hauptausgabe der Magdeburger NS-Organ *Der Mitteldutsche* aufgestiegen und hatte in dieser Funktion eine größere Zahl von lokalen Nebenausgaben geführt.<sup>544</sup> Nach Einstellung der Kampfhandlungen war der NS-Journalist mit seiner Familie nach Quedlinburg gekommen, wo er vom amerikanischen Stadtkommandanten die Erlaubnis zur Zeitungs-

<sup>536</sup> Vgl. ZDB-ID 1173060-2.

<sup>537</sup> ZDB-ID 20058792.

<sup>538</sup> Mediadaten n. Handbuch der deutschen Tagespresse 61937, S. 261; *Weimarer Landbote*, Nr.1/o.D. [Juni (?) 1945].

<sup>539</sup> Vgl. *Glauchauer Zeitung*, 18.5.45.

<sup>540</sup> Vgl. *Glauchauer Zeitung*, 18.5.45ff.

<sup>541</sup> Auskunft Eva Falk, 2.12.1998.

<sup>542</sup> Bachmann 1995, S. 65.

<sup>543</sup> Vgl. dazu die Autobiografie von Ralf Bachmann (Bachmann 1995).

<sup>544</sup> Hornig, Erhard: Eine kleine Nachkriegs-Zeitung, 28.9.1985. Anlage zu einem Schreiben E. Hornigs a. d. Internationale Zeitungsmuseum der Stadt Aachen, Direktor Leppe, Bad Harzburg, 24.9.85 (im Besitz des Autors). Mediadaten n. Handbuch der deutschen Tagespresse 71944, S. 89ff.

gründung bekam.<sup>545</sup> Hornig musste zwar im Sinne der später umgesetzten Entnazifizierungspraxis als belastet gelten, fiel aber offenbar in Quedlinburg nicht auf. Nach seiner Flucht nach Westdeutschland durfte der Redakteur aufgrund seiner Belastung nur »literarisch« arbeiten und organisierte Kulturveranstaltungen. Erst 1949, »als die Tagespresse wieder voll erscheinen konnte, kehrte er mit Familie an die ›Zeitungsfront‹ zurück und übte seinen Beruf in Hamburg und anderen Großstädten wieder aus.«<sup>546</sup>

Zusammenfassend ließ sich feststellen, dass das Verlagsgeschäft unter der westalliierten Militärverwaltung weitgehend ohne einen geordneten personellen Neuanfang erfolgte. Zusammen mit ihren Unternehmen hatten auch viele Inhaber und Redakteure die nationalsozialistische Herrschaft halbwegs unbeschadet überstanden und bekamen nach dem Krieg weiter das Vertrauen ausgesprochen.

#### 4.4.5 Inhalte

Die ostdeutsche Nachkriegspresse verwies mit einer großen Bandbreite an Formen und Inhalten auf jene breite Palette von unterschiedlichen Positionen, die auch im Propagandastab der US-amerikanischen Armee vorhandenen waren: In der Abteilung für psychologische Kriegsführung hatte ein Dissens darüber bestanden, mit welchen Inhalten die Bevölkerung zu informieren, zu umwerben und zu beeinflussen sei. Die Positionen oszillierten zwischen Major Hans Habes Konzept einer Heeresgruppenpresse mit breiter kultureller, politischer und ökonomischer Berichterstattung und dem Konzept des Chefs des Propagandastabes, General McClure, der lediglich Befehle und Richtlinien veröffentlicht sehen wollte.<sup>547</sup> Über die richtige Strategie im Umgang kam es zu einem Streit, der jedoch nicht abschließend gelöst wurde. Das von HABE nach der Beendigung dieser inhaltlichen Divergenzen kolportierte »sportliche Unentschieden«<sup>548</sup> spiegelte sich so in der Uneinheitlichkeit der in den ostdeutschen Landkreisen entstandenen Presse wider: Schlichte Amtsblätter, die lediglich Befehle enthielten, erschienen neben umfassend berichtenden Zeitungen.

Mit ihren amtlichen Bezeichnungen und Titelzusätzen verwiesen die Zeitungen auf ihre wichtigsten Inhalte, nämlich Gesetze und offizielle Bekanntmachungen zur Wiederherstellung

---

<sup>545</sup> Vgl. Hornig, Erhard: Eine kleine Nachkriegs-Zeitung, 28.9.1985. Anlage zu einem Schreiben E. Hornigs a. d. Internationale Zeitungsmuseum der Stadt Aachen, Direktor Leppe, Bad Harzburg, 24.9.85 (im Besitz des Autors) sowie Ein alter Zeitungsmann kehrt zurück, *Harzburger Zeitung*, 20.3.1985.

<sup>546</sup> Ein alter Zeitungsmann kehrt zurück, *Harzburger Zeitung*, 20.3.1985.

<sup>547</sup> Habe 1977, S. 31.

<sup>548</sup> Habe 1977, S. 33.

von Recht und Ordnung. Mit dem Einmarsch der alliierten Truppen und dem Aufbau einer Militärverwaltung und -gerichtsbarkeit konnten eine Reihe von nationalsozialistischen Gesetzen aufgehoben und neue Gesetze in Kraft gesetzt werden. Diese Änderungen mussten publiziert und darüber hinaus Regelungen auf kommunaler Ebene veröffentlicht werden. Im Osten wie im Westen war in den Städten und Gemeinden jeglicher Informationsaustausch zusammengebrochen und durch den Austausch von Vermutungen ersetzt worden. »Vor allem die Kommunikation im örtlichen Bereich war erheblich gestört. [...] Zugleich bildeten Gerüchte aller Art eine zweifelhafte Informationsquelle für die ohnehin desorientierte Bevölkerung.«<sup>549</sup> Wie im Westen bestand in den besetzten ostdeutschen Ländern und Provinzen die Notwendigkeit, das öffentliche Leben zu stabilisieren und dabei direkt *vor Ort* Vertrauenswerbung zu betreiben sowie Ängste zu beseitigen.<sup>550</sup>

In Ostdeutschland hatten die Westalliierten bei ihrem Einmarsch ein besonders großes Chaos vorgefunden, das entsprechend große Anstrengungen zu seiner Bewältigung erforderte. Die Gebiete an Elbe und Mulde hatten sich bei Kriegsende in einer Mittellage zwischen der aus Osten heranrückenden Roten Armee und den aus Westen kommenden amerikanischen und britischen Truppen befunden. Beide Fronten, mehr aber noch die sowjetische, trieben eine große Zahl von traumatisierten Flüchtlingen sowie von Soldaten vor sich her.<sup>551</sup> Städte wie Magdeburg, Halberstadt, Dessau, Merseburg, Leipzig, Chemnitz und Dresden waren stark zerstört und die entwurzelte Bevölkerung auf das Land geflüchtet.<sup>552</sup> Die Nahrungsmittelversorgung war aufgrund der zerstörten Verkehrswege und fehlender (Zwangs-) Exporte aus den von Deutschen besetzten Gebieten unter das Kriegsniveau und erstmals deutlich unter das Existenzminimum gefallen.<sup>553</sup>

In dieser Situation war die Aufgabe der deutschen zivilen Behörden und der Militärregierungen, mit Anordnungen und Befehlen für die Stabilisierung der öffentlichen Ordnung zu sorgen,<sup>554</sup> besonders wichtig. Für die Militärregierung und die örtliche Zivilverwaltung bedeutete die Möglichkeit, Veröffentlichungen in Massenmedien bekannt geben zu können, eine starke Vereinfachung der Kommunikation mit der Bevölkerung. Nach der Wiedereinführung von Zeitungen konnte auf die umständliche Plakatierung verzichtet werden:

<sup>549</sup> Schütz 1987, S. 64.

<sup>550</sup> Anders als während des Krieges, als die staatlichen Strukturen weitgehend intakt waren, und anders auch als im amerikanisch-britischen Machtbereich fand sich in den Wochen des Zusammenbruchs des Deutschen Reiches in Ostdeutschland eine weitgehend paralytierte Bevölkerung, bei der die näher rückende Rote Armee nackte Angst und Selbstmordwellen auslöste (Foitzik 1999, S. 52ff.; 69; Henke 1995, S. 674ff.). Gerüchte wirken bei stark zunehmender Panik offenbar nicht mehr in Richtung einer kommunikativen Restrukturierung der Gesellschaft (Dröge 1970, S. 341f.), sondern - apokalyptisch aufgeheizt genug - fördern sie die Autoaggression wie alle anderen Medien.

<sup>551</sup> Vgl. Tullner 1997, S. 7f.; Foitzik 1999, S. 60ff.

<sup>552</sup> Vgl. Tullner 1997, S. 8.; Pötzsch 1998, S. 30f., Kleßmann 1991, S. 354, D8.

<sup>553</sup> Vgl. Abelshäuser 1975, S. 132ff.; Kleßmann 1991, S. 47ff.

<sup>554</sup> Vgl. Matz 1969, S. 45.



»Die Bekanntmachungen der Militärregierung, des Oberbürgermeisters und des Landrates werden in Zukunft in der »Bernburgischen Zeitung«, dem Amtsblatt der Stadt und des Kreises Bernburg, veröffentlicht. Ein öffentlicher Anschlag der Bekanntmachungen ist nicht mehr vorgesehen, es sei denn, daß besondere Umstände es erfordern sollten.«<sup>555</sup>

Gemäß dieser Funktion nahmen die Gesetze der Militärregierung bei einem großen Teil der Zeitungen einen breiten Raum ein. Viele der von den Amerikanern genehmigten Zeitungen enthielten in der ersten Nummer die »Proklamation Nr. 1 - An das deutsche Volk«, in der General Dwight D. Eisenhower als Oberbefehlshaber der gemeinsamen westalliierten Streitkräfte die Übernahme der Befehlsgewalt bekannt gab.<sup>556</sup> Auch andere für die Besatzungsverwaltung zentrale Gesetze<sup>557</sup> wie das Gesetz Nr. 1 über die Aufhebung der nationalsozialistischen Gesetze, das Gesetz Nr. 5 über die Auflösung der NSDAP oder das Gesetz Nr. 52 über die Sperrung und Beaufsichtigung von Vermögen von Nazis und Kriegsverbrechern wurden regelmäßig abgedruckt.<sup>558</sup>

Für die Bevölkerung war die Befolgung der großen Zahl neuer Gesetze nicht zuletzt deshalb wichtig, da eine Missachtung drakonische Strafen nach sich ziehen konnte. Die Einwohner der Städte und Gemeinden wurden deshalb aufgefordert, »die Bekanntmachungen und Hinweise dieses Mitteilungsblattes auf das Genaueste zu lesen und zu beachten. Verstöße gegen die hier veröffentlichten Bekanntmachungen werden durch die Amerikanische Militärregierung oder in deren Auftrag durch den Landrat nach den gegebenen Bestimmungen bestraft.«<sup>559</sup> Bei einer Missachtung von Gesetzen war die Militärgerichtsbarkeit auch befugt, Todesstrafen zu vollstrecken,<sup>560</sup> etwa im Fall von Plünderungen.<sup>561</sup>

Bestimmungen überregionaler Herkunft, die etwa die Aufhebung von NS-Gesetzen bekannt gaben, wurden ergänzt durch Verordnungen mit lokalem Gültigkeitsbereich, mit denen die konkreten Probleme vor Ort wie die Nahrungsmittelversorgung oder polizeiliche Regelungen geregelt werden sollten. Die lokalen Militärregierungen mussten das Einsammeln der Kriegswaffen organisieren oder Regelungen zur Versorgung und zu den Öffnungszeiten der Lebensmittelgeschäfte treffen. Für die Bevölkerung wichtig waren Befehle über die von Ort zu Ort abweichenden Sperrstunden und über Reisebeschränkungen sowie Anordnungen

<sup>555</sup> »Wir teilen mit«, in: *Bernburgische Zeitung*, 6.6.45.

<sup>556</sup> Abgedruckt etwa in *Nachrichten für Grimma*, 23.5.45, *Bernburgische Zeitung*, 6.6.45; *Altenburger Echo*, 15.6.45; *Schönebecker Nachrichten*, 23.5.45; *Amtliches Nachrichtenblatt der Stadt Greiz*, 21./22.4.45; *Mitteilungen der Zeulenrodaer Gemeindeverwaltung*, 4.5.45; *Glauchauer Zeitung*, 18.5.45. Der Aufruf stand ebenfalls im *Wurzener Tageblatt* v. 4.5.45 (vgl. Teich 1945, S. 55). Demgegenüber brachten die offensichtlich unter britischer Kontrolle erschienenen *Amtlichen Nachrichten der Behörden der Stadt Quedlinburg*, in der Nr. 1 vom 9.6.45 eine Botschaft des Oberbefehlshabers der eigenen britischen Teilstreitkräfte, Montgomery, vom 30.5.45.

<sup>557</sup> Zu den laut dem Handbook for Military Government in Germany, Dec. 1944 (Part I, Chapter IV) zu veröffentlichenden Gesetzen gehörte die Gesetze Nr. 1, 2, 4, 5, 6, 51, 52, 53, 76, 77, 161 sowie die Proklamation des Oberbefehlshabers.

<sup>558</sup> So etwa im *Amtlichen Nachrichtenblatt der Stadt Greiz*, 21./22.4.45 und in den *Schönebecker Nachrichten*, 23.5.45.

<sup>559</sup> »Zur Einführung!« In: *Mitteilungsblatt des Landkreises Limbach*, 2.6.45.

<sup>560</sup> Vgl. Henke 1995, S. 174.

und Hinweise zu der von der Zivilverwaltung organisierten Nahrungsmittelversorgung.<sup>562</sup> »Es gab einfach die Notwendigkeit, dass es amtliche Bekanntmachungen und ähnliches wieder gab.«<sup>563</sup> Die Gemeinden hatten Verordnungen zu verkünden, mit denen das Flüchtlingschaos zu regeln war. Wohnungsinhaber mussten etwa aufgefordert werden, den bei ihnen einquartierten Flüchtlingen eine Küchenbenutzung zu gewähren, und Anordnungen zum Mietwucher, der angesichts der Wohnungsnot grassierte, waren zu verbreiten.<sup>564</sup> In den Zeitungen fanden sich so z.B. Überschriften wie »In letzter Minute: Ausgehverbot«,<sup>565</sup> »Aufruf von Lebensmittelmarken auf die Zahlabschnitte der Lebensmittelkarten 76 für die Zeit vom 28. Mai bis 3. Juni 1945 (1. Woche der 76. Periode)« oder schlechte Botschaften wie »Rübenschnitzel für Kartoffeln«.<sup>566</sup>

Meist waren diese alliierten Befehle und Anordnungen oder kommunalen amtlichen Bekanntmachungen als reine Verwaltungs- oder Rechtstexte gesetzt, in Einzelfällen jedoch auch redaktionell bearbeitet.<sup>567</sup> Hintergrund der zumeist strengen juristischen Veröffentlichungsform war die offizielle Bedeutung der Zeitungen. Angesichts der drastischen Höchststrafen konnte eine genaue Kenntnis der Rechtstexte der Militärregierung Vorteile vor einer Paraphrasierung haben: Redaktionell bearbeitete Gesetzestexte hätten zwar wegen einer unter Umständen höheren Verständlichkeit den Lesern die Orientierung erleichtert, sie hätten dadurch jedoch ihre für juristische Zwecke notwendige Bindewirkung eingebüßt.

Abgesehen von ihrer gemeinsamen amtlichen Funktion waren die Zeitungen inhaltlich sehr unterschiedlich gestaltet. Ein Teil der Zeitungen beschränkte sich auf die Veröffentlichung der Verordnungen der Militärregierungen, Bekanntmachungen kommunaler Einrichtungen sowie Informationen von Versorgungsunternehmen und Kirchen. Zu diesem Zeitungstypus zählten etwa die *Schönebecker Zeitung*, das *Bekanntmachungsblatt für Burgstädt, Lunzenau, und Umgebung* oder das *Mitteilungsblatt des Kreises Limbach*.

<sup>561</sup> Vgl. dazu die »Warnung«, in: *Mühlhäuser Anzeiger*, 28.4.45.

<sup>562</sup> Vgl. Henke 1995, S. 93ff.

<sup>563</sup> Auskunft Eva Falk, (*Mühlhäuser Anzeiger*), Wiesbaden, 2.12.98. – Den hohen Wert der »für die Bevölkerung lebenswichtigen Mitteilungen über Lebensmittelzuteilungen und behördliche Anordnungen« bestätigen auch Richert et al. 1958, S. 85.

<sup>564</sup> Vgl. »Amtliche Bekanntmachungen! Nachrichtenblatt.« Der Bürgermeister, Schmalkalden, 26.4.45 (Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden, SM/1801).

<sup>565</sup> »In letzter Minute: Ausgehverbot«, in: *Bernburgische Zeitung*, 23.6.45.

<sup>566</sup> »Aufruf von Lebensmittelmarken auf die Zahlabschnitte der Lebensmittelkarten 76 für die Zeit vom 28. Mai bis 3. Juni 1945 (1. Woche der 76. Periode)« sowie »Rübenschnitzel für Kartoffeln«, jeweils in: *Elsterberger Nachrichten*, 2.6.45.

Alle Zeitungen enthielten gewerbliche und private Annoncen, alle Zeitungen betonten beim erstmaligen Erscheinen in ihren programmatischen Äußerungen in unterschiedlicher Gewichtung neben ihrer amtlichen Funktion auch die Orientierungsfunktion beim Neuaufbau: Das Mitteilungsblatt in Eckartsberga wollte »einer rein praktischen Aufgabe dienen. Es soll vermittelndes Organ zwischen Verwaltungsbehörde und der Bevölkerung sein und als solches Verständnis für die Maßnahmen einer unter alliierter Militärregierung arbeitenden Kreis- und Gemeindeverwaltung schaffen«.<sup>568</sup> In Quedlinburg sollte die Zeitung »sowohl der Militärregierung als auch der neuen Stadtverwaltung Quedlinburgs und des Quedlinburger Landkreises ein treuer Helfer sein [...] bei dem Wiederaufbau unseres Landes«.<sup>569</sup> Durch die Zeitung habe »jeder einzelne unserer Mitbürger schneller und besser erfahren können, welche Verordnungen zu beachten sind und was er selbst bei dieser Aufbauarbeit wird leisten können«.<sup>570</sup> Das Mitteilungsblatt aus Halberstadt wollte in seinen Spalten Wiederaufbauleistungen würdigen und zu weiteren Leistungen anspornen: »Wir sind also ab heute in der Lage, die bisher so schmerzlich vermißte engere Verbindung mit allen Kreisen der Bevölkerung unserer Stadt herzustellen, sie teilnehmen zu lassen an den wenn auch noch so geringen Fortschritten des Wiederaufbaues unseres öffentlichen Lebens, und sie in Kenntnis zu setzen von den Forderungen und Pflichten des Tages, die ein verbrecherisch geführter und verlorener Krieg uns allen auferlegt.«<sup>571</sup>

Den Befehlen zu folgen, zu schweigen und das Land wieder aufzubauen waren die zentralen Aufgaben: »Gehorche der Obrigkeit! Vermeide alles, was Mißtrauen erregen könnte.«<sup>572</sup> Da die westalliierten Besatzungsoffiziere anders als ihre sowjetischen Verbündeten<sup>573</sup> die politische Betätigung der Bevölkerung weitgehend unterdrückten,<sup>574</sup> mussten auch die Zeitungen zumeist auf Meinungsbeiträge verzichten. »Bis zur Wiedererlangung der Pressefreiheit wird hier kein Platz sein für die Austragung politischer Meinungsverschiedenheiten. Es wird nicht rückschauend zu erörtern sein, wie ganz anders die jüngste Vergangenheit hätte verlaufen müssen und können, sondern wir werden zum Unterschied zu den ewig Gestrigen offene

<sup>567</sup> So der Beitrag »Die Gerichte der Alliierten Militärregierung. Die Stellung des Angeklagten und seine Rechte.« In: *Amtliches Mitteilungsblatt des Stadtkreises Halberstadt*, 7.6.45. – Weitgehend redaktionell bearbeitet waren die Bekanntmachungen im *Mitteilungsblatt des Landkreises Lymbach*.

<sup>568</sup> »Zur Einführung«, in: *Mitteilungsblatt für das Militärgouvernement und den Kreis Eckartsberga*, 30.6.45.

<sup>569</sup> »Zum Geleit! Von Oberbürgermeister Dr. Faltz.« In: *Amtliche Nachrichten der Behörden der Stadt Quedlinburg*, 9.6.45.

<sup>570</sup> »Zum Geleit! Von Oberbürgermeister Dr. Faltz.« In: *Amtliche Nachrichten der Behörden der Stadt Quedlinburg*, 9.6.45.

<sup>571</sup> »An die Bevölkerung von Halberstadt«, in: *Amtliches Mitteilungsblatt des Stadtkreises Halberstadt*, 7.6.45. – Für die Überlassung einer Kopie danke ich Werner Hartmann, Halberstadt.

<sup>572</sup> »Für Dich!« In: *Mühlhäuser Anzeiger*, 28.4.45.

<sup>573</sup> Siehe dazu Kap. 5.4.3.

<sup>574</sup> Vgl. Henke 1995, S. 741.

Augen haben für die Gegenwart und trotz allem noch so großem Unglück den Blick hoffnungsvoll in die Zukunft richten.«<sup>575</sup>

Auch der Abdruck »seichter« Inhalte wurde teilweise verweigert.

»Das vorliegende Mitteilungsblatt wird in Hinkunft [...] der Bevölkerung die wichtigsten Anordnungen des Military Government, des Landrates sowie Mitteilungen der einzelnen Gemeinden über die Fragen bringen, die beim Neuaufbau des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens auftauchen. Zur Aufnahme von persönlichen Mitteilungen aus dem Kreise der Bevölkerung oder von unterhaltenden oder behelrenden Artikeln ist vorläufig keine Möglichkeit gegeben.«<sup>576</sup>

Die Bevölkerung bekam stattdessen erst einmal eine Besinnungspause verordnet: »Sinne frühzeitig nach, durch welche Mittel, durch welche vorteilhaften Einrichtungen künftigen Uebeln und Katastrophen vorzubeugen wäre.«<sup>577</sup> Das breite öffentliche Diskutieren und Entwickeln eigener politischer Vorstellungen oder gar eines von den britischen und amerikanischen Vorstellungen unabhängigen Demokratiekonzeptes war so im westalliierten Besatzungsgebiet nicht möglich.<sup>578</sup>

Da die ostdeutschen Lokalblättchen wie die amerikanischen Heeresgruppenzeitungen Vertrauen in die Besatzungsmacht wecken und mit einem Gefühl kollektiver Schuld die Grundlage für einen politischen Neuaufbaus legen sollten,<sup>579</sup> fanden sich in ihnen häufig die Motive »Vertrauen« und »Schuld«. Die *Amtlichen Nachrichten der Behörden der Stadt Quedlinburg* traten etwa mit ihrer ersten Nummer an, »das Vertrauen zu stärken zu denen, die berufen sind, die Grundlagen für eine bessere Zukunft zu schaffen.«<sup>580</sup> Das *Mitteilungsblatt für das Militärgouvernement und den Kreis Eckartsberga* aus Kölleda benannte die Anerkennung der Schuld an den NS-Verbrechen als Grundlage des Wiederaufbaus:

»Aus der Erkenntnis aller praktischen Notwendigkeiten der Verwaltungsarbeit aber soll der ernste Wille erwachsen, alle unsere Kräfte für den Wiederaufbau des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens der Heimat einzusetzen und dadurch dazu beizutragen, daß aus dem Trümmer- und Leichenfeld, das wir als entsetzliches Erbe der nationalsozialistischen Regierung antreten mußten, ein besseres deutsches Vaterland erwachsen kann.

Aus dieser Tiefe unserer vaterländischen Not, die ebenso geistiger wie wirtschaftlicher Natur ist, führt nur ein ehrliches Bekenntnis der Schuld, aus der wiederum nur ein Entschluß gefaßt werden kann:

Arbeiten und nicht verzagen.«<sup>581</sup>

Als Maßnahmen der Vertrauensbildung können Versuche gewertet werden, die amerikanische Kultur und Sprache zu vermitteln. Die *Nachrichten für Grimma* begannen einen regelmäßigen

<sup>575</sup> »Zum Geleit! Von Oberbürgermeister Dr. Faltz.« In: *Amtliche Nachrichten der Behörden der Stadt Quedlinburg*, 9.6.45.

<sup>576</sup> »Zur Einführung!« In: *Mitteilungsblatt des Landkreises Limbach*, 2.6.45.

<sup>577</sup> »Für Dich!« In: *Mühlhäuser Anzeiger*, 28.4.45.

<sup>578</sup> Vgl. Niethammer/Borsdorf/Brandt 1976, S. 635ff.

<sup>579</sup> Vgl. Matz 1969, S. 14ff.

<sup>580</sup> »Zum Geleit! Von Oberbürgermeister Dr. Faltz.« In: *Amtliche Nachrichten der Behörden der Stadt Quedlinburg*, 9.6.45.

<sup>581</sup> »Zur Einführung«, in: *Mitteilungsblatt für das Militärgouvernement und den Kreis Eckartsberga*, 30.6.45.

Sprachkurs, um bei der Kommunikation zwischen Bevölkerung und Besatzungsarmee zu helfen,<sup>582</sup> die *Elsterberger Nachrichten* bekamen als kulturellen Beitrag zur Verständigung von der amerikanischen Kommandantur die Erlaubnis zum Abdruck des Fortsetzungsromans »Jerry, der Insulaner« von Jack London (Abb. 13, S. 109).<sup>583</sup> Anfangs fand auch das Motiv der Rache und der Sabotage den Weg in die Editorials. Diese Themen spiegeln die Befürchtung der alliierten Truppen vor einem Widerstand der Zivilbevölkerung oder einer Guerillatätigkeit.<sup>584</sup> Der *Mühlhäuser Anzeiger* (Abb. 14, S. 111) rief deshalb anderthalb Wochen vor der Kapitulation zur Friedfertigkeit auf: »Nicht der ist der echte Sohn seines Volkes, der wegen empfangener Wunden sinnlose Rache sucht, sondern der ist es, welcher es von neuem und größerem Unglück bewahrt. Sabotageakte treffen letzten Endes Dein Volk!«<sup>585</sup>

Indem diese Zeitungen die Aufgabe betonten, Befehle, Anordnungen und Hinweise, aber keine Unterhaltung oder Berichte zu veröffentlichen, entsprach ihr Programm inhaltlich eher den Vorgaben des Chefs des US-Informationswesens, General McClure, nach dessen Vorstellungen lediglich Mitteilungen und Richtlinien zu veröffentlichen waren.<sup>586</sup> Die Veröffentlichung von Richtlinien und Befehlen reichte jedoch nicht aus, um die Bevölkerung zu lenken, weshalb sich die kommunalen Militär- und Zivilverwaltungen selten auf die Veröffentlichung schlichter Befehle beschränkten.

Angesichts des totalen Zusammenbruchs und der Desorientierung, die der Krieg in vielen Köpfen hinterlassen hatte, stand die Militärverwaltung vor allem vor der Aufgabe, in der Bevölkerung überhaupt erst einen Willen zum Ärmelaufkrepeln und wirtschaftlichen Neubeginn zu erzeugen, den ein großer Teil der Bevölkerung verloren hatte.<sup>587</sup> Die Militärregierung hatte bereits vor Kriegsende darauf hingewiesen, dass Deutschland keine Nahrungsmiteinfuhren erhalten könne, sondern aus eigener Kraft Hungersnöte zu vermeiden und Wohnraum zu schaffen habe. Eine der Militärregierung zugegangene Handlungsanweisung verbot der Armee die Beteiligung an einem wirtschaftlichen Wiederaufbau und gab vor, dass Hilfsgüter lediglich soweit geliefert werden sollten, dass keine Seuchen und Unruhen entstünden.<sup>588</sup> Für die Bevölkerung war es deshalb doppelt wichtig, die Passivität zu überwinden und die Beseitigung der Probleme in die eigene Hand nehmen.<sup>589</sup>

<sup>582</sup> Siehe etwa *Nachrichten für Grimma*, 23.5.45.

<sup>583</sup> Siehe etwa *Elsterberger Nachrichten*, 30.6.45.

<sup>584</sup> Vgl. Henke 1995, S. 160ff.

<sup>585</sup> »Für Dich!« In: *Mühlhäuser Anzeiger*, 28.4.45.

<sup>586</sup> Vgl. Habe 1977, S. 31f. – Zur Psychological Warfare Division McClures vgl. auch Henke 1995, S. 299ff.

<sup>587</sup> Zur Verfassung der Bevölkerung siehe Kap. 3.1.

<sup>588</sup> Vgl. Henke 1995, S. 118.

<sup>589</sup> Vgl. Matz 1969, S. 59.

# Elsterberger Nachrichten



Amthliches Mitteilungsblatt

Das Mitteilungsblatt erscheint nach Bedarf. Es enthält die Verordnungen und Bekanntmachungen der amerikanischen Militär-Regierung, des Landrates des Kreises Blauen, des Bürgermeisters der Stadt Elsterberg und der Bürgermeister in Dohndorf, Pansdorf, Tremnitz, Nohwitz, Kleingera, Coschütz-Feldwiese, Scholas, Losa, Eunsdorf, Görshitz und Zeiningen.

Nr. 9

30. Juni 1945

71. Jahrgang

## Das Antlitz der Tat

Mugenzeugenbericht vom Besuch im Konzentrations-Lager Buchenwald bei Weimar

3. Fortsetzung.

Aber es ist gewiß so. Einige von unseren Teilnehmern vermögen dieser Analyse die Gewißheit nicht abzusprechen. Am eigenen Leibe haben sie die „segensreichen Taten der nationalsozialistischen Revolution“ in ihrer ganzen Erbarmungslosigkeit über Jahre hinaus ertragen. Dennoch sind auch sie davon überzeugt, daß ihr Leidensweg unvergleichbar leichter zu tragen war als das Opfer dieser Menschen, die in den Konzentrationslagern zu Millionen von den eigenen Volksgenossen unter den schlimmsten Mißhandlungen in den Tod getrieben und hingeschlachtet wurden. „Im Lager Auschwitz waren es allein 3500000 Menschen, die auf gemeinste Art gemordet wurden“, sagt uns unser Freund während seiner Führung.

Warum wundert ihr euch immer noch, daß solche erlesene künstlerische Stücke in diesen Wohnungen vorhanden sind? Es gab hier keine Unmöglichkeiten. Wenn auf irgend einem Gebiet die benötigte Spezialkraft nicht gleich erreichbar war, so genügte ein Telefongespräch mit der Gestapo und in längstens drei Tagen war der Mann dann da, jeder Wunsch konnte erfüllt werden“, so lautet seine uns kaum faßbare Erklärung. Darum also in den Lagern Künstler jeden Genres, Gelehrte und Doktoren jeder Fakultät. Nur zu leicht war es ja im „einigen Deutschland“, das schwarze Schaf aus der Herde herauszufinden. Wer jemals Gelegenheit gehabt hat, den Apparat der nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei aus der Nähe zu beobachten, dem leuchtet auch ein, warum eine solche Schande am deutschen Arbeiter und am deutschen Volk solche Ausmaße annehmen konnte. — Die ehemaligen Häftlinge aus dem Konzentrationslager Buchenwald haben ihre Peiniger aus diesen Wohnstätten vertrieben und versuchen hier mit ihren zum Teil aus ihrer Heimat eingetroffenen Angehörigen auszurufen von den Strapazen und den an ihnen begangenen Qualereien. Niemand von uns empfindet Mitleid mit den Menschen, die endlich eine Strafe traf, von der wohl jeder sagen kann, sie ist reichlich verdient. Millionen Menschen, unschuldig am Kriege und seinen Begleitergebnissen, haben ihre Heimstätten fluchtartig verlassen müssen. Sie entbehrten über Wochen, Monate und Jahre hinaus das Nötigste zum Leben. Wir alle sind ja Zeuge gewesen dieses grenzenlosen Elends und Leids auf den Landstraßen hinter der Front.

Wir haben die Trecks durch unsere Stadt ziehen sehen, geht von einem Ort zum anderen, die Pferde müde und abgeradert, die Wagen notdürftig beladen mit der letzten Habe und die Menschen, zumeist Mütter mit ihren Kindern, alte Männer und Frauen mit grauem Haar, mit dem Schicksal hadern und verzweifelt in die Zukunft schauend. Wer hat von uns und von Euch wohl nicht einmal darnach gefragt bei diesen Heimatlosen, warum sie nicht geblieben seien in ihrer Heimat, auf ihrer Scholle? Es war ja immer die gleiche Antwort: „Das Dorf, die Stadt mußte geräumt werden. Wer nicht gutwillig den erlassenen Befehlen nachkam, wurde von der SS. zwangsweise evakuiert“. Es wird wenig Menschen gegeben haben, die angesichts solcher Massentransporte in die „rückwärtigen Gebiete“ mit den davon Betroffenen kein Mitleid fühlten und geholfen haben, diese Not

nach Kräften zu lindern. Für die Männer der SS. aus dem Lager Buchenwald und ihre Angehörigen betrachten wir die Tatsache erfolgter Evakuierung jedoch nur als zu gerecht.

Das uns übermittelte Material über die entsetzlichen Vorgänge im Lager Buchenwald wird in seiner Gesamtheit restlos durch atemmäßige Berichte aus der Zeit des Geschehens erhärtet. Ganze Stapel von Beweismaterial wurden zusammengetragen und nur einiges davon zum Gegenstand der Erörterung gemacht.

Wir müssen uns beherrschen und uns auch wirklich Mühe geben, all das Unerbärliche in uns aufzunehmen, was mit dem einen Wort „Konzentrationslager“ an Grausamkeiten und Un-

Die amerikanische Militärregierung, Kommandantur Elsterberg, erteilte auf Antrag Genehmigung zum Abdruck des Romans

## Jerry, der Insulaner

von Jack London.

Der Schriftsteller Jack London ist gewiß vielen deutschen Menschen bekannt. Bis zum Jahre 1933 waren seine literarischen Erzeugnisse wertvoller Bestandteil öffentlicher und privater Büchereien. Der „Kampf“ nationalsozialistischer Maulhelden und die Maßnahmen ihrer Regierung gegen die Freiheit in Wort, Schrift und Rede, verbannte die Werke Jack Londons aus allen öffentlichen Bibliotheken. Mit anderen lesenswerten Büchern fanden auch Jack Londons wunderbar geschriebene Geschichten und Romane ihr Ende in Deutschland auf öffentlichen Scheiterhaufen und bei der Altpapierverwertung.

Der Roman Jack Londons, „Jerry der Insulaner“, bringt unseren Lesern Einblicke in eine andere Welt, in der ihnen nicht nur die Liebe zum Menschen, sondern auch die Liebe zum Tier und zur Natur in eindringlicher Weise vor Augen geführt wird. Die Veröffentlichung erfolgt in laufenden Fortsetzungen in unserer Ausgabe „Amthliches Mitteilungsblatt“ Elsterberger Nachrichten.

menslichkeiten verbunden gewesen ist. Aber denen, die da meinen, es gäbe ein Mehr an Schreuslichkeiten nicht, sei im folgenden bewiesen, daß sie irren. Wer kennt nicht den „Schriftsteller“ Karl May? Von der NSDAP. und ihrer Schrifttumskammer, vom großen Goebbels an bis hinunter zum kleinen Propagandawalter und Schulungsleiter stets verherrlicht und gepriesen als der wirklich beste und befähigste Mann, die deutsche Jugend zu kühnen und mutigen Kämpfern zu erziehen? Wir alle kennen ihn mit seinen Schmökern, mit seinen Räuberpistolen über „Old Shatterhand“ und „Winnetou“, seinen abenteuerlichen Reifgeschichten

Fortsetzung auf der 4. Seite des Hauptblattes.

Abbildung 13: Elsterberger Nachrichten, 30. Juni 1946.<sup>590</sup>

# Mühlhäuser Anzeiger

Amtliches Nachrichtenblatt für den Stadt- und Landkreis Mühlhausen i. Thür.

Bezugpreis monatlich 80 Pfg. einzahl. Trügergebühren bei wöchentlich zweimaligem Erscheinen, Einzelnummer 10 Pfg.

Erscheint mittwochs und sonntags  
Druck- und Verlag: Deutscher Buchverlag und Verlagsgesellschaft, Mühlhausen i. Thür.

Anzeigenpreis: je mm (45 mm breit) 18 Pfg. - Ziffergebühren: 20 Pfg. - Geschäftsanzeigen: Herrensatz, 20 und Kleinsatz, 1

181. Jahrgang

Sonnabend, den 28. April 1945

Nr. 1 (78)

## Für Dich!

Ein Haus, erfüllt von der alles verzehrenden Flamme, wird aus Feuersturm und Not gerettet durch die Unerschrockenheit derer, die mit männlicher Entschlossenheit wußten, was sie zu tun hatten, und nicht durch die, welche mit blauen Wangen die andere erschreckten und nur sich selbst retten wollten. Der Mann der Feuerwehrtrettel in solchen Ausdrücken suchte nicht darüber, ob er durch sein Eingreifen Rang und Titel erwerben könnte, sondern er tat einfach seine Pflicht, denn sonst wäre der Untergang aller entschieden. Diese Pflichterfüllung aber entspringt aus der Liebe zu denen, für deren Erhaltung er seine besten Kräfte opfert; alles Leid wird nur erträglich, wenn jeder daran mit trägt. Es kann nur geändert werden, wenn auch Du mit Herz, Mut und Entschlußkraft dagegen tröstest. Die Stadt, das Dorf, der Ort, wo die Deinen sind, fordert die Liebe aller Einwohner. Wer wird über seine Heimat Gelahr bringen wollen? Ihr Untergang wäre Dein eigener.

Welches sind die Forderungen der Gegen-

wart? Ein Christ wird bereit sein, die zu erfüllen. Vertraue auf Gott! Dieser Glaube muß Deinen Mut emporklimmen, daß Du zu christlicher Tat Hülfe wirst. Vertraue auf Gott! Denn wir waren Zeugen, wie Menschenmacht zusammenbrach. Nur ER, nicht Sterbliche sind die Lenker des Schicksals. In allem was geschieht, mag es auch noch so schmerzhaft für uns sein, erblicke Gottes Fügung und Schickung!

Gehorche der Obrigkeit! Vermeide alles, was Mißtrauen erregen könnte. Tränen sind genug geflossen. Erhalte Dir die Hoffnung, unterdrücke alle Gerichte, die des Mut niederschlagen und vermehre nicht die allgemeine Trostlosigkeit durch unbesonnenen Reden. Sei ein Mann in der Deu behalte Dich als Christ in den Schwierigkeiten des Lebens! Sei dankbar, daß hier Stadt und Land von der Zerstörung des Krieges verschont blieben!

Sinne frühzeitig nach, durch welche Mittel durch welche vorrätigen Einrichtungen künftigen Uebeln und Katastrophen vorzubeugen

wäre. Telle Deine Wünsche und Vorschläge anderen Rechtschaffenen und Bereuerten mit! Diejenige Not ist halb besetzt, die Du kaltblütig voraussetzt und zu deren Erleichterung Du Dich rätst.

Nicht der ist der echte Sohn seines Volkes, der wagen empfangener Wunden sinnlose Rache sucht, sondern der ist es, welcher es vor neuen und größeren Unglück bewahrt. Sabotageakte treffen letzten Endes Dein Volk!

Sei Deinen Mitbürgern ein Beispiel großmütiger Aufopferung! Übernimme die Lasten, die Dir auferlegt werden und trage sie zur Beschirmung des Ganzen.

Deine Seele sei größer als das Unglück! Triff mit festem Vertrauen und unerschütterlichem Glauben an Gottes Gerechtigkeit mutig in das Leben hinaus und wehne freudig Deine letzte Kraft der Not der Brüder, die da leiden und Deiner Hilfe bedürfen.

Nur der Richter aller Weisen richtet mit Gerechtigkeit! Jedem wird ER einst vergelten, wie er lebt in dieser Zeit.

Überlass IHM das Gericht, richte Du den Nächsten nicht!

## Aufruf

An die Bevölkerung Deutschlands!

Eure Regierung ist nun unter der Kontrolle der Alliierten Militärregierungen!

Die folgenden Befehle müssen peinlich befolgt werden:

1. Deutsche Militärangehörige müssen sich selbst durch den Bürgermeister der Militärbehörde stellen.
  2. Sabotageakte oder Angriffe gegen die Alliierten Armeen werden mit dem Tode bestraft.
  3. Auf Rauben und Plündern von Militär- oder Zivilgut und von Waren steht die Todesstrafe.
  4. Brutale oder gewaltsame Handlungen oder irgendwelche Ungerechtigkeiten gegen Angehörige anderer Länder werden streng bestraft. Den Angehörigen anderer Länder wird der Vorrang und die Präsenz der Militärregierung gegeben.
  5. Deutsches Zivilleben ist zu verbieten, in irgend einer Weise mit den Soldaten der Alliierten zu verkehren.
  6. Die Militärregierung hat die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten durch zuständige Zivilpersonen gestattet. Befolgen Sie sorgfältig die Instruktionen der eingesetzten Führer und der Polizei.
  7. Keine Assemblagen von mehr als 5 Personen ist gestattet, ausgenommen für Gottesdienste unter der Autorität der Kirche, die von der Militärregierung anerkannt ist.
  8. Blockieren Sie nicht die Hauptstraßen! Oben Sie nur aus, wenn es nötig ist und geben Sie niemals weiter als 6 km.
  9. Versuchen Sie nicht mit Personen außerhalb der Stadt im verkehr!
  10. Die Regierung der Nazis ist nie länger zu unterstützen.
- Folgen Sie nur den Befehlen der Militär- und der Instruktionen der jeweiligen öffentlichen Angelegenheiten.
- Mühlhausen i. Thür., den 16. April 1945  
Am Befehl der Alliierten Militärregierungen

## Anordnung

über die Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen im Stadt- und Landkreis Mühlhausen i. Thür.

§ 1 Als bewirtschaftet im Sinne dieser Anordnung gelten:

1. Brot und Mehl
2. Kartoffeln
3. Fleisch und Fleischwaren
4. Milch, Milchzucker, Käse, Eier, Fett
5. Eier
6. Zucker, Marmelade
7. Hülsenfrüchte, Gransen, Gerste, Getreide u. d. Nahrungsmittel
8. Kaffee-Ersatz, Kaffee, Tee, Kakao
9. Tierische und pflanzliche Futtermittel jeder Art.

§ 2 Die im § 1 aufgeführten Lebensmittel und Futtermittel gelten als beschlagnahmt. Die Beschlagnahme hat die Wirkung, daß ihre Veräußerung nur mit Zustimmung bzw. auf Grund einer Bezugsberechtigung der entsprechenden Stellen möglich ist.

§ 3 Personen und Betriebe, die landwirtschaftliche Produkte erzeugen, sind im Sinne dieser Anordnung als Erzeuger zu bezeichnen. Die Erzeuger sind verpflichtet, die Erzeugnisse in den Mengen, die im Falle der Ablieferungspflicht und dem zum Verkauf von Nahrungs- und Futtermitteln ermächtigt sind, anzuwenden. Der direkte Verkauf an den Verbraucher ohne besondere Bezugsberechtigung ist verboten. Milch ist grundsätzlich an die Molkefabrik abzuliefern. Zur Herstellung von Landmilch muß eine besondere Genehmigung vorliegen. Eier sind an die Eierammlstelle abzuliefern.

§ 4 Der Verbraucher, der auf den Bezug von Nahrungs- und Futtermitteln angewiesen ist, kann diese nur gegen Bezugsberechtigungen (Lebensmittellisten, Berechtigungsscheine usw.) beim Einzelhandel beziehen. Die Bezugsberechtigungen werden vom Ernährungsrat ausgeben. Der unmittelbare Einkauf beim Erzeuger ist verboten.

§ 5 Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnungen werden streng bestraft.

§ 6 Nähere Ausführungsanweisungen folgen.

Mühlhausen i. Thür., den 16. April 1945  
Der Leiter des Stadt- und Landkreises  
Preuß, Bürgermeister  
Die Militär-Regierung  
D. F. Carey, Major FA.

## Warnung

Wer plündert, wird mit dem Tode bestraft!
Looting forbidden
Wie plündert, wordt met den dood gestraft
Celui qui pille sera condamné à mort
Il sechoggiatore viene punito colta pena di morte
Kdor pleni, bude kaznovan smrtju
Pleniati a drancovani se testa smrti
Tho bude pljackao bit će kažnjen smrću
Kto rabuje, ten bedže akazany na smičec

## Aufruf an die Bevölkerung in Stadt und Land!

Die Bevölkerung muß dankbar sein, daß die Stadt kein Trümmerhaufen ist und die Dörfer nicht in Schutz und Asche liegen. Es gilt jetzt alles zu tun, die Anordnungen zu befolgen, denn Sicherheit ist zugesagt und das Privatigentum wird geschützt, soweit es die Kriegsmassnahmen irgend ermöglichen.

Wir erwarten, daß jedermann seine Schuldigkeit tut. Zeigt Euren guten Willen, daß Ihr aufbauen und nicht zerstören wollt! Halte die Hauptstraßen frei und hindere nicht den Verkehr! Mütter, achtet auf Eure Kinder, damit sie nicht in Gefahr kommen! Sabotageakte in Wort oder Tat bringen das größte Unglück über Euch. Die Militärregierung wünscht, daß sofort die Ordnung wieder hergestellt. Es wird alles nur mögliche für die Lebensbedürfnisse der Bevölkerung getan werden.

Dieses ist eine schwere Aufgabe und die Mitarbeit eines jeden einzelnen wird erwartet.

Wir bedauern aussprechen zu müssen, daß Plünderungen vorgekommen sind. Darauf steht die Todesstrafe.

Plünderungsgut jeder Art muß sofort auf der Polizei abgegeben werden. Derjenige, der es zurückbehält, wird nicht bestraft werden, derselbe aber, der es behält, hat schwerste Strafen zu erwarten. Keine andere Obrigkeit als die Militärregierung hat das Recht zu befehlen. Gott helfe uns allen in der Arbeit für das Wohlergehen der Bevölkerung!

- Die von der Militärregierung eingesetzten verantwortlichen Leiter sind:
- Der Leiter des Stadt- und Landkreises: Herr Bürgermeister E. Preuß
  - Der Leiter der Polizei für den Stadt- und Landkreis: Herr A. Wegener
  - Als Leiter der Kirchen: Herr Superintendent Berger für die evangelische Kirche; Herr Dechant Ruppel für die katholische Kirche; Herr Direktor des Stadtkrankenhauses; Herr Dr. med. Raeschke
- Mühlhausen i. Thür., 16. April 1945.

Die Militärregierung  
Major D. F. Carey.

## Bekanntmachung für den Land- und Stadtkreis Mühlhausen i. Thür. Herr Rudolf Janson

aus Höggeda i. Thür., übernimmt mit dem heutigen Tage die Befugnisse als Landrat für den Landkreis Mühlhausen i. Thür.

Mühlhausen i. Thür., den 28. April 1945.

Die Alliierte Militärregierung.

- Bekanntmachung**
1. Die Personen im Stadtgebiet Mühlhausen, die zur Zeit ohne Beschäftigung sind, wollen sich ab 11. April 1945, vormittags im Rathaus, Untere Ratsstraße 4, Mindergebäude, eine Treppe, Schwanensaal, melden.
  2. Jeder Eigentümer eines Grundstückes an einer Straße ist verpflichtet, die angrenzenden Teile der Straßen — mögen begehrt oder ungepflastert sein — insbesondere den Gehweg, den Rinnstein bis auf die Sohle, die Einflußöffnungen der Straßenkanäle sowie die Fahrbahn bis zur Mitte jeden Mittwoch und Sonnabend zu reinigen und nach jeder Reinigung den Urat sofort beseitigen zu lassen. In besonderen Fällen ist sofort zu reinigen.
  3. Müllabfuhr und Einsammlung der Küchenabfälle erfolgen weiter wie bisher.
  4. Die Lebensmittel werden durch das Ernährungsamt bewirtschaftet, das bezieht sich besonders auf die Ablieferung von land-

## Aufruf

Auf der Polizeiwache sind sofort abzugeben:

1. Waffen jeder Art
  2. Hakenkreuzfahnen.
- Jeder Hausvorstand befreit der Polizei gegenüber für die restlose Vernichtung aller Hitlerbilder usw.
- Kontrollen werden durchgeführt!
- Mühlhausen i. Thür., den 16. April 1945  
Der Landrat Der Bürgermeister

## Bekanntmachung

Bis zur Wiederinbetriebnahme der Telefonanlage im Stadtkreis Mühlhausen wird Fernruf durch Anrufung der Sirene bekanntgegeben. Die Sirene wird innerhalb einer Minute 4 mal ertönen. Die Angehörigen der Feuerwehr haben sich alsdann sofort in der Feuerwache zu melden. Eine andere Möglichkeit der Alarmierung ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht gegeben.

Mühlhausen i. Thür., den 26. April 1945  
Der Bürgermeister

## Bekanntmachung

In der Hoergergasse ist als kirchliche Nothilfe eine Küche eingerichtet worden. Die Küche ist für eine beschränkte Zahl solcher Personen vorgesehen, die keine eigene Kochstelle haben oder sich aus sonstigen Gründen nicht selbst mit warmen Mahlzeiten versehen können. Personen, die sich durch diese Küche versorgen lassen wollen, müssen jeweils am Sonntag für eine Woche im voraus 50 g Fleisch-, 35 g Fett- und 1400 g Kartoffelmarken abgeben und den Preis, der vorerst 0,50 RM pro Mahlzeit beträgt, entrichten. Nähere Auskünfte werden in der Küche erteilt.

Mühlhausen i. Thür., den 25. April 1945  
Der Bürgermeister

## Ausländische Arbeitskräfte

Wie festgesetzt worden ist, haben bisher nicht alle Arbeitgeber, die ausländische Arbeitskräfte beschäftigt haben, diese auf Zimmer 7 des Rathauses angemeldet.

Ich setze letztmalig eine Frist zur Anmeldung bis einschließlich 27. 4. d. J. fest. Sollte die Anmeldung bis dahin nicht erfolgt sein, wird der betreffende Arbeitgeber zur Verantwortung gezogen.

Mühlhausen i. Thür., den 24. 4. 1945.  
Der Bürgermeister.

Abbildung 14: Mühlhäuser Anzeiger, 28. April 1945. 591

Es ging darum, ein minimales Versorgungsniveau sicher zu stellen.<sup>592</sup> Insbesondere die Steigerung des Willens zur Selbsthilfe war eine der dringlichen Aufgaben der westalliierten Propaganda, um die Nahrungsmittel- und Wohnungsversorgung in den Griff zu bekommen.<sup>593</sup> Einige der ostdeutschen Zeitungen versuchten, den Aufbauwillen der Bevölkerung mit Hilfe von Appellen und Aufrufen zu stärken bzw. überhaupt erst einmal zu wecken. Mit beispielhaften Erfolgsmeldungen wie »Neues Leben in Gardelegen«<sup>594</sup>, die häufig appellierenden Charakter hatten, wollten die Zeitungen einen Beitrag zur Aktivierung der Bevölkerung leisten. Im *Altenburger Echo* fanden sich beispielsweise Beiträge mit appellierenden Überschriften wie »Aufruf! Notdienst für Bombengeschädigte und Flüchtlinge in Altenburg Stadt und Land«<sup>595</sup> oder »Pflanzen ist das Gebot der Stunde«.<sup>596</sup> Das *Bekanntmachungsblatt für Rochlitz und Umgebung* veröffentlichte zur Lösung der Nahrungsmittelprobleme einen Leserbrief eines US-Soldaten,<sup>597</sup> der die Urbarmachung eines landwirtschaftlich noch ungenutzten Rasenstücks vor einer Landwirtschaftsschule anregte.<sup>598</sup> In vielen Zeitungen fanden sich nützliche Hinweise zur Verbesserung der Nahrungsmittelerzeugung wie Warnungen vor dem Kartoffelkäfer<sup>599</sup> oder »ein paar Ratschläge für den Kleingärtner«.<sup>600</sup> Hierzu gehörten regelrechte Fernkurse im Gemüseanbau, bei denen Gartenbau-Anfänger passend zum Stand der Vegetation in die Handhabung ihrer Kulturen eingewiesen wurden: »Die mit Kartoffeln bebauten Flächen sind jetzt nochmals zu hacken und langsam anzuhäufen. Nicht auf einmal und dabei gleich zu hoch, sondern lieber zwei- oder dreimal.«<sup>601</sup> Um trotz des großen Energiemangels kochen zu können, wurde die Bevölkerung mit Tipps zum Bau einer Kochkiste versorgt.<sup>602</sup>

Zu den Vorstellungen der amerikanischen Propagandaabteilung hatte auch gehört, mit der Vermittlung von Fakten über die Verbrechen des Nationalsozialismus eine sachliche Grundlage für eine Aufarbeitung zu schaffen.<sup>603</sup> Dieses Ziel, in der Bevölkerung mit Hilfe der Aufklärung über die Nazi-Gräueltaten ein Gefühl von Schuld und kollektiver Verantwortung

<sup>592</sup> Vgl. Matz 1969, S. 59.

<sup>593</sup> Vgl. Matz 1969, S. 58ff.

<sup>594</sup> »Neues Leben in Gardelegen«, in: *Amtliches Mitteilungsblatt für Kreis und Stadt Gardelegen*, 29.5.45.

<sup>595</sup> »Aufruf! Notdienst für Bombengeschädigte und Flüchtlinge in Altenburg Stadt und Land.« In: *Altenburger Echo*, 26.6.45.

<sup>596</sup> »Pflanzen ist das Gebot der Stunde«, in: *Altenburger Echo*, 15.6.45.

<sup>597</sup> »USA.Panzergrenadier William Ganges: Ein USA.-Soldat schreibt uns.« In: *Bekanntmachungsblatt für Rochlitz und Umgebung*, 23.6.45.

<sup>598</sup> Vermutlich folgte das Bekanntmachungsblatt damit auf eigene Weise den auch für die Heeresgruppenpresse beschriebenen Vorgehen, Leserzuschriften zur Aktivierung zu nutzen: »Die Heeresgruppenpresse stellte die Leserbriefspalten jeweils unter ein bestimmtes Motto und regte ihre Leser dazu an, sich zu der jeweiligen Thematik zu äußern.« (Matz 1969, S. 58.)

<sup>599</sup> »Warnung vor dem Kartoffelkäfer«, in: *Bernburgische Zeitung*, 23.6.45; 30.6.45.

<sup>600</sup> »ein paar Ratschläge für den Kleingärtner«, in: *Mühlhäuser Anzeiger*, 28.4.45.

<sup>601</sup> »Ich und mein Grabeland. Kleine Ratschläge zur Ernährungswirtschaft.« In: *Amtliches Nachrichtenblatt*, Leipzig, 9.6.45.

<sup>602</sup> So »Neue Erfahrung zur Kochkiste«, in: *Mühlhäuser Anzeiger*, 28.4.45.



auszulösen,<sup>604</sup> ließ sich für die lokale Presse in Ostdeutschland nachweisen. Die *Elsterberger Nachrichten* veröffentlichten etwa einen mehrteiligen Bericht über einen Besuch im Konzentrationslager Buchenwald.<sup>605</sup> Die *Glauchauer Zeitung*, das »Mitteilungsblatt der Amerikanischen Militär-Regierung für den Stadt- und Landkreis Glauchau«, druckte aus der *Hessischen Post* Thomas Manns Beitrag »Die deutschen KZ« nach<sup>606</sup> und entnahm der Kasseler Heeresgruppenzeitung außerdem die beiden Propagandatexte »Falsch gesehen!« und »Richtig gesehen«, in denen es um eine Revidierung der Auffassung einer hohen Bedeutung des Nationalsozialismus für die Senkung der Arbeitslosenzahlen ging.<sup>607</sup> Aus dem sowjetischen Heeresgruppenblatt *Tageszeitung für die deutsche Bevölkerung* (Dresden) entnahm die Redaktion außerdem den Text »Hitler ist schuld am Unglück des deutschen Volkes« des gelernten Zeitungsredakteurs, Mitarbeiters der sowjetischen *Tageszeitung für die deutsche Bevölkerung* und späteren Leiters der Abteilung Agitation und Propaganda des ZK der KPD, Fred Oelßner.<sup>608</sup>

Zu den ersten Maßnahmen der geistigen Umerziehung der Deutschen gehörte die Rückbesinnung auf jene verfemten Autoren, die vertrieben und deren Literatur verbrannt worden war.<sup>609</sup> Der Anspruch der amerikanischen Heeresgruppenpresse, zuvor verbotene deutsche Autoren wieder bekannt zu machen, wurde vereinzelt auch von den ostdeutschen Zeitungen übernommen. Auf das Ziel der geistigen Neuorientierung geht etwa die Ehrung zum 70. Geburtstag von Thomas Mann in der amerikanischen Heeresgruppenzeitung *Hessische Post* zurück,<sup>610</sup> die das *Bekanntmachungsblatt für Rochlitz und Umgebung* nachdruckte.<sup>611</sup> In einer Zeitung in Aken fand sich seine Erzählung »Unordnung und frühes Leid«.<sup>612</sup>

Da die Zeitungen vor allem eine Funktion für die öffentliche Ordnung hatten und angesichts der politisch ungeordneten Verhältnisse eine reguläre Zeitungsproduktion schwer zu verwirklichen war, entsprachen die ostdeutschen Lokalzeitungen während der westalliierten Besatzungsphase inhaltlich selten den heutigen Vorstellungen. Die Form der Blätter sagte nichts

<sup>603</sup> Vgl. Matz 1969, S. 53.

<sup>604</sup> Vgl. Matz 1969, S. 52ff.

<sup>605</sup> »Das Antlitz der Tat, Augenzeugenbericht vom Besuch im Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar.« In: *Elsterberger Nachrichten*, 30.6.45.

<sup>606</sup> Mann, Thomas: »Die deutschen KZ«, in: *Glauchauer Zeitung*, 26.5.45.

<sup>607</sup> »Falsch gesehen!« sowie »Richtig gesehen«, in: *Glauchauer Zeitung*, 6.6.45.

<sup>608</sup> Oelßner, Fred: »Hitler ist schuld am Unglück des deutschen Volkes«, in: *Glauchauer Zeitung*, 6.6.45. – Zu den Funktionen Oelßners vgl. Müller-Enbergs/Wielgohs/Hoffmann 2001, S. 643f.

<sup>609</sup> Vgl. Matz 1969, S. 63f.

<sup>610</sup> Vgl. Habe 1977, S. 64; Matz 1969, S. 64.

<sup>611</sup> Siehe *Bekanntmachungsblatt für Rochlitz und Umgebung*, 13.6.45.

<sup>612</sup> Mann, Thomas: »Unordnung und frühes Leid«, in: *Amtliches Nachrichtenblatt des Bürgermeisters der Stadt Aken*, 8.6.45.

über den Inhalt aus.<sup>613</sup> Selbst ganz schlicht und funktional betitelte Nachrichten- und Mitteilungsblätter wie das *Amtsblatt für den Kreis Sondershausen*, das *Bekanntmachungsblatt für Rochlitz und Umgebung* oder das *Amtliche Mitteilungsblatt der Militärregierung-Deutschland* aus Stendal erfüllten sehr weitgehend die typischen Funktionen von Lokalzeitungen und enthielten neben Bekanntmachungen und einem Anzeigenteil ein redaktionelles Angebot, das eine breite Lokalberichterstattung sowie auch Witze und anderes leichtes Unterhaltungsmaterial umfasste, etwa ein Vorabdruck des Kriminalromans »Tumult im 6. Stock« des Roman- und Drehbuchautors Hugo M. Kritz<sup>614</sup> oder das Rokoko-Gedicht »Die Heimat ist immer schön«.<sup>615</sup> Ein Teil der Mitteilungsblätter entwickelte sich dabei zu regulären lokalen Tageszeitungen mit einer umfassenden Berichterstattung.<sup>616</sup> Wie die Heeresgruppenzeitungen Habes standen diese Zeitungen für eine wieder einsetzende Normalität und konnten als ein beruhigendes Zeichen für den Wiederaufbau und die gesellschaftliche Normalisierung verstanden werden.<sup>617</sup> Eher als Zeitungen, die lediglich Befehle und Bekanntmachungen veröffentlichten, waren sie geeignet, im Sinne einer sogenannten »Konsolidierungspropaganda« in den besetzten Gebieten eine »freundschaftliche Zusammenarbeit zu sichern und eine positive Haltung gegenüber den Kriegs- und Nachkriegszielen der Siegermacht zu erreichen«.<sup>618</sup> Auch einige der ostdeutschen Zeitungen realisierten wie die von Habe herausgegebene Heeresgruppenpresse die vollständige Palette journalistischer Formen und Ressorts und schlossen mit ihrer Berichterstattung selbst das nationale und internationale Geschehen ein. So enthielt die *Bernburgische Zeitung* (Abb. 15, S. 115) »mit Genehmigung der Militärregierung Bernburg« neben amtlichen Bekanntmachungen der Stadt und der Militärregierung den für Zeitungen typischen Nachrichtenmix aus Welt-, Deutschland-, Regional- und Lokalnachrichten.<sup>619</sup> Darüber hinaus bot die Zeitung ihren Lesern kirchliche Nachrichten, Leserbriefe, Rätsel, ein Feuilleton, Meldungen aus dem Bereich »Vermischtes« sowie Anzeigen. Dem verantwortlichen Redakteur waren Meinungsbeiträge gestattet.

<sup>613</sup> Die Zeitungen wurden deshalb von den Bibliotheksdiensten häufig unzutreffend charakterisiert, was ihre Auffindung erschwerte.

<sup>614</sup> Kritz, Hugo M.: »Tumult im 6. Stock«, in: *Köthener Amtliches Nachrichtenblatt*, 26.6.45.

<sup>615</sup> »Die Heimat ist immer schön«, in: *Bekanntmachungsblatt für Rochlitz und Umgebung*, 13.6.45.

<sup>616</sup> Zu den Kriterien siehe Schütz 1978, S. 58.

<sup>617</sup> Matz 1969, S. 59.

<sup>618</sup> Matz 1969, S. 15. – Zur Umsetzung dieser Propagandaform bei der Heeresgruppenpresse vgl. Matz 1969, S. 30f.

<sup>619</sup> Siehe *Bernburgische Zeitung*, 30.6.45; 23.6.1945.

# BERNBURGISCHE ZEITUNG

AMTSBLATT FÜR STADT



UND KREIS BERNBURG

MIT GENEHMIGUNG DER

MILITÄRREGIERUNG BERNBURG

Sozialblatt, 30. Juni 1945

Nummer 78, Preis 10 Reichspfennig

## Konferenz in San Franzisko beendet

### Präsident Truman von den Delegierten — 50 Nationen unterzeichneten die Charta für Frieden und Sicherheit

Präsident Truman gab am 26. Juni im Abschluß der historischen Konferenz der 50 Vereinten Nationen in San Franzisko eine Erklärung ab, in der er sagte, daß die Charta ein großartiges Instrument für den Frieden, die Sicherheit und den Fortschritt der Menschheit in der Welt geschaffen habe.

„Aber jetzt muß die Welt dieses Instrumente auch gebrauchen“, erklärte der Präsident.

„Wenn wir das nicht tun“, heißt es in der Erklärung Trumans weiter, „werden wir alle die bestreiten, die dafür ihr Leben geben, daß wir hier in Freiheit und Sicherheit zusammenkommen und arbeiten konnten.“

Als Oberhaupt der Vereinten Staaten von Amerika versprach der Präsident, daß die Charta sofort den Staat vorgelegt würde. Ebenso forderte er ständige beteiligten Nationen zur schnellen Ratifizierung der Urkunde auf.

Präsident Truman bezeichnete die Urkunde der Vereinten Nationen als einen „Weg zur Welt, die wir alle wünschen.“

„Die Charta der Vereinten Nationen, welche die soeben unterzeichneten, ist eine sichere Grundlage für ein neues, besseres Welt... Zwischen dem Sieg in Europa und dem Sieg gegen Japan haben Sie in diesem verwickeltesten aller Kriege einen Sieg gegen den Krieg selbst errungen! Wenn wir diese Charta vor wenigen Jahren gehabt hätten, und vor allem den Willen, sie zu befolgen, hätten nicht Millionen ihr Leben zu opfern brauchen. Wenn wir in Zukunft in unserem Willen, sie zu befolgen, versagen würden, wären dies ebenfalls Millionen jetzt lebende Menschen mit dem sicheren Tode bedingt.“

Der Präsident erklärte, daß dem Sieg über Deutschland in der Welt, wichtiger, wichtiger Nationen beizutragen, aber erst dann die kleinen Staaten überleben können.

„Die Charta der Vereinten Nationen ist ein Dokument, das die Welt in eine neue Ära der Freiheit und der Gerechtigkeit führt.“

„Die Charta der Vereinten Nationen ist ein Dokument, das die Welt in eine neue Ära der Freiheit und der Gerechtigkeit führt.“

„Die Charta der Vereinten Nationen ist ein Dokument, das die Welt in eine neue Ära der Freiheit und der Gerechtigkeit führt.“

Präsident Truman gab am 26. Juni im Abschluß der historischen Konferenz der 50 Vereinten Nationen in San Franzisko eine Erklärung ab, in der er sagte, daß die Charta ein großartiges Instrument für den Frieden, die Sicherheit und den Fortschritt der Menschheit in der Welt geschaffen habe.

„Aber jetzt muß die Welt dieses Instrumente auch gebrauchen“, erklärte der Präsident.

„Wenn wir das nicht tun“, heißt es in der Erklärung Trumans weiter, „werden wir alle die bestreiten, die dafür ihr Leben geben, daß wir hier in Freiheit und Sicherheit zusammenkommen und arbeiten konnten.“

Als Oberhaupt der Vereinten Staaten von Amerika versprach der Präsident, daß die Charta sofort den Staat vorgelegt würde. Ebenso forderte er ständige beteiligten Nationen zur schnellen Ratifizierung der Urkunde auf.

Präsident Truman bezeichnete die Urkunde der Vereinten Nationen als einen „Weg zur Welt, die wir alle wünschen.“

„Die Charta der Vereinten Nationen, welche die soeben unterzeichneten, ist eine sichere Grundlage für ein neues, besseres Welt... Zwischen dem Sieg in Europa und dem Sieg gegen Japan haben Sie in diesem verwickeltesten aller Kriege einen Sieg gegen den Krieg selbst errungen! Wenn wir diese Charta vor wenigen Jahren gehabt hätten, und vor allem den Willen, sie zu befolgen, hätten nicht Millionen ihr Leben zu opfern brauchen. Wenn wir in Zukunft in unserem Willen, sie zu befolgen, versagen würden, wären dies ebenfalls Millionen jetzt lebende Menschen mit dem sicheren Tode bedingt.“

Der Präsident erklärte, daß dem Sieg über Deutschland in der Welt, wichtiger, wichtiger Nationen beizutragen, aber erst dann die kleinen Staaten überleben können.

„Die Charta der Vereinten Nationen ist ein Dokument, das die Welt in eine neue Ära der Freiheit und der Gerechtigkeit führt.“

„Die Charta der Vereinten Nationen ist ein Dokument, das die Welt in eine neue Ära der Freiheit und der Gerechtigkeit führt.“

„Die Charta der Vereinten Nationen ist ein Dokument, das die Welt in eine neue Ära der Freiheit und der Gerechtigkeit führt.“

## Der Mut zu glauben

Der Geglücktheit sind keine festen Grenzen gesetzt. Sie verschoben sich vielmehr nach unten oder oben, je nach den äußeren Umständen und den psychologischen Voraussetzungen.

Der Glaubensbereich des deutschen Volkes ist im letzten Jahrzehnt unvorstellbar viel zugewachsen worden. Und es hat sich in Deutschland Einigkeit ergeben, die erkennen, daß das Maß überall war, lange bevor der Glaube an die Unfähigkeit einer mit allem Modernem ausgestattet — und die sich nicht zu befehlen — Führung unter dem Zwang der fortwährenden wirtschaftlichen Krisenentwicklung endlich erlosch.

Das deutsche Volk hat im guten Glauben an eine Führung, deren verheerendes Absehen und Methoden es noch zu durchschauen vermochte, in diesen Krieg größere und schwerere Opfer gebracht als je zuvor. Alle aufstrebenden Zweifel wurden immer wieder mit den Mitteln einer unerschütterlichen Propaganda bedrückt und gleichzeitig war durch die reichliche Aussetzung der einmal gewonnenen und bis in die letzte Phase der Kriege nicht zu erdrosselnden hehren Machtstellung dafür gesorgt, daß wachsende Stimmen sich nicht erheben konnten oder zumindest wirkungslos blieben.

Doch haben die einstigen Machthaber, die in der Stunde ihrer eigenen Bewährung alle ohne Ausnahme fehlgeschlagen sind, die Welt unheimlich gequält. Und doch wird der größte Erfolge der Propaganda sein, wenn das deutsche Volk noch einmal um seinen Lebens willen an dieser Leinwand emporennen. Wohl wir heute klüger sind, und wollen wir heute, bei der Einwirkung einer völligen Niederdrücktheit und Hoffnungslosigkeit wahrzunehmen, einer Apokalypse, aus der es keinen Ausweg mehr zu geben scheint.

Und doch wird dieser Ausweg gefunden werden! Wenn wir heute hören, daß man an nicht mehr glauben könne, noch man sich so vernünftige Fiktion für die Zukunft entwickelt und noch so viel verprochen wurde, so was diese Skepsis verstandlich und aus der Furchtsucht heraus zu sich erheben.

Die Zerstörung der Fähigkeit und Bereitschaft, wieder an eine Zukunft zu glauben, ist fast vollkommen gelungen und es wird der größten Erfolge der Propaganda sein, wenn das deutsche Volk noch einmal um seinen Lebens willen an dieser Leinwand emporennen. Wohl wir heute klüger sind, und wollen wir heute, bei der Einwirkung einer völligen Niederdrücktheit und Hoffnungslosigkeit wahrzunehmen, einer Apokalypse, aus der es keinen Ausweg mehr zu geben scheint.

Und doch wird dieser Ausweg gefunden werden! Wenn wir heute hören, daß man an nicht mehr glauben könne, noch man sich so vernünftige Fiktion für die Zukunft entwickelt und noch so viel verprochen wurde, so was diese Skepsis verstandlich und aus der Furchtsucht heraus zu sich erheben.

## Nach der Schlacht um Okinawa

### Die eroberte Insel als Basis für Superlanchungen im Kampf gegen Japan

Amerikanische Truppen setzen ihre Superlanchungen auf der eroberten Insel Okinawa fort. In Honolulu gab General H. H. Arnold, der Chef der Army-Luftaufklärung, bekannt, daß die Insel als Basis für Flugzeuge verwendet werden soll. Damit wird der gewöhnliche Weg von den Marianen nach Tokio um mehr als 1000 Meilen verkürzt.

„Leutnant Nimitz sagte die jetzige Verluste der Japaner, durch Tod und Gefangenschaft, betragen 250.000 Mann, und Okinawa wird sehr bald wieder in unsere Hände fallen.“

General Arnold, der gerade eine Fahrt durch den Pazifik beendete, erklärte, dass die Behelungen von Bessie im Pazifik, die jetzt mit 2000 Mann und 1000 Maschinen das Schicksal der Menschheit davon abhängen können.

Arnold sagte, dass B-29-Bomber in der Lage sein werden, von Okinawa aus, nach Japan zu fliegen, und dabei noch mehr Flieger durchzuführen. Die bisherige Flugzeit von Tokio nach Okinawa beträgt nur noch 100 Meilen, und nach Tokio und Nagoya, und mehr als 3000 Meilen lang.

„Von Okinawa sind es nur noch 1000 Meilen bis nach Tokio“, sagte Arnold, „und das ist ein großer Vorteil für 100 Superlanchungen als Versorgungsflotte.“

Der japanische Rundfunk gab inzwischen den Verlust von Okinawa an. Er wurde verurteilt, daß Generalissimo Mitsui Ichijsu die letzte japanische Offensive am 30. Juli führte.

„Amerikaner erobern Okinawa.“

Nach Versuchen, die Okinawa zu zerstören, überließen die Japaner gewöhnlich den vordringenden amerikanischen Streitkräften.

„Amerikanische Truppen setzen ihre Superlanchungen auf der eroberten Insel Okinawa fort. In Honolulu gab General H. H. Arnold, der Chef der Army-Luftaufklärung, bekannt, daß die Insel als Basis für Flugzeuge verwendet werden soll. Damit wird der gewöhnliche Weg von den Marianen nach Tokio um mehr als 1000 Meilen verkürzt.“

„Leutnant Nimitz sagte die jetzige Verluste der Japaner, durch Tod und Gefangenschaft, betragen 250.000 Mann, und Okinawa wird sehr bald wieder in unsere Hände fallen.“

General Arnold, der gerade eine Fahrt durch den Pazifik beendete, erklärte, dass die Behelungen von Bessie im Pazifik, die jetzt mit 2000 Mann und 1000 Maschinen das Schicksal der Menschheit davon abhängen können.

Arnold sagte, dass B-29-Bomber in der Lage sein werden, von Okinawa aus, nach Japan zu fliegen, und dabei noch mehr Flieger durchzuführen. Die bisherige Flugzeit von Tokio nach Okinawa beträgt nur noch 100 Meilen, und nach Tokio und Nagoya, und mehr als 3000 Meilen lang.

„Von Okinawa sind es nur noch 1000 Meilen bis nach Tokio“, sagte Arnold, „und das ist ein großer Vorteil für 100 Superlanchungen als Versorgungsflotte.“

Der japanische Rundfunk gab inzwischen den Verlust von Okinawa an. Er wurde verurteilt, daß Generalissimo Mitsui Ichijsu die letzte japanische Offensive am 30. Juli führte.

„Amerikaner erobern Okinawa.“

Nach Versuchen, die Okinawa zu zerstören, überließen die Japaner gewöhnlich den vordringenden amerikanischen Streitkräften.

## Weltcharta für Frieden und Sicherheit

Kurz vor 23.00 Uhr (Pazifische Kriegzeit) in der Nacht vom 25. zum 26. Juni hatten die Abgeordneten der Vereinten Nationen endlich die Weltcharta für Frieden und Sicherheit in der abschließenden, glanzvoll erleuchteten Oper von San Franzisko angenommen.

Fast Minuten Befehl.

Nachdem Lord Halifax als Stilles Mitglied der britischen Delegation die einstimmige Annahme verkündet hatte, erhoben sich die Delegierten und die Zuschauer und applaudierten viele fünf Minuten lang.

Die Vollversammlung hat auch die Vorschläge angenommen, einen zeitweiligen Ausschuss in London zu bilden, um die Dauerprozedur vorzubereiten.

Die Vertreter von fünfzig Nationen unterzeichneten die Urkunde.

Die Urkunde wurde den Delegierten im Versammlungssaal, wo der Hauptteil des Entwurfs geschieden worden war, zur Unterschrift vorgelegt. Dr. Wellington Koo gab als erster seine Unterschrift für China, die erste Nation, die angegeben wurde, und die noch jetzt nach achtzigjährigem Krieg kämpft.

Viele Seiten der Ringen Geschichte wurden heraufbeschworen, als sich die Abgeordneten an den großen Tisch begeben und ihn nach der Unterscheidung wieder unterschrieben.

## Wie die Royal Air Force den Nebel besiegte

Während des Krieges in Europa wurden von den alliierten Streitkräften zahlreiche neue Erfindungen eingesetzt, von denen jetzt zum Teil Einheiten bekannt gegeben werden. Zu diesen erfindungreichen Erfindungen gehört auch ein Verfahren, das Fido benannt wurde, und von dem wir heute zum ersten Male berichten können.

Fido, die Aufzeichnungsbahn der englischen Worte für Intensity Dispersion Oil, gehört zusammen mit „Mullberry“, den rechtzeitig verteilten schwimmenden Häfen, die nach Französisch geschickt wurden, und der Treibstoff-Lösung, unter dem Namen, zur Geheimrede des Sieges.

Die Bekämpfung des Nebels in Großbritannien war eines der entscheidenden Mittel bei der Niederwerfung Deutschlands. Nach der Ansicht des Vizeleutnants Bennett hätte ohne Fido die deutsche Anlande-Offensive gegen Ende des Jahres 1944 erfolgreich sein können und den Krieg um weitere zwei Jahre verlängert.

Fido war es zu verdanken, daß die Bomber unter schlechten Wetterbedingungen starten und landen konnten, obwohl England zur Zeit dieser Offensive unter dichtem Nebel lag.

„Während des Krieges in Europa wurden von den alliierten Streitkräften zahlreiche neue Erfindungen eingesetzt, von denen jetzt zum Teil Einheiten bekannt gegeben werden. Zu diesen erfindungreichen Erfindungen gehört auch ein Verfahren, das Fido benannt wurde, und von dem wir heute zum ersten Male berichten können.“

Fido, die Aufzeichnungsbahn der englischen Worte für Intensity Dispersion Oil, gehört zusammen mit „Mullberry“, den rechtzeitig verteilten schwimmenden Häfen, die nach Französisch geschickt wurden, und der Treibstoff-Lösung, unter dem Namen, zur Geheimrede des Sieges.

Die Bekämpfung des Nebels in Großbritannien war eines der entscheidenden Mittel bei der Niederwerfung Deutschlands. Nach der Ansicht des Vizeleutnants Bennett hätte ohne Fido die deutsche Anlande-Offensive gegen Ende des Jahres 1944 erfolgreich sein können und den Krieg um weitere zwei Jahre verlängert.

Fido war es zu verdanken, daß die Bomber unter schlechten Wetterbedingungen starten und landen konnten, obwohl England zur Zeit dieser Offensive unter dichtem Nebel lag.

## Wärme besiegt den Nebel

Der Grundgedanke war, eine Fläche von etwa einem Kilometer Länge und 40 Meter Breite in einer Höhe von etwa 30 Meter vom Nebel zu befreien. 100 Meter der geklärten Fläche sollten dem Anflug dienen und 500 Meter dem Anflug sein. Es wurde jedoch nicht nur ein einzelnes Ziel erreicht, sondern in Wirklichkeit viel größere Flächen geklärt. Die Höhe dieser Aufklärung hing von herabdröhnender Wärme und von dem Feuchtigkeitsgehalt des Nebels ab. Von Aberdeen versprach die Verwendung von Wärme die besten Möglichkeiten zur Nebelverdrängung.

Am 4. November 1942 unterrichtete Bennett die erste erfolgreiche Landung mit Fido, allerdings noch nicht unter Originalbedingungen. Das erste wirkliche Ergebnis wurde am 17. Juli des folgenden Jahres erreicht, als der Versuch mit einer völligen Verdrängung des Nebels glückte und eine volle Dosis über 1300 Meter das Rollfeld erreicht wurde, ein Flugzeug startete und landete viermal auf dieser Fläche.

Daraufhin wurden mit allen Mitteln sechs vollständige Fido-Erprobungen bis zum Herbst des gleichen Jahres fortgesetzt.

„Der Grundgedanke war, eine Fläche von etwa einem Kilometer Länge und 40 Meter Breite in einer Höhe von etwa 30 Meter vom Nebel zu befreien. 100 Meter der geklärten Fläche sollten dem Anflug dienen und 500 Meter dem Anflug sein. Es wurde jedoch nicht nur ein einzelnes Ziel erreicht, sondern in Wirklichkeit viel größere Flächen geklärt. Die Höhe dieser Aufklärung hing von herabdröhnender Wärme und von dem Feuchtigkeitsgehalt des Nebels ab. Von Aberdeen versprach die Verwendung von Wärme die besten Möglichkeiten zur Nebelverdrängung.“

Am 4. November 1942 unterrichtete Bennett die erste erfolgreiche Landung mit Fido, allerdings noch nicht unter Originalbedingungen. Das erste wirkliche Ergebnis wurde am 17. Juli des folgenden Jahres erreicht, als der Versuch mit einer völligen Verdrängung des Nebels glückte und eine volle Dosis über 1300 Meter das Rollfeld erreicht wurde, ein Flugzeug startete und landete viermal auf dieser Fläche.

Daraufhin wurden mit allen Mitteln sechs vollständige Fido-Erprobungen bis zum Herbst des gleichen Jahres fortgesetzt.

**Sie lesen heute:**

- Der Mut zu glauben
- Konferenz in San Franzisko beendet
- Nach der Schlacht um Okinawa
- Wie die Royal Air Force den Nebel besiegte
- Aus der Stadt ins Land
- Mitweltlicher Auktio
- Erfassung der Arbeitskräfte im Landrats
- Die wichtigste Aufgabe
- Berichte aus den Nachbarorten
- Treffen in Berlin
- Unsere Dankspottgabe

Abbildung 15: Bernburgische Zeitung, 30. Juni 1945. 620

## Wichtiges in Schlagzeilen

**Radio London, 9. Mai.** Die russische Armeegruppe Penon ist in Prag einmarschiert.

La Rochelle, St. Nazaire und Lorient wurden von den alliierten Truppen besetzt.

Der belgische Vertriebsführer Leon Degrelle ist mit dem Flugzeug von Norddeutschland kommend in Spanien gelandet und befindet sich in einem Militärgefängnis unter Bewachung.

**Radio London, 10. Mai.** Aus Oslo wird berichtet: Josef Terboven, der deutsche Generalkommissar in Norwegen, beging Selbstmord.

Aus Stalins Rundfunkansprache vom 9. Mai 1945 abends: Deutschland ist vollkommen geschlagen. Die Sowjetunion feiert heute den Sieg, aber nicht in der Absicht, Deutschland zu vernichten oder zu zerstören.

**Radio London, 10. Mai.** Deutsche Truppen in der Tschechoslowakei unter General Schörner, die sich weigerten, die Waffen zu strecken, damit die Kapitulationsbedingungen brachen und versuchten, sich nach Westen zurückzukämpfen, wurden von den Russen verfolgt und 65 000 Mann zur Kapitulation gezwungen. Wie Radio London am 16. Mai meldet, ist inzwischen die Kapitulation auch der letzten noch kämpfenden deutschen Truppenteile im Osten abgeschlossen.

**Radio London, 11. Mai.** Die englischen Kanalinseln Jersey und Guernsey wurden besetzt, 30 000 Deutsche dort gefangen genommen. Der vor zwei Tagen von US-Truppen gefangen genommene Führer der ehemaligen sudetendeutschen Partei und spätere Gauleiter Konrad Henlein verübte Selbstmord durch Aufhängen an der Balkenbar.

Wie aus München berichtet wird, wurde dort eine neue Stadtverwaltung aufgebaut und sieben Nazis auf höheren Posten eingesetzt. Polizeipräsident ist Ritter v. Salzer, der im Jahre 1923 an der Niederschlagung des Hitlerputsches führend beteiligt war.

Der Führer der norwegischen Nationalsozialisten, Vidkun Quisling, hat sich in Oslo freiwillig gestellt. Er klopfte an die Tür eines Gefängnisses und bat um Aufnahme.

Wie berichtet wird, soll Quisling in den alternativen Tagen von norwegischen Gerichten abgeurteilt werden.

Ein Verbindungsstab der deutschen Wehrmacht, bestehend aus 4 Generalen, 10 anderen Offizieren und 43 Soldaten traf heute im alliierten Hauptkommando ein zur Durchführung der deutschen bedingungslosen Kapitulation.

Sämtliche deutschen Truppen in Norwegen werden bis heute nacht 24 Uhr in Sammellager gebracht, um entwaffnet und nach Deutschland zurückgeschickt zu werden. Wie verlautet, hat die norwegische Regierung in Stockholm um Durchreisegenehmigung durch schwedisches Gebiet erlucht. Insgesamt sollen sich in Norwegen mit Zivilpersonen 400 000 Deutsche befinden.

Die Russen berichten aus Berlin, der Reichsmann Martin Bormann, des ehemaligen Reichsleiters der NSDAP, sei in Berlin aufgefunden worden.

**Radio London, 12. Mai.** In Süddeutschland wurden von amerikanischen Truppen verhaftet: SS-General Epp Dietrich, der frühere Reichsstatthalter von Bayern Ritter von Epp, Reichswirtschaftsminister Dr. Walter Funk, der Chef der Reichsfinanzverwaltung Dr. Lammer, der frühere Reichspostminister Ohnesorge sowie der japanische Botschafter in Deutschland Ohshima.

Dr. Ludwig Gerngross, Führer der „Freiheitsaktion Bayern“, die sich am 24. April 1945 gegen die SS erhob, betonte in seiner Ansprache in Sander Luxemburg, daß er und seine Aktion neben vielen anderen in Deutschland nun zeigen wollten, daß es noch Deutsche gibt, die nie Nazis waren und die nur aufbauen wollen in Zusammenarbeit mit der alliierten

## Neues aus aller Welt

### Bedingungslose Kapitulation unterzeichnet

Paris. — Am 7. Mai 1945 um 2.41 Uhr wurde die bedingungslose Kapitulation von dem Bevollmächtigten des Deutschen Oberkommandos, General Jöbl, im Hauptquartier des obersten Befehlshabers der Alliierten Streitkräfte General Dwight D. Eisenhower in Reims unterzeichnet. Die Ratifizierung erfolgte am 8. Mai 1945 24.01 Uhr in Berlin durch Generalfeldmarschall Keitel, Großadmiral von Friedeburg und Luftwaffengeneral Stumpf. Nachstehend der Wortlaut der Übergabeerklärung:

Erstens: Wir, die unterzeichneten Bevollmächtigten des Oberkommandos der Wehrmacht, übergeben hiermit bedingungslos alle Land-, See- und Luftstreitkräfte, die sich zur Zeit unter deutschem Oberbefehl befinden, dem Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte und gleichzeitig dem Sowjet-Oberkommando.

Zweitens: Das Oberkommando der Wehrmacht wird sofort Befehl erteilen an alle deutschen Heeres-, Flotten- und Luftbewehrungen und an alle Streitkräfte unter deutscher Kontrolle, alle aktiven Kampfhandlungen am 8. Mai 1945 um 24 Uhr 1 Minute mitteleuropäischer Zeit einzustellen und in den Stellungen zu verbleiben, wo diese sich zur Zeit befinden. Kein Schiff, Fahrzeug oder Flugzeug darf versenkt oder zerstört werden, kein Schaden ihrer Ladung, Maschinerie oder Ausrüstung zugefügt werden.

Drittens: Das Oberkommando der Wehrmacht wird gleichzeitig Befehl an die betreffenden Befehlsstellen erteilen, daß alle weiteren Befehle, die von dem Oberkommandierenden der Alliierten Streitkräfte und von dem Sowjet-Oberkommando kommen, befolgt und durchgeführt werden.

Viertens: Diese militärische Kapitulation ist ohne Einfluß auf und wird ersetzt durch die allgemeinen Kapitulationsbestimmungen, die von oder im Namen der Vereinten Nationen Deutschland und den deutschen Streitkräften gegeben werden.

Fünftens: Falls das Oberkommando der Wehrmacht oder irgendwelche Streitkräfte unter seinem Befehl nicht in Übereinstimmung mit dieser Übergabeerklärung handeln, behalten sich der Oberkommandierende der Alliierten Streitkräfte und das Sowjet-Oberkommando vor, solche Straf- oder andere Aktionen durchzuführen, die sie für richtig und notwendig halten.

Unterzeichnet zu Reims, Frankreich, am 7. Mai 1945.

Für das Oberkommando der Wehrmacht: Jöbl.

Beglaubigt von: Für den Oberkommandierenden der alliierten Streitkräfte: Smith.

Für das Sowjetoberkommando: Suloparoff.

Für Frankreich: Sevag.

Im Augenblick der Kapitulation befanden sich 6 000 000 Deutsche in alliierten Kriegsgefangenschaft.

### Pläne für Deutschlands Befregung

**Radio London**  
Die vorläufigen Pläne für die Befregung und Verwaltung Deutschlands sind von der amerikanischen, britischen, russischen und französischen Regierung ausgehandelt worden. Die Verwaltung in der amerikanischen Besatzungszone wurde in 12 Hauptabteilungen gegliedert, die im großen und ganzen dem ehemaligen deutschen Verwaltungssystem entsprechen:  
1. Armees, Luftwaffe, Marine, Betrauung der Ausgabe der Entlohnung und Demobilisierung der deutschen Wehrmacht, 2. Verkehrsweien.

Abbildung 16: Internationale Berichterstattung aus dem *Amtsblatt für den Kreis Sondershausen*, 18. Mai 1945 (Ausschnitt).<sup>621</sup>

Eine für Tageszeitungen übliche internationale Berichterstattung fand sich ungeachtet des amtlichen Namens auch im *Amtsblatt für den Kreis Sondershausen* (Abb. 16), im *Bekanntmachungsblatt für Rochlitz und Umgebung*,<sup>622</sup> im *Amtlichen Mitteilungsblatt für Kreis und Stadt Gardelegen*,<sup>623</sup> in den *Mitteilungen der Zeulenrodaer Gemeindeverwaltung*,<sup>624</sup> im *Stendaler Amtlichen Mitteilungsblatt der Militärregierung-Deutschland*<sup>625</sup> und in den hektografierten *Buchenwalder Nachrichten*, die auch in der Stadt Weimar vertrieben wurden.<sup>626</sup>

<sup>621</sup> Bestand Stadtarchiv Sondershausen.

<sup>622</sup> Siehe *Bekanntmachungsblatt für Rochlitz und Umgebung*, 5.5.-30.6.45.

<sup>623</sup> Siehe *Amtliches Mitteilungsblatt für Kreis und Stadt Gardelegen*, 29.5.45; 2.6.45

<sup>624</sup> Siehe *Mitteilungen der Zeulenrodaer Gemeindeverwaltung* 4.5.45, ab Nr. 2 umbenannt in *Bekanntmachungen*.

<sup>625</sup> Siehe *Amtliches Mitteilungsblatt der Militärregierung-Deutschland*, Stendal, 5.6.45.

<sup>626</sup> Vgl. Ritscher 1983, S. XII; S. 1ff. Ritscher bietet eine vollständige Dokumentation der deutschen Ausgabe. Die amerikanische Kommandantur genehmigte zudem Ausgaben auf russisch (*Klic Svobody*, Ruf der Freiheit), jugoslawisch (*Nas Glas*, Unsere Stimme), französisch (*La France Libre*, Das freie Frankreich), tschechisch (*KLB 45* mit der

Bei vielen anderen Lokalblättern musste die Berichterstattung aufgrund der Kriegs- und Krisenbedingungen auf lokale oder regionale Vorgänge begrenzt bleiben. Teilweise bestanden nur begrenzte Zugangsmöglichkeiten zu internationalen Meldungen: »Über Außenpolitik und ›große Politik‹ zu berichten, war gar nicht möglich, da wir noch nicht einmal die technischen Voraussetzungen für den Empfang von Nachrichtenagenturen besaßen.«<sup>627</sup> Als vollständige Tageszeitung ohne überregionale Berichte fungierte beispielsweise im Landkreis Köthen ab dem 24. Mai 1945 das *Amtliche Nachrichtenblatt*<sup>628</sup> oder in Grimma die *Nachrichten für Grimma*. Die Zeitungen veröffentlichten, was sich bot:

»Im Unterhaltungsteil, soweit man von ›Teik‹ sprechen konnte, schrieben örtliche Autoren über örtliche Bräuche. Auch der Rückgriff auf die zahlreichen in der Redaktion archivierten Feuilletondienste aus ›alter Zeit‹ war üblich. Man mußte nur eben das weglassen, was man als Nazi-propaganda erkannte. Normal war an dieser Zeitungsarbeit kaum etwas. Wir machten im Grunde eine erweiterte Lokalseite. Den Inhalt prägten die amtlichen Bekanntmachungen der örtlichen Behörden, Mitteilungen der Bürgermeister, Lokalinformationen aus verschiedenen Quellen. Aus meinen eigenen journalistischen Wirken ist mir zum Beispiel die ›Kommentierung‹ der Freigabe der ersten Punkte der Raucherkarte nach Kriegsende und ein Appell zur Mithilfe bei der Ernte erinnerlich. Auch die Polizeiarbeit wurde in erzieherischer Absicht erfaßt, da gab es Warnungen wegen der raschen Ausbreitung von Geschlechtskrankheiten und vor den Gefahren des Verzehrs von Methylalkohol.«<sup>629</sup>

Eine Besonderheit der Berichterstattung dürften in der Nachkriegszeit Lokalmeldungen aus fremden, weit entfernten Städten gewesen sein, in denen über eine wieder funktionierende Wasserversorgung oder ein erstes Kirchenkonzert berichtet wurde. Auch wenn diese Lokalberichterstattung nicht aus dem eigenen Nahbereich stammte, zeigte sie der Leserschaft an, dass der Aufbau andernorts begonnen hatte und erfüllte damit eine wichtige Orientierungsfunktion. Die *Bernburgische Zeitung* druckte beispielsweise Meldungen aus Frankfurt/Main, Leipzig, Bamberg,<sup>630</sup> Mainz, Dessau und Lüneburg. Informiert wurde dabei über die Wiedereröffnung einer Brauerei in Leipzig, des Amtsgerichtes in Bamberg und eines Baumwollbetriebes in Erlangen, über die Wiederinbetriebnahme der E-Werke in Leipzig und Lüneburg, über neue Straßennamen in Dessau und die Versorgungslage in Mainz.<sup>631</sup> Das *Bekanntmachungsblatt für Rochlitz und Umgebung* druckte einen Bericht aus dem Ahrtal über den

---

Jugendbeilage *MLB 45* und der humoristischen Beilage *Trm* (Dorn)), in spanisch als *Reconquista de España* (Rückeroberung Spaniens) sowie mit einem eigenen spanischsprachigen Kommunistenblatt (*Mundo Obrero*, Arbeiterwelt), in polnisch (*Druga do Polski*, Der Weg nach Polen) sowie zweisprachig französisch/niederländisch für die belgische Leserschaft (*Liberation/Bevrijding*, Befreiung) erschien (vgl. Ritscher 1983, S. Xf.). Die *Naß Glas* wurde auch unter zurückzuführenden Zwangsarbeitern verteilt (Ritscher 1983, S. XI).

<sup>627</sup> Mitteilung Ralf Bachmann, Berlin, 11.6.99.

<sup>628</sup> Siehe *Amtliche Nachrichtenblatt des Oberbürgermeisters der Stadt Köthen (Anhalt) / des Landrates für den Landkreis Dessau-Köthen*, 24.5.45ff.

<sup>629</sup> Mitteilung Ralf Bachmann, Berlin, 11.6.99.

<sup>630</sup> Die insgesamt drei Meldungen aus dem Raum Bamberg sind ein Hinweis, dass der Redaktion als Quelle der am 19.5.45 erstmals erschienene *Bayrische Tag* aus Bamberg (vgl. Matz 1969, S. 150) vorlag.

<sup>631</sup> Siehe *Bernburgische Zeitung*, 30.6.45.

dort unter amerikanischer Verwaltung angelaufenen Wiederaufbau. Überschriften wie »Ahrweiler im Aufbau« bekamen dabei die Konnotation von »Ahrweiler ist überall.«<sup>632</sup>

Mit der Zeit wuchs das Vertrauen nicht nur bei der Bevölkerung, sondern nach der Einstellung der Kampfhandlungen, dem Ausbleiben der von den westalliierten Truppen befürchteten deutschen Partisanenaktivitäten und vor allem nach den ersten Kontakten mit der Zivilbevölkerung ließen sich auch die Besatzungsoffiziere unbesorgt auf die Deutschen ein. Gegen den Willen der Militärführung kam es zur Fraternisation zwischen Zivilbevölkerung und Besatzungstruppen,<sup>633</sup> was offenbar auch den Spielraum der deutschen Presse ausweitete: Einige Zeitungen zeigten eine Berichterstattung, die zunehmend umfangreicher wurde. Gerade in angesehenen Verlagshäusern wie beim *Mühlhäuser Anzeiger* gehörte es zum professionellen Selbstverständnis, die Zeitungen schnell wieder zu einer »richtigen Heimatzeitung mit kleinem politischen Teil und ausführlichem Lokalen, Feuilleton, Anzeigen und Bekanntmachungen«<sup>634</sup> auszubauen. Bei dem damals 275jährigen Magdeburger Faber-Verlag verbarg sich am Ende hinter der schlichten Betitelung *Amtliches Mitteilungsblatt - Militärgov. in Deutschland* eine Berichterstattung, mit der die Zeitung an den Weltruf der vormaligen *Magdeburgischen Zeitung* anknüpfen wollte.<sup>635</sup> Noch in den ersten Nummern hatte die Zeitung lediglich die offiziellen Verordnungen redaktionell erläutert, später kamen lokale Berichte, ein Feuilleton, internationale Meldungen, wissenschaftlich-technische Berichterstattung und Pressestimmen aus dem Ausland hinzu.<sup>636</sup> Auch die *Bernburgische Zeitung* enthielt anfangs fast ausschließlich Bekanntmachungen, um spätestens mit der vierten Nummer zu einer vollständigen Zeitung zu werden.<sup>637</sup> Das *Naumburger Tageblatt* erschien anfangs bis zur Nr. 18 unter dem Namen *Verkündungsblatt des Oberbürgermeisters*, das lediglich Bekanntmachungen und Familiennachrichten veröffentlichte, nahm aber mit der Umbenennung ab Nr. 19 auch die politische, wirtschaftliche und kulturelle Berichterstattung auf und veröffentlichte Anzeigen.<sup>638</sup>

Ein wesentlicher Unterschied zu Vorstellungen des US-Generals McClure als auch den breiter angelegten Vorstellungen des Pressestabs um Hans Habe aus der Psychological Warfare Division war hingegen der Umgang mit Anzeigen. Während in der amerikanischen

<sup>632</sup> »Ahrweiler im Aufbau«, in: *Bekanntmachungsblatt für Rochlitz und Umgebung*, 5.5.45.

<sup>633</sup> Vgl. Henke 1995, S. 185ff.

<sup>634</sup> Schreiben Eva Falk an Fritz. Schmidt (Verlagsberater), 28.2.1946 (Ablichtung im Besitz des Autors).

<sup>635</sup> Vgl. Faber 1972, S. 72.

<sup>636</sup> Vgl. Faber 1972, S. 72 (Jg. 1945 im Stadtarchiv Magdeburg).

<sup>637</sup> Siehe *Bernburgische Zeitung*, 6.6.45 und 23.6.45.

<sup>638</sup> Vgl. »Die erste Zeitung in Naumburg nach dem zweiten Weltkrieg«, in: *Liberal-Demokratische Zeitung*, Naumburg, Ausriss o.D. [verm. 1966], Stadtarchiv Naumburg, SG 328.

Heeresgruppenpresse Werbung grundsätzlich verboten war,<sup>639</sup> enthielten alle untersuchten lokalen ostdeutschen Zeitungen während der westalliierten Besetzung Kleinanzeigen und Wirtschaftswerbung. Nur vereinzelt erschienen lediglich die ersten Nummern der Zeitungen ohne Annoncen, bei den meisten gehörten Anzeigen von Anfang an zum Verlagsgeschäft. Wie die Verlagsmitteilungen zeigen, war der Anzeigenmarkt ein ganz selbstverständlicher Teil des regulären Geschäftsbetriebs der Verlage.

»Nachdem von der USA.-Militär-Regierung die Genehmigung erwirkt wurde zur Herausgabe eines Mitteilungsblattes nach Bedarf, besteht für die gesamte Einwohnerschaft die Gelegenheit, den in diesem Blatt verfügbaren Raum für Anzeigen zu benützen. Anzeigentexte für jeden Bedarf aus Industrie, Handel und Gewerbe sowie Familiennachrichten erbitten wir laufend von 7–12 und 13–16.30 Uhr [...].«<sup>640</sup>

Die Anzeigenteile füllten dabei nicht nur zufällig freie Spalten, sondern waren nach den ersten Anlaufschwierigkeiten regelmäßiger Bestandteil der Seitenaufteilung und vermutlich auch der Finanzplanungen der Verlage. Im Durchschnitt wurde ein Drittel bis die Hälfte der zumeist vierseitigen Zeitungen mit Anzeigen gefüllt (Tabelle 7).

Zeitung	Umfang		
	gesamt (Ø Seiten)	dav. Anzeigen	
		Ø Seiten	in %
<i>Treuener Tageblatt und Anzeiger</i> <sup>641</sup>	1,9	0,64	33
<i>Öffentliches Amtsblatt, Eisleben</i> <sup>642</sup>	2	0,4	21
<i>Amtliches Mitteilungsblatt für Kreis und Stadt Gardelegen</i> <sup>643</sup>	2	0,5	25
<i>Reichenbacher Tageblatt</i> <sup>644</sup>	2,1	1,2	55
<i>Schönebecker Nachrichten/Schönebecker Zeitung</i> <sup>645</sup>	2,3	1,2	52
<i>Bekanntmachungsblatt für Rochlitz und Umgebung</i> <sup>646</sup>	2,7	1	37
<i>Allgemeiner Anzeiger, Langensalza</i> <sup>647</sup>	3,8	1,3	34
<i>Bernburgische Zeitung</i> <sup>648</sup>	4	0,7	17
<i>Altenburger Echo</i> <sup>649</sup>	4	2	50

**Tabelle 7: Anzeigenumfang (Geschäftsanzeigen, Kleinanzeigen) ausgewählter Nachkriegszeitungen unter westalliiertter Besetzung.**

<sup>639</sup> Vgl. Matz 1969, S. 45.

<sup>640</sup> Siehe *Elsterberger Nachrichten*, 2.6.45.

<sup>641</sup> Häufige Formatwechsel. Ausgewertet 12 Nummern (von 13) vom 3.-30.6.45.

<sup>642</sup> Ausgewertet: 5 Nummern (von 6) vom 22.5. - 9.6.45.

<sup>643</sup> Ausgewertet: 2 Nummern (von 4?), 29.5. + 2.6.45.

<sup>644</sup> Nummern 1-6 halbformatig unter dem Namen *Notices* ohne Anzeigen, ab Nr. 7/18.5.45 als *Reichenbacher Tageblatt*. Ausgewertet 28 Nummern (von 29) vom 2.5. - 29.6.45.

<sup>645</sup> Ausgewertet: 6 Nummern (von 6) vom 31.5. - 21.6.45.

<sup>646</sup> Ausgewertet: 9 Nummern (von 13) vom 5.5.45 - 30.6.45.

<sup>647</sup> Ausgewertet: 12 Nummern vom 25.4. - 12.6.45.

<sup>648</sup> Ausgewertet: 3 Nummern (von 6) vom 6.6. - 30.6.45.

<sup>649</sup> Ausgewertet: 4 Nummern (von 5) vom 15. - 29.6.45.

Insbesondere nachdem sich die Verhältnisse in den besetzten Gebieten wieder beruhigt hatten und in der Folge auch das Anzeigenaufkommen wieder zu steigen begann, nahmen Annoncen teilweise deutlich mehr als die Hälfte der Zeitungsspalten ein.

Auf den Anzeigenseiten finden sich Belege für die langsame Normalisierung der Lage. Ganz im Sinne der Besatzungspolitik demonstrierten sie den Wiederbeginn des Lebens, schufen dadurch Vertrauen in die Zukunft und förderten den Aufbauwillen. Auch wenn der Krieg beim ersten Erscheinen vieler Zeitungen noch nicht oder gerade erst zuende gegangen war, zeigte die zunehmende Zahl von Verlobungen und Geschäftseröffnungen an, dass die Bevölkerung die Zukunft zu planen begann. Gleichzeitig spiegelten in den Anzeigenteilen die Ehegesuche der früh Verwitweten und die Vermisstenanzeigen das menschliche Leid der Kriegszeit. Neben normalen Geschäftsanzeigen lassen Tauschanzeigen die Nöte der Naturalwirtschaft erahnen: In einer Zeit, wo Ware häufig nicht mehr regulär gegen Reichsmark abgegeben, sondern nur noch gegen andere Ware getauscht wurde, konnten Verkäufer und Käufer meist nur über eine Zeitung zusammen finden. Für die niederliegende lokale Wirtschaft entstanden dadurch deutlich bessere Absatzchancen, der Kleinanzeigenmarkt half die Angebotsmängel durch Gebrauchtwaren auszugleichen. Neben den Wirtschaftsanzeigen von Kleinunternehmen wie einem Rundfunkgeschäft, einem Maurerbetrieb und einem Büroartikelgeschäft fanden sich beispielsweise bereits im Mai in der ersten (zweiseitigen) Nummer der *Schönebecker Nachrichten* auf einer Drittel Seite vor allem Stellengebote, private Kauf- und Tausch- sowie Wohnungs- und Ehegesuche.<sup>650</sup> Großen Raum nahmen auch die Todesanzeigen ein, wo angesichts des längeren Stillstands der Druckmaschinen ein größerer Nachholbedarf bestand. Als beim erstmaligen Erscheinen des *Mühlhäuser Anzeigers* 14 Tage vor dem Ende des 2. Weltkriegs gleich wieder Anzeigen abgedruckt wurden, füllten Todesanzeigen knapp die Hälfte der Anzeigenspalten, ein Viertel waren Tauschanzeigen.<sup>651</sup> Im *Öffentlichen Amtsblatt* aus Eisleben wurde noch Ende Mai in dem mit Todesanzeigen gefüllten Anzeigenteil an die Verstorbenen von Mitte April erinnert.<sup>652</sup> Daneben lasen sich die Anzeigenseiten teilweise auch wie ein Polizeibericht, wenn etwa Gewerbetreibende nach den relativ häufigen Plünderungen um die Rückgabe ihres Eigentums baten (Abb. 17, S. 121).

---

<sup>650</sup> Siehe *Schönebecker Nachrichten*, 23.5.45.

<sup>651</sup> Siehe *Mühlhäuser Anzeiger*, 28.4.45.

<sup>652</sup> Siehe *Öffentliches Amtsblatt*, Eisleben, 31.5.45.



Reichenbach i. Vogtl., Bahnhofstraße 22

**V. f. B. Bad geöffnet**

wochentags von 13—19 Uhr  
sonntags von 9—19 Uhr

Kinder haben um 18 Uhr das Bad zu verlassen.

Wasserwärme: 20 Grad C.

Verein für Bewegungsspiele, Abtlg. Schwimmen o. V.

**ARCHITEKT PAUL TIESEL**

AMTMANNSGASSE 30

BORO FOR BAU-BERATUNG  
ENTWURF UND BAULEITUNG

**Aufforderung!**

Hierdurch fordere ich letztmalig auf,  
**alle aus meinem Kaufhaus**  
und aus meinen Verlagerungen „Schöne Aussicht“ und „Museumstraße“  
**unrechtmäßig entnommenen Waren**  
sowie sonstige Privatsachen, Geschäftsgegenstände und Büromaschinen schriftlich bei Arzt, Reichenbach, Nordstraße 15 II, zu melden und zur Abholung bereitzuhalten.  
Freiwillige Meldungen kommen nicht zur Anzeige.

**Kaufhaus Ernst Jokisch**

**Kaufe Spiegel**

mit u. ohne Rahmen, geschliffen, Größe nicht unter 80 cm. Angebote an Walter Schädlich, Untere Lindenstraße 6.

**Gesucht Damen-Fahrrad**

Tausche modernen Puppenwagen.  
Erika Dressel,  
Krummer Weg 5.

**Stepperei-Anlage**

Für Weißwaren geeignete Anlage leichter Schnellnäher und Kreuznähmaschinen von fliegenschädigster Firma zu kaufen oder pachten gesucht.  
Mylau,  
Netzschkauer Straße 3, part.

**Biete Anzug**

dunkel, mittl. Figur; suche Anzug, Größe 173. M. Golon,  
Zwickauer Straße 255.

Er ruht fern von seinen Lieben auf einem Heldenfriedhof. Für uns noch so unaßbar, erhielten wir die traurige Nachricht, daß mein lieber, treusorgender Mann, herzenguter Vater, mein lieber Sohn, unser guter Bruder, Schwager und Onkel,  
**Unteroffizier**  
**Karl Richard Lorenz**  
am 19. 3. 1945 in treuer Pflichterfüllung in Neuburg a. d. Donau den Heldentod fand.

In stiller Trauer:  
Johanna Lorenz geb. Flach  
und Tochter Charlotte  
Pauline verw. Lorenz

**Kleberollen**  
in verschiedenen Breiten, mit guter Gummiierung

**Dosenfeinpappe**  
gute ziehfähige Graupappe  
ab Lager lieferbar. Abzuholen bei

**P. Dietzsch GmbH.,**  
Netzschkau/Schwarzhammermühle  
Kein Kleinverkauf

**Brennstoff-Belieferung**

Anträge zur Belieferung von Brennstoffen aller Art nimmt sofort entgegen.

**Artur Franke, Am Mühlgraben 14**  
Kohlenhandlung

**Hausfrauen**

die ihre Garderobe gerne selbst arbeiten wollen, finden tatkräftige Unterstützung im Zuschneiden und Anprobieren, auch von Kinderkleidung, bei

Frau M. Neßler, Damenschneiderin, Schreiberstr. 11.

**Schreibblocks**

tintenfest, rosa Papier, einseitig bedruckt, Größe 10×15 cm, jeweils 100 Blatt pro Block, werden in Paketen zu 40 Blocks zu RM. 2.— pro Paket abgegeben.

**Druckabfälle**

als Closetpapier geeignet, Blattgröße 10×15 cm, pro Paket 4000 Blatt, zu RM. 1.50 pro Paket. Abgabe soweit Vorrat reicht.

**HAUN & SOHN**  
Zwickauer Straße 68.  
Verkauf nur vormittags ab 8 Uhr, oberer Toreingang (gegenüber Schlachthofstraße).

**Meine Bäckerei**

ist ab Montag, den 11. 6. wieder geöffnet

**Karl Petzold, Bäckermstr.**  
Karolinenstraße 34

**Fahrrad**

(Herren- oder Damen-), gegen Nützliches dringend gesucht. Seele, bei Heyne, Mylau, Hindenburgstraße 53.

Biete neue, braune, hohe, Herren-Lederschuhe  
Gr. 42, gegen neue Gr. 44.  
Otto Klose, Mylau,  
Lengenfelder Straße 6.

**Herren-Gummischuhe**

Gr. 42, 2 Paar Kinderschuhe, Größe 20, 22, gegen Tauchsieder, Kuchendeckel oder Nützliches zu tauschen gesucht.  
Mylau,  
Netzschkauer Straße 3 part.

**Biete neuen Damenmantel-Stoff**

gegen einen gut erhaltenen Anzug mittlerer Größe.  
Spiel, Mylau i. V.,  
Netzschkauer Straße 47.

Biete 1 Paar weiße Holz-Sandaletten  
Gr. 38½, suche gleichartige, Größe 39—40. Hilde Goller, Mylau, Reichenbacher Str. 22.

**Reinigungs-Frau**

für einige Stunden donnerstags oder freitags für Kontor gesucht.  
Alfred Espig & Co.,  
Hindenburgstraße 46.

**Pflege-Stelle**

für 6 Monate alten Knaben gesucht. Angeb. ans Jugendamt, Wohlfahrtsamtsgebäude, erbeten, wo auch nähere Auskunft erteilt wird.

Biete sehr guterhalt. 3teiligen Burschen-Anzug  
(ca. Größe 42); suche guterhaltene Damen- oder Herrenfahrtrrad. Humboldtstraße 39 p.

Abbildung 17: Anzeigenteil des Reichenbacher Tageblattes, 6. Juni 1945 (Ausschnitt).<sup>653</sup>

Während die Anzeigenteile insgesamt den Eindruck des beginnenden Wiederaufbaus vermitteln, war diese Ordnung jedoch sehr instabil. Vor allem Gerüchte bedrohten immer wieder die öffentliche Ordnung, weshalb für die örtlichen Militärregierungen eine wesentliche psychologische Aufgabe in der Vermeidung von Massenunruhen und Panik bestand.<sup>654</sup> Eine Stabilisierung und eine Beruhigung der Lage war angesichts der Allgegenwärtigkeit der Mund-zu-Mund-Propaganda nur schwer zu erreichen. »Gerüchte, Desinformationen, Halbwahrheiten und Spekulationen bildeten den Informationshorizont aller Bevölkerungsschichten.«<sup>655</sup> Einige der von der Militärregierung genehmigte Zeitungen betonten deshalb bei ihrem ersten Erscheinen in ihren Editorials ausdrücklich, dass sie Gerüchte bekämpfen wollten. Das *Mitteilungsblatt des Bürgermeisters zu Burgstädt* gab in seiner ersten Nummer bekannt, mit der Zeitung solle »der unsinnigen Gerüchtemacherei, die gerade die unglaublichsten Blüten treibt, ein Riegel vorgeschoben werden«,<sup>656</sup> und auch das *Bekanntmachungsblatt für Rochlitz und Umgebung* betonte diese ordnende Aufgabe: »Damit soll auch der unsinnigen Gerüchtemacherei ein Ende gemacht werden. Es gilt jetzt Ordnung, Ruhe und Disziplin zu bewahren, um zu einem geregelten und normalen Leben zu kommen.«<sup>657</sup> Die Bevölkerung sollte sich lieber an den Wiederaufbau machen: »Tränen sind genug geflossen. Erhalte Dir die Hoffnung, unterdrücke alle Gerüchte, die den Mut niederschlagen und vermehre nicht allgemeine Trostlosigkeit durch unbesonnene Reden.«<sup>658</sup>

Die umlaufenden Gerüchte betrafen viele für die Aufrechterhaltung der Ordnung zentrale politische Angelegenheiten, etwa die Geldwertstabilität oder die Übergabe des ostdeutschen Besatzungsgebietes an die Sowjetarmee.

Insbesondere die Frage, ob es zu einem Besatzungswechsel kommen würde, überschattete nach einem Bericht der Militärverwaltung aus Leipzig im Frühjahr 1945 alle anderen Sorgen der Bevölkerung.<sup>659</sup> Vor allem im Bereich der amerikanisch-sowjetischen Demarkationslinie<sup>660</sup> war die Bevölkerung angesichts der unklaren Zukunft in hohem Maße desorientiert und beunruhigt: »Wir wissen nichts vom Weltgeschehen. Ein Gerücht jagt das andere. Hauptsächlich bewegt uns die Frage, ob der Russe kommt oder nicht.«<sup>661</sup> Der US-Militärgeheimdienst berichtete seit Mai 1945 von massiven Flüchtlingsströmen aus dem sowjetischen Machtbereich in die amerikanischen Gebiete westlich von Elbe und Mulde, die das Ergebnis

<sup>654</sup> Abs. 3 (b-2), Appendix C, Handbook for Military Government in Germany, Dec. 1944.

<sup>655</sup> Henke 1995, S. 731.

<sup>656</sup> *Mitteilungsblatt des Bürgermeisters zu Burgstädt*, 24.4.45.

<sup>657</sup> *Bekanntmachungsblatt für Rochlitz und Umgebung*, 5.5.45.

<sup>658</sup> »Für Dich!« In: *Mühlhäuser Anzeiger*, 28.4.45.

<sup>659</sup> Vgl. Henke 1995, S. 714.

<sup>660</sup> Siehe dazu Kap. 3.2.

von Gerüchten und Ängsten vor Übergriffen der Sowjetarmee waren. Als im Juni 1945 nach der Übergabe erster Gebiete östlich der Mulde auch ein weitergehender Einmarsch von Sowjettruppen nach Sachsen und Thüringen in das Zentrum der Spekulationen rückte, löste dies weitere Fluchtbewegungen aus.<sup>662</sup>

Für das Bestreben der Besatzungsmacht, die öffentliche Ordnung wiederherzustellen und das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu setzen, hatte die Furcht vor dem Besatzungswechsel kontraproduktive Effekte. Wie stark sich beispielsweise die Ängste der Bevölkerung vor einem sowjetischen Einmarsch auf die wirtschaftliche Stabilisierung der besetzten Gebiete auswirkte, zeigte der Bankensektor. Die Unsicherheit darüber, wer zukünftig die Besatzungsherrschaft ausüben würde, führte zu starken Rückwirkungen auf die Bargeldeinlagen, die den örtlichen Zahlungsverkehr und damit die wirtschaftliche Konsolidierung des Landes bedrohten.<sup>663</sup> Die Wochenberichte der US-Armee wiesen zwar Ende Mai 1945 aus, dass es nach dem Kriegsende in ganz Deutschland zu einer Beruhigung der Bevölkerung und zu einem ansteigenden Vertrauen in die Maßnahmen der Besatzungsverwaltung gekommen war. Diese allgemeine Beruhigung der Lage hatte die Armee an der Entwicklung im Geschäftsverkehr der Banken festmachen können, wo die Einzahlungen die Abhebungen wieder zu übersteigen begann, was ein Vertrauen die Stabilisierung des Landes signalisierte. Wegen der politischen Unsicherheit wurde hingegen aus dem ostdeutschen Machtbereich der amerikanischen Truppen über einen ungebrochenen Ansturm auf die Spareinlagen berichtet.<sup>664</sup> Bargeldbestände in Reichsmark blieben in Ostdeutschland als Fluchtgeld attraktiv, weil sie trotz der weitgehend ruinierten Währung einige einfache Methode darstellten, Werte zu transportieren. Die Bevölkerung sprach angesichts der Bedeutung der Währung auch allgemein sofort auf Finanzgerüchte und Desinformationen an, weshalb sich etwa das *Altenburger Echo* Mitte Juni zu der Mitteilung gezwungen sah, dass die Reichsmark nicht ihre Gültigkeit verlieren würde.<sup>665</sup>

Der bevorstehende Einmarsch der Sowjetarmee war für die Bevölkerung derartig wichtig und die durch Panik und Flucht ausgelösten Verwerfungen derartig gravierend, dass die Militärregierung bei ihren Informationen über die zukünftigen Besatzungsgrenzen Falschmeldungen veröffentlichen ließ, um Fluchtwellen zu vermeiden und Ruhe und Ordnung sicher zu stellen. In Aken dementierte das örtliche *Amtliche Nachrichtenblatt* auf Anweisung des

<sup>661</sup> Aufzeichnungen Johannes Rudert, zit. n.: »Riesiger Menschenstau am russischen Ufer. Erinnerungen an das Jahr 1945 (6).« In: *Muldenspiegel*, Wochenblatt der Lokalredaktionen Grimma und Wurzen, Nr. 25/Juni 1992, S. 4.

<sup>662</sup> Vgl. Henke 729f.

<sup>663</sup> Vgl. »Vom Geldverkehr. Geldhorten behindert den Wiederaufbau«, in: *Neuer Hannoverscher Kurier*, 3.7.45. – Bargeld war aufgrund des zerrütteten Finanzwesens knapp. In vielen Teilen Deutschlands führte der Mangel an Bargeld zur Ausgabe von Not- und Ersatzgeldscheinen, darunter Fotokopien, die ebenfalls als offizielles Zahlungsmittel galten (siehe dazu »Achtung, Banknoten!« In: *Neuer Hannoverscher Kurier*, 7.8.45).

<sup>664</sup> Vgl. Henke 1995, S. 729.

<sup>665</sup> Siehe »Reichsbanknoten behalten Gültigkeit«, in: *Altenburger Echo*, 15.6.45.

dortigen Militärkommandanten eine Meldung von Radio Luxemburg,<sup>666</sup> das über die Drei-Mächte-Abmachungen zum westalliierten Abzug aus Ostdeutschlands und dessen Übergabe an die Sowjetarmee informiert hatte.<sup>667</sup> Zwar war diese Abmachung zuvor bereits in der Londoner *Times* und in der *New York Times* vermeldet worden,<sup>668</sup> trotzdem musste nicht nur die *Akener Zeitung*, sondern auch der *Weferlinger Anzeiger* ein Dementi der Militärregierung bringen:

»Moskauer Zeitungen haben eine Karte veröffentlicht, wonach die russische Besatzungszone in Deutschland über die Elbe bis zum Westen ausgedehnt wird. Dies ist scheinbar irrtümlicherweise veröffentlicht worden. Dieser Fehler ist auch durch den Rundfunk gemacht worden und wurde tatsächlich am 7. Juni 1945 um 9 Uhr vom Londoner Rundfunk durchgegeben. Das Gerücht ist unbegründet, und jeder sollte sein Bestes tun, um es zu widerlegen!«<sup>669</sup>

Noch eine Woche nach der Meldung von Radio London musste auch das *Altenburger Echo* in einer Bekanntmachung der alliierten Militärregierung eine bevorstehende sowjetische Besetzung Altenburgs dementieren.<sup>670</sup> Da die Fluchtwellen den Aufbau des Bankwesens und damit der Wirtschaft bedrohte, verknüpfte das *Jenaer Mitteilungsblatt* sein Dementi zur Veränderung der Besetzungsgrenzen ausdrücklich mit dem Hinweis, dass die Bevölkerung angesichts der Meldungen und Gerüchte über den sowjetischen Einmarsch die Sparkonten abzuräumen begänne.<sup>671</sup> Die Falschmeldungen konnten jedoch nicht verhindern, dass sich ab Mitte Juni die Flüchtlingsströme in Richtung Westen verstärkten.<sup>672</sup>

Das Vertrauen in den Wahrheitsgehalt von Zeitungen dürfte, zumal die Medien bereits durch die Nazi-Propaganda diskreditiert waren,<sup>673</sup> angesichts der sich widersprechenden alliierten Berichte und Auskünfte nur sehr begrenzt vorhanden gewesen sein. Die Bedeutung der mündlichen Kommunikation musste in dieser Situation zunehmen, weshalb die Bevölkerung auch zur Beantwortung der Frage nach den zukünftigen Besetzungsgrenzen nicht nur willig

<sup>666</sup> Siehe »Aufruf!« In: *Amtliches Nachrichtenblatt*, Aken, 8.6.45.

<sup>667</sup> Am 6. Juni hatte das Radio darüber berichtet, dass die Sowjetunion gemäß der Beschlüsse der Konferenz von Jalta die Besetzung von Thüringen, Sachsen und der Provinz Sachsen beanspruchte (vgl. Henke 1995, S. 730).

<sup>668</sup> Vgl. Henke 1995, S. 724f.

<sup>669</sup> Siehe »Ankündigung der Britischen Militär-Regierung«, in: *Weferlinger Anzeiger*, 12.6.45.

<sup>670</sup> Siehe »Bekanntmachung«, in: *Altenburger Echo*, 15.6.45.

<sup>671</sup> »In der letzten Ausgabe des Mitteilungsblattes konnte auf Grund einer Information des kommissarischen Jenaer Oberbürgermeisters mitgeteilt werden, daß so viel amtlich bekannt ist, Veränderungen in der Besetzung unseres Gebietes nicht zu erwarten sind. Eine mißverständliche Publikation und zahllose Gerüchte waren die Veranlassung, daß sehr viele Kontoinhaber ihre Sparguthaben kündigten und ganz oder teilweise abhoben. Inzwischen ist eine Beruhigung eingetreten, nicht zuletzt infolge der oben zitierten offiziellen Feststellung.« (*Jenaer Mitteilungsblatt*, 25.6.45.)

<sup>672</sup> Vgl. Henke 1995, S. 737. – Im *Köthener Amtlichen Nachrichtenblatt* finden sich vier Tage vor dem Besatzungswechsel unter einem Beitrag über die Schönheit des Landkreises Köthen kryptische Zeilen, die als durch die Zensur geschlüpfte Bestätigung gelesen werden können: »Am Rande der Hauptstraßen ziehen viele Wanderer ihres Weges.« (*Köthener Amtlichen Nachrichtenblatt*, 26.6.45).

<sup>673</sup> Vgl. Klaus 1995, S. 426.

Gerüchte aufgriff, sondern noch unzuverlässigere »Medien« als Informationsquelle nutzte: »Man ging damals zum Wahrsager.«<sup>674</sup>

Als ganz besonders hilfreicher Leserservice dürfte in dieser Situation eine Zeitungsveröffentlichung aufgenommen worden sein, die sich in Leipzig fand. Während die Bevölkerung noch klare Antworten über die zukünftigen Herren der Stadt vermisste, ließ der Leipziger Stadtkommandant im *Amtlichen Nachrichtenblatt* eine »Ausgeherlaubnis« veröffentlichen, die den Lesern eine untypische Orientierungsfunktion bot, indem sie die Grenzen der von der Militärregierung gewährten Bewegungsfreiheit umriss: In der Zeitung war eine Karte abgedruckt, die ein weit nach Westen (bis Siegen, Koblenz, Bingen und Frankfurt/Main) reichendes Gebiet zeigte, für das der Kommandant eine unbeschränkte Reisefreiheit zugestanden hatte. Wenige Tage nachdem die Alliierten sich endgültig auf die neuen Besatzungsgrenzen verständigt hatten, konnte sich jener Teil der Bevölkerung, der vor der Roten Armee nach Westen fliehen wollte, anhand der Karte amtlich über die Fluchtmöglichkeiten nach Westdeutschland informieren.<sup>675</sup>

Indem auf Anordnung der Militärregierung falsche Angaben über die Besatzungsgrenzen erschienen, verstießen die Zeitungen gegen die amerikanischen Regeln der psychologischen Kriegsführung, nach denen, »truth is the most important ingredience in psychological warfare.«<sup>676</sup> Jedoch hätte eine ehrliche Informationspolitik die Militärregierung bei der Verwaltung des Landes wohl vor noch größere Probleme gestellt, als im zerstörten Deutschen Reich sowieso schon bestanden. Lange wussten die Offiziere der örtlichen Militärregierungen zudem selber nicht, ob sie ihren Landkreis oder ihre Stadt an die Sowjetarmee übergeben

<sup>674</sup> Auskunft Eva Falk, 24.4.2001, Wiesbaden. – Dröge (1970, S. 336) ordnet das Gerücht am Beispiel des Zweiten Weltkriegs auf der untersten Stufe der »Prestigehierarchie der Kommunikationsmittel« ein. Steigt die Bedeutung des Gerüchtes, liege dem stets eine von staatlichen Kommunikationspolitik sozial und politisch erzwungene Werteänderung zugrunde. Daraus abgeleitet führt jedoch auch der weitgehende Zusammenbruch der staatlichen Gewalt und der Massenkommunikationsmittel zu einem Bedeutungszuwachs des Gerüchtes und anderer Formen des informellen Austauschs. Wird das Gerücht dabei als »Ventil« (Dröge 1970, S. 339) verstanden, »entstanden aus der unterbrochenen Vermittlung zwischen individuellem Lebensbereich und Gesamtgesellschaft, für den die Medienpublizistik, insbesondere der Rundfunk, keine geeigneten Instrumente bereit hielt« (ebd.), zeigt der Rückgriff auf Gerüchte und Wahrsager jenen »Überdruck« an, den die in der Kommunikation weitgehend auf ihren Nahbereich zurück geworfenen, aber von der Weltpolitik bestimmte Bevölkerung aufgebaut haben musste. Zu bezweifeln ist allerdings, ob die Gerücherverbreitung unter allen Umständen die Gesellschaft restrukturiert (Dröge 1970, S. 341) oder nicht gerade in Situationen von massenhaft verbreiteten Ängsten und abnehmendem staatlichen Druck eher die gesellschaftliche Fliehkräfte noch anheizt (vgl. Saxer 1995, S. 205: »Kriege sind besonders folgenschwere, manifeste gesellschaftliche Krisen, die regelmäßig massive soziale Desintegrationserscheinungen zur Folge haben.«).

<sup>675</sup> Siehe »R.J. Eaton, Military Gov. Officer Commanding, Betr. Ausgeherlaubnis für Zivilpersonen, 8.6.45.« In: *Amtliches Nachrichtenblatt*, Leipzig, 16.6.45.

<sup>676</sup> PWD/SHAEP: An Account Of Its Operations In The Western European Campaign, 1944-1945. Bad Homburg 1945, zit. n. Matz 1969, S. 25.

würden, da die amerikanische und britische Führung den Besatzungswechsel so lange wie möglich zu verschleiern suchte.<sup>677</sup>

Unabhängig davon, ob die Falschmeldungen auf Anweisungen des alliierten Hauptquartiers oder lokaler Militärkommandeure zurückgingen, bedeutete das Aufdecken einer Lüge einen grundsätzlichen Vertrauensbruch.<sup>678</sup> Dieser Vertrauensbruch musste im Falle der falschen Angaben zu den Besatzungsgrenzen bereits dadurch eintreten, dass sich alliierte Rundfunkmeldungen einerseits und alliierte Zeitungsmeldungen andererseits widersprachen.<sup>679</sup> Wären normalerweise die Folgen von Falschmeldungen »the same as killing the goose that might eventually lay golden eggs,«<sup>680</sup> waren die Folgen in Ostdeutschland nicht so gravierend: Die Einwohnerschaft wurde danach sowieso dem sowjetischen Einfluss übergeben.

Zusammenfassend betrachtet deutet die große Vielfalt der Zeitungsinhalte in Ostdeutschland nicht auf streng normierend wirkende militärische Vorgaben zur westalliierten Pressepolitik hin. Die von den lokalen US-Kommandanten genehmigten Blätter waren nur zum Teil schlichte regelmäßig erscheinene Amtsblätter, in denen den Bürgern im Sinne General McClures lediglich befohlen wurde und die lediglich Gesetze und Bekanntmachungen enthielten. Wesentlich verbreiteter waren dagegen Blätter, die durch Aufmachung und Inhalt an Tageszeitungen erinnerten und die ein Mindestmaß an lokaler und nicht selten auch an überregionaler Information brachten. Die Zeitungen übernahmen dazu regelmäßig Beiträge aus den amerikanischen Heeresgruppenblättern, die gleichzeitig wohl auch als Beispiel oder Vorbild gedient haben dürften. Alle diese dünnen lokalen Blättchen erfüllten dieselben stabilisierenden Aufgaben wie die von den US-Propagandaeinheiten hergestellten großen westdeutschen Heeresgruppenblätter.<sup>681</sup> Sie instruierten die Bevölkerung, informierten »durch lokale Berichterstattung über den Verlauf des täglichen Lebens unter dem Einfluß der Militärregierung«<sup>682</sup> und hatten dabei die Aufgabe, den Widerstandswillen zu brechen, Ordnung herzustellen<sup>683</sup> sowie Vertrauen und Sympathie für die Besatzer zu wecken.<sup>684</sup>

---

<sup>677</sup> Vgl. Henke 1995, S. 729ff. – Als kurzfristiges Mittel, die Bevölkerung in falscher Sicherheit zu wiegen, nennt Henke (1995, S. 737) den Dudelsack. Im mecklenburgischen Grevesmühlen gaben schottische Soldaten zur Beruhigung am 30. Juni ein Dudelsackkonzert, um anschließend urplötzlich eine Ausgangssperre zu verhängen und abzurücken.

<sup>678</sup> Vgl. Matz 1969, 25f.

<sup>679</sup> Zur Verheimlichung des amerikanischen Abzugs in Thüringen siehe auch Kap. 3.4.

<sup>680</sup> The PWD/SHAEF 1945, zit. n. Matz 1969, S. 25.

<sup>681</sup> Vgl. Matz 1969, S. 31.

<sup>682</sup> Matz 1969, S. 31.

<sup>683</sup> Vgl. Matz 1969, S. 47.

<sup>684</sup> Vgl. Matz 1969, S. 15.

#### 4.4.6 Nachrichtenquellen

Die Quellen der Nachrichtenversorgung wurden zumeist nicht ausgewiesen. Soweit nachvollziehbar, bekamen die Redakteure ihre überregionalen Informationen vor allem aus dem Radio. Auch zufällig kursierende Einzelstücke auswärtiger alliierter Heeresgruppenblätter und fremde kommunale Nachrichtenblätter sowie die mit den Truppen in die Kleinstädte gelangte internationale Presse wurden als Nachrichtenquellen genutzt. Die Berichterstattung aus dem Nahbereich ging dagegen wie üblich auf eigene Recherchen oder die Mitteilungen der militärischen oder zivilen örtlichen Verwaltung zurück. Während beispielsweise die *Buchenwalder Nachrichten* für ihre internationalen Beiträge auf das komplette Spektrum der zu empfangenen Radiosender (Radio Prag, Moskau, Belgrad, London, Luxemburg sowie anfänglich noch der nationalsozialistische deutsche Rundfunk), die amerikanische Militärpresse und die – wohl vor allem mit internationalen Delegationen in das Lager gebrachte oder im Radio zitierte – Weltpresse (*Times*, *Neue Züricher Zeitung*, *Het Vrije Volk*, *Iswestija*, *France-Soir*) zurückgriff,<sup>685</sup> fanden sich in der *Bernburgischen Zeitung* die wahrscheinlich kaum direkt empfangenen Quellen ›Japanischer Rundfunk‹, ›Radio Melbourne‹ und ›Reuters‹.<sup>686</sup> Im *Amtsblatt für den Kreis Sondershausen* wird ›Radio London‹ gleich als Ortsmarke für internationale Meldungen genutzt.<sup>687</sup> Wie in Altenburg benannten viele Zeitungen als Quelle amerikanische Heeresgruppenzeitungen, das *Altenburger Echo* etwa die *Hessische Post* und daneben auch den *Daily Telegraph* aus London.<sup>688</sup> Das *Bekanntmachungsblatt für Rochlitz und Umgebung* wies seine Nachrichtenquellen per Sammelnachweis im Zeitungskopf oder im Seitenfuß aus. In die Redaktion gelangten danach regelmäßig ebenfalls sowohl die *Hessische Post* der US-Armee, ein kommunales Mitteilungsblatt aus Leipzig und das von der britischen Armee herausgegebene *Hamburger Nachrichten-Blatt*. Das Rochlitzer *Bekanntmachungsblatt* griff zudem auf die von der Sowjetarmee herausgegebene *Tageszeitung für die deutsche Bevölkerung* zurück,<sup>689</sup> was zumindest auf lokaler Ebene einen Informationsaustausch zwischen den Besatzungsgebieten belegt.<sup>690</sup> Auch der im Kreis Weimar genehmigte *Weimarer Landbote* zitierte umfangreich aus Aufrufen aus der ersten

<sup>685</sup> Siehe *Buchenwalder Nachrichten*, 14.4.45ff. (Ritscher 1983, S. 1ff.). – Als Quelle erwähnt wird darüber hinaus die tschechische Lagerzeitung *KLB 45* (vgl. *Buchenwalder Nachrichten* o.D. [Ritscher 1983, S. 15]).

<sup>686</sup> Siehe *Bernburgische Zeitung*, 23.6.45; 30.6.45.

<sup>687</sup> Siehe *Amtsblatt für den Kreis Sondershausen*, 18.5.45 (Abbildung 19).

<sup>688</sup> Siehe ›Entscheidung über Gefangene‹, in: *Altenburger Echo*, 15.6.45;

<sup>689</sup> Siehe *Bekanntmachungsblatt für Rochlitz und Umgebung*, 5.5.-30.6.45.

<sup>690</sup> Nach den Schilderungen von Heym (1990, S. 356) schien ein Grenzverkehr eher ungewöhnlich gewesen zu sein, zumal die Grenze aus Sicherheitsgründen und zeitweise geschlossen blieb (Henke 1995, S. 694).

Nummer der sowjetischen *Täglichen Rundschau. Zeitung der Roten Armee*,<sup>691</sup> das Gardeleger Nachrichtenblatt aus der *Armeezeitung Roter Stern*.<sup>692</sup>

In den Fällen, wo die überregionalen Nachrichten aus auswärtigen Zeitungen übernommen worden waren, konnten die Meldungen bei ihrem Erscheinen nicht mehr richtig aktuell sein. Die Nutzung von auswärtigen Printmedien als Quellen führte deshalb zu einer Berichterstattung, die nach heutigen Maßstäben als stark veraltet gelten muss. »Taufrisch waren die Nachrichten nicht, aber auch der Begriff der Neuigkeit ist relativ.«<sup>693</sup> Die vom *Bekanntmachungsblatt für Rochlitz und Umgebung* am 2. und 6. Juni 1945 als Quelle für nationale und internationale Meldungen genutzte amerikanische Heeresgruppenzeitung *Hessische Post* datierte etwa vom 26. Mai, die Nachrichten der Nummer vom 2. Juni fanden erst am 16. desselben Monats in das Rochlitzer Blatt, und auch die Meldungen aus der Nr. 7 der *Hessischen Post* wurden mit etwa zweiwöchiger Verspätung verwertet.

Ein Konkurrenzdruck, der eine fehlende Aktualität hätte zum Nachteil werden lassen, bestand bereits wegen des allgemeinen Mangels an Informationen kaum. Zudem waren die Zeitungen konkurrenzlos. Zwar hatte die Verbreitung des Radios – obwohl während des Krieges noch kein allgegenwärtiges Medium – den Heimatzeitungen bereits während des Krieges eine Konkurrenz bedeutet, die zu einer Konzentration auf lokale und regionale Berichterstattung geführt hatte,<sup>694</sup> auch informierte sich die Bevölkerung nach dem Krieg über überregionale Geschehnisse vor allem aus dem Rundfunk, doch konnten die Sender bei der regionalen Berichterstattung keine Alternative zu den lokalen Nachkriegsblättern bedeuten. Da das Radio für die kommunalen Informationen keinen Informationsvorsprung bot, schwand für die lokale Berichterstattung Aktualitätsdruck.<sup>695</sup> In dieser Situation konnten die Redaktionen insbesondere im Lokalteil auf Informationen zurückgreifen, die aus den ebenfalls nicht sonderlich aktuellen Zeitungen aus der Nachbarschaft entstammten, weshalb sich die Redaktionen zum Zwecke des Aufbaus einer kontinuierlichen regionaler Berichterstattung darum bemühten, die Nachrichtenversorgung durch einen regelmäßigen Bezug benachbarter Lokalblätter zu verstetigen: »Von den in Halle, Dessau, Bernburg u. Calbe erscheinenden

<sup>691</sup> Siehe *Weimarer Landbote*, Nr. 1/o.D. (Juni 45).

<sup>692</sup> Siehe *Amtliches Mitteilungsblatt für Kreis und Stadt Gardelegen*, 2.6.45.

<sup>693</sup> Diese von Habe 1977 (S. 52) über die von ihm besorgte erste Nummer des *Kölnischen Kuriers* beschriebenen Bedingungen herrschten in gleicher Form auch für die Presse zwischen Harz und Elbe.

<sup>694</sup> Vgl. Kohlmann-Viand 1991, S. 123-131.

<sup>695</sup> Vgl. Kohlmann-Viand 1991, S. 123-131. – Zur Bedeutung der Produktkonkurrenz für die Presse vgl. Stöber 2000, S. 151.



Zeitungen möchten wir regelmäßig Exemplare beziehen. Vermittler bitten wir, sich mit uns in Verbindung zu setzen.«<sup>696</sup>

Eine Nutzung alliierter Nachrichtenagenturen konnte bei den Zeitungen nicht nachgewiesen werden. Lediglich die Redaktion in Gardelegen kam offenbar an Informationen vom »Amerikanischen Kriegsinformationsamt.«<sup>697</sup> Die Meldungen des alliierten Pressedienstes APS wurden zwar über den Rundfunk verbreitet,<sup>698</sup> dieser wie auch die im Juni 1945 von den Amerikanern installierte Deutsche Allgemeine Nachrichtenagentur (DANA)<sup>699</sup> waren als Quellennennung in den untersuchten Zeitungsausgaben jedoch nicht nachzuweisen. Auch der gemorste Londoner Dienst »News File« wurde nicht als Quelle genannt. Ein Empfang der schnellen Funkmedien hätte nicht nur des Besitzes von Empfangseinrichtungen bedurft, die etwa bei den *Nachrichten für Grimma* wie wohl auch bei vielen anderen kleinen Zeitungen fehlten,<sup>700</sup> sondern auch militärischen Anordnungen widersprochen: Private Nachrichtenanlagen standen nach dem Gesetz Nr. 76 unter der Kontrolle der Militärregierung.<sup>701</sup>

#### 4.4.7 Materielle Bedingungen der Zeitungsproduktion

Nicht nur die Probleme bei der Nachrichtenversorgung, sondern auch eine schlechte Versorgung mit Energie und Verbrauchsmaterialien beschränkte während des Krieges wie in der Nachkriegszeit die Möglichkeiten, Zeitungen zu produzieren. In vielen Städten und Gemeinden ließen die ökonomischen Bedingungen der Mangelwirtschaft kein Erscheinen richtiger Tageszeitungen zu, auch wenn die Gründe für diese materiellen Einschränkungen je nach Unternehmen unterschiedlich gelagert waren. Als der Bürgermeister der thüringischen Stadt Schmalkalden am 26. April 1945 ein »Nachrichtenblatt« mit amtlichen Bekanntmachungen zur Wohnungsbewirtschaftung herausgab, handelte es sich dabei lediglich um ein mit Schreibmaschine beschriebenes DIN A 4-Blatt, auf dem handschriftlich in großen Buchstaben »Nachrichtenblatt« vermerkt war.<sup>702</sup>

Ein Teil der Druckereien war beschädigt, anderen fehlten die Betriebsstoffe. Die notwendigen Verbrauchsgüter wie Papier, Kohle oder Ersatzteile waren rationiert bzw. nach dem

<sup>696</sup> Kleinanzeige in: *Kötbener Amtliches Nachrichtenblatt*, 26.6.45.

<sup>697</sup> Siehe *Amtliches Mitteilungsblatt für Kreis und Stadt Gardelegen*, 29.5.45.

<sup>698</sup> Vgl. Matz 1969, S. 42.

<sup>699</sup> Vgl. Zink 1957, S. 239.

<sup>700</sup> Mitteilung Ralf Bachmann, Berlin, 11.6.99.

<sup>701</sup> SHAEF, Gesetz Nr. 76, Post-, Fernsprech-, Telegraf- und Rundfunkwesen.

Zusammenbruch der Verkehrsinfrastruktur zumeist überhaupt nicht mehr beziehbar. Der US-Propagandaoffizier Hans Habe fand »die meisten Druckereien [...] zerstört oder [...] in einem jämmerlichen Zustand, die Papierreserven waren erschöpft, die Papierfabriken ausgebombt oder geschlossen, Druckereidirektoren, Maschinensetzer, Faktoren und Metteure waren gefallen, geflohen, verschwunden oder gefangen«. <sup>703</sup>

Insbesondere in Regionen, die durch starke Kampfhandlungen in Mitleidenschaft gezogen worden waren, bedeuteten diese Zerstörungen am Betriebsinventar die größten Hindernisse beim Wiederbeginn der Drucktätigkeit. <sup>704</sup> Allein die Reparaturarbeiten an den Maschinen sowie am Druckerei- und Verlagshaus in Schönebeck, das bei Beginn der Arbeiten noch im Kampfgebiet lag, nahmen mehr als drei Wochen in Anspruch, obwohl die amerikanischen Genehmigungsbehörden das Rekonstruktionsvorhaben bereitwillig unterstützten. <sup>705</sup>

Selbst im Falle intakt gebliebener Druckanlagen und Gebäude war es schwierig, den Betrieb aufrecht zu erhalten, wenn das Papier fehlte. Bereits bis Dezember 1944 war die Produktion von Zeitungspapier auf etwa ein Fünftel der Menge vom Januar 1939 zurückgegangen. <sup>706</sup> Im Frühjahr 1945 waren die Verlage angesichts der zusammengebrochenen Verkehrswege und Lieferbeziehungen auf die Vorräte der eigenen Lager oder zumindest die der Zwischenhändler in der Umgebung beschränkt. Allgemein war Papier so knapp, dass Zeitungen für die Bevölkerung auch unabhängig vom Inhalt als wichtige Rohstoffquelle dienten. »Wegen des großen Papiermangels waren die Blätter samt ihren wichtigen Nachrichten örtlichen Inhalts im

<sup>702</sup> Vgl. »Amtliche Bekanntmachungen! Nachrichtenblatt.« Der Bürgermeister, Aushang, Schmalkalden 26.4.45 (Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden, SM/1801).

<sup>703</sup> Habe 1977, S. 61. Faktor: Leiter der Bleisetzerei; Metteur: Setzer, der den Umbruch verantwortet.

<sup>704</sup> Noch stärker beeinträchtigt war die Zeitungsproduktion in Berlin, das unter besonders starken Zerstörungen litt (vgl. Mendelssohn 1982, S. 494ff.).

<sup>705</sup> Vgl. zum Wiederaufbau folgende Schilderung des Verlegers Theodor Wulfert (Wulfert 1949b, S. 19f.): »Durch einen Wust von Arbeit hatte ich mich durchzuwürgen, wenn man bedenkt, daß Schönebeck noch im Kampfgebiet lag, Magdeburg war noch nicht gefallen und von der ostelbischen Seite kamen ständig Flintenschüsse herüber. - Zunächst brauchte ich Setzer und Drucker, die bisher tätigen Nazis durfte ich nicht einstellen, dazu Hilfskräfte. Mit den Handwerkern mußte ich Fühlung nehmen, ob und wieviel Material für Wiederaufbau und Reparatur vorhanden war. Bereits am 27. April hatte ich die erforderliche Übersicht und unterbreitete meine Pläne dem Bürgermeister und der Kommandantur. Binnen 30 Minuten hatte ich zu allem das Einverständnis, ferner die Zusicherung als vordringliche Arbeit und einen Überbrückungskredit von 10 000 RM. Am 30. April hatte ich Maurer, Zimmerleute, Dachdecker, Glaser, Installateure und Elektriker, dazu das neuengagierte Personal in voller Tätigkeit. - 3 Volltreffer waren in die Betriebsgebäude eingeschlagen, ein Volltreffer in das Geschäftsgebäude auf dem Breiten Wege. Eine Granate aus Richtung östlich der Elbe hatte den Dunstschornstein und das Pappdach der Stereotypie weggeblasen, die Splitterbrocken waren durch die massiv gewölbte Decke gedrungen, ohne die Maschinen erheblich zu beschädigen. Die Ziegel auf dem Dach der Autogarage und dem Papierlager waren wie ein aufgescheuchter Taubenschwarm davongeflogen, ein 2. Volltreffer hatte Giebel und Dach vom Seitengebäude des Wohnhauses zerfetzt, der Rest war in die Schriftleitung gegangen. Ein 3. schwerer Einschlag hatte ein Loch etwa 3 mal 4 Meter in das Mauerwerk der alten Druckerei gerissen und war dann in das Papierlager gegangen, glücklicherweise ohne zu zünden. Etwa 15 000 Briefumschläge waren vernichtet und in 7 Rollen Rotationspapier waren die Splitter dieser Geschoßgarbe stecken geblieben. Der Fußboden der Schriftleitung im ersten Stock hatte sich gesenkt, die Rohrleitung der Dampfheizung und das Gas- und Wasserrohr waren siebartig durchlöchert. An Fensterscheiben blieb nichts heil und hoch lag der Schutt in allen Räumen, besonders in der Druckerei. Die Beschädigungen an Maschinen waren nicht allzu bedeutend, die Reparaturen waren in einigen Tagen erledigt. Setzmaschinen und Rotation waren unbeschädigt, die Aufräums- und Säuberungsarbeiten nahmen 9 Tage in Anspruch. Am 20. Mai hatte ich alles in Ordnung, es fehlte nur noch die Fensterscheiben einzusetzen und die Dächer fertig zu decken.«

<sup>706</sup> Vgl. Hädler 1961, S. 188f.

Handumdrehen vergriffen.«<sup>707</sup> Vielfältige Nutzungen förderten den Absatz jeglicher Zeitungen. »Man hat später darüber gespottet, daß die Deutschen »alles« kauften, weil sie Packpapier für ihr Gemüse brauchten.«<sup>708</sup> Das Papier wurde nicht nur zum Einwickeln sondern auch auf der Toilette gebraucht, weshalb etwa die britische Armee die Vorräte des Rotationspapier der NS-Zeitung *Niederdeutscher Beobachter* zu Klopapier zerkleinern ließ.<sup>709</sup>

Größere Papiermengen, auf die die Druckereien zurückgreifen konnten, waren nur dann vorhanden, wenn die Verlage es während des Krieges auf illegale Weise geschafft hatten, Lager anzulegen. Auf eventuell bevorstehende Versorgungsprobleme waren die Verlage allerdings bereits seit 1936 durch die ersten staatlichen Aufrufe zur Papiereinsparung vorbereitet worden,<sup>710</sup> was frühzeitig den unternehmerischen Findungsreichtum zur Bewältigung von Notzeiten geweckt hatte. Um Papier horten zu können, hatten die Druckunternehmen etwa mit Hilfe kreativer Buchführung die Makulaturmengen höher angegeben als tatsächlich angefallen.<sup>711</sup> Auch geschönte Auflagenangaben hatten einen höheren Verbrauch vorgetäuscht und ebenfalls zum Anwachsen der Vorräte beigetragen.<sup>712</sup>

Wo nicht auf solche Lagerbestände zurückgegriffen werden konnte, scheiterte die Zeitungsproduktion bereits am Papier, da die Produktionsstätten wegen der Kriegsverhältnisse zumeist still lagen. Lediglich in Penig begann im Mai 1945 die örtliche Papierfabrik für drei Monate wieder mit der Produktion, was dem dortigen *Mitteilungsblatt für Penig und Lunzenau* für kurze Zeit einen sicheren Papiernachschubs bescherte.<sup>713</sup>

Daneben erschwerte auch die unregelmäßige Energieversorgung die Zeitungsproduktion und insbesondere das Schmelzen der Bleiletern. »Schwieriger als die Papierbeschaffung war der pünktliche Druck, da nur eine Setzmaschine in Ordnung war und nur eine Stunde lang (Strom-Sperrzeit) das Blei im Kessel flüssig blieb.«<sup>714</sup>

<sup>707</sup> Hornig, Erhard: Eine kleine Nachkriegs-Zeitung, 28.9.1985. Anlage zu einem Schreiben E. Hornigs a. d. Internationale Zeitungsmuseum der Stadt Aachen, Direktor Leppe, Bad Harzburg, 24.9.85 (im Besitz des Autors).

<sup>708</sup> Habe 1977, S. 58.

<sup>709</sup> Vgl. Bericht Richard Crull, zit. n: Schultz-Naumann 1989, S. 144. Der Zeitungsverlag Haun & Sohn aus Reichenbach verkaufte seine »Druckabfälle, als Closetpapier geeignet, Blattgröße 10×15 cm«, um dem Mangel abzuhelpen (vgl. Verlagsanzeige, in: *Reichenbacher Tageblatt*, 6.6.45, Abbildung 21).

<sup>710</sup> Vgl. Kohlmann-Viand 1991, S. 56; Hale 1965, S. 242.

<sup>711</sup> Vgl. Kohlmann-Viand 1991, S. 57.

<sup>712</sup> Auskunft August Oberreuter, IV., 7.1.2000. – Das Druck- und Verlagshaus Oberreuter konnte auf diese Weise bis zum Kriegsende immerhin 28 t Papier ansammeln und besaß damit »nach dem Kriege jahrelang Papier« (Oberreuter). Rein rechnerisch reichte diese Menge für netto rund 2,4 Mio. Blatt Zeitungspapier oder 6 Jahre lang wöchentlich eine vierseitige Zeitung in einer Auflage von 4000 Exemplaren. Auch der Verlag des *Mühlhäuser Anzeigers* konnte ausreichende Papiermengen zurücklegen (Auskunft Eva Falk, Wiesbaden, 2.12.1998).

<sup>713</sup> Mitteilung Dieter Richter, Penig, 13.2.2000. – Ob von diesen Papierlieferungen auch andere nahe gelegene Zeitungen profitierten, bzw. wie groß in jenen Wochen der Kundenkreis der Papierfabrik war, ließ sich im Rahmen dieser Arbeit nicht klären.

<sup>714</sup> Hornig, Erhard: Eine kleine Nachkriegs-Zeitung, 28.9.1985. Anlage zu einem Schreiben E. Hornigs a. d. Internationale Zeitungsmuseum der Stadt Aachen, Direktor Leppe, Bad Harzburg, 24.9.85 (im Besitz des Autors).

#### 4.4.8 Mediaangaben

Die typischen Mediaangaben wie Erscheinungsweisen, Seitenumfänge, Auflagen, verantwortliche Redakteure und Anzeigenleiter waren den Zeitungen nur vereinzelt zu entnehmen. Die ersten Pressehandbücher, die einen Überblick über die Presse hätten bieten können, erschienen erst 1946.<sup>715</sup> Während Seitenumfänge und Erscheinungsweisen im Rahmen von Autopsien erhoben werden konnten, ließen sich Angaben zu den Auflagen lediglich grob und vereinzelt finden.

#### Auflagenzahlen

Die Auflagenhöhen der Nachkriegszeitungen und ihre Verbreitung sind anhand der spärlich übermittelten Mediaangaben nur grob einschätzbar. Einerseits beschränkte die materielle Not die Auflagenhöhen, andererseits erhöhte die Zahl der Flüchtlinge aus den ausgebombten Städten die Nachfrage. Vielfach waren die Erscheinungsgebiete der Verlage nach dem Ausfall von Konkurrenten durch die Militärverwaltung neu zugeschnitten worden. Beispielsweise musste die *Schönebecker Zeitung* ab Juni 1945 nicht nur im angestammten eigenen Landkreis, sondern auch im Kreis Wanzleben und im nördlichen Teil des Kreises Calbe erscheinen.<sup>716</sup>

Vereinzelt scheinen die Druckereien höhere Auflagen produziert zu haben als vor dem Krieg. In Mühlhausen sollte jeder Haushalt mit dem *Mühlhäuser Anzeiger* beliefert werden.<sup>717</sup> Diese vorgesehene Auflage dürfte damit höher gewesen sein als 1939 und mindestens die seinerzeitige Gesamtauflage aller Mühlhäuser Zeitungen erreicht haben, als der *Mühlhäuser Anzeiger* 13 000 Exemplare und die damals noch konkurrierende Bezirksausgabe *Thüringer Gauzeitung/Mühlhäuser Kampf* rund 7 400 Exemplare vertrieben.<sup>718</sup> In Rudolstadt hatte der Verlag des Nachrichtenblattes eine so rege Nachfrage durch Abonnenten zu bedienen, dass der Verlag beim Vertrieb überfordert war:

»Liebe Leser! Bei der überaus großen Abonnentenzahl ist eine prompte Hauszustellung noch nicht möglich. Es wird aber alles getan, damit recht bald jeder Bezieher das Blatt ins Haus

<sup>715</sup> Den Beginn markierten 1946 der vom Berliner Werbedienst herausgegebene »BWD Zeitungs- und Zeitschriftenkatalog 1946« und der Katalog der Vier-Zonen-Presseschau Marl und Dortmund »Die deutsche Presse 1946. Zeitungen und Zeitschriften von heute«.

<sup>716</sup> Vgl. Wulfert 1949b.

<sup>717</sup> Aktennotiz: Vorschlag, Dienstag, 24.4.45. DBuV Akte 1939-46.

<sup>718</sup> Vgl. Handbuch der deutschen Tagespresse 1944, S. 244 – Einwohnerzahl der Stadt Schönebeck 1940: 44000.

bekommt. Bitte haben Sie Verständnis dafür, wenn das Blatt vorläufig noch abgeholt werden müßte. Der Verlag«.<sup>719</sup>

Halbwegs beziffert werden konnte die Auflage der *Nachrichten für Grimma*: »Die Auflage war für diese Zeit ziemlich hoch, jedenfalls nach meiner Erinnerung deutlich über 10 000.«<sup>720</sup> Gegenüber 1939, als täglich rund 5 100 Stück abgesetzt wurden, bedeutete dies eine Verdopplung der Auflage.<sup>721</sup> Die Leserichte ließ sich anhand der Volkszählung des Jahres 1945 grob schätzen: Bei einer Einwohnerzahl von 120 000 Einwohnern dürfte auf etwa 12 Einwohner eine Zeitung gekommen sein.<sup>722</sup> Das *Amtliche Nachrichtenblatt* in Leipzig ging mit einer Startauflage von 300 000 Exemplaren auf den Markt<sup>723</sup> und übertraf damit deutlich die Auflagensumme der beiden Vorkriegszeitungen *Leipziger Neueste Nachrichten* (161 000) und *Neue Leipziger Tageszeitung* (68 000).<sup>724</sup> Bezogen auf die Bevölkerungsstatistik des Jahres 1945 kam damit eine Zeitung auf etwa 2 bis 3 Einwohner,<sup>725</sup> was einer hohen Haushaltsabdeckung entsprochen haben dürfte.<sup>726</sup> Auch die Auflage des Nachrichtenblattes aus Zeulenroda wird für die Nachkriegszeit auf etwa 4 000<sup>727</sup> und damit höher geschätzt als die im Nationalsozialismus vertriebene Zahl von rund 3 000 Stück.<sup>728</sup>

## Seitenumfänge

In der letzten Kriegsphase hatte die NS-Herrschaft die Verlage angehalten, den Umfang ihrer Zeitungen deutlich zu verringern. Waren im Herbst 1944 noch täglich vier Seiten erlaubt, wurde die Höchstseitenzahl im März 1945 auf zwei Seiten reduziert.<sup>729</sup> Dagegen hatten die unter der westalliierten Besatzungsherrschaft herausgegebenen Zeitungen (bei Seitengrößen im Berliner Format [31,5 × 47 cm] und größer) anfangs zumeist zwei, später in der Regel zumeist vier Seiten.<sup>730</sup> Einige Zeitungen druckten an einzelnen Tagen sechs Seiten,<sup>731</sup> das (allerdings nur halbformatige) *Köthener Amtliche Nachrichtenblatt* (Abb. 18, S. 135) acht oder gar zwölf Seiten. Auffällig ist jedoch, dass diese seitenstärkeren Nummern im Zeitungskopf als

<sup>719</sup> Verlagsmitteilung, in: *Nachrichtenblatt Rudolstadt*, 30.5.45.

<sup>720</sup> Mitteilung Ralf Bachmann, Berlin, 11.6.45.

<sup>721</sup> Vgl. Handbuch der deutschen Tagespresse 1944, S. 188 – Einwohner 1940: 14000.

<sup>722</sup> Bevölkerungsstatistik n.: Statistisches Zentralamt 1946, S. 12.

<sup>723</sup> Vgl. Deuse 1997, S. 82.

<sup>724</sup> Vgl. Handbuch der deutschen Tagespresse 1944, S. 190f. – Einwohner 1940: 70700.

<sup>725</sup> Einwohner Leipzig-Stadt: 580 000; Leipzig-Land: 160 000 (vgl. Statistisches Zentralamt 1946, S. 12).

<sup>726</sup> Zum Vergleich: Die britischen Heeresgruppenzeitungen erschienen in einer Auflage von einem Exemplar je 5 Einwohner (»Wir wollen kein neues Propagandaministerium.« Erklärung von Generalmajor Bishop über die Zukunft der deutschen Presse«, in: *Neuer Hannoverscher Kurier*, 17.8.45).

<sup>727</sup> Auskunft August Oberreuter IV., 7.1.2000.

<sup>728</sup> Auskunft August Oberreuter IV., 7.1.2000.

<sup>729</sup> Kohlmann-Viand 1991, Anm. 148, S. 157; Hädler 1961, S. 107.

<sup>730</sup> Siehe Tabelle 7, S. 119.

Doppel-<sup>732</sup> oder Dreifachnummern<sup>733</sup> ausgewiesen wurden. Diese Doppelnummerierung deutet darauf hin, dass für die Verlage weiter auf Regelungen zu Höchstseitenzahlen Rücksicht nehmen mussten, die durch eine Doppelnummerierung umgangen wurden.

### Erscheinungsfrequenzen

Wenn einerseits die Seitenzahlen anstiegen, mussten bei einer gegenüber dem Krieg nicht verbesserten Papierversorgung zum Ausgleich die Erscheinungsfrequenzen reduziert werden. Während die meisten Zeitungen bis zum Ende der NS-Herrschaft noch täglich erschienen waren, war dies nach dem Kriege bei keiner ostdeutschen Zeitung mehr der Fall. Die Erscheinungsfrequenzen bewegten sich je nach Zeitung zwischen einem sporadischem und einem dreimal wöchentlichen Erscheinen. Mit einem zwei- bis dreimaligen Erscheinen je Woche erfüllten viele dieser Blätter trotz der kriegsbedingten ökonomischen Beschränkungen jedoch auch zwischen April bis Juli 1945 ein modernes pressestatistisches Kriterium für Tageszeitungen.<sup>734</sup> Das *Amtliche Nachrichtenblatt* in Köthen erschien beispielsweise in zwei Monaten insgesamt in 33 Doppelnummern und ab Ende Juni regelmäßig Dienstags und Freitags.<sup>735</sup> Die *Nachrichten für Grimma* kamen in den 50 Tagen zwischen dem 23. Mai und dem 13. Juli 1945 auf 19 Nummern und damit dreimal in der Woche,<sup>736</sup> das *Amtliche Mitteilungsblatt* in Magdeburg wurde in den 46 Tagen zwischen dem 4. Mai und dem 19. Juni 1945 14 mal gedruckt,<sup>737</sup> der *Mühlhäuser Anzeiger*, das *Altenburger Echo*, die *Schönebecker Nachrichten*, das *Bekanntmachungsblatt für Rochlitz und Umgebung* sowie der *Allgemeine Anzeiger* aus Langensalza erschienen regelmäßig zweimal wöchentlich, die *Schönebecker Zeitung* und das *Amtliche Mitteilungsblatt für Kreis und Stadt Gardelegen* dreimal.

<sup>731</sup> Siehe etwa *Bernburgische Zeitung*, 30.6.45.

<sup>732</sup> So das *Köthener Amtlichen Nachrichtenblatt* Nr. 14/15, 26.6.45 oder die *Bernburgische Zeitung*, Nr. 7/8, 30.6.45.

<sup>733</sup> Mitteilung Landkreis Köthen/Anhalt, Haupt- und Personalamt, Kreisarchiv, Frau Baumhacker, 5.11.1998.

<sup>734</sup> Zu diesen Kriterien vgl. Schütz 1978, S. 58.

<sup>735</sup> Vgl. die Verlagsangaben im *Köthener Amtlichen Nachrichtenblatt*, 26.6.45 sowie Mitteilung Landkreis Köthen/Anhalt, Haupt- und Personalamt, Kreisarchiv, Frau Baumhacker, 5.11.1998.

<sup>736</sup> Mitteilung Stadtverwaltung Grimma, Stadtarchiv, Leiterin Frau Schön, 24.8.1998.

<sup>737</sup> Vgl. Faber 1972, S. 72.

# Köthener Amtliches Nachrichtenblatt

des Oberbürgermeisters  
der Stadt Köthen-Anhalt



des Landrates für den  
Landkreis Dessau-Köthen  
Militärregierung in Köthen-Anhalt

Mit Genehmigung der Amerikanischen

Nummer 14/15

Köthen, den 26. Juni 1945

Preis 20 Pfg.

## Amtliche Bekanntmachungen

### Des Oberbürgermeisters:

Gewährung von Fürsorgeunterstützung an Hilfsbedürftige  
in der Stadt Köthen

1. Rentenempfänger der Invaliden-, Unfall-, Angestellten- und Knappschaftsversorgung und Empfänger von Reichsversorgungsrenten, sowie die Empfänger von Familienunterhalt und Räumungsfamilienunterhalt können zunächst ihre Bezüge nicht erhalten, da nicht feststeht, ob und in welchem Umfange die nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften zur Leistung verpflichteten Körperschaften in der Lage sind zu zahlen.
2. Um, zu verhindern, daß eine wirtschaftliche Notlage bei Angehörigen dieser Personenzirkel eintritt, hat die Militärregierung angeordnet, daß in allen Fällen, in denen eine Hilfsbedürftigkeit gemäß den hierunter abgedruckten Richtlinien für die Durchführung der öffentlichen Fürsorge im Stadtkreis eintreten sollte, Unterstützungen durch die öffentliche Fürsorge gezahlt werden. Die Unterstützungen werden gegen Abtretung der entsprechenden Renten- und sonstigen Bezüge in Höhe der gewährten Unterstützung auf Antrag ausgezahlt.
3. Wer nach Maßgabe der Richtlinien glaubt, Anträge auf Gewährung einer Unterstützung stellen zu können, kann diese Anträge im Fürsorgeamt, Buttermarkt 13, werktäglich in der Zeit von 8—11 Uhr stellen.

Köthen, den 12. Juni 1945.

Der Oberbürgermeister: Elstermann

### Richtlinien für die Durchführung der öffentlichen Fürsorge im Stadtkreis Köthen

**I.**  
Hilfsbedürftigen wird nach den Vorschriften der Verordnung über die Fürsorgepflicht Unterstützung aus Mitteln der Gemeinde gewährt.

**II.**  
Hilfsbedürftig ist, wer nicht durch eigene Arbeit oder durch sonstige Einnahmen seinen oder seiner unterhaltungsberechtigten Angehörigen Lebensunterhalt bestreiten kann. Gegenseitig unterhaltspflichtig sind alle in Familiengemeinschaft lebenden Angehörigen, auch wenn sie nach bürgerlichem Recht nicht unterhaltspflichtig sind.

Da grundsätzlich jeder Arbeitsfähige seine Arbeitskraft verwerten muß, bevor er die Hilfe der Allgemeinheit in Anspruch nehmen kann, muß jeder Arbeitsfähige — Mann oder Frau — bei der Antragstellung auf öffentliche Hilfe durch eine Bescheinigung des Arbeitsamtes nachweisen, daß eine Arbeit nicht vermittelt werden kann. Der Antragsteller ist verpflichtet, jede Arbeit anzunehmen, also nicht nur Arbeit in dem etwa erlernten Beruf. Wenn ein Antragsteller glaubt, nicht arbeitsfähig zu sein, muß über seine Arbeitsunfähigkeit eine amtliche Bescheinigung vorgelegt werden.

Arbeitsersatz wird nicht verlangt und es braucht daher eine Bescheinigung des Arbeitsamtes nicht vorgelegt werden:

- a) wenn durch den Anspruch auf Invaliden- oder Altersrente nachgewiesen wird, daß Arbeitsunfähigkeit vorliegt,
- b) von werdenden Müttern und Wöchnerinnen während der gesetzlichen Schonfrist,
- c) von Müttern mit einem Kind bzw. zwei Kindern unter 8 Jahren, sofern die Betreuung der Kinder Angehörigen oder anderen Personen nicht zugemutet werden kann,
- d) von Müttern mit drei und mehr Kindern unter 14 Jahren.

### III.

Im Falle der Anerkennung der gesetzlichen Hilfsbedürftigkeit werden Einkünfte nach folgenden Grundsätzen angerechnet:

- a) Auf den Unterstützungsbedarf wird das Einkommen der in Familien oder Haushaltsgemeinschaften lebenden Unterhaltspflichtigen nur mit der Hälfte angerechnet, das Einkommen der gesetzlich nicht unterhaltspflichtigen Mitglieder nur mit einem Viertel.
- b) Sonstiges Einkommen aus Unterhaltsansprüchen, Vermögen usw. wird angerechnet.
- c) Vermögen, das verwertbar ist, muß zum Lebensunterhalt verwendet werden, bevor Hilfsbedürftigkeit anerkannt werden kann. Ist das Vermögen z. Zt. nicht verwertbar, so kann Unterstützung gegen Abtretungserklärung in Höhe des Unterstützungsbetrages gezahlt werden.
- d) Vermögen bis zu 5000 RM., bei Ehepaaren bis zu 6000 RM. bleibt bei Festsetzung der Unterstützung außer Ansatz.
- e) Renten, auf die der Hilfsbedürftige einen Rechtsanspruch hat, werden auf den Unterstützungsbetrag angerechnet.

### IV.

Der Unterstützungsbedarf des Hilfsbedürftigen setzt sich zusammen:

- a) Aus dem Bedarfssatz zum Lebensunterhalt. Durch diesen Bedarfssatz sind abgegolten Nahrung, Beleuchtung, Kochfeuerung, Instandhaltung von Kleidung, Wäsche und Schuhwerk, Reinigung und kleinere Bedürfnisse.
- b) Aus der Miete. Die Miete wird in tatsächlicher Höhe übernommen, soweit sie den Lebensverhältnissen des Hilfsbedürftigen entspricht. Zahlt der Hilfsbedürftige eine nach diesen Grundsätzen überhöhte Miete, so muß ihm nach einer Übergangszeit zugemutet werden, sich umzustellen. Das kann in der Weise geschehen, daß die Wohnung durch Untervermietung nutzbringend verwertet wird oder durch Anmietung einer Unterkunft mit geringerer Miete, gegebenenfalls im Tauschwege. Untermieteinnahmen aus Leervermietung werden zu 80 v. H., aus möblierter Vermietung zu 50 v. H. auf den Mietbedarf angerechnet.
- c) Aus Krankenhilfe. Ist der Hilfsbedürftige Mitglied einer Krankenkasse, so kann der Mitgliedsbeitrag aus Fürsorgemitteln übernommen werden. Durch die Zahlung des Mitgliedsbeitrages ist der Anspruch des Hilfsbedürftigen an Krankenhilfe aus Mitteln der gesetzlichen Fürsorge abgegolten.

### V.

#### Sonderbeihilfen

Hilfsbedürftige können je nach Lage ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse eine einmalige Unterstützung beantragen.

Alten und pflegebedürftigen Personen kann, wenn Hilfsbedürftigkeit vorliegt, Unterkunft und Pflege in einem Altersheim unter Anrechnung etwaigen Einkommens auf den Verpflegungssatz bei Freilassung eines Betrages für Taschengeld zur Befriedigung kleinerer Bedürfnisse gewährt werden.

### VI.

Die Unterstützungsrichtsätze außer Miete — s. IVb — betragen monatlich:

- |   |           |
|---|-----------|
| a) Haushaltsvorstand                            | 24,00 RM. |
| b) Haushaltsangehörige über 16 Jahre            | 18,— RM.  |
| c) Haushaltsangehörige unter 16 Jahre           | 12,— RM.  |
| d) Alleinstehende mit und ohne eigenen Haushalt | 20,40 RM. |

Abbildung 18: Köthener Amtliches Nachrichtenblatt, 26. Juni 1945.<sup>738</sup>

#### 4.5 Zur Pressestatistik der westalliierten Besatzungszeit

Die unter der westalliierten Besatzung erschienenen Zeitungen waren keine Einzelfälle. Insgesamt konnten für das Frühjahr 1945 58 Orte nachgewiesen werden, an denen mit Genehmigung amerikanischer oder britischer Militärkommandanten unterschiedliche Zeitungen und Mitteilungsblätter produziert wurden (Abb. 19, S. 137).

Die Gesamtzahl der für die Zeit der westalliierten Besatzung nachweisbaren Zeitungen stieg von Mitte April bis in die erste Junidekade stetig an (Tabelle 8).

Monat	April			Mai			Juni		
Dekade	I	II	III	I	II	III	I	II	III
Zeitungen/Mitteilungsblätter	0	2	9	17	24	30	41	40	35

**Tabelle 8: Entwicklung der Pressetätigkeit unter der westalliierten Besetzung Ostdeutschlands (nachgewiesene Zeitungen/Mitteilungsblätter von April bis Juni 1945 nach Dekaden).<sup>739</sup>**

Der Mitte Juni sich vollziehende Einbruch bzw. die anschließende Stagnation verdeckt zwei parallel laufende Entwicklungen: Einerseits kam es seit Anfang Juni zu einer verstärkten Gründungs- und Wiedergründungstätigkeit von Zeitungen und Nachrichtenblättern vor allem im britischen Machtbereich. Andererseits ging die Zahl der im westalliierten Machtbereich erschienenen Blätter wieder zurück, weil sich die amerikanischen Truppen aus einigen sächsischen Landstrichen zurückzogen. In der letzten Juni-Dekade wurden zudem viele Zeitungen im britischen Besatzungsgebiet wieder eingestellt, vermutlich als die Papiervorräte der Druckereien in den Westen transportiert wurden.

Insgesamt ist die Zahl der unter der westalliierten Besatzung erschienenen lokalen ostdeutschen Zeitungen deutlich stärker angestiegen als die Zahl der zentral redigierten britischen und amerikanischen Heeresgruppenblätter (Abb. 20, S. 138).

<sup>739</sup> Eigene Erhebung.



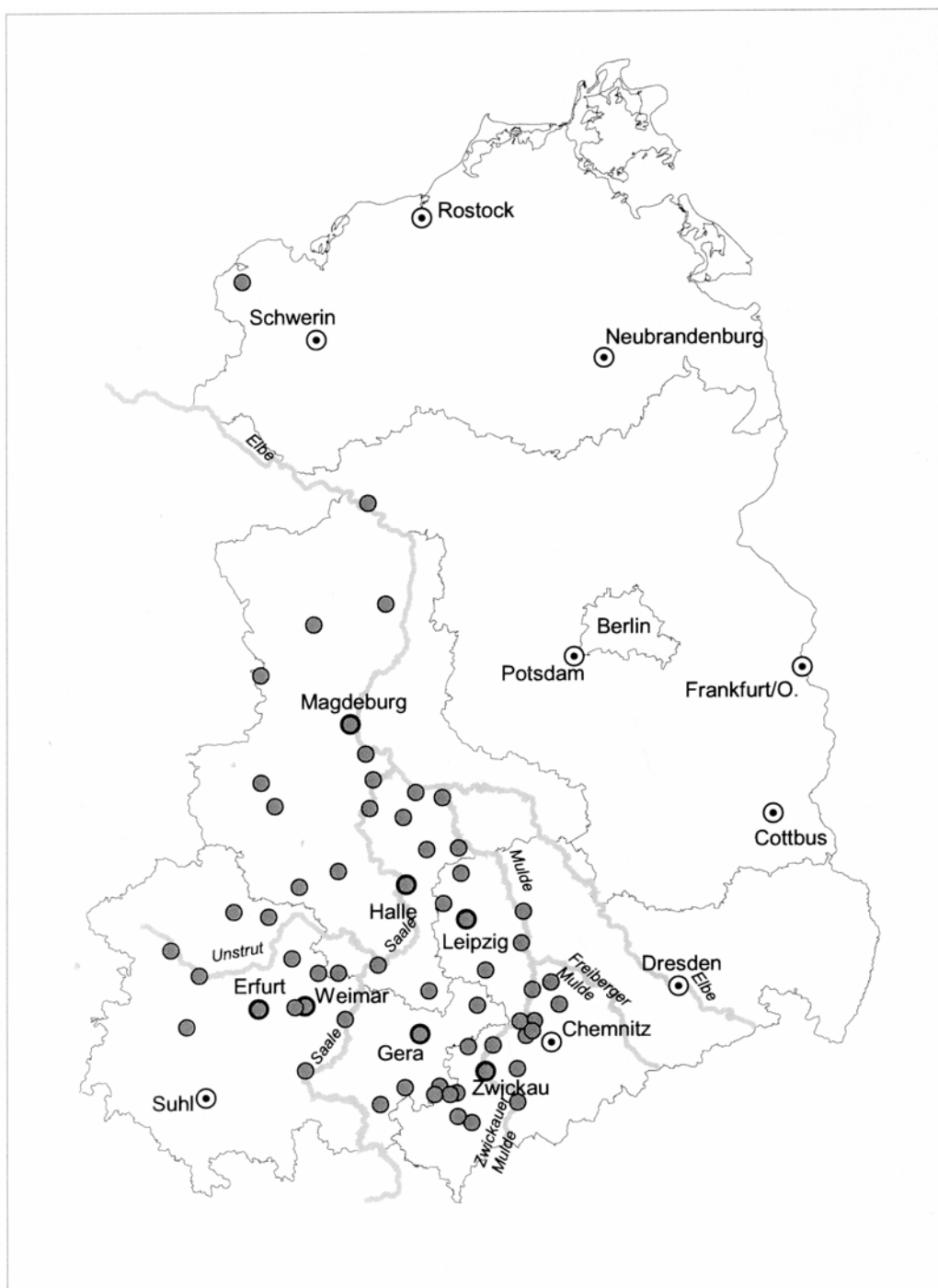
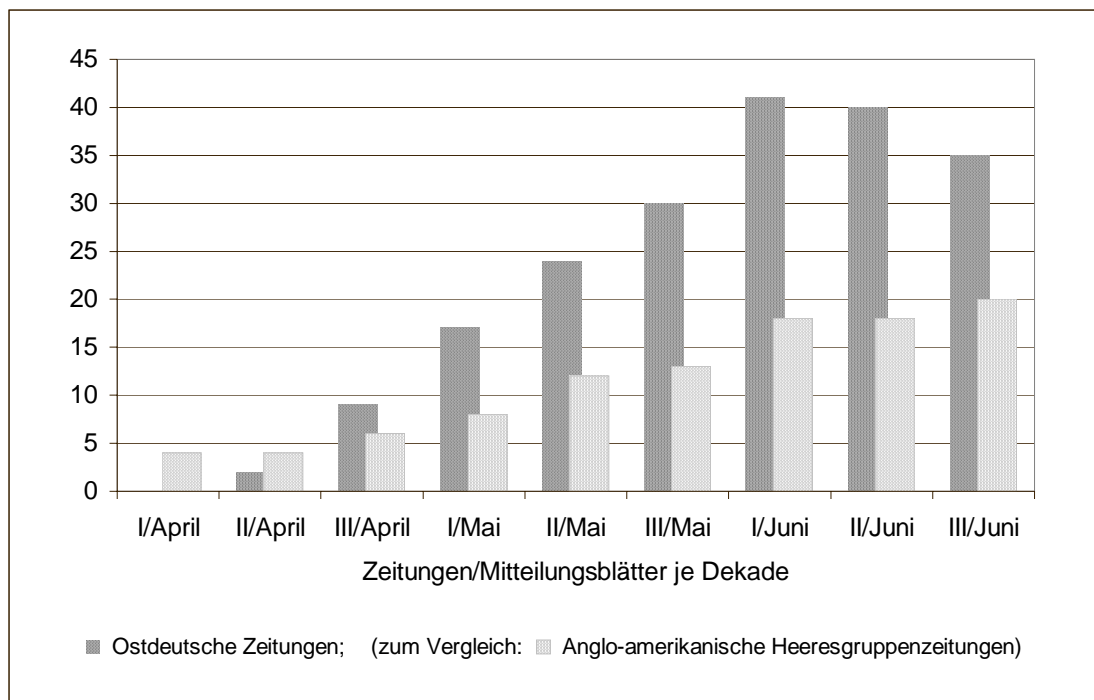


Abbildung 19: Verteilung der Verlags- und Erscheinungsorte während der westalliierten Besetzung.<sup>740</sup>

<sup>740</sup> Eigene Erhebung.



**Abbildung 20: Entwicklung der Pressetätigkeit unter der westalliierten Besetzung Ostdeutschlands (nachgewiesene Zeitungen/Mitteilungsblätter von April bis Juni 1945 nach Dekaden).<sup>741</sup>**

Nicht alle Zeitungen dieser Zeit waren ausgesprochene Tageszeitungen, sie wurden jedoch von der Leserschaft als Ersatz für den täglichen Lesestoffe aufgefasst. Unabhängig davon, ob die Notzeitungen der Nachkriegszeit redaktionelle Beiträge enthielten, wies der überwiegende Teil zwei äußerliche Merkmale auf, die für die Nachkriegsbevölkerung nach DE MENDELSSOHN als entscheidendes Mindestkriterium einer Zeitung galten: Sie enthielten Inserate und wurden nicht kostenlos abgegeben.<sup>742</sup>

Von den Blättern ließen sich nicht alle der pressestatistischen Kategorie ›Tageszeitung‹ zurechnen. Zu den modernen Kriterien einer Tageszeitung gehört nach SCHÜTZ neben dem mindestens zweimal wöchentlichen Erscheinen eine universelle und aktuelle Berichterstattung.<sup>743</sup> Die für eine universale Information der Leserschaft notwendige nationale oder internationale Berichterstattung konnten die Zeitungen 1945 jedoch aufgrund von Zensur und fehlenden technischen Voraussetzungen regelmäßig nicht leisten. Dieser Mangel wurde aber von vielen Verlagen als ungewollt und vorübergehend begriffen. Der inhaltliche Schwerpunkt der untersuchten Nachkriegsblätter musste nicht zuletzt angesichts ihrer amtlichen lokalen Aufgaben auf dem unmittelbaren Nahbereich liegen. Viele Verleger sahen jedoch selbst

<sup>741</sup> Zeitungen aus Ostdeutschland und britische Heeresgruppenzeitungen: eigene Erhebung; amerikanische Heeresgruppenzeitungen und *Aachener Nachrichten*: nach Matz 1969, S. 135; 137; 169.

<sup>742</sup> Vgl. de Mendelssohn 1982, S. 510.

schlichte Mitteilungsblätter häufig als Fortsetzung ihrer langjährigen Tageszeitungen, die lediglich aufgrund der wirtschaftlichen und pressepolitischen Rahmenbedingungen nicht täglich, aktuell und mit umfassender Berichterstattung erscheinen konnten<sup>744</sup> und formulierten diesen Anspruch in den Editorials, so der *Allgemeine Anzeiger* aus Langensalza, der mit einer Erscheinungsweise von lediglich zwei Nummern in der Woche und einer Beschränkung auf Bekanntmachungen, Anzeigen, volkscundliche Beiträge, Gartenbautipps und wenige lokale Meldungen auskommen musste:

»Zahlreichen Wünschen unserer Leserschaft entsprechend, wollen wir versuchen, regelmäßig wieder unseren alten beliebten »Allgemeinen Anzeiger« erscheinen zu lassen. Es ist uns jedoch augenblicklich nur möglich, die Zeitung in beschränktem Umfang, zwei Seiten, wöchentlich zweimal, mittwochs und sonnabends, herauszugeben. Unsere Aufgabe soll es sein, die alte Tradition des »Allgemeinen Anzeigers« weiterzuführen und die Zeitung als ein Heimatblatt auszugestalten, in dem vor allem die wichtigsten amtlichen Bekanntmachungen einen wesentlichen Platz einnehmen werden. [...] Wir hoffen, daß unser alter Leserkreis, der seinerzeit das kriegsbedingte Verschwinden des »Allgemeinen Anzeigers« so sehr bedauerte, das Wiedererscheinen des beliebten Heimatblattes in neuem Gewand begrüßen und ihm die alte Anhänglichkeit und Treue bewahren wird. Wir werden, wie früher, bemüht sein, unseren Lesern in jeder Beziehung, besonders in heimatgeschichtlicher Hinsicht, das Beste zu bieten und bitten unsere alten Mitarbeiter um rege Unterstützung.«<sup>745</sup>

Die Herausgeberin des *Mühlhäuser Anzeigers*, Eva Falk, sah die Nachkriegsentwicklung ihrer Zeitung als Ausbau es Blattes mit Anzeigen und Bekanntmachungen zur vollständigen Lokalzeitung: »Es war wirklich ein schöner Anfang; während der zwei Monate des Erscheinens hatten wir es zu einer richtigen Heimatzeitung gebracht mit kleine[m] politischen Teil und ausführliche[m] Lokalen, Feuilleton, Anzeigen und Bekanntmachungen.«<sup>746</sup> Auch der Magdeburger Verleger des schlicht betitelten *Amtlichen Mitteilungsblattes* sah in seiner Zeitung eine Notausgabe seiner traditionellen Tageszeitung, die schnellstmöglich wieder in ein reguläres Blatt umzuwandeln war. Trotz des schlichten Titel bemühte sich der Verlag deshalb darum, sein Mitteilungsblatt inhaltlich als Fortsetzung der traditionsreichen *Magdeburgischen Zeitung* von 1626 fortzuführen. Die Zeitung erschien »kurz nach der Eroberung durch die Amerikaner [...] als Mitteilungsblatt der Stadtverwaltung und Militärregierung als eines der wenigen Blätter, die es sich nicht nehmen ließen, ihre eigene Überzeugung in den Spalten zum Ausdruck zu bringen«<sup>747</sup> und untermauerte den Anspruch, die renommierte *Magdeburgischen Zeitung* fortzusetzen durch den Abdruck von Weltnachrichten, einem Feuilleton und Wissenschafts-

<sup>743</sup> Vgl. Schütz 1978, S. 58.

<sup>744</sup> Siehe im selben Sinne für Bad Reichenhall Frei 1986, S. 28-32.

<sup>745</sup> »An unsere Leser!« In: *Allgemeiner Anzeiger*, Langensalza, 25.4.45.

<sup>746</sup> Vgl. Schreiben Frau Eva Falk an Herrn Dr. Schmidt, Mühlhausen den 28.2.46. DBuV Akte 1939-46. - Im selben Sinne Auskunft Eva Falk, Wiesbaden, 2.12.98.

<sup>747</sup> »Die »Magdeburgische Zeitung« erscheint wieder«, in: ZV+ZV Nr. 3, 15.2.54, S. 78.

meldungen: »Verlag und Redaktion waren von der ersten Ausgabe ab bemüht, dieses Mitteilungsblatt durch eigene journalistische Arbeit zu einer Zeitung auszubauen.«<sup>748</sup>

Bei anderen amtlichen Bekanntmachungsblättern stand der Anspruch, eine traditionelle Tageszeitung zu sein, bereits im Zeitungskopf. Die Mitteilungen der Militärregierung für Borna führten den Zusatz »früher Tageblatt Borna«,<sup>749</sup> das *Öffentliche Amtsblatt* aus Eisleben übernahm nicht nur die Zählung der traditionellen Tageszeitung, sondern bezeichnete die einzelnen Nummern als »Sonderausgabe der »Eisleber Zeitung«.«<sup>750</sup>

Wann immer ihnen dazu die Gelegenheit geboten wurde, kehrten die Verlage konsequenterweise zu ihren traditionellen Titeln zurück. Am letzten Tag der westalliierten Militärrherrschaft nannte sich etwa in Naumburg das *Verkündungsblatt* wieder in *Naumburger Tageblatt* um,<sup>751</sup> und das *Amtliche Nachrichtenblatt* gab sich nach dem Besatzungswechsel wieder den alten Namen *Akener Zeitung*.<sup>752</sup> Vermutlich gar ohne Erlaubnis gab der Zeulenrodaer Verleger August Oberreuter Anfang Juli seinen *Bekanntmachungen* für eine Nummer den alten Namen *Reußischer Anzeiger* zurück<sup>753</sup> und auch der Verlag »Buchdruckerei Moritz Billig« aus Mittweida kündigte eine solche Umbenennung des *Bekanntmachungsblattes* an.<sup>754</sup> In Rochlitz wurde der Name *Bekanntmachungsblatt für Rochlitz und Umgebung* von den Verlegern »bis zum Erscheinen des Rochlitzer Tageblattes« quasi als Platzhalter angesehen.<sup>755</sup> Der Verlag vertrieb sein Bekanntmachungsblatt, das sich von einer normalen Tageszeitung allein durch den Zeitungskopf unterschied wie immer an den alten Abonnentenstamm des *Rochlitzer Tageblattes*.<sup>756</sup>

Durch die Kopfgestaltung, Titelwahl und Jahrgangszählung dokumentierten die Verleger den Anspruch einer »Tageszeitung in Wartestellung«. Zugleich formulierten die Verlage den Willen, nach Beseitigung der temporär aufgefassten Hemmnisse so bald wie möglich auch inhaltlich durch eine tägliche umfassende Berichterstattung wieder an ihre Tageszeitungstraditionen anzuknüpfen.

Insgesamt können von den in Ostdeutschland unter der westalliierten Besatzung herausgegebenen Zeitungen im Mai 1945 sechs und im Juni 18 als Tageszeitungen im engeren Sinne

<sup>748</sup> Faber 1972, S. 72.

<sup>749</sup> Siehe *Mitteilungen der Militärregierung für Borna*, 26.5.45.

<sup>750</sup> Siehe *Öffentliches Amtsblatt des Oberbürgermeisters der Stadt Eisleben und des Landrates des Mansfelder Seekreises*, 2.6.45

<sup>751</sup> Vgl. »Die erste Zeitung in Naumburg nach dem Krieg«, in: LDZ, Naumburg o.A., Stadtarchiv Naumburg Sg 328.

<sup>752</sup> Siehe *Amtliches Nachrichtenblatt*, Aken, 8.6.45; 28.7.45; *Akener Zeitung*, 21.9.45.

<sup>753</sup> Vgl. A. Oberreuter III. 1963; Mitteilung August Oberreuter IV., 7.1.2000.

<sup>754</sup> Siehe »Das »Mittweidaer Tageblatt« ...« In: *Bekanntmachungsblatt*, Mittweida, 5.5.45; vgl. außerdem *Bekanntmachungsblatt*, Mittweida, 8.5.45. Für den Hinweis und die Überlassung von Kopien danke ich Herrn B. Dressel, Stadtarchiv Mittweida.

<sup>755</sup> [Editorial]. In: *Bekanntmachungsblatt für Rochlitz und Umgebung*, 5.5.45.

<sup>756</sup> Schreiben Der Herausgeber: Ernst Vetter, an den Herrn Bürgermeister, betr. Zeitungsbezug für den Juni 1945, Rochlitz den 26.5.45. Kreisarchiv Wechselburg, Film 254.

bezeichnet werden (Tabelle 9). Sie waren damit ähnlich häufig wie die westalliierten Heeresgruppenzeitungen.

	Mai	Juni
Ostdeutsche Tageszeitungen	6	18
Britische und amerikanische Heeresgruppenzeitungen	5	17

**Tabelle 9: Nachgewiesene Tageszeitungen unter der westalliierten Besetzung.**<sup>757</sup>

## 4.6 Die Rechtssituation der Pressetätigkeit unter westalliiertes Besetzung

Im Militärapparat entstanden für die Offiziere der örtlichen Militärregierung in den Jahren 1944 und 1945 eine Reihe von Gesetzen, Verordnungen und andere Handreichungen, die den Umgang mit der deutschen Presse und anderen Medien behandelten.<sup>758</sup> In der Forschung werden bislang insbesondere die restriktiven Tendenzen dieser westalliierten Regelungen betont. Da es in den von westalliierten Truppen besetzten Gebieten Ostdeutschlands zu vielfältigen Zeitungsaktivitäten mit deutscher Beteiligung kam, muss gefragt werden, inwiefern sich diese ostdeutschen Zeitungen mit der Rechtslage vereinbaren ließen bzw. wie der rechtliche Rahmen dieser deutschen Presse aussah.

### 4.6.1 Rechtsgrundlagen

Folgte man der bisherigen Auffassung einer restriktiven Rechtslage, müssten die in dieser Arbeit dokumentierten ostdeutschen Zeitungen eine massive Übertretung der Militärgesetze durch die US-Militärs dokumentieren. Wie die breite Palette unterschiedlicher Erscheinungsbilder der ostdeutschen Zeitungen jedoch bereits nahe legt, standen die örtlichen Besatzungsoffiziere vor einer alles andere als eindeutigen Rechtslage, die allemal die Genehmigung

<sup>757</sup> Eigene Erhebung; nach Stichtagen: jeweils Monatsbeginn (erste Woche) Mai und Juni 1945. Die modernen Schützchen Kriterien (vgl. Schütz 1978, S. 58ff.) mussten angesichts der wirtschaftlich und pressepolitisch bedingten Beeinträchtigungen der Zeitungsproduktion etwas weiter gefasst werden. Als 'Tageszeitung' galt deshalb jede Zeitung mit nationaler und internationaler Berichterstattung (Universalität) und mindestens zwei Ausgaben pro Woche. Als Tageszeitung wurden auch jene Zeitungen gezählt, die durch den traditionellen Namen, die Jahrgangsnummerierung und Erklärungen des Verlages deutlich machten, dass ein entsprechendes verlegerisches Selbstverständnis bestand, dessen Verwirklichung von den Verlagen jedoch allein aufgrund äußerer Umstände nicht erfolgen konnte. In die Stichtagssammlung aufgenommen wurden Zeitungen, deren Erscheinen jeweils innerhalb der ersten sieben Tage eines Monats nachweisbar war. Die amerikanischen und britischen Heeresgruppenzeitungen (inkl. *Aachener Nachrichten*; vgl. Matz 1969; Matysiak 2002) erschienen bis Juli 1945 lediglich ein- bis zweimal in der Woche, die amerikanischen Blätter enthielten allerdings außerdem keine Anzeigen, die britischen zeitweise keine Kleinanzeigen sowie keine Wirtschaftswerbung.

<sup>758</sup> Eine Übersicht über die Grundlagen des Besatzungsrechtes gibt Majer 1995.

deutscher Zeitungen zu decken vermochte. Über den gemeinsamen Oberbefehlshaber Dwight D. Eisenhower bekam das amerikanische und britische Militär zur Frage der Entnazifizierung und Genehmigung von Zeitungen eine große Zahl von Militärgesetzen, Anordnungen, Ausführungsbestimmungen, Befehlen, Handreichungen etc. übermittelt, die für die einzelnen Militärbefehlshaber eine unterschiedlich starke Bindewirkung hatten und jeweils unterschiedliche Interpretationsspielräume boten.

Eine der frühen Regelungen zum Umgang mit der deutschen Presse wurde Mitte 1944 auf der internationalen Ebene zwischen den späteren Siegermächten ausgehandelt. In einer interalliierten Vereinbarung verabredeten die Sowjetunion, Großbritannien und die USA für die Zeit nach der Kapitulation die gemeinsame Kontrolle der Presse und nahmen dies als eigenen Punkt in den Entwurf der Kapitulationsurkunde auf.<sup>759</sup> Die von der deutschen Führung bei der Kapitulation zu unterschreibenden Bedingungen der »Unconditional Surrender of Germany« enthielten die Bestimmung, dass jede Form der deutschen Kommunikation einzustellen sei, nach der Übernahme der obersten Gewalt in Deutschland jedoch die öffentliche Kommunikation unter einem alliierten Vorbehalt weiter bestehen könne: Deutsche Informationsmedien waren verboten »except as directed by the Allied Representatives«.<sup>760</sup>

Auf interalliiertem Ebene sollte der Kontrolle von Zeitungen in der Folgezeit keine weitere Bedeutung zukommen, was dazu führte, dass die nähere Ausgestaltung der englischen und amerikanischen Pressepolitik allein das Ergebnis des Wirkens des Verwaltungsapparates des gemeinsamen Oberkommandierenden Eisenhower blieb.<sup>761</sup> Die zentrale Rolle der militärischen Planungen führte dazu, dass sämtliche Handreichungen, die den Besatzungsoffizieren seit 1944 zugingen, vom Verteidigungsministerium stammten und nicht vom Außenministerium. Dies hatte zur Folge, dass bei der Planung der Kommunikationspolitik politische Intentionen in den Hintergrund traten. Gemäß der militärischen Aufgaben waren diese Handreichungen weniger als längerfristige politische Programme zur Zukunft Deutschlands gedacht, sondern hatten vor allem die Eroberung des feindlichen Territoriums zu flankieren: »Die kurzfristige Aufgabe bei der Kontrolle deutscher Informationsmedien war vornehmlich militärisch.«<sup>762</sup> Dadurch war die Genehmigung deutscher Medien frühzeitig vor allem von den militärischen Erfordernissen von Sicherheit und Ordnung abhängig geworden: »The utilization of press, radio, mail, and similar instruments of dissemination of information

---

<sup>759</sup> Minutes of the Seventh Formal Meeting of the European Advisory Commission, Lancaster House, London, July 25, 1944. In: FRUS Bd. 1/1966 (1944), S. 252-261.

<sup>760</sup> Art. 9, Anhang 2, Unconditional Surrender of Germany, Minutes of the Seventh Formal Meeting of the European Advisory Commission, Lancaster House, London, July 25, 1944, S. 259f.

<sup>761</sup> Vgl. Balfour 1959, S. 319.

<sup>762</sup> Matz 1969, S. 21.

should be made subject to such controls and supervision as may be imposed by occupation forces in the interests of military security and peace and order.«<sup>763</sup>

Die erste konkrete Richtlinie, die für die Militärregierung in Deutschland herausgegeben wurde, war die Anweisung CCS 551 vom 28. April 1944, die den Titel »Directive for Military Government in Germany Prior to Defeat or Surrender« trug.<sup>764</sup> Diese Direktive war die zentrale Handlungsanweisung für den Oberbefehlshaber Eisenhower und blieb bis Mitte Juli 1945 gültig.<sup>765</sup> Auf diese Richtlinie gingen alle legislativen, exekutiven und judikativen Vollmachten zurück, die Eisenhower für die Verwaltung des besetzten Deutschlands hatte. Entsprechend des Handlungsfokus der Militärs war CCS 551 »alles andere als ein umfassendes politisches Programm, aber die Direktive nannte einige fundamentale Prinzipien, an die sich die alliierte Militärverwaltung zu halten hatte«.<sup>766</sup> Die Richtlinie flankierte zuallererst den Zweck, militärische Operationen zu sichern, wies den Oberbefehlshaber aber auch an, das Besatzungsgebiet zu stabilisieren und die Bevölkerung gerecht und menschlich zu behandeln. Sie enthielt zudem Anweisungen zur Auflösung der NS-Organisationen, Verhaftung und Internierung von Nationalsozialisten und Maßnahmen zur Entmilitarisierung.<sup>767</sup>

Auf dem Gebiet der Medien wurde die Militärregierung durch die Richtlinie CCS 551 befugt, eine eingeschränkte »Pressefreiheit« zu gewähren, solange die militärische Sicherheit gewahrt blieb: »To the extent that military interests are not prejudicated, freedom of speech and press, and of religious worship should be permitted.«<sup>768</sup> Durch die Einschränkung der Pressefreiheit sollte Nazi-Propaganda unterbunden<sup>769</sup> und die militärische Sicherheit sowie die Durchsetzung alle anderen in der Richtlinie genannten Prinzipien garantiert werden.<sup>770</sup>

Da die Richtlinie CCS 551 für die Praxis nicht detailliert genug war, entstand zur Konkretisierung ein Handbuch (»Handbook for Military Government of Germany« vom Dezember 1944), das die Richtlinie CCS 551 in ein rund 300 Seiten starkes Nachschlagewerk übersetzte. In diesem Buch fanden die Offiziere der Militärregierung Antworten auf eine

<sup>763</sup> Vgl. Art. 10 (a), Memorandum by the Working Security Committee, Provisions for Imposition Upon Germany at Time of Surrender (Revised), 6.1.44. In: FRUS Bd. 1/1966 (1944), S. 106.

<sup>764</sup> CCS 551 »Directive for Military Government in Germany Prior to Defeat or Surrender« (28.4.44), in: FRUS Bd. 1/1966 (1944), S. 218-223.

<sup>765</sup> Vgl. Henke 1995, S. 100.

<sup>766</sup> Henke 1995, S. 100.

<sup>767</sup> Vgl. Henke 1995, S. 100.

<sup>768</sup> Art. 7, Anhang A, Directive for Military Government in Germany Prior to Defeat or Surrender, 28.4.44. In: FRUS Bd. 1/1966 (1944), S. 221.

<sup>769</sup> Art. 10 (a), Anhang A, Directive for Military Government in Germany Prior to Defeat or Surrender, 28.4.44. In: FRUS Bd. 1/1966 (1944), S. 222.

Vielzahl in der Verwaltungspraxis vor Ort möglicherweise auftretende Fragen, außerdem enthielt das Handbuch eine Liste von Proklamationen und Gesetzen, die der Bevölkerung nach dem Einmarsch bekannt zu machen waren.<sup>771</sup>

Wie alle Richtlinien zuvor, so bestätigte auch das ›Handbook for Military Government in Germany‹ die pressepolitische Linie, unter Vorbehalt von Deutschen gemachte Zeitungen zuzulassen.<sup>772</sup> Die Militärregierung wurde jedoch erneut angewiesen, eine Zensur einzurichten, die es ermöglichte, die militärischen und zivilen Operationen ohne Gegenpropaganda oder Spionage durchzuführen.<sup>773</sup> In einer Kurzanleitung wurde jedoch auch die Schließung von Medien angeregt.<sup>774</sup> Die genauen Aufgaben der Militärverwaltung im Pressebereich wurden allerdings insgesamt nicht näher ausgeführt, jedoch in einer Anlage des ›Handbook for Military Government in Germany‹ die generellen Ziele der Kontrolle deutscher Medien festgelegt.<sup>775</sup> Die (weiter bestehenden) deutschen Medien sollten danach bei der Berichterstattung von der Militärregierung unterstützt und Nazi-Sympathisanten aus den Zeitungen entlassen werden.<sup>776</sup> Unerwünscht waren nach dem Handbuch »active Nazis or ardent Nazi sympathizers«.<sup>777</sup> Für ihre Aufgaben bekamen die Militärregierungsbeamten die Beordnung von besonders ausgebildetem Personal angekündigt,<sup>778</sup> die Abteilung für psychologische Kriegsführung (Psychological Warfare Division/PWD). Deren Hinzuziehung wurde der Militärregierung geraten, sie war jedoch nicht verpflichtend.<sup>779</sup> Die Bevölkerung sollte darüber informiert werden, »uncensored newspapers, publications or posters of any kind will not be printed, disseminated, or posted.«<sup>780</sup>

Dem amerikanischen Außenministerium, das weniger militärische als politische Kriterien beim Umgang mit der deutschen Presse zugrunde legte, galten die Regelungen des Handbuches als nicht streng genug. Die Kritik des State Department, mit den deutschen Verlierern werde zu sanft umgegangen, führte jedoch bei den Militärs nicht zu einer Verschärfung der

<sup>770</sup> Art. 10 (c), Anhang A, Directive for Military Government in Germany Prior to Defeat or Surrender, 28.4.44. In: FRUS Bd. 1/1966 (1944), S. 222.

<sup>771</sup> Vgl. § 145, Chapter IV, Part 1, Handbook for Military Government in Germany, Dec. 1944, sowie Henke 1995, S. 101.

<sup>772</sup> Vgl. Matz 1969, S. 20f.; Kutsch 1988, S. 48.

<sup>773</sup> Vgl. § 101, Chapter III, Part I, Handbook for Military Government in Germany, Dec. 1944: »In the interests of military security and intelligence Army Group Commanders will institute censorship over and control of radio broadcasting, press, printing, publications and public entertainment and the dissemination of news and information.«

<sup>774</sup> »Shut down newspapers, theatres, cinemas, and radio stations.« (§ 1255o, Check List, Chapter XVIII, Part III, Handbook for Military Government in Germany, Dec. 1944.)

<sup>775</sup> Abs. 2 (c), Appendix C, Handbook for Military Government in Germany, Dec. 1944.

<sup>776</sup> Vgl. Matz 1969, S. 20f.; Kutsch 1988, S. 48.

<sup>777</sup> § 76, Chapter III, Part I, Handbook for Military Government in Germany, Dec. 1944.

<sup>778</sup> Vgl. Abs. 2 (a), Appendix C, Handbook for Military Government in Germany, Dec. 1944.

<sup>779</sup> »The assistance of PWD should be sought [...]« (§ 465, Chapter IV, Part III, Handbook for Military Government in Germany, Dec. 1944.)



Verwaltungsvorgaben.<sup>781</sup> Als Reaktion auf die Kritik ließ die Militärführung stattdessen lediglich Anweisungen einfügen, nach der die Armee keinen wirtschaftlichen Wiederaufbau vornehmen und keine Nahrungsmittelhilfe bereitstellen solle, es sei denn, Seuchen und Unruhen drohten.<sup>782</sup> Lediglich um den Protesten des Außenministeriums zu genügen, wurde die Bestimmung eingefügt, wonach »aktive Nazis oder glühende Sympathisanten« aus ihren Positionen zu entfernen seien; die vorher bestehende »sanfte« Tendenz des Innenteils blieb jedoch grundsätzlich bestehen.<sup>783</sup> Das auf diese Weise überarbeitete Handbuch wurde in der letzten Novemberwoche des Jahres 1944 abgeschlossen und in einer Auflage von 6 000 an die Truppe verteilt.<sup>784</sup> Angesichts der vermutlich 11 000 westalliierten Soldaten, die in Mitteleuropa als Militärregierung mit der Verwaltung der besetzten Gebiete betraut waren,<sup>785</sup> dürfte das Handbuch eine zentrale Rolle bei allen (auch den pressepolitischen) Entscheidungen der Besatzungsverwaltung gespielt haben.<sup>786</sup>

Da in dem Handbuch eine Reihe von Gesetzen aufgeführt waren, die möglichst großen Teilen der deutschen Bevölkerung bekannt zu geben waren,<sup>787</sup> standen die Besatzungsoffiziere vor der Aufgabe, Wege für die Bekanntgabe dieser Gesetze finden zu müssen. Um die für die Besatzungsgebiete gültigen Gesetze und Anordnungen in eigenen Organen mitteilen zu können, bekamen die lokalen Militärregierungen die Genehmigung, Verkündungsblätter zu gründen bzw. gründen zu lassen: »Military Government will publish the official text of all proclamations, ordinances, and other enactments of general interest to the German Public in an Official Gazette or Gazettes.«<sup>788</sup>

Als rechtliche Grundlage für diese Veröffentlichung enthielt das Handbuch in einer Anlage ein spezielles Gesetz (Gesetz Nr. 4),<sup>789</sup> das die Veröffentlichung dieser »Official Gazettes or Gazettes«<sup>790</sup> regelte. Es verordnete einerseits die Herausgabe eines zentralen Amtsblattes unter

<sup>780</sup> Official Notice to the Population, Abs. 12, Handbook for Military Government in Germany, Dec. 1944.

<sup>781</sup> Vgl. Henke 1995, S. 118.

<sup>782</sup> Vgl. § 5, Chapter I, Part I, Handbook for Military Government in Germany, Dec. 1944. Zur Bereitschaft des Militärs, die Änderungen aufzunehmen, vgl. Henke 1995, S. 118.

<sup>783</sup> Vgl. Henke 1995, S. 118. Anders § 75 in Part I legte etwa § 275, Table D, Part III des Handbook for Military Government lediglich fest, sich Personen nur dann für öffentliche Ämter disqualifizierten, wenn sie bereits vor 1933 Mitglied der NSDAP gewesen waren.

<sup>784</sup> Vgl. Henke 1995, S. 119. – Nach Koszyk 1986, S. 21, ging das Handbuch den zuständigen Offizieren jedoch erst im April 1945 zu; Hurwitz 1972, S. 26, ging davon aus, dass das Handbuch überhaupt nicht richtig verteilt wurde.

<sup>785</sup> Vgl. Henke 1995, S. 93.

<sup>786</sup> Gleichwohl geht DORN 1973 davon aus, dass nicht alle Militärgouverneure das Handbook of Military Government of Germany kannten (vgl. Dorn 1973, S. 32).

<sup>787</sup> § 50f, Chapter I, Part I, Handbook for Military Government in Germany, Dec. 1944: »All enactments should be given the widest publicity feasible in the area in which applicable.«

<sup>788</sup> § 50a, Chapter I, Part I, Handbook for Military Government in Germany, Dec. 1944.

<sup>789</sup> Gesetz Nr. 4, abgedruckt in: Handbook for Military Government in Germany, Dec. 1944, Part I, Chapter IV.

<sup>790</sup> § 50a, Chapter I, Part I, Handbook for Military Government in Germany, Dec. 1944.

dem Namen *Military Government Gazette-Germany*, in dem die Gesetze und Bekanntmachungen der obersten Besatzungsbehörden veröffentlicht werden sollten. Darüber hinaus erlaubte es den örtlichen Militärregierungen zusätzlich die Herausgabe von eigenen Mitteilungsblättern für kleinere räumliche Einheiten wie Kreise oder Bezirke:

»Ordinances, notices, and other regulations issued by Military Government Headquarters in States, Provinces, or other political sub-divisions of occupied territory and effective only within the boundaries thereof may be published in gazettes, similarly entitled, with the addition of a sub-title indicating the political sub-division to which it pertains.«<sup>791</sup>

Nähere Angaben, wie diese Zeitungen konkret auszusehen hatten, enthielt das Gesetz nicht, was den Militärs einen gewissen Spielraum bei der Auslegung gewährte.

Während die Direktive CCS 551 und die auf sie aufbauenden Folgeeregungen für die allgemeine Militärverwaltung bestimmt waren, die sich allein mit dem Aufbau und der Ausführung von Besatzungsaufgaben zu befassen hatte, gab es zusätzlich besondere pressepolitische Bestimmungen für die Propagandaabteilungen der Armee. Diese besonderen Einheiten sahen die Medien nicht als Hilfsmittel zur Verwaltung besetzter Gebiete, sondern als Mittel des Kampfes an.<sup>792</sup> Entsprechend ihrer besonderen Aufgaben waren diese Propagandaeinheiten anderen Teilen der Armee zugeordnet als die örtlichen Militärverwaltungen: Während die mit der Verwaltung der besetzten Städte und Landkreise befassten Offiziere zum Armeestab der Militärverwaltung (›G-5‹, Civil Affairs/Military Government) gehörten,<sup>793</sup> war die Psychological Warfare Division des Generals McClure dem Stab der eigentlichen kämpfenden Truppe (›G-3‹, Operationsführung) zugeschlagen.<sup>794</sup> Als dritte Militärgliederung befasste sich darüber hinaus der Militärgeheimdienst ›Counter Information Corps‹ (CIC) mit Pressefragen, insbesondere der Pressebeobachtung. Der CIC war wiederum ein Teil des Militärstabs für ›Feindaufklärung‹ (›G-2‹).<sup>795</sup> Damit hatten sich insgesamt 3 Armeestäbe mit den deutschen Medien zu befassen.

Für die Umsetzung der Verwaltungsaufgaben vor Ort blieb jedoch allein die Militärregierung (›G-5‹) zuständig. Bei dieser Militärregierung handelte es sich um eine gegliederte Verwaltung, deren Hierarchie an die zivile Verwaltungshierarchie in Deutschlands angepasst war. Die Militärregierung war dazu in einzelne ›Detachments‹ unterteilt, die jeweils einen einzelnen Landkreis, eine Stadt, einen Bezirk oder ein Land zu verwalten hatten.<sup>796</sup> Die kleinsten Detachments auf der Kreisebene verfügten nur über einen wenig differenzierten

<sup>791</sup> § 2, Abs. 1, Gesetz Nr. 4.

<sup>792</sup> Vgl. Henke 1995, S. 302. Zu den durch diese Abteilungen entstandenen Heeresgruppenzeitungen vgl. auch Kap. 4.3.

<sup>793</sup> Vgl. Henke 1995, S. 210; Zink 1957, S. 19.

<sup>794</sup> Vgl. Paddock 2000.

<sup>795</sup> Vgl. O'Toole 1988, S. 33; Henke 1995, S. 210.

Personalbestand von etwa vier Offizieren und einem halben Dutzend Soldaten. Die wesentliche Verantwortung für das Wieder-in-Gang-setzen der kollabierten deutschen Verwaltung ruhte vor allem auf diesen lokalen Detachments.<sup>797</sup> Gerade diese unteren militärischen Verwaltungsebenen sollten bei allen Aufgaben, auch bei der Kontrolle der Medien, nicht zur Verwirklichung längerfristiger politischer Ziele beitragen, sondern vor allem für Sicherheit, Ruhe und Ordnung sorgen.<sup>798</sup> Das Militär sah seine Aufgaben vor allem in der Stabilisierung des Besatzungsgebietes und nicht im politischen Neuaufbau.<sup>799</sup>

Dass im westalliierten Generalstab des Oberbefehlshabers Eisenhower gleich 3 Stäbe mit Medien befasst waren und nicht nur die Militäreinheiten zur psychologischen Kriegsführung mit der deutschen Presse zu tun hatten, ist von der Pressegeschichtsschreibung bislang nicht ausreichend gewürdigt worden. Die bisherigen pressehistorischen Darstellungen über die Jahre 1944/45 beschäftigten sich nicht mit der in den Städten und Landkreisen aktiven allgemeinen Militärverwaltung (Stab ›G-5‹), sondern im wesentlichen mit der ›Psychological Warfare Division‹ (PWD) des US-Generals Robert McClure (Stab ›G-3‹), die nicht verwalten, sondern kämpfen sollte.<sup>800</sup> Bei dieser PWD arbeiteten die später bekannteren deutschen Emigranten Stefan Heym und Hans Habe, deren Wirken in der Propagandaabteilung nachträglich mit der gesamten anglo-amerikanischen Pressepolitik der Kriegs- und frühen Nachkriegszeit gleichgesetzt werden sollte.<sup>801</sup> Die Psychological Warfare Division hatte, da Teil der eigentlichen kriegführenden Truppe, anfangs vor allem mit Hilfe von Flugblättern, dem Radio, Lautsprechern oder Zeitungen Kampfpropaganda und nach der Eroberung zusätzlich vor allem Konsolidierungspropaganda zu betreiben, mit der die eroberte Zivilbevölkerung zur Zusammenarbeit und zu einer positiven Haltung der Kriegs- und Nachkriegsziele der Eroberer gebracht werden sollte. Nach der Kapitulation kamen politische Aufgaben bei der Umgestaltung Deutschlands hinzu.<sup>802</sup>

---

<sup>796</sup> Vgl. Zink 1957, S. 26.

<sup>797</sup> Vgl. Zink 1957, S. 39.

<sup>798</sup> Vgl. etwa Art. 10 (a), Memorandum by the Working Security Committee, Provisions for Imposition Upon Germany at Time of Surrender (Revised), 6.1.44: »The utilization of press, radio, mail, and similar instruments of dissemination of information should be made subject to such controls and supervision as may be imposed by occupation forces in the interests of military security and peace and order.« In: FRUS Bd. 1/1966 (1944), S. 106.

<sup>799</sup> Vgl. Henke 1995, S. 96f.

<sup>800</sup> Vgl. Paddock 2000.

<sup>801</sup> Vgl. Matz 1969, Hurwitz 1972; Koszyk 1986 und autobiografisch Habe 1977 und Heym 1997.

<sup>802</sup> Zu diesen Aufgaben der Abteilungen psychologischen Kriegsführung vgl. Matz 1969, S. 13ff.

Die unterschiedlichen Aufgaben der Militärstäbe bildeten den Hintergrund für jeweils anders gelagerte Anweisungen zur Pressepolitik.<sup>803</sup> Die erste für die Propagandaabteilung der Armee erschienene Direktive, die sich eigens Pressefragen widmete, erging am 6. Oktober 1944.<sup>804</sup> Sie richtete sich allein an die speziell mit der Feindpropaganda befasste »Psychological Warfare Division« und die ihr unterstehenden Einheiten, nicht aber an die große Zahl der Offiziere, die in den Städten und Gemeinden mit der Verwaltung des Besatzungsgebietes beschäftigt waren.<sup>805</sup> Die »Draft Instructions for German Press Team Control Personnel Pre-Talisman Conditions« sah vor, dass Spezialeinheiten der Heeresgruppen in den besetzten Gebieten sowohl eigene Zeitungen veröffentlichten als auch ausgewähltem deutschem Personal erlaubten, unter alliierter Kontrolle Zeitungen zu produzieren.<sup>806</sup> Die nach dieser Regelung ebenfalls weiter erlaubten deutschen Zeitungen sollten einer Vorzensur einer eigens eingerichteten »Press Control Section« des westalliierten Oberkommandos unterliegen.<sup>807</sup> Ausgewählte nazi-feindliche deutsche Redaktionsstäbe sollten unter der Aufsicht der Armeedivision für psychologische Kriegsführung (PWD) Leitartikel zu kommunalen Themen, Weltnachrichten, Beiträge für Kinder, Berichte über die Aufbauleistungen im besetzten Deutschland und Kulturbeiträge veröffentlichen dürfen.<sup>808</sup>

Als mit dem Ende der Kampfhandlungen keine Gefahr mehr für die Besatzungsarmee bestand, änderte sich der alliierte Blick auf die deutsche Presse und damit auch die Militärgesetzgebung. Da kein Risiko mehr bestand, deutsche Medien könnten von der deutschen Wehrmacht zum Nachteil der Alliierten instrumentalisiert werden, konnte die kurzfristige militärische Betrachtung der Medien zugunsten einer langfristigen zivilen aufgegeben werden. In der Folge wurden, vier Tage nach der deutschen Kapitulation, eine Reihe von Gesetzen und Richtlinien erlassen, die nicht mehr die Übermittlung unzensurierter feindlicher Nachrichten verhindern wollten, sondern den Neuaufbau der deutschen Presse zum Ziel hatten. Weil die eigentliche Aufgabe, die Bekämpfung des deutschen Kriegsgegners, vollständig entfiel, wirkte sich der Waffenstillstand vor allem auf die Abteilung für psychologische Kriegsführung aus,

---

<sup>803</sup> Die unterschiedliche Zielgruppe der Gesetze könnte ein Grund gewesen sein, warum Hans Habe später ein gewisses Erstaunen über jene Vielzahl von Weisungen äußerte, die ihn nicht erreicht hatten. Ein Teil der der Psychological Warfare Division zugeschriebenen Weisungen dürfte schlicht nicht für die PWD bestimmt gewesen sein: »Was mich aber am meisten erstaunt – und höchlichst amüsiert – ist die Veröffentlichung von hochtrabenden »Weisungen«, die ich aus Paris [Sitz des PWD-Chefs McClure] erhalten haben soll. Da die Gelehrten von heute diese Weisungen aufgestöbert haben, zweifle ich nicht an ihrer Authentizität. Ich kann aber beschwören, daß ich keine einzige gelesen habe – entweder weil man sich hütete, sie an mich abzuschicken, oder weil ich sie ungelesen in den Papierkorb warf.« (Habe 1977, S. 72.)

<sup>804</sup> Vgl. Matz 1969, S. 13ff.

<sup>805</sup> Vgl. Matz 1969, S. 13ff.

<sup>806</sup> Vgl. Matz 1969, S. 33; Kutsch 1988, S. 48.

<sup>807</sup> Vgl. Matz 1969, S. 33.

<sup>808</sup> Vgl. Hurwitz 1972, S. 53; Schölzel 1986, S. 15.

deren Aufgaben sich weitgehend änderten. Statt der Feindbekämpfung rückten zukunftsgerichtete stabilisierenden Aufgaben in den Vordergrund.

Ein vollständiges Verbot der deutschen Presse wurde von der pressehistorischen Forschung bislang vor allem mit dem Gesetz Nr. 191 vom 24. November 1944 belegt, das jede Tätigkeit von Deutschen in den Nachkriegsmedien verboten habe.<sup>809</sup> Das Gesetz wurde jedoch anfangs gar nicht veröffentlicht,<sup>810</sup> was bereits Zweifel an seiner Wirksamkeit begründen muss. Als es schließlich in einer abgeänderten Fassung am 12. Mai 1945 in Kraft trat,<sup>811</sup> bestand damit zwar dem Grundsatz nach ein Druckverbot.<sup>812</sup> Wie jedoch u.a. BRANDT 1947 verdeutlichte,<sup>813</sup> diente das Gesetz nicht dem Verbot der deutschen Presse, sondern sollte lediglich eine unkontrollierte Pressetätigkeit verhindern. Ziel war es, die Grundlage »einer besonderen Genehmigung als Ausnahme von dem allgemeinen Verbot des Gesetzes Nr. 191« zu schaffen.<sup>814</sup> Die Presse hatte nur »vorbehaltlich anderer Anordnungen oder sonstiger Ermächtigungen durch die Militärregierung« zu schweigen,<sup>815</sup> was den Militärs den rechtlichen Rahmen für die Auswahl geeigneter Zeitungen und Verleger gab. Auch das Gesetz Nr. 191 enthielt deshalb wie schon viele Regelungen zuvor wieder einen Ermessensspielraum für die Genehmigung von Zeitungen: Das Druckverbot von Zeitungen erfolgte lediglich »vorbehaltlich anderer Anordnungen oder sonstiger Ermächtigung durch die Militärregierung«.<sup>816</sup>

Zur Regelung dieses pressepolitischen Spielraums erging zusammen mit dem Gesetz Nr. 191 eine ergänzende »Nachrichtenkontroll-Vorschrift Nr. 1« vom 12. Mai 1945, die die Verbotsausnahmen näher bestimmte und vor allem festlegte, dass eine Zulassung von Ausnahmen schriftlich zu erfolgen hatte. Die Frage, ob dies formlos schriftlich, als Lizenz oder in Form einer Konzession erfolgen sollte, wurde in der Vorschrift nicht beantwortet.<sup>817</sup> Mit den im Mai 1945 erlassenen Gesetzen bestand zwar weiterhin für Zeitungsverleger kein Rechtsanspruch auf Herausgabe einer Tageszeitung, die Militärbehörden erhielten jedoch einen weiten Frei- und Ermessensspielraum bei der Erteilung der dafür notwendigen Genehmigungen. Mit der offiziellen Regelungen der Ausnahmefälle war der nach dem Gesetz Nr. 191 bestehende Blackout am gleichen Tag de facto wieder aufgehoben.

<sup>809</sup> Vgl. etwa Matz 1969, S. 36; Raue 1983, S. 79, Pürer/Raabe 1994, S. 93; Koszyk 1999, S. 32.

<sup>810</sup> Vgl. Greuner 1962, S. 266.

<sup>811</sup> Vgl. Militärgesetz Nr. 191 (abgeändert 1) vom 12.5.1945, in: Greuner 1962, S. 265-266.

<sup>812</sup> Vgl. Brandt 1947, S. VIII.

<sup>813</sup> Vgl. etwa Brandt 1947, S. VIIff.; Die deutsche Presse im Neuaufbau 1950 o.P.

<sup>814</sup> Die deutsche Presse im Neuaufbau 1950 o.P.

<sup>815</sup> Vgl. Gesetz Nr. 191, abgedruckt in: Die deutsche Presse im Neuaufbau 1950 o.P.

<sup>816</sup> § 1, Militärgesetz Nr. 191 (abgeändert 1) vom 12.5.1945, in: Greuner 1962, S. 265.

<sup>817</sup> Vgl. Nachrichtenkontroll-Vorschrift Nr. 1 vom 12.5.1945, in: Greuner 1962, S. 266-267. Für eine Einschätzung der Vorschrift vgl. auch Schölzel 1986, S. 22f.

Während deutsche Zeitungen nach den Anweisungen für die Militärregierung generell weiter möglich blieben, erhielt die Spezialabteilung »Psychological Warfare Division« restriktivere Anweisungen zur Kontrolle der Medien. Die bereits veröffentlichten Regelungen, die – im kontrollierten Einzelfall – das Erscheinen von Zeitungen ermöglichten, wurden von Anordnungen ergänzt, die eine zunehmende Strenge bei den zu veröffentlichenden *Inhalten* erkennen lassen. Das vom US-Hauptquartier ebenfalls ab Mitte Mai verbreitete Handbuch (»Manual for the Control of German Information Services«) bestätigte ein weiteres Mal das nur eingeschränkte Verbot der deutschen Presse.<sup>818</sup> Das »Manuale« war als Handreichung für den längerfristigen Neuaufbau der deutschen Medien gedacht und informierte die Presseoffiziere umfassend über die nationalsozialistische Medienpolitik, die Planungen zur gemeinsamen interalliierten Medienkontrolle, Übersetzungshilfen für technische Fachbegriffe und andere medienpraktisch und medienpolitisch relevante Themen. Als langfristiges Programm enthielt dieses »Manuale« erstmals eine 3-Stufen-Abfolge pressepolitischer Maßnahmen, an deren Beginn die Schließung der deutschen Informationsmedien (Blackout) stand.<sup>819</sup> Auf dieses Werk ging auch die Planung für die nächsten Schritte zurück, die Herausgabe alliierter Nachrichtenblätter, eine Überprüfung der deutschen Medien und anschließend eine Wiederbetätigung ausgewählter Deutscher.<sup>820</sup>

Dieses Handbuch war ebenfalls nicht an die mit der Verwaltung der Städte und Landkreise beauftragten Kommandeure adressiert, sondern regelte ebenfalls lediglich die Arbeit der mit der Feindpropaganda befassten Psychological Warfare Division.<sup>821</sup> Es trug einen Geheimhaltungsvermerk,<sup>822</sup> so dass unklar ist, inwieweit dieses Handbuch überhaupt in den örtlichen Kommandanturen eine Wirkung entfalten konnte. Zudem kam das Handbuch für die darin angekündigte Blackout-Phase ein wenig spät: Die Psychological Warfare Division der amerikanischen 12. Heeresgruppe hatte bereits am 2. April 1945 ihre erste regionale Zeitung herausgebracht,<sup>823</sup> und auch die von den westalliierten Militärs genehmigten deutschen Zeitungen und Mitteilungsblätter erschienen häufig bereits seit einigen Wochen.<sup>824</sup>

Zur näheren Bestimmung der Inhalte der im »Manuale« angekündigten alliierten Nachrichtenblätter erschien Ende Mai (und damit 3 Wochen nach der Kapitulation) die »Directive No. 1 for Propaganda Policy of Overt Allied Information Services, SHAEF/PWD« des Chefs der Propagandaeinheiten, General McClure. Diese Direktive, die auf die von den Abteilungen der

<sup>818</sup> Vgl. Matz 1969, S. 21f. Nach Koszyk 1986, S. 130, datiert das Verbot vom 16.4.45.

<sup>819</sup> Siehe Manual for the Control of German Information Services, 12.5.45, Kap. III, S. 66ff.

<sup>820</sup> Vgl. Matz 1969, S. 21.

<sup>821</sup> Vgl. PWD Charter in Matz 1969, Anhang, S. 121f.

<sup>822</sup> Siehe Manual for the Control of German Information Services, 12.5.45. Vgl. auch Greuner 1962, S. 55.

<sup>823</sup> Als erstes den *Kölnischen Kurier* (vgl. die Übersicht bei Matz 1969, S. 169).

psychologischen Kriegsführung herausgegebenen Heeresgruppenzeitungen zielte, bedeutete eine Verschärfung des Umgangs mit den besiegten Deutschen. Die Propagandaabteilung der Armee wollte nunmehr »anstelle des bisherigen Bemühens um Sympathie und Vertrauen [...] jetzt das Verhältnis zwischen Besatzungsmacht und Deutschen durch Distanz und schocklose Konfrontation mit den Tatsachen bestimmt« sehen.<sup>825</sup> Nach MATZ 1969 war diese Direktive eine Reaktion von McClure auf Forderungen der US-Regierung nach einer größeren Härte gegenüber den Deutschen.<sup>826</sup> Mit der eine Woche darauf erlassenen Direktive Nr. 2 sollte »die Bevölkerung [...] angehalten werden, die jeweiligen lokalen Probleme durch eigene Anstrengungen zu bewältigen, dazu hatten die Heeresgruppenzeitungen durch Berichte über beispielgebende Erfolge anzuregen«.<sup>827</sup>

Das genaue Procedere der endgültigen Wiederzulassung deutscher Medien und über den langfristigen Neuaufbau des deutschen Informationswesens, das intern bereits im »Manual for the Control of the German Information Services« enthalten war, wurde offiziell jedoch erst mit weiteren Wochen Verspätung verkündet. Am 25. Mai 1945 bestätigte zwar der US-General McClure, »daß ab sofort deutsche Zeitungen lizenziert werden könnten«.<sup>828</sup> Die schriftliche Umsetzung in Form der »Direktive Nr. 3«, die auf eine freie, unabhängige und demokratische Presse zielte, wurde jedoch am 28. Juni 1945<sup>829</sup> und damit nur wenige Tage vor dem Abrücken der Amerikaner aus den ostdeutschen Ländern und Provinzen veröffentlicht. Auf die ostdeutsche Presse konnte sie sich deshalb vermutlich kaum noch auswirken.

Für die bis zum Juli 1945 erschienene Presse ohne Bedeutung blieb die »Direktive an den Oberkommandierenden der amerikanischen Besatzungstruppen betr. die Militärregierung in Deutschland« (JCS 1067). Obwohl JCS in der Literatur als »harte allgemeine politische Direktive«<sup>830</sup> beschrieben wurde, enthielt auch diese Direktive einerseits das Ziel der Gewährung von Meinungs- und Pressefreiheit, stellte dieses Grundrecht aber wie schon in früheren Regelungen hinter die Notwendigkeit der Wahrung militärischer Erfordernisse.<sup>831</sup> Abschnitt 9 D ließ erneut deutsche Medien zu und ermächtigte den Oberbefehlshaber Eisen-

<sup>824</sup> Siehe Kap. 4.4.

<sup>825</sup> Matz 1969, S. 45.

<sup>826</sup> Vgl. Matz 1969, S. 45.

<sup>827</sup> Matz 1969, S. 46. - Das Manual for the Control of German Information Services erlaubte jedoch nicht nur von den Heeresgruppen herausgegebene Zeitungen, sondern im Ausnahmefall auch auf lokaler Ebene erscheinender Zeitungen (siehe a.a.O., Kap. VIII, S. 67).

<sup>828</sup> Schölzel 1986, S. 26.

<sup>829</sup> Vgl. Schölzel 1986, S. 26.

<sup>830</sup> Vgl. Matz 1969, S. 21. Vgl. dazu auch Koszyk 1999, S. 32.

<sup>831</sup> Vgl. Matz 1969, S. 19f.

hower, »die freie Meinungsäußerung, die Pressefreiheit und die Freiheit der Kultusausübung [zu] gestatten«.<sup>832</sup>

Unabhängig von ihren Inhalten dürften die praktischen Auswirkungen der Direktive JCS 1067 jedoch bereits wegen ihrer kurzen Geltungsdauer begrenzt gewesen sein. JCS 1067, zur Ablösung der im Sommer 1944 entstandenen Vorgängerregelung CCS 551 erstellt, wurde am 23. März 1945 vom Präsidenten paraphiert,<sup>833</sup> ging am 14. Mai an den US-Oberbefehlshaber<sup>834</sup> und trat »als rein amerikanisches Dokument überhaupt erst nach der Auflösung des alliierten Oberkommandos am 14. Juli 1945 in Kraft«.<sup>835</sup> Gültigkeit erlangte JCS 1067 dadurch erst nach dem Abzug der amerikanischen Truppen aus Ostdeutschland. »Für die U.S. Army in Deutschland, die das Land zwischen dem 11. September 1944 und dem 8. Mai 1945 besetzte, war eine Direktive, die in ihrer definitiven Fassung als JCS 1067/8 erst am 14. Mai 1945 vorlag und erst weitere vier Wochen später in Kraft trat, naturgemäß kein wesentliches Schriftstück.«<sup>836</sup> Bereits Anfang August wurde JCS 1067 durch die Potsdamer Beschlüsse überholt,<sup>837</sup> die ebenfalls mit Einschränkungen die Pressefreiheit gewährleisteten.<sup>838</sup>

Die Rechtslage zusammenfassend kann festgehalten werden, dass eine Reihe von Militärgesetzen zwar die Schließung deutscher Zeitungen erlaubten, diese Schließung jedoch nicht vorschrieben. Wie die unterschiedlichen Gesetze und ihre unterschiedlichen Adressaten zeigen, hat es *das* anglo-amerikanische Presserecht während der Besetzungsphase Deutschlands nicht gegeben. Gleichwohl waren den unterschiedlichen Gesetze und Anordnungen, die die militärische Verwaltung bis weit in das Jahr 1945 hinein übermittelt bekam, durchaus geeignet, die Genehmigung einer deutsche Presse zu legitimieren. Die Vielfalt der in unter der amerikanischen Besetzung in Ostdeutschland erschienenen Zeitungen bestätigt, dass die militärische Pressepolitik in ihrer ersten Phase, der Besetzung Deutschlands, kaum durch streng normierend wirkende und eindeutig aufzufassende rechtliche Vorgaben geprägt wurde, was eine große Variationsbreite der von den US-Militärs genehmigten Blätter begründete.

---

<sup>832</sup> JCS 1067, Art. 9.D., in: Warburg 1949, S. 307. – Zu einer ähnlichen (die Perspektiven von JCS 1067 betonenden) Einschätzung kommt, jedoch auf dem Gebiet der Organisationsfreiheit, Niethammer 1973, S. 24, Anm. 16: »Das politische Betätigungsverbot, wie es in den Besatzungsdirektiven CCS 551 und JCS 1067 niedergelegt war, hätte nicht notwendig die Gründung jedweder Massenorganisation unterbinden müssen, wenn sie mit Genehmigung der Militärregierung geschah.«

<sup>833</sup> Vgl. Henke 1995, S. 114.

<sup>834</sup> Vgl. Henke 1995, S. 116.

<sup>835</sup> Henke 1995, S. 116.

<sup>836</sup> Henke 1995, S. 117.

<sup>837</sup> Vgl. Henke 1995, S. 117.

<sup>838</sup> Vgl. Liedtke 1982, S. 28. Nach Baerns 1982, S. 280, erfolgten Blackout und Presseneuaufbau auf der Grundlage der »Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands« der vier Siegermächte vom 5.6.45 sowie des Potsdamer Abkommens vom 2.8.45.



Der Befund einer vielfältigen Nachkriegspresse widerspricht jenem Großteil der Rechtsauslegungen in der pressehistorischen Forschungsliteratur, die die alliierte Pressepolitik durch strikte Blackout-Bestimmungen und das Verbot deutscher Zeitungen geprägt sah. Die Vielzahl der unterschiedlichsten Titel, die unter den Augen der in Ostdeutschland stationierten westalliierten Militäreinheiten erschienen, legt hingegen nahe, dass die Schließung deutscher Medien und die Entfernung deutscher Mitarbeiter als politisches Ziel lange nicht auf der Tagesordnung der örtlichen Militärverwaltungen stand, sondern erst im Zuge der Neuaufbaupläne nach der Niederlage Deutschlands zum Maßstab des Handelns wurden.

#### 4.6.2 Genehmigungspraxis

Umfangreiche schriftliche Unterlagen zur örtlichen Genehmigungspraxis konnten für die ostdeutsche Presse nicht nachgewiesen werden. Ähnlich wie in Aachen, wo für die *Aachener Nachrichten* erst am 27. Juni 1945 und damit fünf Monate nach ihrer Gründung eine schriftliche Lizenz vergeben wurde,<sup>839</sup> begannen auch die in Ostdeutschland erschienenen Zeitungen ihre Arbeit auf der Basis schlichter mündlicher Anordnungen örtlicher Armeedienststellen. Gleich dem Aachener Blatt wurde auch die ostdeutsche Presse zwar mit einer Genehmigung, jedoch ohne reguläre Lizenz verlegt. Eindeutige Belege, von welcher Seite letztendlich die Initiative für das Wieder- oder Neuerscheinen der einzelnen Zeitungen ausging, konnten ebenfalls nicht erbracht werden, doch ließ sich im Rahmen dieser Arbeit eine Initiative sowohl von zivilen als auch von militärischen Dienststellen nachweisen, die (neben den Verlagen) beide ein Interesse am Erscheinen der Blätter hatten. Die Verlage konnten auf diese Weise wieder zu wirtschaften beginnen, die Verwaltungsstellen bekamen Publikationsmöglichkeiten für ihre Anordnungen:

Alle untersuchten ostdeutschen Blätter machten in irgendeiner Form deutlich, dass sie der Militärregierung oder kommunalen Zivilverwaltung dienten, alle Blätter erschienen mit Billigung der örtlichen alliierten Militärregierungen. In seinem Geleitwort zur ersten Nummer der *Bernburgischen Zeitung* bezeichnet etwa der amerikanische Ortskommandant die Zeitung ausdrücklich als »a medium of communication between Military Government and the people under its jurisdiction and as a means for the Oberbürgermeister, the Landrat and the various Bürgermeisters.«<sup>840</sup> Auch das Erscheinen des *Bekanntmachungsblatts*, Mittweida, erfolgte ausdrücklich auf Anordnung der örtlichen Militärregierung, wobei der Oberbürgermeister als

<sup>839</sup> Vgl. »Erste deutsche Zeitung erhält die bedingte Lizenz - Feierliche Überreichung des Dokuments durch General A. McClure.« In: *Aachener Nachrichten*, 4.7.45. Vgl. außerdem Hurwitz 1972, S. 57f. ; 63; Matz 1969, S. 34.

<sup>840</sup> *Bernburgische Zeitung*, Nr. 1/6.6.45. 83 Jg. Verlag *Bernburgische Zeitung*, I.K. v. Zweck. Druck: Alfred König. Verantwortlicher Schriftleiter M.C. Schreiber. Geschäftsstelle: Kaiserstr. 11a.

Herausgeber fungierte.<sup>841</sup> Den Hinweis ›by Order of the Allied Military Government‹ enthielten auch die Titel aus Greiz, Rochlitz und in Burgstädt. In Glauchau teilte die *Glauchauer Zeitung* ihren Lesern mit, dass das Erscheinen »mit Bewilligung des Stadtkommandanten der Amerikanischen Militärregierung« erfolgt war und »ein Zeichen dafür [sei], daß die Bevölkerung vom Gesamtkreis Glauchau alle Anordnungen der Amerikanischen Militärregierung in disziplinierter Weise befolgt hat und auch in Zukunft befolgen wird.«<sup>842</sup> Die Wiederaufnahme der Verlagstätigkeit scheint hier von der Besatzungsarmee als Reaktion auf ein Wohlverhalten der Bevölkerung und damit als Gnade gewährt worden zu sein.

Auch die Initiative zur Gründung dieser Zeitungen ging sowohl von den Verlegern und den Kommunalverwaltungen als auch von den Militärs aus. Der *Mühlhäuser Anzeiger* startete ohne offizielle Kennzeichnung einer Militärbehörde als ›Amtliches Nachrichtenblatt für den Stadt- und Landkreis Mühlhausen‹. Der Verlag war zur Herausgabe des Blattes von außen aufgefordert worden,<sup>843</sup> ohne dass sich jedoch hier belegen ließ, ob diese Aufforderung von der Militärregierung oder der örtlichen Zivilverwaltung stammte. In Weißenfels lässt sich nachweisen, dass der Auftrag zur Herausgabe eines »Presseorgans für den Stadt- und Landkreis Weißenfels, das zugleich als Verkündungsblatt für die Behörden dienen soll« von der amerikanischen Militärregierung an die Stadtverwaltung erfolgte.<sup>844</sup> Für Grimma vermutet ein Zeitzeuge, »die Genehmigung zur weiteren Herausgabe der ›Nachrichten für Grimma‹ hat wohl der damalige Besitzer, Verleger und Redaktionsleiter Dr. Werner Bode [...] beim amerikanischen Stadtkommandanten erbeten.«<sup>845</sup>

Bei anderen Zeitungen kann davon ausgegangen werden, dass ihr Erscheinen auf Initiative der Verlage oder Redakteure zurückzuführen ist. Bei den *Elsterberger Nachrichten* war es der Verlag, der »von der USA.-Militär-Regierung die Genehmigung erwirkt« hatte.<sup>846</sup> In Quedlinburg ging die Zeitungsgründung von einem früheren Zeitungsredakteur aus, der als Flüchtling in seinen Ausbildungsbetrieb zurückkam: »Durch günstige Umstände erreichte ich bald ein Gespräch mit dem amerikanischen Stadtkommandanten, der meinen Plan billigte, an die einstige Redaktionstätigkeit anzuknüpfen und beim vertrauten Verlag ein unpolitisches

<sup>841</sup> Mitteilung Stadtverwaltung Mittweida, Stadtarchiv, Herr Dressel, 27.5.99.

<sup>842</sup> »F.P.V.: Die neue Zeit.« In: *Glauchauer Zeitung*, 18.5.45.

<sup>843</sup> Schreiben Frau Eva Falk an Herrn Dr. Schmidt, Mühlhausen den 28.2.46. DBuV Akte 1939-46.

<sup>844</sup> Schreiben der Oberbürgermeister, an das Weißenfeler Tageblatt, Weißenfels, 28.4.1945, Stadtarchiv Weißenfels AII/70.

<sup>845</sup> Mitteilung Ralf Bachmann, Berlin, 11.6.99.

<sup>846</sup> Siehe *Elsterberger Nachrichten*, 2.6.45.

Wochenblatt ins Leben zu rufen.«<sup>847</sup> In Eisleben setzte der Verlag erst »nach Rücksprache« mit der örtlichen Militärregierung durch, dass die über den kommunalen Rahmen hinaus gehenden Bekanntmachungen des Oberkommandierenden Eisenhowers in die Zeitung übernommen werden konnten.<sup>848</sup> Die Initiative für den Abdruck der Militärgesetze ging demnach vom Verlag aus, der die neuen Inhalte mit einem deutlichen Hinweis auf ihre rechtliche Bedeutung für die Eigenwerbung und die Festigung der Leserbindung nutzte: »Wir empfehlen unseren Lesern, diese Gesetzesabdrucke **auszuschneiden und zu sammeln**.«<sup>849</sup> In einigen Orten erschienen zudem Zeitungen, die von antifaschistischen Bürgerkomitees und damit vorparlamentarischen Institutionen »angeregt oder kontrolliert« wurden.<sup>850</sup> Hierzu gehörte auch eine Zeitung im Mansfelder Land.<sup>851</sup>

Die Herausgabe einer Zeitung galt dabei offenbar als logische und zwangsläufige Konsequenz der Einstellung der Kampfhandlungen. Die Genehmigung und das Wiedererscheinen von Zeitungen zeigte in einer Zeit, in der aufgrund des Endes der Kampfhandlungen das beiderseitige Bedrohungsgefühl zu schwinden begann, die beginnende Normalisierung des öffentlichen Lebens an. Dass das Bedürfnis nach Zeitungen ein allseitiges war und auch die Initiative nicht nur aus einer Richtung kommen konnte, lassen Editorials im *Allgemeinen Anzeiger* und der *Glauchauer Zeitung* erkennen. Der *Allgemeine Anzeiger* in Langensalza nennt als Triebfeder der Zulassung der Zeitung die Bevölkerung und den Verlag. »Zahlreichen Wünschen unserer Leserschaft entsprechend, wollen wir versuchen, regelmäßig wieder unseren alten beliebten »Allgemeinen Anzeiger« erscheinen zu lassen.«<sup>852</sup> Die *Glauchauer Zeitung* sprach den Zusammenhang von politisch-militärischer Normalisierung und dem Wiedererscheinen von Zeitungen direkt an. Die Herausgabe des »Mitteilungsblattes der Amerikanischen Militärregierung für den Stadt- und Landkreis Glauchau« zeigte die Entspannung der Kriegssituation.

Wie die Vielzahl der Titel und der Zeitpunkt des Ersterscheinens belegen, haben sich die Kommandeure offensichtlich weniger vor die Frage gestellt gesehen, *ob* wieder von Deutschen produzierte Zeitungen erscheinen, sondern lediglich, *wie* diese auszusehen hätten.

<sup>847</sup> Hornig, Erhard: Eine kleine Nachkriegs-Zeitung, 28.9.1985. Anlage zu einem Schreiben E. Hornigs a. d. Internationale Zeitungsmuseum der Stadt Aachen, Direktor Leppe, Bad Harzburg, 24.9.85 (im Besitz des Autors).

<sup>848</sup> Siehe »Bitte beachten!« In: *Öffentliches Amtsblatt des Oberbürgermeisters der Stadt Eisleben und des Landrates des Mansfelder Seekreises*. 4. Sonderausgabe der *Eisleber Zeitung*, 2.6.45.

<sup>849</sup> »Bitte beachten!« In: *Öffentliches Amtsblatt des Oberbürgermeisters der Stadt Eisleben und des Landrates des Mansfelder Seekreises*. 4. Sonderausgabe der *Eisleber Zeitung*, 2.6.45 [Hervorh. i Orig.].

<sup>850</sup> Niethammer/Borsdorf/Brandt 1976, S. 214f. zum Verhältnis der US-Armee zu politischen Aktivitäten vgl. auch Henke 1995, S. 613ff.

<sup>851</sup> Vgl. Niethammer/Borsdorf/Brandt 1976, S. 215 (Anm. 116).

<sup>852</sup> »An unsere Leser!« In: *Allgemeiner Anzeiger*, Langensalza, 25.4.45.

Die westalliierte Politik in Ostdeutschland pendelte bei den Inhalten zwischen den beiden Handlungspolen ›softness‹ und ›austerity‹.<sup>853</sup> Dem Konzept der Strenge entsprachen dabei Periodika, die lediglich Befehle der Militärregierung und der kommunalen Zivilverwaltung enthielten. Eine mildere Pressepolitik zeigte sich etwa in Bernburg in einer umfassenderen Berichterstattung. Diese große formale und inhaltliche Unterschiedlichkeit der Zeitungen deutet bei der Genehmigung auf das Fehlen bindender zentraler Vorgaben hin.<sup>854</sup> Ein für den *Mühlhäuser Anzeiger* überlieferter Genehmigungsentwurf scheint nahe zu legen, dass das Verfahren ohne Formblatt erfolgte und die Aushandlung der Erscheinungsbedingungen individuell erfolgte.<sup>855</sup> Die Unternehmensakten enthalten als einziges Dokument einen maschinenschriftlichen Genehmigungsentwurf.<sup>856</sup> Als Geschäftsbedingung wurden zehn vom Verlag und seinen Mitarbeitern zu befolgenden Anordnungen aufgelistet:

- »1. Peinlichste Befolgung aller Anordnungen der Militärregierung, die bereits erlassen sind oder noch erscheinen.
2. Alle Angestellten, die als gefährliche politische Aktivisten gelten, scheiden sofort aus und sind dem Chef der Polizei der Stadt Mühlhausen/Th ohne Verzögerung namhaft zu machen.
3. Einen Tag vor der Drucklegung muß der Text in Deutsch und Englisch zur Zensur Herrn Mittelschullehrer Prill als M.G. Interpretor vorgelegt werden.
4. Für die Übersetzung stellt die Stadt Mühlhausen/Th geeignete Persönlichkeiten zur Verfügung oder der Verlag stellt dazu eigene Kräfte ein.
5. Die Veröffentlichungen betreffen vorerst nur lokale Nachrichten, Anzeigen etc. und amtliche Bekanntmachungen.
6. Der Preis und die Auflage der Zeitung ist so zu halten, daß jede Haushaltung nach Möglichkeit beliefert werden kann.
7. Die Drucklegung der ersten Ausgabe ist so zu beschleunigen, daß sie spätestens am 28. April schon erscheinen kann.
8. Die zu veröffentlichenden ersten Bekanntmachungen werden dem Verlag sobald als möglich zugestellt werden. Soweit die Übersetzungen schon vorliegen, erscheint oben am Rande ein Vermerk.
9. Für alle weiteren Fragen haftet der Militärregierung gegenüber der M.G. Interpretor Fr. Prill, Frohnestr. 4.
10. Amtliche Bekanntmachungen sind kostenlos aufzunehmen.«<sup>857</sup>

Änderungen bzw. Ergänzungen der Erscheinungsbedingungen erfolgten, wie sich der Verleger beim Bürgermeister beklagte, lediglich mündlich:

<sup>853</sup> Vgl. Matz 1969, S. 33. In der amerikanischen Politik hatte es eine Kontroverse gegeben, wie Deutschland nach der Niederlage zu behandeln sei. Vorstellungen, in Deutschland aus der internationalen Gemeinschaft auszuschließen und ein sehr strenges Besatzungsregime zu errichten, kontrastierten mit dem Wunsch, Deutschland nach der Niederlage möglichst schnell wieder in die internationale Gemeinschaft aufzunehmen (vgl. Hurwitz 1972, S. 68; Henke 1995, S. 306ff.)

<sup>854</sup> Vgl. Kap. 4.6.

<sup>855</sup> Vgl. Vertragsentwurf: Vorschlag, Dienstag, 24.4.45. DBuV Akte 1939-46.

<sup>856</sup> Inwiefern dieser offenbar auf Altpapier geschriebene Vorschlag verbindlich wurde, ließ sich nicht nachweisen. Ein größeres Abweichen dürfte jedoch nicht erfolgt sein.

<sup>857</sup> Vertragsentwurf: Vorschlag, Dienstag, 24.4.45. DBuV Akte 1939-46.

»Die Entwicklung und Abwicklung der geschäftlichen Vorfälle des am 28.4. zum erstmal erschienenen Mühlhäuser Anzeigers verursacht mir des öfteren schlaflose Nächte und sehr viel Kopfzerbrechen. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, wenn geschäftliche Vorfälle von unabsehbarer Bedeutung für die Existenz der Zeitung durch eine kurze mündliche Abfertigung im Stehen zwischen Tür und Angel erledigt werden. Gerade Sie als Beamter werden mir darin beipflichten, daß ich für die Unterlagen des MA aktenmäßige Belege brauche, aus denen ich unter Umständen alles erforderliche nachweisen kann. Ich darf nachstehend auf einige Beispiele und Zweifelsfälle zur Klarstellung hinweisen: 1. Ursprünglich wurde meiner Tochter von Herrn Prill gesagt, daß das Verbreitungsgebiet des MA, nachdem die schriftliche Druckgenehmigung durch ihn vorliegt, sich auf das Gebiet des Stadt- und Landkreises Mühlhausen beschränkt. Eine weitere mündliche Mitteilung gestern, am 30.4., seitens des Herrn Prill an meine Tochter besagt dann, daß es nicht nur an dem wäre, sondern das wir nach Erteilung der Druckgenehmigung durchaus berechtigt seien, unsere Zeitung überall, das heißt also insbesondere in unserem alten Verbreitungsgebiet, zu dem ja bekanntlich auch thüringische Orte und solche des Kreises Langensalza gehören, verbreiten zu dürfen. Der Wunsch der Bevölkerung, die alte gewohnte Zeitung zu erhalten, steht jedenfalls außer Zweifel. Sie werden mit Recht geben, daß für eine so grundsätzliche Regelung eine schriftliche Unterlage bei den Akten meiner Firma vorhanden sein muß. [--] Vor allem bitte ich Sie herzlich und geradezu inständig darum, mich in die Lage zu versetzen, einen geordneten und regelrechten Geschäftsgang mit schriftlichen Unterlagen, so wie er Ihnen als Beamten und uns seit je vertraut ist, nicht nur einzuführen, sondern auch aufrecht zu erhalten.«<sup>858</sup>

Die fehlende Schriftform bedeutete für die Verleger eine erhebliche Rechtsunsicherheit: »Eine Zeitung, deren Existenz vielleicht nur das Resultat eines zustimmenden Kopfnickens war, konnte jeden Tag verboten werden.«<sup>859</sup> Haftbar war dabei nicht nur der Verleger, sondern auch das gesamte Personal.<sup>860</sup>

Die Druckgenehmigung erfolgte beim *Mühlhäuser Anzeiger* für jede Nummer der Zeitung einzeln nach einer Vorzensur. Sie wurde formlos hand- oder maschinenschriftlich erteilt.<sup>861</sup> Die Zensur des *Mühlhäuser Anzeigers* nahmen die Offiziere der Militärregierung zumeist nicht persönlich vor, sondern beauftragten als »Autorität der MR«<sup>862</sup> einen deutschen Zensor. Dieser »M.G. Interpretor«,<sup>863</sup> den die deutschen Behörden als Übersetzer und Verbindungsmannes zur Militärbehörde bereitzustellen und zu bezahlen hatten,<sup>864</sup> zeichnete die zweisprachigen Manuskripte ab und haftete dabei ebenfalls gegenüber der Militärregierung persönlich.<sup>865</sup> Für die Erteilung der Druckgenehmigungen war die amerikanische Militärdienststelle aufzusuchen.<sup>866</sup>

<sup>858</sup> Schreiben Karl Krefßmann, Dannersche Buchdruck und Verlagsanstalt, an Herrn Bürgermeister Preuß, Mühlhausen, den 1.5.1945, vertraulich, persönlich. DBuV Akte 1939-46.

<sup>859</sup> Mitteilung Ralf Bachmann, Berlin, 11.6.99.

<sup>860</sup> Notiz/Tagesberichte Prokurist Karl Kampfenkel, Freitag [27.4.45]. DBuV Akte 1939-46.

<sup>861</sup> Auskunft Eva Falk, Wiesbaden 2.12.1998.

<sup>862</sup> Niethammer/Borsdorf/Brandt 1976, S. 649.

<sup>863</sup> M.G. = Military Government.

<sup>864</sup> Vgl. § 1258, Chapter XVIII, Part III, Handbook for Military Government, Dec. 1944.

<sup>865</sup> Vertragsentwurf: Vorschlag, Dienstag, 24.4.45. DBuV Akte 1939-46.

<sup>866</sup> Auskunft Eva Falk, Wiesbaden, 2.12.1998.

In Zeulenroda erfolgten die Druckgenehmigungen ausnahmslos mündlich.<sup>867</sup> In Jena führte die amtliche Zeitung den Zensurvermerk direkt im Impressum: »passed by U.S. army censors«<sup>868</sup> bzw. »Der Inhalt dieser Zeitung ist von der Militärregierung durchgesehen und zur Veröffentlichung freigegeben worden.«<sup>869</sup>

Insgesamt war der Einfluss der Militärregierung auf die Zeitungen zumeist ein indirekter. Als direkte Ansprechpartner der Verleger ließen sich vor allem Bürgermeister oder Landräte nachweisen, wie in Grimmen eine Personalentscheidung bewies:

»Seine [der amerikanische Stadtkommandant] Entscheidung, daß ich in die Redaktion aufzunehmen bin, teilte er Dr. Bode [Zeitungsverleger] nicht direkt mit, sondern er rief in meiner Gegenwart den von ihm berufenen Landrat Dr. Zander an und beauftragte ihn, die Einstellung zu veranlassen. Überhaupt hatte ich den Eindruck, daß die Kontakte im wesentlichen über Zander liefen.«<sup>870</sup>

Wenn sowohl verlegerische als auch inhaltliche Entscheidungen indirekt über einen deutschen Zensor oder den Bürgermeister erfolgten, wuchs diesen bei fast allen Verlags- und Redaktionsangelegenheiten eine starke Machtposition zu. Beim *Mühlhäuser Anzeiger* war etwa der Mühlhäuser Bürgermeister Preuß zuständiger Ansprechpartner bei Verhandlungen über die Änderung der festgelegten Erscheinungsbedingungen. Aus dem Bürgermeisterramt kamen zudem Vorschläge zur Erhöhung der Vertriebspreise, an denen die Stadt beteiligt werden wollte. Auch das dem Verlag zugestandene Verbreitungsgebiet und Probleme bei der Kraftstoffversorgung (»Für Vertrieb liefert Landrat Benzin«) oder bei der Bezahlung des Übersetzers und Zensors<sup>871</sup> wurden über die deutsche Verwaltungsspitze verhandelt.<sup>872</sup> Der von der Militärregierung beauftragte deutsche Zensor fühlte sich in Mühlhausen offenbar mächtig genug, selbst Ausweitungen der Zeitungsinhalte zu versprechen.<sup>873</sup>

<sup>867</sup> Telefonauskunft Hans Wolf Oberreuter, Druckerei Oberreuter, Zeulenroda, 10.11.99.

<sup>868</sup> Siehe *Military Government Gazette Germany. Amtsblatt der Militärregierung-Deutschland für den Stadt- u. Landkreis Jena-Stadtroda*, 24.4.45 (Bestand IZM Aachen).

<sup>869</sup> Siehe *Jenaer Mitteilungsblatt. Announcements of the Provisionary Major of the City of Jena*, 25.6.45 (Bestand IZM Aachen).

<sup>870</sup> Mitteilung Ralf Bachmann, Berlin, 11.6.99.

<sup>871</sup> »Die in Ihrem Verlag erscheinende Zeitung Mühlhäuser Anzeiger steht unter Zensur der alliierten Militärregierung. Zu diesem Zweck ist es erforderlich, daß alles was in Ihrer Zeitung erscheint der Militärregierung in englischer Sprache vorgelegt wird. Zu diesem Zweck stehen der Verwaltung geeignete Kräfte zur Verfügung. Ich bitte, sich an diesen Kosten zu beteiligen und schlage vor, monatlich RM 120.-« Schreiben Bürgermeister Preuß, Mühlhausen/Th. an Mühlhäuser Anzeiger, 30.4.45. DBuV Akte 1939-46.

<sup>872</sup> Vgl. Schreiben Karl Krefßmann, Dannersche Buchdruck und Verlagsanstalt, an Herrn Bürgermeister Preuß, Mühlhausen, den 1.5.1945, vertraulich, persönlich. DBuV Akte 1939-46; Notiz/Tagesberichte Prokurist Karl Kampfenkel, Mittwoch [25.4.45]. DBuV Akte 1939-46.

<sup>873</sup> »Vorsprache bei Prill, Preuß wegen Gestaltung der Zeitung. Erlaubnis für Füllmaterial, kleine Geschichten, Belehrendes usw. erlangt. Zeitung soll gefüllt werden, nicht leer bleiben! [...] Mittags Einsichtnahme Prills in Zeitung. Streichung einiger Manuskripte, Aufnahme der Märchen. [...] Um 6 Uhr Druckgenehmigung, um ½ 9 Besuch Prill, [...] bestes Einvernehmen, Zusicherung freierer redaktionellen Arbeit.« (Notiz/Tagesberichte Prokurist Karl Kampfenkel, Freitag [27.4.45]. DBuV Akte 1939-46.)

Durch diese Machtstellung bekamen die Städte und Landkreise einen großen Einfluss auf weite Bereiche der Zeitungsproduktion. Im Landkreis Weimar hatten der Landrat und die Bürgermeister des Kreises den Vertrieb übernommen. Für die Verteilung des *Weimarer Landboten* legten sie Listen aus, auf denen Interessenten die Zeitung abonnieren konnten.<sup>874</sup>

Für Crimmitschau ließ sich der Versuch des Bürgermeisters nachweisen, seine Machtposition zur Übernahme der örtlichen Zeitung bzw. zum Erhalt einer Kapitalbeteiligung zu nutzen. Als Mittel zum Zweck diente dabei ein Entnazifizierungsverfahren, bei dem die Stadtverwaltung einen von zwei Verlegern aus einem Gemeinschaftsverlag entfernen und sich anschließend dessen Stelle einnehmen wollte.<sup>875</sup>

Wie bei den Zeitungsgenehmigungen zeigten die Militärbehörden auch bei der Entnazifizierung der Verlage ein unterschiedliches Verhalten. Die Entscheidung, was als Belastung zu werten sei, die eine Wiederaufnahme der Arbeit ausschloss, war für die beteiligten Militäroffiziere offenbar nicht leicht zu treffen. Die unterschiedlichen Nachteile, die bei diesen Entscheidungen zur Entlastung der belasteten Redakteur und Verleger angeführt werden konnten, bzw. die Frage, ob ein Verleger oder Redakteur Opfer oder Täter gewesen war, hingen von individuellen Wertmaßstäben ab. Zwar war den Militärregierungen vorgeschrieben worden, ohne Ausnahme »aktive Nazis und glühende Nazi-Sympathisanten« aus wichtigen kommunalen Positionen zu entfernen,<sup>876</sup> die Klärung der Begriffe »aktiv« und »glühend« betraf allerdings genauso individuelle Wertmaßstäbe wie die Frage, ob ein lukrativer Zwangsverkauf einen Verleger zu einem Opfer machte oder nicht. Bei ihren Entscheidungen waren die Besatzungsoffiziere stark auf die Informationen und Einflüsterungen der von ihnen kontrollierten zivilen Kommunalverwaltungen und anderer Zuträger angewiesen.

Die Entnazifizierung der Verlage musste angesichts dieser uneindeutigen Regelungen höchst unterschiedlich ablaufen und die beteiligten westalliierten Offiziere überfordern. Probleme bei der Entnazifizierung schien selbst der US-Nachrichten- bzw. militärische Abschirmdienst Counter Information Corps gehabt zu haben, der als Beordnung der regulären Kampfeinheiten bis hinunter in die untersten militärischen Gliederungen für die Aufklärung und Kontrolle der eroberten Gebiete zuständig war. Der Counter Information Corps (CIC),<sup>877</sup> eine »little-known but important organization«,<sup>878</sup> hatte gemeinsam mit der

<sup>874</sup> Siehe *Weimarer Landbote* Nr. 1/o.D. [Juni (?) 1945].

<sup>875</sup> Siehe dazu die Beschreibung des Entnazifizierungsverfahrens in den folgenden Abschnitten.

<sup>876</sup> § 76, Chapter III, Part I, Handbook for Military Government in Germany, Dec. 1944 (meine Übersetzung).

<sup>877</sup> Vgl. Zink 1957, S. 159.

<sup>878</sup> Ruffner 2000.

Militärverwaltung beim Neuaufbau der Verwaltung die neuen kommunalen Entscheidungsträger zu verhören und Untersuchungen anzustellen, um die Verwaltung von Nazis zu säubern.<sup>879</sup> Zu den Aufgaben dieses Nachrichtendienstes gehörte die Identifizierung und Bekämpfung von Sicherheitsrisiken für die Militäreinheiten. Er hatte deutsche Geheimdienststellen und Organisationen oder Einzelpersonen auszuschalten, die Spionage, Sabotage oder Partisanenkampf betrieben.<sup>880</sup> In den später der Sowjetarmee zu übergebenden Gebieten waren Einheiten des CIC zuständig für das Sammeln von Informationen über das deutsche Nuklearprogramm, »for keeping German technology and technical personnel in this field out of Soviet hands«.<sup>881</sup>

Neben der Kontrolle der öffentlichen lokalen Verwaltung gehörte auch die Kontrolle der deutschen Presse zum Zuständigkeitsbereich des CIC.<sup>882</sup> Auf dem Gebiet der Feindpropaganda und Medienarbeit betätigte sich der Geheimdienst vor allem mit Maßnahmen gegen die deutsche Propaganda,<sup>883</sup> die er gemeinsam mit der Militärverwaltung ausschalten sollte.<sup>884</sup> In einer Zeit, wo in anderen Landesteilen weiter gekämpft wurde, hatte der CIC die antiamerikanische oder antibritische Arbeit des deutschen Propagandaministeriums zu zerstreuen und durch die Schließung von Medien (oder durch ihre Zensur) zu verhindern, dass unerwünschte militärisch bedeutsame Informationen veröffentlicht wurden. Der Geheimdienst war zumindest im Einzelfall an der Zensur der Medien und der Entnazifizierung beteiligt.

In den ostdeutschen Zeitungsverlagen lässt sich der Einfluss des CIC auf die Medien in Mühlhausen und Crimmitschau nachweisen. In Mühlhausen besorgte ein Mitarbeiter des CIC die Vorzensur. Die Geschäftsführerin des *Mühlhäuser Anzeigers* hatte dazu mit jeder Nummer der Zeitung den Geheimdienst aufzusuchen:

»Mit allen Bekanntmachungen und allen Artikeln, mit allem Gedruckt/Geschriebenem, ging ich in diese CIC-Dienststelle. Ich mußte da immer ewig warten, bis der zuständige Offizier kam, und der genehmigte das, und ich ging damit zurück und dann wurde die Zeitung gedruckt [...]. Bei dem habe ich jede Zeitung genehmigen lassen müssen.«<sup>885</sup>

<sup>879</sup> Zu Tätigkeit der CIC in Ostdeutschland vgl. Henke 1995, S. 253ff.; 700.

<sup>880</sup> Vgl. Dupuy 1993, S. 659.

<sup>881</sup> O'Toole 1988, S. 410.

<sup>882</sup> Zu den faktisch lokal stark unterschiedlich ausgeprägten Aufgaben und Problemen des CIC vgl. Dorn 1973, S. 31-32. Auch an der Überprüfung von Verlagspersonal in der amerikanischen Zone Österreichs war der CIC beteiligt (vgl. Harmat 1999, S. 69).

<sup>883</sup> Balfour 1979, S. 437ff.; O'Toole 1988, S. 410.

<sup>884</sup> Vgl. Abs. 2 (c-3), Appendix C, Handbook for Military Government in Germany, Dec. 1944.

<sup>885</sup> Interview Eva Falk, Geschäftsführenden Gesellschafterin Dannersche Buchdruck und Verlagsanstalt 1945-49, Wiesbaden, 2.12.1998.



In Crimmitschau entschied der Geheimdienst über die Belastung und das Berufsverbot eines Verlagsleiters. Der CIC wurde dabei in einen Konflikt zwischen der Stadt und zweier sich als Opfer darstellender Verleger verwickelt, die beide während des Nationalsozialismus bis zum amerikanischen Einmarsch hatten aktiv bleiben können, ein Konflikt, in dem die Entnazifizierung instrumentalisiert wurde.

Der örtliche *Crimmitschauer Anzeiger/Stadt- und Landzeitung*, Streitobjekt der Beteiligten, erschien ab dem 23. April 1945 mit dem neuen Untertitel »Mitteilungen und Amtliche Nachrichten der Alliierten Militärregierung und der Stadt Crimmitschau.«<sup>886</sup> Bei dem Blatt handelte es sich um einen während des Krieges erfolgten Zusammenschluss des 1848 erstmals erschienenen *Crimmitschauer Anzeigers und Tageblatts*<sup>887</sup> und der *Crimmitschauer Stadt- und Landzeitung* (seit 1883).<sup>888</sup> Die Verlagshäuser hatten sich dabei zum Verlag »Neumerkel & Voigt« vereinigt.<sup>889</sup>

Anfang Juni bat der örtliche Bürgermeister Falkenberg die amerikanische Militärregierung, dem Verleger Neumerkel die Verlags- und Titelrechte am *Crimmitschauer Anzeigers* zu entziehen.<sup>890</sup> In ihrem Schreiben an die Militärregierung führte die Stadt eine nationalsozialistische Belastung Neumerkels an. Dieser sei »schon vor 1933 Wegbereiter des Nationalsozialismus gewesen.«<sup>891</sup> Zudem habe der Verleger das Verlagsrecht des *Crimmitschauer Anzeigers* während des Nationalsozialismus unrechtmäßig erworben. Die Vorbesitzerin, die örtliche »Thieme-stiftung«, habe den Namen 1935 aufgrund der Ausübung von Zwang abgegeben müssen.<sup>892</sup> Ein Teil der Vorwürfe der Stadtverwaltung war offensichtlich unzutreffend, etwa der Vorwurf der zwangsweisen Entwendung des Verlagsrechtes am *Crimmitschauer Anzeigers*. Die Nutzung des Titels durch die »Graphische Kunstanstalt Böttcher & Neumerkel« war bereits vor 1933 erfolgt,<sup>893</sup> was ausschließt, dass Neumerkel von den Zwangsmaßnahmen der so genannten Amann-Verordnungen profitiert hatte, die neben anonymen Kapitalgesellschaften auch Stiftungen jede Verlagstätigkeit verboten hatten.<sup>894</sup> Auch die Inhalte des *Crimmitschauer Anzeigers* (bzw. nach der Zusammenlegung *Crimmitschauer Anzeiger/Stadt- und Landzeitung*)

<sup>886</sup> Vgl. Mitteilung Stadtverwaltung Crimmitschau, Sachgebiet Kultur und Sport, Herr Stahn, 31.8.98, Aufstellung über vorhandene Zeitungen von 1945 - 1947 im Archiv der Stadt Crimmitschau.

<sup>887</sup> Verlag Graphische Kunstanstalt Böttcher & Neumerkel.

<sup>888</sup> Verlag Robert Raab, Inh. Reinhard Voigt; Mediaangaben n. Handbuch der deutschen Tagespresse 71944; Sperling <sup>61</sup>1939, S. 533.

<sup>889</sup> Schreiben Fritz Neumerkel an den Oberbürgermeister zu Crimmitschau, 28.6.45, Stadtarchiv Crimmitschau, o.Sign., Bl. 9/10. (Für den Hinweis und die Überlassung von Kopien danke ich dem Stadtarchiv Crimmitschau.)

<sup>890</sup> Schreiben Verwaltungsausschuss Crimmitschau, komm. Bürgermeister, an die Amerikanische Militärverwaltung, Crimmitschau, 4.6.45. Stadtarchiv Crimmitschau, o.Sign., Bl. 1.

<sup>891</sup> Schreiben Verwaltungsausschuss Crimmitschau, komm. Bürgermeister, an die Amerikanische Militärverwaltung, Crimmitschau, 4.6.45. Stadtarchiv Crimmitschau, o.Sign., Bl. 1.

<sup>892</sup> Schreiben Verwaltungsausschuss Crimmitschau, komm. Bürgermeister, an die Amerikanische Militärverwaltung, Crimmitschau, 4.6.45. Stadtarchiv Crimmitschau, o.Sign., Bl. 1.

<sup>893</sup> Vgl. Sperling <sup>57</sup>1931, S. 577.

wurden Neumerkel zum Vorwurf gemacht. Der Verleger hätte »alle die Lügen und Gemeinheiten die 1½ Jahrzehnt in Ihrer Zeitung standen und die zu diesem Elend geführt haben, in dem wir uns jetzt befinden, nicht [...] drucken dürfen.«<sup>895</sup> Noch 1936 habe Neumerkel schriftlich erklärt, »durch [sein] Eintreten für die nationalsozialistische Bewegung seit 1930 Verluste an Lesern, also finanzielle Nachteile« gehabt zu haben.<sup>896</sup> »Viele ganz ruhig und sachlich denkende Menschen haben sich mit Abscheu abgewendet von der Hetzpropaganda, die Sie in Ihrer Zeitung entwickelten.«<sup>897</sup>

Durch diesen Versuch des Bürgermeister, einen der beiden beteiligten Verleger zu verdrängen, entwickelte sich eine Schlammschlacht, in der sich alle Beteiligten vor den US-Behörden jeweils als Opfer der NS-Pressepolitik darzustellen und die Gegenpartei zu belasten suchten. Verleger Neumerkel bestätigte in einem Schreiben an die Militärregierung das frühe Eintreten seiner Zeitung für den Nationalsozialismus, was jedoch nicht ihm vorgeworfen werden müsse, sondern seinem Kollegen: »Meine Zeitung hat sich allerdings sehr für die Nazi-Bewegung eingesetzt, aber durchaus gegen meinen Willen.«<sup>898</sup> Er habe sich nicht gegen seinen früheren Teilhaber Max Böttcher und den von der NSDAP kontrollierten Redaktionsleiter Max Malschewski durchsetzen können, die für die Inhalte der Zeitung verantwortlich gewesen seien.<sup>899</sup> Bis zur Machtergreifung sei er Mitglied des Stadtrats gewesen »und arbeitete dort mit den Mittelparteien gegen die nationalsozialistische Anmaßung.«<sup>900</sup> Wie Theodor Wulfert mit seiner *Schönebecker Zeitung*<sup>901</sup> und Karl Kreßmann aus Mühlhausen<sup>902</sup> konnte auch Neumerkel zur Bestätigung seiner Opferrolle den Druck anführen, der durch eine gedrohte Löschung aus der Berufsliste des Presseverbandes entstand. Wie in Mühlhausen (anders jedoch als in Schönebeck) führte bei Neumerkel die Distanz zum NS-Staat zu seiner Löschung aus der Berufsliste des Presseverbandes, was ein Berufsverbot bedeutet hatte.<sup>903</sup> Wie Wulfert und Kreßmann wurde auch Neumerkel die Mitgliedschaft bei den Freimaurern vorgeworfen. »Nur mit grösster Mühe konnte ich schärfste Maßregelungen der Partei, meine Einlieferung in ein

<sup>894</sup> Zu den Anordnungen Amann vgl. das Kapitel 2.1. über die NS-Pressegesetzgebung, S. 25f.

<sup>895</sup> Schreiben kommissar. Bürgermeister an Fritz Neumerkel, Crimmitschau, 25.6.45. Stadtarchiv Crimmitschau, o.Sign., Bl. 9.

<sup>896</sup> Schreiben kommissar. Bürgermeister an Fritz Neumerkel, Crimmitschau, 25.6.45. Stadtarchiv Crimmitschau, o.Sign., Bl. 9.

<sup>897</sup> Schreiben kommissar. Bürgermeister an Fritz Neumerkel, Crimmitschau, 25.6.45. Stadtarchiv Crimmitschau, o.Sign., Bl. 9.

<sup>898</sup> Fritz Neumerkel, Erklärung!, Crimmitschau, Juni 1945. Stadtarchiv Crimmitschau, o.Sign., Bl. 3.

<sup>899</sup> Vgl. Fritz Neumerkel, Erklärung!, Crimmitschau, Juni 1945. Stadtarchiv Crimmitschau, o.Sign., Bl. 3.

<sup>900</sup> Fritz Neumerkel, Erklärung!, Crimmitschau, Juni 1945. Stadtarchiv Crimmitschau, o.Sign., Bl. 3/4.

<sup>901</sup> Vgl. die Ausführungen zu den Verlegern Wulfert (Schönebeck) und Kausche (Zwickau), S. 35.

<sup>902</sup> Vgl. Falk, Joachim P.: Geschichte der Dannerschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt ab 1933. Mskpt, Wiesbaden 1989.

<sup>903</sup> Vgl. Urteil des Bezirksgerichtes der Presse in Dresden, 13.1.36, Az. Pr. Einspr. 4/35, Abschrift, Stadtarchiv Crimmitschau, o.Sign., Bl. 2. Vgl. außerdem Fritz Neumerkel, Erklärung!, Crimmitschau, Juni 1945. Stadtarchiv Crimmitschau, o.Sign., Bl. 3/4.

KZ-Lager, verhindern und meine Existenz retten.«<sup>904</sup> Den Vorwurf der illegitimen, weil erzwungenen Übernahme des *Crimmitschauer Anzeigers* im Jahr 1935 wies Neumerkel mit dem Hinweis zurück, dass bis 1939 ein Pachtvertrag bestanden habe, der dann durch Kauf regulär abgelöst worden sei.<sup>905</sup>

Im Gegenzug belastete Neumerkel seinen unter dem Schutz der Stadt stehenden Kompagnon Reinhard Voigt. Dieser habe ihn bereits während des Nationalsozialismus zusammen mit dem nationalsozialistischen Bürgermeister, die miteinander verwandt waren, aus dem Gemeinschaftsverlag des *Crimmitschauer Anzeigers*/*Stadt- und Landzeitung* zu drängen versucht.<sup>906</sup>

Im Streit um die Zeitung hatte der Verleger Fritz Neumerkel die schlechteren Karten. Die Militärbehörden sprachen nicht über beide Verleger ein Berufsverbot aus, sondern von den beiden Verlegern Voigt und Neumerkel musste lediglich letzterer aufgeben. Als Grund für den Ausschluss Neumerkels wurde nicht seine grundsätzliche Mitarbeit an den Medien im NS-Staat angeführt, sondern allein dass in seiner Zeitung bereits vor 1933 Parteipropaganda erschienen war. Dabei war auch unerheblich, dass Neumerkel aus dem Berufsverband gestrichen worden war und niemals der NSDAP beitrug: »Neumerkel was no party member but prior to 1933, his paper was writing + spreading Nazi propaganda. Not acceptable as publisher. CIC«<sup>907</sup> Das Recht am Zeitungsnamen *Crimmitschauer Anzeiger* durfte Neumerkel jedoch behalten.

Die bei diesen Entnazifizierungsverfahren erkennbaren Begründungszusammenhänge entsprachen damit weniger den Anforderungen einer deutlichen Entnazifizierung des Pressewesens als jenem 1944 und damit in der Frühzeit der Besatzungsplanungen für die allgemeine Verwaltung entwickeltem Grundsatz der »Säuberung von Altnazis (NSDAP vor 1933), Funktionsträgern der NSDAP und der Parteiorganisationen sowie »active Nazis and ardent sympathizers of the Party«.<sup>908</sup>

Bei der Entnazifizierung des Verlages in Crimmitschau machte der CIC Bekanntschaft mit dem Verhalten der Deutschen, (vorgebliche) Nazi-Belastungen aus eigenen sachfremden Erwägungen anzuprangern. Wie der US-General Eisenhower 1948 anmerkte, war dieses

<sup>904</sup> Fritz Neumerkel, Erklärung!, Crimmitschau, Juni 1945. Stadtarchiv Crimmitschau, o.Rep., Bl. 3-4.

<sup>905</sup> Schreiben Fritz Neumerkel, an den Oberbürgermeister zu Crimmitschau, 28.6.45. Stadtarchiv Crimmitschau, o.Sign., Bl. 40/9. Für die Aussage Neumerkels spricht Sperling <sup>57</sup>1931, S. 577, wo bereits Böttcher & Neumerkel als Verleger des Titels *Crimmitschauer Anzeiger und Tageblatt* aufgeführt sind.

<sup>906</sup> Fritz Neumerkel, Erklärung!, Crimmitschau, Juni 1945. Stadtarchiv Crimmitschau, o.Sign., Bl. 3/4.

<sup>907</sup> Vermerk CIC, auf: Fritz Neumerkel, Declaration!, June 1945. Stadtarchiv Crimmitschau, o.Sign., Bl. 5.

<sup>908</sup> Niethammer/Borsdorf/Brandt 1976, S. 646. Die englische Formulierung geht auf das Handbuch der US-Militärverwaltung zurück (§ 76, Chapter III, Part I, Handbook for Military Government in Germany, Dec. 1944). Der *Neue Hannoversche Kurier* bezeichnete im Juni eine Verwaltung als »nazifrei, als alle Mitglieder der NSDAP von vor dem 30.1.33 sowie SS-Angehörige und Träger des goldenen Parteiabzeichens entfernt waren (vgl. Münchener Stadtverwaltung nazifrei. In: *Neuer Hannoverscher Kurier*, 19.6.45).

Verhalten weit verbreitet: »Sobald die Deutschen von unserem Entnazifizierungsprogramm erfuhren, wurde jede Beschwerde einer Person gegen eine andere mit der Behauptung begründet: »Er ist ein Nazi.«<sup>909</sup>

Bei der Instrumentalisierung der Entnazifizierung mussten gerade politisch relevante Unternehmen wie Zeitungshäuser in das Blickfeld des Interesses geraten, zumal die Verlage und Druckereien mit dem Kriegsende unter die Beschlagnahmeverfügungen der Alliierten fielen. Kommunalpolitiker konnten dadurch die Notwendigkeit, lokale Bekanntmachungen zu veröffentlichen, mit dem Ziel verbinden, in den Besitz eigener Zeitungen zu gelangen:<sup>910</sup> »Es liegt im Interesse eines demokratischen Aufbaues des zukünftigen Deutschlands, daß das Verlagsrecht wieder in die Hände einer demokratischen Verwaltung zurückgeführt wird.«<sup>911</sup> Als die Militärregierung in Crimmitschau entschieden hatte, Neumerkel sei wegen seiner NS-Belastung als Verleger nicht akzeptabel,<sup>912</sup> versuchte der Crimmitschauer Bürgermeister Karl Falkenberg, das Urteil gleich so weit auszulegen, dass der Stadt auch das Recht am Zeitungsnamen und die Druckerei zufiel. Falkenberg handelte hier einerseits im Namen der städtischen »Thieme-Stiftung, die bis zum Verkauf Verpächterin der Rechte am *Crimmitschauer Anzeiger* gewesen war, handelte aber auch als Wunschpartner des Verlegers Voigt, zuvor Partner des ausgeschlossenen Verlegers Neumerkel. Bei der Interpretation des Willens der Besatzungsbehörden ging der Crimmitschauer Bürgermeister, der sich wiederholt und deutlich den Anschein amerikanischer Autorisierung gab, deshalb über die Intentionen der Militärbehörden hinaus. Während der Militärgeheimdienst nach den vorliegenden Dokumenten lediglich ein Betätigungsverbot ausgesprochen hatte, teilte Bürgermeister Falkenberg dem Verleger Neumerkel mit, sein Betrieb sei enteignet worden. »Am 1. Juli 1945 wird mit Zustimmung der Amerikanischen Militärregierung eine neue Schriftleitung Ihre Zeitung übernehmen und Sie scheiden mit diesem Zeitpunkt aus.« Der Kaufvertrag über das Titelrecht des *Crimmitschauer Anzeigers* wurde vom Bürgermeister »aufgehoben ohne Gegenleistung«.<sup>913</sup> Für diese im Namen der Militärregierung erklärten Enteignungen hatte der Bürgermeister aber offenbar keineswegs die behauptete Rückendeckung der Militärregierung, wie die weitere Entwicklung bewies. Statt wie geplant die Zeitung samt Druckerei übernehmen zu können, gründete die Stadt Crimmitschau mit dem von der Militärregierung akzeptierten Altverleger

<sup>909</sup> Eisenhower 1948, S. 496.

<sup>910</sup> Dieser Wunsch war offenbar weit verbreitet. Auch in Köln betrieb so der Bürgermeister Konrad Adenauer die Gründung einer kommunalen Zeitung, die das städtische Nachrichtenamt heraus geben sollte (vgl. Fuchs 1995, S. 180f.).

<sup>911</sup> Schreiben Verwaltungsausschuss Crimmitschau, komm. Bürgermeister, an die Amerikanische Militärverwaltung, Crimmitschau, 4.6.45. Stadtarchiv Crimmitschau, o.Sign., Bl. 1.

<sup>912</sup> Vgl. Anmerkung 907.

<sup>913</sup> Schreiben kommissar. Bürgermeister an Fritz Neumerkel, Crimmitschau, 25.6.45. Stadtarchiv Crimmitschau, o.Sign., Bl. 9.

Voigt einen neuen Verlag, in dem eine neue Zeitung erscheinen sollte.<sup>914</sup> Da die Versuche des Bürgermeisters, sich die Namensrechte am *Crimmitschauer Anzeiger* anzueignen, ohne Erfolg blieben, bekam die neue Zeitung den Namen *Crimmitschauer Zeitung*.<sup>915</sup> Obwohl Voigt genauso wie Neumerkel als Verleger im Nationalsozialismus NS-Propaganda gedruckt hatte, sah der Bürgermeister in seinem Wunschartner »die Gewähr [...], daß nach Genehmigung durch die Amerikanische Militärregierung die Crimmitschauer Einwohnerschaft eine Zeitung erhält, die einen klaren Kurs in antifaschistischem und antimilitärischem Sinn trägt.«<sup>916</sup> Der unterlegene Neumerkel behielt seine Druckerei, deren Kapazitäten jedoch angesichts des fehlenden Druckauftrags relativ wertlos waren.<sup>917</sup>

Für die Kommune hatte sich das Vorgehen gegen Neumerkel gelohnt, obwohl sie sich nicht vollständig hatte durchsetzen können. Sie kam zu einer 50 %-Beteiligung und entsprechendem Einfluss auf die einzige örtliche Tageszeitung,<sup>918</sup> die nach den Planungen trotz der wirtschaftlichen Krise dreimal wöchentlich erscheinen sollte.<sup>919</sup> Beide Verlagspartner sollten zur Hälfte an den Erträgen beteiligt werden<sup>920</sup> und der städtische Gewinnanteil an dem Monopolblatt der Thieme-Stiftung zugute kommen.<sup>921</sup>

In der amerikanischen Besatzungszeit kam der örtlichen zivile Verwaltung bei solchen Versuchen, Verlage beschlagnahmen zu lassen und für kommunale Zwecke dienstbar zu machen, die Struktur der Besatzungsherrschaft entgegen, die den Bürgermeistern eine zentrale Stellung zuwies. Ein von der Militärführung 1944 beschlossener Grundsatz des »indirect rule« sah vor, dass die Militärregierung zwar die oberste Gewalt über die Verwaltung und die Recht-

<sup>914</sup> Vereinbarung zwischen der Verlagsdruckerei Robert Raab, Reinhard Voigt, und dem Oberbürgermeister der Stadt Crimmitschau, Karl Falkenberg, 1.7.45, Stadtarchiv Crimmitschau, o.Sign., Bl. 13.

<sup>915</sup> Der Oberbürgermeister, Hauptamt, kommissar. Bürgermeister, Verwaltungsdienst Nr. 101, Abschrift 142/04, Stadtarchiv Crimmitschau, o.Sign., Bl. 13.

<sup>916</sup> Schreiben kommissar. Bürgermeister an Fritz Neumerkel, Crimmitschau, 25.6.45, Stadtarchiv Crimmitschau, o.Sign., Bl. 9.

<sup>917</sup> Schreiben Fritz Neumerkel an den Oberbürgermeister zu Crimmitschau, 28.6.45, Stadtarchiv Crimmitschau, o.Sign., Bl. 9/10.

<sup>918</sup> Schreiben kommissar. Bürgermeister an Firma Robert Raab, Crimmitschau, 30.6.45, Stadtarchiv Crimmitschau, o.Sign., Bl. 12.

<sup>919</sup> Der Oberbürgermeister, Hauptamt, kommissar. Bürgermeister, Verwaltungsdienst Nr. 101, Abschrift 142/04, Stadtarchiv Crimmitschau, o.Sign., Bl. 13.

<sup>920</sup> Vereinbarung zwischen der Verlagsdruckerei Robert Raab, Reinhard Voigt, und dem Oberbürgermeister der Stadt Crimmitschau, Karl Falkenberg, 1.7.45, Stadtarchiv Crimmitschau, o.Sign., Bl. 13.

<sup>921</sup> Schreiben kommissar. Bürgermeister an Firma Robert Raab, Crimmitschau, 30.6.45, Stadtarchiv Crimmitschau, o.Sign., Bl. 12. – In Mühlhausen versuchte die Stadt ihre Macht zu nutzen, um zu einer Umsatzbeteiligung zu kommen. Am Tag vor dem Wiedererscheinen des Mühlhäuser Anzeigers trat der 2. Bürgermeister Preuß an den Verlag heran und schlug eine Verdoppelung des Einzelverkaufspreises der Zeitung auf 20 Pfennig vor. Die Differenz zum bisherigen Verkaufspreis sollte der Stadt zugute kommen. Zwar verzichtete der Bürgermeister auf diesen Anteil (vgl. Notiz/Tagesberichte, Freitag, [27.4.45], DBuV, Akte 1939-46, Privataarchiv Falk, Eva Falk, Wiesbaden), die Stadt konnte jedoch durchsetzen, dass die amtlichen Bekanntmachungen kostenlos veröffentlicht werden mussten (vgl. Vorschlag, Dienstag, 24.4.45, DBuV, Akte 1939-46, Privataarchiv Falk, Eva Falk, Wiesbaden.) Die Stadt konnte zudem durchsetzen, dass sich die Verleger an den Kosten für den kommunalen Dolmetscher beteiligte (vgl. Schreiben an

sprechung bekam, in den Städten und Landkreisen aber lediglich überwachende Funktionen wahrnahm. Die deutschen Stellen sollten als »verlängerter Arm der Besatzungsmacht« den alliierten Willen ausführen.<sup>922</sup> Dadurch bekam die kommunale Verwaltungsspitze eine strategisch günstige Mittlerstelle zwischen der Militärregierung und der deutschen Bevölkerung: Alle Anweisungen des Militärkommandanten nahmen ihren Dienstweg über die Bürgermeister, die sich als Sprachrohr der Besatzungsmacht zu sehen begannen und die Anweisungen nach eigenen Interessen auslegen und filtern konnten.

Den rechtlichen Hebel zur Übernahme von Zeitungsverlagen bildete die Militärgesetzgebung zur Beschlagnahme von NS-Eigentum, das auch die Beschlagnahme von Druckereien erlaubte. Das Militärgesetz Nr. 52 gehörte zu den im Frühjahr 1945 häufig in der ostdeutschen Presse veröffentlichten Gesetzen<sup>923</sup> und regelte zusammen mit der Beschlagnahme der Wirtschaftsunternehmen des NS-Staates auch die Sperrung des Vermögens von Presseunternehmen und selbst das Eigentum von deren Angestellten. Das gesperrte Vermögen unterlag »hinsichtlich Besitz und Eigentumsrecht der Beschlagnahme sowie der Weisung, der Verwaltung, der Aufsicht oder sonstigen Kontrolle der Militärregierung«.<sup>924</sup> Wann welche Eingriffe erfolgen konnten, war vom Gesetz nicht bestimmt worden und blieb erneut dem Ermessen der Militärregierung überlassen. Die Bestimmungen zu den Verlagen waren jedoch weit auslegbar. Die Kontrollbestimmung betraf »alle Verlagshäuser und Druckereien, die der NSDAP gehörten oder von ihr kontrolliert wurden«.<sup>925</sup> Ebenfalls von der Beschlagnahme des Eigentums bedroht waren

»Redakteure, Hilfsredakteure, Direktoren, Geschäftsführer und Mitglieder des Aufsichtsrats aller Zeitungen, Zeitschriften und sonstiger der Verbreitung von Nachrichten gewidmeten Unternehmen, die der NSDAP gehören oder von ihr kontrolliert werden, oder irgendeinem Unternehmen, einer Abteilung, Behörde, Amtsstelle, Geschäftsstelle oder sonstigen Organisation, welche der NSDAP angegliedert oder angeschlossen ist, oder von ihr überwacht oder betreut wird, gehören.«<sup>926</sup>

Entsprechend der nationalsozialistischen Presse- und Verlagspolitik waren deshalb potentiell alle Verlage betroffen, die nach der Machtergreifung weitere Zeitungen verlegt hatten. Dies erlaubte grundsätzlich sehr umfassende Beschlagnahmungen von Verlageigentum.<sup>927</sup>

---

Bürgermeister Preuß, Mühlhausen in Thüringen, 1.5.45, Betrifft Unkostenbeitrag zum Übersetzungsbüro, DBuV, Akte 1939-46, Privatarchiv Falk, Eva Falk, Wiesbaden).

<sup>922</sup> Henke 1995, S. 100.

<sup>923</sup> Vgl. S. 105.

<sup>924</sup> SHAEF, Gesetz Nr. 52, Sperre und Beaufsichtigung von Vermögen, Art. 1 (1).

<sup>925</sup> Allgemeine Vorschrift Nr. 1 der Militärregierung, Finanzabteilung (Zur Ausführung des Gesetzes Nr. 52 der Militärregierung; Sperre und Beaufsichtigung von Vermögen), Ziffer II 29. (e).

<sup>926</sup> Allgemeine Vorschrift Nr. 1 der Militärregierung, Finanzabteilung (Zur Ausführung des Gesetzes Nr. 52 der Militärregierung; Sperre und Beaufsichtigung von Vermögen), Ziffer II 42 – Stichtag für die Mitarbeit im NS-Staatsapparat war dabei der 31.12.1937 (vgl. Art. III).

<sup>927</sup> Vgl. Kap. 1.

Zu einer Sperrung des Vermögens nach dem Gesetz Nr. 52 kam es deshalb auch in Mühlhausen. Hier konnte der Verlag zwar weiter arbeiten, jedoch wurde das Konto des Zeitungsverlags des *Mühlhäuser Anzeigers* eingefroren, da die Zeitung seit 1943 zum nationalsozialistischen Thüringer Gauverlag gehört hatte. Die Aufnahme der NSDAP in den Gesellschafterkreis (direkt oder indirekt über ihren Verlagsleiter hielt die Partei 52 % der Anteile am *Mühlhäuser Anzeiger*) war zwar nicht freiwillig erfolgt,<sup>928</sup> dies war jedoch grundsätzlich kein Hinderungsgrund für eine Beschlagnahme. Nach dem Gesetz Nr. 52 war einer »Beschlagnahme, Weisung, Verwaltung und Aufsicht oder sonstigen Kontrolle der Militärregierung [...] auch Vermögen unterworfen, über das durch Ausübung von Zwang verfügt worden ist, oder das dem berechtigten Eigentümer oder Besitzer unrechtmäßig, wenn auch unter dem Vorwande eines Rechtsaktes, einer gesetzlichen Verfahrensnorm oder aus einem sonstigen Grunde entzogen worden ist.«<sup>929</sup> Nachdem der Verleger auf den Zwangscharakter der Anteilsabtretung hingewiesen, seine rechtlose Stellung als Minderheitengesellschafter und seine Diskriminierungen durch die NSDAP beschrieben sowie seine fehlende verlegerische Verantwortung aufgrund einer krankheitsbedingten Abwesenheit betont hatte, wurde ihm das Unternehmen zurückgegeben.<sup>930</sup>

Eine ähnliche Zerschlagung der nationalsozialistischen Verlagsstrukturen ließ sich in einigen weiteren Fällen nachweisen. Hier erfolgte mit Billigung oder auf Veranlassung der Militärbehörden eine Beschlagnahme oder Enteignung von Zeitungsverlagen der NSDAP. In Altenburg wurde ein NS-Zweigbetrieb beschlagnahmt, um das offizielle Mitteilungsblatt *Altenburger Echo* herstellen zu können. Die Zeitung wurde mit jenen Verlags- und Druckeinrichtung hergestellt,<sup>931</sup> die vorher die *Thüringer Gauzeitung/Altenburger Beobachter*, das amtliche Organ der Gauleitung Thüringen der NSDAP, genutzt hatte.<sup>932</sup> In Jena, wo der Verleger Gustav Neuenhahn 1943 den Verlag der 1674 gegründeten *Jenaischen Zeitung* an die NSDAP verkaufen musste,<sup>933</sup> wurde der NS-Betrieb beschlagnahmt und in den ›Thüringen-Verlag GmbH‹ umgewandelt, in dem das örtliche Mitteilungsblatt erschien.<sup>934</sup> Auch in Schönebeck wurde die örtliche Niederlassung des NS-Gauverlags beschlagnahmt und für die Herausgabe der amtlichen *Schönebecker Nachrichten* bzw. später der *Schönebecker Zeitung* genutzt.

<sup>928</sup> Schreiben Karl Krefßmann, Mühlhausen, an den Herrn Kommandanten der Alliierten Militärverwaltung Mühlhausen, Mühlhausen, 11.5.45. DBuV Akte 1939-46.

<sup>929</sup> Art. 1 (2); Gesetz Nr. 52:

<sup>930</sup> Schreiben Karl Krefßmann, Mühlhausen, an den Herrn Kommandanten der Alliierten Militärverwaltung Mühlhausen, Mühlhausen, 11.5.45. DBuV Akte 1939-46 sowie Auskunft Eva Falk, Wiesbaden, 2.12.98.

<sup>931</sup> Vgl. Impressum, *Altenburger Echo*, 15.6.45.

<sup>932</sup> Vgl. Handbuch der deutschen Tagespresse 61937, S. 260. Inwieweit die NSDAP wiederum vorher die frühere sozialdemokratischen *Ostthüringer Volkszeitung* übernommen hatte, konnte im Rahmen dieser Arbeit nicht geklärt werden.

<sup>933</sup> Mediaangaben nach Handbuch der deutschen Tagespresse 71944, S. 242f.

<sup>934</sup> Vgl. Impressum, *Military Government Gazette Germany*, Jena, 23.4.45.

Hier übergab die Militärbehörde die Druck- und Verlagsgebäude treuhänderisch als Geschäftsführer jenem früheren Eigentümer, der die Zeitung und Druckerei 1941 an die NSDAP verkauft hatte.<sup>935</sup> Die Stadtverwaltung wurde dabei offiziell Trägerin der Zeitung und das Blatt, bis zum amerikanischen Einmarsch Lokaltitel der nationalsozialistischen »gauamtlichen Tageszeitung« *Der Mitteldentsche*,<sup>936</sup> nunmehr im »Verlag der Stadt Schönebeck« herausgegeben. Die Stadt war auch für die Redaktion und den Druck verantwortlich. Das neue städtische Unternehmen war auch in anderen Geschäftsbereichen aktiv und annoncierte in einer Eigenanzeige Drucksachen aller Art.<sup>937</sup>

Auch in Weißenfels versuchte der Oberbürgermeister mit einem Hinweis auf eine entsprechende Rückendeckung der örtlichen Militärregierung einen Zeitungsverlag zu beschlagnahmen, konnte sich aber nicht durchsetzen. Der Betrieb sollte zur Herausgabe eines Mitteilungsblattes genutzt werden:

»Die Militärregierung hat die Stadtverwaltung Weißenfels mit der Herausgabe eines Presseorgans für den Stadt- und Landkreis Weißenfels, das zugleich als amtliches Verkündungsblatt der Behörden dienen soll, beauftragt. Gemäß dieser Anordnung habe ich Herrn Ferdinand Fritz, Weißenfels, Holländerstraße 27, angewiesen, alle hierzu notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Herr Fritz ist im Einverständnis mit der Militärregierung berechtigt, sich unter Vorlage dieses Schreibens in den Besitz des gesamten Betriebes des »Weißenfeler Tageblattes« (einschließlich aller Einrichtungsgegenstände usw.) zu setzen, der zugunsten der Militärregierung als beschlagnahmt gilt.«<sup>938</sup>

Unklar ist hier, inwieweit die Militärregierung diesen Versuch mitgetragen hat. Auf der Durchschrift der Verfügung findet sich eine Aktennotiz, nach der der zuständige Major zwei Tage später anordnete, »daß ein Nachrichtenblatt z. Zt. noch nicht erscheinen darf.«<sup>939</sup>

Leichter als die Frage, ob ein nach 1933 aktiver Verleger als Opfer oder Täter zu bezeichnen war, ließ sich die Frage beantworten, ob und wann jemand Mitglied der NSDAP geworden war. Solche Kriterien bildeten eine halbwegs objektivierbare Grundlage bei einer Entnazifizierungsentscheidung, was dazu geführt haben dürfte, dass sich das Kriterium »Mitgliedschaft in der NSDAP« bei der Genehmigung von Zeitungen wiederholt als Argument nachweisen ließ. Dieses Kriterium war schärfer als die Forderung eines Ausschlusses von »active Nazis and

<sup>935</sup> Vgl. die Beschreibung des Verkaufs der Buchdruckerei TH. Wulfert in Kap. 2.1.

<sup>936</sup> Zur Entwicklung der *Schönebecker Zeitung* und des *Mitteldentschen/Schönebecker Nachrichten* siehe Kap. 2.1, S. 31ff.

<sup>937</sup> »Drucksachen aller Art liefern schnell und preiswert *Schönebecker Nachrichten*«, in: *Schönebecker Nachrichten*, 23.5.1945. Vgl. dazu auch das Impressum.

<sup>938</sup> Schreiben Oberbürgermeister der Stadt Weißenfels, an das Weißenfeler Tageblatt, 28.4.45, Durchschrift. Stadtarchiv Weißenfels A II 70, Veröffentlichungen in der Presse und Bekanntmachungen 1931-45. (Für den Hinweis und die Überlassung von Kopien danke ich Frau Silke Künzel, Stadtarchiv Weißenfels.)

<sup>939</sup> Handschriftliche Notiz auf: Schreiben Oberbürgermeister der Stadt Weißenfels, an das Weißenfeler Tageblatt, 28.4.45, Durchschrift. Stadtarchiv Weißenfels A II 70, Veröffentlichungen in der Presse und Bekanntmachungen 1931-45. (Für die Transkription der Sütterlin-Notiz danke ich Frau Anne Plachetka.)



ardent sympathizers of the Party«.<sup>940</sup> und entsprach den Entnazifizierungsregeln für den öffentlichen Dienst, die eine Belastung von Beschäftigten an deren frühe NSDAP-Mitgliedschaft (vor 1933) banden, eine Vorgabe, die erst im Juli 1945 dahingehend verschärft wurde, dass eine Mitgliedschaft vor dem 1. Mai 1937 zum Ausschluss aus dem öffentlichen Dienst führte.<sup>941</sup> In Schönebeck wurde Theodor Wulfert ausdrücklich mit der Begründung zum Verlagsleiter und Redakteur des beschlagnahmten NS-Verlages bestimmt, weil er *nicht* Mitglied der NSDAP gewesen war. Demgegenüber bekam das Schönebecker Druckpersonal, das der NSDAP beigetreten waren, ein Arbeitsverbot, obwohl es als technisches Personal keinerlei Einfluss auf die Inhalte ausüben konnte.<sup>942</sup> Weil er keine Parteimitgliedschaft vorweisen konnte, wurde auch Karl Kreßmann erneut mit der Herausgabe seines 170jährigen *Mühlhäuser Anzeigers* betraut.<sup>943</sup> Auch für Paul Dünnhaupt, der Inhaber einer Großdruckerei, die 1945 das *Köthener Amtliche Nachrichtenblatt* verlegen durfte, sprach, nie der NSDAP beigetreten zu sein.<sup>944</sup>

#### 4.6.3 Bedingungen der Gesetzesauslegung

Das Handeln der Offiziere der Militärregierung wird als von großer Individualität geprägt beschrieben,<sup>945</sup> wodurch das Wirken der Militärdienststellen nach HURWITZ »weit entfernt«<sup>946</sup> von den theoretischen Vorgaben war: »Die Männer der Praxis haben entweder die umfassenden Direktiven großzügig interpretiert oder Praktiken angewandt, die den deutschen Verhältnissen angemessen waren.«<sup>947</sup> Für NIETHAMMER war die »Praxis am einzelnen Ort in hohem Maße zufällig und spiegelte vor allem militärisches Ordnungsdenken, aber auch persönliche Willkür mittlerer Befehlshaber, die plötzlich zu Kreiskönigen geworden waren.«<sup>948</sup> FREI betonte die Unkenntnis der Rechtslage als Grund für die Genehmigung von traditionellen Zeitungen.<sup>949</sup> HEYM sah die öffentliche Kommunikation ebenfalls durch Eigenmächtigkeiten der lokalen Kommandanten mitbestimmt: »Die örtlichen amerikanischen Militärbehörden haben oft ihre eigenen Maßnahmen getroffen zur Veröffentlichung ihrer Mittei-

<sup>940</sup> § 76, Chapter III, Part I, Handbook for Military Government in Germany, Dec. 1944.

<sup>941</sup> Vgl. Fritzsch 1972, S. 14.

<sup>942</sup> Vgl. Wulfert 1949b, S. 19.

<sup>943</sup> Auskunft Eva Falk, ehem. Geschäftsführende Gesellschafterin Dannersche Buchdruck und Verlagsanstalt 1945-49, Wiesbaden, 2.12.1998.

<sup>944</sup> Vgl. Sperk 1999, S. 133.

<sup>945</sup> Vgl. Liedke 1982, S. 37f.

<sup>946</sup> Hurwitz 1972, S. 16.

<sup>947</sup> Hurwitz 1972, S. 16.

<sup>948</sup> Niethammer 1973, S. 22. Zu skurrilen Auswüchsen dieser Eigenmächtigkeiten gehörte die Nutzung eines graphischen Betriebes in Altenburg zur Produktion von 25 000 Bridge-Kartensets, auf deren Rückseite das Wappen der 6. amerikanischen Panzerdivision gedruckt wurde (vgl. U. Koch 1999b).

lungen.«<sup>950</sup> Sein Vorgesetzter HABE missachtete gezielt die Weisungen, die er von den in seinem Stab arbeitenden zivilen Fachleuten bekam. »Zum Teil stellte ich mich einfach dumm. Ich betrachtete mich als Offizier, der keine Weisungen von Zivilisten entgegenzunehmen hat. Natürlich tat ich das nicht aus einer militärischen Gesinnung, sondern weil die Militärs kaum jemals versuchten, mein Werk zu stören, während die aus Amerika herbeigeeilten »Experten« alles besser wissen wollten.«<sup>951</sup> Und in Bremen ging selbst die Gründung des Radiosenders auf Eigenmächtigkeiten zurück. Radio Bremen wurde im Herbst 1945 »von ein paar unternehmungslustigen amerikanischen Soldaten« eingerichtet, die sich die Unterstützung des örtlichen Kommandeurs der Militärregierung gesichert hatten.<sup>952</sup>

Fraglich ist jedoch, ob die Herausgabe der ostdeutschen Zeitungen allein auf Unwissenheit, abweichendes Verhalten bzw. eine große »Individualität« zurückgeführt werden kann (was im militärischen Sinne auf »Disziplinprobleme« hindeutet), oder eher einer unklaren Einschätzung der Rechtslage und verschiedenen Regelungslücken entsprang. Bereits das Handbook for Military Government hatte der Militärregierung ausdrücklich einen großen Ermessensspielraum zugestanden, der je nach der Situation vor Ort zu nutzen war: »The judgement of the officer based upon the situation he encounters must determine how and when he will act upon the items indicated. In any event Military Government Officers should remember that there is no substitute for the use of common sense.«<sup>953</sup> Der Umgang der anglo-amerikanischen Militärs mit der deutschen Presse war dadurch nicht nur durch unterschiedliche und teilweise unklare Gesetze, sondern auch durch unterschiedliche militärische, politische oder kulturelle Einflüsse geprägt, die zu unterschiedlichen Ergebnissen bei der Gesetzesanwendung führen konnten. Dadurch konnten voneinander abweichende Werte, verschiedene Einschätzungen der militärischen Lage oder unterschiedliche Sprach- und Landeskenntnisse die Auslegungen der Militärgesetze und Anordnungen beeinflussen.

Unabhängig vom tatsächlichen Gehalt der Gesetze und Verordnungen wird den Militärs vor Ort bereits die Interpretation der Gesetze und Anordnungen ungleich mehr Schwierigkeiten bereitet haben als ausgebildeten Juristen. Schon für die geordneten Bedingungen eines Rechtssystems im Frieden wird »kaum noch bestritten, daß viele Rechtsnormen – insbesondere im öffentlichen Recht – schon aus sprachtheoretischen Gründen nur einen begrenzt

<sup>949</sup> Vgl. Frei 1986, S. 31f.

<sup>950</sup> Mitteilung Stefan Heym, Berlin, 1.2.99.

<sup>951</sup> Habe 1977, S. 72.

<sup>952</sup> Balfour 1959, S. 335 (Anm. 2).

<sup>953</sup> § 1252, Check List for Military Government Officers, Chapter XVIII, Part III, Handbook for Military Government, Dec. 1944.

bindungsfähigen Gehalt haben.«<sup>954</sup> Die Rechtsauslegung erfolgt grundsätzlich nach dem *mutmaßlichen Sinn* eines Gesetzes und ist damit abhängig von den unterschiedlichen gesellschaftlichen Prägungen der Juristen.<sup>955</sup> Unter den Bedingungen des Krieges dürften die Offiziere einer multinationalen Besatzungsarmee, die zumeist ohne juristische Universitätsbildung agieren mussten, ungleich größere Interpretationsschwierigkeiten und Probleme bei der Rechtsanwendung gehabt haben als ausgebildete Juristen: »Für einen juristisch nicht vorgebildeten Mitarbeiter der Militärregierung muß es eine Zumutung gewesen sein, zwischen der Verbindlichkeit der in rascher Folge ausgegebenen Gesetze, Direktiven, Vorschriften und Verfügungen zu unterscheiden.«<sup>956</sup>

Die Auslegung des mutmaßlichen Sinns der Militärgesetze und der Verwaltungsanordnungen war dabei zum einen von politisch unterschiedlichen Vorstellungen von der Behandlung des besiegten Deutschlands geprägt. In den USA hatte sich seit 1944 eine Debatte darüber entwickelt, ob Deutschland nach der Niederlage »streng« oder »weich« behandelt werden sollte. Gegenüber standen sich dabei »jene, die an die »Umerziehbarkeit« des deutschen Volkes glaubten, und jene, die von der »Unerziehbarkeit« der Deutschen überzeugt waren.«<sup>957</sup> Der Glaube an die »Umerziehbarkeit« musste zu Versuchen führen, die deutsche Bevölkerung auf unterschiedlichen Wegen für die Ideale der Demokratie und des friedlichen Zusammenlebens zu gewinnen, der Glaube an die »Unerziehbarkeit« machte eine strenge Kontrolle und Überwachung des auf unabsehbare Zeit bestehenden deutschen »Gefahrenpotentials« notwendig. Die Forderung nach einer strengen Behandlung Deutschlands ist vor allem im Zusammenhang mit den Vorschlägen des amerikanischen Finanzministers Henry Morgenthau zur weitgehenden Deindustrialisierung und Zerstückelung Deutschlands bekannt geworden. Deutschland sollte nach diesen Vorstellungen nach der Niederlage in einen Agrarstaat verwandelt werden, dem jedes militärische und wirtschaftliche Gewicht zur Kriegführung fehlte.<sup>958</sup> Auf dem Gebiet der Pressepolitik führten die Überlegungen Morgenthaus zu Forderungen nach der vollständigen Schließung der deutschen Medien. Zwar konnte sich Morgenthau nicht durchsetzen, die seinem Urteil zugrunde liegende nationalsozialistische Vernichtungspolitik wirkte jedoch auch auf die in den Sondereinheiten für psychologische Kriegsführung geführte Debatte über eine angemessene Informationspolitik.<sup>959</sup> Ihr Chef,

<sup>954</sup> Hoffmann-Riem 1981, S. 10.

<sup>955</sup> Deshalb wird bei der Rechtsanwendung eine weitgehende Fähigkeit zur Textauslegung erwartet: »Grammatikalische, historische und genetische, systematische, teleologische u.a. Ansätze der Normkonkretisierung sind ebenso zu überprüfen wie nach Präjudizien oder dem Einsatzbereich spezifischer Konkretisierungselemente - etwa besonderen Prinzipien der Verfassungsinterpretation - zu fragen ist.« (Hoffmann-Riem 1981, S. 31.)

<sup>956</sup> Koszyk 1986, S. 36.

<sup>957</sup> Habe 1977, S. 32.

<sup>958</sup> Vgl. Kleßmann 1991, S. 21f.; Henke 1995, S. 106f.

<sup>959</sup> Vgl. Habe 1977, S. 31; Matz 1969, S. 18.

General McClure nahm eine harte Haltung ein: »Die Deutschen haben aufgehört ein Kulturvolk zu sein,« weshalb sie lediglich noch Befehle zu empfangen hätten.<sup>960</sup> Eine liberale ›sanfte‹ Variante der Pressepolitik versuchte demgegenüber die deutsche Bevölkerung mit den Mitteln der Medien zu bessern. Zwar hatten die Einheiten für psychologische Kriegsführung noch 1944 jene sanfte Pressepolitik geplant, diese wurde nach MATZ 1969 jedoch im Jahre 1945 nicht zuletzt unter dem Einfluss der zunehmenden Kenntnisse über die Nazi-Gräueltaten von der ›Politik der Härte‹ abgelöst.<sup>961</sup>

Zu bezweifeln ist jedoch, inwieweit diese Planungen einer ›harten Behandlung‹, die vor allem auf die Politik des Außenministeriums zurückgingen,<sup>962</sup> die ganze Armee erreichte oder sich auf die Propagandaeinheiten beschränkte und die mit der Verwaltung der besetzten Gebiete betrauten örtlichen Militärregierungen aussparte. HENKE 1995 sieht die unterschiedlichen Standpunkte zur ›Politik der Härte‹ als Ergebnis der unterschiedlichen Ziele von Außen- und Verteidigungsministerium, die den Handlungsrahmen der eigentlichen Besatzungsverwaltung nicht beeinflussten: »Insbesondere die Auswirkungen der von Morgenthau ausgelösten Turbulenzen konnten in Europa so gedämpft werden, daß der zwischen September 1944 und Mai 1945 in Washington ausgefochtene ›deutschlandpolitische Grabenkampf‹ die Army und die Militärverwaltung während der Besetzung Deutschlands praktisch unberührt ließ.«<sup>963</sup>

Die unterschiedlichen Vorstellungen und Ziele führten jedoch dazu, dass die unterschiedlichen Armeedienststellen einer Region auf ihren jeweils eigenen Dienstwegen teilweise widersprechende Dienstanweisungen erhielten<sup>964</sup> und es zwischen den Offizieren der örtlichen Militärregierung und den Einheiten der Kampftruppen immer wieder zu Zuständigkeitskonflikten kam.<sup>965</sup> »Vom besonderen Auftrag der Presseoffiziere erfuhren die lokalen und regionalen Detachments der Militärregierung nichts, und beim Training in den USA war die Kontrolle der Medien noch als eine Aufgabe der Militärregierung behandelt worden. An Möglichkeiten zu Mißverständnissen war mithin kein Mangel.«<sup>966</sup>

Daneben bekamen die Medien jeweils unterschiedliche Rollen zugewiesen, da die Offiziere der Militärregierung und der Propagandaverwaltung unterschiedliche Aufgaben zu erfüllen hatten. Während die Besatzungsverwaltung hinter der Front früher moderat mit der deutschen

---

<sup>960</sup> Robert McClure, zit. n. Habe 1977, S. 31.

<sup>961</sup> Vgl. Matz 1969, S. 33.

<sup>962</sup> Vgl. Henke 1995, S. 109.

<sup>963</sup> Henke 1995, S. 109f.

<sup>964</sup> Vgl. Henke 1995, S. 260.

<sup>965</sup> Vgl. Zink 1957, S. 40; Dorn 1973, S. 32.

Bevölkerung umgehen konnte, hatten die Kampftruppen, auch die der psychologischen Kriegsführung, die Deutschen zu bekämpfen. Zumindest für die Zeit bis zur Kapitulation war es deshalb bei der psychologischen Kriegsführung eine strukturelle Notwendigkeit, dass die Psychological Warfare Division auf eigenes speziell ausgebildetes und auf Zuverlässigkeit untersuchtes Personal zurückgriff und die in den besetzten Gebieten vorgefundenen deutschen Staatsbürger von der Mitarbeit ausschloss<sup>967</sup> – es liegt in der Logik zwischenstaatlicher Auseinandersetzungen, dass Einwohner eines Feindstaates nicht oder nur sehr eingeschränkt zur psychologischen Kriegsführung gegen diesen Feindstaat herangezogen werden.<sup>968</sup> Wie die Vielzahl mit dem 12. Mai 1945 und damit 4 Tage nach der Kapitulation erlassenen Bestimmungen zur deutschen Presse zeigen, war die Integration von Deutschen in die Arbeit der Einheiten für die psychologische Kriegsführung erst in dem Augenblick risikolos möglich, als Deutschland jede Kampfhandlungen eingestellt hatte. Erst als der Sieg besiegelt war, konnte deshalb die Psychological Warfare Division mit der Umsetzung der längerfristigen politischen Aufgaben wie der Stabilisierung Deutschlands oder der Umerziehung beginnen<sup>969</sup> und zusehends auf deutsches Personal zurückgreifen. In den unterschiedlichen Funktionen der unterschiedlichen mit den Medien befassten Militärbehörden liegt somit ein weiterer Grund für den uneinheitlichen Umgang mit den deutschen Zeitungen und ihren Beschäftigten: Während die regulär kämpfenden Truppen den Krieg zu gewinnen hatten, während die Militärregierung (je nach Lage der Dinge mit oder ohne Presse) die gerade befriedeten Gebiete zu verwalten hatte, nutzen die Sondereinheiten für die psychologische Kriegsführung ihre *eigene* deutschsprachige Presse erst zur Feindbekämpfung und konnten nach der Beendigung der Kampfhandlungen die *zusätzliche* Aufgabe übernehmen, mit Hilfe dieser Presse auch den »Frieden zu gewinnen«<sup>970</sup> und gleichzeitig auch deutsche Mitarbeiter.

Unterschiedliche Auffassungen von der Behandlung der deutschen Presse bestanden jedoch nicht nur zwischen der Militärverwaltung und den Propagandaabteilungen, sondern auch die Vorstellungen gleichartiger Militärdienststellen unterschieden sich. Z.B. befolgte die kanadisch-britische Heeresgruppe die Anweisungen der Psychological Warfare Division »mehr

<sup>966</sup> Frei 1986, S. 24.

<sup>967</sup> Matz 1969 (S. 20f.), Hurwitz 1972 (S. 30), u.a. scheinen diese militärische Notwendigkeit zu übersehen, wenn sie über politische Gründe für den Ausschluss Deutscher aus der Presse spekulieren.

<sup>968</sup> Dies dürfte ein wesentlicher Hintergrund für Hans Habes Einschätzung zu den möglichen Konsequenzen der von ihm geförderten Mitarbeit von deutschen bei der alliierten Heeresgruppenpresse sein: »Hätte es im Hauptquartier jemand erfahren, wären Hans Wallenberg und ich vor ein Militärgericht gekommen.« (Habe 1977, S. 71.)

<sup>969</sup> Zu den längerfristigen Aufgaben vgl. Chapter I, (6), Manual for the Control of German Information Services, 12.5.45, S. 2.

<sup>970</sup> Habe 1977, S. 33.

oder weniger nach ihrem eigenem Gutdünken«,<sup>971</sup> sprich: anders als die unter dem gemeinsamen Oberbefehl des Generals Eisenhowers agierende amerikanische 12. Heeresgruppe. Auch innerhalb der amerikanischen 12. Heeresgruppe konnten sich unterschiedliche Auffassungen von der umzusetzenden Politik durchsetzen: Die Psychological Warfare Division der 1. Armee lehnte anfangs anders als die Psychological Warfare Division der 9. Armee die Herausgabe von deutschen Zeitungen ab.<sup>972</sup> Dies förderte das Bild einer »mehrdeutigen Pressepolitik und Pressepraxis«.<sup>973</sup>

Die unterschiedlichen Vorstellungen äußerten sich erstmals Anfang 1945 ganz handfest in den neu gegründeten *Aachener Nachrichten*, bei deren Herausgabe sich »Engländer und Amerikaner vollkommen uneinig« gewesen seien.<sup>974</sup> Als diese erste Zeitung unter westalliierten Kontrolle erschien, war es kein vom Militär gemachtes Blatt, sondern ein rein deutsches Projekt, das lediglich unter alliierter Kontrolle stand.<sup>975</sup> Bei den *Aachener Nachrichten* handelte es sich nach MOSBERG »weder um eine Heeresgruppenzeitung noch um eine Lizenzzeitung, es war der einzige Versuch eines ursprünglichen Konzepts, sofort wieder Zeitungen von Deutschen für Deutsche machen zu lassen«.<sup>976</sup> Während die amerikanischen Propagandaoffiziere vor der Lizenzierung deutscher Zeitungen eigene alliierte Zeitungen veröffentlichen wollten, wollten die britischen Presseoffiziere bei gleicher Befehlslage die deutschen Redaktionen nur kontrollieren.<sup>977</sup> Das Aachener Zeitungskonzept sei nicht weiter angewendet worden, als mit der Eroberung Deutschlands mehr und mehr nationalsozialistische Gräueltaten bekannt wurden,<sup>978</sup> bzw. weil die schnelle Kapitulation Deutschlands ausblieb.<sup>979</sup>

Den zunehmenden Informationen über die Nazi-Gräueltaten wird auch zugeschrieben, dass die Pressepolitik der Psychological Warfare Divisions in der Endphase des Krieges *inhaltlich* zusehends strenger umgesetzt wurde. Noch zu Beginn der westalliierten Pressepolitik hatten liberale Maßstäbe gegolten: Unter der Anleitung westalliierten Presseoffiziere sollten deutsche Redakteure weitgehend vollständige Zeitungen erstellen, in denen von kommunalen Leitartikeln, Kinder- und Kulturberichterstattung bis hin zu Weltnachrichten eine umfassende Berichterstattung möglich sein sollte.<sup>980</sup> Als im Frühjahr 1945 die westalliierten Heeresgrup-

<sup>971</sup> Matz 1969, S. 23.

<sup>972</sup> Vgl. Hurwitz 1972, S. 56.

<sup>973</sup> Vgl. die Einschätzung von Hurwitz 1972, S. 34.

<sup>974</sup> Vgl. Habe 1977, S. 46.

<sup>975</sup> Zu dieser Zeitung vgl. ausführlich Padover 1999.

<sup>976</sup> Mosberg 1991, S. 53.

<sup>977</sup> Vgl. Habe 1977, S. 46f.

<sup>978</sup> Hüffer 1995, S. 49, Schütz 1987, S. 63ff.

<sup>979</sup> Schütz 1987, S. 63ff.; Matz 1969, S. 21; 36.

<sup>980</sup> Hurwitz 1972, S. 53. – Dieser Linie folgten auch die *Aachener Nachrichten*, die als »Publikationsorgan für den Regierungsbezirk Aachen« auch über Welt- und Kriegereignisse berichtete (vgl. Matz 1969, S. 34; S. 136f.).

penzeitungen erschienen, sollten diese ebenfalls einen typischen Zeitungsmix mit Nachrichten, Reportagen und Feuilleton enthalten,<sup>981</sup> was aber auf Widerstand des Leiters der Abteilung für psychologische Kriegsführung, McClure, stieß.<sup>982</sup> Eine endgültige Entscheidung über die Inhalte der Armeepresse habe es nicht gegeben, der Disput endete ohne abschließende Klärung.<sup>983</sup> Dies erlaubte Habe zwar die Herausgabe von vollständigen Zeitungen mit umfassendem Nachrichten- und Kulturteil, sollte aber gleichzeitig dazu führen, dass im westalliierten Besatzungsgebiet auch schlichte Mitteilungsblätter verbreitet wurden. Die Pressepolitik war somit nicht nur von sich potentiell widersprechenden Gesetzen und Anordnungen bestimmt, sondern ihre Umsetzung darüber hinaus durch konkurrierende Auffassungen von einer angemessenen Pressepolitik einerseits und den ungeordneten Bedingungen des Kriegsendes andererseits geprägt.

Für die unterschiedliche Genehmigungspraxis bei der Herausgabe von deutschen Zeitungen dürfte auch die unterschiedliche Auslegung einzelner Begriffe von Bedeutung gewesen sein, die in den mit der Presse zusammenhängenden Gesetzen enthalten waren.

Eine unterschiedliche Interpretation ließ sich beispielsweise an den Bekanntmachungen der Militärregierung festmachen, wonach unzensierte Zeitungen verboten waren.<sup>984</sup> Als Ergebnis dieser Vorgabe teilte der Militärkommandant von Weimar der Öffentlichkeit wie im Handbuch vorgesehen mit, »nur die von den Besatzungsbehörden ausdrücklich genehmigten Zeitungen und Zeitschriften werden erscheinen.«<sup>985</sup> Auch die im Raum Jena-Weimar mit dem amerikanischen Einmarsch erschienenen amtlichen Bekanntmachungen verkündeten das Verbot *unzensierter* Zeitungen: »Uncensored newspapers, publications or posters of any kind will not be printed, disseminated, or posted.«<sup>986</sup> Das in Jena herausgegebene Mitteilungsblatt trug deshalb einen Zensurvermerk,<sup>987</sup> der die Zeitung als gesetzeskonform auswies.

In Schleiz/Thür. wurde der Bevölkerung per hektographiertem DIN A4-Blatt ebenfalls bekannt gegeben, dass »unzensierte Zeitungen, sonstige Veröffentlichungen und Plakate jeglicher Art [...] weder gedruckt, verteilt noch angeschlagen werden« dürfen.<sup>988</sup> Hier ließ der

<sup>981</sup> Vgl. Habe 1977, S. 31f.

<sup>982</sup> »Die Deutschen brauchen sich keine eigene Meinung zu bilden – The Germans have to be told.« (Robert McClure, zit. n. Habe 1977, S. 31).

<sup>983</sup> Habe 1972, S. 33.

<sup>984</sup> *Bekanntmachungen der amerikanischen Militärregierung/ Official Notice to the Population*, Weimar, 21.4.45.

<sup>985</sup> Vgl. *Buchenwalder Nachrichten*, 11.5.45 (in: Ritscher 1983, S. 57).

<sup>986</sup> *Bekanntmachungen der amerikanischen Militärregierung/ Official Notice to the Population*, Weimar, 21.4.45.

<sup>987</sup> »Contents passed by U.S.-Army censors.« Siehe Impressum, *Military Government Gazette Germany*, Jena, 25.4.45.

<sup>988</sup> »Militärregierung - Deutschland, Kontrollgebiet des Obersten Befehlshabers, Bekanntmachung! An die Zivilbevölkerung!« Aushang, Schleiz, 28.4.45. (Im Besitz des Museums Schloß Burgk.)

Kommandant jedoch weder zensierte noch unzensierte Zeitungen zu, was auf eine strenge Auslegung hindeutet.

Die Wirkungen unterschiedlicher Begriffsauslegungen zeigte sich besonders am Gesetz Nr. 4, das der Militärregierung Zeitungen erlaubte, um Gesetze und Befehle zu veröffentlichen, mit deren Hilfe das Besatzungsgebiet geordnet werden sollte.<sup>989</sup> Neben der Herausgabe eines zentralen Amtsblattes unter dem Namen *Military Government Gazette-Germany* bzw. *Amtsblatt der Militärregierung-Deutschland* genehmigte das Gesetz regionale und lokale Pendant, »similarly entitled, with the addition of a sub-title indicating the political sub-division to which it pertains«.<sup>990</sup>

Da das Gesetz keine näheren Angaben zur Form der genehmigten lokalen Zeitungen enthielt, waren die Militärregierungen darauf angewiesen, den Begriffe »Gazette« entweder selbst mit Inhalt zu füllen oder sich an den bereits kursierenden Zeitungen der westalliierten Armee zu orientieren. Zu einer weiten Auslegung dieses Gesetzes und damit zu einer unterschiedlichen Rechtspraxis führte dabei offensichtlich die fehlende Trennschärfe der Begriffe »Gazette«, »Amtsblatt« und »Zeitung«. In der deutschen Fassung des Gesetzes war scheinbar eng umrissen von »*Amtsblättern*« die Rede, die unter dem Namen »*Military Government Gazette*« samt eines Ortszusatzes erscheinen konnten. In der bindenden englischen Textfassung<sup>991</sup> wurde der Begriff »*Gazette*« verwendet, der durchaus auch allgemein als »*Zeitung*« verstanden werden kann.<sup>992</sup> Da inhaltliche Vorgaben für die Gazetten, die einer klaren begrifflichen Einengung hätten dienen können, fehlten, konnte das Gesetz Nr. 4 vor allem wegen der kulturellen Heterogenität und sprachliche Vielfältigkeit der anglo-amerikanischen Besatzungsarmee durchaus als juristischer Rahmen für die Genehmigung von regulären Zeitungen interpretiert werden, die neben einem amtlichen Teil eine sehr breite Berichterstattung enthielten. Bereits der Einschluss einer amtlichen Funktion und wahlweise entweder im Titel oder im Untertitel ein Rückgriff auf die »*political sub-division*« hätte danach den Anforderungen des Gesetzes genügt. Beispiele für eine solch weite inhaltliche Auslegung der Vorgaben fanden sich in ganz Deutschland. Anders als der Titel glauben macht, kam beispielsweise das örtliche Stendaler *Amtliche Mitteilungsblatt der Militärregierung-Deutschland* inhaltlich als vollständige Tageszeitung daher. Die Zeitung erfüllte in Bezug auf den Titel exakt die

<sup>989</sup> Siehe Kap. 4.6.2, S. 145f.

<sup>990</sup> Gesetz Nr. 4, abgedruckt in: Handbook for Military Government in Germany, Dec. 1944.

<sup>991</sup> Vgl. Gesetz Nr. 4, Art. 2 (5).

<sup>992</sup> Ein breite Definition des Begriffs »Gazette« im Sinne einer umfassenderen Berichterstattung findet sich heute beispielsweise in folgenden Ländern bzw. Sprachen: *The Financial Gazette* (Harare, engl., Simbabwe); *Spitsbergen Gazette* (Tromsø, Norwegen); *Gaceta de los Negocios* (Spanien); *Gazeta Wyborcza* (Warschau, Polen); *Evening Gazette* (Colchester, Großbritannien); *The Montreal Gazette* (Kanada); *Gazeta de Alagoas* (Brasilien); *Gazette de Modena* (Italien); *Phoenix Gazette* (USA); *La Nouvelle Gazette* (Charleroi, franz., Belgien); *Gazet van Antwerpen* (fläm., Belgien); *Nezarisimaya Gaset* (Moskau, Russland).



Vorgaben des Gesetzes Nr. 4 und druckte auch die verlangten Gesetze ab, ergänzte diese jedoch um in- und ausländische Meldungen sowie Anzeigen. Die Militärregierung dürfte nicht davon ausgegangen sein, etwa verbotenes zu machen, zumal unter den in der Stendaler Zeitung veröffentlichten Gesetzen auch das Gesetz Nr. 191 war.<sup>993</sup> Dagegen beschränkte sich die *Military Government Gazette Germany. Amtsblatt der Militärregierung-Deutschland für den Stadt- u. Landkreis Jena-Stadtroda* auf den zweisprachigen Abdruck von Gesetzen und Bekanntmachungen.<sup>994</sup>

Zu Schwierigkeiten bei der begrifflichen Klärung der Vorgaben dürfte zusätzlich beigetragen haben, dass auch viele deutsche Lokalzeitungen offizielle Funktionen ausgefüllt hatten, die sich mit einer amtlichen Lesart des Begriffs ›Gazette‹ fassen ließen. Viele deutsche Lokalzeitungen trugen traditionellerweise im Untertitel die Bezeichnung ›Amtsblatt‹ oder ›amtliches Verkündungsblatt‹<sup>995</sup> und erfüllten damit ebenfalls jene vom Gesetz Nr. 4 erwarteten Funktionen.<sup>996</sup>

Zu einer Vermischung der Aufgaben von amtlichen Blättern und lokalen Zeitungen dürfte auch beigetragen haben, dass auch die als vollständige Zeitungen erschienenen amerikanischen Heeresgruppenblätter Zusätze wie ›Amtliches Nachrichtenblatt‹ oder ›Alliiertes Nachrichtenblatt‹ trugen<sup>997</sup> und so als Beispiel dienen konnten.

Das unterschiedliche Handeln der örtlichen Militärregierungen wurde auf unterschiedlichen Ebenen zusätzlich durch Kommunikationsmängel innerhalb der Hierarchie der Militärverwaltung gefördert. Die Weitergabe der unterschiedlichen Anordnungen erfolgte über mehrere Etappen, wobei es zu Weitergabefehlern kam: »Each step permitted redrafting of directives and some modification in content. The directives relating to military government which finally

<sup>993</sup> Siehe *Amtliches Mitteilungsblatt der Militärregierung-Deutschland*; Stendal, 5.6.45.

<sup>994</sup> Vgl. *Military Government Gazette Germany. Amtsblatt der Militärregierung-Deutschland für den Stadt- u. Landkreis Jena-Stadtroda*, 24.4.45. In Westdeutschland belegen etwa die *Castrop-Rauxeler Nachrichten*, die zweisprachig amtliche Bekanntmachungen und Todesanzeigen brachten und den verlangten amtlichen Untertitel ›Official Gazette for all Offices in the Town of Castrop-Rauxel‹ (siehe *Castrop-Rauxeler Nachrichten*, 2.6.45; 9.6.45) führten, dass das Gesetz Nr. 4 als Grundlage für das Erscheinen von Zeitungen angesehen wurde. Zu diesen Zeitungen gehörte auch die bereits mehr als 140 Jahre alte *Neuburger Zeitung*, die zweisprachig amtliche Bekanntmachungen und internationale Meldungen druckte und ebenfalls die nach Gesetz Nr. 4 verlangte amtliche Bestimmung als ›Official Gazette of the American Military Government‹ im Untertitel trug (vgl. *Neuburger Zeitung*, 9.6.45; 12.6.45). Frei 1986, S. 28-32, beschreibt näher die Wiederentstehung des *Reichenhaller Tagblatts* als *Official Gazette/Reichenhaller Tagblatt* und nennt weitere Zeitungen mit teilweise redaktioneller Berichterstattung.

<sup>995</sup> Viele Zeitungen wurzelten in sog. ›Intelligenzblättern‹, die reine Anzeigen- und Bekanntmachungsblätter gewesen waren (vgl. Stöber 2000, S. 74ff.; 175f.).

<sup>996</sup> Vgl. zur amtlichen Bedeutung von Lokalzeitungen die Verlagsangaben im Handbuch der deutschen Tagespresse<sup>5</sup> 1934 (hier S. 181-183): So fungierten etwa das *Hettstedter Tageblatt* und die *Mansfelder Zeitung* als ›Amtliches Kreisblatt‹, das trotz seines Namens täglich erscheinende *Klötzer Wochenblatt* trug die Bezeichnung ›Amtsblatt‹ und der *Anzeiger für Stadt und Land* aus Könnern bezeichnete sich als ›Amtliches Organ‹.

<sup>997</sup> Zu diesen Bezeichnungen vgl. die Angaben bei Matz 1969, S. 149ff.

reached military government units in the field were sometimes not only delayed but quite different in content from the original policy.«<sup>998</sup>

Da die meisten Probleme unerwartet auftauchten, waren die örtlichen Militärverwaltungen bei der Lösung (wenn sie nicht auf dem langen Dienstweg Anweisungen einholen wollten) auf sich allein gestellt. Zu Problemen, auf die die Besatzungsplanungen nicht vorbereitet waren, kam es vor allem, als der Krieg nicht wie vorher vermutet durch eine schnelle deutsche Kapitulation beendet werden konnte. Das alliierte Oberkommando war bis Ende 1944 davon ausgegangen, dass Deutschland kapitulieren würde, sobald die Kämpfe die deutsche Grenze erreichten. Die Detachments der alliierten Militärregierung sollten danach binnen kürzester Zeit die oberste Gewalt übernehmen und dazu den als intakt angenommenen deutschen bürokratischen Apparat per »indirect rule« lenken.<sup>999</sup> Die Militärregierung hätte nach diesen Planungen zwar in einem Feindstaat regiert, jedoch in einem befriedeten Feindstaat. Als sich jedoch Ende 1944 herausstellte, dass Deutschland nicht kapitulierte, mussten sich die Grundbedingungen der Besatzungsverwaltung ändern. Ein geordneter Aufbau der Besatzungsverwaltung wurde unmöglich.<sup>1000</sup> »Solange Hitler nicht unterworfen war, mussten alle Pläne [...] recht wirklichkeitsfremde Planspielerei bleiben.«<sup>1001</sup> Die Militärverwaltungen hatten entgegen ihrer Planungen unter Kriegsbedingungen zu agieren.

Die Armee stand dabei vor einem Problem, das in der Gleichzeitigkeit der Zerstörung der Kommunikation und in der Notwendigkeit der Kommunikation begründet lag. Einerseits war für die westalliierte Armee die Kommunikation mit der deutschen Bevölkerung funktional im Sinne einer Lenkung und Steuerung, andererseits dysfunktional im Sinne einer Gefährdung der Sicherheit. Die Kampfhandlungen brachten dabei einerseits eine Störung der Kommunikation mit sich, andererseits konnte eine gute Beeinflussung des Kriegsgegners und der Zivilbevölkerung Vorteile bedeuten.<sup>1002</sup> Die Presseoffiziere der Armee und die Kampfkomman-

<sup>998</sup> Zink 1957, S. 34. – Hurwitz (Hurwitz 1972, S. 63) führt das Entstehen lokaler Zeitungen auf einen fehlenden Informationsfluss zurück: »In dem relativ langen Zeitraum, in dem nur offizielle Zeitungen der Militärregierung erscheinen durften, entstanden mehrere irreguläre Blätter auf Initiative ihrer örtlichen Einheiten, die von den Beschränkungen ihrer Jurisdiktion auf dem Gebiet der Informationsmedien nicht informiert worden waren. In der ganzen zweiten Hälfte des Jahres 1945 hatten die Teams der Pressekontrolle die undankbare und mühsame Aufgabe, solche irregulären Unternehmen wieder zu liquidieren.« Angesichts der großen Zahl von lokalen Zeitungen wäre dies ein Beleg für einen flächendeckenden Ausfall der innermilitärischen Kommunikation.

<sup>999</sup> Vgl. Niethammer/Borsdorf/Brandt 1976, S. 646; Henke 1995, S. 205.

<sup>1000</sup> Vgl. Henke 1995, S. 206.

<sup>1001</sup> Henke 1995, S. 206.

<sup>1002</sup> Zum unterschiedlichen Verständnis einer funktionalen Kriegskommunikation vgl. Saxer 1995, S. 204f., der jedoch stärker auf vom Kriegsgeschehen entfernte Rezipienten eingeht. Betroffene und nicht vom Krieg betroffene Mediennutzer reagieren dabei unterschiedlich (Saxer 1995, S. 212) – Kommunikation über den Krieg (an der sog. »Heimatfront« oder für die Weltöffentlichkeit) unterscheidet sich von der Kommunikation mit den Truppen des Gegners im Krieg oder mit der gegnerischen Bevölkerung unmittelbar nach Einstellung der Kampfhandlungen (direkt vor oder hinter der Front) durch die unterschiedliche Nähe zum Geschehen und damit durch eine unterschiedliche Kommunikationssituation.

danten, die unter den Bedingungen des Krieges den Kommunikationsraum bzw. den Spielraum der Medientätigkeit festzulegen hatten, handelten dabei zumindest bis zur offiziellen Kapitulation am 8. Mai 1945 unter den Bedingungen einer ständigen Bedrohung.<sup>1005</sup> Nach LÖFFELHOLZ ist jede Kommunikation bereits in Krisensituationen durch »Unsicherheit, Entscheidungsdruck und Zeitknappheit« beeinträchtigt<sup>1004</sup> – für eine Kriegssituation gilt dies im Besonderen.

Die pressepolitischen Entscheidungen der Militärverwaltungen wurden dadurch erneut von unterschiedlichen Einschätzungen der Gefährdung abhängig: Einerseits ließen viele Militäroffiziere Verlagsbetriebe stilllegen, andererseits erschien jedoch eine Vielzahl Zeitungen.

Das Ausbleiben einer frühen Kapitulation und militärischen Eroberung Deutschlands bedeutete gleichzeitig, dass die zuvor erstellten Pläne zur Verwaltung Deutschlands nicht realisiert werden konnten und sich dadurch kurzfristig die Aufgabenverteilung änderte. Die Besatzungsverwaltung konnte nicht mehr in ganz Deutschland zentral von oben nach unten erfolgen, sondern musste ungeordnet für die jeweils neu eroberten Gebiete aufgebaut werden. Einerseits fielen »die wichtigsten Entscheidungen [...] während der ersten Phase der MR [Militärregierung] in den Kommunen,«<sup>1005</sup> andererseits war die Armee nicht darauf vorbereitet, »eine solche Steuerung im lokalen und regionalen Rahmen durch ihre untergeordneten Verbände improvisieren zu lassen.«<sup>1006</sup> Gerade auf der Ebene der Städte und Gemeinden, wo die unterschiedlichen Zeitungen genehmigt wurden, war die westalliierten Militärregierung auf sich allein gestellt.<sup>1007</sup>

»Within a few weeks the detachments usually had the emergency job well in hand, but the long-term task of reconstruction was beyond their competence and often their interest. In many instances these local detachments had to depend very largely on their own resources, since they were so cut off from the higher military government organization that they had little or no direction as to policy, little assistance in meeting special problems, and indeed slight contact of any kind.«<sup>1008</sup>

Obwohl mit dem ausgebliebenen frühzeitigen Zusammenbruch Deutschlands die indirekte Herrschaft über die deutsche Verwaltung nur ungeordnet erfolgen konnte, erfolgte die Lenkung bzw. Kontrolle der deutschen Verwaltungsstellen dabei wie 1944 vorgesehen als indirekte Herrschaft über die kommunalen Spitzen. Die lokale Militärregierung ließ die

<sup>1005</sup> Zum Bedrohungsszenario der Besatzungsoffiziere gehörten sog. »Werwölfe«, die lt. Ankündigung der deutschen Führung in den von den Alliierten besetzten Gebieten als Partisanen auch nach Ende der Kämpfe und nach der Kapitulation den Krieg weiter führen sollten (vgl. Henke 1995, S. 160; S. 243f.; S. 944ff.).

<sup>1004</sup> Löffelholz 1993, S. 11

<sup>1005</sup> Niethammer/Borsdorf/Brandt 1976, S. 644.

<sup>1006</sup> Niethammer/Borsdorf/Brandt 1976, S. 116.

<sup>1007</sup> Vgl. Niethammer/Borsdorf/Brandt 1976, S. 117ff.

<sup>1008</sup> Zink 1957, S. 40.

deutsche Verwaltung unter ihrer Kontrolle recht eigenständig agieren.<sup>1009</sup> In den Kommunen »blieb es bei Ratschlägen an die örtlichen Kommandeure, nach Gutdünken zu verfahren.«<sup>1010</sup> Innerhalb weniger Stunden hatten sie einen Bürgermeister oder Landrat auszuwählen oder den vorhandenen (»if [...] you think he may be reliable«<sup>1011</sup>) zu bestätigen und die Verwaltung in Gang zu setzen.<sup>1012</sup>

»Der Verwaltungschef trug der MR [Militärregierung] gegenüber die alleinige Verantwortung; dafür wurden ihm innerhalb seiner Behörde sowie gegenüber der deutschen Zivilbevölkerung weitreichende Vollmachten eingeräumt. Zwangsläufig verkörperte er aus deutscher Perspektive die Autorität der MR, zumal ein generelles Non-Fraternization-Gebot mit dazu beitrug, daß er, der ihr in kurzen Abständen zu berichten und deren Befehle entgegenzunehmen hatte, allein gehört wurde und zugleich über ein Informationsmonopol verfügte. Die innere Struktur der Verwaltung blieb dabei im wesentlichen unverändert.«<sup>1013</sup>

Die Kontrolle, ob die deutsche Verwaltung wie verlangt die Vorgaben der Militärregierung umsetzte, war dabei häufig bereits durch mangelnde Deutschkenntnisse der westalliierten Offiziere beeinträchtigt.<sup>1014</sup> Nicht einmal die Mitarbeiter des Armeegeheimdienstes CIC, der in den besetzten Gebieten immerhin mit der Bekämpfung von Feindpropaganda beauftragt war,<sup>1015</sup> verfügten regelmäßig über ausreichende Sprachkenntnisse.<sup>1016</sup>

Die Klarheit über die zu treffenden Entscheidungen dürfte außerdem darunter gelitten haben, dass die Militärabteilungen unter Mitnahme der örtlichen Akten häufig ihre Standorte wechselten.<sup>1017</sup>

»Wo manches im Ungefähren lag, selbst die Stäbe Unsicherheiten zeigten, da empfahl es sich für die Detachments der Militärverwaltung um so mehr, der eigenen Improvisationskunst zu folgen und pragmatisch zu verfahren.«<sup>1018</sup> Was für das eigentliche Besatzungsgebiet zur Quelle von unterschiedlicher Praxis der Militärregierungen wurde, gestaltete sich in den nur kurzzeitig zu besetzenden ostdeutschen Gebieten noch schwieriger. Zur Verwaltung dieser Gebiete wurden lediglich »Provisorial Military Government Detachments« gebildet, bei denen »die

<sup>1009</sup> Vgl. Niethammer/Borsdorf/Brandt 1976, S. 646.

<sup>1010</sup> Niethammer/Borsdorf/Brandt 1976, S. 119.

<sup>1011</sup> § 1254, Check List for Military Government Officers, Chapter XVIII, Part III, Handbook for Military Government, Dec. 1944.

<sup>1012</sup> Vgl. Zink 1957, S. 39f.

<sup>1013</sup> Niethammer/Borsdorf/Brandt 1976, S. 649.

<sup>1014</sup> Vgl. Zink 1957, S. 40; Dorn 1973, S. 32.

<sup>1015</sup> Zu den Aufgaben des CIC siehe näher S. 161.

<sup>1016</sup> Vgl. Henke 1995, S. 256. – Hans Habe (Habe 1977, S. 66) setzte bei seinen Verstößen gegen die PWD-Richtlinien bewusst auf die Sprachprobleme seiner Vorgesetzten: »Mitteilungs- und Anweisungsblätter sollte ich herausgeben – und nun veröffentlichte ich gar Verse von Herrmann Hesse! Wenn das die Armee erfuhr, auf deren Sprachkenntnisse ich spekuliert hatte, war es um die neue deutsche Presse geschehen.«

<sup>1017</sup> Vgl. Dorn 1973, S. 32; Niethammer 1973, S. 23; Henke 1995, S. 208f.

<sup>1018</sup> Henke 1995, S. 207.

Schulung ihres Personals über die dürftigsten Standards kaum hinausgelangte<sup>1019</sup>. Da sie keine bleibenden Funktionen übernehmen sollten, blieb die Ausbildung der »provisorischen« Detachments dürftig.

Neben diesen besonderen ostdeutschen Bedingungen erschwerten zusätzlich auch zwei grundlegende Umgruppierungen der militärischen Strukturen, die nach dem 8. Mai 1945 aufgrund von Demobilisierungen und Verlegungen von Soldaten in den weiter umkämpften Pazifik erfolgten, den Aufbau einer stabilen Besatzungsverwaltung.<sup>1020</sup>

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass das Zusammenspiel von einerseits unterschiedlichen Gesetzen, die für unterschiedliche militärische Bereiche galten, von zum Zweiten unterschiedlichen Gesetzesinterpretationen, die auf unterschiedlichen Sinnzuschreibungen und Wortverständnissen fußten, von zum Dritten fehlenden Gesetzen und persönlicher Willkür den Hintergrund für eine vielfältige Presse bildete. Die sich daraus ergebenden unterschiedlichen örtlichen Bedingungen dürften die Vielfalt des Erscheinungsbildes der lokalen Presseerzeugnisse in Ostdeutschland gefördert haben.

#### **4.7 Resümee: Zur westalliierten Pressepolitik in Ostdeutschland**

Unter der westalliierten Besatzung Ostdeutschlands hat es (anders als bislang von der Pressegeschichtsforschung beschrieben<sup>1021</sup>) in großer Zahl die Herausgabe von traditionellen Zeitungen gegeben. Diese erschienen in alteingesessenen Verlagen und wurden von Verlegern herausgegeben, die bereits während des Nationalsozialismus aktiv gewesen waren. Die großflächige Beteiligung alteingesessener Verleger an der Herausgabe von Zeitungen und Mitteilungsblättern weist darauf hin, dass es zumindest bis zum Kriegsende keine Vorgaben gegeben hat, die der Militärregierung die Genehmigung deutscher Medien untersagten. Die den lokalen Militärregierungen übermittelten Gesetze und Anordnungen ließen vielmehr eine deutsche Presse ausdrücklich zu. Als es nach einem kurzen Blackout in Ostdeutschland nicht zur Herausgabe westalliiertener Heeresgruppenzeitungen kam, erlaubten die Militärregierungen oftmals unterschiedliche Zeitungen bzw. Mitteilungsblätter.

---

<sup>1019</sup> Henke 1995, S. 697.

<sup>1020</sup> Vgl. Henke 1995, S. 697.

In den Besatzungsplanungen war lange davon ausgegangen worden, dass die lokalen Besatzungsoffiziere Deutschlands per indirekter Herrschaft verwalten könnten und dazu lediglich die Kontrolle der deutschen Behörden nötig sei.<sup>1022</sup> Angesichts von lokalen Detachments der Militärverwaltung, die teilweise lediglich aus vier ausgebildeten Offizieren bestanden, wären andere Formen der Besatzungsverwaltung an personelle Grenzen gestoßen. Dieses Herrschaftsmodell ging nicht von einem Bruch, sondern einer bedingten Fortsetzung der vorhandenen Strukturen aus. Voraussetzung für die Weiterführung des öffentlichen Lebens der Kommunen war eine Säuberung der Kommunalverwaltung von »active Nazis and ardent sympathizers of the Party«<sup>1023</sup> und anderem auf schwarzen Listen vermerktem Personal.

Dieses Besatzungskonzept, das im Verlauf des Krieges entwickelt worden war, basierte auf der Annahme, dass Deutschland kapitulieren würde, sobald die alliierten Truppen die deutsche Grenze erreichten. Ohne dass es auf deutschem Boden zu Kämpfen und weiteren Zerstörungen gekommen wäre, hätte der nach der Kapitulation beginnende Aufbau einer Besatzungsverwaltung dabei geordnet und strukturiert erfolgen können. Als die Kapitulation jedoch ausblieb, mussten die für die Verwaltung der besetzten Gebiete vorgesehenen Einheiten der Militärregierung der Front und den kämpfenden Truppenteilen folgen. Dadurch wurde eine geordnete Übernahme der deutschen Zivilverwaltung unmöglich. Die Militärs mussten so in den gerade befreiten Gebieten Sicherheit und Ordnung herstellen, »in so far as the military situation permits«. Ein schneller Wiederaufbau der Verwaltungsstrukturen war nötig, um die Versorgung sicher zu stellen und Hungersnöte zu verhindern. Der Neuaufbau der Verwaltung erfolgte dadurch nicht zentral, sondern dezentral, jedoch weiter per »indirect rule«. Die Besatzungsoffiziere gaben ihre Anordnungen an die neu eingesetzten Bürgermeister, die dadurch in der Folge eine starke Stellung zwischen der Bevölkerung und der Militärregierung zugewiesen bekamen.<sup>1024</sup> Auf die Effizienz der indirekten Besatzungsherrschaft hinderlich wirkte die große Fluktuation, die durch Umgruppierungen von Truppenteilen und Demobilisierungen entstand.<sup>1025</sup> Der häufige Wechsel der Besatzungsoffiziere stärkte zusätzlich die Stellung der Zivilverwaltung, die häufig die einzige konstante Ordnungsmacht darstellte. »Dadurch erhöhte sich ihre Eigenständigkeit und ihr Handlungsspielraum beträchtlich.«<sup>1026</sup>

<sup>1021</sup> Vgl. etwa Koszyk 1986, S. 23f.; Wilke 1999a, S. 16f.; Pürer/Raabe 1994, S. 92. Als Ausnahme dagegen Frei 1986, S. 28-32.

<sup>1022</sup> Siehe S. 165.

<sup>1023</sup> § 76, Chapter III, Part I, Handbook for Military Government in Germany, Dec. 1944.

<sup>1024</sup> »In any event Military Government Officers should remember that there is no substitute for the use of common sense, that they are to utilize German personnel for carrying out the functions of government, and that such personnel should be made to carry out orders which will be given them by Military Government Officers.« (§ 1252, Check List for Military Government Officers, Chapter XVIII, Part III, Handbook for Military Government, Dec. 1944.)

<sup>1025</sup> Siehe auch Kap. 3.4.

<sup>1026</sup> Henke 1995, S. 209.

In den untersuchten Städten Ostdeutschlands zeigte nicht nur die Zivilverwaltung alle Anzeichen dieses ›indirect rule‹, sondern auf diesem Weg wurden auch die Zeitungen geleitet. Übertragen auf die Presse bedeutete die indirekte Herrschaft der Militärverwaltung, dass Verleger, sobald sie nicht als aktive Nazis oder glühende Sympathisanten aufgefallen waren und mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit über die notwendige Zuverlässigkeit verfügten (›may be reliable‹<sup>1027</sup>), ausgewählt und ihre Verlage der Besatzungsverwaltung dienstbar gemacht wurden.

Solange nicht die Gefahr bestand, dass die Zeitungsbetriebe durch eine ›feindliche Nachrichtenübermittlung‹ die Sicherheit der Militärs bedrohten, sprach aus militärrechtlicher Sicht nichts gegen ihre Wiedereröffnung.<sup>1028</sup> Das Militär hatte lediglich eine Zensur zu installieren, wie sie auch in ausnahmslos allen Anordnungen und Gesetzen als Grundbedingung für das Wiedererscheinen deutscher Zeitungen gefordert wurde. Einen Bruch, der sich als kurzfristiger Blackout niederschlug, gab es deshalb lediglich direkt nach der Besetzung feindlicher Gebiete. In einer Situation, wo in der Umgebung noch gekämpft wurde, war das Schließen der Kommunikationsmittel genauso notwendig wie Ausgangssperren oder das Einsammeln von Waffen. Da die Genehmigung von Zeitungen in der militärischen Logik weniger abhängig war vom Nachschub an materiellen Ressourcen, sondern von der individuellen Einschätzung der Sicherheitslage, wurde die Dauer des Blackouts und die Strenge der Zensur von der individuellen Beurteilung der Kommandanten abhängig. Diese entschieden, ob und wann Zeitungen erscheinen konnten.

Die Richtlinien zum Umgang mit der Presse waren im Wesentlichen vom Verteidigungsministerium entwickelt worden. Sie griffen weiterreichende politische Planungen nur am Rande auf, da ein Primat militärischer Interessen bestand.<sup>1029</sup> An der Umsetzung der Besatzungsplanungen beteiligten sich in den untersuchten ostdeutschen Städten nicht nur die eigentliche Militärregierung, sondern auch der Militärgeheimdienst ›Counter Information Corps‹ (CIC).<sup>1030</sup> Die Herausgabe unterschiedlicher Zeitungen erreichte damit nicht nur räumlich ein großes Ausmaß, sondern war offenbar auch breit in den Strukturen des Militärapparates als Handlungsoption verankert.

Die Inbetriebnahme der Druckereien setzte gleichzeitig voraus, dass bei den Beteiligten eine Einsicht in die Notwendigkeit der Veröffentlichung von Zeitungen bestand, denn die Genehmigung war zwar nicht verboten, aber für die Militärverwaltungen auch nicht

<sup>1027</sup> § 1254, Check List, Chapter XVIII, Part III, Handbook for Military Government in Germany, Dec. 1944.

<sup>1028</sup> Siehe Kap. 4.6.1.

<sup>1029</sup> Siehe Kap. 4.2 und 4.6.3.

<sup>1030</sup> Siehe Kap. 4.6.1 und 4.6.2.

verpflichtend.<sup>1031</sup> Wegen der nur mittelbaren Herrschaft der Militärs hing die Einsicht in die Notwendigkeit von Zeitungen stark von den Rückmeldungen und Einflüsterungen der Bürgermeister oder Landräte ab. War die lokale deutsche Zivilverwaltung nicht bereit, sich für die Veröffentlichung der Mitteilungen der Militärverwaltung auf Ausrufe oder Aushänge zu beschränken, und war das Verhältnis zwischen deutschen und westalliierten Verwaltungsstellen gut genug, bestand damit die Voraussetzung für die Genehmigung von Zeitungen. Alle ausgewerteten ostdeutschen Zeitungen ließen ein gemeinsames Interesse von Zivilverwaltungen und Verlegern erkennen, Zeitungen erscheinen zu lassen.<sup>1032</sup> Bei der Einschätzung der Notwendigkeit von Zeitungen waren die örtlichen Militärkommandanten stark von der Zivilverwaltung abhängig.

Im Rahmen der indirekten Besatzungsherrschaft hatten die Kommandanten jeweils zu klären, unter welchen Bedingungen Zeitungen möglich waren bzw. inwiefern sie dem rechtlichen Rahmen entsprachen und anschließend die Zensur einzurichten. Die unterschiedliche Interpretation der Rechtslage bestimmte das unterschiedliche Erscheinungsbild der Presse. Dass bei allen unterschiedlichen Interpretationen gleichwohl die Richtlinien der Militärführung zur Kenntnis genommen wurden, zeigten nicht zuletzt die Spuren, die das Gesetz Nr. 4 in den Zeitungen hinterließ.<sup>1033</sup> Ein sehr großer Teil der untersuchten Blätter ist von dessen unterschiedlichen Auslegungsmöglichkeiten geprägt, die sich einmal in der Übernahme des im Gesetz vorgeschlagenen Titels *Military Government Gazette-Germany* äußerte, aber auch in »Gazettes, similarly entitled, with the addition of a sub-title indicating the political sub-division to which it pertains«.<sup>1034</sup> In diesen Fällen zeigte sich die Befolgung des Gesetzes Nr. 4 durch die Benennung als lokales Amtsblatt im »sub-title«<sup>1035</sup>. Angesichts einer nur unscharfen Eingrenzung der Inhalte der Zeitungen (als Aufgabe der Militärregierung war die Veröffentlichung von »ordinances, notices, and other regulations« angeregt<sup>1036</sup>) bestand ein Interpretationsrahmen für die Veröffentlichung weitgehend vollständiger Zeitungen. Ein von HURWITZ angeführtes Schreiben des amerikanischen Oberkommandos an die Chefs der Heeresgruppen, in dem das Verbot des Abdrucks von Nachrichten und Todesanzeigen ausgesprochen wurde, bestätigt, dass die Militärregierungen sich auf dieses Gesetz bezogen. Da das Schreiben vom 6. Juni 1945 datierte, dürfte die inhaltliche Klarstellung nur eingeschränkt zu den Anordnungen

---

<sup>1031</sup> Siehe Kap. 4.6.1.

<sup>1032</sup> Siehe Kap. 4.6.2.

<sup>1033</sup> Zum Gesetz Nr. 4 siehe Kap. 4.6.1.

<sup>1034</sup> § 2, Abs. 1, Gesetz Nr. 4.

<sup>1035</sup> § 2, Abs. 1, Gesetz Nr. 4.

<sup>1036</sup> § 2, Abs. 1, Gesetz Nr. 4.



gehört haben, von der die lokalen Besatzungsverwaltung bis zum Abzug aus Ostdeutschland noch Kenntnis erlangten.<sup>1037</sup>

So bleibt festzuhalten, dass die Kommandeure vor Ort Anordnungen bekamen, die unterschiedlich interpretiert werden konnten und zu unterschiedlichem Verhalten geführt haben. Dabei ist fraglich, ob sich in der großen Zahl von genehmigten Zeitungen Fehlinformationen<sup>1038</sup> oder auch bewusste Normverstöße<sup>1039</sup> manifestieren, zumal wenn die Militärs aufgefordert waren, ihrem »common sense«<sup>1040</sup> zu folgen.

Für die nachfolgenden Rote Armee hingegen bedeutete die Genehmigung der Zeitungen, dass sie vor vollendete Tatsachen gestellt wurden. Die von den US-amerikanischen Kriegesverbündeten gesetzten Fakten dürften für die nachrückenden Sowjets ein erhebliches propagandistisches Problem bedeutet haben. Sie hatten mit Zeitungen umzugehen, mit deren Wiedererscheinen die Bevölkerung nicht nur die Rückkehr zur Normalität verbunden hatte,<sup>1041</sup> sondern die auch noch Gütesiegel trugen wie »By Order of the Allied Military Government«<sup>1042</sup> oder »mit Genehmigung der örtlichen amerikanischen Militärregierung«.<sup>1043</sup> Wollte die sowjetische Militärverwaltung diese Zeitungen schließen, stand sie vor ungleich größeren Problemen als bei einer Schließung von NS-Zeitungen.

Dabei muss offen bleiben, inwieweit diese »Kuckuckseier«<sup>1044</sup> die sowjetische Militärverwaltung bewusst provozieren, das Abrücken verschleiern und dadurch eine zusätzliche Beunruhigung der Zivilbevölkerung vermindern sollten oder die Bedeutungslosigkeit widerspiegeln, die das westalliierte Militär den Zeitungen zumaß. Einige Zeitungen wurden von der amerikanischen Militärregierung immerhin noch angesichts des bevorstehenden Abmarsches genehmigt.<sup>1045</sup> Das *Wurzener Tageblatt*<sup>1046</sup> erschien beispielsweise erstmals einen Tag vor der Übergabe der Stadt an die Rote Armee,<sup>1047</sup> ebenso das *Mitteilungsblatt für das Militärgouvernement und den Kreis Eckartsberga*,<sup>1048</sup> das *Mitteilungsblatt der Stadt Buttstädt* erschien »mit

<sup>1037</sup> Vgl. Hurwitz 1972, S. 131.

<sup>1038</sup> Nach Hurwitz 1972, S. 63, erschienen »[...] mehrere irreguläre Blätter auf Initiative ihrer örtlichen Einheiten, die von den Beschränkungen ihrer Jurisdiktion auf dem Gebiet der Informationsmedien nicht informiert worden waren«.

<sup>1039</sup> »Zum Teil stellte ich mich einfach dumm.« (Habe 1977, S. 72.)

<sup>1040</sup> § 1252, Check List for Military Government Officers, Chapter XVIII, Part III, Handbook for Military Government, Dec. 1944.

<sup>1041</sup> Vgl. de Mendelssohn 1982, S. 510.

<sup>1042</sup> *Mitteilungsblatt für Penig und Lunzenau*, 26.5.45; *Bekanntmachungsblatt*, Mittweida, 17.4.45

<sup>1043</sup> *Mitteilungsblatt der Stadt Buttstädt*, 4.7.45.

<sup>1044</sup> Matysiak 2001b, S. 26.

<sup>1045</sup> Umgekehrt berichtete Hurwitz von einer »Zeitungsplanung für Berlin-Zehlendorf, die mit lässiger Billigung der Sowjets vorbereitet wurde, kurz bevor die Amerikaner in Berlin einrückten« (Hurwitz 1972, S. 131).

<sup>1046</sup> Vgl. Teich 1945, S. 55.

<sup>1047</sup> Vgl. Teich 1945, S. 55.

<sup>1048</sup> *Mitteilungsblatt für das Militärgouvernement und den Kreis Eckartsberga*, Nr. 1, 30.6.45.

Genehmigung der örtlichen amerikanischen Militärregierung« erstmals Tage nach der Räumung Thüringens.<sup>1049</sup> Ein Problem bedeuteten diese Zeitungen jedoch nur dann, wenn ihr Erscheinen den Interessen die Sowjetarmee entgegen standen.

---

<sup>1049</sup> *Mitteilungsblatt der Stadt Buttstädt*, Nr. 1, 4.7.45.

## 5 Presse während der frühen sowjetischen Besatzungsherrschaft

Die Eroberung Deutschlands war für die sowjetische Armee mit deutlich größeren Verlusten verbunden als für ihre westalliierten Verbündeten. Während im Westen viele Städte kampflos kapitulierten,<sup>1050</sup> führte die Angst vor einer Vergeltung der deutschen Kriegsgreuel im Osten zu einem hartnäckigen Widerstand, an dem sich auch die Bevölkerung beteiligte.<sup>1051</sup> Das Verhalten der deutschen Militärs und der Zivilbevölkerung sollte drastische Reaktionen der Roten Armee hervorrufen. Die in ihrem Ausmaß nicht quantifizierbaren Vergewaltigungen, Verhaftungen und Hinrichtungen führten zu einer Traumatisierung der bereits durch die Goebbelsche Propagandamaschine überaus verängstigten Bevölkerung, die sich der sowjetischen Herrschaft durch Selbstmord- und Fluchtwellen zu entziehen suchte.<sup>1052</sup> Die sowjetische Führung reagierte auf die deutsche Kriegsführung mit einer Pressepolitik, die als ähnlich kompromisslos wie die westalliierte charakterisiert wird.<sup>1053</sup>

Wie die Amerikaner und Briten<sup>1054</sup> sah auch die Sowjetunion in den Kommunikations- und Nachrichtenmitteln ein wichtiges nationalsozialistisches Herrschaftsinstrument. Nach der Eroberung wurden deshalb die Beschäftigten der Verlagsunternehmen vielfach nicht als einfache deutsche Kriegsgegner behandelt, sondern anderen exponierten Vertretern des deutschen Feindstaates gleich gestellt: Zu den vom sowjetischen Geheimdienst zu verhaftenden Personen zählten neben deutschen Partisanen, Geheimdienstmitarbeitern, hohen Verwaltungsbeamten und Funktionären der NS-Organisationen ausdrücklich auch die Betreiber von Druckereien sowie »Zeitungs- und Zeitschriftenredakteure und Autoren antisowjetischer Veröffentlichungen«<sup>1055</sup> – und angesichts der deutschen Kriegspropaganda war keine Zeitung frei von antisowjetischen Ausfällen gewesen. Eine Beschreibung aus Mecklenburg-Vorpommern legt nahe, dass die Verfolgungen von Verlegern recht umfassend waren und eine große Zahl von Verlegern nach dem Einmarsch verhaftet oder im Einzelfall von sowjetischen Soldaten standrechtlich auf der Straße erschossen<sup>1056</sup> wurde. Für mehrere Jahre

<sup>1050</sup> Vgl. Henke 1995, S. 669ff.

<sup>1051</sup> Vgl. Henke S. 674ff.

<sup>1052</sup> Vgl. Foitzik 1999, S. 52ff.; 69; Henke 1995, S. 674ff.; 687ff.

<sup>1053</sup> Vgl. etwa Strunk 1996, S. 17.

<sup>1054</sup> Siehe Kap. 3.

<sup>1055</sup> »Befehl des Volkskommissars für Inneres Nr. 00315 ›Zur teilweisen Abänderung des Befehls des NKWD der UdSSR Nr. 0016 vom 11. Januar 1945«, in: Fricke 2000.

<sup>1056</sup> Kurzerhand exekutiert wurde der Verleger der *Gadebusch-Rebnaer Zeitung* (Verlag L. Schäffers Buchdruckerei), Richard Schäffer (vgl. Bernhard 1989, S. 33). Wie unbürokratisch ein Redakteur auf die sowjetischen Fahndungsliste kommen

inhaftiert wurden von der Roten Armee in Mecklenburg die Verleger des *Mecklenburger Tageblatts/Wismarsche Zeitung*,<sup>1057</sup> der *Warener Zeitung*,<sup>1058</sup> der *Mecklenburgischen Tageszeitung* in Güstrow,<sup>1059</sup> des *Öffentlichen Anzeigers/Kreisblatt für den Kreis Hagenow*<sup>1060</sup> oder der *Wariner Zeitung*.<sup>1061</sup> Weitere Verleger flohen,<sup>1062</sup> ein anderer Teil blieb dagegen unbehelligt.

Die Armee interessierte sich nicht nur für das Personal, sondern auch für die technischen Einrichtungen. Ein Teil der bei den Kämpfen nicht zerstörten Zeitungsdruckereien wurde von der Sowjetarmee 1945 als Ersatz für die eigenen Kriegsschäden demontiert, beispielsweise die der *Wariner Zeitung*,<sup>1063</sup> des *Stavenbager Tageblatts*,<sup>1064</sup> der *Doberaner Nachrichten*,<sup>1065</sup> der *Grevesmühlener Zeitung*,<sup>1066</sup> der *Burg Stargarder Zeitung*<sup>1067</sup> oder des *Boten von Neukloster*.<sup>1068</sup> Die Buchdruckerei Paul Langmaak des *Warener Tageblatts* wurde im Mai 1945 beim Einzug der Sowjetarmee niedergebrannt.<sup>1069</sup>

---

konnte, beschrieb der Wirtschaftsjournalist John Brech: »Am 19. Mai 1945 wurde ich in Berlin-Wannsee von einem Zivilisten, der sich als Offizier des sowjetischen Überwachungsdienstes ausgab, zu einer Unterhaltung gebeten, die sich während der Fahrt auf einem Lastwagen als Verhaftung erwies. Auf der sowjetischen Dienststelle wurde ein kurzes Protokoll aufgenommen über meine Tätigkeit in den letzten Jahren. Und diese freundliche Einvernahme diente dann als Unterlage für meine Überführung ins Konzentrationslager Sachsenhausen. So einfach war das damals im Mai 1945. Meine Frau bekam über diesen Vorgang keinerlei Nachricht. Erst auf illegale Weise, durch einen Schmuggelbrief, konnte ich sie ein paar Wochen später über meinen Verbleib unterrichten. Das Protokoll, das ich unterschrieben hatte, war in kyrillischer Schrift verfasst. Es enthielt nach der Übersetzung keine Anklage, sondern lediglich wenige Sätze über meine letzte Tätigkeit als Journalist im Fachbereich Wirtschaft. Warum ich verhaftet wurde, das blieb unerwähnt. Später erfuhr ich von einem wohlwollenden sowjetischen Funktionär, dass ich als aktiver und mit Namen bekannter Journalist das Hitler-Regime unterstützt hätte und dadurch als potenziell gefährlicher Deutscher interniert worden wäre. Die Internierung dauerte von Mai 1945 bis Februar 1950.« (Zit. in: Karl Wilhelm Fricke: Gulag in Deutschland Vor 50 Jahren: Die Auflösung der sowjetischen Speziallager. Deutschlandfunk: Hintergrund Politik, 16.1.2000, 18:40 Uhr, Manuskript. DeutschlandRadio-Online, <http://www.dradio.de/cgi-bin/user/fm1004/es/neu-hintergrund/165.html>)

<sup>1057</sup> Verlag Hinstorffsche Buchdruckerei, Werner Eberhardt. Die Zeitung konnte 1945 bis zum Kriegsende erscheinen (vgl. Bernhard 1989, S. 163).

<sup>1058</sup> Gegr. 1840 als *Warener Wochenblatt*, zuvor bis Kriegsende erschienen im Verlag Ernst Reimers jun. (vgl. Bernhard 1989, S. 152).

<sup>1059</sup> Verlag Carl Michaals Erben. Nebenausgabe *Krakower Zeitung*. Die Zeitungen konnten ebenfalls zuvor bis zum Kriegsende erscheinen. Verlagsleiter war Hubertus Michael, sein Gesellschafter Carl Michael wurde 1945 für mehrere Jahre interniert (vgl. Bernhard 1989, S. 41).

<sup>1060</sup> Verlag der Buchdruckerei F. Schlüter. Nach Tod von P. Schlüter leitete Elise Schlüter bis Kriegsende den Verlag und wurde dann mehrere Jahre interniert (vgl. Bernhard 1989, S. 43).

<sup>1061</sup> Verlag Gustav Dannehl. Nebenausgabe *Brüeler Zeitung*. Die Zeitung bestand bis 31.5.41, dann wurde Verlagsrecht an den *Niederdeutschen Beobachter* verkauft. Gustav Dannehl war 1945-50 in Neubrandenburg und Buchenwald interniert (vgl. Bernhard 1989, S. 153). – Aus Sachsen-Anhalt (Gustav Huster, Herausgeber des *Zörbiger Boten*; Mitteilung Sonja Huster, 27.5.1999) oder aus Genthin (Eugen Donath, Verleger des *Genthiner Tageblatts*; vgl. Friesecke 1996) sind Verhaftungen überliefert, bei denen die Verhafteten in Buchenwald starben. Die Versuche, die Familie Donath wegen Kriegsverbrechen zu enteignen, scheiterten jedoch allesamt (vgl. Friesecke 1996).

<sup>1062</sup> So Frieda Pape von der *Landeszeitung für beide Mecklenburg und Nachbargebiete*, verbunden mit der *Neustrelitzer und Wesenberger Zeitung*. Der Verlag erlebte einen kriegsbedingten Aufschwung. Die Auflage der *Landeszeitung* stieg von 1939 8 250 Exemplare auf 1945 über 15 000 Exemplare. Um den Druck einer deutschen Frontzeitung abwickeln zu können, hatte der Verlag eigens eine neue Rotationsmaschine gekauft (vgl. Bernhard 1989, S. 67ff.).

<sup>1063</sup> Vgl. Bernhard 1989, S. 153.

<sup>1064</sup> Verleger Theo Beholtz. Mit der Demontage erfolgte die vollständige Einstellung des Betriebs (vgl. Bernhard 1989, S. 144).

<sup>1065</sup> Verlag Alex Michaels (vgl. Bernhard 1989, S. 17; 44).

<sup>1066</sup> Schomacker (1989), S. 278.

<sup>1067</sup> Verlag Niemann & Rubin, 1941 von Niemann Wwe. an Mitarbeiter Fritz Schröder verkauft (vgl. Bernhard 1989, S. 20f.)

<sup>1068</sup> Verlag Erwin Schumacher (vgl. Bernhard 1989, S. 62).

Nicht zuletzt aufgrund derartiger Berichte vom Umgang mit den Verlegern und ihren Verlagen ging bislang sowohl die ost- wie die westdeutsche Forschung davon aus, dass es bei der Roten Armee (wie bei den US-Militärs) nach der Besetzung eine strikte Abfolge von Blackout und anschließend der Herausgabe von Armeezeitungen für die deutsche Bevölkerung gegeben habe.<sup>1070</sup> In einer darauf folgenden dritten Phase sollten wieder Zeitungen lizenziert werden, die von Deutschen verantwortet wurden.<sup>1071</sup> Die Rolle der Medien im NS-Propagandaapparat habe zu einer sofortigen und endgültigen Liquidierung der deutschen Zeitungsverlage geführt, deren Enteignung die Grundlagen für einen vollständigen Neuaufbau der ostdeutschen Presse legte.<sup>1072</sup>

Tatsächlich erschienen kurz nach Kriegsende auch Zeitungen, die nicht in die von der Pressegeschichtsschreibung bislang gezeichneten gradlinigen Entwicklungen und Abläufe passen: In vielen Städten des sowjetischen Okkupationsgebietes lebten für eine Übergangsphase traditionelle Tageszeitungen wieder auf, die die von der Roten Armee für die deutsche Bevölkerung gemachte Presse ergänzten. Diese Übergangsphase endete, als in ganz Ostdeutschland eine zentrale Besatzungsverwaltung aufgebaut war und das öffentliche Leben wieder in geordnete Bahnen fand.

## 5.1 Sowjetische Besatzungsverwaltung und Besatzungspolitik

Wie bei den anglo-amerikanischen Truppen hatte sich auch auf sowjetischer Seite eine Vielzahl militärischer Stellen mit der Schließung nationalsozialistischer deutscher Medien und der Beeinflussung der Bevölkerung durch eigene neue Medien zu befassen. Die sowjetische Medienpolitik erfolgte vor der Eroberung deutscher Gebiete im Rahmen der Kampfpropaganda, kurz nach der Besetzung erobelter Gebiete im Zuge der unmittelbaren Verwaltung der besetzten Städte und Landkreise sowie schließlich im Rahmen einer zentral geplanten Nachkriegspolitik. Bereits die bei der Eroberung Deutschlands wechselnden Funktionen von Medien<sup>1073</sup> machten der Roten Armee (gefördert durch die Wirren des Krieges) eine

---

<sup>1069</sup> Vgl. Bernhard 1989, S. 152.

<sup>1070</sup> Als Einführung in die Abfolge Blackout, Heeresgruppenzeitung, Lizenzpresse siehe Kap. 4.

<sup>1071</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 63; Raue 1983, S. 79; S. 81; S. 111f. (Anm. 30).

<sup>1072</sup> Vgl. Raue 1986, S. 32; Raue 1983, S. 76; Hering/Kohlmann 1979, S. 15

<sup>1073</sup> Zur unterschiedlichen Bedeutung der Medien für unterschiedliche Truppenteile siehe die Ausführungen zur Militärverwaltung und der Psychological Warfare Division in Kap. 4.1 und 4.2.

einheitliche und geordnete Besatzungspolitik anfangs genauso unmöglich wie ihren westlichen Verbündeten. Da der Aufbau einer stabilen Besatzungsverwaltung zudem Zeit in Anspruch nahm, entwickelte sich in den deutschen Städten und Gemeinden in der Frühzeit der Besatzung die Basis für eine unterschiedliche dezentrale Besatzungs- und Medienpolitik.

Der Aufbau der Besatzungsverwaltung und mit ihr der medienpolitischen Kontrolleinrichtungen<sup>1074</sup> zog sich angesichts von vielfältigen Umgruppierungen der Besatzungstruppen, die den Übergang von der Kriegsführung zur militärischen Verwaltung eines besiegten Gebiete mit sich brachten, hin. Zudem war bis hinauf zu Staatschef Josef Stalin genauen Planungen für eine Besatzungsverwaltung lange keine Aufmerksamkeit gewidmet worden,<sup>1075</sup> was dazu führte, dass auch der Chef des sowjetischen Informationsapparates, Sergej I. Tjulpanow, ohne ein ausgearbeitetes Konzept mit der Besatzungsverwaltung begann.<sup>1076</sup> Damit fehlten den mit dem Aufbau einer Militärverwaltung betrauten sowjetischen Offizieren klare Handlungsanweisungen, zumal bereits die Ziele der Besatzungsverwaltung in der Staats- und Armeeführung unterschiedlich definiert worden waren. Neben den auch von den Westmächten mitgetragenen Hauptzielen der bedingungslosen Kapitulation, der Entnazifizierung und Demilitarisierung Deutschlands sowie ausreichender Kriegsentschädigungen<sup>1077</sup> existierten bei der Armee und in den unterschiedlichen Moskauer Ministerien rivalisierende außenpolitische Vorstellungen von der Behandlung Deutschlands.<sup>1078</sup> Zum einen bestanden als »pragmatisch« charakterisierte Vorstellungen,<sup>1079</sup> die auf einen Ausgleich mit dem Westen bedacht waren, die von einer gemeinsamen alliierten Verwaltung Deutschlands ausgingen und eine zurückhaltende Besatzungsverwaltung nach amerikanischem Muster vorsahen.<sup>1080</sup> Über das von der US-Armee bereits in Italien praktizierte und später von den anglo-amerikanischen Truppen auch in Deutschland verwirklichte Verwaltungssystem des »indirect rule«,<sup>1081</sup> nach dem die Verwaltungsbehörden der besetzten Gebiete zwar politisch gesäubert, grundsätzlich jedoch

<sup>1074</sup> Über die Gründungsdaten der zentraler Medienbehörden herrscht in der Literatur Uneinigkeit. Raue 1986, S. 246, terminiert die Gründung einer zentralen Informationsverwaltung der SMAD, deren Presseabteilung für Genehmigung, Zensur und Rohstoffversorgung der Zeitungen zuständig war, auf den 9. Juni 1945, während Strunk 1996, S. 26, die Gründung einer zentralen »Verwaltung für Propaganda« erst für Oktober 1945 beschrieb.

<sup>1075</sup> Vgl. Foitzik 1999, S. 41. Padover (1999, S. 320) beschrieb in seinen Nachkriegsberichten ein Zusammentreffen mit einem Offizier der sowjetischen Kampftruppen (in Torgau anlässlich der Feierlichkeiten des Zusammentreffens von sowjetischen und amerikanischen Truppen ende April 1945), den er um einen Gedankenaustausch mit einem sowjetischen Offizier bat, der für die Besatzungsverwaltung zuständig war. Die von Padover (ebd.) überlieferte Antwort bestätigt die fehlenden sowjetische Besatzungsplanung: »Solche Offiziere gibt es bei uns nicht,« sagte der Major spöttisch. »Wir führen Krieg gegen die Deutschen, wir wollen sie nicht regieren.«

<sup>1076</sup> Vgl. Tjulpanow 1987, S. 23.

<sup>1077</sup> Vgl. dazu die Übersichtsdarstellung von Fischer/Rißmann 1995, S. 1301-1349.

<sup>1078</sup> Vgl. Foitzik 1999, S. 41f.; Strunk 1996, S. 32ff.

<sup>1079</sup> Strunk 1996, S. 33.

<sup>1080</sup> Vgl. Foitzik 1999, S. 40f.

<sup>1081</sup> Siehe dazu Kap. 4.6.2.

intakt gehalten werden sollten, war in der sowjetischen Führung seit 1943 diskutiert worden. Zwar beklagte die sowjetische Seite die restaurativen Elemente dieses amerikanischen Konzeptes, die sowjetische Praxis sollte später jedoch »viele formale Ähnlichkeiten«<sup>1082</sup> mit dem westlichen Vorgehen aufweisen und die weiter bestehenden deutschen Behörden ebenfalls von den Besatzungstruppen mittelbar geleitet werden.<sup>1083</sup> Grund für die Akzeptanz dieses moderaten Konzeptes war die in Moskau bis zum Frühjahr 1945 gewachsene Erkenntnis, dass »ein deutscher Einheitsstaat auf einer der Weimarer Republik vergleichbaren sozioökonomischen Ordnungsgrundlage« sowjetischen Interessen mehr entspreche als stärkere politische Umwälzungen.<sup>1084</sup> Bis in den Juni 1945 hinein gehörte deshalb die »Fortführung deutscher staatlicher Machtstrukturen« auch zum Verhaltensrepertoire der sowjetischen Politik.<sup>1085</sup> Im Großen und Ganzen war der politische Wiederaufbau im sowjetischen Machtbereich dadurch anfangs auf eine gemeinsame alliierte Besatzungspolitik und die Schaffung gesamtdeutscher Strukturen ausgerichtet.<sup>1086</sup> Auf politischer Ebene wollte die UdSSR dabei in Deutschland »programmatisch, organisatorisch und personell die Traditionslinie des deutschen Parteienspektrums« weiterführen.<sup>1087</sup> Einzig der Landbesitz sollte nach diesen Vorstellungen durch eine Bodenreform »radikal verändert« werden.<sup>1088</sup> Innerhalb der Roten Armee seien diese Vorstellungen von einer »als liberal geltenden [...] ›Leningrader Gruppe« mitgetragen worden, zu der auch der für Propaganda und Zensur zuständige SMAD-Offizier Tjulpanow angehört habe.<sup>1089</sup>

Neben diesen »sanften« Vorstellungen von der Behandlung Deutschlands wurde die Armee auch von Konzepten beeinflusst, nach denen aus Deutschland in möglichst kurzer Zeit ein Maximum an Kriegsentschädigungen herausgeholt werden sollte, bevor das Land aufgegeben und geräumt würde.<sup>1090</sup> Auch diese auf sowjetischer Regierungsebene entwickelten Vorstellungen wurden – nicht durch die Kampftruppen, sondern durch eigene den sowjetischen Wirtschaftsbehörden unterstehenden Reparationsbrigaden – zeitweise umgesetzt und behinderten die Verwaltungsarbeit der Besatzungsbehörden.<sup>1091</sup> Auf die Arbeit dieser Demontagetrupps war auch der Abtransport einer großen Zahl von Zeitungsbetrieben zurückzuführen.

<sup>1082</sup> Foitzik 1999, S. 41. Vgl. dazu auch Foitzik 1999, S. 333ff.

<sup>1083</sup> Vgl. Foitzik 1999, S. 40f. – Zum Vorgehen im amerikanischen Besatzungsgebiet siehe Kap. 4.6.2.

<sup>1084</sup> Foitzik 1999, S. 42.

<sup>1085</sup> Foitzik 1999, S. 42.

<sup>1086</sup> Weber <sup>3</sup>1989, S. 85.

<sup>1087</sup> Weber <sup>3</sup>1989, S. 71 – vgl. auch Koszyk 1986, S. 327.

<sup>1088</sup> Morré 2001, S. 171.

<sup>1089</sup> Patalas 1999, S. 62.

<sup>1090</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 33f.

<sup>1091</sup> Vgl. Buchheim 1995, S. 1052f.; Leonhard (o.J., S. 415f.) spitzt den Gegensatz von Besatzungsverwaltung und Demontagetrupps auf die Aussagen eines Offiziers der Politischen Hauptverwaltung der Armee zu, der diese Brigaden als »schlimmere Feinde als die Nationalsozialisten« bezeichnete.

ren.<sup>1092</sup> Die Demontagetrupps begannen ihre Arbeit bereits wenige Tage nach der Kapitulation.<sup>1093</sup> Als die hastige Demontagepolitik zusehends die Verwaltung der Besatzungszone erschwerte und die »einer wahllosen Plünderung« gleich kommenden Entnahmen von Reparationsgütern auch für die Sowjetunion keinen Nutzen erkennen ließen, konnte sich ab Herbst 1945 eine dritte Strömung von Politikern und Militärs durchsetzen, die für die SBZ eine Umgestaltung nach sowjetischem Vorbild propagiert hatte.<sup>1094</sup>

Wie bei den westalliierten Truppen mussten sich die unterschiedlichen und teilweise konkurrierenden Vorstellungen von der Behandlung Deutschlands auch auf sowjetischer Seite auf den Umgang mit den deutschen Medien auswirken.

Die Vorstellung der Roten Armee, in Deutschland per »indirekt rule« regieren zu können, erwiesen sich angesichts des starken militärischen Widerstands bald als schwer realisierbar. Ähnlich den anglo-amerikanischen Vorstellungen, bei Erreichen der Grenze würde Deutschland kapitulieren, hatten auch die sowjetischen Militärs angenommen, das Land würde sich von Innen selbst befreien. Da ein dafür ausreichender Widerstand gegen die NS-Regierung in Deutschland jedoch fehlte und bis zuletzt eine heftige militärische Gegenwehr anhielt, wurde von Seiten der Sowjetarmee neben der rein militärischen Besetzung unerwartet auch eine sehr viel umfassendere Übernahme von Regierungsverantwortung nötig. Wie auf westalliiertes Seite konnte zum einen keine geordnete Verwaltung mehr übernommen werden, zum anderen musste die militärische Verwaltung unter den Bedingungen des weiter andauernden Krieges erfolgen: »Als dann deutlich wurde, daß [...] eine Selbstbefreiung des deutschen Volkes oder zumindest seine aktive Mitwirkung an der Beseitigung des faschistischen Regimes nicht erfolgen würde, war für die umfassende Vorbereitung auf die neuen Aufgaben keine Zeit mehr.«<sup>1095</sup>

Erst Anfang Juni 1945 fasste die sowjetische Staats- und Parteiführung die für einen langfristigen Neuaufbau Deutschlands notwendigen Beschlüsse.<sup>1096</sup> Zwar entstand mit dem »Befehl Nr. 1 über die Militärverwaltung der SBZ« in Berlin die »Sowjetische Militäradministration in Deutschland« (SMAD) und damit eine zentrale Besatzungsbehörde, der zusätzliche Ländermilitärverwaltungen folgten. Jedoch erfolgte die Gründung der SMAD erst einige

<sup>1092</sup> Vgl. die Angaben bei Bernhard 1989 zu den Mecklenburgischen Verlagen oder Nitzschke 1991, S. 4, zum Verlag Haun & Sohn, *Reichenbacher Tageblatt*.

<sup>1093</sup> Vgl. insbesondere Buchheim 1995, S. 1051ff., Buck 1077, sowie Mendelssohn 1982, S. 505; Strunk 1996, S. 37. Nach Bernhard 1989, S. 20f., wurde beispielsweise die Einrichtung der *Burg Stargarder Zeitung* unmittelbar nach dem Einmarsch der Roten Armee demontiert.

<sup>1094</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 34. Auch Buchheim (1995, S. 1052) bestreitet den regelmäßigen wirtschaftlichen Nutzen der Enteignungen, sieht jedoch einen politischen Nutzen in der ökonomischen Schwächung Deutschlands.

<sup>1095</sup> Doernberg 1987, S. 322.

<sup>1096</sup> Vgl. dazu Morré 2001, S. 171ff.



Wochen nach der Kapitulation: Damit wurde erst einen Monat nach Kriegsende – als die Siegermächte am 5. Juni 1945 per Deklaration<sup>1097</sup> die oberste Gewalt in Deutschland übernommen hatten – die zuvor lediglich auf der Haager Landkriegsordnung basierende provisorische Verwaltung besetzter Gebiete<sup>1098</sup> durch eine offizielle Verwaltung abgelöst.<sup>1099</sup> Zentrale Militärbehörden für die Länder und Provinzen folgten ab dem 9. Juli 1945, also einen weiteren Monat später.<sup>1100</sup> Dieser langsame Aufbau zentraler Verwaltungsorgane wirkte auch auf der Ebene der Pressekontrolle. Richtlinien für die Lizenzierung von Druckerzeugnissen wurden mit dem Befehl Nr. 19 (»Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit der Verlage und Druckereien«) erst Anfang August 1945 erlassen,<sup>1101</sup> die Einrichtung von Länderpropagandaverwaltungen konnte erst 1946 abgeschlossen werden.<sup>1102</sup>

Bis zur Errichtung einer zentralen Besatzungsbehörde waren in Ostdeutschland jene drei Heeresgruppen mit der Verwaltung betraut, die das Land auch erobert hatten,<sup>1103</sup> im Norden die »2. Belorussische Front«, im zentralen Berlin-brandenburgischen Raum die »1. Belorussische Front«, in Südbrandenburg und Sachsen die »1. Ukrainische Front« mit in Südsachsen zusätzlich polnischen Verbänden. Dabei hing die Organisation der ersten Maßnahmen zur Verwaltung der eroberten Gebiete allein von den Vorstellungen der obersten Befehlshaber der einzelnen Heeresgruppen ab,<sup>1104</sup> die diese Aufgabe vor allem nach der Maßgabe der Sicherung ihres Operationsgebietes betrieben. Da in Deutschland immerhin drei der insgesamt sieben sowjetischen Heeresgruppen aktiv waren,<sup>1105</sup> war dadurch bereits eine Basis für eine inhomogene Besatzungspolitik gelegt.

Entsprechend der allgemeinen militärischen und politischen Situation waren auf diese Weise bei Beginn der Besetzung eine Vielzahl von miteinander konkurrierenden militärischen Formationen mit den deutschen Medien befasst, die sich gegenseitig behinderten oder störten und in der Medienpolitik zu einer Vielzahl von Kompetenzüberschneidungen führten. Auch wenn der allgemeine Aufbau des sowjetischen Kontrollapparates bislang nicht abschließend

<sup>1097</sup> »Deklaration in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der Höchsten Autorität hinsichtlich Deutschlands durch die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und des Vereinigten Königreiches und durch die Provisorische Regierung der Französischen Republik«, im Besatzungsgebiet etwa verbreitet durch: *Deutsche Zeitung*, Frontzeitung für die deutsche Bevölkerung, 7.6.45.

<sup>1098</sup> Verwaltung nach Art. 36-56, Anlage zum Abkommen »Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges, 18.10.1907 (etwa in: Die Genfer Rotkreuz-Abkommen, Bonn 1980, S. 376-379).

<sup>1099</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 19.

<sup>1100</sup> Vgl. Wahl 1997, S. 24; Weber 1989, S. 59ff.; van Melis 1999, S. 51f.

<sup>1101</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 65.

<sup>1102</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 27.

<sup>1103</sup> Vgl. Foitzik 1999, S. 85. – (vgl. Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1967, K. 99). Daneben war im Bereich der damaligen deutschen Ostmark (i.e. Österreich) die 2. und insbesondere die 3. Ukrainische Front aktiv (zur sowjetischen Besetzung Österreichs vgl. Aichinger 1977, S. 111ff.)

<sup>1104</sup> Vgl. Foitzik 1999, S. 41.

geklärt werden konnte und über dessen Struktur weiter »auch in Rußland nach Kräften spekuliert wird«,<sup>1106</sup> scheint das Bild eines stark gegliederten und dabei widersprüchlichen Ansprüchen ausgesetzten Invasionsheeres gesichert. Die eigentliche Militärverwaltung war mit den rivalisierenden Interessen der Kampftruppen, des Geheimdienstes NKWD<sup>1107</sup> und der Demontagetrupps konfrontiert, auf deren Vorgehen sie keinerlei Einfluss hatte.<sup>1108</sup> Auf den höheren Hierarchieebenen der Kampftruppen waren besondere Abteilungen für die militärische Propaganda eingerichtet,<sup>1109</sup> die Flugblätter verteilten, Radiosendungen gestalteten und Zeitungen herausgaben, um die deutschen Soldaten zum Aufgeben zu überreden.<sup>1110</sup> Auswirkungen auf die Presse hatte (durch die von ihm durchgeführten Verhaftungswellen) auch der Geheimdienst. Darüber hinaus gab es innerhalb der Militärhierarchie unterschiedliche Wege der schriftlichen und mündlichen Befehlsweitergabe, was zusätzlich zu Komplikationen und Auslegungsproblemen und damit widersprüchlichem Verhalten führen musste.<sup>1111</sup>

Vor allem auf der unteren Hierarchieebene – in den in den ersten Nachkriegswochen mit der unmittelbaren Besatzungsverwaltung beauftragten lokalen Kommandanturen – fehlten damit einheitliche Anordnungen. In den besetzten Städten hatte die sowjetische Armee in der ersten Besatzungsphase lediglich provisorische Kriegskommandanturen installiert<sup>1112</sup> und dabei lokale Kommandanten mit der Verwaltung betraut, die bis in die Zeit nach der Kapitulation vor allem Maßnahmen zur eigenen Sicherheit vorzunehmen hatten. Vor allem für diese untere Ebene wurden organisatorische Mängel beklagt:<sup>1113</sup> Viele Kommandanten hatten keine ausreichenden Sprachkenntnisse und keine ausreichende Verwaltungserfahrung.<sup>1114</sup> Die Qualität der Schulungen, die die Offiziere bekommen hatten, dürfte nach FOITZIK insgesamt »nicht allzu hoch veranschlagt werden«.<sup>1115</sup>

Die lokalen Offiziere hatten jeweils im Sinne des »indirect rule« eine kommunale Verwaltungsspitze zu bestimmen und Gerichte und Polizeiorgane aufzubauen und dabei Bürger-

<sup>1105</sup> Vgl. Anm. 1103.

<sup>1106</sup> Strunk 1996, S. 32.

<sup>1107</sup> Narodny komissariat/Komissar gossudarstwennoi besopasnosti (Volkskommissariat/Volkskommissar für Staatssicherheit).

<sup>1108</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 20.

<sup>1109</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 13f.; Morré 2001, S. 28ff. – Diese sog. »7. Abteilungen« oder »7. Verwaltungen« existierten bei der Armee von der Regimentsebene an aufwärts. Sie dürften damit vermutlich in Städten mittlerer Größe vorhanden gewesen sein (vgl. Foitzik 1999, S. 40).

<sup>1110</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 14, Bernikov 1995, S. 112ff.; Vsevolodov 1995, S. 121ff.

<sup>1111</sup> Vgl. Foitzik 1999, S. 301ff.

<sup>1112</sup> Vgl. Foitzik 1999, S. 78.

<sup>1113</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 20.

<sup>1114</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 21; Naimark 1999, S. 22,

<sup>1115</sup> Foitzik 1999, S. 45.

meister, Staatsanwälte, Landräte und Richter einzusetzen.<sup>1116</sup> Anfangs wurden dabei mehr oder weniger zufällig Kommunisten oder Antifaschisten mit der Übernahme der Verwaltung beauftragt, die der Roten Armee vertrauenswürdig erschienen.<sup>1117</sup> Da die Befugnisse der Militärverwaltungen zunächst nicht näher geregelt waren, installierten einige Kommandanten Verwaltungsorgane nach sowjetischen Vorbild. Vor allem anfangs wurden vereinzelt rein kommunistische Selbstverwaltungsorgane gebildet, die später von geschulten deutschen KP-Kadern abgelöst und in diesem Zuge in Organe umgewandelt wurden, die breiter politisch getragen wurden.<sup>1118</sup> Aufgabe der sowjetischen Militärverwaltung war es, schnell zu einer Normalisierung des öffentlichen kommunalen Lebens beizutragen.<sup>1119</sup> Erst ab Mitte Mai 1945 ergingen jedoch an die Heeresgruppen genauere Anweisungen, nach denen die Militärkommandanten die Städte und Gemeinden zu regieren hatten.<sup>1120</sup>

Die lokalen Kommandanturen blieben im Rahmen des Kriegsrechtes für einige Wochen die einzige Ordnungsmacht und eigenverantwortlich für alle wirtschaftlichen und politischen Fragen zuständig. Eine Mischung aus Ermessensspielraum, Informationsmängeln, Toleranz und Nachlässigkeiten sollte dabei dazu führen, »daß das gesellschaftliche und kulturelle Leben mit Kriegsende nicht vollkommen abgewürgt wurde,«<sup>1121</sup> sondern frühzeitig selbst Gottesdienste wieder stattfinden konnten. »Die Wiedereröffnung von Theatern und anderen kulturellen Einrichtungen scheint darüber hinaus für viele Kommandanten eine persönliche Prestigefrage gewesen zu sein.«<sup>1122</sup> Auf die eigenwilligen Entscheidungen der örtlichen Militäroffiziere konnte nach LEONHARD selbst die Politische Hauptverwaltung als Führungsgremium der Roten Armee nur schwer Einfluss nehmen. LEONHARD selbst erlebte im Mai 1945 in Berlin »nicht nur die Ohnmacht der Kommandanten gegenüber den Massen von betrunkenen, randalierenden, sich jeder Kontrolle entziehenden sowjetischen Soldaten, sondern auch die Ohnmacht der Politischen Hauptverwaltung sowohl gegenüber den disziplinenlosen Rotarmisten als auch gegenüber selbstherrlichen Kommandanten.«<sup>1123</sup>

Erst nachdem die Siegermächte offiziell am 5. Juni 1945 die Verwaltung Deutschlands übernommen hatten und die SMAD gebildet war, wurden die lokalen Chefs der Militär-

<sup>1116</sup> Vgl. Foitzik 1999, S. 81f.; Naimark 1999, S. 20ff.

<sup>1117</sup> Vgl. Leonhard o.J., S. 355f.; Naimark 1999, S. 299ff.

<sup>1118</sup> Vgl. Foitzik 1999, S. 81f.; Michelmann 2001.

<sup>1119</sup> Vgl. Foitzik 1999, S. 334ff. Im selben Sinne auch die Deklamation »An die deutsche Bevölkerung!« des Oberkommandos der Roten Armee v. 10.5.45 (etwa in: *Wurzener Tageblatt*, 5.6.45). Dieses Vorgehen folgte den Verpflichtungen aus Art. 43 der Haager Landkriegsordnung (vgl. Haager Landkriegsordnung, in: Die Genfer Rotkreuz-Abkommen 1980, S. 377).

<sup>1120</sup> Vgl. Foitzik 1999, S. 81f.

<sup>1121</sup> Foitzik 1999, S. 82.

<sup>1122</sup> Foitzik 1999, S. 82.

<sup>1123</sup> Vgl. Leonhard o.J., S. 365.

verwaltung durch erfahrenere Offiziere ersetzt,<sup>1124</sup> ihre Funktionen zunehmend deutschen Behörden übergeben<sup>1125</sup> und die lokalen Truppenstäbe im Verlaufe des Juli 1945 in die zentralistisch geführten Länderverwaltungen der SMAD integriert.<sup>1126</sup>

Insgesamt führten die unterschiedlichen Fähigkeiten, Vorstellungen und Zuständigkeiten der Militärs in der Praxis zu einer auch vom Obersten Chef der SMAD, Georgi K. Shukow, beklagten »Anarchie in der Verwaltung der Militär-Kommandanturen«.<sup>1127</sup>

## 5.2 Blackout

In der Literatur wurde bislang davon ausgegangen, dass die einrückende sowjetische Besatzungsmacht wie die westlichen Verbündeten mit einem Blackout aller Medien den Neuaufbau der Presse einleiten wollte.<sup>1128</sup> Die Presse sei deshalb auch in Ostdeutschland frühzeitig und konsequent geschlossen worden.

Nach RAUE 1983 wurden noch während des Krieges die Befehle für ein generelles Druckverbot erteilt,<sup>1129</sup> was »eine weitere Verbreitung der Naziideologie« unterbinden sollte.<sup>1130</sup> Das nationalsozialistische Zeitungswesen sollte aufgelöst werden. »Die erste Aufgabe, um das Pressewesen in Deutschland von Grund auf umzugestalten und zu demokratisieren, war die völlige Zerschlagung dieses Pressetrusts,«<sup>1131</sup> was die Siegermächte am 8. Mai 1945 mit der deutschen Kapitulation erreichten.<sup>1132</sup> Die dabei erfolgenden Beschlagnahmungen von Zeitungshäusern hätten *ausnahmslos* alle Verlage betroffen, da die Presse *ausnahmslos* auf die nationalsozialistischen Erfordernisse hin gleichgeschaltet worden war: Mit der Auflösung der NS-Presse seien alle traditionellen Altverlage geschlossen und enteignet worden, denn »gegen Ende des Krieges waren bekanntlich fast alle Zeitungen und sonstigen periodischen Publikationen direkt oder indirekt dem nationalsozialistischen Pressetrust unterstellt, die über Gesellschaften wie Herold GmbH oder Standarte GmbH die Presse Hitler-

<sup>1124</sup> Strunk 1996, S. 21.

<sup>1125</sup> Foitzik 1999, S. 83.

<sup>1126</sup> Vgl. Wahl 1997, S. 24; Weber <sup>3</sup>1989, S. 59ff.; van Melis 1999, S. 51f.; Naimark 1999, S. 30ff.

<sup>1127</sup> Strunk 1996, S. 20.

<sup>1128</sup> Zum Forschungsstand vgl. Strunk 1996, S. 63f.

<sup>1129</sup> Raue 1986, S. 32; ebenso Raue 1983, S. 76.

<sup>1130</sup> Hering/Kohlmann 1979, S. 15.

<sup>1131</sup> Claus 1960, S. 37.

<sup>1132</sup> Vgl. Raue 1986, S. 32; Raue 1983, S. 76.

deutschlands kontrolliert hatte«. <sup>1133</sup> Durch die Enteignung »nazistischer Besitzer von Zeitungen, Druckereien und Papierfabriken« <sup>1134</sup> bzw. durch »Druckverbot und Requirierung von Redaktionsräumen, Druckereien und Papiervorräten« <sup>1135</sup> sei so ein »Vakuum« geschaffen worden, <sup>1136</sup> das im Sommer 1945 mit neuen Zeitungen und einer unbelasteten Generation von Mitarbeitern habe gefüllt werden können.

Als Stichtag für die Wiedenzulassung einer neuen deutschen Presse galt bislang der 10. Juni 1945, jener Tag, an dem der sowjetische Befehl Nr. 2 die Wiedenzulassung von Parteien und Organisationen gestattete. <sup>1137</sup> Die Erlaubnis zur Parteigründung und die Erlaubnis zur Zeitungsgründung wurden dabei von der Forschung im wesentlichen als eine Einheit aufgefasst: »Die Registrierung als Partei oder gesellschaftliche Organisation im Sinne dieses Befehls war mit dem Recht verknüpft, den Antrag auf Lizensierung von Presseerzeugnissen zu stellen.« <sup>1138</sup> Der Zusammenhang von Befehl Nr. 2 und der Entstehung von Zeitungen gilt zwar bislang als sicher, konnte gleichwohl bislang nicht belegt werden. Die Auffassung, die Gewährung einer eingeschränkten Organisationsfreiheit sei Grundlage für das Wiederentstehen der Presse gewesen, fand wissenschaftliche Verbreitung, »obwohl der Befehl keinerlei Hinweise auf eine mögliche Erteilung von Zeitungslizenzen enthält« <sup>1139</sup> bzw. »obwohl darin der Journalismus mit keinem Wort erwähnt ist.« <sup>1140</sup> Damit fehlt eine zentrale Anordnung, auf die sich die Wiedenzulassung von Zeitungen stützen könnte.

Nicht nur für die *Wiedenzulassung* der Presse konnten bislang zentrale Anordnungen in den Archiven nicht gefunden werden, es fehlen auch Belege, die überhaupt den rechtlichen Hintergrund für ein vorangegangenes flächendeckendes *Verbot* von Zeitung bilden könnten. Das für die US-Truppen bei der Denazifizierung der Presse seit Mitte Mai 1945 gültige Gesetz Nr. 191 <sup>1141</sup> galt nach zeitgenössischer Rechtsauffassung nicht »in der russischen Zone, die der Befehlsgewalt des Generals Eisenhower nicht oder nur vorübergehend unterstanden hat.« <sup>1142</sup> Als ein sowjetisches Gegenstück zum Gesetz Nr. 191 kann der Befehl Nr. 19 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration angesehen werden, der jede Drucktätigkeit von

<sup>1133</sup> Claus 1960, S. 37. Vgl. ebenso Raue 1983, S. 44ff.

<sup>1134</sup> Hering/Kohlmann 1979, S. 15.

<sup>1135</sup> Raue 1983, S. 47.

<sup>1136</sup> Raue 1983, S. 47.

<sup>1137</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 63f.

<sup>1138</sup> Raue 1983, S. 82. – Ebenso Koszyk 1986, S. 334 (»Schukows Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 [übertrug] den neu zu gründenden Parteien und Organisation die Berechtigung, Presseorgane herauszugeben und die beschlagnahmten Verlagshäuser und Druckereien zu verwenden.«) und Hering/Kohlmann 1979, S. 15.

<sup>1139</sup> Strunk 1996, S. 64.

<sup>1140</sup> Raue 1983, S. 81.

<sup>1141</sup> Siehe Kap. 4.6.1.

<sup>1142</sup> Brandt 1947, S. VIII.

einer Registrierung der Betriebe und einer Genehmigung abhängig machte.<sup>1143</sup> Dieser Befehl Nr. 19 erging jedoch einerseits erst am 2. August 1945 und damit rund ein Vierteljahr nach der Kapitulation, als in allen ostdeutschen Ländern und Provinzen bereits unterschiedliche Zeitungen erschienen. Andererseits verbot dieser Befehl die deutsche Presse nicht grundsätzlich, sondern schuf wie sein westalliiertes Pendant<sup>1144</sup> lediglich einen Genehmigungsvorbehalt, der Kontrolle und Zensur ermöglichte.<sup>1145</sup>

Als rechtliche Grundlage für die Schließung aller deutschen Zeitungen im sowjetischen Besatzungsbereich gelten deshalb keine Militärgesetze, sondern es wird davon ausgegangen, dass der Blackout »in den jeweils befreiten Orten des deutschen Reiches per Befehl« ausgesprochen wurde.<sup>1146</sup> Diese Befehle, mit denen die sowjetischen Militäradministration weite Bereiche des politischen Lebens regulierte, wurden zumeist nicht veröffentlicht<sup>1147</sup> und erfolgten zudem in der unteren Militärhierarchie mündlich.<sup>1148</sup>

Als zentraler Befehl, aus dem bislang eine vollständige Schließung der ostdeutschen Zeitungen hergeleitet wurde, gilt eine Anweisung des späteren Berliner Stadtkommandanten Nikolei E. Bersarin, der am 28. April 1945 und damit vor der vollständigen Eroberung Berlins die Versiegelung der vorgefundenen Druckereien anordnete. Sämtliche Zeitungsschließungen seien auf diese Anordnungen zurückgegangen,<sup>1149</sup> weshalb der Befehl regelmäßig mit den Gesetzen des westalliierten Oberbefehlshabers Eisenhower gleich gesetzt wurde.<sup>1150</sup>

Bereits aus strukturellen Gründen darf jedoch bezweifelt werden, dass dieser Befehl für den ganzen ostdeutschen Raum Gültigkeit erlangt hat, denn anders als Eisenhower vertrat Bersarin nicht das Oberkommando der sowjetischen Truppen und hatte deshalb auch keine Befehlskompetenz für überregional wirksame Entscheidungen: Würde Bersarins Befehl eine Gültigkeit für das gesamte sowjetische Besatzungsgebiet zugesprochen, bedeutete dies, dass ein regionaler Kommandant aus Berlin eine zentrale Regelungsbefugnis für die außerhalb von

---

<sup>1143</sup> Abgedruckt in: Presse im Neuaufbau 1950, o.P. (Abschnitt III, D).

<sup>1144</sup> Siehe Kap. 4.6.1.

<sup>1145</sup> Vgl. Befehl Nr. 19 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration, 2.8.45.

<sup>1146</sup> Raue 1983, S. 81. - Raue setzt dabei das Vorgehen der vier Alliierten gleich und nimmt damit offenbar an, dass es auch bei den Westalliierten keine grundlegende Militärgesetzgebung für die Stilllegungsverfügungen gab.

<sup>1147</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 21.

<sup>1148</sup> Vgl. Foitzik 1999, S. 301.

<sup>1149</sup> Vgl. Raue 1983, S. 111f., Anm. 30.

<sup>1150</sup> So etwa von Strunk 1996, S. 63, Deuse 1997, S. 25.

Berlin liegenden Länder und Provinzen besessen haben müsste. Hiergegen sprechen die Befehlsstrukturen der Roten Armee. Zumindest bis zum Juni 1945 hatten die Oberbefehlshaber der einzelnen Heeresgruppen in ihrem jeweiligen Operationsgebiet selbständig die Befehlsgewalt wahrzunehmen.<sup>1151</sup> Es ist deshalb ausgeschlossen, dass es in der Kompetenz des örtlichen Berliner Befehlshabers Bersarin gelegen haben soll, Befehle für andere ostdeutsche Länder und Provinzen bzw. für das Befehlsgebiet anderer sowjetischer Heeresgruppen zu erteilen, da ein für Berlin zuständiger Offizier damit in die Befehlskompetenz gleichrangiger Kommandeure anderer sowjetischer Heeresgruppen eingegriffen hätte.<sup>1152</sup> Ein zentraler Befehl, der einen Blackout der Medien vorschrieb, konnte bislang nicht ermittelt werden.

Bis zum Ende der Kampfhandlungen agierten die einzelnen Militäreinheiten recht unabhängig von einander, da es »bis Ende April [...] offensichtlich keine definitiven Richtlinien für die Praxis der in Deutschland einrückenden Truppen gegeben [hat], sieht man von gelegentlichen Tagesbefehlen über das Verhalten der Soldaten ab.«<sup>1153</sup> Beim politischen Wiederaufbau sollten die örtlichen Offiziere »nach Gutdünken« handeln.<sup>1154</sup> Was nach NIETHAMMER et al. für die vom Militär eingerichtete Verwaltung im Allgemeinen gegolten hat, dürfte für die Presse im Speziellen nicht anders gewesen sein.

Die politischen Entscheidungen der Militärs waren bei Kriegsende weniger von längerfristigen Überlegungen bestimmt, sondern von der militärischen Lage vor Ort. Wie bei den westlichen Verbündeten<sup>1155</sup> waren auch die Entscheidungen der lokalen sowjetischen Armeebefehlshaber vor allem durch die Kampfsituationen und damit von den individuellen Vorstellungen zur Durchsetzung der eigenen Sicherheit geprägt. Bis zur Kapitulation im Frühjahr 1945 beeinflussten jene Notwendigkeiten das sowjetische Vorgehen, die der erbittert geführte Krieg mit sich brachte.<sup>1156</sup> »Auf beiden Seiten handelte es sich um einen »totalen Krieg.«<sup>1157</sup> Auch nach der Kapitulation kam es noch zu Sabotageakten an sowjetischen Armeeeinrichtungen<sup>1158</sup> und selbst Ende Mai 1945 wurde vor der Partisanentätigkeit von nationalsozialistischen »Werwolfluten« gewarnt.<sup>1159</sup> Noch im Juni 1945 waren die deutschen Partisanen ein

<sup>1151</sup> Vgl. Foitzik 1999, S. 41.

<sup>1152</sup> Zur Führungsstruktur und Dienstordnung der Roten Armee vgl. Foitzik 1999, S. 278ff. Zur regionalen Gliederung der Befehlsstruktur der Informationsabteilung der SMAD vgl. etwa Tjulpanow 1987, S. 40f.

<sup>1153</sup> Niethammer/Borsdorf/Brandt 1976, S. 119.

<sup>1154</sup> Niethammer/Borsdorf/Brandt 1976, S. 119.

<sup>1155</sup> Zu den Auswirkungen militärischer Erfordernisse auf die Politik der westalliierten Kommandeure siehe insbesondere Kap. 4.6.3.

<sup>1156</sup> Zur Härte der Kampfhandlungen und ihren Folgen vgl. Foitzik 1999, S. 52ff.

<sup>1157</sup> Foitzik 1999, S. 56.

<sup>1158</sup> Siehe »Warnung!« In: *Wurzener Tageblatt*, 10.5.45.

<sup>1159</sup> Siehe »Antifaschisten! Chemnitzer!« In: *Mitteilungen der Antifaschisten Front*, 27.5.45. – Zur westalliierten Sorge um die »Werwölfe« siehe Kap. 4.2.

Thema bei der für auswärtige kommunistischen Parteien zuständigen Abteilung für internationale Information beim ZK der KPdSU,<sup>1160</sup> und selbst noch am 2. August 1945 stand im Potsdamer Abkommen die Gewährung der Rede-, Presse- und Religionsfreiheit unter dem Vorbehalt der »Notwendigkeit der Erhaltung der militärischen Sicherheit«.<sup>1161</sup>

Mittel- oder längerfristige pressepolitische Perspektiven (wie der Umbau der deutschen Presse, die Entnazifizierung der Medien oder Sozialisierungsvorstellungen) konnten in einer durch ein Bedrohungsgefühl geprägten Situation nur eine geringere Rolle spielen, zumal wenn auch die Presse als Teil des feindlichen Nachrichtenapparates wahr genommen werden musste. Die sofort nach der Einnahme der Städte und Gemeinden durchgesetzten Publikationsverbote erfolgten, um im Informationswesen in einer Situation militärische Sicherheit zu gewinnen, die weiter durch Kampfhandlungen mit wechselndem Frontverlauf und die Angst vor deutschen Partisanen bestimmt war.<sup>1162</sup> Die Presse musste schließen, »da unter frontähnlichen Bedingungen schlechterdings keine Kontrolle über den tatsächlichen Inhalt etwaiger Veröffentlichungen deutscher Kreise möglich war«.<sup>1163</sup> Angesichts des bis zum 8. Mai 1945 herrschenden Kriegszustandes und des im Süden noch bis zum 11. Mai 1945 andauernden Widerstands einzelner Wehrmachtsverbände musste jede Bedrohung der eigenen Sicherheit durch feindliche Nachrichtennetze ausgeschlossen werden, was am einfachsten durch die Kontrolle oder Beschlagnahme von Print- und Funkeinrichtungen gewährleistet werden konnte: »In den von ihr besetzten Gebieten Deutschlands hat die Rote Armee aus tiefbegründeten und kriegsbedingten Gründen die Radioapparate beschlagnahmt.«<sup>1164</sup> Auch der Militärkommandant des sächsischen Frankenberg verlangte so in seinem ersten Befehl die Ablieferung von Radioapparaten sowie die Registrierung von Druck- und Schreibmaschinen.<sup>1165</sup> Ähnliche lokale Anordnungen sind aus Meißen überliefert.<sup>1166</sup> In anderen Städten wurden die Geräte nicht beschlagnahmt, sondern lediglich registriert.<sup>1167</sup> Erst als im weiteren Verlauf der Besetzung die angekündigte deutsche Guerillatätigkeit ausblieb, kam es auch bei

<sup>1160</sup> Vgl. Morré 2001, S. 169

<sup>1161</sup> Potsdamer Abkommen, Politische Grundsätze, § 10. In: Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente. Berlin 1957, S. 75.

<sup>1162</sup> Siehe dazu die Ausführungen zur westalliierten Pressepolitik sowie Strunk 1996, S. 63f, Koszyk 1986, S. 23ff.

<sup>1163</sup> Raue 1983, S. 111f. (Anm. 30).

<sup>1164</sup> *Neues Österreich*, 28.4.45, zit. n. Tschögl 1979, S. 55.

<sup>1165</sup> Vgl. »Der Einwohnerschaft wird folgendes zur genauesten Beachtung bekannt gegeben.« In: *Mitteilungen des Bürgermeisters zu Frankenberg/Sa.*, 19.5.45, Faksimiledruck, Frankenberg 1995.

<sup>1166</sup> Vgl. *Volksstimme*, Meißen, 11.5.45. – Die Geräte dürften jedoch nicht allein aus Sicherheitsgründen erfasst worden sein, sondern, als »Siegerrecht« (Buck 1995, S. 1077), auch als Beute bzw. Kriegsentschädigung requiriert worden sein. Ob die Meißner Bevölkerung die Radios wie angekündigt wieder bekam, muss offen bleiben. Buchheim (1995, S. 1051f.) beschreibt jedoch regelrechte geplante Beuteaktionen, bei den in großen Ausmaß Wertgegenstände eingezogen wurden. Raue (1983, S. 236) ist die durch Requirierung reduzierte Zahl der Radiogeräte immerhin eine Randbemerkung wert.

<sup>1167</sup> Siehe dazu die Anordnungen und Befehle in: *Die rote Fahne*, Waren, 9.-12.5.45.



der Staatsführung in Moskau zu einer liberaleren Politik, die Gewährung politischer Freiheiten einschloss.<sup>1168</sup>

Da die Erteilung von Befehlen zur Behandlung der Presse von der individuellen Lageeinschätzung der Kampfkommandanten abhängig war,<sup>1169</sup> bildete eine unterschiedliche Beurteilung der militärischen Situation die Grundlage für eine lokal unterschiedliche und teilweise liberalere Pressepraxis. In den Monaten Mai bis mindestens Juli 1945 kam es so im sowjetischen Machtbereich zur Herausgabe sehr unterschiedlicher und bislang unbeachteter Tageszeitungen, die die von der Armee herausgegebenen deutschsprachigen Zeitungen ergänzten.

### 5.3 Die sowjetische Militärpresse in Ostdeutschland

Wie bei den westalliierten Truppen gehörte auch bei der Roten Armee die Nutzung von Medien zum Kampfauftrag. Stalin und das Oberkommando der Roten Armee hatten den militärischen Gliederungen seit April/Mai 1945 in unterschiedlichen Befehlen den Auftrag erteilt, aktiv unter der deutschen Bevölkerung Propaganda zu treiben.<sup>1170</sup> Wie die britische und amerikanische Armee gab auch die Sowjetarmee seit Mitte Mai 1945 eigene Tageszeitungen (»Frontzeitungen«)<sup>1171</sup> heraus, die von den Propagandaeinheiten der »Fronten« genannten Heeresgruppen hergestellt wurden. Anfangs verteilten die Fronten zudem sporadisch deutschsprachige Nachrichtenblätter. Nach der bisherigen Pressegeschichtsschreibung füllten zwischen Mitte Mai 1945 und Mitte Juni 1945 allein diese Zeitungen das »Vakuum«, dass das Verbot deutscher Zeitungen zuvor hervorgerufen hatte.<sup>1172</sup>

<sup>1168</sup> Vgl. Weber 31989, S. 68.

<sup>1169</sup> Nach Löffelholz beeinträchtigen »Unsicherheit, Entscheidungsdruck und Zeitknappheit« insbesondere in Krisensituationen die Kommunikation (Löffelholz 1993, S. 11), wobei Besatzungsoffiziere permanent in einer Kriegssituation mit persönlichen Bedrohung handeln, was eine gesteigerte Form der Krisensituation ist (vgl. Saxer 1995, S. 205).

<sup>1170</sup> Vgl. Foitzik 1999, S. 83.

<sup>1171</sup> »Frontzeitung« hat dabei nichts mit der »Front« als vorderster Kampflinie zu tun, sondern »Front« meint eine Armee- bzw. Heeresgruppe, die zweithöchste Gliederung der sowjetischen Landstreitkräfte.

<sup>1172</sup> Raue 1983, S. 47.

### 5.3.1 Sowjetische Nachrichtenblätter

Die in den ersten Wochen nach Kriegsende herausgegebenen Nachrichtenblätter, die als Flugblatt verbreitet bzw. plakatiert wurden, bestanden in der Regel nur bis kurz nach der Beendigung der Kampfhandlungen Mitte Mai, in den erst ab dem 1. Juli 1945 von den Westalliierten übernommenen Gebieten<sup>1173</sup> dagegen noch bis Anfang August 1945.<sup>1174</sup> Wegen ihrer Erscheinungsform werden sie als ›Flugblattzeitungen‹ bezeichnet.<sup>1175</sup>

Die meisten dieser Blätter trugen den schlichten Titel *Nachrichtenblatt* bzw. *Nachrichtenblatt für die deutsche Bevölkerung* (Abb. 21, S. 203), wiesen aber neben dem gemeinsamen Titel kaum weitere Gemeinsamkeiten auf. Sie unterschieden sich in Gestaltung, Impressum, Seitenzahl, Auswahl der Meldungen und Berichte so stark, dass RAUE 1983 zu recht zweifelt, »ob hier überhaupt von einem Organ gesprochen werden kann«.<sup>1176</sup>

Diese Nachrichtenblätter unterschieden sich nicht nur durch diese Äußerlichkeiten (eine jeweils eigene Nummerierung und eine unterschiedliche Erscheinungsdauer), sondern zusätzlich auch durch die Herausgeber: Anfangs noch durch die Politabteilungen der unterschiedlichen Fronten oder einzelner Armeen produziert, erfolgte die Herausgabe nach der Installation der Sowjetischen Militäradministrationen durch die verschiedenen Propagandabteilungen der Länder und Provinzen.

Die Verbreitung dieser sowjetischen Nachrichtenblätter ist bislang nicht abschließend untersucht.<sup>1177</sup> Da bislang keine annähernd vollständige Übersicht über diese Zeitungen vorliegt, ließ sich das Verbreitungsgebiet anhand der verstreuten Veröffentlichungen nur ansatzweise rekonstruieren. Der Vertrieb dieser Zeitungen erfolgte danach nicht flächendeckend, gleichwohl jedoch in weiten Teilen des sowjetisch besetzten Ostdeutschlands. Auch nähere Angaben zu den Auflagen und Erscheinungsfrequenzen sind nur vereinzelt erhältlich. Ein Teil der Nachrichtenblätter erschienen ausweislich der Nummerierung täglich, andere kaum wöchentlich. Die Auflagen sind meist nicht überliefert, Schätzungen bewegen sich je nach Ausgabe zwischen 10 000 und 300 000 Exemplaren pro Nummer.

<sup>1173</sup> Zum schrittweisen Abzug der britischen und amerikanischen Truppen aus Ostdeutschland siehe Kap. 3.4.

<sup>1174</sup> In Halle erschien die Nr. 11 des *Nachrichtenblattes* am 7. August 1945 im neu gegründeten Verlag der *Volkszeitung*. (Bestände IZM Aachen und IML-Bibliothek, SAPMO-BArch Berlin). Nach STRUNK 1996, S. 37, wurden diese Blätter dagegen Mitte Juli 1945 eingestellt.

<sup>1175</sup> Vgl. Scheel 1979, S. 692.

<sup>1176</sup> Raue 1983, S. 115 (Anm. 35). Zum Inhalt siehe Scheel 1979, S. 695.

<sup>1177</sup> Vgl. Scheel 1979, S. 695.

# Nachrichtenblatt

INSTITUT  
für  
MARXISMUS  
LENINISMUS  
Bibliothek

Nr. 1

Mittwoch, den 2. Mai 1945

Nr. 1

## Aus dem Befehl

des Obersten Befehlshabers der Streitkräfte der Sowjetunion,  
Marschall J. STALINS, Nr. 20 vom 1. Mai 1945

Die schweren Zeiten, wo die Rote Armee die feindlichen Truppen vor Moskau und Leningrad, vor Grosny und Stalingrad abzuwehren hatte, gehören der Vergangenheit an und kehren nicht wieder. Heute zerschmettern unsere siegreichen Truppen die Streitkräfte des Gegners im Zentrum Deutschlands, weit hinter Berlin, an der Elbe.

Binnen kurzer Frist sind Polen, Ungarn, der größte Teil der Tschechoslowakei, ein bedeutender Teil von Österreich und die Hauptstadt Österreichs, Wien, befreit worden.

Die Rote Armee hat hierbei Ostpreußen — die Brutstätte des deutschen Imperialismus —, Pommern, den größten Teil der Provinz Brandenburg und die wichtigsten Bezirke der Hauptstadt Deutschlands, Berlins, besetzt und über Berlin die Fahne des Sieges gehißt.

Im Ergebnis dieser Angriffskämpfe der Roten Armee haben die Deutschen in 3—4 Monaten mehr als 800 000 Soldaten und Offiziere an Gefangenen und etwa 1 Million an Toten verloren. In der gleichen Zeit haben die Truppen der Roten Armee 6000 Flugzeuge des Gegners, an die 12 000 Panzer und Sturmgeschütze, mehr als 23 000 Feldgeschütze und eine gewaltige Menge von Waffen und Ausrüstung anderer Art erbeutet oder vernichtet.

Es verdient festgestellt zu werden, daß in diesen Kämpfen polnische, jugoslawische, tschechoslowakische, bulgarische und rumänische Divisionen Seite an Seite mit der Roten Armee erfolgreich im Angriff gegen den gemeinsamen Feind standen.

Im Ergebnis der vernichtenden Schläge der Roten Armee war das deutsche Oberkommando gezwungen, Dutzende von Divisionen an die sowjetisch-deutsche Front zu werfen und damit ganze Abschnitte anderer Fronten zu entblößen. Dieser Umstand erlaubte den Truppen unserer Verbündeten, die erfolgreiche Offensive im Westen zu entfalten. Durch gleichzeitige Schläge gegen die deutschen Truppen von Osten und Westen her gelang es dabei den Truppen der Verbündeten und der Roten Armee, die deutschen Truppen in zwei voneinander losgerissene Teile aufzuspalten und die Vereinigung unserer und der verbündeten Truppen zu einer einheitlichen Front zu verwirklichen.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß dieser Umstand das Ende Hitlerdeutschlands bedeutet.

Die Tage Hitlerdeutschlands sind gezählt. Mehr als die Hälfte seines Bodens ist von der Roten Armee und den Truppen unserer Verbündeten besetzt. Deutschland hat die lebenswichtigsten Gebiete verloren. Die in den Händen der Hitlerleute verbliebene Industrie kann die deutsche Armee nicht mit einer ausreichenden Menge von Waffen, Munition und Treibstoff beliefern. Die Menschenreserven der deutschen Armee sind erschöpft. Deutschland ist vollständig isoliert und steht, seinen Bundesgenossen Japan ungerne, allein da.

Auf der Suche nach einem Ausweg aus ihrer hoffnungslosen Lage machen die Hitlerabenteurer alle möglichen Winkelzüge bis zur Anbiederung an die Verbündeten. Im Bestreben, Zerwürfnis im Lager der Verbündeten hervorzurufen. Diese neuen Gaunertricks der Hitlerleute sind zum völligen Scheitern verurteilt. Sie können den Zerfall der deutschen Truppen nur beschleunigen.

Die verlogene faschistische Propaganda macht der deutschen Bevölkerung Angst mit dem läppischen Gerede, die Armeen der Vereinten Nationen wollten angeblich das deutsche Volk ausrotten. Zur Aufgabe der Vereinten Nationen gehört nicht die Vernichtung des deutschen Volkes. Die Vereinten Nationen werden den Faschismus und den deutschen Militarismus vernichten, die Kriegsverbrecher streng bestrafen und die Deutschen zwingen, den Schaden wiedergutzumachen, den sie anderen Ländern zugefügt haben. Aber die Vereinten Nationen lasten die friedliche Bevölkerung Deutschlands nicht an und werden sie nicht antasten, wenn diese die Forderungen der Militärbehörden der Verbündeten loyal erfüllt.

Der von den deutschen Imperialisten entfesselte Weltkrieg geht dem Ende entgegen. Der Zusammenbruch Hitlerdeutschlands ist Sache der allernächsten Zukunft. Die Hitlerschen Machthaber, die sich schon als Beherrscher der Welt dünkten, stehen vor den Scherben. Die zu Tode getroffene faschistische Bestie liegt in den letzten Zügen. Die Aufgabe besteht jetzt nur darin, der faschistischen Bestie den Rest zu geben."

### Illiterte Truppen in München

London, 1. Mai. Das illiterte Hauptquartier meldet die Einnahme von Fried-  
richshafen. ZB4824 A

In München ist der deutsche Widerstand am Westufer der Isar gebrochen und somit drei Viertel der Stadt in illitierter Hand.

### In letzter Stunde

## Berlin gefallen!

Am 2. Mai brachen die Truppen der 1. Weißrussischen und der 1. Ukrainischen Front endgültig den deutschen Widerstand in Berlin. Die Reichshauptstadt ist völlig in russischer Hand.

Die Reste der eingekesselten Besatzung von Berlin haben kapituliert.

## Stralsund und Brandenburg eingenommen

Das Informationsbüro der Sowjetunion gibt bekannt:

Die Truppen der 2. Weißrussischen Front setzten ihren stürmischen Vormarsch fort und besetzten am 1. Mai die Städte und starken Stützpunkte der deutschen Verteidigung Stralsund, Grimmen, Demmin, Malchin, Waren, Belsenberg und eine Reihe anderer Ortschaften. In den Kämpfen am 30. April nahmen die Truppen dieser Front 8500 deutsche Soldaten und Offiziere gefangen und erbeuteten 66 Flugzeuge und 100 Feldgeschütze.

Die Truppen der 1. Weißrussischen Front erklärten am 1. Mai Brandenburg. Gleichzeitig besetzten die Truppen dieser Front nordwestlich Berlin Lindow und eine Reihe anderer Ortschaften. In Berlin wurden die Städtteile Charlottenburg und Schöneberg sowie über 100 Häuserblöcke im Stadtzentrum eingenommen. Am 30. April nahmen die Truppen dieser Front über 14 000 deutsche Soldaten und Offiziere gefangen.

Südlich Berlin nahmen die Kämpfe zur Vernichtung der westlich von Ludenwalde eingekesselten deutschen Kräftegruppe ihren Fortgang. Die Sowjettruppen spalteten den Kessel in zwei voneinander losgerissene Teile und führten erfolgreiche Kämpfe zu ihrer Vernichtung.

Die Truppen der 4. Ukrainischen Front setzten ihre Offensive fort und nahmen Josquin, Freistadt, Etschschau und eine Reihe anderer Ortschaften.

Ostlich Brünn besetzten die Truppen der 2. Ukrainischen Front die Stadt Wyszehow und mehrere andere Ortschaften.

In anderen Frontabschnitten keine wesentlichen Veränderungen.

Am 30. April wurden an allen Fronten 98 deutsche Panzer und Sturmgeschütze abgeschossen oder vernichtet. In Luftkämpfen und durch Raketen wurden 26 deutsche Flugzeuge zum Absturz gebracht.

Abbildung 21: Nachrichtenblatt für die deutsche Bevölkerung, 2. Mai 1945. 1178

Im Einzelnen sind fünf Nachrichtenblätter nachweisbar. In dem von der 2. Belorussischen Front befreiten Vorpommern und in Mecklenburg (Abb. 22, S. 205) wurde ein in Güstrow gedrucktes *Nachrichtenblatt* verteilt,<sup>1179</sup> das in sechs Nummern zwischen dem 18. Mai und dem 12. Juni 45 dokumentiert ist.<sup>1180</sup> Der mittlere ostdeutsche Raum (Brandenburg bis zur Elbe) wurde von der 1. Belorussischen Front besetzt und von dieser mit einem *Nachrichtenblatt für die deutsche Bevölkerung* versorgt.<sup>1181</sup> Die Auflage betrug 200 000<sup>1182</sup> oder 300 000 Exemplare.<sup>1183</sup> Bei einer Bevölkerungszahl von in Brandenburg (ohne Berlin) rund 2,2 Mio. dürfte damit rein statistisch maximal jeder zehnte Einwohner eine Nachrichtenblatt erhalten haben.<sup>1184</sup> Zusätzlich wurde südlich Berlins Ende April/Anfang Mai von der Politverwaltung der 8. Gardarmee der 1. Belorussischen Front die Militärzeitung *Nachrichten* vertrieben. Ihr Druck erfolgte in Zossen. Die Auflage des kleinformatigen Titels, an dessen Verteilung sich die neuen Selbstverwaltungsorgane der umliegenden Städte und Gemeinden beteiligten,<sup>1185</sup> erreichte vermutlich nur 10 000 Exemplare.<sup>1186</sup> Ein *Nachrichtenblatt für die deutsche Bevölkerung*, das von der 1. Ukrainischen Front herausgegeben wurde, erschien in mindestens 7 Nummern zwischen dem 2. und dem 16. Mai 1945 im sächsisch-lausitzer Raum zwischen Görlitz, Dresden und Chemnitz.<sup>1187</sup>

Die Nachrichtenblätter dieser Heeresgruppe trugen zum Teil eine örtlich voneinander abweichende Nummerierung bzw. Datierung.<sup>1188</sup> Nach dem Abrücken der Westalliierten produzierte die 1. Ukrainische Front im Juli/August 1945 eine neue Ausgabe des *Nachrichtenblattes* in Halle, das in der Provinz Sachsen verteilt wurde.<sup>1189</sup> Die Zeitung überdauerte auch die Strukturveränderungen in der Besatzungsverwaltung und wurde seit Ende Juli nicht mehr

<sup>1179</sup> Vgl. Scheel 1979, S. 694f.; Doernberg 1975, S. 52f.

<sup>1180</sup> Vgl. Scheel 1979, S. 695, Anm. 29.

<sup>1181</sup> Die von Scheel dokumentierten Blätter (Nr.14-19/24.4., 3.-10.5.45) lagern in Berlin (Stadtarchiv; Museum für Deutsche Geschichte) (vgl. Scheel 1979, S. 692, Anm. 11; S. 698; 702; 703; 705).

<sup>1182</sup> Vgl. Scheel 1979, S. 694.

<sup>1183</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 37.

<sup>1184</sup> Die Volkszählung vom 1. Dezember 1945, S. 4.

<sup>1185</sup> Vgl. Raue 1983, S. 115.

<sup>1186</sup> Vgl. Scheel 1979, S. 694. – Die Nummern 5 u. 7 v. 5. u. 9.5.45 befinden sich im Sowjetischen Militärmuseum Karlshorst (vgl. Scheel 1979, S. 694; S. 706, Anm. 11).

<sup>1187</sup> Stadtarchiv Pirna: Nr. 7/16.5.45 (Mitteilung Stadtarchiv Pirna, Frau Petzold, 22.3.45); Ratsarchiv Görlitz: Nr. 1-4/2-8.5.45 (vgl. Scheel 1979, S. 694; 700; 706; 710); Landratsamt Niederschlesischer Oberlausitzkreis: Nr. 4/8.5.45 (Mitteilung Landratsamt Niederschlesischer Oberlausitzkreis, Haupt- u. Personalamt, Archiv, Müller, 27.10.98); Stadtarchiv Chemnitz: Nr. 2/4.5.45 (Scheel 1979, S. 702); Sächsische Landesbibliothek: 10.5.45; Institut und Museum für Geschichte der Stadt Dresden: Nr. 6-7/13-16.5.45 (Scheel 1979, S. 692, Anm. 11).

<sup>1188</sup> Die Nr. 2 des Ratsarchivs Görlitz trägt das Datum 3.5.45, dieselbe Nr. im Stadtarchiv Chemnitz datiert vom 4.5.45.

<sup>1189</sup> Vgl. Scheel 1979, S. 695. – Nr. 3-7 in Deutscher Bücherei in Leipzig (Scheel 1979, S. 695, Anm. 30). Das *Nachrichtenblatt für die Deutsche Bevölkerung* Nr. 5/27.7.45 (Druck und Verlag: Volkszeitung, Halle, Große Ulrichstr. 10: halbes Berliner Format, 2seitig, Kommentare aus Rundfunk und Nachrichten, weltweit) findet sich im IZM Aachen; die Nr. 3/23.7.45 sowie die Nrn. 7/31.7.45 bis 11/7.8.45 in der IML-Bibliothek, SAPMO-BArch in Berlin.

durch eine Heeresgruppe, sondern durch die Sowjetische Militäradministration der Provinz Sachsen herausgegeben.<sup>1190</sup>

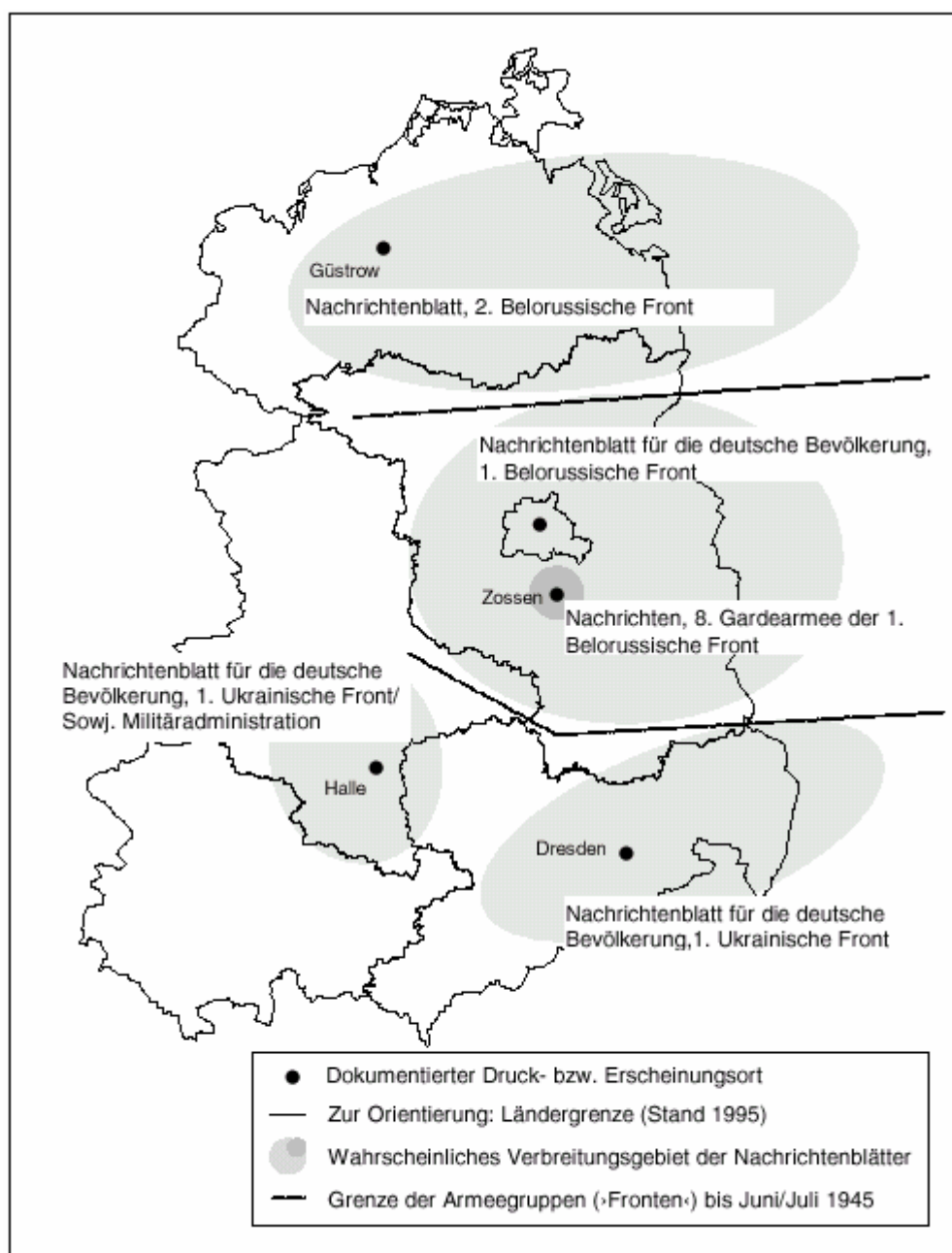


Abbildung 22: Geschätzte Verbreitungsregionen sowjetischer *Nachrichtenblätter für die deutsche Bevölkerung*.<sup>1191</sup>

<sup>1190</sup> Vgl. Impressum, *Nachrichtenblatt für die Deutsche Bevölkerung*, Halle, 31.7.45.

<sup>1191</sup> Zusammenstellung nach Scheel 1979, Hering/Kohlmann 1979, Raab 1980, Raue 1983, Strunk 1996; Buchenwalder Nachrichten (Ritscher 1983).

Die Nachrichtenblätter entsprachen den auch von der US-Armee beachteten Regeln der psychologischen Kriegsführung.<sup>1192</sup> Während HABE die psychologische Kriegsführung der Sowjets noch Ende 1944 als dilettantisch charakterisiert hatte, da die sowjetische Militärpresse mit weltanschaulichen Schlagwörtern und Beleidigungen der Deutschen durchsetzt gewesen sei,<sup>1193</sup> zeigten dagegen das *Nachrichtenblatt für die deutsche Bevölkerung* aus Halle<sup>1194</sup> sowie die von SCHEEL 1979<sup>1195</sup> auszugsweise dokumentierten acht weiteren Nummern im Frühjahr und Sommer 1945 eine sachlichere Nachrichtensprache. Die Armee selber betonte den Informationsgehalt ihrer Zeitungen: »Der Hauptinhalt dieses Informationsblattes sind Mitteilungen des Informationsbüros der Sowjetunion, Berichte über die internationale Lage, über die Wiederherstellung eines normalen Lebens in den besetzten Gebieten, Auszüge aus den Reden des Genossen Stalin über Deutschland und die Deutschen, den Beschlüssen der Krim-Konferenz, die Ziele der Roten Armee im Kriege gegen Hitlerdeutschland u.a.«<sup>1196</sup>

Gleich den westalliierten Heeresgruppenzeitungen sollten offenbar auch die sowjetischen Armeebblätter weniger durch offensichtliche Propaganda als durch sachliche Nachrichtengebung wirken.<sup>1197</sup> Dieses Ziel, mit Fakten zu überzeugen, spiegeln auch Textpassagen in den Zeitungsberichten: »Die Tatsachen sprechen für sich selbst. In der Zeit der deutschen Besetzung kamen in der Sowjetukraine 2,5 Millionen friedliche Einwohner um.«<sup>1198</sup>

Wie auf der westalliierten Seite diente die sachliche Nachrichtengebung auch bei der Sowjetarmee vor allem propagandistischen Zielen. Die Propagandaverwaltung der Roten Armee konfrontierte die deutsche Bevölkerung mit den Folgen des Krieges und versuchte der jahrelangen antisowjetischen NS-Propaganda ein anderes Russlandbild entgegen zu setzen:

»Die Propaganda der Roten Armee: Sie erläutert unsere Kriegsziele, den Zweck der Anwesenheit der Roten Armee auf dem Boden Deutschlands und die Pflichten der deutschen Bevölkerung gegenüber der Roten Armee; sie erklärt die Politik der UdSSR und informiert über die Sowjetunion; sie propagiert die sowjetische Kultur und ihre Errungenschaften; sie entlarvt die Lügenhaftigkeit der faschistischen Propaganda, die behauptet, die Rote Armee wolle das deutsche Volk vernichten; sie informiert ausführlich über die deutschen Greuelthaten in der UdSSR und über die dort angerichteten Zerstörungen; sie deckt die Schuld der Faschisten am Krieg und die Mittäterschaft und Verantwortlichkeit des deutschen Volkes auf; sie entlarvt die Reaktionäre der faschistischen Ideologie usw.«<sup>1199</sup>

<sup>1192</sup> Zur Ziel und Methode der psychologischen Kriegsführung vgl. Balfour 1979 und Matz 1969.

<sup>1193</sup> Vgl. Habe 1977, S. 44f.

<sup>1194</sup> Bestand IML, SAPMO-BArch.

<sup>1195</sup> Vgl. Scheel 1979, S. 695ff.

<sup>1196</sup> Bericht über die politisch-ideologische Arbeit des Stabs der 1. Belorussischen Front an das sowjetische Oberkommando, 15. Mai 1945, zit. n.: Scheel 1977, S. 688.

<sup>1197</sup> Zur westalliierten Nachrichtenpolitik siehe Kap. 4.2.

<sup>1198</sup> »Nazistische Raub- und Plünderpolitik«, in: *Nachrichtenblatt für die deutsche Bevölkerung*, Halle, 31.7.45.

<sup>1199</sup> Aufzeichnung des Leiters und des Ersten Stellvertretenden Leiters der Abteilung für internationale Information des ZK der KPdSU(B), März 1945, in: Bonwetsch/Bordjugov/Naimark 1997, S. 4.

Im *Nachrichtenblatt für die deutsche Bevölkerung* aus Halle fanden sich darüber hinaus auch kommentierende Beiträge und längere Zitate aus den Reden verschiedener sowjetischer Politiker. Die Zeitung, die zweiseitig im Format DIN A4 (halbes Berliner Format) erschien, analysierte etwa das Attentat vom 20. Juli 1944 (»kleines Zwischenspiel auf dem unvermeidlichen Weg zur vollständigen Niederlage Hitlerdeutschlands«),<sup>1200</sup> berichtete über die »wirtschaftliche Ausplünderung des sowjetischen Landes«<sup>1201</sup> oder brachte in einer Nummer einen Augenzeugenbericht aus dem deutschen Generalstab, der über die Vorbereitungen des Überfalls auf die Sowjetunion und die Beteiligung der deutschen Offiziere an Kriegsverbrechen berichtete.<sup>1202</sup> Daneben wurden Befehle der Militärverwaltung veröffentlicht,<sup>1203</sup> Beschlüsse der Siegermächte bekannt gegeben und die Fortschritte beim Wiederaufbau des öffentlichen Lebens beschrieben.<sup>1204</sup> Im Zuge der NS-Aufarbeitung fand der Prozess gegen den Chef des mit Nazideutschland verbündeten französischen Vichy-Regimes, Pétain, regelmäßige Aufmerksamkeit.<sup>1205</sup> Ab Anfang August fing das *Nachrichtenblatt* die politischen Entwicklungen in den westlichen Zonen zu kritisieren an, indem es Kommentare aus dem Moskauer Rundfunk und der *Pravda* über eine unzureichende NS-Aufarbeitung abdruckte. Die sowjetische Zeitung griff etwa bayrische Bischöfe an, die in einem Hirtenbrief jede Verantwortung für den Nationalsozialismus von sich gewiesen hatten.<sup>1206</sup>

Eine lokale oder regionale Berichterstattung enthielten die sowjetischen Nachrichtenblätter (wie schon die westalliierten *Mitteilungen*) nicht.

<sup>1200</sup> »Der 20. Juli 1944«, in: *Nachrichtenblatt für die deutsche Bevölkerung*, Halle, 23.7.45.

<sup>1201</sup> »Nazistische Raub- und Plünderpolitik«, in: *Nachrichtenblatt für die deutsche Bevölkerung*, Halle, 31.7.45.

<sup>1202</sup> Bernhard, M.: »Hitlers Generalstab – Brandstifter des Krieges«, in: *Nachrichtenblatt für die deutsche Bevölkerung*, Halle, 3.8.45.

<sup>1203</sup> So das Verbot an Übersiedler aus den Ostgebieten, sich in Berlin niederzulassen (Befehl Nr. 15, SMAD, in: *Nachrichtenblatt für die deutsche Bevölkerung*, Halle, 31.7.45) oder über die Schaffung von Verwaltungsbezirken in der Provinz Brandenburg (Befehl Nr. 13, SMAD, in: *Nachrichtenblatt für die deutsche Bevölkerung*, Halle, 31.7.45).

<sup>1204</sup> Etwa über die internationale Gewerkschaftsbewegung (»Die befreiten Völker Europas schaffen sich ihre demokratische Lebensform. Weltgewerkschaftstag im September«, in: *Nachrichtenblatt für die deutsche Bevölkerung*, Halle, 2.8.45) oder eine neue Jugendorganisation (»Mitteilung über die Schaffung antifaschistischer Jugendkomitees«, in: *Nachrichtenblatt für die deutsche Bevölkerung*, Halle, 4.8.45).

<sup>1205</sup> Beiträge fanden sich im *Nachrichtenblatt für die deutsche Bevölkerung*, Halle, etwa am 23.7.45, 31.7.45, 2.8.45, 4.8.45, 7.8.45 und damit in 5 der 6 in der IML-Bibliothek (SAPMO-Bundesarchiv) überlieferten Nummern.

<sup>1206</sup> Dazu die beiden Beiträge »Neuer sowjetischer Kommentar zu der Dreier-Konferenz« (*Nachrichtenblatt für die deutsche Bevölkerung*, Halle, 4.8.45) und »Zwei Signale« (*Nachrichtenblatt für die deutsche Bevölkerung*, Halle, 7.8.45).

### 5.3.2 Sowjetische Tageszeitungen für die deutsche Bevölkerung

Während die Nachrichtenblätter wegen ihrer sporadischen Erscheinungsweise lediglich zeitungähnliche Flugschriften waren, begann die Rote Armee nach Beendigung der Kampfhandlungen reguläre Tageszeitungen herauszugeben.<sup>1207</sup> Diese Tageszeitungen wurden wie die Nachrichtenblätter von den einzelnen sowjetischen Heeresgruppen (»Fronten«) verantwortet. Im Untertitel als »Frontzeitung für die deutsche Bevölkerung« bezeichnet,<sup>1208</sup> bildeten sie ein Pendant zu den von den anglo-amerikanischen Heeresgruppen herausgegebenen Zeitungen<sup>1209</sup>. Insgesamt erschienen vier dieser sowjetischen Tageszeitungen, die die Namen *Tägliche Rundschau*, *Deutsche Zeitung*, *Berliner Zeitung* und *Tageszeitung für die deutsche Bevölkerung* trugen. Sie ermöglichten erstmals eine regelmäßige Information und Einflussnahme auf die Bevölkerung.

Wie die Nachrichtenblätter wurden auch die Tageszeitungen nicht im gesamten sowjetischen Besatzungsgebiet vertrieben, sondern lediglich regional im Operationsgebiet der jeweils für die Zeitung verantwortlichen Heeresgruppe. Entsprechend der Grenzen der sowjetischen Heeresgruppen gab es ein Blatt für das nördliche, eine Zeitung für das zentrale und eine für das südliche sowjetische Besatzungsgebiet sowie zusätzlich eine Zeitung für die Reichshauptstadt Berlin (Abb. 23, S. 209).

Im Raum Mecklenburg und Pommern erschien ab dem 20. Mai 1945 die *Deutsche Zeitung – Frontzeitung für die deutsche Bevölkerung* (S. 213).<sup>1210</sup> Diese anfangs in Stettin, später in Waren redigierte vierseitige Zeitung, die von der 2. Belorussischen Front verantwortet wurde, brachte es bis zum 7. Juni auf 14 Nummern.<sup>1211</sup> In Dresden und den umliegenden Städten (sowie nach Abzug der Westalliierten Ende Juni auch in Leipzig) wurde vom 15. Mai bis zum 15. August 1945 täglich die *Tageszeitung für die deutsche Bevölkerung* abgegeben, ein in einer mobilen Druckerei produziertes kostenloses vierseitiges Blatt der 1. Ukrainischen Front.<sup>1212</sup> Eine im brandenburgischen Machtbereich der Politverwaltung der 1. Belorussische Front herausgegebene Zeitung namens *Tägliche Rundschau* startete am 15. Mai 1945 und erschien

<sup>1207</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 36.

<sup>1208</sup> Siehe etwa *Deutsche Zeitung*, 5.6.45.

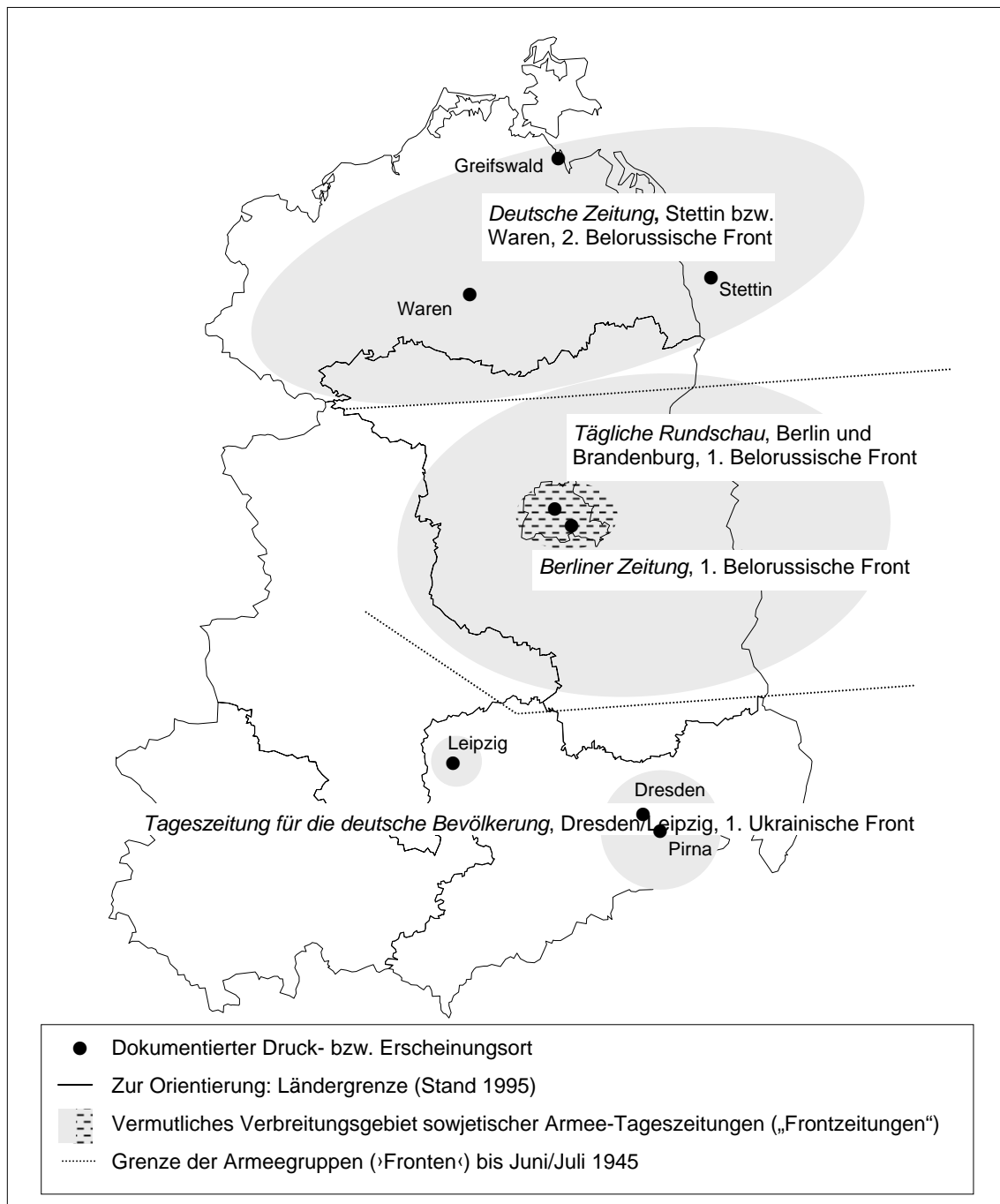
<sup>1209</sup> Zu den westalliierten Heeresgruppenzeitungen siehe Kap. 4.3.

<sup>1210</sup> Scheel 1979, S. 695; Strunk 1996, S. 39. – Nimmt man die Ortmarken der von Korrespondenten gelieferten Lokalberichte als Hinweis auf das Verbreitungsgebiet, erschien die Zeitung in: Ahlbeck, Demmin, Freienwalde, Gransee, Marlow, Neubrandenburg, Neustrelitz, Pasewalk, Perleberg, Rostock, Stettin, Stralsund, Sülze, Templin, Wittenberge (vgl. *Deutsche Zeitung*, Jg. 1945).

<sup>1211</sup> Erscheinungsweise täglich außer Montags (vgl. Raab 1980, S. 1).

<sup>1212</sup> Vgl. Ruban 1980, S. 3. Strunk 1996, S. 38f. - Im Gegensatz zu Ruban, damals Chefredakteur der Tageszeitung, geben Hering/Kohlmann 1979 (S. 16) als Erscheinungszeitraum 22.5.-1.8.45 und Scheel 1979 (S. 695) als Start ebenfalls den





**Abbildung 23: Verbreitungsregionen sowjetischer Armee-Tageszeitungen für die deutsche Bevölkerung.**<sup>1213</sup>

vierseitig ebenfalls täglich außer Montags. Neben einer Politikredaktion hatte dieses Blatt eine für Lokales, da die Zeitung anfangs genauso im Berliner Stadtgebiet verteilt wurde<sup>1214</sup> wie die

22.5.45 an. Die Zeitung ist im Mai/Juni 1945 auch in Pirna nachweisbar (Mitteilung Stadtarchiv Pirna, Frau Petzold, 22.3.99).

<sup>1213</sup> Zusammenstellung nach Scheel 1979, Hering/Kohlmann 1979, Raab 1980, Raue 1983, Strunk 1996; Buchenwalder Nachrichten (Ritscher 1983).

<sup>1214</sup> Vgl. Scheel 1979, S. 695; Strunk 1996, S. 41f; 46; 86.

von derselben Heeresgruppe herausgegebene *Berliner Zeitung*. Letztere wurde erstmals am 21. Mai vertrieben und hatte ebenfalls einen Umfang von vier Seiten.<sup>1215</sup>

Die anfängliche Gesamtauflage der sowjetischen Tageszeitungen wurde von der Politischen Hauptverwaltung der Streitkräfte der UdSSR mit 450 000 Exemplaren angegeben.<sup>1216</sup> Im sowjetischen Machtbereich hatten die Tageszeitungen der Armee somit eine deutlich geringere Verbreitung als in den amerikanischen<sup>1217</sup> oder britischen<sup>1218</sup> Gebieten. Soweit bezifferbar, lagen die Auflagen der sowjetischen Tageszeitungen im Mai 1945 bei rund 100 000, die Auflage der *Täglichen Rundschau* wird auf 100-200 000 geschätzt (Tabelle 10).

Sowjetische Armeezeitung	von bis	Herausgeber	Mai 45
<i>Deutsche Zeitung</i>	20.5.-10.6.45	2. Belorussische Front	50 000 <sup>1219</sup>
<i>Tageszeitung f. d. deutsche Bevölkerung</i>	22.5.-1.8.45	1. Ukrainische Front	100 000 <sup>1220</sup>
<i>Berliner Zeitung</i>	21.5.-21.6.45 <sup>1221</sup>	1. Belorussische Front	100 000 <sup>1222</sup>
<i>Tägliche Rundschau</i>	15.5.45-30.6.55	1. Belorussische Front	100-200 000 <sup>1223</sup>
Summe			450 000 <sup>1224</sup>

**Tabelle 10: Auflagenangaben der sowjetischen ›Frontzeitungen‹ für die deutsche Bevölkerung (Mai 1945).**

Die Leserdichte ließ sich anhand der Volkszählung des Jahres 1945 (rund 16 Mio.) lediglich grob schätzen: Auf etwa 35 Einwohner kam statistisch gesehen je eine Zeitung,<sup>1225</sup> was nicht ausgereicht haben dürfte, die Bevölkerung flächendeckend mit Nachrichten zu versorgen.<sup>1226</sup>

In Funktion und Nachrichtengebung unterschieden sich die sowjetischen Tageszeitungen nicht grundsätzlich von den Heeresgruppenzeitungen der westlichen Alliierten.<sup>1227</sup> Die Aus-

<sup>1215</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 86f.

<sup>1216</sup> Vgl. Auskunft der Politischen Hauptverwaltung der Streitkräfte der UdSSR über die politische Arbeit unter Bevölkerung Deutschlands, 5. Juli 1945, in: Bonwetsch/Bordjugov/Naimark 1997, S. 8.

<sup>1217</sup> Die Gesamtauflage der amerikanischen Heeresgruppenzeitungen betrug Ende Juni rund 4,6 Millionen Exemplare (vgl. Matz 1969, S. 170).

<sup>1218</sup> Die britischen Heeresgruppenzeitungen erreichten im Oktober 1945 eine Auflage von rund 4,5 Millionen Exemplaren (Matysiak 2002.)

<sup>1219</sup> Vgl. Foitzik 1999, S. 198.

<sup>1220</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 39; Ruban 1980, S. 3.

<sup>1221</sup> Am 21.6.45 wurde die *Berliner Zeitung* von der Sowjetarmee an den Berliner Senat übergeben (vgl. Strunk 1996, S. 40). Sie gehört heute zu Gruner & Jahr.

<sup>1222</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 86; Hering/Hohlmann 1979, S. 16.

<sup>1223</sup> Strunk 1996, S. 42, hält eine Zahl zwischen 100 000 und 150 000 für realistisch, Raue 1966, S. 76, nennt eine anfängliche Auflage von 150-200000.

<sup>1224</sup> Vgl. Auskunft der Politischen Hauptverwaltung der Streitkräfte der UdSSR über die politische Arbeit unter Bevölkerung Deutschlands, 5. Juli 1945, S. 8.

<sup>1225</sup> Bevölkerungsstatistik n.: Statistisches Zentralamt 1946, S. 4.

<sup>1226</sup> Zum Vergleich: Die britischen Truppen gingen von einem Verteilungsschlüssel von etwa einer Zeitung auf fünf Einwohner aus (vgl. «Wir wollen kein neues Propagandaministerium.» Erklärung von Generalmajor Bishop über die Zukunft der deutschen Presse«, in: *Neuer Hannoverscher Kurier*, 17.8.45).

<sup>1227</sup> Siehe Kap. 4.3.

gangsbedingungen waren jedoch für die sowjetischen Propagandaeinheiten wegen der ungleich härter geführten Kämpfe schwieriger, da die deutsche Bevölkerung der Roten Armee in einer starken Abwehrhaltung gegenüber stand. In der Folge der auf beiden Seiten rücksichtslosen Kriegsführung war es zu sowjetischen Exzessen unter der deutschen Zivilbevölkerung gekommen, »die der sowjetischen Siegermacht gegenüber in schroffer Ablehnung, in Verzweiflung oder Lethargie verharrte«. <sup>1228</sup> Weil die Bevölkerung nach den Kämpfen traumatisiert und verängstigt <sup>1229</sup> und jede politisch-administrative Infrastruktur zusammengebrochen war, <sup>1230</sup> stand die sowjetische Propaganda vor der Aufgabe, vertrauensstiftende Maßnahmen zu ergreifen und zu einer Stabilisierung der Verhältnisse beizutragen. <sup>1231</sup> Besonders als in der Folge sowjetischer Gewalttätigkeiten unter den Deutschen die prowestliche Orientierung zunahm, wurde nicht nur für die Disziplinierung der eigenen Truppen gesorgt, <sup>1232</sup> sondern das Oberkommando begann auch der aktiven Vertrauenswerbung bei den Deutschen Bedeutung zuzumessen. <sup>1233</sup>

Ein weiteres wichtiges propagandistisches Ziel der Medien war es, die Bevölkerung zum Wiederaufbau des Landes und insbesondere der Versorgung zu bewegen, um Seuchen und den endgültigen ökonomischen Kollaps des Landes zu verhindern. Wie bei den Amerikanern oder Briten hatten die Zeitungen der Roten Armee (neben vertrauensbildenden und erzieherischen Aufgaben) das Ziel, »Lethargie, Verwirrung und politische Passivität zu überwinden«. <sup>1234</sup>

»Die Aufgabe unserer Zeitung besteht darin, dem deutschen Volke die Wahrheit über die Rote Armee und die Sowjetunion nahezubringen, den Deutschen zu helfen, in der gegenwärtigen politischen Lage die richtige Orientierung zu finden, mit den Überbleibseln der hitlerschen Barbarei aufzuräumen und alle Kräfte zur Wiederherstellung eines normalen Lebens einzuspannen.« <sup>1235</sup>

Um die Bevölkerung für den Wiederaufbau zu mobilisieren, berichteten die deutschsprachigen Zeitungen der sowjetischen Militärverwaltung breit über das wieder in Gang kommende öffentliche Leben. <sup>1236</sup> Um Vertrauen in die politische Normalisierung zu wecken und Ängste vor den Besatzern zu zerstreuen, wurden vor allem Meldungen zur sowjetischen Außenpolitik bzw. Politik in den befreiten Gebieten sowie Angaben über die Ernennung von Bürgermeistern und Informationen zur Reorganisation der Verwaltung in den besetzten

<sup>1228</sup> Strunk 1996, S. 16.

<sup>1229</sup> Foitzik 1999, S. 52ff.; 69.

<sup>1230</sup> Vgl. Foitzik 1999, S. 67.

<sup>1231</sup> Zur stabilisierenden Funktion der Presse vgl. Matz 1969, S. 31f.; 47f.

<sup>1232</sup> Foitzik 1999, S. 67.

<sup>1233</sup> Vgl. Foitzik 1999, S. 83.

<sup>1234</sup> Tjulpanow 1987, S. 50.

<sup>1235</sup> *Tägliche Rundschau*, 16.5.45, zit. n. Dovifat 1947, S. XIX.

<sup>1236</sup> Vgl. Tjulpanow 1987, S. 50f.

deutschen Gebieten abgedruckt. Die *Deutsche Zeitung* (Abb. 24, S. 213) enthielt deshalb einen sehr hohen Anteil von Berichten und Meldungen aus dem Ausland.<sup>1237</sup>

Auffällig waren eine große Zahl von Informationen aus der Sowjetunion, die für die deutschen Leser nicht direkt von Belang waren.<sup>1238</sup> Diese Berichterstattung diente einerseits propagandistischen Aufgaben, indem die für die Sowjetunion und ihr Gesellschaftsmodell warb.<sup>1239</sup> Die positive Darstellung der Sowjetunion als moderner Staat begegnete der nationalsozialistischen Propaganda vom sowjetischen »Untermenschen«, die das Russlandbild der deutschen Propaganda beherrschte.<sup>1240</sup> Die sowjetischen Armeezeitungen stellten dagegen das Bild eines modernen Landes dar, etwa wenn berichtet wurde, dass die Sparguthaben in der Sowjetunion in den ersten vier Monaten des Jahres 1945 um 645 Millionen Rubel angestiegen waren,<sup>1241</sup> die Schnelldampferlinie Gorki-Astrachan »mit den großen prächtigen Schnelldampfern« bedient wurde<sup>1242</sup> oder in Minsk die Straßenbahn wieder fuhr.<sup>1243</sup> Diese Aufklärung war für die Redaktion offenbar derartig wichtig, dass dafür auf der letzten Seite der Zeitung eigens die regelmäßige Rubrik »Aus dem Leben der Sowjetunion« eingerichtet wurde.<sup>1244</sup> Eine wichtige Rolle kam weiterhin der Aufklärung über den Nationalsozialismus zu. Die *Deutsche Zeitung* berichtete deshalb etwa über die nationalsozialistische Vertreibung führender Wissenschaftler von den deutschen Universitäten.<sup>1245</sup>

<sup>1237</sup> Raue 1983, S. 116 (Anm. 35), kommt auf drei (von vier) Seiten Außenpolitik und andere Nachrichten.

<sup>1238</sup> Siehe dazu im selben Sinne über die *Tägliche Rundschau*: Strunk 1996, S. 56f.

<sup>1239</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 52.

<sup>1240</sup> Vgl. Henke 1995, S. 674; Foitzik 1999, S. 52ff.

<sup>1241</sup> Siehe »Weiteres Steigen der Sparkasseneinlagen«, in: *Deutsche Zeitung*, 22.5.45.

<sup>1242</sup> Siehe »Auf den Flüssen der Sowjetunion«, in: *Deutsche Zeitung*, 7.6.45.

<sup>1243</sup> Siehe »Aufnahme des Straßenbahnverkehrs in Minsk«, in: *Deutsche Zeitung*, 3.6.45.

<sup>1244</sup> Siehe *Deutsche Zeitung*, Jg. 1945. Zum hohen Anteil an Berichten aus der UdSSR dürfte jedoch auch beigetragen haben, dass die Redakteure weitgehend auf sowjetische Agentur- und Zeitungsquellen beschränkt waren, (vgl. Strunk 1996, S. 53), was die Berichterstattung zugunsten sowjetischer Berichte verschob.

<sup>1245</sup> Siehe »Nazismus und Wissenschaft«, in: *Deutsche Zeitung*, 3.6.45.

# Deutsche Zeitung

Dienstag, den 5. Juni 1945 - Nr. 12

FRONTZEITUNG FÜR DIE DEUTSCHE BEVÖLKERUNG

ERSCHEINT TÄGLICH, AUSSER MONTAGS  
VON 7 bis 11 UHR

## Die dringendste Aufgabe der deutschen Bevölkerung

Heute steht vor der deutschen Bevölkerung in ganzer Größe die unaufschlebbare Aufgabe der Liquidierung der durch den Krieg verursachten Ernährungsschwierigkeiten und der Sicherstellung der Lebensmittelversorgung für den Winter 1945-46. Die Durchführung dieser Aufgabe hängt voll und ganz davon ab, wie mit welchem Eifer und mit welcher Organisiertheit die Landbevölkerung mit Hilfe der Stadtbewölkerung die Feldarbeiten durchführen wird.

Welches sind die grundlegenden landwirtschaftlichen Arbeiten in der vor uns liegenden Periode? — Unverzüglich ist es, sofort mit dem Jäten der Kartoffel- und Gemüsegärten zu beginnen, wenn sie nicht im Unkraut ersticken sollen. Allgemein wird es notwendig sein, den Boden mit Kunsdünger zu kräftigen, denn die Acker-, Pommern- und Mecklenburgs leiden so wie so einen Mangel an gewissen wichtigen mineralischen Stoffen, die gerade für den Kartoffel- und Gemüsegarten von besonderer Wichtigkeit sind.

Neben diesen Arbeiten muß mit der Heuernte begonnen werden. Die schnelle und rechtzeitige Durchführung der Heuernte bildet die Futtergrundlage für das Vieh und gibt der Bevölkerung die Möglichkeit, die Heuernte zu erfüllen.

Die wichtigste Aufgabe der kommenden Zeit aber ist die Einbringung der Getreiderente. Darauf muß jetzt schon alles vorbereitet werden. Jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau muß darauf bedacht sein, daß die Ernte gut organisiert wird und ohne Verluste vor sich geht. Zu diesem Zwecke ist vor allem unbedingt notwendig, mit beschleunigtem Tempo die Geräte nachzusehen und in Ordnung zu bringen: Garbenbinder, Seesen, Dreschfliegen, Sortiermaschinen und Lokomobile, wo es notwendig ist, zu reparieren.

Kräfte so zu stellen, daß jeder Quadratmeter Boden abgeerntet wird.

Eine wichtige Aufgabe der Bevölkerung ist ferner die Vorbereitung der Winterausaat im kommenden Herbst. Eine rasche Durchführung der Aussaat im Herbst gibt die Gewähr einer normalen Lebensmittelversorgung im nächsten Jahre. Zu dem Zwecke ist es notwendig, sofort mit dem Auflockern der Brachfelder zu beginnen, als mit dem notwendigen Mirraldünger zu versehen und in entsprechendem Maße auch mit Stalldung, da, wo kein freier Boden vorhanden ist, müssen die Futtergräser sofort abgeerntet werden und nach dem zweiten bis dritten Jahre auch diese Felder für die Winterausaat zubereitet werden.

Das sind für die deutsche Bevölkerung die grundlegenden landwirtschaftlichen Aufgaben, von deren Durchführung die künftige Lebensmittelversorgung abhängt. Dabei handelt es sich nicht nur um Aufgaben der Landbevölkerung, die Städte müssen den Dörfern die maximale Hilfe erweisen. In den schweren Tagen der Ernte ist es die Aufgabe der Stadtverwaltungen, den größten Teil der Stadtbewölkerung den Dörfern zuzuteilen. Die Bürgermeister und Dorfvorstände haben rechtzeitig für genügend Arbeitskräfte zu sorgen und diese entsprechend auf die einzelnen Höfe aufzuteilen.

Die deutsche Bevölkerung in Stadt und Land soll eines erkennen und stets daran denken: Die Sicherung der Ernährung liegt allein in ihrer Hand. Wenn jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau unter Aufbietung aller Kräfte auf dem Felde mitarbeiten wird, dann wird die Lebensmittelversorgung beschleunigt geregelt werden können und jegliche Ernährungsschwierigkeiten in Kürze behoben sein.

## Botschaft des Präsidenten Truman an den Kongreß

NEW YORK, 1. Juni. (TASS) Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Truman, wandte sich mit einer Botschaft an den Kongreß, in der es heißt: „Heute steht vor unserer Nation als erste Aufgabe, wie wir am schnellsten den Krieg gegen Japan gewinnen können, weil jeder weitere Tag des Krieges unser amerikanisches Leben kostet.“

Truman gab eine genaue Übersicht über den Gang der Marineoperationen im Stillen Ozean und erklärte: „Die Kriegsmarine ist im Ausblick mit der Durchführung einiger schwerer Aufgaben beschäftigt, und zwar mit dem Kampf um die Erzielung der japanischen Inselfestungen in den Gewässern um Japan und bei Okinawa, der Verstärkung der Blockade Japans, Verlegung der Streitkräfte aus Europa, Hilfeleistung bei der Verlegung der Armeen und Vorbereitung der entscheidenden Kriegsoperationen.“

Truman entwickelte die Phase über die Verlegung der amerikanischen Truppen auf den Pazifik-Kriegsschauplatz, über die weitere Führung des Krieges gegen Japan und über die Kriegsprioritäten in den Vereinigten Staaten. „Unsere Kriegspolitik, die

schon die Zerschlagung Japans zum Ziel stellt, erklärte Truman, sei vor 1. Die Festsicherung der japanischen Truppen dort, wo sie sich augenblicklich befinden, Aufrechterhaltung ihrer Zersplitterung, um sie einzeln zu vernichten; 2. Konzentrierung der überlegenen Kräfte an jedem Frontabschnitt, wo wir angreifen; 3. Die Ausnutzung der Luft-, Luftwaffe und Panzerkräfte, der Artillerie und aller anderen Waffengattungen in großem Maßstabe zur Erringung des Sieges mit einem Mindestmaß von Menschenverlusten; 4. Einsetzung eines ununterbrochenen, sich immer mehr verstärkenden Druckes auf den Gegner zu Wasser, in der Luft und zu Lande, ohne ihm die Möglichkeit einer Atempause oder einer Umstellung oder Umgruppierung seiner zerschlagenen Truppen und schwächsten Materialreserven zu geben.“

Indem Truman Angaben über den Umfang der Luft- und Seestreitkräfte Japans, sowie über Landstreitkräfte machte, erklärte er zum Schluß, daß die Vereinigten Staaten von Amerika mit aller Entschiedenheit bis zur Erringung des Endesieges über Japan kämpfen werden.

## Zu den Ereignissen in Syrien und Libanon

WASHINGTON, 31. Mai. Für den Staatssekretär der Vereinigten Staaten verlas Grew auf der Pressekonferenz eine Note, die der Botschafter der Vereinigten Staaten in Paris, Kellie, am 28. Mai der französischen Regierung übergeben hat. In dieser Note sprach Kellie im Namen der Regierung der Vereinigten Staaten der französischen Regierung sein tiefstes Bedauern über die Ereignisse aus, die sich jetzt in Syrien und im Libanon abgespielt haben.

Die Regierung der Vereinigten Staaten, heißt es in der Note weiter, fordert die französische Regierung auf, ihre Politik in bezug auf Syrien und den Libanon einer genauen Nachprüfung zu unterziehen und diesen Ländern und der ganzen Welt klar zu verstehen zu geben, daß Frankreich in seinen Beziehungen zu den Ländern der Levante sich so verhalten wird, wie zu vollkommen selbständigen unabhängigen Mitgliedern der Völkerfamilie.

## Vorschlag des dänischen Ministerpräsidenten

KOPENHAGEN. Die Zeitung „Politiken“ schreibt: „In der Sitzung der Führer der Parteien vom 30. Mai machte der Ministerpräsident Buhl den Vorschlag, eine Parlamentarische Kommission zu schaffen, die die Politik, die zum 9. April 1940 führte, nachprüfen und die Verantwortung einiger führender Persönlichkeiten und ihrer Zusammenarbeit mit den Deutschen in der Zeit der Besetzung untersuchen soll.“ Auf Vorschlag Buhls sollen in diese Kommission 7 Sozialdemokraten, 3 Vertreter der Konservativen Partei, 3 Vertreter der „Venstre“-Partei, 3 Radikale, ein Kommunist, ein Vertreter des Rechten Bundes und ein Vertreter der Partei „Dansk-Bindning“ entsandt werden. Zur Aufgabe der Parlamentarischen Kommission wird nur die

## Kriegserklärung Griechenlands an Japan

LONDON, 3. Juni. (TASS) Wie Reuters mitteilt, hat die griechische Regierung erklärt, daß sich Griechenland zu den mit Japan im Krieg stehenden Ländern rechnet und zwar seit dem Tage des Beginns des japanischen Krieges gegen die Verbündeten Griechenlands. In einer offiziellen Erklärung wird gesagt, daß die griechische Flotte an einigen Kriegsoperationen gegen Japan teilgenommen hat.

Untersuchung geboten. Die Entscheidung über die Schuldigen wartet dem Staatsgericht.

## Umwandlung der Todesstrafe in lebenslängliches Zuchthaus bei einer Gruppe rumänischer Kriegsverbrecher

BUKAREST, 2. Juni. Wie Radio Bukarest mitteilt, reichte der rumänische Justizminister Patraschkanu dem König eine Kassationsbeschwerde der rumänischen Kriegsverbrecher ein, die vom Volksgericht zum Tode verurteilt wurden. Nachdem Patraschkanu dem König jede Beschwerde einzeln vorgelegt hatte, beantragte er bei allen Verurteilten die Umwandlung der Todesstrafe in lebenslängliches Zuchthaus. Diesen Vorschlag begründete der Justizminister damit, daß zwar das Gericht über alle Verurteilten ein gerechtes Urteil gefällt hat, und dieses Urteil vom Kassations-

gerichtshof auch bestätigt wurde, man aber trotzdem mit Berücksichtigung auf die Beendigung des Krieges und darauf, daß alle Verurteilten ausführenden Organe der Hauptkriegsverbrecher waren, das Todesurteil in lebenslängliches Zuchthaus umwandeln könne.

Ministerpräsident Dr. Petre Grosse unterstützte die Ausführungen des Justizministers und brachte im Namen der Regierung den Wunsch zum Ausdruck, der König möge das Urteil in lebenslängliches Zuchthaus umwandeln. Der König nahm den Vorschlag der Regierung an.

## Empfang in der Alliierten Kontrollkommission in Budapest zu Ehren des Sieges

BUDAPEST, 1. Juni. Am 31. Mai gab der Vorsitzende der Alliierten Kontrollkommission, Marschall der Sowjetunion E. E. Worschilow, einen Empfang zu Ehren des Sieges (über Hitlerdeutschland).

An dem Empfang nahmen teil der Ministerpräsident Ungarns Bela Miklos, alle Mitglieder der ungarischen Regierung, der Präsident der seitwärtigen Nationalversammlung Bela Jedeli, die Führer der politischen Parteien und des Zentralrats der freien Gewerkschaften Ungarns, Vertreter des Bundes für kulturelle Verbindung mit der Sowjetunion, Vertreter der Wissenschaft, Literatur, Kunst, des öffentlichen Lebens und der Presse. Außerdem nahmen an dem Empfang die Vertreter Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika in der Alliierten Kontrollkommission teil.

## Himmlers Stab unschädlich gemacht

LONDON, 2. Juni. (Reuters) Heinrich Himmler, ehemaliger Generalstab, eine Gruppe von Zentral-SS-Organisationen, die eine unentgeltliche Kriegführung gegen die Alliierten auf lange Sicht führen sollten, ist „sichergestellt“ und befindet sich in alliierten Händen. Sie hatten sich in den Widerstandskampfen in Finnland unter dem Schutz von Admiral Dönitz verborgen gehalten und wurden dort gefangen genommen. Dies enthält eine Liste prominenter Nazifangener, die am Freitag Abend vom britischen Hauptquartier der 2. Armee ausgeben worden war. Diese Liste enthält außer den Mitgliedern der Dönitz-Regierung und des deutschen Oberkommandos ein halbes Dutzend Männer, die in den Schlüsselstellungen des SS-Zentralrates saßen und deren Aufenthalt bis jetzt unbekannt geblieben war. Es handelt sich um Hans Jüttner, Stabschef der Waffen-SS und Hitler-Vertreter in der „Heimwehrarmee“, Kurt Daluge, den früheren Befehlshaber der deutschen uniformierter Polizei, van Herff, den Chef des SS-Personalamtes, Werner Lorenz, SS-Kommissar für die systematische Völkermord, Obliendorf, die rechte Hand Kaltenbrunnens in der SS-Spionage-Organisation „Sicherheitsdienst“, Dr. Leonhard Conti, SS-Chef auf dem medizinischen Gebiet, der für die systematische Völkermord in den Terrorlagern verantwortlich war, Udo von Woyrsch, Himmlers persönlicher Adjutant, und Gebhard Himmler.

Seine Gefangennahme bricht jeglicher weiterer „Wehrwolforganisation“ das Rückgrat. Unter den Gefangenen befinden sich weiterhin, Arthur Seyß-Inquart, Walter Baurig und Karl Dehmelhuber, politische Gestapo- und SS-Chefs im besetzten Holland, sowie die Gauleiter von sechs nordwestdeutschen Provinzen und die früheren Kommandanten der Konzentrationslager „Lel”

Abbildung 24: Deutsche Zeitung, 5. Juni 1945.<sup>1246</sup>

Daneben fanden sich in der *Deutschen Zeitung* regelmäßig lokale Meldungen aus ihrem pommerschen und mecklenburgischen Verbreitungsgebiet. Diese Informationen sollten jedoch offenbar nicht die bestehenden Informationsdefizite aus dem Nahbereich lösen, sondern Beispiele geben und dadurch zum Wiederaufbau anspornen: Der Leserschaft wurde gezeigt, dass sich im sowjetischen Machtbereich die politischen und ökonomischen Verhältnisse normalisierten. Die Aktualität war, wo aus heutiger Sicht rekonstruierbar, gering.<sup>1247</sup> Die Bevölkerung aus allen Teilen von Mecklenburg und Vorpommern wurde so darüber informiert, dass in Sülze, Freienwalde und Damgarten die Bäckereien wieder arbeiteten, dass in Rostock das Kino sowjetische Filme gezeigt hatte,<sup>1248</sup> dass in Marlow die Kartoffelaussaat in den Kleingärten abgeschlossen war<sup>1249</sup> und dass in Wittenberge der Stadtkommandant zum Pfingstfest das Glockenläuten genehmigt hatte.<sup>1250</sup> Die Lokalmeldungen bekamen dabei eine überregionale Orientierungsfunktion, die sich in Überschriften anspornenden Charakters äußerte wie »Es wird zugepackt«, »Es geht aufwärts in Wolgast«<sup>1251</sup>, »Zusammenarbeit«<sup>1252</sup> oder »Alles auf die Felder«.<sup>1253</sup> Vermutlich um die Breite des Wiederaufbaus zu dokumentieren, wurde (mit Ausnahme des Redaktionssitzes Stettin) nur selten aus einem Ort mehrmals berichtet, die Lokalmeldungen der *Deutschen Zeitung* deckten stattdessen das ganze nordostdeutsche Berichtsgebiet ab.

Während die Meldungen aus Mecklenburg und Vorpommern auf deutsche Korrespondenten zurückgingen, stammten die überregionalen Meldungen von Radio Moskau und aus London.<sup>1254</sup> Die *Deutsche Zeitung* enthielt zudem einen eigenen von der Redaktion produzierten<sup>1255</sup> Fortsetzungsroman, »Das Vermächtnis des Frontsoldaten«.<sup>1256</sup>

Bei der Personalauswahl unterschied sich die Rote Armee deutlich von den Mitarbeitern der Abteilung für psychologische Kriegsführung der US-Armee. Während bei den amerikanischen Heeresgruppenzeitungen keine Deutschen beschäftigt werden sollten, arbeiteten bei den sowjetischen Pendanten neben den Politoffizieren der Armee in großer Zahl Deutsche,

<sup>1247</sup> So berichtete die *Deutsche Zeitung* am 27.5.45 darüber, dass das Blatt in Rostock am 22.5.45 erstmals vertrieben worden war. Auch die internationalen Meldungen waren bis zu 4 Tage alt, obwohl die Zeitung täglich außer Montags erschien (siehe *Deutsche Zeitung*, Jg. 1945).

<sup>1248</sup> Siehe »Wie sieht es in den deutschen Städten aus. Unsere Korrespondenten berichten:«, in: *Deutsche Zeitung*, 27.5.45.

<sup>1249</sup> Siehe »Marlow«, in: *Deutsche Zeitung*, 25.5.45.

<sup>1250</sup> Siehe »Wittenberge«, in: *Deutsche Zeitung*, 3.6.45.

<sup>1251</sup> Siehe jeweils *Deutsche Zeitung*, 30.5.45.

<sup>1252</sup> Siehe *Deutsche Zeitung*, 27.5.45.

<sup>1253</sup> Siehe *Deutsche Zeitung*, 22.5.45.

<sup>1254</sup> Vgl. Raab 1980, S. 1.

<sup>1255</sup> Vgl. Raab 1980, S. 1.

<sup>1256</sup> Autor: Willi Bredel. Ab 23.5.45 wurde eine Fortsetzung über »Hitlersche Todeslager« gedruckt (siehe *Deutsche Zeitung*, Jg. 1945).

beispielsweise in Dresden etwa fünf der 20 Redakteure.<sup>1257</sup> Die *Tägliche Rundschau*, bei der in den ersten Monaten auf 120 sowjetische Redakteure 18 Deutsche kamen, warb auf Handzetteln um deutsche Mitarbeiter und hielt bereits Ende Mai 1945 eine Rekrutierungsveranstaltungen mit 200 Journalisten und Schriftstellern ab.<sup>1258</sup> Die Personalauswahl erfolgte angesichts des Mangels an Redakteuren eher pragmatisch: Zu einem Zeitpunkt, wo in der amerikanischen Zone offiziell noch ein Pressebetätigungsverbot für Deutsche galt, reichte den Politverwaltungen der sowjetischen Heeresgruppen »eine antifaschistische Haltung und journalistisches Interesse« bereits als hinreichende Qualifizierung für die Mitarbeit an einem sowjetischen Militärblatt aus. »Die sowjetischen Offiziere waren bei der Auswahl neuer Mitarbeiter nicht sehr wählerisch.«<sup>1259</sup>

Die sowjetischen »Frontzeitungen« fanden ihr Ende, als die Militärverwaltung im Juni/Juli 1945 umgestaltet wurde und statt der autonom agierenden »Fronten« die zentrale SMAD und deren Länderbehörden mit der Verwaltung des Besatzungsgebietes betraut wurden. Die Zeitungen wurden daraufhin entweder geschlossen oder bekamen andere Aufgaben zugewiesen. Während die *Tageszeitung für die deutsche Bevölkerung* aus Dresden eingestellt wurde, erhielten die beiden in der Reichshauptstadt gegründeten Zeitungen andere Herausgeber: Die *Berliner Zeitung* wurde am 21. Juni 1945 dem Magistrat der Hauptstadt und damit in deutsche Hände übergeben.<sup>1260</sup> Das Blatt sollte mit neuer überparteilicher Ausrichtung alle im Magistrat vertretenen politischen Standpunkte berücksichtigen.<sup>1261</sup> Die ebenfalls in Berlin produzierte *Tägliche Rundschau* wurde zum offiziellen Organ der Besatzungsmacht und erschien weiter bis zum 30. Juni 1955.<sup>1262</sup>

Widersprüchlich sind bislang die pressehistorischen Angaben zur weiteren Entwicklung der *Deutschen Zeitung*, deren Ende meist auf den 10. Juni 1945 datiert wurde.<sup>1263</sup> Anders als in der Literatur zumeist beschrieben wurde die *Deutsche Zeitung* jedoch nicht eingestellt, sondern bekam ebenfalls eine andere Funktion. Nachdem die Redakteure von Stettin nach Waren umzogen waren und dort mit anderen politischen Aufgaben betraut wurden, verlegte die

<sup>1257</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 39.

<sup>1258</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 51.

<sup>1259</sup> Strunk 1996, S. 48.

<sup>1260</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 86f.

<sup>1261</sup> Mendelssohn 1982, S. 512.

<sup>1262</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 40; 61f.

<sup>1263</sup> Hering/Kohlmann 1979, S. 16, und Strunk 1996, S. 40, nannten eine Herausgabe in Waren vom 20.5.-10.6.45. Im selben Sinne auch Raue 1966, S. 79. Koszyk 1986, S. 330, zählt zwei Ausgaben der *Deutschen Zeitung*. Nach dem Zeitzeugen RAAB und Foitzik 1999, S. 198, wurde die Zeitung vom 20.5.-10.6.45 in Stettin herausgegeben. Die deutschen Mitarbeiter der Zeitung hatten zur kommunistischen »Initiativgruppe Sobottka« gehört, die nach van Melis 1999 ihre Tätigkeit am 6.5.45 in Stettin begann und am 6.6.45 nach Waren übersiedelte (vgl. van Melis 1999, S. 20; 28-31).

Armee die Redaktion in das niederschlesische Liegnitz.<sup>1264</sup> Dort wurde die Zeitung anschließend mit neuer Nummerierung ab Ende Juni 1945 für die deutsche Bevölkerung in den an Polen abzutretenden Gebieten hergestellt.<sup>1265</sup> Entsprechend der neuen politischen und damit auch finanzhoheitlichen Realitäten lautete die Preisangabe seither auf ›Złoty<sup>1266</sup> bzw. deren Untereinheit ›Groschen<sup>1267</sup>. Dass es sich bei dieser Zeitung um die Weiterführung der zuvor in Mecklenburg verteilten *Deutschen Zeitung* handelte, bestätigte neben RAAB<sup>1268</sup> auch ein Bericht der Hauptverwaltung der Sowjetarmee vom 5. Juli 1945, wonach eine der vier deutschsprachigen Armeezeitungen »für die Deutschen in Polen herausgegeben« wurde.<sup>1269</sup>

Die *Deutsche Zeitung* erschien in den neupolnischen Gebieten bis mindestens zum 17. Februar 1946.<sup>1270</sup> Sie enthielt Welt- und Deutschlandnachrichten und war sachlich gestaltet. Obwohl sie östlich der späteren polnischen Grenze vertrieben wurde, fanden sich in den wenigen im Rahmen dieser Arbeit untersuchten Nummern keine Meldungen aus diesen Gebieten. Soweit erkennbar war die Berichterstattung, vermutlich um die Umsiedlung der Deutschen zu unterstützen, ganz auf die Sowjetische Besatzungszone in Deutschland konzentriert. Die Meldungen kamen aus Schwerin, Potsdam, Dresden und Güstrow,<sup>1271</sup> eine Seite trug den Rubrikentitel ›Westlich von Oder und Neiße<sup>1272</sup> und nahm damit auf die neue Ostgrenze Deutschlands bezug. Um die Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus den unter polnische Verwaltung gelangten Gebieten zu fördern, gab es sachliche Nachrichtenblöcke, die die Überschrift ›Die Umsiedler in Deutschland<sup>1273</sup> trugen und über das Leben in Deutschland berichteten.

Neben diesen Zeitungen, deren Verbreitungsgebiet den Organisationsstrukturen der Roten Armee folgte, gelangte mindestens eine weitere sowjetische bzw. mit Unterstützung der Roten Armee produzierte Zeitung nach Deutschland: Zumindest im Raum Berlin wurde kurzzeitig

<sup>1264</sup> Vgl. Raab 1980, S. 2.

<sup>1265</sup> Der Untertitel lautete statt ›Frontzeitung für die deutsche Bevölkerung‹ nunmehr ›Herausgegeben von der Roten Armee für die deutsche Bevölkerung. Der Satzspiegel war nicht mehr 5- sondern nur noch 4-spaltig. Die Nummer 2 der neuen Fassung der *Deutschen Zeitung* erschien am 27.6.45. Ist die Zeitung wie vermerkt von Anfang an jeweils Mittwoch, Freitag und Sonntag erschienen, kam die erste Nummer mithin am 24.6.45 heraus.

<sup>1266</sup> Siehe *Deutsche Zeitung*, 4.7.45.

<sup>1267</sup> Siehe *Deutsche Zeitung*, 27.6.45.

<sup>1268</sup> Vgl. Raab 1980, S. 2.

<sup>1269</sup> Auskunft der Politischen Hauptverwaltung der Streitkräfte der UdSSR über die politische Arbeit unter der Bevölkerung Deutschlands, 5. Juli 1945, S. 8f. – Raue 1983 (S. 115f., Anm. 35) mochte die Zeitungen wegen der unterschiedlichen Nummerierung und Währung nicht als Fortsetzungen bezeichnen.

<sup>1270</sup> Im Bestand des IZM in Aachen befinden sich die Nr. 3 (75) vom 6.1.46 und die Nr. 21 (93) vom 17.2.46.

<sup>1271</sup> Siehe *Deutsche Zeitung*, 17.2.46.

<sup>1272</sup> Siehe *Deutsche Zeitung*, 6.1.46.

<sup>1273</sup> Siehe *Deutsche Zeitung*, 17.2.46.



das *Freie Deutschland* vertrieben.<sup>1274</sup> Die Sowjetarmee verteilte während der Kampfhandlungen Ende April 1945 einige hundert Exemplare dieser Zeitung der Exilbewegung »Nationalkomitee Freies Deutschland« in den östlichen Stadtbezirken,<sup>1275</sup> im Mai ließen die Berliner Stadtbezirkskommandanten die Zeitung in weiten Teilen der Hauptstadt vertreiben.<sup>1276</sup> Das Wochenblatt war vor allem für die propagandistische Beeinflussung der Deutschen außerhalb des Reiches gemacht worden<sup>1277</sup> und wurde eigentlich »unter den Kriegsgefangenen und den Fronttruppen Deutschlands verbreitet, nicht aber unter der deutschen Bevölkerung der von der Roten Armee besetzten Gebiete«. <sup>1278</sup> Mit der deutschen Niederlage verlor diese Zeitung ihre propagandistischen Aufgabe, die vor allem darin bestanden hatte, die gegnerischen Soldaten zur Kapitulation und Zusammenarbeit zu bewegen. Bereits im März 1945 hatte das Zentralkomitee der KPdSU angesichts der absehbaren deutschen Niederlage eine Reduzierung der Auflage von 500 000 auf nur noch 20-30 000 Exemplaren empfohlen.<sup>1279</sup> Ab Juni 1945 wurde das *Freie Deutschland* zur Zeitung für die Kriegsgefangenen umgewidmet und diente fortan nicht mehr an der Front, sondern in den Lagern der psychologischen Beeinflussung.<sup>1280</sup> Auch das *Freie Deutschland* beteiligte sich wie die anderen Armeebblätter an der Aufbaupropaganda, litt jedoch wegen der Herstellung in der UdSSR unter Aktualitätsproblemen.<sup>1281</sup> Die Zeitung erschien noch bis zum 3. November 1945 und gelangte in Einzelstücken auch nach Sachsen.<sup>1282</sup>

Inwieweit Anfang Mai 1945 – wie von den *Buchenwalder Nachrichten* gemeldet – täglich eine Berliner Ausgabe der *Pravda* verteilt wurde, war bislang nicht zu klären.<sup>1283</sup>

Vergleicht man die Erscheinungsdauer der von den einzelnen Heeresgruppen herausgegebenen Zeitungen, war die Herausgabe der »Frontzeitungen« und der ihnen vorangegangenen Nachrichtenblätter offenbar nicht aufeinander abgestimmt: Zwar erfolgte die Gründung der sowjetischen Tageszeitungen meist im Anschluss an die Einstellung bzw. anstelle der Nachrichtenblätter, lief aber zuweilen auch parallel. In Mecklenburg starteten *Nachrichtenblatt* und

<sup>1274</sup> Zu dieser Zeitung vgl. insbesondere auch die Untersuchung von Petrick 1979.

<sup>1275</sup> Am 25.4.45 in den Stadtbezirken Köpenick, Friedrichshagen, Rahndorf, am 30.4.45 erneut in östlichen Stadtbezirken (vgl. Scheel 1979, S. 693 sowie die Meldung in den *Buchenwalder Nachrichten*, 9.5.45 (Ritscher 1983, S. 52)).

<sup>1276</sup> Vgl. Scheel 1979, S. 693.

<sup>1277</sup> Vgl. Petrick 1979, S. 56ff.

<sup>1278</sup> Aufzeichnung des Leiters und des Ersten Stellvertretenden Leiters der Abteilung für internationale Information des ZK der KPdSU(B), März 1945, in: Bonwetsch/Bordjugov/Naimark 1997, S. 7.

<sup>1279</sup> Vgl. Aufzeichnung des Leiters und des Ersten Stellvertretenden Leiters der Abteilung für internationale Information des ZK der KPdSU(B), März 1945, in: Bonwetsch/Bordjugov/Naimark 1997, S. 7.

<sup>1280</sup> Vgl. Morré 2001, S. 179ff.

<sup>1281</sup> Vgl. Petrick 1979: 91ff. Petrick liefert eine genaue Analyse der Inhalte des *Freien Deutschlands*.

<sup>1282</sup> Die Zeitung wurde am 19.7.43 gegründet (vgl. Raue 1966, S. 68; ZDB-ID 575163-9.) Die Nr. 21 vom 24.5.45 befindet sich im Stadtarchiv Chemnitz (Mitteilung Stadt Chemnitz, Stadtarchiv, Frau Dudek, 14.10.98).

<sup>1283</sup> Vgl. *Buchenwalder Nachrichten*, 4.5.45.

*Deutsche Zeitung* am 18. und 20. Mai kurz nacheinander und stellten ihre Berichterstattung jeweils in der zweiten Juni-Hälfte wieder ein. Die Bevölkerung blieb danach bis zum Erscheinen der kommunistischen *Volkszeitung* am 13. Juli 1945 vollständig ohne Zeitungen. Dagegen wurde das Hallesche *Nachrichtenblatt* zur gleichen Zeit wie die Halleschen Ausgabe der *Volkszeitung* hergestellt, so dass für die Bevölkerung der dortigen Region ebenfalls zwei Zeitungen erschienen. Die von Region zu Region bestehenden Unterschiede weisen auf eine wenig stringente Pressepolitik hin.

#### 5.4 Die deutsche Presse in der frühen sowjetischen Besatzungszeit

Seit den 60er Jahren gilt in der Pressegeschichte, dass die Medienlandschaft zwischen Elbe und Oder bis zum Juni 1945 lediglich durch die sowjetischen Heeresgruppenzeitungen und einen vollständigen Blackout deutscher Zeitungen geprägt war. Im Mai 1945 habe es »überhaupt keine in deutschem Namen erschienene Zeitung« gegeben.<sup>1284</sup> Nach diesem von RAUE als »Vakuum«<sup>1285</sup> bezeichneten Presseblackout und nach dem Erscheinen von sowjetischen Militärblättern sei am 13. Juni 1945 als erste deutsche Zeitung das kommunistische Zentralorgan *Deutsche Volkszeitung* gefolgt, einige Wochen später die Presse der anderen neu oder wieder gegründeten Parteien SPD, CDU und LDP/Demokratische Partei. Nach bisheriger Auffassung erfolgte der Pressenaufbau entsprechend des Neuaufbaus der Parteien »von oben«,<sup>1286</sup> so dass erst nach den überregionalen Parteizeitungen mit einiger Verspätung eine Parteipresse auf Länder- und danach auf kommunaler Ebene entstanden sei.<sup>1287</sup>

Die Presstätigkeit »von unten« in den Städten und Gemeinden wurde dabei nicht weiter wahrgenommen, obwohl RAUE bereits in einer Fußnote<sup>1288</sup> einen Hinweis auf jene Handvoll von Zeitungen gegeben hatte, die auf lokaler Ebene erschienen waren, denen wissenschaftlich jedoch nicht weiter nachgegangen wurde, obwohl sich ihre Spuren sporadisch immer wieder auch in den Werbehandbüchern und Zeitungslisten jener Zeit fanden.<sup>1289</sup> Die lokalen Blätter,

<sup>1284</sup> Strunk 1996, S. 17.

<sup>1285</sup> Raue 1983, S. 47. Eine entsprechende Gleichsetzung von westalliiertem und sowjetischem Vorgehen bei Strunk 1996, S. 63.

<sup>1286</sup> Vgl. Koszyk 1986, S. 337.

<sup>1287</sup> Vgl. Koszyk 1986, S. 337ff.; Koszyk 1999, S. 48.

<sup>1288</sup> Vgl. Raue 1983, Anm. 114, S. 229f.

<sup>1289</sup> Vgl. etwa BWD 1946, Sperlings<sup>62</sup>1947; Verzeichnis der Zeitungen, Zeitschriften und Fachblätter sämtlicher Besatzungszonen Deutschlands (1946).

die im Frühjahr 1945 für kurze Zeit nicht nur im westalliierten, sondern auch im sowjetischen Machtbereich erschienen, blieben so bislang im Dunkeln.

Als in den Städten und Gemeinden der Wiederaufbau des öffentlichen Lebens anlief, konnte dies nur dezentral und ohne Rücksicht auf zentralistische Politikvorstellungen erfolgen.<sup>1290</sup> In den sich wieder organisierenden Städten und Gemeinden bestand die Notwendigkeit, möglichst schnell die Kommunikation zwischen der sowjetischen Besatzungsmacht und der deutschen Bevölkerung sowie zwischen der deutschen Zivilverwaltung und der deutschen Bevölkerung in Gang zu bringen, wozu sich periodische Veröffentlichungen anboten. Während die vom sowjetischen Militär seit Mai 1945 herausgegebenen »Frontzeitungen« und auch die im Verlaufe des Juni 1945 entstandenen zentralen Parteiblätter<sup>1291</sup> zwar für die Information über das nationale Geschehen sowie allgemeine Gesetze und Befehle ausreichten, konnten diese überregionalen Zeitungen die in den Kommunen bestehenden Informationsbedürfnisse nicht befriedigen:<sup>1292</sup> Die in Berlin neu entstandene Militärpresse und die ab dem 10. Juni 1945 erlaubten Parteizeitungen waren überregional ausgerichtet und deshalb sowohl für die Kommunikation zwischen den örtlichen Militärkommandanturen und der Zivilbevölkerung, als auch für die Kommunikation unter der örtlichen Bevölkerung ungeeignet. Wichtige Bekanntmachungen wie etwa zur Wiederaufnahme des Zugverkehrs in die Nachbarorte, die Länge der Ausgangssperren oder über die Zuteilungsperioden und -mengen von Lebensmitteln ließen sich nur über lokale Zeitungen verbreiten.

In den Kommunen hatten sich bei Kriegsende kommunistische oder überparteiliche Gruppierungen gegründet, von denen ein großer Teil der politischen Aktivitäten ausging. Sie gaben sich Namen wie »antifaschistische Front«,<sup>1293</sup> »Notgemeinschaft«,<sup>1294</sup> »rote Miliz«<sup>1295</sup> oder »Ortsgruppe des Nationalkomitees Freies Deutschland.«<sup>1296</sup> Als Keimzellen des Widerstands und des politischen Neuaufbaus waren diese Gruppen sowohl in Ost- wie Westdeutschland entstanden, als die von deutschen Exilkommunisten und der Moskauer Partei- und Armeeführung kontrollierte Kriegsgefangenenbewegung »Nationalkomitee Freies Deutsch-

<sup>1290</sup> Zu den dabei von unten gewachsenen politischen Strukturen vgl. Leonhard o.J., S. 382ff.

<sup>1291</sup> Siehe Kap. 6.2.

<sup>1292</sup> Zu den kommunalen Kommunikationsbedürfnissen in der Nachkriegszeit siehe Kap. 4.4.5 und 5.4.

<sup>1293</sup> So etwa in Hohenstein-Ernstthal oder Chemnitz (siehe »Hier spricht die Antifaschistische Front!« In: *Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt*, 23.5.45; *Mitteilungen der Antifaschistischen Front*, Chemnitz, 27.5.45).

<sup>1294</sup> So etwa die Bezeichnung in Oelsnitz (siehe »Einwohnerversammlung der Notgemeinschaft zu Oelsnitz«, *Oelsnitzer Volksbote und Hartensteiner Zeitung*, 2.7.45).

<sup>1295</sup> So in Waren/Müritz (»Befehl Nr. 1«, in: *Die rote Fahne, Müritz*, 10.5.45).

<sup>1296</sup> So in Wurzen (siehe »Amtliche Bekanntmachungen des Oberbürgermeisters der Stadt Wurzen und des Nationalkomitees Freies Deutschland«, *Wurzener Tageblatt*, 12.6.45) oder in Berlin-Charlottenburg (vgl. Leonhard o.J., S. 382).

land<sup>1297</sup> über das Radio zur Bildung von Volksausschüssen aufrief.<sup>1298</sup> Von diesen Gruppierungen wurden die Selbstbefreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus erwartet.<sup>1299</sup> Als die Rote Armee Deutschland besetzte, traf sie »auf ein ganz breites Spektrum von Ausschüssen, die teilweise eine kampflose Besetzung erleichtern wollten, in unterschiedlichen Formen Selbsthilfe organisierten oder gar [...] die Zeit reif für den Übergang zu einem Sowjet-Deutschland wähten.«<sup>1300</sup> Sie entstanden unabhängig voneinander aufgrund paralleler lokaler Bedürfnisse, »die sich auf die Beseitigung des Faschismus, die Lösung der dringendsten Versorgungsprobleme und die Verbürgung einer elementaren Ordnung richteten.«<sup>1301</sup> Mitte Februar 1945 hatte die Rote Armee beschlossen, diese Komitees in den besetzten Gebieten als »vorläufige Hilfsorgane« zu akzeptieren.<sup>1302</sup>

Nach NIETHAMMER/BORSODRF/BRANDT 1976 ging die Gründungsinitiative häufig von Mitgliedern der alten Gewerkschaften und der Arbeiterparteien aus, wobei sich bürgerliche Kräfte zumeist nur am Rande betätigten.<sup>1303</sup> Die frühere Parteizugehörigkeit der Aktivisten spielte jedoch zumindest bis zum Juni 1945 keine wesentliche Rolle bei der gemeinsamen Arbeit.<sup>1304</sup> Die »Antifaschistische Front« in Hohenstein-Ernstthal bezeichnete sich etwa als unabhängig von Parteiströmungen als ein »Sammelbecken aller Männer und Frauen, die sich zum rücksichtslosen Kampf gegen Faschismus und Reaktion bekennen. Sie umfaßt Angehörige aller Parteien, die diese Auffassung zur Grundlage ihrer politischen Arbeit gemacht haben.«<sup>1305</sup> Diese Komitees, die meist parallel zu den Stadt- und Kreisverwaltungen bestanden, nahmen auch polizeiliche Aufgaben wie das Registrieren von Waffen, Schreibmaschinen und Radiogeräten wahr.<sup>1306</sup>

Insbesondere in denjenigen Städten im südsächsischen Raum, die wie der Kreis Schwarzenberg gar nicht besetzt worden waren oder die wie der Kreis Stollberg nur über eine schwache Präsenz von US-Militärs verfügten und die in der Folge weitgehend ohne übergeordnete alliierte Regierungsgewalt blieben,<sup>1307</sup> kam diesen Komitees eine grundlegende Verwaltungs- und Ordnungsfunktion zu. Nach dem Zusammenbruch der Zentralgewalt waren diese

<sup>1297</sup> Vgl. Babičenko 1995, S.81ff. Zur Steuerung des NKFD über das dem sowjetischen Partei- und Staatsapparat unterstehende »Institut 99« vgl. genauer Morré 2001.

<sup>1298</sup> Vgl. Niethammer/Borsdorf/Brandt 1976, S. 198ff.; Vsevolodov 1995, S. 121ff. Padover (1999, S. 14) weist dem Sender weite Verbreitung zu: »Die meisten Leute hören BBC und Moskau, besonders den Sender Freies Deutschland.«

<sup>1299</sup> Vgl. Doernberg 1987, S. 322

<sup>1300</sup> Niethammer/Borsdorf/Brandt 1976, S. 200.

<sup>1301</sup> Niethammer/Borsdorf/Brandt 1976, S. 704.

<sup>1302</sup> Morré 2001, S. 162.

<sup>1303</sup> Vgl. Niethammer/Borsdorf/Brandt 1976, S. 703f.

<sup>1304</sup> Vgl. Niethammer/Borsdorf/Brandt 1976, S. 705f.

<sup>1305</sup> »Hier spricht die Antifaschistische Front!« In: *Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt*, 23.5.45.

<sup>1306</sup> Siehe dazu die Anordnungen und Befehle in: *Die rote Fahne*, Waren, 9.-12.5.45. Für die Überlassung von Kopien danke ich dem Stadtarchiv Waren.

Gebiete besonders von Plünderungen und marodierenden Soldaten bedroht.<sup>1308</sup> Angesichts der unklaren Rolle der Besatzungsmächte entstand in den Kommunen eine Selbstverwaltung, die relativ losgelöst von jeder zentralen Regierungsmacht agierte. So informierte etwa der *Oelsnitzer Volksbote* die Leserschaft in einem Zeitungskommentar, dass die Regierungsgewalt von unten aufgebaut werde und die alliierte Militärverwaltung lediglich begrenzten Einfluss ausübe:<sup>1309</sup> »Ein Teil der Bevölkerung ist der Meinung, daß die Besatzungsmächte die Regierungsgewalt ausüben. Ein anderer Teil neigt zu der Ansicht, daß wir in Deutschland überhaupt keine Regierung mehr haben. Beides trifft nicht zu.«<sup>1310</sup> Die Staatsgewalt läge nunmehr auf kommunaler Ebene, weshalb sich »in vielen Zweigen der Verwaltung, des Staates und der Gemeinden eine neue Regierungsform herausbildet [...], indem antifaschistische Gruppen aus der Bevölkerung Organe bildeten, die sich kraft der veränderten Verhältnisse Regierungsgewalt aneigneten«.<sup>1311</sup> Die Verwaltung werde – durch Anordnungen der Besatzungsmacht lediglich grob beeinflusst – von Ort zu Ort unterschiedlich mal von der bisherigen Kommunalverwaltung weitergeführt, mal von den neu entstandenen Selbstverwaltungsorganen übernommen.<sup>1312</sup>

In solchen Umbruchsituationen kann die Presse unterschiedliche wichtige Aufgaben erfüllen. Einerseits können Zeitungen die für die öffentliche Ordnung und Versorgung in den Städten und Gemeinden notwendigen Bekanntmachungen und lokalen Informationen verbreiten, sie können um Vertrauen zu den Besatzungstruppen werben und der Bevölkerung angesichts des deutschen Zusammenbruchs Orientierung geben.<sup>1313</sup> Eine breite politische Berichterstattung unter Beteiligung der Bevölkerung bietet in einer zerstörten Gesellschaft zudem die Möglichkeit, die politische Willensbildung und den politischen Wiederaufbau zu fördern. Als Mittel der Diskussion und des Gedankenaustauschs können Zeitungen im Idealfall dazu beitragen, in der Kontroverse neue Vorstellungen einer zukünftigen Gesellschaft zu entwickeln und einen

<sup>1307</sup> Zu den Einflussgebieten der Besatzungsmächte siehe Kap. 3.

<sup>1308</sup> Zu den Problemen, die öffentliche Ordnung zu garantieren, siehe insbesondere Stoll 1995.

<sup>1309</sup> In dem Gebiet hatte es zwar unterschiedliche Informationen über die neue Regierung gegeben, letztendlich blieb der Landkreis jedoch auf Eigeninitiative angewiesen. Die Stadt Oelsnitz war vom 5. bis 12. Mai von amerikanischem Militär besetzt gewesen (vgl. »Aus der Heimat«, in: *Oelsnitzer Volksbote*, 17.5.45), die außerdem am 12. Mai für den gesamten Landkreis Stollberg einen Landrat eingesetzt hatten (vgl. »Heinrich Bley - Landrat im Kreise Stollberg«, in: *Oelsnitzer Volksbote*, 17.5.45). Die Bevölkerung war darüber hinaus darüber informiert worden, dass der Landkreis wie alle Gebiete westlich des 13. Längengrades »unter amerikanischer Oberhoheit« standen (»Kreis Stollberg unter amerikanischer Oberhoheit«, in: *Oelsnitzer Volksbote*, 17.5.45). Jedoch hatte sich das Gebiet bis zum Einrücken der Roten Armee Mitte Juni selbst zu verwalten.

<sup>1310</sup> »Wer regiert?« In: *Oelsnitzer Volksbote und Hartensteiner Zeitung*, 6.6.45.

<sup>1311</sup> »Wer regiert?« In: *Oelsnitzer Volksbote und Hartensteiner Zeitung*, 6.6.45.

<sup>1312</sup> Siehe »Wer regiert?« In: *Oelsnitzer Volksbote und Hartensteiner Zeitung*, 6.6.45.

<sup>1313</sup> Siehe zur westalliierten Phase Kap. 4.2 und insbesondere 4.4.5.

selbstbestimmten Aufbau kommunaler Strukturen zu fördern.<sup>1314</sup> Die in den Zeitungen geäußerte Kritik am NS-Staat und die in öffentlichen Diskussionen deutlichen politischen, moralischen oder sozialen Vorstellungen können helfen, einen Konsens über die moralischen Grundlagen des Neuaufbaus zu entwickeln.<sup>1315</sup> In Umbruchsituationen gerät mit der zusammengebrochenen zentralstaatliche Macht auch die lokale Macht ins Wanken, was auch dort die Chance zu einem politisch Aufbruch bietet. In dieser Situation können neue Zeitungen entstehen, die einem politischen Neuanfang die notwendige Glaubwürdigkeit verleihen. Andererseits werden die bestehenden Verlage gezwungen, ihre Zeitungen inhaltlich und auch personell soweit anpassen bzw. erneuern, dass sie als öffentlicher Raum für neue Themen und Positionen akzeptiert werden.<sup>1316</sup>

In Ostdeutschland war diese gesellschaftliche Funktion der Medien von der Akzeptanz einer Besatzungstruppe abhängig, für die politische Debatten über den Neuaufbau nicht zu den primären Aufgaben gehörten. Die sowjetischen Kommandeure arbeiteten mit den lokalen Komitees in der Regel zusammen,<sup>1317</sup> in vielen Städten fehlten diese Komitees jedoch, zudem bestanden bei den Kommandanten unterschiedliche Vorstellungen vom Umgang mit den Deutschen und vom Umgang mit deutschen Medien.<sup>1318</sup> In der Folge kam es deshalb in den ersten Wochen nach der Eroberung vielerorts zu Schließungen und Demontagen von Zeitungsverlagen und zu Misshandlungen des Personals, andernorts konnten dagegen bereits kurz nach der Kapitulation mit sowjetischer Genehmigung wieder einige deutsche Lokalzeitungen erscheinen.

Bei einem Teil dieser Zeitungen handelte es sich um Neugründungen, ein anderer Teil konnte aber auch auf eine lange Tradition als Tageszeitung zurückblicken. Diese Traditionszeitungen wurden entweder nach einer Erscheinungspause von der sowjetischen Militärverwaltung genehmigt oder sie waren bereits unter der westalliierten Militärherrschaft erschienen und wurden im Zuge des Besatzungswechsels mit sowjetischer Genehmigung weiter geführt.

---

<sup>1314</sup> Was Jonscher (1995, S. 474ff.) für die heutige Lokalzeitung beschreibt, gilt für eine Zeitung in einer Krisensituation umso mehr.

<sup>1315</sup> Zu den gesellschaftlichen Funktionen lokaler Medien vgl. Jonscher 1995, S. 124ff.

<sup>1316</sup> Gerade in Umbruchsituationen ist das Mediensystem sehr offen, was einerseits das Neuentstehen von Massenmedien, andererseits aber auch das Aufgreifen neuer Themen durch etablierte Medien befördert (vgl. Klaus 1995, S. 429f.).

<sup>1317</sup> Vgl. Niethammer/Borsdorf/Brandt 1976, S. 200.

<sup>1318</sup> Siehe Kap. 5.4.

### 5.4.1 Lokale Zeitungsneugründungen

Ein Teil der nach der Kapitulation erschienenen Zeitungen waren Neugründungen, die meist auf die bei Kriegsende entstandenen antifaschistischen Komitees und andere lokale politische Initiativen zurückgingen. Die Herausgabe dieser Zeitungen erfolgte nach der Besetzung ausnahmslos mit Wissen und mit der Genehmigung örtlicher sowjetischer Militärbefehlshaber.

Die meisten dieser Neugründungen ließen sich in Sachsen nachweisen. Mit dem Einzug des sowjetischen Stadtkommandanten in Meißen am 11. Mai 1945 musste beispielsweise die gesamte Bevölkerung mit Ausnahme der neu ernannten Ratsmitglieder die Radios abgeben,<sup>1319</sup> was einerseits die Möglichkeiten der breiten Versorgung mit Nachrichten verschlechterte. Andererseits bekam die Kommunistische Partei der Stadt die Erlaubnis, den Verlagsbetrieb des 1802 gegründeten *Meißner Tageblattes* zur Herausgabe einer neuen Tageszeitung namens *Volksstimme* zu nutzen.<sup>1320</sup> In Weißwasser erschien Anfang Juni das *Volks-Echo*, in Pirna produzierte das dortige »Ortskomitee Pirna für Pirna und Umgebung« Mitte Mai 1945 ein Organ namens *Neue Zeit*.<sup>1321</sup>

Außerhalb Sachsens ließ sich lediglich im mecklenburgischen Waren und im anhaltinischen Coswig eine deutsche Zeitung nachweisen. Das Warener Blatt bekam den Namen *Die rote Fabne*<sup>1322</sup> und hieß damit wie das frühere Zentralorgan der KPD. Auch in Waren musste die Bevölkerung ihre Radios abgeben,<sup>1323</sup> was auch dort die Bedeutung der neuen Zeitung erhöhte. Diese Zeitungsneugründung erfolgte durch »Antifaschisten im Namen der »roten Miliz««,<sup>1324</sup> die im Auftrag des Stadtkommandanten<sup>1325</sup> bzw. auf Weisung des sowjetischen Kulturoffiziers agierten.<sup>1326</sup> Die Zeitung in Coswig hieß ebenfalls *Rote Fabne*.<sup>1327</sup>

Die Neugründungen zeigten bereits durch die Namenswahl eine Nähe zu kommunistischen Gesellschaftsvorstellungen, doch blieben die politischen Programme zumeist schemenhaft. Die Warener *Rote Fabne* trug im Zeitungskopf einen Stern mit Hammer und Sichel und wendete sich laut ihrem Untertitel an die »schaffende Bevölkerung Warens« (Abb. 25, S. 225), wobei diese Insignien jedoch äußerlich blieben. Das kleinformatige Nachrichtenblatt enthielt

<sup>1319</sup> Siehe »Achtung, Radioabgabe!« In: *Volksstimme*, Meißen, 11.5.45.

<sup>1320</sup> Siehe »Ein Wort an alle Leser der Volksstimme«, in: *Volksstimme*, Meißen, 11.5.45.

<sup>1321</sup> *Neue Zeit. Organ des Ortskomitees Pirna für Pirna und Umgebung* (Mitteilung Stadtverwaltung Pirna, Stadtarchiv, Frau Petzold, 22.3.99).

<sup>1322</sup> *Die rote Fabne* Nr. 1-4/9.-12.5.1945. Für die Überlassung von Kopien danke ich der Sammlung des Stadtgeschichtlichen Museums Waren.

<sup>1323</sup> Siehe »Befehl Nr. 1«, in: *Die rote Fabne*, Müritzt, 10.5.45

<sup>1324</sup> Raue 1983, S. 111f. (dort Anm. 30).

<sup>1325</sup> Vgl. *Die rote Fabne*, 10.5.1945, S. 2.

<sup>1326</sup> Bericht eines Augenzeugen, in: Schultz-Naumann 1989, S. 182-185; hier 184.

zwar kommentierende Beiträge, die zur Überwindung von Nationalsozialismus und Militarismus aufforderten und die militärischen Erfolge der Sowjetunion herausstellten.



# Die rote Fahne



Nachrichtenblatt für die schaffende Bevölkerung Warens

Erscheint an allen Werktagen

Nr. 4

Waren (Müritz), Sonnabend, 12. Mai 1945

## Verräter am deutschen Volke

Die in Nichterfüllung an der Kapitulation noch kämpfenden Wehrmachtteile im Gebiet der Tschechoslowakei und in der Nordwestecke Jugoslawiens stehen unter dem Oberbefehl des Nazi-Generalfeldmarschalls Schörner. Diese Kräfte haben sich jetzt durch ihr verräterisches Handeln außerhalb des Krieges gestellt und werden bei ihrer Aufbringung von den Truppen der Roten Armee bzw. Marschall Tito als Freischärler behandelt. Größere Teile haben im Laufe des heutigen Tages bereits die Waffen gestreckt.

Ein Sprecher der tschechoslowakischen Regierung berichtet über die letzten Tage der Nazi-Herrschaft: „Am 5. Mai erhoben sich die tschechischen Freiheitskämpfer, um Prag zu befreien. Das Wichtigste war zunächst, den Sender in die Hand zu bekommen. Das Gebäude wurde gestürmt und die aus 40 Mann bestehende Wache wurde kämpfend von Zimmer zu Zimmer bis in den Keller getrieben. Kurz danach gab Radio Prag die ersten Funkprüche ab. Das größte Problem war das Beschaffen von Waffen. Die Prager Polizei schloß sich den Freiheitskämpfern an und eroberte zunächst zwei deutsche Panzer. Andere Waffen wurden deutschen Soldaten entzogen. Es entstanden heftige Häuserkämpfe in deren Verlauf H-Panzer und H-Infanterie in den Kampf geworfen wurden. Die H-Banditen umstellten ganze Häuserblöcke und erschossen die zusammengedrängten männlichen Hausbewohner auf der Straße. Am Masaryk-Bahnhof wurden 60 Einwohner der Stadt in Reihen zu 10 aufgestellt und von der H durch Genickschuß liquidiert. Die H-Soldateska griff Frauen und Kinder an, die sie teilweise vor ihren Panzern hertrieben, teilweise auf die Panzer aufsitzen ließen, um so gegen die Freiheitskämpfer vorgehen zu können. Ein Soldat, so berichtet der Sprecher der Regierung weiter, hätte sich rechts und links mit zwei Kindern bewaffnet, um sie als Kaputtschilde zu benutzen. Nach seiner erfolglosen Abmachung über Einstellen des Kampfes führte die H den Terror trotzdem weiter fort. Panzer schossen das alte ehrwürdige Rathaus und ein großes Hospital in Brand. Beim Rückzug aus der Stadt nahmen die H-Soldaten die Fenster der Wohnhäuser unter Infanteriefire. Der Kampf im Raum um Prag hält noch an. So erfüllt der wahnsinnige Nazi-Feldmarschall Schörner die vom Oberkommando unterzeichnete Kapitulation! Er opfert noch nach Kriegeschlus Hunderte von Menschenleben und zerstört wertvolles Volksgut. Schörner und seine Mitarbeiter sind Verräter und Verbrecher am deutschen Volk!

### Der letzte Wehrmachtbericht

Der letzte Bericht des Nazi-Oberkommandos, der am 9. Mai 1945 durch den Sender Glensburg der Welt mitgeteilt wurde, ist ein typisches Beispiel für die Mentalität der Nazi-Nachhaber. Er beginnt damit, daß ein Panzeroffizier die Amerikaner zum Gläubigen mit Schwertern bekommen hat, was er nicht hätte können, konnte natürlich nicht gesagt werden, wahrscheinlich hat Herr Dönitz vor dem Mikrofon des Radio Glensburg den Dänen aus

der Tasche gezogen. Weiter spricht dieser letzte Wehrmachtbericht von dem heldenhaften Ringen, das nun zu Ende gegangen sei, das große Erfolge, aber auch Niederlagen gebracht habe. Der deutsche Soldat habe mit dem heldenhaften Einsatz für sein Volk für immer Unvergessliches geleistet. Ein blühendes Land liegt in Trümmern, ein ganzer Kontinent blüht aus tausend Wunden — Glend, Not und Verzweiflung hat sich über die Völker gelegt — und das deutsche Oberkommando spricht von unvergesslichen Leistungen des Militarismus! Wahrlich, die deutschen Militaristen haben aus den Ereignissen nichts gelernt!

### Molotow zur Beendigung des Krieges

Der Sowjetaußenkommissar Molotow hielt anläßlich der deutschen Kapitulation in San Franzisko eine Rede. Er sagte unter anderem: „Heute ist in Moskau die Kapitulation Nazi-Deutschlands bekannt gegeben worden. . . . unsere Gedanken sind bei denjenigen, die durch Opfermut und unvergängliche Heldentaten den Sieg über Hitler-Deutschland errungen haben. . . . Am Tage des räuberischen Überfalls Deutschlands auf die Sowjetunion stellte Stalin fest, daß unsere Sache eine gerechte sei, daß der Feind geschlagen und der Sieg unser sein werde. Das haben wir nach langem Kampf erreicht und das Volk hat dafür alle seine Kräfte eingesetzt. Gemeinsam mit unseren Verbündeten haben wir es vollbracht. Der Sieg über den Hitlerfaschismus ist ein Ereignis von weltpolitischer Bedeutung. Unsere Aufgabe ist es nun den errungenen Erfolg fest zu verankern.“

### Kurznachrichten

Nach der Befreiung Prags traf dort, von der Bevölkerung jubelnd begrüßt, der tschechoslowakische Staatspräsident Dr. Benesch ein.

Eine weitere Vereinigung von alliierten Truppenteilen fand bei Graz statt. Es handelt sich um Teile der 8. britischen Armee, die im Vorstoß aus Italien mit der Roten Armee Fühlung aufgenommen haben.

Die gesamte schwedische Kriegs- und Handelsflotte ist zum Räumen der Minen in den Gewässern um Norwegen, Schweden und Dänemark eingesetzt worden, um wieder einen friedlichen Schiffsverkehr zu ermöglichen.

Generaloberst von Falkenhofst, Befehlshaber der deutschen Truppen in Norwegen und Dänemark, wurde gefangen genommen.

Der Luftgeneral Doolittle gab in London bekannt, daß die 8. amerikanische Bomberflotte zum Einsatz gegen Japan in den Pazifik-Raum verlegt worden ist. Diese Luftflotte war bisher zum Kampf gegen die Nazi-Luftwaffe und militärische Ziele Deutschlands eingesetzt.

Abbildung 25: Die rote Fahne, Waren/Müritz, 12. Mai 1945. 1328

Auch wollte die Zeitung den Monopolkapitalismus abschaffen, trat aber nicht explizit für den Aufbau einer an der Sowjetunion orientierten Gesellschaftsordnung ein.<sup>1329</sup> Daneben enthielt das Blatt örtliche Bekanntmachungen und internationale Meldungen. Anzeigen oder ein Unterhaltungsteil waren nicht enthalten.

Das *Volks-Echo* aus Weißwasser verkündete als seine Aufgabe, die politische Meinung zu beeinflussen und zu erziehen in einem ›Geleit‹ an die Leser: »Die uns gestellte Aufgabe ist, unserer Bevölkerung von Weißwasser und Umgegend eine Zeitung zu bieten, die mit dem faschistischen Zeug aufräumt, der Bevölkerung Schulung, Belehrung, Orientierung und Mitteilungen verschiedenster Art und das auf freier demokratischer Grundlage bietet.«<sup>1330</sup> In einem Leitartikel, der den Faschismus kommentierte, wurde deshalb mit Bezug auf Karl Marx das Ende der »imperialistischen Monopolkapitalisten« konstatiert. Auch hier blieben die Angaben zu den Vorstellungen von der politischen Zukunft Deutschlands jedoch insgesamt vage.<sup>1331</sup> Die Zeitung, die alsbald zur täglichen Erscheinungsweise übergehen wollte, jedoch nur in einer Nummer überliefert ist, enthielt neben diesen Meinungsbeiträgen einige Lokalmeldungen und einen Aufruf des Bürgermeisters, in dem die Bevölkerung zu Wiedergutmachung und Aufbauarbeit aufgefordert wurde.<sup>1332</sup>

Die einzige Zeitung, für die sich solche Versuche der politischen Lenkung nicht nachweisen ließ, waren die *Chemnitzer Nachrichten*. Ihren Hauptinhalt bildeten Bekanntmachungen zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie Nachrichten. Das Blatt, das »aus der nationalsozialistischen ›Chemnitzer Zeitung‹ hervorgegangen« war,<sup>1333</sup> druckte beispielsweise Sicherheitshinweise zur Wiederinbetriebnahme der Gasherde und veröffentlichte Bekanntmachungen zur Aufhebung der nächtlichen Verdunklungspflicht,<sup>1334</sup> zur Wiederaufnahme des Bahnverkehrs<sup>1335</sup> oder über eine bevorstehende Versammlung der Taxifahrer.<sup>1336</sup> Daneben riefen darin die neu eingesetzten Chemnitzer Bürgermeister die Bevölkerung auf, die Plünderungen einzustellen, das öffentliche und wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen sowie mit der Produktion von Nahrungsmitteln zu beginnen.<sup>1337</sup>

<sup>1329</sup> Siehe etwa »Wohin geht der Weg?« und »Marschall Stalin: Die Periode friedlicher Entwicklung hat begonnen«, in: *Die rote Fabne*, Waren, 11.5.45 oder »Das ist die Wahrheit! Und was wir nun zu tun haben«, in: *Die rote Fabne*, Waren, 10.5.45.

<sup>1330</sup> »Zum Geleit!« In: *Volks-Echo für die Stadt Weißwasser OL. und Umgegend*, 2.6.45.

<sup>1331</sup> »Der Faschismus und das Erbe«, in: *Volks-Echo für die Stadt Weißwasser OL. und Umgegend*, 2.6.45.

<sup>1332</sup> Siehe »Einwohner von Weißwasser!« In: *Volks-Echo für die Stadt Weißwasser OL. und Umgegend*, 2.6.45.

<sup>1333</sup> »Russen als Ordnungsmacht in Chemnitz«, in: *Oelsnitzer Volksbote und Hartensteiner Zeitung*, 23.5.45.

<sup>1334</sup> »Ab sofort braucht nicht mehr verdunkelt zu werden!« In: *Chemnitzer Nachrichten*, 10.5.45.

<sup>1335</sup> Siehe »Berufsverkehr auf der Eisenbahn«, in: *Chemnitzer Nachrichten*, 10.5.45.

<sup>1336</sup> Siehe »An die Betriebsführer der Taxibetriebe!« In: *Chemnitzer Nachrichten*, 10.5.45.

<sup>1337</sup> Siehe »Neugestaltung der Chemnitzer Stadtverwaltung. Aufrufe des vom Alliierten Oberkommando eingesetzten Bürgermeisters Dr. Ring und des kommissarischen Bürgermeisters Dr. Gleibe«, in: *Chemnitzer Nachrichten*, 10.5.45.

Diese Aufrufe waren zuvor zwar auch als ›Drahtfunk‹ über die Telefonkabel verbreitet worden,<sup>1338</sup> jedoch nicht in allen Teilen der Stadt zu empfangen gewesen.<sup>1339</sup>

Die im Chaos des Kriegsendes besonders wichtige Funktion der Zeitungen, die Bevölkerung über die Kapitulation und die damit zusammenhängenden einschneidenden nationalen und internationalen Entwicklungen zu informieren und dadurch Orientierung zu bieten, konnte die Zeitung aufgrund der kriegsbedingten technischen Probleme nur mit Verspätung erfüllen:

»Die Ereignisse haben sich so überstürzt, daß es heute noch nicht möglich ist, in allen Einzelheiten einen Ueberblick über das Geschehen dieser letzten Tage zu geben, vor allem auch deshalb, weil die gesamte Nachrichtenorganisation der Presse zerstört und dort, wo sie noch zum Teil vorhanden war, in Unordnung geraten ist. Ebenso aber, wie wir hoffen dürfen, daß das Leben unserer Stadt von Tag zu Tag wieder mehr in Ordnung kommen wird, ebenso wird sich die politische Lage in Bälde klarer überblicken lassen. Es wird unser Bemühen sein, sobald als möglich eine Darstellung des politischen Geschehens zu geben und damit die Unruhe zu beseitigen, die sich aus dem Abgeschnittensein von allen Nachrichten ergeben hat [...].«<sup>1340</sup>

Die Folge war, dass sich die Bevölkerung erst Tage nach Kriegsende schwarz auf weiß über die Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde,<sup>1341</sup> die Verhaftung von Nazi-Größen<sup>1342</sup> und die Entwicklungen auf den Kriegsschauplätzen im Pazifik informieren konnte (Abb. 26, S. 228).<sup>1343</sup>

Dass die Berichterstattung der *Chemnitzer Nachrichten* in einem sachlichen Nachrichtenstil erfolgte und in der Zeitung keine offensive Form der Agitation enthalten war, provozierte offenbar ein Flugblatt der örtlichen antifaschistischen Front. Ende Mai erschienen zusätzlich zu den *Chemnitzer Nachrichten* die *Mitteilungen der Antifaschistischen Front*. Dieses Blatt, deren Herausgeber wie andere derlei Komitees wieder »in engster Zusammenarbeit mit den Besatzungsbehörden und mit der antifaschistischen Stadtverwaltung« arbeiteten,<sup>1344</sup> lieferte eine Vielzahl von Aufrufen und Kommentaren zum Wiederaufbau und zur Vergangenheitsbewältigung.<sup>1345</sup>

<sup>1338</sup> Siehe »Russen als Ordnungsmacht in Chemnitz«, *Chemnitzer Nachrichten*, Extrablatt, o.Dat. [archivarisch handschriftlich ergänzt: 10.5.45]. – Beim Drahtfunk handelte es sich um eine Art Kabelradio, als das im Februar 1946 auch der RIAS Berlin begann (vgl. Kutsch 1999, S. 68-69).

<sup>1339</sup> Siehe »An unsere Leser!« In: *Chemnitzer Nachrichten*, 10.5.45.

<sup>1340</sup> »An unsere Leser!« In: *Chemnitzer Nachrichten*, 10.5.45.

<sup>1341</sup> Siehe »Die Unterzeichnung der Kapitulation«, in: *Chemnitzer Nachrichten*, 11.5.45.

<sup>1342</sup> Siehe »Göring in Gefangenschaft«, in: *Chemnitzer Nachrichten*, 11.5.45.

<sup>1343</sup> Siehe »Schwerer Luftangriff auf Japan« und »Auch Frankreich kämpft gegen Japan«, in: *Chemnitzer Nachrichten*, 11.5.45.

<sup>1344</sup> »Keine Einzelaktionen! Verhindert Plünderungen!« In: *Mitteilungen der Antifaschistischen Front*, 27.5.45.

<sup>1345</sup> Etwa »[...]werdet Antifaschisten des Herzens! Werdet antifaschistische Kämpfer! Wer passiv beiseite steht, ist unser Widersacher!« (»Freunde und Feinde«, in: *Mitteilungen der Antifaschistischen Front*, 27.5.45). – Trotzdem wurde die Zeitung vermutlich nach nur einmaligem Erscheinen eingestellt.



# Volkstimme

Allgemeines Organ der Städte Meissen und der Landgemeinden

Coswig, Lommatsch und Wilsdruff des Kreises Meissen

Es enthält sämtliche Bekanntmachungen der Behörden

der Städte und Landgemeinden des Kreises Meissen

Nr. 4 / Dienstag, den 15. Mai 1945

Verleger: Kommunistische Partei, Meissen

## Das Ende des faschistischen Krieges

### In den letzten Tagen verkündeten die Staatsmänner der nichtfaschistischen Nationen ihren Völkern die Waffenruhe — Hitlers faschistische Nachfolger haben bedingungslos kapituliert

Was im Westen hat nun auch das Ende des faschistischen Krieges verkündet. So immer es den einzelnen bedürftig mag, ist es für uns nur das Ende und in keinen Momenten kann anders gedeutet als das unumkehrbare Ende des faschistischen Krieges. Die deutsche Bevölkerung hat nun die Gewissheit der Konventionen gewonnen, die seit dem 20. Juli 1944 schon unter der Hand in den Kellern der Welt herrschen. Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann. Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann.

Warum hätte sie werden sollen, die Hitler mit seiner Verführung fertig gemacht hat. Er hat die Welt in einen Meeresschiffbruch versenkt. Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann. Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann.

Die rote Armee hat einen 2000 Kilometer langen Weg von Stalingrad bis Berlin zurückgelegt. Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann. Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann.

Hitler bemerkt, die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann. Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann.

### Was dem Willen der Nazis überwindlich ist, ist den Völkern nicht überwindlich

Das, was die Nazis überwindlich ist, ist den Völkern nicht überwindlich. Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann. Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann.

### Die russische Regierung hat geteufelt, das der Weg zum Sozialismus ein gesellschaftlicher Kampf ist

Die russische Regierung hat geteufelt, das der Weg zum Sozialismus ein gesellschaftlicher Kampf ist. Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann. Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann.

### Unserem persönlichen Empfinden nach wird jeder Tag und jede Nacht zu lang, aber in Gedanken mit Kämpfen kann nicht bezogen werden, was in Jahren geschehen ist

Unserem persönlichen Empfinden nach wird jeder Tag und jede Nacht zu lang, aber in Gedanken mit Kämpfen kann nicht bezogen werden, was in Jahren geschehen ist. Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann. Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann.

### Der Kampf ist nicht der Schicksal eines jeden Menschen, sondern der Schicksal der Menschheit

Der Kampf ist nicht der Schicksal eines jeden Menschen, sondern der Schicksal der Menschheit. Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann. Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann.

### Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann

Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann. Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann.

### Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann

Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann. Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann.

### Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann

Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann. Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann.

### Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann

Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann. Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann.

### Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann

Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann. Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann.

### Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann

Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann. Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann.

### Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann

Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann. Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann.

### Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann

Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann. Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann.

### Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann

Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann. Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann.

### Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann

Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann. Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann.

### Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann

Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann. Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann.

### Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann

Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann. Die Welt hat nun die Gewissheit gewonnen, dass die faschistische Welt nicht mehr bestehen kann.

Abbildung 27: Volkstimme, Meissen, 15. Mai 1945. 1347

Auch die *Volksstimme* aus Meißen bot die gesamte Palette der typischen Zeitungsinhalte inklusive eines Überblicks über das Weltgeschehen (Abb. 27, S. 229). Wie in den meisten anderen Zeitungen nahmen kommunale Angelegenheiten großen Raum ein. Der öffentliche Charakter der Zeitung zeigte sich auch darin, dass der Name *Volksstimme* auf einer öffentlichen Sitzung der neuen Stadtverwaltung festgelegt wurde.<sup>1348</sup> Die Zeitung fungierte wie ihr 1802 gegründeter Vorgänger *Meißner Tageblatt* als amtliches »Allgemeines Organ der Städte Meißen, Cosswig, Lommatzsch, und Wilsdruff, der Großgemeinde Weinböhlen und der übrigen Landgemeinden des Kreises Meißen«. Da die sowjetische Kommandantur beim Wiederaufbau der Stadtverwaltung dafür gesorgt hatte, dass lediglich die örtliche Kommunistische Stadt-Partei zugelassen wurde,<sup>1349</sup> fanden sich Parteigenossen auch in der Zeitung an führender Stelle: Zwischen Stadtverwaltung und Redaktion entstanden enge personelle Verbindungen, indem sowohl der Geschäftsführer des KP-Organs als auch der Redaktionsleiter zusätzlich der Presseabteilung der Stadtverwaltung vorstanden.<sup>1350</sup> In der Stadt hatte sich ein »Rat der Volkskommissare« gebildet, der »die Zeit reif für den Übergang zu einem Sowjet-Deutschland« hielt.<sup>1351</sup> Die politische Ausrichtung der Herausgeber spiegelte sich in den Texten: Die Redaktion veröffentlichte neben kommunalen Nachrichten<sup>1352</sup> an herausragender Stelle politische Aufrufe, die kommunistische Vorstellungen vom Neuaufbau Deutschlands verkündeten.<sup>1353</sup> Diese Zeitung hatte wie auch viele andere,<sup>1354</sup> die im Dienst antifaschistischer Ausschüsse oder Komitees standen, eine umfassende erzieherische Funktion, die bis in den Unterhaltungsteil reichte. Weil sie »einen guten Einblick in die Länder gestattet, die unter kapitalistischer Herrschaft stehen«,<sup>1355</sup> wurde in Fortsetzungen die sozialkritische Seemannsgeschichte »Das Totenschiff« von B. Traven abgedruckt. Dieser oberhalb des Anzeigenteils platzierte Roman nahm in der Zeitung jedoch keinen festen Raum ein, sondern diente offenbar auch als variables Füllmaterial.

Die enge Anbindung an die in Meißen das politische Leben beherrschende KPD führte dazu, dass nach wenigen Erscheinungstagen (vermutlich als angesichts von Papierknappheit die Nachfrage nicht mehr bedient werden konnte) Neuabonnements auf den Kreis kommu-

<sup>1348</sup> Siehe »2. öffentliche Sitzung der Stadtverwaltung«, in: *Volksstimme*, Meißen, 13.5.45

<sup>1349</sup> Vgl. Michelmann 2001, S. 205ff.; Foitzik 1999, S. 81.

<sup>1350</sup> Siehe »Die neue Stadtverwaltung gebildet« sowie das Impressum in: *Volksstimme*, Meißen, 13.5.45.

<sup>1351</sup> Niethammer/Borsdorf/Brandt 1976, S. 200.

<sup>1352</sup> Siehe etwa »Der Verkehr auf dem Rathaus« oder »Die neue Volkspolizei der Stadt Meißen«, in: *Volksstimme*, Meißen, 14.5.45.

<sup>1353</sup> Jeweils als Aufmacher: »Ein 1918 kommt nicht wieder!« In: *Volksstimme*, Meißen, 13.5.45; »Wo stehen die Feinde des deutschen Volkes? Augen auf, Antifaschisten! - Seid wachsam, Arbeiter von Meißen!« In: *Volksstimme*, 16.5.45; »Untergang des Faschismus! Deutschland mußte bluten, um daß sie leben konnten.« In: *Volksstimme*, Meißen, 17.5.45; »Tod und Teufel den Kriegsverbrechern! Millionen klagen an«, in: *Volksstimme*, Meißen, 18.5.45; »Das deutsche Volk soll und wird leben. Der Faschismus muß vernichtet werden«, in: *Volksstimme*, Meißen, 19.5.45.

<sup>1354</sup> Siehe unten die Ausführungen zu den nach dem Krieg wieder entstandenen alteingesessenen Blättern.

nistischer Aktivisten beschränkt wurden: »Neue Bezieher der ›Volksstimme‹ werden grundsätzlich abgelehnt. Es wird nur den Genossen eine Bestellung in den bekannten Verteilungsstellen gestattet, die sich in unseren Funktionärsapparat einschalten.«<sup>1356</sup>

#### 5.4.2 Wiedergründung traditioneller Zeitungen

Neben solchen *Neugründungen* kam es unter der sowjetischen Herrschaft auch zu *Wiedergründungen* traditioneller Lokalzeitungen. Wie die Neugründungen waren auch die Wiedergründungen von mit langer Tradition ausgestatteten Nachkriegszeitungen auf Sachsen beschränkt.<sup>1357</sup> Diese Zeitungen, die in der Regel schon vor dem Krieg und vor der Machtergreifung amtliche Funktionen inne gehabt hatten, erfüllten diese auch gegenüber den neuen kommunalen Verwaltungen und den antifaschistischen Komitees oder der KPD.

Ein Teil der von den Sowjets genehmigten Zeitungen konnte so auf eine mehr als einhundertjährige Tradition zurückblicken. Zu diesen Zeitungen gehörte etwa das 1807 gegründete *Annaberger Tageblatt*, das vor der Machtergreifung noch als ›rechts/national« firmierte und auch während der NS-Zeit nicht schließen musste.<sup>1358</sup> Das *Tageblatt*, 1941 mit der *Obererzgebirgischen Zeitung* aus Buchholz zusammengelegt, war Anfang Mai 1945 lediglich vorübergehend nach dem »Ausbleiben von amtlichen Nachrichten und widersprechender Meldungen der deutschen Rundfunksender«<sup>1359</sup> eingestellt worden. Noch am Tag der Übernahme der Befehlsgewalt durch die Sowjetarmee wurde »nach Fühlungnahme mit den zuständigen Stellen [...] das weitere Erscheinen unserer Zeitung sichergestellt« – ausdrücklich mit der Begründung, dass sich die Bevölkerung über die amtlichen Anordnungen informieren kann.<sup>1360</sup> Das alteingesessene Verkündungsblatt fungierte nach dem Einmarsch der Roten Armee als »Sprachrohr des Sozialismus«, veröffentlichte Parteimitteilungen der KPD und ließ

<sup>1355</sup> Einleitung zu: B. Traven: Das Totenschiff, in: *Volksstimme*, Meißen, 14.5.45.

<sup>1356</sup> »Betr. Abonnenten« (Eigenanzeige), in: *Volksstimme*, Meißen, 17.5.45.

<sup>1357</sup> Versuche, Zeitungen herauszugeben, dürfte es gleichwohl auch in anderen Regionen gegeben haben. In Genthin (Sachsen-Anhalt) erhielt die Druckerei Donath am 12. Mai 1945 vom Bürgermeister den Auftrag, mit der Herausgabe ihrer traditionellen Tageszeitung zu beginnen: »Die Inhaber der Buchdruckerei und des Zeitungsverlages Donath [...] sind hiermit angewiesen, ihren Betrieb in vollem Umfange sofort wieder aufzunehmen und ihre Zeitung ›Genthiner Tageblatt‹ nach Anweisung wieder erscheinen zu lassen.« (Anweisung Stadt Genthin, Der Bürgermeister, 12.5.45, Firmenarchivalia E. Donath/Familienarchiv Thomas Giesecke, Genthin.) Wie die äußere Form des Anweisung zeigt (amtliches Stadtsiegel, jedoch auf Briefpapier der Firma Donath getippt), erfolgte der Auftrag wahrscheinlich einvernehmlich. Zu einem Erscheinen der Zeitung kam es jedoch nicht mehr, da der Betriebsinhaber Eugen Donath am Folgetag vom sowjetischen Geheimdienst verhaftet und im NKWD-Lager Buchenwald inhaftiert wurde. (Donath starb dort zwei Jahre später an Unterernährung.) (Zur Firmengeschichte vgl. Friesecke 1996; 1999.)

<sup>1358</sup> Mediaangaben n. Handbuch der deutschen Tagespresse 1932, S. 311; Handbuch der deutschen Tagespresse 1944, S. 180.

<sup>1359</sup> Annaberg von den Russen besetzt, *Annaberger Tageblatt/Obererzgebirgische Zeitung*, 9.5.45.

<sup>1360</sup> »Die Herausgabe des AT«, in: *Annaberger Tageblatt/Obererzgebirgische Zeitung*, 9.5.45.

Das Annaberger Tageblatt ist bei jeder Ausgabe zu erhalten... Nummer 114

# Annaberger Tageblatt

## Obererzgebirgische Zeitung

Donnerstag, den 17. Mai 1945

138. Jahrgang

### Deutschlands Verwaltung und Ernährung

#### Die Pläne und ersten Maßnahmen der Alliierten in den besetzten Gebieten

Die aus London gestellten Anforderungen, welche die Besatzungsmächte an die deutsche Verwaltung stellen, sind im wesentlichen in zwei Hauptgruppen zu unterteilen: die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten und die Verwaltung der öffentlichen Wirtschaft.

Die Besatzungsmächte verlangen, dass die deutsche Verwaltung sich an die Prinzipien der Demokratie und der Gleichberechtigung anlehnen soll. Sie fordern die Einführung einer Verfassung, die die Grundrechte des Bürgers garantiert, und die Einrichtung eines parlamentarischen Systems.

Die Besatzungsmächte verlangen auch die Einführung einer einheitlichen Währung und die Reform der öffentlichen Verwaltung. Sie fordern die Abschaffung der Sonderrechte der Länder und die Einführung einer einheitlichen Verwaltung.

Die Besatzungsmächte verlangen auch die Einführung einer einheitlichen Justiz und die Reform der öffentlichen Wirtschaft. Sie fordern die Einführung einer einheitlichen Währung und die Reform der öffentlichen Verwaltung.

Die Besatzungsmächte verlangen auch die Einführung einer einheitlichen Justiz und die Reform der öffentlichen Wirtschaft. Sie fordern die Einführung einer einheitlichen Währung und die Reform der öffentlichen Verwaltung.

Die Besatzungsmächte verlangen auch die Einführung einer einheitlichen Justiz und die Reform der öffentlichen Wirtschaft. Sie fordern die Einführung einer einheitlichen Währung und die Reform der öffentlichen Verwaltung.

Die Besatzungsmächte verlangen auch die Einführung einer einheitlichen Justiz und die Reform der öffentlichen Wirtschaft. Sie fordern die Einführung einer einheitlichen Währung und die Reform der öffentlichen Verwaltung.

### Was Deutschland einfließen mußte.

Die Frage der Ernährung Deutschlands ist gewiß eines der wichtigsten Probleme der deutschen Bevölkerung. Die Besatzungsmächte verlangen, dass die deutsche Verwaltung sich an die Prinzipien der Demokratie und der Gleichberechtigung anlehnen soll.

Die Besatzungsmächte verlangen auch die Einführung einer einheitlichen Währung und die Reform der öffentlichen Verwaltung. Sie fordern die Einführung einer einheitlichen Währung und die Reform der öffentlichen Verwaltung.

Die Besatzungsmächte verlangen auch die Einführung einer einheitlichen Justiz und die Reform der öffentlichen Wirtschaft. Sie fordern die Einführung einer einheitlichen Währung und die Reform der öffentlichen Verwaltung.

Die Besatzungsmächte verlangen auch die Einführung einer einheitlichen Justiz und die Reform der öffentlichen Wirtschaft. Sie fordern die Einführung einer einheitlichen Währung und die Reform der öffentlichen Verwaltung.

Die Besatzungsmächte verlangen auch die Einführung einer einheitlichen Justiz und die Reform der öffentlichen Wirtschaft. Sie fordern die Einführung einer einheitlichen Währung und die Reform der öffentlichen Verwaltung.

Die Besatzungsmächte verlangen auch die Einführung einer einheitlichen Justiz und die Reform der öffentlichen Wirtschaft. Sie fordern die Einführung einer einheitlichen Währung und die Reform der öffentlichen Verwaltung.

### Das Sprachrohr des Sozialismus

Die laute Reden!

Das hundert mal unheimlicher!

Die laute Reden!

Das hundert mal unheimlicher!

Die laute Reden!

Das hundert mal unheimlicher!

Die laute Reden!

Das hundert mal unheimlicher!

Die laute Reden!

Das hundert mal unheimlicher!

Die laute Reden!

Das hundert mal unheimlicher!

Die laute Reden!

Das hundert mal unheimlicher!

Die laute Reden!

Das hundert mal unheimlicher!

Die laute Reden!

Das hundert mal unheimlicher!

Die laute Reden!

Das hundert mal unheimlicher!

Die laute Reden!

Das hundert mal unheimlicher!

Die laute Reden!

Das hundert mal unheimlicher!

Die laute Reden!

Das hundert mal unheimlicher!

Das hundert mal unheimlicher!

Die laute Reden!

Das hundert mal unheimlicher!

Die laute Reden!

Das hundert mal unheimlicher!

Die laute Reden!

Das hundert mal unheimlicher!

Die laute Reden!

Das hundert mal unheimlicher!

Die laute Reden!

Das hundert mal unheimlicher!

Die laute Reden!

Das hundert mal unheimlicher!

Die laute Reden!

Das hundert mal unheimlicher!

Die laute Reden!

Das hundert mal unheimlicher!

Die laute Reden!

Das hundert mal unheimlicher!

Die laute Reden!

Das hundert mal unheimlicher!

Die laute Reden!

Das hundert mal unheimlicher!

Die laute Reden!

Das hundert mal unheimlicher!

Die laute Reden!

### Das Leben in Berlin.

Das Leben in Berlin ist ein Leben in der Not.

Das Leben in Berlin ist ein Leben in der Not.

Das Leben in Berlin ist ein Leben in der Not.

Das Leben in Berlin ist ein Leben in der Not.

Das Leben in Berlin ist ein Leben in der Not.

Das Leben in Berlin ist ein Leben in der Not.

Das Leben in Berlin ist ein Leben in der Not.

Das Leben in Berlin ist ein Leben in der Not.

Das Leben in Berlin ist ein Leben in der Not.

Das Leben in Berlin ist ein Leben in der Not.

Das Leben in Berlin ist ein Leben in der Not.

Das Leben in Berlin ist ein Leben in der Not.

Das Leben in Berlin ist ein Leben in der Not.

Das Leben in Berlin ist ein Leben in der Not.

Das Leben in Berlin ist ein Leben in der Not.

Das Leben in Berlin ist ein Leben in der Not.

Das Leben in Berlin ist ein Leben in der Not.

Das Leben in Berlin ist ein Leben in der Not.

Das Leben in Berlin ist ein Leben in der Not.

Das Leben in Berlin ist ein Leben in der Not.

Das Leben in Berlin ist ein Leben in der Not.

Das Leben in Berlin ist ein Leben in der Not.

Das Leben in Berlin ist ein Leben in der Not.

Das Leben in Berlin ist ein Leben in der Not.

Das Leben in Berlin ist ein Leben in der Not.

Das Leben in Berlin ist ein Leben in der Not.

Das Leben in Berlin ist ein Leben in der Not.

Das Leben in Berlin ist ein Leben in der Not.

Das Leben in Berlin ist ein Leben in der Not.

Abbildung 28: Annaberger Tageblatt/Obererzgebirgische Zeitung, 17. Mai 1945.

Bestand Erzgebirgsmuseum Annaberger-Buchholz. Für die Überlassung von Kopien danke ich Bernd Schreier.



# Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

Tagesszeitung der Antifaschistischen Front — Amtliches Verkündungsblatt Sonnabend, 30. Juni 1945

## Rund um den Erdball

Wien. Der Oberst hat bei UNOSK weithin infolge seiner einmaligen Teilnahme am besagten Golf, den höchsten militärischen Rang der Organisation, den Titel „Generalfeldmarschall“ erhalten.

Wien. Der russische Vertreter des UNOSK hat sich in Wien einmündig, wobei in Wien eintrafen. Die UNOSK hat seine Tätigkeit in Wien aufgenommen.

Wien. Die amerikanische Regierung hat in der Frage der Bezeichnung der neuen UNOSK-Regierung zwischen Spanien und die englische Regierung eingenommen.

Wien. Die amerikanische Regierung hat in der Frage der Bezeichnung der neuen UNOSK-Regierung zwischen Spanien und die englische Regierung eingenommen.

Wien. Die amerikanische Regierung hat in der Frage der Bezeichnung der neuen UNOSK-Regierung zwischen Spanien und die englische Regierung eingenommen.

Wien. Die amerikanische Regierung hat in der Frage der Bezeichnung der neuen UNOSK-Regierung zwischen Spanien und die englische Regierung eingenommen.

Wien. Die amerikanische Regierung hat in der Frage der Bezeichnung der neuen UNOSK-Regierung zwischen Spanien und die englische Regierung eingenommen.

Wien. Die amerikanische Regierung hat in der Frage der Bezeichnung der neuen UNOSK-Regierung zwischen Spanien und die englische Regierung eingenommen.

Wien. Die amerikanische Regierung hat in der Frage der Bezeichnung der neuen UNOSK-Regierung zwischen Spanien und die englische Regierung eingenommen.

Wien. Die amerikanische Regierung hat in der Frage der Bezeichnung der neuen UNOSK-Regierung zwischen Spanien und die englische Regierung eingenommen.

Wien. Die amerikanische Regierung hat in der Frage der Bezeichnung der neuen UNOSK-Regierung zwischen Spanien und die englische Regierung eingenommen.

Wien. Die amerikanische Regierung hat in der Frage der Bezeichnung der neuen UNOSK-Regierung zwischen Spanien und die englische Regierung eingenommen.

Wien. Die amerikanische Regierung hat in der Frage der Bezeichnung der neuen UNOSK-Regierung zwischen Spanien und die englische Regierung eingenommen.

Wien. Die amerikanische Regierung hat in der Frage der Bezeichnung der neuen UNOSK-Regierung zwischen Spanien und die englische Regierung eingenommen.

## Politische Einheit gesichert

KPD, einzige Arbeiterpartei in Hohenstein-Ernstthal

Entsprechend dem Inhalt seiner nachstehenden Ausführungen, gab Reichel die Erklärung ab, daß er mit keinen weiteren Parteiführern nicht daran denkt, eine eigene Dringruppe bei SPD aufzunehmen, sondern sich zum gemeinsamen Kampf der Dringruppe der Kommunistischen Partei Deutschlands in Hohenstein-Ernstthal aufstellen wird.

## SPD. oder KPD.?

Von Friedrich Riedel, ehem. Vorl. der Dringruppe Hohenstein-Ernstthal der SPD.

Diese Frage übersteigt zu stellen, scheint absurd. Und doch beschäftigen sich die Gedanken vieler aus und nach 1933 politisch tätig oder inaktiver gewesener Arbeiter und Arbeiterinnen oder sonstiger Angehörten mit dieser Frage.

Wären wir eines Bildes würdig, könnte man sagen, daß die SPD in Hohenstein-Ernstthal eine Partei ist, die sich nicht nur durch die Zahl ihrer Mitglieder, sondern auch durch die Qualität ihrer Mitglieder auszeichnet. Die SPD in Hohenstein-Ernstthal ist eine Partei, die sich nicht nur durch die Zahl ihrer Mitglieder, sondern auch durch die Qualität ihrer Mitglieder auszeichnet.

## Außenkommissar Molotow am 22. Juni 1945

USSR. erkannte die Schuldigen

Seute um 4 Uhr morgens haben deutsche Truppen, die von der Sowjetunion (gegenwärtig) in den Bereich der Stadt Hohenstein-Ernstthal einmarschiert sind, die Stadt in Brand gesetzt und die Bevölkerung in die Flucht getrieben.

Die Stadt Hohenstein-Ernstthal ist ein Ort, der seit Jahrhunderten ein Zentrum der Industrie und des Handels ist. Die Stadt ist ein Ort, der seit Jahrhunderten ein Zentrum der Industrie und des Handels ist.

Die Stadt Hohenstein-Ernstthal ist ein Ort, der seit Jahrhunderten ein Zentrum der Industrie und des Handels ist. Die Stadt ist ein Ort, der seit Jahrhunderten ein Zentrum der Industrie und des Handels ist.

Die Stadt Hohenstein-Ernstthal ist ein Ort, der seit Jahrhunderten ein Zentrum der Industrie und des Handels ist. Die Stadt ist ein Ort, der seit Jahrhunderten ein Zentrum der Industrie und des Handels ist.

Die Stadt Hohenstein-Ernstthal ist ein Ort, der seit Jahrhunderten ein Zentrum der Industrie und des Handels ist. Die Stadt ist ein Ort, der seit Jahrhunderten ein Zentrum der Industrie und des Handels ist.

## Säuberung des öffentlichen Lebens

Im Vorfeld zur politischen Neuordnung Deutschlands hat die SPD die Forderung aufgestellt: Säuberung des öffentlichen Lebens von allen aktiven Nazis.

Wir wollen heute einmal diese Frage untersuchen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Neuordnung erstens erreicht werden muß. Diese Neuordnung aller Probleme erfordert einmal die Gewähr des öffentlichen Lebens von allen aktiven Nazis.

Die Neuordnung und Verteilung aller der „Brennstoffe“ für die sachgemäße Behandlung des Motors aber ist der Brennstoffkörper in seiner Gesamtheit zu säubern. Die letzten Brennstoffe aber sind für die Zuführung des Brennstoffes und die sachgemäße Behandlung durch die untersten Organe verantwortlich.

Das Entscheidende ist, daß vor allen Dingen die maßgebenden Männer völlig in Ordnung sind, denn sonst würde die Maschine so lange weiterlaufen, bis sie zerfällt und einer langen Instandsetzungsperiode bedarf.

Die Forderung: Säuberung des öffentlichen Lebens von allen Nazis wegen aus logischen Gründen heraus zur sofortigen Überhebung der verantwortlichen Männer.

Hier setzen die ersten Maßnahmen schärfsten in und wo noch vor wenigen Wochen „Dornröschen in Reichel“ saßen, da sind heute überall aktive Antifaschisten an deren Stelle getreten. Das ist bei den oberen Verwaltungsebenen genau durchgeführt worden wie in den kleinen Gewerkschaften.

Die einzelnen Parteifunktionäre der in der kommunistischen Partei Deutschlands, die die Forderung: persönliche und politische Sauberkeit, verbunden mit größtem fasslichen Können für die spätere Arbeit des öffentlichen Lebens.

Es ist uns bekannt, daß man uns auch in englischen Kreisen die schändliche Rede, die wir bei der Regierung dieser Dinge an den Tag legen, in vielen Fällen als Laubstich anhört.

Wir wissen schon, wie wir es anzufassen haben. Wir wollen zwar kein tausendjähriges Reich bauen, wir werden aber einen Staat errichten, der Garant für die Zukunft des ganzen deutschen Volkes ist.

Wir wissen schon, wie wir es anzufassen haben. Wir wollen zwar kein tausendjähriges Reich bauen, wir werden aber einen Staat errichten, der Garant für die Zukunft des ganzen deutschen Volkes ist.

Wir wissen schon, wie wir es anzufassen haben. Wir wollen zwar kein tausendjähriges Reich bauen, wir werden aber einen Staat errichten, der Garant für die Zukunft des ganzen deutschen Volkes ist.

Wir wissen schon, wie wir es anzufassen haben. Wir wollen zwar kein tausendjähriges Reich bauen, wir werden aber einen Staat errichten, der Garant für die Zukunft des ganzen deutschen Volkes ist.

Wir wissen schon, wie wir es anzufassen haben. Wir wollen zwar kein tausendjähriges Reich bauen, wir werden aber einen Staat errichten, der Garant für die Zukunft des ganzen deutschen Volkes ist.

Abbildung 29: Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt, 30. Juni 1945. 1362

ausführlich Parteifunktionäre und den sowjetischen Kommandanten zu Wort kommen (Abb. 28, S. 232).

Im Kreis Glauchau gestattete die sowjetische Kommandantur nach ihrem Einmarsch die Wiedergründung zweier Zeitungen, die 1943 zur gemeinsamen *Glauchauer Zeitung verbunden mit Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt und Anzeiger* und *Lichtensteiner Anzeiger* hatten fusionieren müssen.<sup>1363</sup> Nachdem die US-Armee Hohenstein-Ernstthal geräumt hatte, konnte sich von den im Krieg vereinigten Zeitungen am 23. Juni 1945 als erstes das *Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt* wieder verselbständigen,<sup>1364</sup> und zum 28. Juni 1945 hatte auch der Verleger des *Lichtensteiner Anzeiger und Tageblatt* die Druckgenehmigung der neuen Besatzungsbehörden erhalten.<sup>1365</sup> Das 1850 gegründete *Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt*, das 1932 als »rechts ohne Parteibindung« firmierte,<sup>1366</sup> verwies zu Beginn seines 95. Jahrgangs ausdrücklich auf den amtlichen Segen der Militärverwaltung: »Die russische Besatzungsbehörde hat die Erlaubnis zum Wiederscheinen der von den Nazis stillgelegten Heimatzeitung erteilt.«<sup>1367</sup> Die Genehmigung ging auf die Fürsprache der Bürgermeister und der Antifaschistischen Front zurück. Anders als das *Annaberger Tageblatt* trug die Hohensteiner Zeitung ihre offizielle Funktion als »Tageszeitung der Antifaschistischen Front« als Untertitel deutlich sichtbar im Zeitungskopf (Abb. 29, S. 233).

Der 1887 gegründete und 1943 ebenfalls von der *Glauchauer Zeitung* übernommene *Lichtensteiner Anzeiger und Tageblatt* hatte sich vor der Machtergreifung als »amtlich parteilos« bezeichnet.<sup>1368</sup> Unter der sowjetischen Besatzung bekam erneut der langjährige Verlagsinhaber Helmut Thiele die Verantwortung für die Herausgabe und den Inhalt.<sup>1369</sup>

In Penig führte das Nachrücken der sowjetischen Truppen<sup>1370</sup> dazu, dass für einige Zeit gleich zwei Zeitungen herausgegeben wurden. Die beidseits der Mulde gelegene Stadt war bereits Mitte April von US-amerikanischen Truppen besetzt worden, die am 26. Mai erstmals ein *Mitteilungsblatt für Penig und Lunzenau* erlaubt hatten. Als die Westalliierten sich in Sachsen auf das linke Muldeufer zurückzogen,<sup>1371</sup> gelangten am 14. Juni 1945 sowjetische Truppen in den Ostteil Penigs. Da der Grenzfluss Mulde mitten durch die Stadt floss, waren seither zwei unterschiedliche Besatzungsmächte für die Kleinstadt zuständig, was zum Aufbau paralleler Verwaltungsstrukturen führte. Am 16. Juni 1945 erschien in der sowjetischen Osthälfte die

<sup>1363</sup> Mitteilung Landkreis Chemnitzer Land, Landratsamt, Kreisarchiv, Herr Hippler, Glauchau 22.6.99; ZDB-ID 2077312-2.

<sup>1364</sup> Siehe *Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt*, 23.6.45 (Bestand IML-Bibliothek, SAPMO-BArch Berlin).

<sup>1365</sup> Siehe *Lichtensteiner Anzeiger und Tageblatt*, 28.6.45 (Bestand Kreisarchiv Chemnitzer Land, Glauchau).

<sup>1366</sup> Mediaangaben n. Handbuch der deutschen Tagespresse 41932, S. 321; Handbuch der deutschen Tagespresse 71944, S. 188f.

<sup>1367</sup> »An unsere Leser!« In: *Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt*, 23.5.45.

<sup>1368</sup> Mediaangaben n. Handbuch der deutschen Tagespresse 41932, S. 324; Handbuch der deutschen Tagespresse 71944, S. 191.

<sup>1369</sup> Mediaangaben n. Impressum, *Lichtensteiner Anzeiger und Tageblatt*, 30.6.45; Handbuch der deutschen Tagespresse 71944, S. 191.

<sup>1370</sup> Siehe Kap. 3.4.

erste Nummer des *Tageblattes für Penig und Lunzenau*, wenig später erhielt das Ostufer auch einen eigenen (kommunistischen) Bürgermeister.<sup>1372</sup> Indem in der Stadt Zeitungen zweier unterschiedlicher alliierter Mächte erschienen, war Penig gewissermaßen noch vor Berlin die erste »geteilte« Zeitungsstadt Deutschlands. Statt zu einer Konfrontation zwischen den Mächten<sup>1373</sup> kam es jedoch zu einer Zusammenarbeit, bei der beide Seiten für ihre Zeitungen dieselbe Druckerei bzw. den selben Zeitungsverlag nutzten, den Verlag B. Geißler aus der Ostseite der Stadt.<sup>1374</sup>

Das von der Sowjetarmee genehmigte *Tageblatt für Penig und Lunzenau* war anders als das in der amerikanischen Westhälfte herausgegebene *Mitteilungsblatt für Penig und Lunzenau* keine Neugründung, sondern erschien bereits seit 1806.<sup>1375</sup> Lange Jahre einzige am Ort erschienene Zeitung, hatte sich das *Tageblatt* »sofort nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 in deren Dienste«<sup>1376</sup> gestellt. Der Eigentümer der Zeitung, der zu den reichsten Bürgern der Stadt zählte und sich umfassend in den lokalen Vereinen und Verbänden engagiert hatte,<sup>1377</sup> gehörte zu den frühen Förderern des Nationalsozialismus:<sup>1378</sup> »Sehr früh, 1929/30, öffnet er die Spalten seiner Zeitung der nationalsozialistischen Bewegung. In Berichten über stattgefundene Saalschlachten stehen seine Berichterstatter auf Seiten der SA, verunglimpfen das Heer der Arbeitslosen und die kommunistischen Abgeordneten. Er wird zum Geldgeber für die Hitlerpartei.«<sup>1379</sup> Nach dem Krieg blieben nicht nur der Verlags und der Name der Zeitung dieselben wie zur NS-Zeit, beide Peniger Nachkriegsblätter übernahmen (wie schon die Zeitung in Lichtenstein) das Personal aus der Kriegs- und Vorkriegszeit. Verantwortlicher Redakteur sowohl des *Tageblattes* wie des *Mitteilungsblattes* blieb der im Krieg in diese Position gelangte Alfred Flemming, »dessen Durchhaltekommentare sicherlich auch dem »Völkischen Beobachter« gut zu Gesicht gestanden hätten.«<sup>1380</sup> Eine zielgerichtete Entnazifizierung fand beim Verlag offenbar nicht statt, denn der Redakteur wurde erst dann durch ein KPD-Mitglied ersetzt, nachdem ihn Ende Juni 1945 die Witwe eines in Bergen-Belsen ermordeten Kommunisten bei den sowjetischen Militärbehörden angezeigt hatte.<sup>1381</sup>

<sup>1371</sup> Zur Entwicklung der Besetzungsgrenzen siehe Kap. 3.4.

<sup>1372</sup> Vgl. Richter 1999, S. 23.

<sup>1373</sup> Siehe etwa bei Hurwitz (1972, S. 301ff.) die Auseinandersetzungen um die Presse in Berlin.

<sup>1374</sup> Siehe Verlagsangaben *Mitteilungsblatt für Penig und Lunzenau*, 26.5.45; *Tageblatt für Penig und Lunzenau*, 31.7.45. Für eine Überlassung von Kopien danke ich Dieter Richter (†), Penig.

<sup>1375</sup> Vgl. Richter 1998a, S. 33.; Handbuch der deutschen Tagespresse 1944, S. 196.

<sup>1376</sup> Richter 1998c, S. 27.

<sup>1377</sup> Mitteilung Dieter Richter, Penig, 13.2.2000.

<sup>1378</sup> Vgl. Richter 1998c, S. 27f.

<sup>1379</sup> Mitteilung Dieter Richter, Penig, 13.2.2000.

<sup>1380</sup> Mitteilung Dieter Richter, Penig, 13.2.2000.

<sup>1381</sup> Vgl. Richter 1999, S. 23f.; Mitteilung Dieter Richter, Penig, 13.2.2000. – Flemming starb nach seiner Verurteilung durch ein Militärgericht im Internierungslager Mühlberg bei Riesa.

# Kölledaer Anzeiger

Gründet 1854

Ämtliches Kreisblatt für den Kreis Götartsberga

Organ für die Militär-Regierung, die Behörden des Kreises und die Stadtverwaltung zu Kölleda

Ercheint bis auf weiteres in unregelmäßiger Folge. Preis pro Verantwortlicher Schriftleiter: Otto Bruch in Kölleda. Anzeigenpreis: 1 Spalte 46 mm breit 1 mm Höhe 10 Pfennig. Nummer 10 Wk., Abonnementspreis für 10 Nummern 1 Mk. Druck-Verlag Buchdruckerei: Theodor Schöne-Kölleda. Postfach-Konto: Leipzig 19 411. — Fernsprecher Nr. 332

Nr. 72

Donstag, den 24. Juli 1945

92. Jahrgang

## Aufruf an die Bevölkerung von Kölleda.

Über ein Jahrzehnt war Euch das Mitbestimmungsrecht an den Geschicken der Stadt entzogen. Über ein Jahrzehnt ist Ihr von den Pflichten ausgeblendet und belegen worden. Über ein Jahrzehnt müßt Ihr schweigen und Euch von den Entscheidungen terrorisieren lassen. Über ein Jahrzehnt hatet Ihr kein Recht, den Nachweis über die Vererbung Eurer Steuerpflicht zu fordern.

### Das ist nun vorbei!

Jeder von Euch hat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, an der Beseitigung der Notstände, die aus die Folge juristisch sind, mitzuwirken.

Jeder von Euch muß von dem ethischen Willen erfüllt sein, alles zu tun, was geeignet ist, auch die letzten Spuren der Nazis zu beseitigen. Jede Falschheit muß abgelegt und in enger Zusammenarbeit müssen die durch die Räteregierung geschaffenen Schmutzspuren beseitigt werden.

### Keine Wiederholung der Fehler von 1918!

Schließt mit der Spaltung des (schaffenden Volkes) schließt die Furchen gegen die Reaktion. Jetzt gilt es, gründlich und für immer die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Ein ganz neuer Weg muß beschritten werden!

### Das Aktions-Programm lautet:

- 1) Unabhängige Liquidierung der Überreste des Militarismus und der Hitlerpartei.
- 2) Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit.
- 3) Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes.
- 4) Wiederanfertigung der auf demokratischer Grundlage beruhenden Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden, Kreise und Bezirke, sowie der Provinzial- bzw. Landesverwaltungen und der entsprechenden Landesräte.
- 5) Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerrücktritt und unbemittelte Ausbeutung.
- 6) Enteignung des gesamten Vermögens der Nazis und Kriegsverbrecher.
- 7) Liquidierung des Vermögensbesitzes, der großen Güter der Junker, Wälden und Herren, und Übergabe ihres gesamten Grund und Bodens, sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und bedürftigen Bauern.
- 8) Übergabe aller jener Betriebe, die lebenswichtigen Dienstleistungen bieten (Verkehrsbetriebe, Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke usw.), sowie jener Betriebe, die von ihren Besitzern verlassen wurden, in die Hände der Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden oder Provinzial- bzw. Landesräte.
- 9) Verbindliche und nachbarschaftliche Zusammenarbeiten mit den anderen Völkern.
- 10) Anerkennung der Pflicht zur Arbeitseinsatz für die durch die Kriegsverbrechen an anderen Völkern zugefügten Schäden. Direkte Beteiligung der sich daraus ergebenden Kosten auf die verfallenden Schäden der Bevölkerung nach dem Grundsatz, daß die Reichsten auch eine größere Last tragen.

Keiner darf belächelt werden, wenn wir ein von den Nazis beseitztes Deutschland schaffen wollen. Jeder Mitarbeiter des antifaschistischen Blocks, der sich auf demokratischer Grundlage die reifste Beteiligung des Volks zur Pflicht gemacht hat, wird die entsprechenden Anreize zu setzen. Einzigswürdige, die geeignet sind, Gewerbe, Handel und Verkehr in geordnetem Gange zu bringen. Insbesondere sollen wir die Anwesenheit zu jeder Mitarbeit auf. Die unterzeichneten Mitarbeiter müssen auf Euch, monten auf Eurer spontanen Mitarbeit. Kein Lippenbekenntnis, sondern die Tat entscheidet.

### Das antifaschistische Komitee.

Prof. Fritz Koch, Thormayer, Richter, Spittel, Schnabel, Mittag, Pahlke, Nachow.

### Anordnung

des Herrn Reg.-Präsidenten in Merseburg über die Öffnung und Stilllegung von Betrieben.

I. Die Neu- und Wiedereröffnung eines gewerblichen oder Handelsbetriebes bedarf der Genehmigung durch die Kreispolizeibehörde (Bezirksregierungsamt oder Landrat). Dem bei der Kreispolizeibehörde zu stellenden Antrag auf Genehmigung sind Unterlagen über die Angaben des Betriebes über die Art und den Umfang des Betriebes und den voraussichtlichen Bedarf an Energie, Wasser, Transportmöglichkeiten und Arbeitskräften, sowie Name und Wohnort des Unternehmers und des verantwortlichen Betriebsführers. Die Kreispolizeibehörde genehmigt den Antrag oder lehnt ihn ab nach Angaben der Zivil- und Handelskammer oder der Handwerkskammer. Die Fortführung eines ohne Genehmigung eröffneten Betriebes kann polizeilich untersagt werden. Wegen der Aufhebung der Kreispolizeibehörde steht das Recht der Beschwerde beim Regierungspräsidenten zu. Die Vorschriften der Reichsgewerbeordnung über die Genehmigungspflicht für bestimmte Anlagen und Gewerbebetriebe (Titel II) sowie das Einzelhandelsgesetz bleiben von den vorstehenden Bestimmungen unberührt.

II. Die Stilllegung eines gewerblichen Betriebes bedarf der Genehmigung des Regierungspräsidenten. Die Stilllegung ist anzusetzen:

- a) der gänzliche oder teilweise Abbruch von Betriebsanlagen, der Entzug dieser zum Betriebe gehöriger Sachen, sofern

dadurch die gewerbliche Betriebsfähigkeit des Unternehmens vollständig entfällt oder teilweise Minderungen von Betriebsanlagen, sofern dadurch

1. in Betrieben oder selbständigen Betriebsstellen mit in der Regel weniger als 200 Arbeitnehmern 10 Arbeitnehmern
2. in Betrieben oder selbständigen Betriebsstellen mit in der Regel mehr als 200 Arbeitnehmern 5 v. H. der im Betrieb beschäftigten Arbeitnehmerzahl, jedenfalls aber mehr als 50 Arbeitnehmer zur Entlassung kommen.

c) die Streckung der Arbeit durch Verringerung der Wochenarbeitszeit unter 48 Stunden, sofern diese Streckung nicht vorübergehend ist und voraussichtlich einen längeren Zeitraum als 4 Wochen umfaßt.

Eintrag auf Genehmigung einer gänzlichen oder teilweisen Stilllegung sind bei dem Regierungspräsidenten einzureichen. Dem Stilllegungsantrag müssen die Gründe, die zu der Maßnahme Veranlassung geben, zu entnehmen und eine Aufstellung beigefügt sein über die Zahl der Beschäftigten und zur Entlassung kommenden Arbeitnehmer (sowie über die im Betriebe oder im betroffenen Betriebsstellen vorhandenen und für ihn bestimmten Kraft- und Betriebsstoffe, Holz- und Fertiglagerbestände).

Bei Stilllegung aller Vorschriften und der im Einzelfall für die beschriebene Stilllegungsgenehmigung getroffenen Anordnungen können Betriebsmittel und Vorstände für einen anderweitigen Einfluß beschlagnahmt werden.

III. Ausgenommen von den Bestimmungen dieser Anordnung sind:

### Befehl Nr. 1.

Dem heutigen Tage ab Übernahme ich als Militärkommandant die Stadt Kölleda und den Kreis Götartsberga.

Die Ausgangszeit in der Stadt und der im Kreis liegenden Ortschaften setzt ich von 6 bis 23 Uhr fest. Überstreitungen werden militärgerechtigt bestraft oder in schweren Fällen den ordentlichen Gerichten zur Aburteilung übergeben.

Dem Bürgermeister der Stadt Kölleda, Herrn Pahlke, und den Bürgermeistern der umliegenden Ortschaften wird befohlen, bis zum 18. 7. 1945 für die Reinigung sämtlicher Straßen Sorge zu tragen und die Reinlichkeit der Ortschaften systematisch weiter zu überwachen.

Kölleda, den 14. Juli 1945.  
Der Militärkommandant der Stadt Kölleda, Oberstleutnant Lichtgarnow.

### Befehl Nr. 2.

Noch einmal befehle ich der ganzen Bevölkerung, alle Schutzmassen abzugeben. (Gewehre, Pistolen, Sprengstoffe usw.) Der letzte Termin zur Abgabe ist der 25. Juli 1945. Wer bis zu diesem Termin die Waffen abgibt, bleibt straflos. Wer nach dem 25. 7. 45 noch im Besitz von Schutzmassen angetroffen wird, wird strengstens bestraft.

Mein Befehl, die Menge bis 23 Uhr nicht zu überschreiten, ist mehrfach übertritten worden. In der Nacht vom 19. zum 20. Juli 1945 wurde wegen Übertretung der Sperrstunde Bruno Schandl und Martinreich festgenommen.

Der gesamten Bevölkerung der Stadt Kölleda und des Kreises Götartsberga wird hiermit befohlen, die Sperrstunde unbedingt einzuhalten. Übertretung wird in Zukunft strengstens bestraft werden.

Kölleda, den 21. Juli 1945.  
Der Militärkommandant der Stadt Kölleda, Oberstleutnant Lichtgarnow.

- a) Abdrücke oder Stilllegungsmassnahmen, die auf Anordnung der Militärverwaltung über einer besetzten Ortschaft stattfinden. In solchen Fällen ist über die beschriebene Maßnahme sofortige Meldung beim Kreispolizeibeamten zu erfolgen.
- b) Stillstandsarbeiten, die bei der Stilllegung von Anlagen aus besonderen Einzelfällen von vornherein als vorübergehende Arbeiten oder mit verkürzter Arbeitszeit geplant werden müssen.

### Rus der Sozialversicherung.

Die Leistungen der Krankenversicherung sind im wesentlichen unangetastet geblieben. Als Krankenkasse wird weiterhin freie ärztliche Behandlung, Versorgung mit Arznei und kleinen Heilmitteln, wenn nötig, freie Krankenhausbehandlung und Krankengeld gewährt. Wer diese Leistungen beansprucht, muß sich dem Raterrat gegenüber als Mitglied einer Krankenkasse ausweisen. Als Ausnahme gilt der Krankenschw. für welchen eine Gebühr von 25 Rp. zu entrichten ist. Bei erforderlich werdender Krankenhausbehandlung ist vom Raterrat ein Krankenausnahme-Antrag zu stellen und dieser bei der Krankenkasse zur Genehmigung vorzulegen. In dringenden Fällen kann die Genehmigung der Krankenkasse nachträglich eingeholt werden.

Wer infolge Krankheit nicht arbeiten kann, d. h. arbeitsunfähig ist, hat dies der Krankenkasse innerhalb 1 Woche zu melden. Diese Meldung kann auch ohne ärztliche Bescheinigung erfolgen. Wird die Meldung angeschlossen, ruht der Anspruch auf Krankengeld bis zum Tage der Krankmeldung. Bei häuslicher Krankenhausbehandlung wird kein Krankengeld gezahlt, dafür erhalten die Versicherten, die Krankengeld beantragen oder übermäßig unterhalten haben, ein Hausgeld für die Angehörigen im Betrag von 1/2 des Krankengeldes. Das Hausgeld kann unmittelbar an die Angehörigen gezahlt werden. Wer keinen Anspruch auf Hausgeld hat, erhält ein Folgentgeld. Die Versicherten, die während Arbeitsunfähigkeit Lohn oder Gehalt weiter zu beanspruchen haben, erhalten kein Krankengeld. Zahlungen erhalten für die Dauer von 6 Wochen ebenfalls kein Krankengeld, weil sie für diese Zeit Anspruch auf Weiterzahlung des Lohnes (Gehaltsabteilung) haben. Über die weiteren Leistungen wird später berichtet.

### Volks- und Schulbüchereien.

In den Volks- und Schulbüchereien sind alle Bücher nationalsozialistischen oder militärischen Inhalts sofort auszufordern und beseitigt zu stellen. Eine Veräußerung von Büchern und Schriftstücken darf nicht erfolgen. Was auf weiteres dürfen keine Bücher ausgeliehen werden.

### Katasteramt Kölleda.

Der Dienstbetrieb des Katasteramts ist in seinem Umfang wieder aufgenommen worden. Auskünfte werden im Katasteramt (Ratshaus) erteilt.

KREISARCHIV SÖMMERDA

Abbildung 30: Kölledaer Anzeiger, 24. Juli 1945. 1382

Auch in Bad Lausick durften am 2.7.45 nach dem Eintreffen des sowjetischen Ortskommandanten die *Bad Lausicker Nachrichten* wieder erscheinen. Erklärt wurde diese Genehmigung mit der KP-Mitgliedschaft des technischen Leiters des Verlages.<sup>1383</sup> Das 1932 als »parteilos« charakterisierte Blatt des Verlages Friedrich Klinghammer erschien seit 1870 und hatte 1937 eine Auflage von 1000 Exemplaren erreicht.<sup>1384</sup>

Da die Sowjetarmee erst im Juli 1945 die letzten ostdeutschen Landstriche von der US-Armee übernommen hatte, zogen sich auch die von ihr genehmigten Wiedergründungen von Zeitungen bis in den Juli hin. Eine der letzten Wiedergründungen dürfte drei Wochen nach der vollständige Übergabe erfolgt sein. Der sowjetische Stadtkommandant von Kölleda erlaubte am 24. Juli 1945 die Wiederbelebung des von 1854 bis zum Einmarsch der US-Armee erschienenen *Kölledaer Anzeigers* (Abb. 30, S. 236). Diese Zeitung hatte sich im Jahr vor der Machtergreifung als »bürgerlich« eingestuft<sup>1385</sup> und druckte nach dem Krieg neben verschiedenen amtlichen Informationen ebenfalls die Aufrufe des örtlichen »antifaschistischen Komitees«<sup>1386</sup> sowie die Befehle des Militärkommandanten zur Machtübernahme und zur Einhaltung der nächtlichen Ausgangssperre.<sup>1387</sup> Zugfahrpläne, Anzeigen und kommunale Meldungen und amtliche Bekanntmachungen vervollständigten die Zeitung, die zwar auch eine überregionale Berichterstattung aufnehmen wollte, deren erste Nachkriegsnummer jedoch »infolge des Fehlens der Nachrichten-Büros u. des beschränkten Postverkehrs nur in bescheidenen Umfang« erscheinen konnte.<sup>1388</sup>

Insgesamt lässt sich zu den alteingesessenen Zeitungen feststellen, dass die sowjetischen Kommandeure in den unterschiedlichen bürgerlichen Vorkriegstraditionen der Zeitungen keinen grundsätzlichen Hinderungsgrund für eine Wiedergründung sahen.

Die Zeitungen enthielten die für Tageszeitungen übliche lokale wie internationale Berichterstattung. Dreimal wöchentlich druckte der von der russischen Besatzungsbehörde wieder erlaubte *Lichtensteiner Anzeiger und Tageblatt* auf seinen vier Seiten Weltnachrichten aus Schweden, Norwegen, England, Frankreich und der Sowjetunion. Ein in Fortsetzungen abgedruckter Russischkurs sollte gleich den Englischkursen aus der westalliierten Besatzungs-

<sup>1383</sup> Vgl. Nitzsche 1945, S. 80.

<sup>1384</sup> Mediadaten n. Handbuch der deutschen Tagespresse 1937, S. 249; Handbuch der deutschen Tagespresse 1932, S. 323.

<sup>1385</sup> Mediaangaben n. Handbuch der deutschen Tagespresse 1932, S. 265f.

<sup>1386</sup> Siehe »Aufruf an die Bevölkerung von Kölleda«, in: *Kölledaer Anzeiger*, 24.7.45.

<sup>1387</sup> Siehe »Befehl Nr. 1« und »Befehl Nr. 2«, in: *Kölledaer Anzeiger*, 24.7.45.

<sup>1388</sup> »An unsere Leser!« *Kölledaer Anzeiger*, 24.7.45.

zeit die Verständigung erleichtern. Die Leitartikel beschäftigten sich mit dem Nachkriegsthema Entnazifizierung.<sup>1389</sup> Als Fortsetzungsroman hatte die Redaktion das russische Werk »Die Dekabristen« von Juri N. Tynjanow gewählt. Lokalnachrichten, Witze und Anzeigen vervollständigten den Inhalt.<sup>1390</sup> Auch das *Annaberger Tageblatt* war nicht nur »Sprachrohr des Sozialismus«,<sup>1391</sup> sondern gab als vollständige Tageszeitung einen regelmäßigen Überblick über das Weltgeschehen, das die Redaktion Radiosendern aus London, Luxemburg, Graz und Moskau entnahm. Das *Tageblatt für Penig und Lunzenau* verbreitete neben Bekanntmachungen und Anzeigen ebenfalls internationale Meldungen.<sup>1392</sup> Die meisten in der Frühphase neu oder erneut gegründeten Zeitungen enthielten internationale und nationale Nachrichten und zu meist auch Anzeigen. Wenn diese universelle Berichterstattung aufgrund technischer Beeinträchtigungen nicht möglich war, gaben die Redaktionen jedoch in ihren Mitteilungen regelmäßig an, dass eine nationale und internationale Berichterstattung zumindest angestrebt wurde. Bekanntmachungen und Aufrufe von Parteien und Organisationen waren ebenfalls in allen Zeitungen zu finden.

Wie aufgrund der Besatzungsverhältnisse nicht anders zu erwarten, betonten die Zeitungen die Bedeutung der Roten Armee und Stalins für die Befreiung Deutschlands. Die Fortsetzungsromane, Sprachkurse oder die Inhalte der Kommentare zeigen eine Anlehnung an die neue sowjetische Ordnungsmacht und Rücksichtnahmen auf die neuen politischen Mehrheitsverhältnisse in den Kommunen. Anders als für die KP-Blätter bedeutete die Nachkriegsberichterstattung für viele der alteingesessenen Zeitungen eine politische Neuausrichtung. In der Vorkriegszeit hatten sich die kleinen altvertrauten Heimatzeitungen mitschuldig am Aufkommen des Nationalsozialismus gemacht. Ein großer Teil dieser Zeitungen war rechts oder vordergründig unpolitisch eingestellt gewesen und hatte sich nie als demokratisches Korrektiv der Macht verstanden, sondern kritiklos den Niedergang der Demokratie und das Aufkommen des Faschismus begleitet.<sup>1393</sup> Nachdem im Zuge der sowjetischen Besetzung örtlich kommunistische Gruppen die Macht übernommen hatten, mussten sich die Traditionsblätter auf die neuen politischen Vorzeichen einstellen. Das *Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt* versuchte beispielsweise bei seiner Wiedergründung den Spagat zwischen einer kommunistisch gefärbten Berichterstattung und den traditionellen Inhalten einer kleiner Heimatzeitung, die in

<sup>1389</sup> Siehe »Fragen der Personalpolitik«, in: *Lichtensteiner Anzeiger und Tageblatt*, 7.7.45.

<sup>1390</sup> *Lichtensteiner Anzeiger und Tageblatt*, 28.6.-10.7.45.

<sup>1391</sup> Vgl. *Annaberger Tageblatt/Obererzgebirgische Zeitung*, 17.5.45.

<sup>1392</sup> Siehe *Tageblatt für Penig und Lunzenau*, 31.7.45.

<sup>1393</sup> Vgl. Frei 1986, S. 28.

Hohenstein traditionell »rechts«<sup>1394</sup> gewesen war: Die Leserschaft sollte einerseits »wieder ihre alte, lieb gewordene Zeitung zur Hand nehmen« können.<sup>1395</sup> Für diesen Zweck war die Redaktion »entschlossen, heimatliche Belange, kulturelle und kirchliche Bestrebungen wärmstens zu fördern« und wollte »die Belange der zum Erscheinungsgebiet gehörenden Ortschaften [...] jederzeit entsprechend der Tradition der Zeitung wahren«.<sup>1396</sup> Andererseits nahm die Berichterstattung aus der Sowjetunion und über die Politik der KPD in den beiden überlieferten Nummern einen breiten Raum ein. Das *Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt* druckte auf der Titelseite eine Proklamation der KPD ab,<sup>1397</sup> dokumentierte eine Grußadresse des ZK der KPdSU<sup>1398</sup> oder veröffentlichte auf der Titelseite im Wortlaut die Erklärung eines führenden örtlichen Sozialdemokraten, der zum Verzicht auf die Wiedergründung der SPD und zum Eintritt in die KPD aufrief (Abb. 29, S. 233).<sup>1399</sup> Auch eine Rundfunkrede des späteren Staats- und Parteichefs Walter Ulbricht wurde an prominenter Stelle angekündigt.<sup>1400</sup>

### 5.4.3 Weiterführung von Zeitungen mit westallierter Genehmigung

Bei einem großen Teil der in den ersten Nachkriegswochen unter der sowjetischen Besatzung erschienenen Zeitungen handelte es sich um die Fortsetzung von Blättern, deren Gründung bereits unter den westalliierten Kriegsverbündeten erfolgt war. Im Zuge der vollständigen Übernahme ihrer Besatzungszone rückten die Sowjets am 1. Juli in Schwerin und am 2. Juli in Jena ein, erreichten am 3. Juli Erfurt und Weimar und übernahmen bis zum 6. Juli die Besatzungsgewalt in den letzten Gebieten Nordthüringens. Damit hatte die sowjetische Armee die vollständige Kontrolle über ihre gesamte Besatzungszone erhalten.<sup>1401</sup> Anschließend erfolgte schrittweise die Installierung eigener sowjetischer Verwaltungsstäbe und Kontrolleinrichtungen: Nachdem anfangs lediglich Kampftruppen der Roten Armee in die Landkreise eingerückt waren, folgten nach einigen Tagen die eigentlichen lokalen Militärregierungen.<sup>1402</sup>

<sup>1394</sup> Vgl. Handbuch der deutschen Tagespresse 1932, S. 321.

<sup>1395</sup> »An unsere Leser!« In: *Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt*, 23.5.45.

<sup>1396</sup> »An unsere Leser!« In: *Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt*, 23.5.45.

<sup>1397</sup> Siehe »Vorschlag der KPD zur deutschen Neuordnung«, in: *Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt*, 23.5.45.

<sup>1398</sup> Siehe »Sowjetvolk ehrt die Wissenschaften. An die Akademie der Wissenschaften der UdSSR«, in: *Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt*, 23.5.45.

<sup>1399</sup> Siehe »SPD. oder KPD.? Von Friedrich Riedel, ehem. Vors. der Ortsgruppe Hohenstein-Er. der SPD.« In: *Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt*, 30.5.45.

<sup>1400</sup> Siehe »Heute, Sonnabend 18 Uhr, Sender Berlin einschalten! Es spricht Walter Ulbricht, Mitglied des Zentralkomitees der KPD. Thema: Der neue demokratische Staat.« In: *Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt*, 30.5.45.

<sup>1401</sup> Vgl. Henke 1995, S. 714ff.

<sup>1402</sup> Vgl. »An die Bevölkerung Reichenbachs!« In: *Reichenbacher Tageblatt*, 2.7.45.

Mit der vollständigen Übernahme Ostdeutschlands bekam die Rote Armee nach und nach auch die Verantwortung über insgesamt mehrere Dutzend unterschiedliche Zeitungen und Mitteilungsblätter, die bereits von den Westalliierten genehmigt worden waren.<sup>1403</sup> Ein Teil der von der Roten Armee vorgefundenen Blätter wurde einige Zeit weiter geführt.

Mit lokalen Zeitungen, die auf eine Genehmigung amerikanischer Kommandanten verweisen konnten, waren die nachrückenden sowjetischen Besatzungsoffiziere erstmals bereits Anfang Mai konfrontiert worden. Im Verlauf des Mai und des Juni hatte die Rote Armee vor allem zwischen der Elbe und der Mulde und südlich von Chemnitz die ersten Zeitungen übernommen, denen schließlich ab Anfang Juli Blätter in den restlichen sächsischen Gebieten sowie in Thüringen, Anhalt und der Provinz Sachsen folgten.<sup>1404</sup> Anders als etwa bei der Eroberung von Berlin, Brandenburg oder Pommern rückte die Rote Armee dabei regelmäßig in bereits befriedete Regionen ein. Die sowjetischen Truppen hatten keine Gefechte mehr zu führen und auch die Wiedereingangssetzung der Verwaltung und des öffentlichen Lebens hatte bereits begonnen. Maßnahmen zum Selbstschutz der Truppe waren dadurch nicht mehr dringlich, was für die Besatzungsverwaltung einen größeren Handlungsspielraum eröffnete als bei einer Befehlsübernahme im Anschluss an kriegerische Handlungen. Als die Rote Armee beispielsweise am 1. Juli das Städtchen Reichenbach im Vogtland übernahm, konnte deshalb umgehend nicht nur gefahrlos der Bierausschank in den Gaststätten wieder erlaubt werden, sondern auch das Erscheinen der Zeitung und das Benutzen des Telefons.<sup>1405</sup> Die Zeitungen verkündeten und standen für die Normalität, die der Besatzungswechsel nach dem Willen der Alliierten sein sollte (Abb. 31, S. 241).

Anders als von den Alliierten erwünscht hatte ein großer Teil der Bevölkerung in den von den britischen und amerikanischen Truppen geräumten Gebieten im Vorfeld des Besatzungswechsels Angst gehabt, dass es zu Plünderungen, Morden und Vergewaltigungen kommen würde.<sup>1406</sup> In dieser Situation hatte die US-Armee noch in letzter Minute neue Zeitungen genehmigt, in denen die Rote Armee begrüßt und die Bevölkerung zur weiteren Mitarbeit aufgefordert wurde. Das *Mitteilungsblatt für das Militäröovernment und den Kreis Eckartsberga* erschien erstmals am 30. Juni 1945, das *Mitteilungsblatt der Stadt Buttstädt*, ausdrücklich »mit Ge-

<sup>1403</sup> Von den unter der westalliierten Hoheit erschienen Zeitungen wurde lediglich ein Teil bereits vor dem Besatzungswechsel eingestellt (siehe Kap. 4.5).

<sup>1404</sup> Zum Besatzungswechsel siehe Kap. 3.4.

<sup>1405</sup> Vgl. »An die Bevölkerung Reichenbachs!« In: »An die Bevölkerung Reichenbachs!« In: *Reichenbacher Tageblatt*, 2.7.45. Auch in Bad Lausick gehörte der Bierausschank und die Zeitung zu den ersten Dingen, die wieder erlaubt wurden (vgl. Nitzsche 1945, S. 80).

<sup>1406</sup> Vgl. Henke 1995, S. 674ff.



# ANZEIGEN - AUSGABE

# REICHENBACHER TAGEBLATT

Amiliches Mitteilungsblatt der sowjetrussischen Militärverwaltung, der Stadt Reichenbach i. Vogtl. und Umgebung

Nummer 30

Montag, 2. Juli 1945

112. Jahrgang

## An die Bevölkerung Reichenbachs!

Die Rote Armee hat unsere Stadt besetzt und die Militärverwaltung übernommen.

Die Rote Armee kommt nicht als Bedrücker, sondern als Befreier.

Alles geht seinen alten Gang weiter. Es sind keine Requisitionen oder Beschlagnahmen geplant.

Bewahrt die Ruhe und geht Eurer Arbeit nach.

Als erstes hat die Militärregierung vorläufig genehmigt:

1. Das Ausgehverbot ist aufgehoben.
2. Das Telefon ist wieder allen Fernsprechtellnehmern zugänglich.
3. In den Gastwirtschaften kann wieder Bier ausgeschänkt werden.

Weitere Einzelheiten werden folgen, wenn die eigentliche Militärregierung eingetroffen ist.

Dr. Fugmann, Oberbürgermeister.

**Reichenbach i. V.**  
Der Familienunterhalt und der Räumungs-Familienunterhalt für den Monat Juli 1945 werden nach folgender Ordnung in der städtischen Oberbehörde, Ackermannstraße, 1. Treppe, von 8 bis 16 Uhr, ausgesprochen.  
Familienunterhalt Eheg.-Fam.-Unterh. Mittwoch, 4. 7., Nr. 1—3200 Nr. R 1—2000 Donnerstag, 5. 7.  
Nr. 3201—4500 Nr. R 2001—3200  
Die Nummernfolge ist genau einzuhalten. Ausnahmen können nicht gemacht werden. Die Quartiergeber werden gebeten, die bei ihnen wohnenden Unquartierierten zu unterstützen.  
Reichenbach i. V., den 20. Juni 1945.  
Der Oberbürgermeister.

**Mylau i. V.**  
**Wirtschaftsamt**  
Das Wirtschaftsamt ist für den öffentlichen Verkehr zwecks Abgabe von Anträgen in der Woche vom 2. Juli bis 7. Juli 1945 nach folgendem Plan geöffnet:  
Montag, den 2. Juli 1945 (außer Evakuierte) 8 bis 10 Uhr: Alaustr., Albertstr., Bachweg, Bahnhof, Bahnhofstr., Bismarckstr.  
10 bis 13 Uhr: Bergstr., Braustr., An der Burgmauer, Burg.  
14 bis 17 Uhr: Burgstr., Brücknerstr.  
Dienstag, den 3. Juli 1945 (außer Evakuierte) 8 bis 10 Uhr: Damaskeweg, Damstr., Diet-

rich-Eckart-Straße, Friedr. str., Gabelsbergerweg.  
10 bis 13 Uhr: Friedr. str., Gartenstr., Hain.  
14 bis 17 Uhr: Germanistr., Anton-Gödel-Siedlung, Haineschulweg, Hainstr.  
Mittwoch, den 4. Juli 1945 (außer Evakuierte) 8 bis 10 Uhr: Alaustr., Albertstr., Bachweg, Bahnhof, Bahnhofstr., Bismarckstr., Bergstr., Braustr., An der Burgmauer, Burg.  
10 bis 13 Uhr: Burgstr., Brücknerstr., Damaskeweg, Damstr., Dietrich-Eckart-Straße.  
14 bis 17 Uhr: Friedr. str., Gabelsbergerweg, Friedr. str., Gartenstr., Germanistr., Hain.  
Bereits abgegebene Anträge, worauf bis heute noch keine Bescheidscheine zugestellt worden sind, haben keine Giltigkeit mehr und müssen gegebenenfalls erneuert werden.

Mit Rücksicht auf die knappen Warenbestände wird gebeten, Anträge nur in den dringendsten Notfällen abzugeben.  
Weiterhin ergeht an die Einwohner die Bitte, die vorangeführten Auftragszeiten gewissenhaft einzuhalten, damit ein Schlangestehen und unnötige lange Warten vermieden wird.  
Zwecks Behebung der eingereichten Anträge bleibt das Wirtschaftsamt von Donnerstag, den 5. Juli 1945, bis Sonnabend, den 7. Juli 1945, für den öffentlichen Verkehr geschlossen. Nur außergewöhnliche Notfälle können während dieser Zeit berücksichtigt werden.  
Die ausgelieferten Bescheidscheine werden den Antragstellern durch Ratsboten zur gegebenen Zeit zugestellt.  
Mylau, den 29. Juni 1945.  
Der Bürgermeister der Stadt Mylau.

**Suche im Bezirk Reichenbach**  
zwei oder drei  
gut möblierte  
**Zimmer**  
mit Küche oder auch größeres Einzelhaus. Garten wünschenswert. Miete nach Vereinbarung.  
Erbittet Angebote an  
Hotel Reichshof, Solbrigstraße Nr. 6.

Wer bietet in Neitschkau oder Mylau ein  
**Zweizimmer - Wohnung**  
mit Küche gegen gleiches sonnige mit Bad und Gartenbesetzung in Plauen, Siedlung Neundorf? Angebote an E. Mohmann, Neitschkau, Flurgasse 3, erbitten.

**Wohnungs-Frausch**  
Biete in Aue i. Sa. schöne 3-Zimmer-Wohnung mit Bad und Zubehör. Suche eine gleichwertige in Greiz oder Reichenbach. Näh. ist zu erfahren Methildenstr. 2 II.

**Fleischerei**  
zu pachten gesucht. Inventar kann käuflich übernommen werden. Werte Angebote erbitten an  
Fleischmeister Julius Passch, Silberstraße 2.

**Suche Zimmer**  
leer oder möbliert, mit Kochgelegenheit. Frau Müller bei Berg, Agergasse 12.

**Suche Kleinstwohnung**  
möglichst Stadtrand, Keller, techn. Fachlehrerin, Reichenbach/V., Tarnstr. 34.

**Zwei geräumige Leerzimmer**  
auch teilweise möbliert, mit Kochgelegenheit, von ausgebildeter Familie (Ehepaar und 2 erwachsene Töchter) alltag zu mieten gesucht. Angebote erbitten an Horn, bei Lambretto, Viktorstraße 5.

Zunehmenden Arbeitsaufwand werden noch eine weitere größere Anzahl  
**Junge Frauen und Mädchen**  
zur laufenden Beschäftigung für unseren Kammasal eingestellt. Vorstellung und Anmeldung vormittags zwischen 10 und 12 Uhr im Lohbbüro.  
Mylauer Wollkammer!

**Heimnäherinnen**  
für Berufskleidung - Wäsche - Schürzen gesucht  
Meldung zwischen 10—12 Uhr bei  
Lothar B. Hemmann, Untere Dunkelgasse 20

**Ziegeleiarbeiter**  
Seitzer und Brenner, stellt sofort ein  
Kuchs'sche Ziegelwerke  
Reichenbach, Cusadorfer Straße.  
Entlassene Soldaten, welche zur Zeit nicht nach Schlesien zurück können, laden Arbeit und Unterkunft im Werk.  
H. Hoppe, Ziegeleischichtler.

**Tüchtigen Heizungs-Monteur oder Kupferschmied**  
sowie 2 Lehrlinge (auch Umschüler) stellt ein  
Richard Waisrich, Albertstr. 1b, W. Weinlich.

**Reinemachfrau**  
die auch leichte Gartenarbeit mit übernimmt. In Halbtagsbeschäftigung.

**Hausgehilfin**  
für den Privatgebrauch, suchen  
Wollverfertigungs-A.-G., Hiesdorferstraße 30.

**Einige zuverlässige Wachmänner**  
stellt ein Wach- und Schließgesellschaft  
Weststraße 16.

**Erstklassige Schneider**  
stellt ab sofort ein  
Kurt Hummel, Zwickauer Straße 11

**Max Rachow und Frau**  
und Tochter Luise Günther  
aus Obernk. bei Breslau  
befindet sich jetzt in  
Neitschkau i. Vogtl., Wilkestr. 7.  
Frau  
**Marta Grucholt**  
aus Oppeln, OS.  
Damarschstraße 31,  
zur Zeit Obernk. dorf 30 b,  
Kreis Reichenbach i. Vogtl.,  
bei Knoll.

**Hugo Nowotny und Frau**  
Castwirt,  
Breslau, Frankfurter Straße 88,  
wohnt zur Zeit in  
Reichenbach i. Vogtl.,  
Rosenstraße 28.

**Gustav Krükel**  
und Frau Frieda Swiderski  
geb. Krükel aus Goldap (Ostpr.),  
Mühlentor 4,  
befinden sich in Reichenbach  
i. Vogtl., Stockmannstraße 27.

**Ernst Kühn**  
Spretau, Kreuzstraße Nr. 3,  
befindet sich zur Zeit in  
Obernk. Nr. 3,  
bei Reichenbach i. Vogtl.

**Die Familien**  
Nozalack, Braksiek u. Wende  
aus Kläuser bei Spretau, NS.,  
befinden sich zur Zeit in  
Obernk. Nr. 1, Sachsen,  
bei Trampel.

**Gefunden**  
wurde eine Geldbörse mit Inhalt. Abzuholen bei Neundorf,  
Himmelsstraße 12.

**Achtung! Belohnung!**  
Wer kann die beiden Jungen namhaft machen, die am Sonnabend, den 26. 6., das Damerod am Anseepfad gegen 18 Uhr gestohlen haben? Der Kennzeichen: Einer (jung dunkelblaue Hose, auffallende Jacke, beige, m. dunkelblauem Sattel), oben, L. Arembin, Köpfer und Taschenkl., wahrscheinlich mit Namen Gerhard. Der andere hatte auffallend blauen Fleck an der Schläfenseite. Das Rad ist auf Moritzstr. 29 abzurufen, anderenfalls polizeil. Fahndung.

**ACHTUNG**  
Die Lebensmittelliste „Jgd. 77“, auf den Namen Maxired Legath, Randsiedlung 14, ist am 29. 6. 45 verloren gegangen.  
Achtung auf den rechtmäßigen Besitzer. Dem Finder wird gute Belohnung zugesichert.  
Guterhalter Kinderwagen gegen Kostentopf oder Keilmilch (Kunkel) zu tauschen.  
Randsiedlung 14.

Abbildung 31: Reichenbacher Tageblatt, 2. Juli 1945. 1407

# Mitteilungsblatt der Stadt Buttstädt

Mit Genehmigung der örtlichen amerikanischen Militärregierung

Nr. 1

Buttstädt, den 4. Juli 1945

Preis 10 Pfg.

## Zum Einmarsch der Roten Armee

Die Zeit ist da, wo auch in Buttstädt die Rote Armee ihren Einzug hält. Die Bevölkerung von Buttstädt und Umgebung wird aufgefordert, Disziplin und Ruhe zu bewahren. Nur durch unser Verhalten zeigen wir der siegreichen Roten Armee, daß wir gewillt sind, daß das durch die Nazi heruntergewirtschaftete Land und Volk wieder in geordnete Verhältnisse kommt.

An dem moralischen Verhalten der deutschen Frau liegt es vor allen Dingen.

Jeder, der sich seines Respektes vergibt, schädigt das ganze deutsche Volk. Jeder, der sich nicht in den Dienst und den Anordnungen fügt, zeigt, inwieweit er sein Volk vertritt. Alle Deutschen, die nun denken, sich das von den amerikanischen Truppen zurückgelassene, dem ganzen

Volk gehörige Eigentum, unrechtmäßig aneignen zu können, werden streng bestraft. Alles soll für das Volksganze sein und sei es auch nur das Geringste. Darum, Buttstädter Einwohner, zeigt, daß ihr mithelfen wollt, unser Los, das die feigen ausgerissenen Nazis uns aufbürdeten, zu wenden und zu verbessern. Laßt mich nicht umsonst bitten, denn wenn ihr nicht die nötige Disziplin bewahrt und verlogenen Nazi-Propagandisten nicht schroff entgegen tretet, stellt ihr euch abseits. Arbeitet mit, daß wir endlich einen wahren Frieden bekommen, deshalb heißt unsere Parole:

„Helft alle mit,  
für Friede Freiheit und Freude!“

Der Stadtvorstand. Tanz.

## Ein Wort an alle

Schwer drückt die Not der Zeit auf uns, die uns dieser verlorene Krieg gebracht hat.

Schwer ist die Verantwortung besonders für die, die sich für ein Amt freiwillig zur Verfügung stellen und nun an verantwortlicher Stelle arbeiten müssen. Sie sollen die Schäden beseitigen, die ein verbrecherisches, an der eigenen Unfähigkeit zugrunde gegangenes System angerichtet hat.

Wir wollen jedem helfen und müssen doch oft, um einem zu helfen, dem anderen weh tun.

Vieles würde leichter geschafft, wenn alle bereit wären mitzuarbeiten, sich freudig zur Verfügung stellen und keiner sich zu gut für Arbeiten halten würde, die nun einmal geschafft werden müssen.

Jeder kann und darf heute Kritik üben, jeder hat jedoch auf der anderen Seite die Pflicht, sich in den Dienst des Volkes zu stellen, er erwirbt sich damit das Recht auf Kritik.

Vieles geht leichter bei gegenseitigem Verstehen, so erwartet auch die Stadtverwaltung Verständnis für Zwangslagen, in der sie sich, bedingt durch die Verhältnisse, zeitweise befindet.

Die Zeit des Maulhaltens ist vorbei! Jeder hat das Recht seine Meinung zu äußern, zu loben, ja selbst anzulügen. Keiner vergesse dabei die Schulbigen an unserem Anglied. Klagt die an, die verantwortlich sind dafür und die dann, als alles verloren war, sich feige verdrücken. Klagt Hitler, Sauckel mit ihren Spießgesellen und Trabanten an.

Ein tausendjähriges Reich vermachen sie sich zu gründen, dem Volke einen tausendjährigen Frieden zu geben. In tausend Jahren wird ihre Schuld weder geführt noch vergessen sein.

Einmalig ist das Verbrechen an unserem strebsamen Volke, die Geschichte hat keine Parallele für diese Niedertracht. Denkt immer daran! All das Elend verdanken wir Hitler, Göring, Göbbels, Himmler, Sauckel und anderen.

An uns liegt es nun die Verhältnisse zu ändern und uns und unserem Volke zu helfen. Jeder hat

die Pflicht sich hier einzusetzen, keiner darf sich beiseite stellen. Nur so können wir unsere Notlage mildern, denn nur wir selbst können uns helfen!

## Aufruf!

In weiten Kreisen der Bevölkerung ist offenbar die Meinung verbreitet, daß nach Aufhebung der Nazi-Gesetzgebung, eine Pflicht zur Arbeit nicht mehr besteht. Diese Auffassung ist ebenso bedauerlich wie falsch.

Durch Anordnung der amerikanischen Militärregierung (siehe Bekanntmachung vom 18. April 1945) besteht Arbeitspflicht für alle Deutschen, für Männer im Alter von 15—65 Jahren und Frauen im Alter von 15—50 Jahren.

Diese Anordnung liegt durchaus im Interesse der deutschen Wirtschaft:

Die notwendigen Feldarbeiten müssen vor allem anderen geschafft werden, wenn wir die Ernährung unseres Volkes nicht gefährden wollen.

Ich fordere daher alle, die zur Zeit ohne Arbeit sind oder nur Scheinarbeit leisten, auf — solche Fälle sind genügend bekannt — sich unverzüglich nach einer anerkannten Arbeit im Berufe, durch Vermittlung des Arbeitsamtes umzutun.

Wer dieser Pflicht nicht in kürzester Frist nachkommt, hat mit seinem Einsatz für öffentliche Arbeiten oder Aufräumungsarbeiten zu rechnen.

Bei Verweigerung der Arbeit kann Entzug der Lebensmittelkarten und Zwangsarbeit angeordnet werden.

Eine Bitte an die von der Wehrmacht zurückgekehrten Mitbürger:

Stellt Euere Arbeitskraft, nach der blutigen Arbeit des langen Krieges, unverzüglich in den Dienst der friedlichen Aufbauarbeit.

Wir verstehen, daß nach den Anstrengungen und Entbehrungen ein Bedürfnis nach Ruhe besteht. Auch die Heimat hat es nach erlittenen Qualen, Verfolgungen und drangsaliierenden Methoden, nach vielen schlaflosen Nächten durch Luftangriffe nötig. Die Not unseres Volkes gestattet nicht, daß wir die Hände in den Schoß legen. Laßt uns nicht vergeblich bitten, reißt Euch ein und helft mit, damit dem deutschen Volke in Zukunft ein besseres Los beschieden sei.

Der Stadtvorstand. Tanz.

Abbildung 32: Mitteilungsblatt der Stadt Buttstädt, 4. Juli 1945.<sup>1408</sup>

nehmung der örtlichen amerikanischen Militärregierung« herausgegeben, kam gar erst am 4. Juli 1945 erstmals an die Leser (Abb. 32, S. 242).<sup>1409</sup> In diesen Zeitungen wurde vor deutschen Plünderungen gewarnt und – ein Beispiel besonders perfider Gegenpropaganda – angesichts der Ängste vor Vergewaltigungen vorsorglich die Schuld von der Besatzungsmacht auf die Frauen abgewälzt: »An dem moralischen Verhalten der deutschen Frau liegt es vor allen Dingen.«<sup>1410</sup>

Obwohl die bevorstehende Übergabe der amerikanisch besetzten Gebiete an die Sowjetunion im Mai und Juni 1945 zum wichtigsten öffentlichen Thema und zum Anlaß für große Flüchtlingsströme geworden war,<sup>1411</sup> legten sich die Ängste nach dem Einmarsch schnell. Eine Wiederholung der »Greuel des Winters 1944/45« blieb aus, und das disziplinierte Verhalten der Roten Armee führte nach US-Geheimdienstberichten unter den Deutschen schnell zu einem »Schock angenehmer Überraschung«.<sup>1412</sup> Die Hoffnung auf die Wiederherstellung des vorherigen Besatzungszustands führte gleichwohl bald zu Gerüchten, wonach die US-Truppen zurückkehren würden.<sup>1413</sup>

Insbesondere der kommunistische Teil der Bevölkerung sah den Besatzungswechsel mit Sympathie. Nachdem unter der anglo-amerikanischen Besatzung die Gründung von Parteien verboten geblieben war, bedeutete die im sowjetischen Machtbereich seit Juni 1945 teilweise gewährte Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit insbesondere für die KPD einen Zuwachs an Möglichkeiten.<sup>1414</sup> Linksgerichtete Aktivisten organisierten Kampagnen zur Begrüßung der sowjetischen Truppen.<sup>1415</sup> Die positive Sicht auf die neue Ordnungsmacht, die wiederum auf die Einstellungen der Besatzungstruppen zurückgewirkt haben dürfte, führte zu liberalen pressepolitischen Erwartungen an die Sowjets: Der kommunistische Vorsitzende des vorparlamentarischen Thüringen-Ausschusses gewann in Weimar den Eindruck, »daß die Befehlshaber der Roten Armee der deutschen Bevölkerung ziemlich viel freie Hand lassen wollen. Sie haben gesagt, daß die Abhaltung einer Kundgebung unsere Sache sei.[...] Sie haben sicher

<sup>1409</sup> Siehe *Mitteilungsblatt für das Militärgouvernement und den Kreis Eckartsberga*, 30.6.45, und *Mitteilungsblatt der Stadt Buttstädt*, 4.7.45 (Für die Überlassung von Kopien danke ich dem Kreisarchiv Sömmerda).

<sup>1410</sup> »Zum Einmarsch der Roten Armee«, in: *Mitteilungsblatt der Stadt Buttstädt*, 4.7.45 (Hervorh. i. Orig.).

<sup>1411</sup> Siehe »Angst vor den Russen!« In: *Oelsnitzer Volksbote*, 4.6.45. Vgl. dazu Henke 1995, S. 729ff.

<sup>1412</sup> Henke 1995, S. 739.

<sup>1413</sup> Siehe »Bekämpft die Gerüchtemacher!« In: *Eisleber Zeitung*, 9.7.45.

<sup>1414</sup> Vgl. Henke 1995, S. 741. Kommunisten und Sozialdemokraten hatten schon länger im privaten Kreis in Kontakt gestanden und Programme für die Zukunft Deutschlands entwickelt (vgl. Padover 1999, S. 215).

<sup>1415</sup> Vgl. Henke 1995, S. 737.

nichts dagegen, daß jetzt eine Zeitung erscheint. Sie haben sich gewundert, daß noch kein Kino für die deutsche Bevölkerung gegründet ist.«<sup>1416</sup>

Insgesamt bestätigte der sowjetische Umgang auch mit den von den Westalliierten übernommenen Zeitungen, dass es keine einheitliche pressepolitische Linie der sowjetischen Kommandanturen gegeben hat. Die einzelnen lokalen sowjetischen Kommandanten verfahren sehr unterschiedlich. Eine schnelle Schließung der mit dem Besatzungswechsel übernommenen Zeitungen stand neben dem Gewährenlassen. Zwar sind die Erscheinungsdaten der von der US-Armee übernommenen Zeitungen wie bei allen Kriegszeitungen nur lückenhaft übermittelt, jedoch lässt sich anhand der vorhandenen Zahlen erkennen, dass die Kommandanten der Roten Armee einen geringeren Teil der ihnen zugefallenen Zeitungen und Mitteilungsblätter schlossen, den größeren Teil jedoch vorerst weiter erscheinen ließen (Tabelle 11). Gut drei Viertel der Zeitungen, die bis zum Ende der westalliierten Besatzungszeit herausgekommen waren, durften auch unter der sowjetischen Herrschaft weiter erscheinen. Bei jenem Viertel, das die erste Woche der sowjetischen Besatzung nicht überlebte, erschienen zumeist nur noch ein oder zwei Nummern.

Zeitungen,	Anzahl	in %
- binnen einer Woche eingestellt	9	24
- vorerst weiter erschienen	29	76
gesamt	38	100

**Tabelle 11: Sowjetischer Umgang mit den von westalliierten Militärs genehmigten Zeitungen und Mitteilungsblättern.**<sup>1417</sup>

Die Zeitungen, die von den sowjetischen Militärbehörden weiter erlaubt wurden, hatten jeweils unterschiedliche Entwicklungsbedingungen, dabei jedoch teilweise größere inhaltliche Möglichkeiten als unter der US-Besatzung. Bezüglich der verwendeten Zeitungsnamen fällt auf, dass die Verlage nach der sowjetischen Machtübernahme regelmäßig auch ihre traditionellen Titel wieder nutzen konnten. Während noch unter der amerikanischen und britischen Besatzung selbst einige umfassend berichtende Zeitungen lediglich als »Mitteilungsblatt« oder »Amtliche Bekanntmachungen« betitelt waren,<sup>1418</sup> kehrten ab dem Juli 1945 viele Blätter wieder

<sup>1416</sup> Brumme, Johannes, Protokoll der 5. Sitzung des Thüringen-Ausschusses am 4. Juli 1945, in: Wahl 1997, S. 91-96; hier S. 93.

<sup>1417</sup> Eigene Auszählung.

<sup>1418</sup> So etwa das *Amtliche Mitteilungsblatt* aus Magdeburg oder das *Bekanntmachungsblatt für Rochlitz und Umgebung* – siehe Kap. 4.4.5.

# Eisler Zeitung

Die „Eisler Zeitung“ erscheint wöchentlich nach Bedarf.

Verneu 2605 oder 2606 — Heftzahl: Zeitung, Eisleben.

Wöchentliches Organ des Oberbürgermeisters der Stadt Eisleben und des Landrates des Mansfelder Beekreises

Nummer 94

Donnerstag, 5. Juli 1945

71. Jahrgang

## Und das Bürgertum - - ?

**104. Wo haben die Bürger unserer Stadt?** Erben sie, wie 1918, hinter den Gardinen und lassen auf die Straße, um Einblicke von dem zu erhalten, was sich draußen ereignet? Haben sie sich in die Büttel verdrückt, wie 1933, als die braune Wut, die sie selbst die Dämme occlusur hatten, über sie hinweg brandete?

**Wo sind echte Bürger?** Der Bürger ist ein ehrenvoller Mann; er soll nicht nicht, eine Zierde sein, sondern sich wirklich zu machen. Die politische Ordnung unseres Gemeinlebens wird demokratisch sein. Die Demokratie ist ein Staatsform, welche dem Bürger ein Recht einräumt, ein Produkt der bürgerlichen Epoche. Wie demnach ist die Demokratie in Deutschland eine echte Demokratie. In den Jahren 1918-1919 hatten wir echte Bürger. Das war eine löbliche Sache, die in Deutschland dem Bürgertum gegeben worden war. Sie waren die ersten, die den politischen Willen zum Ausdruck brachten und die politischen Willen zum Ausdruck brachten. In der Demokratie ist die politische Willen zum Ausdruck gebracht worden. In der Demokratie ist die politische Willen zum Ausdruck gebracht worden. In der Demokratie ist die politische Willen zum Ausdruck gebracht worden.

guten, Vorwurfsfrei, Gutsinnigen, unter Verstand und Weisheit, auch in der Bescheidenheit. Ob sich leitende Angestellte der Industrie, des öffentlichen Dienstes, der Wissenschaft, des Handelstandes und der beruflichen Tätigkeiten; ob die Mitglieder jener großen modernen Berufsstände, die alle Wirtschaftlichen, vom Arbeiter bis zum leitenden Direktor, umfassen. Aber wie es sagt: gerade, wenn man sich von der Familie löst, in dem Bürgertum verbunden, und sie tun recht daran, wenn sie sich ebenfalls dazu befehlen. Die demokratische Stadt der besetzten Antifaschisten umfaßt, wie kein Arbeiter

und den Bauern, so auch den Bürger. Es ist die Stunde gekommen, in der das Bürgertum erneut vor einer Bewährungsprobe steht. Wird es seine Aufgabe als ein aktives und moralisches Element in der Demokratie erfüllen? Oder bleibt es nur in seiner inneren Kraft und in der politischen Schwäche zurück. Das ist die Stunde, die das Bürgertum vor sich stellt. Die Stunde, die das Bürgertum vor sich stellt. Die Stunde, die das Bürgertum vor sich stellt. Die Stunde, die das Bürgertum vor sich stellt. Die Stunde, die das Bürgertum vor sich stellt.

## Opfer des Faschismus greüßen die Rote Armee

Ein Kommuniqué, das über zehn Jahre lang im Exil lebte, ist endlich in der Heimat angekommen. Das ist ein Zeichen für die Rote Armee. Das ist ein Zeichen für die Rote Armee. Das ist ein Zeichen für die Rote Armee. Das ist ein Zeichen für die Rote Armee. Das ist ein Zeichen für die Rote Armee.

haben hatten, Unvollkommenheiten des imperialistischen Krieges in der Bürgerkrieg. Sie hätte nicht durch die eigene Kraft der deutschen Bevölkerung geleistet. Sie hätte nicht durch die eigene Kraft der deutschen Bevölkerung geleistet. Sie hätte nicht durch die eigene Kraft der deutschen Bevölkerung geleistet. Sie hätte nicht durch die eigene Kraft der deutschen Bevölkerung geleistet. Sie hätte nicht durch die eigene Kraft der deutschen Bevölkerung geleistet.

**2000 Jahre** Kaiser Wilhelm, wie die Weltgeschichte noch nicht erlebt hatte, sind über uns hinweggegangen. Seine Idee unserer besten Kammeraden werden erachtet, mit aller Notwendigkeit, bereit, bereit. Aber jetzt die haben wir alle Gelegenheit wahrzunehmen, dabei, dabei. Aber jetzt die haben wir alle Gelegenheit wahrzunehmen, dabei, dabei. Aber jetzt die haben wir alle Gelegenheit wahrzunehmen, dabei, dabei.

Das es kam der Tag, da die deutsche Nation in ihrer Herrlichkeit war. Die Rote Armee hat sie wieder erlöst. Die Rote Armee hat sie wieder erlöst. Die Rote Armee hat sie wieder erlöst. Die Rote Armee hat sie wieder erlöst. Die Rote Armee hat sie wieder erlöst.

**Dem Faschismus entgegen** Am 1. März, das ist das Bürgertum in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Es hat sich nicht nur in der Welt, sondern auch in der Welt. Es hat sich nicht nur in der Welt, sondern auch in der Welt. Es hat sich nicht nur in der Welt, sondern auch in der Welt. Es hat sich nicht nur in der Welt, sondern auch in der Welt.

## Unsere „Eisler Zeitung“ / Wer arbeitet mit?

**Verhaltensregeln** Wenn Sie ein Bürger, die der Verantwortung übergeben, können sie nicht nur in der Welt, sondern auch in der Welt. Wenn Sie ein Bürger, die der Verantwortung übergeben, können sie nicht nur in der Welt, sondern auch in der Welt. Wenn Sie ein Bürger, die der Verantwortung übergeben, können sie nicht nur in der Welt, sondern auch in der Welt.

**Heute, Eisler Zeitung** ist ein Organ der Demokratie. Es ist ein Organ der Demokratie. Es ist ein Organ der Demokratie. Es ist ein Organ der Demokratie. Es ist ein Organ der Demokratie. Es ist ein Organ der Demokratie.

**Die Zeitung** und die Arbeit. Die Zeitung und die Arbeit. Die Zeitung und die Arbeit. Die Zeitung und die Arbeit. Die Zeitung und die Arbeit. Die Zeitung und die Arbeit. Die Zeitung und die Arbeit.

**Arbeiter mit** Nun aber endlich zu denen, die die Eisler Zeitung zu dem Ende herausbringen, die die Eisler Zeitung zu dem Ende herausbringen, die die Eisler Zeitung zu dem Ende herausbringen.

**Die Zeitung** ist ein Organ der Demokratie. Es ist ein Organ der Demokratie. Es ist ein Organ der Demokratie. Es ist ein Organ der Demokratie. Es ist ein Organ der Demokratie.

**Die Zeitung** und die Arbeit. Die Zeitung und die Arbeit. Die Zeitung und die Arbeit. Die Zeitung und die Arbeit. Die Zeitung und die Arbeit. Die Zeitung und die Arbeit.

## Die neue Linie

**O.O. Der Wassermann** dieser Krieges stellt uns vor eine andere geistige Aufgabe, als es in den ersten Jahren der ersten Jahre war. Der Krieg ist ein Versuch, die Welt zu erneuern. Der Krieg ist ein Versuch, die Welt zu erneuern. Der Krieg ist ein Versuch, die Welt zu erneuern. Der Krieg ist ein Versuch, die Welt zu erneuern.

**Die neue Linie** Die neue Linie der Welt. Die neue Linie der Welt. Die neue Linie der Welt. Die neue Linie der Welt. Die neue Linie der Welt. Die neue Linie der Welt. Die neue Linie der Welt.

**Achtung!** Die Verantwortung der Verantwortung. Die Verantwortung der Verantwortung. Die Verantwortung der Verantwortung. Die Verantwortung der Verantwortung. Die Verantwortung der Verantwortung.

Abbildung 33: Eisler Zeitung, 5. Juli 1945. 1419



zu ihrem alteingeführten Namen zurück, etwa das *Naumburger Tageblatt* (zuvor *Verkündigungsblatt des Oberbürgermeisters der Stadt Naumburg (Saale)*<sup>1421</sup> oder die *Akener Zeitung* (zuvor *Amtliche Nachrichtenblatt des Bürgermeisters der Stadt Aken*).<sup>1422</sup> Zugleich wurde nach dem Besatzungswechsel teilweise auch eine Ausweitung der Berichterstattung möglich, wodurch sich schlichte Mitteilungsblätter zu vollständigen Tageszeitungen entwickeln konnten.

Auch für das in Eisleben mit Genehmigung der amerikanischen Militärregierung herausgegebene *Öffentliches Amtsblatt des Oberbürgermeisters der Stadt Eisleben und des Landrates des Mansfelder Seekreises* bedeutete der Besatzungswechsel den Übergang von einem reinen Mitteilungsblatt zu einer politischen Tageszeitung (Abb. 33-34, S. 245f.). Im Mai/Juni 1945 hatte das unregelmäßig gedruckte Blatt lediglich Bekanntmachungen enthalten. Obwohl die Zeitung dadurch nicht als Tageszeitung gelten kann, führte sie jedoch die Ausgabenzählung und Jahrgangsnummerierung der bis zum Ende des NS-Staates vertriebenen Tageszeitung ›*Eisleber Zeitung*‹ fort. Ab der Nummer 91 vom 2. Juli 1945 erschien das Mitteilungsblatt als *Eisleber Zeitung* wieder täglich und enthielt Leitartikel, internationale Meldungen, einen Fortsetzungsroman, Leserbriefe, ein Feuilleton, Anzeigen und den Polizeibericht.<sup>1423</sup> Einige der Lokalzeitungen konnten nach dem Abmarsch der westalliierten Truppen mit einer politischen Berichterstattung beginnen, in der sich die mit dem Befehl vom 10. Juni 1945 gewährte Erlaubnis zur Gründung von Parteien und Gewerkschaften widerspiegelte. Einige Zeitungen öffneten sich nach dem Abmarsch der Westalliierten den neu entstandenen örtlichen Antifaschistischen Komitees (oder mussten sich öffnen), das *Naumburger Tageblatt* wurde gar im August 1945 kurzzeitig in *Die Antifaschistische Front* umbenannt.<sup>1424</sup> Nachdem die amerikanische Besatzungsmacht die politische Betätigung noch verboten hatte,<sup>1425</sup> bekamen ab dem Juli die Aufrufe und politischen Meinungsbekundungen der linken Bündnisse, Volksfrontbewegungen und insbesondere der KPD einen großen Stellenwert eingeräumt.<sup>1426</sup> Das *Altenburger Echo* erschien im Juli als Organ der ›Antifaschistischen Front‹,<sup>1427</sup> und auch der *Erzgebirgische Volksfreund* aus Aue, der bis zum 8. Mai 1945 als NS-Blatt erschienen war und schon am nächsten Tag die Befehle

<sup>1421</sup> »Die erste Zeitung in Naumburg nach dem zweiten Weltkrieg«, Ausriss aus *Liberal-Demokratische Zeitung*, o.Dat., Stadtarchiv Naumburg, SG 328.

<sup>1422</sup> Siehe *Amtliches Nachrichtenblatt des Bürgermeisters der Stadt Aken/Akener Zeitung*, 8.6.-22.10.45. Für Auskünfte und die Überlassung von Kopien danke ich Frau Lehmann, Archiv der Stadt Aken.

<sup>1423</sup> Siehe *Öffentliches Amtsblatt des Oberbürgermeisters der Stadt Eisleben und des Landrates des Mansfelder Seekreises/Eisleber Zeitung*, 22.5.-4.8.45 (Bestand IML-Bibliothek, SAPMO-BArch, Berlin).

<sup>1424</sup> Die erste Zeitung in Naumburg nach dem zweiten Weltkrieg, Ausriss aus LDZ, o.Dat., Stadtarchiv Naumburg, SG 328.

<sup>1425</sup> § 470, Part III, Handbook for Military Government, Dec. 1944.

<sup>1426</sup> Zur Rückwirkung des sowjetischen Vorgehens auf das westdeutsche politische Leben vgl. Henke 1995, S. 618ff.

<sup>1427</sup> Vgl. A. Eberlein 1996, Bd. 1, S. 22.

des amerikanischen Kommandanten veröffentlicht hatte, druckte nach dem Abrücken der US-Armee die amtlichen Mitteilungen des antifaschistischen Aktionsausschusses.<sup>1428</sup>

Die *Eisleber Zeitung* bekam mit dem Beginn der Politikberichterstattung und der Kommentierung die Gelegenheit, sich von einem Medium der Information und Instruktion zu einem wichtigen Motor der Entwicklung politischer Strukturen zu entwickeln. In der Stadt Eisleben hatte bereits vor dem Einmarsch der US-Armee ein »Antifaschistischer Bürgerausschuß« die Macht übernommen und das Rathaus besetzt. Das Gremium bestand aus zwölf Kommunisten, vier Sozialdemokraten, zwei parteilosen Arbeitern, zwei Bauern, zwei Geschäftsleuten, vier Intellektuellen, sechs sowjetischen, fünf polnischen und drei französischen Fremdarbeitern. Der Ausschuss hatte eine Polizeitruppe eingesetzt, die Verwaltung entnazifiziert und mit Hilfe ehrenamtlicher Arbeit sogar die gewerbliche Produktion wieder aufgebaut. Nach einigen Wochen amerikanischer Duldung wurde der Vorsitzende der Antifa als Bürgermeister abgesetzt.<sup>1429</sup> Nachdem die Rote Armee in Eisleben einmarschiert war, kam der politisch aktive Bürgermeister wieder in sein Amt. Gleichzeitig agierte nun auch die Zeitung offen politisch.

Zwar war auch die anglo-amerikanische Pressepolitik davon ausgegangen, dass die Nachkriegszeitungen der Erziehung der Bevölkerung zu dienen hatten,<sup>1430</sup> anders als unter der sowjetischen Militärherrschaft war darunter jedoch nicht die Selbstorganisation einer politisch aktiven Bevölkerung verstanden worden. In Eisleben wurde die Zeitung quasi über Nacht zu einem Mobilisierungsmittel des »Antifaschistischen Ausschusses«. Nach dem Abzug der westalliierten Truppen veröffentlichte bereits die nächste Ausgabe vom 2. Juli 1945 das Aktionsprogramm des Komitees und begann die Aktivitäten des Ausschusses zu spiegeln: »Überall im Mansfelder Land, vor allem in der Arbeiterschaft, hat unsere Zeitung ein lebhaftes Echo gefunden. Die Menschen sind hungrig nach aufklärender und aufweckender Publizistik; sie schlürfen das gedruckte Wort in sich hinein wie eine lang entbehrte Nahrung.«<sup>1431</sup> Für den Antifa-Ausschuss bedeutete die breite Bündnispolitik, die Festigung der kommunalen Macht und Initiative zur Wiederaufnahme der Produktion lediglich ein politisches Durchgangsstadium. »Eine dermaßen abgesicherte Selbstverwaltung bot die Basis für tiefgreifendere gesellschaftliche Veränderungen.«<sup>1432</sup>

Die Redaktion, der unter der US-Herrschaft jede politische Berichterstattung untersagt war, versuchte dem durch die sowjetische Militärherrschaft gestärkten Ausschuss offenbar

<sup>1428</sup> Vgl. Koch 1989, S. 42-43.

<sup>1429</sup> Niethammer/Borsdorf/Brandt 1976, S. 656.

<sup>1430</sup> Siehe Kap. 4.4.5.

<sup>1431</sup> »Unsere »Eisleber Zeitung« / Wer arbeitet mit?« In: *Eisleber Zeitung*, 5.7.45.

<sup>1432</sup> Niethammer/Borsdorf/Brandt 1976, S. 657.



möglichst weit entgegen zu kommen und die Zeitung als Sprachrohr der neuen gesellschaftlichen Kräfte aufzubauen, um die Bedeutung bei der Bevölkerung zu festigen<sup>1433</sup>: »Betrachtet die Zeitung als *Euer* Organ, das auch *Eure Meinung* spiegeln soll.«<sup>1434</sup> Gleichzeitig erwies die Berichterstattung der neuen Besatzungsmacht die Referenz, indem die Zeitung sich betont sowjetfreundlich gab und unterschiedliche Grußbotschaften an die Rote Armee und Zitate von Lenin druckte.

Obwohl das Blatt sich breit den politischen Positionen des Ausschusses öffnete, geriet die Redaktion aber offenbar unter Druck und sah sich zu abwehrenden redaktionellen Mitteilungen gezwungen:

»Um eine gute Zeitung machen zu können, braucht man mindestens zehnmal so viel Material, wie nachher in der Zeitung erscheint; was nicht gedruckt wird, dient als Anregung und ist dann ebenfalls wertvoll; fast regelmäßig müssen Beiträge gekürzt, und der Stoff, der in den Briefen enthalten ist, muß von der Schriftleitung erst umgearbeitet werden. Es ist eine alte Regel, daß eine Zeitung nur gut gerät, wenn ein fähiger und verantwortungsvoller Schriftleiter aus der Fülle des ihm zuströmenden Materials den *gehaltvollen Extrakt* bildet, den der Leser sich wünscht.«<sup>1435</sup>

Der Text spricht dafür, dass die redaktionelle Bearbeitung der eingegangenen Beiträge zu Konflikten geführt hatte, in denen sich die mit Umbruchzeiten verbundene Neubewertung der journalistischen Nachrichtenauswahl niederschlug: »Das, was Journalisten als »reale« Ereignisse als Fakten wahrnehmen und weitergeben, verändert sich mit der Infragestellung des bisherigen gesellschaftlichen Grundkonsenses.«<sup>1436</sup> Die Zeitung sah sich gegenüber der Leserschaft (und vermutlich insbesondere dem antifaschistischen Ausschuss) gezwungen, die Bedeutung einer professionell arbeitenden Redaktion zu verteidigen und die Gründe zu erläutern, warum nicht jede Leserzuschrift abgedruckt werden konnte. Wie in einigen anderen Städten musste sich möglicherweise auch die Redaktion in Eisleben bemühen, die Kontrolle über die Zeitung zu bewahren: In den ersten Nachkriegswochen führte die revolutionäre Stimmung vereinzelt zu spontanen Enteignungen von Zeitungsbetrieben, so in Meißen und Wurzen. Der Verlag des *Meißner Tageblattes* war so als Ergebnis der »nun restlos vollzogene[n] Umwälzung« bereits Anfang Mai enteignet worden<sup>1437</sup> und auch das *Wurzener Tageblatt* wurde als Ergebnis der politischen Veränderungen in den Besitz der Stadt überführt: »Der Zusammenbruch des vergangenen Regimes und der nunmehr einsetzende Neuaufbau hat auch eine Änderung innerhalb unseres Betriebes herbeigeführt: ab 12. Juni 1945 ist der Betrieb der Firma

<sup>1433</sup> Siehe dazu Klaus 1995, S. 429.

<sup>1434</sup> »Unsere »Eisleber Zeitung« / Wer arbeitet mit?« In: *Eisleber Zeitung*, 5.7.45 (Hervorh. i. Orig.).

<sup>1435</sup> »Unsere »Eisleber Zeitung« / Wer arbeitet mit?« In: *Eisleber Zeitung*, 5.7.45 (Hervorh. i. Orig.).

<sup>1436</sup> Klaus 1995, S. 431.

<sup>1437</sup> »Ein Wort an alle Leser der Volksstimme«, in: *Volksstimme*, Meißen, 11.5.45.

Wurzener Tageblatt, Buchdruckerei Gustav Jacob, in kommunale Verwaltung übergegangen. Die neue Bezeichnung lautet nunmehr Wurzener Tageblatt. Kommunalen Druckbetrieb.«<sup>1438</sup>

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Zeitungen nach dem Besatzungswechsel keine einheitliche politische Entwicklung nahmen, obwohl der Besatzungswechsel zumeist zu inhaltlichen und nominalen Veränderungen führte. Diese unterschiedlichen Entwicklungen der lokalen Medien ist in den begrenzten Kommunikationsräumen der Nachkriegswochen begründet. Die Kommunikation war wegen des Fehlens überregionaler Medien lokal ausgerichtet, wodurch auch die gesellschaftlicher Neuaushandlung des für die Medien relevanten politischen Ordnungssystems<sup>1439</sup> lokal erfolgte und damit unterschiedlich ausgeprägt war.

Zudem boten offenbar auch die von der Besatzungsmacht gegebenen Vorgaben zum Inhalt und zum Erscheinungsbild uneinheitlich Gestaltungsspielräume, wie sich bereits am Erscheinungsbild ableiten lässt.

Bei der Gestaltung der Titelköpfe konnte etwa der Verlag der *Eisleber Zeitung* zum traditionellen Namen zurückkehren, anderen Verlegern blieb dies verwehrt. In Zeulenroda erhielten die *Bekanntmachungen* kurz nach dem sowjetischen Einmarsch für lediglich eine Nummer den Traditionsnamen *Reußischer Anzeiger* zurück, mussten sich dann aber wieder *Bekanntmachungen* nennen.<sup>1440</sup> Die *Schönebecker Zeitung*, die bereits im Juni unter britischer Verwaltung wieder eingestellt worden war, durfte bei ihrer Wiederbelebung Ende Juli 1945 lediglich den Namen *Amtliches Mitteilungsblatt* tragen.<sup>1441</sup>

Auch auf der Ebene der redaktionellen Berichterstattung zeigten sich uneinheitliche Entwicklungen: Die neuen sowjetischen Besatzungsoffiziere ließen mal eine Ausweitung der Berichterstattung zu, mal kam es zu Beschränkungen. Das *Wurzener Tageblatt* durfte beispielsweise einen Monat nach dem sowjetischen Einmarsch zur universellen und tagesaktuellen Berichterstattung früherer Jahre zurückkehren:

»An unsere Leser! Heute erscheint das ›Wurzener Tageblatt‹ nach längerer Zeit in der alten gewohnten Aufmachung. Die Zeitung soll unseren Lesern als vertrautes Heimatblatt möglichst regelmäßig wieder zugestellt werden. Dank gütiger Unterstützung und Mithilfe durch die Rote Armee, des Oberbürgermeisters und des Landrates zu Wurzen hoffen wir, unsere Zeitung dreimal wöchentlich erscheinen zu lassen. Mögen unsere geschätzten Leser das ›Wurzener Tageblatt‹ freudig aufnehmen wie in früherer Zeit. Verlag des ›Wurzener Tageblattes.«<sup>1442</sup>

<sup>1438</sup> »An unsere Leser!« In: *Wurzener Tageblatt*, 30.6.45.

<sup>1439</sup> Zur Neuaushandlung vgl. Klaus 1995, S. 430ff.

<sup>1440</sup> Mitteilung August Oberreuter IV., Hannover, Interview, 7.1.2000 sowie *Reußischer Anzeiger*, 6.7.45 (Für die Überlassung von Kopien danke ich dem Stadtarchiv Zeulenroda).

<sup>1441</sup> Siehe *Schönebecker Zeitung*, 21.6.45 und *Amtliches Mitteilungsblatt*, 31.7.45 (Bestand Stadtarchiv Schönebeck).

<sup>1442</sup> »An unsere Leser!« In: *Wurzener Tageblatt*, 5.6.45.

Auch in Reichenbach verbesserten sich nach dem Besatzungswechsel die redaktionellen Möglichkeiten, so dass das dortige *Reichenbacher Tageblatt* wie in Wurzen anfangs auch Berichte abdrucken konnte. Bereits nach wenigen Tagen enthielt die Zeitung jedoch wie unter der US-Besatzung nur noch Anzeigen und Bekanntmachungen.<sup>1443</sup> Das *Treuerer Tageblatt und Anzeiger*, das bis zum sowjetischen Einmarsch Bekanntmachungen, Regionalmeldungen,<sup>1444</sup> ein kleines Feuilleton<sup>1445</sup> und Anzeigen gedruckt hatte, musste sich nach dem Einmarsch für 14 Tage ebenfalls vollständig auf Anzeigen beschränken, konnte dann aber erneut Bekanntmachungen und ein Feuilleton drucken.<sup>1446</sup>

Umgekehrt wurde der *Oelsnitzer Volksbote* nach dem sowjetischen Einmarsch erst zu einem Bekanntmachungsblatt herunter gestuft, durfte jedoch drei Tage später wieder die vollständige Berichterstattung aufnehmen und beschränkte sich einige Wochen später erneut auf regionale Meldungen, Anzeigen und Bekanntmachungen (Abb. 35-39, S. 253ff.)<sup>1447</sup> Die Zeitung erreichte im Juli immerhin eine Auflage von 9 500 Exemplaren,<sup>1448</sup> was gegenüber 1939 fast eine Verdoppelung bedeutete.<sup>1449</sup> Grob geschätzt kam damit im Kreis Oelsnitz auf je 8 Bewohner eine Zeitung.<sup>1450</sup>

Auch wenn die Inhalte sich von Zeitungen zu Zeitung und sogar von Nummer zu Nummer stark unterschieden, war den Zeitungen unter der sowjetischen Besatzungsherrschaft gemein, dass sie Anzeigen drucken durften. Vor allem bei den alteingesessenen Verlagen gehörte das Anzeigengeschäft zum normalen Geschäftsbetrieb. Neugründungen wie die *Rote Fahne*, die *Volksstimme* oder das nur in einer Einzelnummer nachweisbare *Volks-Echo* aus Weißwasser mussten dagegen ganz oder weitgehend ohne Anzeigen auskommen (Tabelle 12).

<sup>1443</sup> Die Zeitung kehrte damit quasi zu ihren Wurzeln zurück: 1833 war sie unter dem Namen *Adress- und Anzeige-Blatt für Reichenbach* gegründet (Mediaangabe n. Handbuch der Deutschen Tagespresse 61937, S. 254).

<sup>1444</sup> Siehe etwa »Der »Kriegsdurchhalter« Mutschmann«, *Treuerer Tageblatt und Anzeiger*, 9./10.6.45, »Von der Eisenbahn«, *Treuerer Tageblatt und Anzeiger*, 15.-16.6.45.

<sup>1445</sup> Siehe etwa »Der sprechende Fisch. Anekdote«, in: *Treuerer Tageblatt und Anzeiger*, 5.6.45, »Treuerer Kirchen«, in: *Treuerer Tageblatt und Anzeiger*, 12.6.45, »Wie die Hausnummern nach Mitteldeutschland kamen«, in: *Treuerer Tageblatt und Anzeiger*, 15-16.6.45 oder Anette v. Droste-Hülshoffs »Im Trapez«, in: *Treuerer Tageblatt und Anzeiger*, 15./16.6.45.

<sup>1446</sup> Siehe *Treuerer Tageblatt und Anzeiger*, 5.7.-26.7.45.

<sup>1447</sup> Siehe *Oelsnitzer Volksbote*, bis 27.4.-17.7.45 (Bestand Sächsische Landesbibliothek Dresden).

<sup>1448</sup> Siehe *Oelsnitzer Volksbote und Hartensteiner Zeitung*, 17.7.45.

<sup>1449</sup> Vgl. Handbuch der deutschen Tagespresse 71944, S. 195.

<sup>1450</sup> Einwohnerzahl Dezember 1945: 76 500 – vgl. Statistisches Zentralamt 1946, S. 12.

Zeitung	Seitenumfang		Anzeigenumfang	
	Ø Seiten	Ø Seiten	Ø Seiten	in %
<i>Die rote Fahne, Waren/Müritz</i> <sup>1451</sup>	2	0		0
<i>Volksstimme, Meißen</i> <sup>1452</sup>	2	0,3		13
<i>Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt</i> <sup>1453</sup>	4	0,2		21
<i>Oelsnitzer Volksbote und Hartensteiner Zeitung</i> <sup>1454</sup>	2,2	0,7		32
<i>Eisleber Tageblatt</i> <sup>1455</sup>	3,0	1,1		38
<i>Wurzener Tageblatt</i> <sup>1456</sup>	2,9	1,8		62
<i>Treuener Tageblatt und Anzeiger</i> <sup>1457</sup>	1,4	1,1		70
<i>Reichenbacher Tageblatt</i> <sup>1458</sup>	2,3	1,7		74

**Tabelle 12: Anzeigenumfang (Geschäftsanzeigen, Kleinanzeigen) ausgewählter Nachkriegszeitungen unter sowjetischer Besatzung.**

Zwar warben auch KP-Blätter in Eigenanzeigen um Inserate: »Die Zeitungsanzeige in der *Volksstimme* sorgt für zweckmäßige Verbreitung aller Familiennachrichten. Sie fördert den wirtschaftlichen Aufbau.«<sup>1459</sup> Die Inserenten übten bei diesen Neugründungen jedoch vor allem im Bereich der Geschäftsanzeigen eine gewissen Zurückhaltung, die bei alteingesessenen Verlagen (unabhängig von der aktuellen politischen Ausrichtung) nicht sichtbar war.

Dabei kamen vor allem Zeitungen, denen eine reguläre Berichterstattung nicht möglich war, auf einen sehr hohen Anteil von Geschäfts- oder Kleinanzeigen. Soweit ein Vergleich der Anzeigenteile aus der westalliierten und der sowjetischen Besatzungszeit sinnvoll war,<sup>1460</sup> zeigten sich nach dem Besatzungswechsel teilweise deutliche Ausweitungen des dafür zur Verfügung stehenden Platzes (Tabelle 13). Dies betraf auch jene Zeitungen, die wie das *Eisleber Tageblatt* erst nach dem Abzug der US-Armee eine umfangreiche politische Berichterstattung aufgenommen hatten.

Zeitung	Anzeigenumfang			
	vorher		nachher	
	in %	Ø Seiten	in %	Ø Seiten
<i>Oelsnitzer Volksbote und Hartensteiner Zeitung</i>	33	0,8	32	0,7
<i>Öffentliches Amtsblatt/Eisleber Tageblatt</i>	21	0,4	38	1,1
<i>Treuener Tageblatt und Anzeiger</i>	33	0,6	70	1,1
<i>Reichenbacher Tageblatt</i>	55	1,2	74	1,7

**Tabelle 13: Vergleich der Anzeigenteile vor und nach der Übernahme der Besatzungsgewalt durch die Rote Armee.**

<sup>1451</sup> Neugründung; ausgewertet: 4 Nummern (von 4) vom 9.-12.5.45.

<sup>1452</sup> Neugründung; ausgewertet: 7 Nummern (von 8) vom 11.-19.5.45.

<sup>1453</sup> Wiedergründung; ausgewertet: 2 Nummern (von 4) vom 23.-30.6.45.

<sup>1454</sup> Übernahme US-Besatzung; häufiger Formatwechsel. Ausgewertet 15 Nummern (von 20) vom 16.6.-18.7.45.

<sup>1455</sup> Übernahme US-Besatzung; ausgewertet: 10 Nummern (von 13) vom 2.7.-4.8.45.

<sup>1456</sup> Übernahme US-Besatzung; ausgewertet: 18 Nummern (von 18) vom 12.5.-28.7.45.

<sup>1457</sup> Übernahme US-Besatzung; häufiger Formatwechsel. Ausgewertet 10 Nummern (von 10) vom 3.-26.7.45.

<sup>1458</sup> Übernahme US-Besatzung; ausgewertet: 31 Nummern (von 31) vom 2.7.-27.8.45.

<sup>1459</sup> Eigenanzeige, in: *Volksstimme*, Meißen, 14.5.45.

<sup>1460</sup> Zu den Anzeigenteilen der Zeitungen unter US-Besatzung vgl. Kap. 4.4.5.

# Oelsnitzer Volksbote

Ergebnisse monatlich 170 ...  
Abdruck Nr. 2017, Wolfenbüttel 21230  
Verleger: Oelsnitzer Volksbote  
Vertrieb: Oelsnitzer Volksbote  
Anzeigen: Oelsnitzer Volksbote

## Hartensteiner Zeitung

Wir sparen Kohle, Gas und Strom für die Rüstung!

Nummer 306

Oelsnit (Grzeb.), Donnerstag, den 31. Dezember 1942

79. Jahrgang



### Noch härter werden!

**Frage und Forderungen an die Parteimitglieder**  
Die Parteimitglieder sind von jeher auch ein Vorkämpfertrupp gewesen, in dem der Führer sich selber in seinem persönlichen Lebensrisiko abzugeben pflegt über das, was er gefordert, und über das, was er verlangt hat in 303 Tagen seines Lebens. Die Parteimitglieder sind der Kampftrupp der Partei, der die Partei in jeder Hinsicht zu vertreten hat. Die Parteimitglieder sind der Kampftrupp der Partei, der die Partei in jeder Hinsicht zu vertreten hat. Die Parteimitglieder sind der Kampftrupp der Partei, der die Partei in jeder Hinsicht zu vertreten hat.

**Wahrheit in ihrer Verantwortung, denn wie müssen, damit ihr Sterben in der großen deutschen Erfüllung, in der Befreiung, in den Hindernisse letzte Krönung erleben können. Das ist euer Leben und unsere höchste Verantwortung, bringen, jeder einzelne an seinem Platz, an dem er steht und an dem er stehen wird, in seinen Dingen, dem höchsten und unerfüllbarsten, dem höchsten Dingen.**



Wolke, kämpfen, siegen!  
(NS-Kriegsberichtler Kempf/54)

### Unser Jahresrückblick Der Geffrieg im Jahre 1942

**Von Konteradmiral Gadow**  
Die rekordhafte Verfechtung der Nordsee im Jahre 1942, deren Verlauf sich im wesentlichen im Wesentlichen befand, die feindliche Kriegführung, entzündete und verfestigte sich in der Nordsee. Der Einsatz der Luftwaffe und der U-Boote, die feindliche Kriegführung, entzündete und verfestigte sich in der Nordsee. Der Einsatz der Luftwaffe und der U-Boote, die feindliche Kriegführung, entzündete und verfestigte sich in der Nordsee.

## Wieder über 100000 BRK. versenkt

**19 Schiffe im Nord- und Südatlantik Opfer unserer U-Boote - Schwere Verluste der Sowjets**  
Aus dem Führerhauptquartier, 30. Dez. Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt:  
Im Zentralgebiet Schweden, dabei wurden sehr schwere Verluste erlitten.  
In Ostland und im Nordseegebiet hatten die Sowjets bei ihrer Verfechtung ihre Verluste sehr stark erhöht und verloren 14 Schiffe. Bei erfolgreicher Gegenwehr wurden zahlreiche Schiffe und leichte Schiffe zerstört und Geiseln genommen. Angriffe deutscher U-Boote führten zu schweren Verlusten und empfindlichen Ausfällen an Menschen und schweren Schäden an Kriegsmaschinen. Unsere U-Boote brachten eine große Anzahl feindlicher Schiffe zum Sinken. Im mittleren Ostland wurden einzelne feindliche Schiffe erbeutet. Unsere U-Boote brachten eine große Anzahl feindlicher Schiffe zum Sinken.

Die Nordsee, heute beiderseits im Bereich der Luftwaffe, der U-Boote und der Minenboote sowie der Seeflottenstreitkräfte, ist für größere Zusammenstöße kaum noch ungeeignet, jedoch von hier die Wege zum Atlantik hinüber als Teil der Nordsee-England-Anschluß aufrecht erhalten. Eine Anzahl neuerer Schiffe, die von feindlichen Seiten nach Ost und Schottland waren, konnte so abgefangen und verfeuert oder zerstört werden. In der Ostsee blieb es bei der engen Verfechtung der feindlichen U-Boote in der Ostsee, die durch weiteren Schiffsverkehr durch Luft- und Artilleriebeschüsse durch einen Ausbruch von U-Booten gestoppt wurde. Die Ostsee wurde durch feindliche U-Boote in einem Maße unter feindlicher Kontrolle gestellt und vermindert. Die Ostsee wurde durch feindliche U-Boote in einem Maße unter feindlicher Kontrolle gestellt und vermindert. Die Ostsee wurde durch feindliche U-Boote in einem Maße unter feindlicher Kontrolle gestellt und vermindert.

Abbildung 35: Von der NS-Zeitung zum Mitteilungsblatt unter sowjetischer Besatzung: Oelsnitzer Volksbote, 31. Dezember 1943.<sup>1461</sup>

<sup>1461</sup> Abbildung 35-Abbildung 39: Bestand Sächsische Landesbibliothek Dresden.

# Oelsnitzer Volksbote

Mitteilungsblatt für die Einwohner der Stadt Oelsnitz (Erzgeb.)

Oelsnitz (Erzgeb.), Sonnabend, den 12. Mai 1945

## Arbeitseinsatz zur Durchführung der Anordnungen der amerikanischen Besatzungsmacht

Auf Anordnung der amerikanischen Besatzungsmacht an den Landrat zu Stollberg sind b. a. w. ständig genügend Arbeitskräfte örtlich für Instandsetzungs- und Aufräumarbeiten usw. zur Verfügung zu halten. Die Entlohnung erfolgt jeweils durch den Bürgermeister, der die angeordneten Maßnahmen durchzuführen hat.

Im Zuge dieser Anordnung haben sich zunächst sämtliche z. B. nicht in Beschäftigung stehende Männer im Alter von 16 bis 50 Jahren bei der nächsten für ihren Wohnsitz zuständigen Arbeitsamts-Dienststelle (Lugau/Stollberg/Thalheim) zu melden. Darunter fallen auch die Männer, die zwar noch in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, deren Betrieb aber noch nicht zum Anlauf gekommen ist oder gegenwärtig noch nicht erreicht werden kann. Das trifft auch für entlassene Wehrmachtangehörige, Dienstverpflichtete und Notdienstverpflichtete, soweit sie keine Arbeit haben, in vollem Umfange zu. Vor allem haben alle bisherigen männlichen Angestellten der aufgelösten NSDAP, ihrer Gliederungen und Verbände dieser Unterstützung Folge zu leisten. Im Falle unbegründeter Verzögerung dieser Arbeitsverpflichtung verlieren die Betroffenen den Anspruch auf Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung, wie außerdem strengste Bestrafung erfolgt.

Im übrigen haben sämtliche Betriebe des Kreises Stollberg umgehend, notfalls durch Kurier der für sie zuständigen Arbeitsamts-Dienststelle eine namentliche Liste aller seit dem 13. April 1945 entlassenen deutschen Gefolgshäftlingsmitglieder beiderlei Geschlechts mit Berufs-, Familienstands- und Wohnungsangabe einzureichen. Wird diese Anordnung nicht restlos erfüllt, muß mit Repressalien durch die Besatzungsmacht gerechnet werden.

## Zahlung von Arbeitslosenunterstützung

Ab sofort wird die Bearbeitung und Zahlung der Arbeitslosenunterstützung wieder durch das Arbeitsamt vorgenommen. Entsprechende Anträge sind persönlich bei den vorgenannten Dienststellen zu stellen. Eine Zahlung von Arbeitslosenunterstützung setzt im übrigen wie bisher das Nichtvorhandensein einer Arbeitsmöglichkeit voraus.

## Zahlung von Ausfallvergütung

Es ist der ausdrückliche Wunsch der amerikanischen Besatzungsmacht, daß die hiesige Industrie sofort wieder anläuft. Die Betriebe des Kreises Stollberg haben in eigener Verantwortung sofort zu entscheiden, welche Gefolgshäftlingsmitglieder bei Wiederaufnahme des Betriebes entschädigt werden, da Ausfallvergütung nicht mehr erstattet werden kann. Im übrigen muß die Bearbeitung der bereits vorliegenden Anträge, insbesondere die Erstattung der Beträge, einer späteren Regelung vorbehalten bleiben.

Stollberg (Sa.), Lugau (Erzgeb.), den 11. Mai 1945.  
Das Arbeitsamt Lugau Der Landrat zu Stollberg (Sa.)

## Lebensmittelversorgung in der 75. Zuteilungsperiode

a) Zur Belieferung mit je 500 g Brot werden weiter ausgerufen:

### 1. Normalverbraucher

Erwachsene über 18 J.	Abchnitte 30, 32	ab 3. Woche
	33, 34, 35	ab 4. Woche
Kinder und Jugendliche 6-18 J.	30, 32	ab 3. Woche
	33, 34, 35	ab 4. Woche
Kinder bis 6 J.	Abchnitt 27	ab 3. Woche
	28	ab 4. Woche

### 2. Teilselbstversorger in Butter

Erwachsene über 18 J.	Abchnitte 130, 132	ab 3. Woche
	133, 134, 135	ab 4. Woche
Kinder und Jugendliche 6-18 J.	130, 132	ab 3. Woche
	133, 134, 135	ab 4. Woche
Kinder bis 6 J.	Abchnitt 127	ab 3. Woche
	128	ab 4. Woche

## 3. Teilselbstversorger in Fleisch und Schlachtfetten

Erwachsene über 18 J.	Abchnitte 230, 232	ab 3. Woche
	233, 234, 235	ab 4. Woche
Kinder und Jugendliche 6-18 J.	230, 232	ab 3. Woche
	233, 234, 235	ab 4. Woche
Kinder bis 6 J.	Abchnitt 227	ab 3. Woche
	228	ab 4. Woche

## 4. Brotharte für Selbstversorger (je 1000 g)

Abchnitt 408	ab 3. Woche
409, 410	ab 4. Woche

## b) Fleischversorgung

Alle Bewohner, die den Abschnitt 40 für Normalverbraucher und Jugendliche der Lebensmittelkarte der 74. Zuteilungsperiode noch nicht beliefert bekommen haben, können auf je 2 Abschnitte 40 eine Dose Fleisch erhalten. Die Ausgabe der Dosen erfolgt unter Vorlegung der Lebensmittelkarte der 74. Zuteilungsperiode Montag, den 14. 5. 1945, vormittags 8-12 Uhr für die Bewohner des Mutterortes im Rathausgebäude II, Erdgeschoss Steuerkasse und für Neuoelsnitz zur gleichen Zeit in der Volkswache zu Neuoelsnitz, Schulstraße.

Die ursprünglich mit 100 g wöchentlich vorgesehene Fleischration in der 75. Zuteilungsperiode wird von der 2. Woche (7.5.) ab auf 150 g wöchentlich für die Verbraucher über 6 Jahre festgesetzt.

Der Nummernaufruf wird dementsprechend wie folgt geändert:

Normalversorgungsberechtigte	2. Woche 3, 4, 5
Erwachsene und Jugendliche	3. Woche 6, 7, 8
	4. Woche 9, 10, 11
Teilselbstversorger in Butter	2. Woche 103, 104, 105
Erwachsene und Jugendliche	3. Woche 106, 107, 108
	4. Woche 109, 110, 111

Zuteilung je Abschnitt 50 g.  
Der Wochensatz von 100 g für Kinder bis 6 Jahre bleibt unverändert.

## c) Fettversorgung

Montag, den 14. Mai 1945, kann in den Geschäften von Konsumverein, Gartenstraße, Bahner, Gartenstraße, Meyer, Glüdauffstraße, Bivvl, Bahnhofstraße

30 g Butter gegen Abtrennung bei Normalverbrauchern des Abschnittes C 55, Tgdl. 57 und R 49 - TSB, Schl. C 255, Tgdl. 257 und R 249 der 75. Zuteilungsperiode von den Verbrauchern bezogen werden, die in den Bezirken 7-11, sowie die in der Waldesruhiedlung wohnen. Bei Bezirk 7 kommen nur diejenigen in Frage, die nicht schon diese Woche beliefert worden sind.

Weiter kommt die gleiche Menge von 30 g Butter je Kopf Montag, den 14. Mai zum Verkauf in den Neuoelsnitzer Geschäften von

Ebert, Konsumverein, Vert. Stelle und Schaarschmidt

für die Bewohner des Stadtteils Neuoelsnitz gegen gleiche Abschnitte wie im Mutterort. Beim Verkauf ist der Haushaltspaß mit vorzulegen. Wer Butter bezieht, ohne berechtigt zu sein, wird bestraft.

Die genannten Kleinverteiler können die Butter ab Sonntag im Geschäft von Rudolf Schlichting bzw. Vogel, Bahnhofstr., entnehmen.

Die Bezirke 7 bis 11 umfassen folgende Straßen:

### Bezirk 7

Meinertstraße, Lutherstraße außer 27 und 29, Glüdauffstraße, Gartenstraße, rechte Seite Nr. 10-18, Gartenstraße, linke Seite Nr. 13-25, Friedrichstraße, linke Seite Nr. 11 bis 17, Friedrichstraße, rechte Seite Nr. 10-26.

### Bezirk 8

Alle Staatsstraße außer Nr. 2-8, Untere Hauptstraße 13-25, 30, Kurze Straße, Bachgasse, Bädergasse, Barthgäßchen, Mühlgasse, Finlensteig, Kerzenweg, Innere Stoll-

# Oelsnitzer Volksbote

## und Gartensteiner Zeitung

Nummer 99

D. L. u. G. (Ergeb.), Mittwoch, den 6. Juni 1945

Jahrgang 82

### Berliner Giegesfahne nach Moskau gebracht

#### Russische Parade vor dem Reichstagsgebäude in Berlin

Berlin. Am 20. April ging über dem Reichstag in Berlin das rote Banner hoch. Es war die Fahne des Sieges, der Vorläufer der völligen und bedingungslosen Kapitulation Deutschlands. Diese Fahne wurde unter großer Anteilnahme der Bevölkerung auf dem Reichstagsplatz in Berlin feierlich entrollt. Sie ist die Fahne der Freiheit und der Gerechtigkeit, die über dem Reichstag in Berlin aufsteigt. Sie ist die Fahne der Freiheit und der Gerechtigkeit, die über dem Reichstag in Berlin aufsteigt. Sie ist die Fahne der Freiheit und der Gerechtigkeit, die über dem Reichstag in Berlin aufsteigt.

Über den Reigen der Fahnen erstreckte sich die Fahne der Freiheit und der Gerechtigkeit, die über dem Reichstag in Berlin aufsteigt. Sie ist die Fahne der Freiheit und der Gerechtigkeit, die über dem Reichstag in Berlin aufsteigt. Sie ist die Fahne der Freiheit und der Gerechtigkeit, die über dem Reichstag in Berlin aufsteigt.

### Stille provisorische Regierung eines deutschen Verwaltungsbezirktes

Kernfurt. Die erste provisorische Regierung eines deutschen Verwaltungsbezirktes unter amerikanischer Aufsicht wurde in den letzten Tagen eingerichtet. Das Ministerium für die Provinzen Saar, Pfalz und Rhein-Südlich des Rheins hat die provisorische Regierung unter der Leitung von Dr. Hermann Heimerich als Oberpräsident des Verwaltungsbezirktes ernannt.

Die provisorische Regierung eines deutschen Verwaltungsbezirktes unter amerikanischer Aufsicht wurde in den letzten Tagen eingerichtet. Das Ministerium für die Provinzen Saar, Pfalz und Rhein-Südlich des Rheins hat die provisorische Regierung unter der Leitung von Dr. Hermann Heimerich als Oberpräsident des Verwaltungsbezirktes ernannt.

### Aus dem Zeitgeschehen

Wird im Einklang mit den gestrigen Beschlüssen... London. Am 5. Juni 1945 ist die provisorische Regierung eines deutschen Verwaltungsbezirktes unter amerikanischer Aufsicht in den letzten Tagen eingerichtet worden. Das Ministerium für die Provinzen Saar, Pfalz und Rhein-Südlich des Rheins hat die provisorische Regierung unter der Leitung von Dr. Hermann Heimerich als Oberpräsident des Verwaltungsbezirktes ernannt.

Die provisorische Regierung eines deutschen Verwaltungsbezirktes unter amerikanischer Aufsicht wurde in den letzten Tagen eingerichtet. Das Ministerium für die Provinzen Saar, Pfalz und Rhein-Südlich des Rheins hat die provisorische Regierung unter der Leitung von Dr. Hermann Heimerich als Oberpräsident des Verwaltungsbezirktes ernannt.

### Wer regiert?

Über die Frage herrschen in der Bevölkerung große Unklarheiten. Ein Teil der Bevölkerung glaubt, dass die provisorische Regierung eine Regierung sei, die die Befehle der amerikanischen Besatzungsmächte ausführt. Ein anderer Teil glaubt, dass die provisorische Regierung eine Regierung sei, die die Befehle der deutschen Behörden ausführt. Die provisorische Regierung eines deutschen Verwaltungsbezirktes unter amerikanischer Aufsicht wurde in den letzten Tagen eingerichtet.

Die provisorische Regierung eines deutschen Verwaltungsbezirktes unter amerikanischer Aufsicht wurde in den letzten Tagen eingerichtet. Das Ministerium für die Provinzen Saar, Pfalz und Rhein-Südlich des Rheins hat die provisorische Regierung unter der Leitung von Dr. Hermann Heimerich als Oberpräsident des Verwaltungsbezirktes ernannt.

Abbildung 37: Oelsnitzer Volksbote/Lugauer Zeitung, 6. Juni 1945 (deutsche Selbstverwaltung nach Abzug der US-Armee). 1462

# Oelsnitzer Volksbote

## und Hartensteinener Zeitung

Nummer 105

Donnerstag (Ergeb.), Sonnabend, den 16. Juni 1945

Jahrgang 82

### Die San Franzisko-Konferenz vor dem Abschluß

Präsident Truman hält die Abschlusssprache - Konferenz zwischen Truman, Churchill und Stalin

Auf der Weltfriedenskonferenz in San Franzisko wurde gestern der einstimmige Beschluß gefaßt, die zweite Weltkonferenz in der Welt der Vereinten Nationen einberufen zu lassen.  
Nach einer längeren Aussprache mit den nach Washington zurückgekehrten Sonderbeauftragten Hopkins und Truman der amerikanischen Präsidenten Truman in einer Pressekonferenz Stellung zu aktuellen und politischen Fragen ergriff. Er teilte mit, daß die Pläne zu einem Aufnahmestreffen zwischen Premierminister Churchill und Stalin fertig sind und daß die Einzelheiten für diese Zusammenkunft bereits von Hopkins und Stalin in Moskau am Sonntag besprochen wurden. Präsident Truman betonte die Wichtigkeit der engen Zusammenarbeit der Vereinten Nationen, Großbritanniens und der Sowjetunion, die nun am Ende des Krieges der Förderung des Friedens gelten müsse.  
In einer Sitzung der 2. Kommission der Weltfriedenskonferenz in San Franzisko erklärte der Vertreter Russlands, daß ein dauerhafter Frieden nicht zuletz schon abhängt, daß die unangenehmsten Beziehungen in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung aufeinanderarbeiten. Nach einer Erklärung des Londoner Rundfunks biligte die Konferenz einen aus vier Punkten bestehenden Plan zum gemeinsamen militärischen Handeln der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der japanischen Aggression gegen einen eventuellen Angreifer. Der Plan enthält sowohl diplomatische, wirtschaftliche als auch finanzielle Sanktionen gegen jeden Angreifer.

### Angriffserfolge ungeheuren Ausmaßes

Über die Erfolge der alliierten Streitkräfte aus dem Kriegsschauplatz im Fernen Osten wurde berichtet, die in einem Ausmaß, wie es in der Geschichte der Welt noch nicht vorgekommen ist, zu gezielten Erfolgen geführt haben.  
Auf Borneo erzielten die australischen Truppen weitere Fortschritte und Befreiungen. Der japanische Widerstand wurde durch die alliierten Streitkräfte gebrochen und von amerikanischen Flugzeugen heftig angegriffen.  
Schon vor einiger Zeit wurde gemeldet, daß die Amerikaner die Borneo vorgelagerte Insel Celebes befreit haben. Die japanische Besatzung wurde in Celebes durch die alliierten Streitkräfte gebrochen und die Insel für die alliierten Streitkräfte wieder zugänglich gemacht. Die alliierten Streitkräfte haben sich in Celebes durch die alliierten Streitkräfte gebrochen und die Insel für die alliierten Streitkräfte wieder zugänglich gemacht.  
Der ICH-Regierungsrat erklärte, daß die japanische Verteidigungslinie auf Okinawa nach 2 Tagen durch die alliierten Streitkräfte gebrochen wurde. Die alliierten Streitkräfte haben sich in Okinawa durch die alliierten Streitkräfte gebrochen und die Insel für die alliierten Streitkräfte wieder zugänglich gemacht.  
Durch die amerikanischen Luftangriffe wurden in Okinawa bisher 130 000 Häuser zerstört. Amerikanische Super-

### gegen Japan mit geringen Mitteln

Die britischen Streitkräfte, die nun von den Russen geleitet werden, werden am 21. Juni die I. von den Amerikanern geleitet. Die russischen Truppen sind in Ostchina einmarschiert. Die Demarkationslinie ist noch nicht im einzelnen festgelegt, was jedoch nicht ohne weiteres zu erwarten ist.  
Die britischen Streitkräfte, die nun von den Russen geleitet werden, werden am 21. Juni die I. von den Amerikanern geleitet. Die russischen Truppen sind in Ostchina einmarschiert. Die Demarkationslinie ist noch nicht im einzelnen festgelegt, was jedoch nicht ohne weiteres zu erwarten ist.  
Die britischen Streitkräfte, die nun von den Russen geleitet werden, werden am 21. Juni die I. von den Amerikanern geleitet. Die russischen Truppen sind in Ostchina einmarschiert. Die Demarkationslinie ist noch nicht im einzelnen festgelegt, was jedoch nicht ohne weiteres zu erwarten ist.

### gegen Japan mit geringen Mitteln

Die britischen Streitkräfte, die nun von den Russen geleitet werden, werden am 21. Juni die I. von den Amerikanern geleitet. Die russischen Truppen sind in Ostchina einmarschiert. Die Demarkationslinie ist noch nicht im einzelnen festgelegt, was jedoch nicht ohne weiteres zu erwarten ist.  
Die britischen Streitkräfte, die nun von den Russen geleitet werden, werden am 21. Juni die I. von den Amerikanern geleitet. Die russischen Truppen sind in Ostchina einmarschiert. Die Demarkationslinie ist noch nicht im einzelnen festgelegt, was jedoch nicht ohne weiteres zu erwarten ist.  
Die britischen Streitkräfte, die nun von den Russen geleitet werden, werden am 21. Juni die I. von den Amerikanern geleitet. Die russischen Truppen sind in Ostchina einmarschiert. Die Demarkationslinie ist noch nicht im einzelnen festgelegt, was jedoch nicht ohne weiteres zu erwarten ist.

### Ausweisung der Deutschen und Ungarn aus der Sowjetunion

Die sowjetische Regierung hat nach Londoner Rundfunkmeldungen die Ausweisung aller Deutschen und deutschsprachigen Schulen in der Sowjetunion angeordnet.  
Von einem britischen Bericht wird auch ein Befehl gemeldet, der die Ausweisung aller Deutschen und deutschsprachigen Schulen in der Sowjetunion angeordnet.  
Die alliierten Streitkräfte haben sich in Okinawa durch die alliierten Streitkräfte gebrochen und die Insel für die alliierten Streitkräfte wieder zugänglich gemacht.  
Die alliierten Streitkräfte haben sich in Okinawa durch die alliierten Streitkräfte gebrochen und die Insel für die alliierten Streitkräfte wieder zugänglich gemacht.

Die alliierten Streitkräfte haben sich in Okinawa durch die alliierten Streitkräfte gebrochen und die Insel für die alliierten Streitkräfte wieder zugänglich gemacht.  
Die alliierten Streitkräfte haben sich in Okinawa durch die alliierten Streitkräfte gebrochen und die Insel für die alliierten Streitkräfte wieder zugänglich gemacht.  
Die alliierten Streitkräfte haben sich in Okinawa durch die alliierten Streitkräfte gebrochen und die Insel für die alliierten Streitkräfte wieder zugänglich gemacht.

### Aus dem Zeitgeschehen

In Bayern kann die Gefahr der Hungersnot als abgewehrt gelten.  
Der stellvertretende bayrische Ministerpräsident Dr. Friedrich Schäfer erklärte in seiner ersten Rundfunkansprache an das bayerische Volk, dass die Gefahr der Hungersnot in Bayern durch die alliierten Streitkräfte gebrochen und die Insel für die alliierten Streitkräfte wieder zugänglich gemacht.  
Die alliierten Streitkräfte haben sich in Okinawa durch die alliierten Streitkräfte gebrochen und die Insel für die alliierten Streitkräfte wieder zugänglich gemacht.

Die alliierten Streitkräfte haben sich in Okinawa durch die alliierten Streitkräfte gebrochen und die Insel für die alliierten Streitkräfte wieder zugänglich gemacht.  
Die alliierten Streitkräfte haben sich in Okinawa durch die alliierten Streitkräfte gebrochen und die Insel für die alliierten Streitkräfte wieder zugänglich gemacht.  
Die alliierten Streitkräfte haben sich in Okinawa durch die alliierten Streitkräfte gebrochen und die Insel für die alliierten Streitkräfte wieder zugänglich gemacht.

wieder in Arbeit. Die Nord-Werke in Köln sollen heute für die alliierten Streitkräfte hergestellt werden. Die alliierten Streitkräfte haben sich in Okinawa durch die alliierten Streitkräfte gebrochen und die Insel für die alliierten Streitkräfte wieder zugänglich gemacht.

### Der Beginn der Verhandlungen gegen Kriegsverbrecher

Die Verhandlungen zwischen den alliierten Streitkräften und den japanischen Streitkräften sind in der Stadt Tokio im Gange. Die alliierten Streitkräfte haben sich in Okinawa durch die alliierten Streitkräfte gebrochen und die Insel für die alliierten Streitkräfte wieder zugänglich gemacht.  
Die alliierten Streitkräfte haben sich in Okinawa durch die alliierten Streitkräfte gebrochen und die Insel für die alliierten Streitkräfte wieder zugänglich gemacht.

### Wahnenminister in Sanktionen verhaftet

Die alliierten Streitkräfte haben sich in Okinawa durch die alliierten Streitkräfte gebrochen und die Insel für die alliierten Streitkräfte wieder zugänglich gemacht.  
Die alliierten Streitkräfte haben sich in Okinawa durch die alliierten Streitkräfte gebrochen und die Insel für die alliierten Streitkräfte wieder zugänglich gemacht.  
Die alliierten Streitkräfte haben sich in Okinawa durch die alliierten Streitkräfte gebrochen und die Insel für die alliierten Streitkräfte wieder zugänglich gemacht.

### Unter den alliierten Streitkräften

Die alliierten Streitkräfte haben sich in Okinawa durch die alliierten Streitkräfte gebrochen und die Insel für die alliierten Streitkräfte wieder zugänglich gemacht.  
Die alliierten Streitkräfte haben sich in Okinawa durch die alliierten Streitkräfte gebrochen und die Insel für die alliierten Streitkräfte wieder zugänglich gemacht.  
Die alliierten Streitkräfte haben sich in Okinawa durch die alliierten Streitkräfte gebrochen und die Insel für die alliierten Streitkräfte wieder zugänglich gemacht.

### Unter den alliierten Streitkräften

Die alliierten Streitkräfte haben sich in Okinawa durch die alliierten Streitkräfte gebrochen und die Insel für die alliierten Streitkräfte wieder zugänglich gemacht.  
Die alliierten Streitkräfte haben sich in Okinawa durch die alliierten Streitkräfte gebrochen und die Insel für die alliierten Streitkräfte wieder zugänglich gemacht.  
Die alliierten Streitkräfte haben sich in Okinawa durch die alliierten Streitkräfte gebrochen und die Insel für die alliierten Streitkräfte wieder zugänglich gemacht.

Abbildung 38: Oelsnitzer Volksbote/Lugauer Zeitung, 16. Juni 1945 (sowjetische Besatzung).



# Oelsnitzer Volksbote

## und Hartensteiner Zeitung

### Mitteilungsblatt der Behördendienststellen

Nummer 122

Oelsnitz (Erzgeb.), Montag, den 16. Juli 1945

Jahrgang 82

#### Ämliche Bekanntmachungen

**Bekanntmachung**  
 Im Auftragsverhältnis vorgebungen erbe ich bekannt, daß die Ausfertigung nunmehr zum vollen Betrag von 1,50 Reichsmark zu erheben ist. Ich erwarte, daß die Rückzahlung unbedingt eingehalten wird.  
 Oelsnitz, am 13. Juli 1945.  
 Der Landrat zu Oelsnitz, E. A. B.

**Erweiterung**  
 Die Verfassungsberechtigten werden aufgefordert, den Wahlzettel für die Erneuerung der Räte am 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. Juli 1945 bei ihrem Heimverwalter abzugeben.  
 Der Zeitpunkt der Erneuerung wird noch bekanntgegeben.  
 Oelsnitz, am 13. Juli 1945.  
 Der Landrat zu Oelsnitz, E. A. B.

#### Mitteilungen

**Bericht**  
 Über die Lage des Arbeitsmarktes im Bezirk des Arbeitsamtes Oelsnitz für den Monat Juni 1945.  
 Die am Schluß des Monats Juni ausstehende Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug 2.274 (2.924) Personen. Davon waren 1.440 (2.068) männlich und 834 (856) weiblich. Die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zum Monat Mai 1945 betrug 2.274 (2.924) Personen, im Vergleich zum Monat April 1945 betrug 2.274 (2.924) Personen.  
 Die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zum Monat Juni 1944 betrug 2.274 (2.924) Personen, im Vergleich zum Monat Juni 1943 betrug 2.274 (2.924) Personen.

Es wurden in der Hauptlage nur männliche und weibliche Fachkräfte verlangt. Für die weiblichen Fachkräfte ist zu erwarten, daß wenn auch nur für eine gewisse Zeit, wieder angemessene Arbeitskräfte eingesetzt werden können. Im allgemeinen kann die Aufnahme in die Landwirtschaft als zufriedenstellend bezeichnet werden.  
 Der Bergbau (Berggrube 3) hat eine letzte Aufnahmefähigkeit gezeigt. Allerdings nur für Unterlagearbeiter unter 40 Jahren. Es dürfte eine weitere Beförderung zu erwarten sein, wenn der Rohabtrag nicht voll einleitet und die Beschaffung des Rohabtrages und anderer wichtiger Betriebsmaterialien sichergestellt ist.  
 In der Bauwirtschaft (Bau 1) besteht noch immer Unruhe. Es fehlt an Rohstoffen. In gleicher Weise ist der Holz- und Metallhandwerk durch die Mangelung der Rohstoffe ganz erheblich beeinträchtigt.  
 Die Textilindustrie hat in fast allen Zweigen, besonders aber in der Strumpfweberei sehr günstige Aussichten zur Aufnahme der Produktion ergeben. Da zur Zeit nur das vorhandene Rohmaterial verarbeitet werden kann, ist vorläufig in den meisten Betrieben nur ein teilweises Einsetzen der Produktion zu erwarten.  
 Die Landwirtschaft hat eine Umstellung in Betracht gezogen, während die Arbeiter aus anderen Wirtschaftszweigen herangezogen werden müssen. Die Zahl der gemeldeten Kriegsverweigerer und Schwerbeschädigten beträgt bisher 156. Für diese ist eine Umstellung ganz beabsichtigt und ist in der Bearbeitung.

**Verkehrs- und Güterverkehr**  
 Der Verkehrs- und Güterverkehr hat sich im Vergleich zum Monat Juni 1945 gegenüber dem Monat Mai 1945 um 10% erhöht. Die Zahl der Reisenden betrug 1.200 (1.100) Personen, die Zahl der Güter betrug 1.200 (1.100) Tonnen.  
 Die Zahl der Reisenden im Vergleich zum Monat Juni 1944 betrug 1.200 (1.100) Personen, die Zahl der Güter betrug 1.200 (1.100) Tonnen.

**Geburten- und Sterbefälle**  
 Geburten: 1. Kind der Elfrida Marie Meier, hier, Gartenstraße 27. 2. Kind der Hildegard Meier, hier, Gartenstraße 27. 3. Kind der Hildegard Meier, hier, Gartenstraße 27. 4. Kind der Hildegard Meier, hier, Gartenstraße 27.  
 Sterbefälle: 1. Kind der Hildegard Meier, hier, Gartenstraße 27. 2. Kind der Hildegard Meier, hier, Gartenstraße 27. 3. Kind der Hildegard Meier, hier, Gartenstraße 27. 4. Kind der Hildegard Meier, hier, Gartenstraße 27.

#### Aus der Heimat

**Eine große öffentliche Einweihungsfeier**  
 Am Montag, den 16. Juli 1945, fand eine große öffentliche Einweihungsfeier der Reichsregierung in Oelsnitz statt. Die Feier wurde von der Reichsregierung in Oelsnitz durchgeführt. Die Feier wurde von der Reichsregierung in Oelsnitz durchgeführt.

**Der Reichsminister**  
 Der Reichsminister hat sich am 16. Juli 1945 in Oelsnitz aufgehalten. Er hat sich mit den Vertretern der Reichsregierung in Oelsnitz getroffen. Er hat sich mit den Vertretern der Reichsregierung in Oelsnitz getroffen.

**Die Reichsregierung**  
 Die Reichsregierung hat am 16. Juli 1945 in Oelsnitz eine Sitzung abgehalten. Die Sitzung wurde von der Reichsregierung in Oelsnitz durchgeführt. Die Sitzung wurde von der Reichsregierung in Oelsnitz durchgeführt.

**Die Reichsregierung**  
 Die Reichsregierung hat am 16. Juli 1945 in Oelsnitz eine Sitzung abgehalten. Die Sitzung wurde von der Reichsregierung in Oelsnitz durchgeführt. Die Sitzung wurde von der Reichsregierung in Oelsnitz durchgeführt.

**Die Reichsregierung**  
 Die Reichsregierung hat am 16. Juli 1945 in Oelsnitz eine Sitzung abgehalten. Die Sitzung wurde von der Reichsregierung in Oelsnitz durchgeführt. Die Sitzung wurde von der Reichsregierung in Oelsnitz durchgeführt.

**Die Reichsregierung**  
 Die Reichsregierung hat am 16. Juli 1945 in Oelsnitz eine Sitzung abgehalten. Die Sitzung wurde von der Reichsregierung in Oelsnitz durchgeführt. Die Sitzung wurde von der Reichsregierung in Oelsnitz durchgeführt.

#### Oelsnitz

**Einwohner von Oelsnitz**  
 Die Einwohnerzahl von Oelsnitz beträgt 2.274 (2.924) Personen. Davon sind 1.440 (2.068) männlich und 834 (856) weiblich.

#### Öffentl. Einwohnerversammlung

Am 12. Juli 1945, 8 Uhr, im Theater-Saal des Hotels „Ratskeller“.  
 12 Jahre schiffliche Diktatur in Deutschland und die gegenwärtige Stellungnahme der Arbeiterschaft.  
 Die Reichsgemeinschaft der Ortsverwaltung Oelsnitz, E. A. B.

#### 1. Kultur-Veranstaltung der Stadt Oelsnitz

**Heine-Abend**  
 Mittwoch, den 18. Juli, 8 Uhr, im Theater-Saal des Hotels „Ratskeller“.  
 Es singen und sprechen aus dem Buch der Lieder: Emmy Koehne-Gravice — Margit Angert — Edith Röhrer. Am Flügel: Studentin Johannes Schumann. Vorverkauf: Rich. Richters Nachf., Rathsplatz, Louis Hilbert Nachf., Windbergstraße 6.

#### Wenn Ihre Rundfunkempfänger kreckeln

Unsere Werkstatt mit modernsten Werkzeugen und Spezialmaschinen sowie ein reichhaltiges Ersatzlager bietet Ihnen die beste und preisgünstigste Ausführung der Reparatur.  
**Winkler, Oelsnitz, Bahnhofstraße 9**  
 Altes Fachgeschäft am Platz.

#### Verenskalendar

1. Juli, 8 Uhr, im Theater-Saal des Hotels „Ratskeller“.  
 12 Jahre schiffliche Diktatur in Deutschland und die gegenwärtige Stellungnahme der Arbeiterschaft.  
 Die Reichsgemeinschaft der Ortsverwaltung Oelsnitz, E. A. B.

#### Unterricht

Der Unterricht in der Volksschule Oelsnitz wird am 16. Juli 1945, 8 Uhr, im Theater-Saal des Hotels „Ratskeller“.

#### Verloren

Verloren: 1. Kind der Hildegard Meier, hier, Gartenstraße 27. 2. Kind der Hildegard Meier, hier, Gartenstraße 27. 3. Kind der Hildegard Meier, hier, Gartenstraße 27. 4. Kind der Hildegard Meier, hier, Gartenstraße 27.

#### Stellenmarkt

1. Stelle für einen Arbeiter in der Fabrik Oelsnitz. 2. Stelle für einen Arbeiter in der Fabrik Oelsnitz. 3. Stelle für einen Arbeiter in der Fabrik Oelsnitz. 4. Stelle für einen Arbeiter in der Fabrik Oelsnitz.

#### Zu kaufen gesucht

Zu kaufen gesucht: 1. Grundstück in Oelsnitz. 2. Grundstück in Oelsnitz. 3. Grundstück in Oelsnitz. 4. Grundstück in Oelsnitz.

#### Krank Ihr Regulator?

Krank Ihr Regulator? 1. Regulator in Oelsnitz. 2. Regulator in Oelsnitz. 3. Regulator in Oelsnitz. 4. Regulator in Oelsnitz.

#### Stellenmarkt

1. Stelle für einen Arbeiter in der Fabrik Oelsnitz. 2. Stelle für einen Arbeiter in der Fabrik Oelsnitz. 3. Stelle für einen Arbeiter in der Fabrik Oelsnitz. 4. Stelle für einen Arbeiter in der Fabrik Oelsnitz.

#### Zu kaufen gesucht

Zu kaufen gesucht: 1. Grundstück in Oelsnitz. 2. Grundstück in Oelsnitz. 3. Grundstück in Oelsnitz. 4. Grundstück in Oelsnitz.

Abbildung 39: Oelsnitzer Volksbote, 16. Juli 1945 (sowjetische Besatzung).

## 5.5 Resümee: Zur Fortführung traditioneller verlegerischer Strukturen nach Kriegsende

Die bisherigen Annahmen der Pressegeschichtsschreibung, dass es noch während des sowjetischen Einmarsches zu einer flächendeckenden Schließung aller Zeitungsbetriebe kam, ließ sich nicht bestätigen. Vielmehr fanden sich eine größere Zahl von Verlegern, die unter unterschiedlichen Bedingungen kurz nach dem sowjetischen Einmarsch wieder Zeitungen produzieren konnten.

Als die Rote Armee Ostdeutschland erreichte, wurden viele Verlage im Rahmen der Kampfhandlungen zerstört oder geschlossen. Um in den besetzten Gebieten die für die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung wichtigen Anordnungen veröffentlichen und propagandistisch Einfluss auf die Bevölkerung ausüben zu können, gaben die sowjetischen Heeresgruppen anschließend Nachrichtenblätter und Tageszeitungen heraus. Diese waren jedoch für die kommunalen Kommunikationsbedürfnisse nicht geeignet und zudem nur in vergleichsweise geringen Auflagen erschienen. Nach Ansicht der bisherigen Pressegeschichtsschreibung war nicht anzunehmen, dass die Rote Armee in den Städten und Gemeinden Zeitungen zuließ, da ihre Kommandanten den Befehl gehabt hätten, alle Zeitungen sofort zu schließen.<sup>1463</sup>

Die Befehle und die dahinter stehenden politischen Konzepte, die den örtlichen Kampfkommandanten übermittelt wurden, scheinen jedoch zumindest keine ausreichende Reichweite besessen zu haben, um flächendeckend das Wiedererscheinen traditionsreicher deutscher Zeitungen oder neuer Blätter deutscher Traditionsverleger zu verhindern. Teilweise erfolgte das Weiterleben alteingesessener Zeitungen zeitlich und personell geradezu bruchlos.<sup>1464</sup> Die (durch STRUNK bestätigte<sup>1465</sup>) Aussage des Chefs der sowjetischen Informationsverwaltung, TjULPANOW, wonach die Rote Armee anfangs über kein ausgearbeitetes Konzept für die Besetzung Deutschlands verfügt habe und sich die Kommandeure individuell in ihre Arbeit hineintasten mussten,<sup>1466</sup> dürfte auch für die Behandlung der Presse durch die lokalen Besatzungsoffiziere gegolten haben.<sup>1467</sup>

<sup>1463</sup> Siehe Kap. 1.1 und 5.4.

<sup>1464</sup> De Mendelssohn (1982, S. 502f.) berichtete sogar vom sowjetischen Interesse am Wiedererscheinen eines von ihnen kontrollierten *Völkischen Beobachters*, mit dem Nationalsozialisten im Westen zuvor gekommen werden sollte. Doch die »Auferstehung des ›Völkischen Beobachters‹ unter sowjetischer Regie ließ sich technisch in der Eile nicht bewerkstelligen« (De Mendelssohn 1982, S. 507).

<sup>1465</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 152.

<sup>1466</sup> Vgl. Tjulpanow 1987, S. 23.

<sup>1467</sup> Dieses unterschiedliche lokale Agieren der Militärverwaltung betraf dabei nicht nur Zeitungen, sondern selbst hoheitliche Symbole wie amtliche Postwertzeichen (für diesen Hinweis danke ich Herrn Karl Heinrich Kaufhold) sowie

Das nach Angaben von TJULPANOW fehlende Besatzungskonzept dürfte der Hintergrund für einen uneinheitlichen Umgang mit den alteingesessenen Verlagen gewesen sein: In einzelnen Regionen konnten wieder Zeitungen erscheinen. Eine zentral gelenkte Pressepolitik ließ sich für die frühe sowjetische Besatzungszeit nicht nachweisen. Auch ein Befehl, der flächendeckend die generelle Einstellung aller Verlagstätigkeiten anordnete, konnte bislang in den Archiven bislang nicht gefunden werden. Auf das Fehlen zentraler Anordnungen dürfte zurückzuführen sein, dass es sowohl zu einer restriktiven Pressepolitik kam, die zur sofortigen Schließung von Zeitungen führte, als auch zur Gewährung relativer publizistischer Freiheiten. In einigen Orten erschienen schlichte Mitteilungsblätter, in anderen Tageszeitungen, die eine umfassende Berichterstattung boten. Alteingesessene Zeitungen erschienen neben sowjetischen Armeebüchern, traditionelle Zeitungsnamen existierten neben programmatisch benannten neuen Titeln.

Bei der räumlichen Verteilung der Zeitungen waren gleichwohl regionale Schwerpunkte auszumachen. Während sich einerseits die Reichshauptstadt Berlin als Verlagsort für sowjetische Armeezeitungen<sup>1468</sup> und (ab Mitte Juni 1945) auch für eine junge deutsche Parteipresse entwickelte,<sup>1469</sup> beschränkten sich die Verlagsorte der lokalen Nachkriegszeitungen im Wesentlichen auf den Westen und Südwesten der späteren DDR (Abb. 40, S. 260). Die verlegerische Wiederbetätigung scheint sich dabei vor allem auf jene von der 1. Ukrainischen Front befreiten sächsischen Gebiete beschränkt zu haben, die an das westalliierte Besatzungsgebiet grenzten, die zuvor von den Westalliierten besetzt gewesen waren, oder in den eine Besetzung erst nach der Kapitulation erfolgte.

Über die Gründe für diese räumliche Ballung kann vorerst nur spekuliert werden. Sie dürfte einerseits in den besonderen politischen, andererseits aber auch in besonderen militärischen Bedingungen begründet gewesen sein:

Ein Grund für die Konzentration der Presse im Süden und Südwesten könnte im unterschiedlichen Ausmaß der Kampfhandlungen zu suchen sein, die im Nordosten und in Brandenburg besonders schwere Zerstörungen hinterlassen hatten. Generell gilt auch für die ostdeutschen Zeitungsverlage, dass sie vom Krieg schwer betroffen waren. »Die meisten deutschen Druckereibetriebe waren entweder zerstört, stark beschädigt oder unmittelbar nach

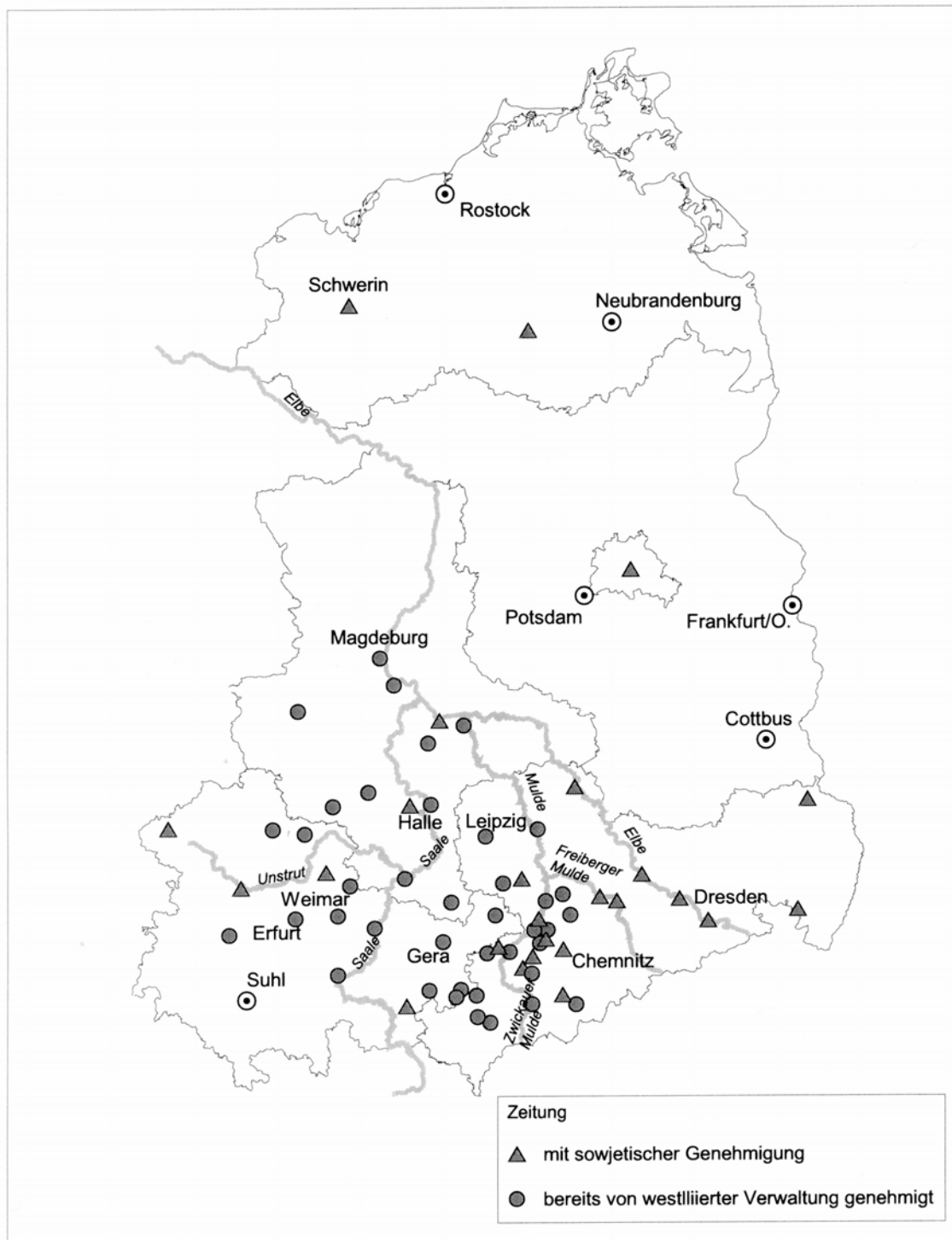
---

Banknoten, die kurze Zeit als Notdrucke erschienen. So genehmigte der sowjetische Stadtkommandant von Dresden Ende Mai 1945 im Raum Dresden auch den Druck einer Briefmarke, die am 23. Juni 1945 erscheinen konnte, deren Nutzung dann aber wieder untersagt wurde (vgl. Weidinger 2002, S. 73f.).

<sup>1468</sup> Siehe Kap. 5.3.

<sup>1469</sup> Siehe dazu unten Kap. 6.2.

dem Einmarsch der Roten Armee demontiert worden.«<sup>1470</sup> Insbesondere Südsachsen und die von den britisch-amerikanischen Truppen besetzten Landstriche waren jedoch relativ kampf-



**Abbildung 40: Zeitungsorte (Tageszeitungen/Mitteilungsblätter) während der frühen sowjetischen Besatzungsherrschaft, Mai bis Juli 1945.**

<sup>1470</sup> Strunk 1996, S. 37.

los besetzt worden, so dass hier eine größere Zahl von Zeitungshäusern unzerstört geblieben sein dürfte. In diesen Gebieten bestanden vermutlich bessere materielle Voraussetzungen für den Wiederbeginn der Presse.

Vorteilhaft für das Wiederentstehen der Presse dürften auch die besseren Möglichkeiten der politischen Reorganisation gewesen sein, die im Süden und Westen der späteren DDR entstanden waren. Im britisch-amerikanischen Machtbereich konnten antifaschistische Ausschüsse halblegal mit der Arbeit beginnen, so daß sich bei der Übergabe der Regionen – mittlerweile rund zwei Monate nach der Kapitulation – neue politische Strukturen entwickelt hatten oder zumindest weitgehend vorbereitet waren. In den erst nach der Kapitulation (im Erzgebirge teilweise erst im Juni 1945) von der Roten Armee besetzten Städten und Landkreisen hatten bereits unterschiedliche kommunale Verwaltungsausschüsse die Macht übernommen, die von antifaschistischen oder kommunistischen Idealen geprägt waren.<sup>1471</sup> Sie traten als erste Ordnungsmacht auf. Vor allem in diesen Gebieten dürfte das Verhalten der Bevölkerung jener Selbstbefreiung nahe gekommen sein, zu der das oppositionelle Nationalkomitee Freies Deutschland die Deutschen über den Moskauer Rundfunk aufgerufen hatte.<sup>1472</sup>

In all diesen Regionen, die entweder von den Westalliierten erobert worden waren oder kampflös nach der Kapitulation besetzt worden waren, waren so die Ausgangsbedingungen deutlich friedlicher. Beim Einmarsch der Roten Armee wurde diese nicht als Feind bekämpft, sondern eher freundlich und häufig mit kommunistischer Symbolik wie roten Fahnen begrüßt. Der friedlich geartete Kontakt zwischen Sieger und Besiegten dürfte zu einer liberaleren Pressepolitik beigetragen haben.

Desweiteren spricht die Ballung der Zeitungen im Süden Ostdeutschlands dafür, dass die einzelnen sowjetischen Heeresgruppen<sup>1473</sup> unterschiedliche Anweisungen bekommen hatten. Die sowjetischen »Fronten« waren in der Ausführung ihrer Aufgaben relativ autonom. Der Süden der späteren DDR unterhalb einer ungefähren Linie von Görlitz über Dresden nach Leipzig war von der 1. Ukrainischen Front besetzt worden (siehe Abb. 22, S. 205). Auch wenn das Operationsgebiet dieser Heeresgruppe insgesamt etwas größer war als jener Kernbereich der südwestsächsischen Nachkriegspresse, ist das Erscheinen von Zeitungen vermutlich durch die innerhalb dieser Heeresgruppe ergangenen Befehle gefördert (oder zumindest nicht verhindert) worden. Auch wenn hier weitere Forschungen nötig sind, ergeben sich Hinweise dafür, dass die die lokalen Kommandanten dieser Heeresgruppe liberalere Anweisungen zum Umgang mit der Presse bekommen hatten.

---

<sup>1471</sup> Siehe Kap. 5.4.1.

<sup>1472</sup> Vgl. Niethammer/Borsdorf/Brandt 1976, S. 198ff.

<sup>1473</sup> Siehe Kap. 5.1.

Daneben dürfte auch das Verhalten der amerikanischen Verbündeten im Süden und Westen der späteren DDR die Pressepolitik der lokalen sowjetischen Kommandanten beeinflusst haben. Die mit westalliiertes Genehmigungen entstandenen Zeitungen dürften auch auf die nachrückende Rote Armee eine gewisse Bindewirkung entfaltet haben, zumal in der sowjetischen Truppe Vorstellungen verbreitet waren, wonach beide Seiten als Teil einer gemeinsamen Besatzungstruppe zu sehen seien,<sup>1474</sup> was die Schließung der vom Bündnispartner genehmigten Zeitungen erschwerte bzw. verhinderte. Die Idee eines gemeinsamen alliierten Vorgehens sprach beispielsweise aus einer Mitteilung der *Chemnitzer Nachrichten*, wonach der vom sowjetischen Kommandeur ausgewählte Bürgermeister nicht im Auftrag der *sowjetischen* Kommandantur, sondern des gemeinsamen *alliierten* Oberkommandos eingesetzt worden war.<sup>1475</sup> Im Titelkopf enthaltene Formulierungen wie »mit Genehmigung der alliierten Militärbehörden« dürften zu einem wohlwollenden Umgang mit den Zeitungen beigetragen haben. Da die Kommandanten nach TjULPANOW auf ihre Besatzungsaufgaben nicht ausreichend vorbereitet gewesen waren,<sup>1476</sup> mussten sie eigene Kriterien für die Besatzungsverwaltung entwickeln. Dabei dürften einerseits die örtlichen kommunistischen oder antifaschistischen Gruppierungen als Ideengeber gewirkt haben, andererseits scheint es wahrscheinlich, dass die lokalen sowjetischen Besatzungsoffiziere auch die westalliierten Verfahrensweisen als Anregung aufgriffen. Die Rote Armee war mit der amerikanischen Besatzungspolitik nicht erst nach dem endgültigen Besatzungswechsel bekannt gemacht worden, sondern bilaterale Kontakte hatte es bereits seit dem ersten Zusammentreffen in Torgau immer wieder durch Verbindungsoffiziere und an den Demarkationslinien gegeben.<sup>1477</sup> Dass unter sowjetischer Verwaltung die Presse des amerikanischen Besatzungsraumes vereinzelt als Beispiel gedient haben dürfte, zeigte eine Zeitung aus Reichenbach in Sachsen. In dieser Stadt war unter der US-Besatzung das zweisprachige *Reichenbacher Tageblatt* erschienen, das allein den Titelzusatz »Advertising-Journal« getragen hatte. Kurz nach dem sowjetischen Einmarsch erhielt der Zeitungskopf den neuen Zusatz »Militärregierung Deutschland.«<sup>1478</sup> Diese Bezeichnung entsprach der Begrifflichkeit des westalliierten Militärgesetzes Nr. 4 und war im anglo-amerikanischen Besatzungsgebiet gebräuchlich,<sup>1479</sup> sie wurde im sowje-

<sup>1474</sup> Zum politischen Konzept zur Behandlung Deutschlands, das eine gemeinsam mit den Westalliierten wieder zu errichtende parlamentarische Demokratie vorsah, siehe Kap. 5.1.

<sup>1475</sup> Siehe »Neugestaltung der Chemnitzer Stadtverwaltung. Aufrufe des vom Alliierten Oberkommando eingesetzten Bürgermeisters Dr. Ring und des kommissarischen Bürgermeisters Dr. Gleibe«, in: *Chemnitzer Nachrichten*, 10.5.45.

<sup>1476</sup> Siehe Kap. 5.1.

<sup>1477</sup> Nach den Quellenangaben in den Zeitungen aus dem amerikanisch besetzten Gebieten bekamen die Redaktionen immer wieder sowjetische Frontzeitungen, so dass zumindest in dieser Richtung ein Informationsaustausch erfolgte (siehe Kap. 4.4.6, S. 689).

<sup>1478</sup> Siehe *Reichenbacher Tageblatt*, 18.5.-27.8.45.

<sup>1479</sup> Siehe Kap. 4.6.3.

tischen Machtbereich jedoch nicht verwendet. Da diese Bezeichnung auch in Reichenbach erst nach dem sowjetischen Einmarsch im Zeitungskopf erschien, kann davon ausgegangen werden, dass bei der Nutzung die westalliierte Pressepolitik Pate stand.

Diese Gemengelage unterschiedlicher Bedingungen änderte sich im Verlauf des Juli 1945, als die Besatzungsverwaltung umgestellt und von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) zusehend eine zentral geplante Politik durchgesetzt wurde. Während einerseits eine neue Nachkriegspresse aufgebaut wurde, sollte es andererseits zu einer Abnahme der Zeitungsvielfalt kommen.

## 6 Die Presseentwicklung nach der Stabilisierung der Besatzungsstrukturen

Kann in den ersten Wochen des politischen Neuaufbaus im sowjetischen Machtbereich noch von einer von unten gewachsenen Entwicklung ausgegangen werden,<sup>1480</sup> wurde diese spätestens mit der Entwicklung stabiler Besatzungsstrukturen durch einen von oben zentral gesteuerten Neuaufbau abgelöst.<sup>1481</sup> Im sowjetischen Besatzungsgebiet entstand dabei langsam ein völlig neues Pressesystem.

Am 9. Juni 1945 gründete sich als zentrale Besatzungsbehörde die Sowjetische Militäradministration in Deutschland, die fortan als oberste Gewalt die Funktionen von Exekutive und Legislative innehatte.<sup>1482</sup> Am 10. Juni wurde mit dem sowjetischen Befehl offiziell eine mit Vorbehaltene Vereinigungsfreiheit gewährt, was zur Wiederentstehung des traditionellen deutschen Parteiensystems führte. Binnen kurzer Zeit ließen sich die KPD (11. Juni 1945), die SPD (15. Juni), die CDU (26. Juni) und die Liberal-Demokratische Partei (5. Juli) registrieren. Alle Parteien, auch die Kommunisten, traten öffentlich für die Wiederherstellung einer parlamentarischen Demokratie ein, die zusammen mit anderen bürgerlichen Freiheiten auch die Presse- und Meinungsfreiheit garantieren sollte.<sup>1483</sup>

Während sich die Sowjetische Militärverwaltung zu organisieren begann und am 9. Juli 1945 jeweils eigene SMAD-Verwaltungen für die Länder und Provinzen geschaffen wurden,<sup>1484</sup> waren auch Kader der KPD damit beschäftigt, eine zentralistische politische Steuerung aufzubauen und »unabhängige antifaschistische Aktivitäten zu verhindern«.<sup>1485</sup> Die KPD hatte dabei ein ähnlich gelagertes Interesse wie die SMAD. Wie die Westalliierten lehnte auch die Rote Armee einen »von unten« initiierten Wiederaufbau ab, da dieser weniger gut kontrollierbar war.<sup>1486</sup>

Zusammen mit diesem Politikwandel hin zu einer Zentralisierung des Parteiensystems begann in den Kommunen auch der zentral gelenkte Aufbau einer neuen Presse. Dies sollte

<sup>1480</sup> Vgl. Niethammer/Borsdorf/Brandt 1976, S. 699ff.

<sup>1481</sup> Vgl. Niethammer/Borsdorf/Brandt 1976, S. 675ff.

<sup>1482</sup> Zu Entwicklung und Aufbau der SMAD vgl. Strunk 1996, S. 19ff.; zur Darstellung der staatsrechtlichen Situation vgl. Majer 1995, S. 141ff.

<sup>1483</sup> Die Errichtung eines kommunistischen Gesellschaftssystems entsprach zu diesem Zeitpunkt weder den Vorstellungen der Besatzungsmacht noch der Äußerungen der KPD. - Zu den Grundzügen der Entstehung des ostdeutschen Parteiensystems vgl. Weber <sup>3</sup>1989, S. 69ff.

<sup>1484</sup> Vgl. Wahl 1997, S. 24; Weber <sup>3</sup>1989, S. 59ff.; van Melis 1999, S. 51f.

<sup>1485</sup> Weber <sup>3</sup>1989, S. 68.

<sup>1486</sup> Vgl. Weber <sup>3</sup>1989, S. 68f.



das gerade erst entstandene Pressesystem umkrepeln und einerseits zu Schließungen von kleinen Zeitungen und Mitteilungsblättern führen, andererseits einen von der Reichshauptstadt Berlin und den Landeshauptstädten ausgehenden Neuaufbau der Tagespresse bedingen, der den Machthabern bessere Möglichkeiten der Einflussnahme und Informationskontrolle bieten sollte.

## 6.1 Das Ende der dezentralen Lokalpresse

Als die UdSSR in Ostdeutschland begann, die provisorischen Verwaltungsstrukturen in eine stabile Besatzungsherrschaft zu überführen und eine neue zentrale Parteipresse aufzubauen, ging damit gleichzeitig der Abbau jener dezentralen Lokalpresse einher, die kurz nach dem sowjetischen Einmarsch entstanden war.

Zwar blieb – bezogen auf das gesamte ostdeutsche Gebiet zwischen Oder und Elbe – die Zahl der eigentlichen Tageszeitungen zwischen Mai und August 1945 weitgehend gleich. Diese Konstanz verdeckt jedoch unterschiedliche Entwicklungen in den von der Wehrmacht, der US-Armee und der Roten Armee kontrollierten Gebieten (Tabelle 14).

Tageszeitungen	am Monatsbeginn:			
	Mai	Juni	Juli	August
insgesamt	24	26	24	19
nach Kontrollgebieten:				
nationalsozialistisch	17	0	0	0
westalliiert	6	18	0	0
sowjetisch	1	8	24	19

**Tabelle 14: Nachgewiesene deutsche Tageszeitungen (Mai bis August 1945) nach Kontrollgebieten.**<sup>1487</sup>

In den ersten Maitagen, als die Rote Armee erst etwa die Hälfte der späteren DDR besetzt hatte und neben den von anglo-amerikanischen Truppen verwalteten Gebieten noch große Teile Sachsens unbesetzt waren,<sup>1488</sup> erschien noch der größte Teil der Tageszeitungen unter nationalsozialistischer Hoheit. Nachdem diese Presse bis zur Kapitulation am 8. Mai und der Besetzung der letzten Gebiete durch die Rote Armee ausgeschaltet worden war, konnte die Gesamtzahl der ostdeutschen Tageszeitungen vor allem durch die mit US-Genehmigung

<sup>1487</sup> Stichtagsanalyse: Jeweils alle in der ersten Woche eines Monats nachweisbare Zeitungen (jeweils Haupt- und Nebenausgaben). Als Tageszeitungen gezählt wurden alle mindestens zweimal wöchentlich erschienenen Zeitungen mit universeller und aktueller Berichterstattung sowie alle Zeitungen, bei denen Titel, Jahrgangszählung und Nummerierung den Anspruch auf eine tagesaktuelle universelle Berichterstattung dokumentieren.

entstandenen Tageszeitungen ausgeglichen werden. Dadurch erhöhte sich die Gesamtzahl der ostdeutschen Tageszeitungen von Mai bis Juni leicht, nahm jedoch nach dem Abrücken der US-Armee wieder um knapp ein Viertel ab. Die in den anglo-amerikanisch besetzten Gebieten herausgegebenen Tageszeitungen wurden Anfang Juli entweder eingestellt bzw. nur zu einem geringeren Teil von der Sowjetbesatzung übernommen.

Noch zwischen Mai und Anfang Juli hatte sich im Zuge der vollständigen Übernahme Ostdeutschlands die Zahl der lokalen Zeitungen und Mitteilungsblättern im sowjetischen Machtbereich erhöht. Ein großer Teil dieser Zeitungen wurde jedoch im Verlauf der letzten Juli-Dekade wieder eingestellt und war im August nicht mehr nachweisbar (Tabelle 8): »Die Frage der Genehmigung ist bisher örtlich unterschiedlich behandelt worden. Verschiedene Blätter, die einmal erscheinen konnten, wurden in letzter Zeit durch ein neuerliches Verbot wieder still gelegt.«<sup>1489</sup>

Monat	Mai			Juni			Juli			August		
Dekade	I	II	III	I	II	III	I	II	III	I	II	III
<b>Zeitungen/Mitteilungsblätter</b>	4	7	5	8	15	17	43	41	39	24	22	22

**Tabelle 15: Entwicklung der Priesstätigkeit unter der frühen sowjetischen Besatzung.**<sup>1490</sup>

(Je Dekade nachweisbare deutsche Zeitungen/Mitteilungsblätter von Mai bis August 1945, ohne sowjetische Nachrichtenblätter und neu gegründete zentrale Parteipresse).

Die Verringerung der Zeitungszahl war insbesondere auf die Abnahme der tagesaktuell und umfassend berichtenden Presse zurückzuführen, während schlichte Mitteilungsblätter zumeist noch weitergeführt werden konnten. Zwar kam es auch unter der Roten Armee immer wieder zu Neu- und Wiedergründungen von Tageszeitungen, die Schließungen von amerikanisch genehmigten Zeitungen konnten dadurch aber nicht ausgeglichen werden, zumal selbst viele der von der Roten Armee genehmigten Lokalzeitungen kaum länger als eine Woche überlebten. So erschien die Wiedergründung *Kölledaer Anzeiger* Ende Juli vermutlich nur einmal, ohne jedoch eine universelle Berichterstattung bieten zu können.<sup>1491</sup>

Im Verlauf des Juli kam es so in Ostdeutschland zu einer umfassenden Wandlung der Presselandschaft, die sich einerseits in Zeitungsschließungen, andererseits aber auch in inhaltlichen Änderungen äußerten. Die vorher noch politisch ausgerichteten Zeitungen wurden auf die Funktion von amtlichen Mitteilungsblättern reduziert. Mit dieser Begrenzung ging meist auch eine Veränderung der Zeitungsnamen einher.

<sup>1488</sup> Vgl. Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1967, Karten 90-107.

<sup>1489</sup> Schreiben Max Müller, Evangelische Buchhandlung und Verlag, an Ev. Pfarramt St. Martin, Meerane, Chemnitz, 24.7.45. Kirchenarchiv Meerane o.A.

<sup>1490</sup> Eigene Erhebung.

<sup>1491</sup> Siehe *Kölledaer Anzeiger*, 24.7.45.

Die *Chemnitzer Nachrichten* wurden so in *Amtliche Bekanntmachungen des Oberbürgermeisters der Stadt Chemnitz und anderer Behörden* umbenannt,<sup>1492</sup> auf die *Crimmitschauer Zeitung* folgte das *Anzeigenblatt der Stadtverwaltung Crimmitschau*,<sup>1493</sup> und die Meißener *Volksstimme* wurde in die *Amtlichen Anzeigen der Behörden in Meißen Stadt und Land* überführt<sup>1494</sup>, die keine Anzeigen und auch keine politischen Berichte mehr bringen konnte.<sup>1495</sup>

Lediglich die Neugründung *Volks-Echo*, die »Antifaschistischen Tageszeitung für den Kreis Glauchau« aus Hohenstein-Ernstthal, durfte noch Ende Juli 1945 nicht nur die üblichen Bekanntmachungen, sondern auch Meldungen aus London und Japan, Moskauer Pressestimmen zur Potsdamer Konferenz, einen Leitartikel, Anzeigen sowie einen Fortsetzungsroman des Arbeiterschriftstellers und Moskauer Exilanten Willi Bredel bringen.<sup>1496</sup> Die Zeitung, die die drei Tageszeitungen *Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt*,<sup>1497</sup> *Lichtensteiner Anzeiger*<sup>1498</sup> und *Glauchauer Zeitung*<sup>1499</sup> ersetzte, wurde jedoch ebenfalls nach wenigen Tagen wieder eingestellt.

Hintergrund der Zeitungsschließungen waren die politischen Entwicklungen in Berlin. Anfänglich hatte die in die Kommunen einmarschierte Sowjetarmee bei der Wiederherstellung der Ordnung häufig auf die antifaschistischen Ausschüsse gesetzt,<sup>1500</sup> die oft als erster Partner zur Verfügung gestanden hatten: »Die Kommandanten mussten sich einfach auf die örtliche Bevölkerung stützen. Denn die Zeit blieb nicht stehen. Bei der Auswahl geeigneter Kader griffen sie auf die entstehenden antifaschistischen Ausschüsse zurück.«<sup>1501</sup>

Bald nach der Besetzung wurden die antifaschistischen Ausschüsse jedoch immer weiter zurückgedrängt. Hatte die amerikanische Verwaltung von vornherein dezentrale politische Aktivitäten unterbunden, schloss sich die sowjetische Besatzungsverwaltung diesem Vorgehen nach einigen Wochen an. »Die Antifa-Bewegung wurde im Frühsommer 1945 verboten, in der sowjetischen Zone ebenso wie in der amerikanischen.«<sup>1502</sup> Auf beiden Seiten passten die politischen Basisbewegungen nicht zu den zentralistischen Vorstellungen vom deutschen

<sup>1492</sup> Vgl. ZDB-ID 1331588-2.

<sup>1493</sup> Vgl. Mitteilung Stadtverwaltung Crimmitschau, Sachgebiet Kultur und Sport, Herr Stahn, 31.8.98, Anlage: Aufstellung über vorhandene Zeitungen von 1945 - 1947 im Archiv der Stadt Crimmitschau.

<sup>1494</sup> Vgl. ZDB-ID 1131710-3.

<sup>1495</sup> Vgl. Michelmann 2001, S. 213.

<sup>1496</sup> Siehe *Volks-Echo*, 28.7.45 u. 31.7.45.

<sup>1497</sup> Siehe *Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt*, Nr. 1/23.6.45, Nr. 4/30.6.45 (Bestand IML-Bibliothek, SAPMO-BArch, Berlin).

<sup>1498</sup> Siehe *Lichtensteiner Anzeiger* Nr. 1/28.6.45, Nr. 5/7.7.45, Nr. 6/10.7.45 (Bestand Kreisarchiv Chemnitzer Land, Glauchau).

<sup>1499</sup> Siehe *Glauchauer Tageblatt* Nr. 1/18.5.45 - Nr. 13/21.7.45 (Bestand Kreisarchiv Chemnitzer Land, Glauchau).

<sup>1500</sup> Siehe Kap. 5.4.

<sup>1501</sup> Tjulpanow 1987, S. 106.

<sup>1502</sup> Benz 1998, S. 23.

Wiederaufbau. In Ostdeutschland betrieb insbesondere die aus Moskau zurückgekehrte KPD-Führung die Auflösung der Komitees, die anders als die Offiziere der Roten Armee gegen diese unkontrollierten Bewegungen eingestellt war: »Während die Frontkommandeure im allgemeinen mit Ausschüssen [...] zusammenarbeiteten, nahmen die ihnen attachierten Initiativgruppen der Moskauer Führung unter Ulbricht, Ackermann und Sobottka eine andere Haltung ein.«<sup>1503</sup> Bei diesen Initiativgruppen handelte es sich um im Moskauer Exil geschulte kommunistische Rückkehrer, die in enger Zusammenarbeit mit der sowjetischen Staatsführung und der Spitze der Roten Armee den Neuaufbau betrieben. Mit der Festigung ihrer Position wandte sich die KP-Spitze aus machtpolitischen Gründen gegen jeden Versuch der zahlreichen über das Land verstreuten antifaschistischen Komitees oder undogmatischen Volksfront-Bewegungen, in ihren Städten und Gemeinden den allgemeinen politischen Neuaufbau zu organisieren. »Eine auf den Antifa-Ausschüssen aufbauende Verwaltung war zweifellos schwerer von oben zu steuern als eine seitens der ›Initiativgruppen‹ in direktem Auftrag der Roten Armee geschaffene.«<sup>1504</sup> Abordnungen der kommunistischen Partei reisten durch die Lande und schlossen die Komitees.<sup>1505</sup> »So wurde von Anfang Mai bis Mitte Juni alle Initiative von unten im Keim erstickt.«<sup>1506</sup>

Diese Unterdrückung unerwünschter Vorstellungen vom deutschen Wiederaufbau traf zusammen mit den dezentral entstandenen Antifa-Komitees auch die von diesen Gruppierungen kontrollierte Presse. Mit der Unterdrückung der kommunalen politischen Basisbewegungen verschwanden (häufig bereits nach einer Nummer) ihre Zeitungen, das ›Organ des Ortskomitee‹ (*Neue Zeit*, Pirna) oder die ›Tageszeitung der antifaschistischen Front‹ (*Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt*), in denen immer wieder auch Forderungen und Vorstellungen gestanden hatten, die nicht im Sinne der SMAD oder der KPD-Führung gewesen waren. Das *Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt* veröffentlichte beispielsweise Erklärungen, in denen zum Verzicht auf die Wiedergründung der SPD und zum Eintritt in die KPD aufgerufen wurde.<sup>1507</sup> Derlei Inhalte widersprachen den Vorstellungen der KPD-Reichsleitung, die damals eine Einheitspartei aus taktischen Gründen ablehnte.<sup>1508</sup>

Die Bekämpfung dezentraler Politik ging einher mit der Ausweitung zentral redigierter Tageszeitungen, die direkt von den drei Heeresgruppen der Roten Armee oder den Reichs- und Landesleitungen von SPD, KPD und CDU herausgegeben wurden. Mit diesen Zeitungen

<sup>1503</sup> Niethammer/Borsdorf/Brandt 1976, S. 200.

<sup>1504</sup> Niethammer/Borsdorf/Brandt 1976, S. 642.

<sup>1505</sup> Siehe dazu auch Michelmann 2001.

<sup>1506</sup> Leonhard o.J., S. 388.

<sup>1507</sup> Siehe »SPD. oder KPD.? Von Friedrich Riedel, ehem. Vors. der Ortsgruppe Hohenstein-Er. der SPD.« In: *Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt*, 30.5.45.

<sup>1508</sup> Vgl. Kleßmann <sup>5</sup>1991, S. 136ff.

endete in Ostdeutschland jene Phase, in der es selbstständige lokale Tageszeitungen gab: In der ersten Augustwoche waren in Ostdeutschland lediglich noch drei lokale traditionelle Tageszeitungen nachweisbar.<sup>1509</sup> Doch selbst diese hatten jedoch die tagesaktuelle Berichterstattung aufgeben müssen und konnten lediglich noch durch die Fortführung des traditionellen Namens und der Jahrgangsnummerierung dokumentieren, dass ein redaktionelles und verlegerisches Selbstverständnis einer Tageszeitung bestand.<sup>1510</sup> Das *Mylauer Tageblatt und Anzeiger* druckte 70 Jahre nach der Gründung am Ende nur noch Bekanntmachungen und Anzeigen sowie im Einzelfall Berichte.<sup>1511</sup> Die Zeitung ließ sich noch bis zum 17. August nachweisen.<sup>1512</sup> Die 1875 gegründete *Eisleber Zeitung* erschien lediglich bis zur Nr. 103 vom 4. August und wurde zuletzt nur noch als »Sonderausgabe der Eisleber Zeitung« bezeichnet. Wie schon zur US-Besatzungszeit musste die Zeitung zum Haupttitel *Amtliches Nachrichtenblatt für die Bevölkerung der Stadt Eisleben und des Mansfelder Seekreises* zurückkehren und zudem wie unter der US-Verwaltung jede politische Berichterstattung und Kommentierung aufgeben. Die letzte Nummer enthielt nur noch Bekanntmachungen und Anzeigen.<sup>1513</sup> Als eine der letzten traditionellen Tageszeitungen starb am 27. August 1945 das *Reichenbacher Tageblatt*, nachdem die Zeitung zuletzt neben Anzeigen und Bekanntmachungen lediglich noch vereinzelt Demonstrationaufrufe gebracht hatte.<sup>1514</sup> Der Betrieb wurde 1946 demontiert und als Reparationsleistung in die Sowjetunion geliefert.<sup>1515</sup>

Während die traditionellen Zeitungen vor allem einen lokalen Leserkreis gehabt hatten, handelte es sich bei den seit Juli und August im sowjetischen Machtbereich neu erschienenen Zeitungen vor allem um überregionale Armeebblätter oder zentrale Parteizeitungen (Tabelle 16).

<sup>1509</sup> Auch andere traditionelle Tageszeitungen dürften noch länger gedruckt worden sein, ein Archivierungsort konnte bei ihnen jedoch genauso wenig nachgewiesen werden wie die Erscheinungsdauer. Dass noch andere Traditionszeitungen bis in das Jahr 1946 und vermutlich auch bis in das Jahr 1947 herausgegeben wurden, ist jedoch wahrscheinlich: So wurde beispielsweise 1946 in Pressehandbüchern die *Stadt- und Landzeitung für das freie Calbe* erwähnt (vgl. Die Zeitungsschau, Ausgabe Kultur, 1.6.46. – Der abgewandelte Titel spricht dafür, dass es sich dabei um die traditionelle *Stadt- und Landzeitung* von 1875 handelte, die evtl. von einem antifaschistisches Komitees übernommen wurde), für 1947 wurde gar die Anzeigenpreise für die *Stadt und Landzeitung im Kreise Calbe* erhoben, die immerhin, die dreimal wöchentlich in einer Auflage von 7 000 Exemplaren erschien (vgl. Stamm <sup>1</sup>1947, S. 11).

<sup>1510</sup> Entsprechend der Kategoriebildung nach Anm. 1487 wurden diese Zeitungen jedoch weiter als »Tageszeitung« gezählt.

<sup>1511</sup> Siehe »Die antifaschistische Kundgebung in Mylau am 27. Juli 1945«, in: *Mylauer Tageblatt und Anzeiger*, 31.7.45.

<sup>1512</sup> Mitteilung Andreas Raithel, Museum Burg Mylau, 10.4.2002.

<sup>1513</sup> Siehe *Öffentliches Amtsblatt des Oberbürgermeisters der Stadt Eisleben und des Landrates des Mansfelder Seekreises/Eisleber Zeitung*, 22.5.-4.8.45 (Bestand IML-Bibliothek, SAPMO-BArch, Berlin).

<sup>1514</sup> Siehe *Reichenbacher Tageblatt*, 2.7.-27.8.45 (Bestand Sächsische Landesbibliothek Dresden).

<sup>1515</sup> Vgl. Nitzschke 1991, S. 4; Mitteilung Stadt Reichenbach/Vogtl., Stadtarchiv, Marion Igl, 17.6.99.

Zeitungstyp	am Monatsbeginn:			
	Mai	Juni	Juli	August
Traditionelle Tageszeitungen	1	2	15	3
Neu gegründete Tageszeitungen	0	6	9	16
Gesamt	1	8	24	19

**Tabelle 16: Anteil traditioneller Tageszeitungen an der Tagespresse im sowjetischen Besatzungsbereich.**<sup>1516</sup>

(Mai bis August 1945; Haupt- und Nebenausgaben.)

## 6.2 Der Neuaufbau der deutschen Tagespresse

Die materielle Basis für den Neuaufbau der Presse wurde vor allem mit Hilfe von Beschlagnahmungen alteingesessener Verlage gelegt. Das interalliierte Potsdamer Abkommen hatte die Vernichtung der Grundlagen des Nationalsozialismus und die Bestrafung der Verantwortlichen festgelegt.<sup>1517</sup> Sowohl für die Westalliierten<sup>1518</sup> als auch für die sowjetische Besatzungsmacht gehörte dazu die Beschlagnahme von NS-Besitz. Nach ostdeutscher Lesart sollte »dem deutschen Monopolkapital und den ihm dienenden faschistischen Verbrechern die materiellen Ressourcen entzogen« werden.<sup>1519</sup> Die sowjetische Besatzungsmacht erließ dazu Ende Oktober 1945 ihren Befehl Nr. 124 »Über die Beschlagnahme und provisorische Übernahme einiger Eigentumskategorien«, der das Eigentum von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und deren Unterstützer betraf. Kurz darauf folgte der Befehl Nr. 126, mit dem das Eigentum der NSDAP erfasst wurde.<sup>1520</sup> Das ehemalige Presseimperium der NSDAP gelangte im Zuge der Beschlagnahmungen unter die Verwaltung der Länder- bzw. Provinzialverwaltungen.<sup>1521</sup> Mit Hilfe der »nach dem Zusammenbruch des Naziregimes freigewordenen Vermögensmassen und aus anderen beschlagnahmten Vermögen«<sup>1522</sup> wurden anschließend neue Verlage gegründet: »Das Selbstverständnis der sozialistischen Besatzungsmacht als Helfer des deutschen Volkes beim demokratischen Neuaufbau bestimmten die Sowjetische Militäradministration, bereits am 10. Juni 1945 mit Befehl Nr. 2 antifaschistische Parteien und Organisationen zuzu-

<sup>1516</sup> Stichtagsanalyse: Jeweils in der ersten Woche eines Monats nachweisbare Zeitungen (jeweils Haupt- und Nebenausgaben). Als Tageszeitungen gezählt wurden alle mindestens zweimal wöchentlich erschienenen Zeitungen mit universeller und aktueller Berichterstattung sowie alle Zeitungen, bei denen Titel, Jahrgangszählung und Nummerierung den Anspruch auf eine tagesaktuelle universelle Berichterstattung dokumentieren.

<sup>1517</sup> Vgl. Jaeger 1988, S. 208f.

<sup>1518</sup> Bereits nach dem westalliierten Militärgesetz Nr. 52 sollte alles Vermögen von Verlegern beschlagnahmt werden, deren Zeitungen »der NSDAP gehören oder von ihr kontrolliert werden«.

<sup>1519</sup> Krause, Werner: Die Entstehung des Volkseigentums in der Industrie der DDR. Berlin (Ost) 1958, S. 40.

<sup>1520</sup> »Einziehung des Vermögens der NSDAP, ihrer Organe und Organisationen; vgl. Buck 1995, S. 1078; Mühlfriedel 1995, S. 2229f.

<sup>1521</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 74f.

<sup>1522</sup> Der Präsident der Provinz Sachsen, Beschluß, Halle, 17.12.1945. In: VMOZV 1955a, Anlage 1, o.P.

lassen und diesen danach sowohl die Lizenzen als auch die beschlagnahmten materiellen Mittel zur Herausgabe von Presseorganen zu übertragen.«<sup>1523</sup>

Nachdem anfangs nur in Berlin Zeitungen erschienen waren, wurden nach und nach Regionalzeitungen gegründet und um diese eine unterschiedlich große Zahl von Nebenausgaben gruppiert.<sup>1524</sup> Insofern diese neuen Zeitungen von Deutschen herausgegeben wurden, handelte es sich anfangs um Parteizeitungen.

Insbesondere am Anfang war die neue Presselandschaft durch eine noch geringe Zahl von Zeitungstiteln bestimmt, bei deren Gründung die Arbeiterparteien SPD und KPD vor den bürgerlichen Parteien CDU und LDPD bevorzugt wurden. Neben diesen Parteiblättern sollten aber wie ursprünglich von der KPD geplant auch überparteiliche Zeitungen erscheinen können.

### 6.2.1 Die Presse der Arbeiterparteien

Den Beginn der zentralen Parteipresse markierte die *Deutsche Volkszeitung* der KPD, die erstmals am 13. Juni 1945 erschien. Die Zeitung erreichte bis Oktober eine Auflage von rund 200 000 Exemplaren, von denen rund 130 000 in Berlin und 70 000 überregional abgesetzt wurden.<sup>1525</sup> Die Entscheidung über diese Form der neuen Nachkriegspresse fiel jedoch erst spät. Anders als in den Westzonen sollten nach den Vorstellungen der östlichen Besatzungsmacht schnell wieder Zeitungen erscheinen, die unter deutscher Leitung redigiert wurden. Neben überregionalen Zeitungen gehörten zu den Planungen auch Blätter für die Großstädte.<sup>1526</sup> Bis in den Mai hinein war dabei vor allem die Gründung von überparteilichen Zeitungen vorgesehen.

Die Abteilung für Internationale Information des ZK der KPdSU hatte vor dem Kriegsende ein Konzept für eine zentrale Zeitung ausgearbeitet, deren Redaktion aus »überprüften Antifaschisten« bestehen und die unter der Anleitung der Armeeführung arbeiten sollte. Die Zeitung sollte einen programmatischen Namen wie *Deutsche Volkszeitung* oder

<sup>1523</sup> Raue 1983, S. 47.

<sup>1524</sup> Vgl. Koszyk 1999, S. 48.

<sup>1525</sup> Berechnet nach: Gewinnberechnung bei einer Auflage von 400000 Exemplaren, 19.11.45, SAPMO-BArch DY30/IV2/22/104, Blatt 11. Die Zeitung erschien in der »Fundament Gesellschaft für Grundbesitz GmbH«, deren Gesellschafter in der Mehrzahl aus in Moskau geschulten Exilkommunisten bestand. Die Gesellschafter hatten für ihre Anteile von jeweils 125 000 RM (Walter Ulbricht 250 000 RM) einen Kredit der KPD bekommen, dessen Rückzahlung aus den Gewinnen erfolgen sollte (Vgl. DY30/IV2/22/104, Bl. 62-65.; Darlehensverträge, 25.2.46. SAPMO-BArch DY30/IV2/22/104, Blatt 16-23.) Im November 1946 wurden die Gesellschafter per Verpflichtungserklärung darauf festgelegt, die Gesellschafterfunktion »lediglich als Treuhänder der SED auszuüben« (Verpflichtungserklärungen, 1.11.46. DY30/IV2/22/104, Bl. 24-41).

<sup>1526</sup> Vgl. Strunk 15ff.

*Deutsche Volksstimme* erhalten.<sup>1527</sup> Eine Zeitung mit demselben Namen schwebte auf deutscher Seite auch der Moskauer Exil-KPD vor, die konkrete Planungen zum Neuaufbau des Zeitungswesens seit Februar 1945 vorliegen hatte.<sup>1528</sup> Die KPD plante in den Regionen die Gründung einer überparteilichen »antifaschistisch-demokratischen« Tagespresse, die zunächst in den größeren Städten als Organ der Kommunalverwaltung herauskommen sollte. In den größeren Städten war vorgesehen, dass jeweils eine örtliche Nebenausgabe der *Deutschen Volkszeitung* erscheinen und in Berlin zusätzlich durch den Magistrat eine *Berliner Volkszeitung* verlegt werden sollte.<sup>1529</sup>

Ungeachtet der auf eine überparteiliche Presse ausgerichteten Planungen war die schließlich am 13. Juni 1945 realisierte *Deutsche Volkszeitung* allerdings nicht wie vorher geplant eine überparteiliche Zeitung, sondern ein kommunistisches Parteiorgan.<sup>1530</sup> Diese Wende in der Pressepolitik kam sogar für die beteiligten deutschen Kommunisten überraschend: »Selbst Anfang Mai [...] war uns noch gesagt worden, in der ersten Phase könnten nur überparteiliche antifaschistische Zeitungen zugelassen werden. Jetzt dagegen wurde uns die Direktive gegeben, eine Parteizeitung vorzubereiten.«<sup>1531</sup>

Die plötzliche Entscheidung zugunsten des primären Neuaufbaus von Parteizeitungen ist genauso wie die innersowjetischen medienpolitischen Frontlinien, die dem Konzept der Parteizeitung zum Durchbruch verhelfen, nur wenig untersucht. Der zwischen Mai und Juni 1945 vollzogene Wechsel in der Medienpolitik,<sup>1532</sup> der in jene Wochen fiel, als die Moskauer Führung die konkreten Planungen zur Behandlung Deutschlands entwickelte,<sup>1533</sup> ging mit der gleichzeitig zunehmenden Abkehr einer auf die Wiederherstellung der Weimarer Demokratie abzielenden sowjetischen Deutschlandpolitik einher.<sup>1534</sup> Dissens besteht vor allem in der Frage, welche Rolle die KPD in dieser Phase der Medienpolitik spielte. KOSZYK 1986 legte nahe, dass der Wechsel als taktische Wendung von einer mit großen Kompetenzen versehenen deutschen KP-Führung ausgelöst wurde: »Die politische Strategie in der sowjetischen Besatzungszone [ging] auf die Moskauer Emigration zurück.«<sup>1535</sup> STRUNK 1996 führt dagegen an, die kommunistischen Emigranten hatten »kaum Gelegenheit, ihre detaillierten Pläne in die Tat umzusetzen. Die sowjetische Seite hatte sie kurzerhand der Politischen Hauptverwaltung

<sup>1527</sup> Vgl. Aufzeichnung des Leiters und des Ersten Stellvertretenden Leiters der Abteilung für internationale Information des ZK der KPdSU(B), März 1945, in: Bonwetsch/Bordjugov/Naimark 1997, S. 4.

<sup>1528</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 15.

<sup>1529</sup> Vgl. Strunk 1996, 15ff.

<sup>1530</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 17.

<sup>1531</sup> Leonhard o.J., S. 391.

<sup>1532</sup> Leonhard o.J., S. 391.

<sup>1533</sup> Vgl. Morré 2001, S. 171ff.

<sup>1534</sup> Zu den sowjetischen Deutschlandplanungen siehe Kap. 5.1.

<sup>1535</sup> Koszyk 1986, S. 329.



der Roten Armee als Hilfsorgan unterstellt.«<sup>1536</sup> Obwohl die mit dem Neuaufbau der deutschen Verwaltung beauftragten Exilkommunisten der sog. »Gruppe Ulbricht« mit dem Auftrag aus Moskau zurückgekommen seien, neben einer neuen Zivilverwaltung auch ein neues Pressewesen zu errichten, hätten sie nach STRUNK auf die Ausgestaltung dieser neuen Presse kaum Einfluss gehabt. TjULPANOW betonte die unterschiedlichen Vorstellungen von Besatzungsmacht und deutschen Kommunisten.<sup>1537</sup> Die von Morr  analysierten Entscheidungsprozesse bestätigen für die Kriegszeit eine geringe Eigenständigkeit der Exilkommunisten.<sup>1538</sup> Eine zentrale Rolle hatte die KPD nach Strunk jedoch beim Neuaufbau der Presse im Herbst 1945, als über die Genehmigung von Zeitungen lediglich nach Konsultation der Parteispitze entschieden wurde.<sup>1539</sup>

Welche unterschiedlichen Wendungen auch immer die politische Diskussion innerhalb und zwischen der SMAD und der KPD nahm - die pressepolitischen Entscheidungen kamen anfangs vor allem der KPD und später der SED zugute.

Nach der *Deutschen Volkszeitung* gab die KPD im Verlauf der beiden Folgemonate Juli und August in allen deutschen Ländern Zeitungen heraus, die ebenfalls zumeist den Namensbestandteil »Volkszeitung« erhielten.<sup>1540</sup> Unmittelbar nach der Übergabe durch die Amerikaner erschien ab dem 3. Juli 1945 in Weimar die *Thüringer Volkszeitung*, am 10. Juli 1945 die *Volkszeitung* in Dresden (ab 4. Oktober als *Sächsische Volkszeitung*), am 13. Juli die *Volkszeitung* in Schwerin, am 25. Juli die *Volks-Zeitung* in Halle und erst am 15. September 1945 der *Volks-willen* für Brandenburg. Die Auflagen sollten nach diesen Planungen zwischen 20 000 Exemplaren (*Volkszeitung*, Schwerin) und 40 000 Exemplaren (*Volkszeitung*, Dresden) bewegen.<sup>1541</sup>

Beim ersten Erscheinen betrug die Auflage der *Thüringer Volkszeitung* jedoch immerhin 80 000 Exemplare, die erst nach 14 Tagen erschienene zweite Nummer soll bereits eine Auflage von 300 000 Stück erreicht haben und Ende 1945 kam der Verlag auf eine Auflage von 680 000 Exemplaren.<sup>1542</sup> Auch die *Volkszeitung* in Halle (250 000) erreichte eine höhere

<sup>1536</sup> Strunk 1996, S. 17. - Zu den Aufgabe dieser »Hilfsorganen« siehe: Aufzeichnung des Leiters und des Ersten Stellvertretenden Leiters der Abteilung für internationale Information des ZK der KPdSU(B), März 1945, in: Bonwetsch/Bordjugov/Naimark 1997, S. 5f.

<sup>1537</sup> Nach Tjulpanow 21987, S. 7 verfügten beide Seiten »über Besonderheiten und eigene Möglichkeiten, einen eigenen Stil und eigene Methoden bei der Erfüllung der gemeinsamen Aufgaben«.

<sup>1538</sup> Vgl. Morr  2001, S. 158ff.

<sup>1539</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 82.

<sup>1540</sup> Vgl. Raue 1983, S. 218f.

<sup>1541</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 68f. - Sowohl Strunk (1996, S. 69) wie Raue (1983, S. 219) legen das erste Erscheinen der *Volkszeitung* aus Dresden auf den 6.9.45. Das IML/Bundesarchiv verfügt über eine Nr. 1 v. 10.7.45.

<sup>1542</sup> Vgl. Steen 2002.

Auflagenzahl als ursprünglich geplant.<sup>1543</sup> In Mecklenburg erreichte die *Volkszeitung* 1945 eine durchschnittliche Auflage von 43 000 Exemplaren, die 1946 auf 85 000 anstieg.<sup>1544</sup>

Obwohl die Auflagen damit überall höher waren als anfangs vorgesehen, dürften sie für eine flächendeckende Versorgung mit Zeitungen nicht ausgereicht haben. Die (für die Zeit bis 1949 weiterhin lückenhaften<sup>1545</sup>) Auflagen lassen zwar lediglich schlaglichtartig Aussagen über die Verbreitung zu, deutlich wird jedoch aus diesen Zahlen, dass ein großer Teil der Bevölkerung keine Zeitung bekam. Lediglich für Thüringen bedeutete die Auflage von 300 000 Stück, das die Presse gut jeden zehnten Einwohner erreichte,<sup>1546</sup> während in Sachsen-Anhalt auf 15 und in Mecklenburg-Vorpommern 1945 auf je 44 und 1946 auf je 22 Einwohner eine Zeitung kam.<sup>1547</sup> »Noch reicht die Auflage der ›Volkszeitung‹ nicht annähernd aus, um der großen Nachfrage auch nur annähernd gerecht zu werden,« stellte deshalb das KP-Landesorgan aus Dresden fest.<sup>1548</sup> Beim Bezug wurden die kommunalen Entscheidungsträger bevorzugt, darunter »an erster Stelle [...] alle Personen und Stellen, die führend am öffentlichen Leben beteiligt sind: Die Landräte und die Bürgermeister und ihre Stellvertreter, die Kreis- und Ortsleiter der vier Parteien und der Gewerkschaften und ihre Stellvertreter.«<sup>1549</sup> Um die Versorgung der einfachen Bevölkerung zu gewährleisten, rief die Dresdner *Volkszeitung* die Mitglieder der KPD zur Bildung örtlicher »Zeitungskommissionen«<sup>1550</sup> auf, die für das Auslegen der Zeitung in den Büchereien und Betrieben zu sorgen und den Aushang in den Dörfern zu organisieren hatten. Außerdem sollten die KPD-Mitglieder Veranstaltungen planen, auf denen »die ›Volkszeitung‹ in den Betrieben, Häusern und Organisationen vorgelesen und wichtige politische Artikel diskutiert« werden sollten. Dabei sollte möglichst

<sup>1543</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 69.

<sup>1544</sup> Statistische Angaben, Landes-Druckerei G.m.b.H., Geschäftsleitung, Abschrift. LHA Schwerin, VoBi, Amt für Information, Rep. 3079. – Demgegenüber gibt Strunk (1996, S. 69) eine Auflage von 100 000 Exemplaren an, die jedoch wohl erst kurz vor der Vereinigung von SPD und KPD erreicht worden sein dürfte.

<sup>1545</sup> Die unvollständigen, unüberprüfaren und damit für pressestatistische Vergleiche weitgehend unbrauchbaren Auflagenangaben galten als zentrales Problem bei der Beschreibung der Entwicklung des DDR-Pressewesens (Geserick 1989, S. 42). Insbesondere die Auflagen der Blockparteizeitungen wurden nur lückenhaft bekannt. Dies betraf selbst die Zeit vor dem Mauerbau mit einer für Informationen noch durchlässigeren Grenze (vgl. Richert u.a. 1958, S. 85). Als der SED-Zentralverlag ›Zentrag‹ zum September 1951 die Zweigbetriebe anwies, keine Auflagen mehr bekannt zu geben, wurde in Westdeutschland als Grund der »katastrophale Auflagenrückgang« (»Keine Auflagenangabe der Ostpresse.« In: Zeitungsverlag Nr. 17/1951, S. 16) benannt. Im Rahmen dieser Arbeit und der im Vorfeld erschienenen Arbeit (Matysiak 1996) konnten weitestgehend lückenlose Datenreihen aus dem für die Auflagenkontrolle zuständigen Presseamt der DDR erhoben werden. Für die Zeit zwischen 1945 und 1949 war dies nicht möglich. Auch genauere Aufschlüsselungen der Auflagen nach bestimmten Gebieten waren nur in Einzelfällen möglich. Diese Daten sind zu DDR-Zeiten zwar beim behördlichen Postzeitungsvertrieb/DDR-Postministerium angefallen, jedoch dort nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist entsorgt worden (Schreiben Pressepostvertriebszentrum, Deutsche Post AG, Dieter Hofbauer, 11.3.96) und auch im Bundesarchiv trotz intensiver Bemühungen nicht nachweisbar gewesen.

<sup>1546</sup> Bevölkerungszahl am 1.12.45: 2,8 Mio. Ew. (vgl. Die Volkszählung vom 1. Dezember 1945, S. 4).

<sup>1547</sup> Bevölkerungszahl in Mecklenburg-Vorpommern rund 1,9 Mio. Ew., in der Provinz Sachsen 3,9 Mio. Ew. (vgl. Die Volkszählung vom 1. Dezember 1945, S. 4).

<sup>1548</sup> »An alle Vertriebsstellen und Organisationen!« In: *Volkszeitung*, Dresden, 10.7.45.

<sup>1549</sup> »Achtung! Unterbezirks-, Kreis- und Ortsgruppenleitungen der KPD.« In: *Volks-Zeitung*, Halle, 1.8.45.

<sup>1550</sup> »An alle Vertriebsstellen und Organisationen!« In: *Volkszeitung*, Dresden, 10.7.45.

weit auch jener Teil der Bevölkerung erreicht werden, der keine Parteimitgliedschaft besaß.<sup>1551</sup> Um die Verbreitung bis hinunter in die Landgemeinden sicher zu stellen, schickte der Landrat des Kreises Wismar an jede Gemeinde zwei Exemplare der *Volkszeitung* per Dienstpost und verlangte dafür der Errichtung von Schaukästen: »Ich werde mich persönlich davon überzeugen, ob die auf diese Weise den Gemeinden zugestellten Zeitungen auch tatsächlich in der gedachten Form zum Aushang kommen. Den Bezugspreis der Zeitungen trägt die Gemeindeverwaltung.«<sup>1552</sup>

Auf sozialdemokratischer Seite erschien erstmals am 7. Juli 1945 *Das Volk*, das wie die kommunistische *Deutsche Volkszeitung* eine Startauflage von 100 000 Exemplaren hatte, dessen Auflage danach jedoch geringere Zuwächse auswies.<sup>1553</sup> Die Sozialdemokraten wurden jedoch in der Folgezeit nicht nur bei der Papierzuteilung benachteiligt, dem entscheidenden Faktor für die Auflagenhöhe, sondern auch bei der Genehmigung von Landeszeitungen hatte die SPD gegenüber der KPD Nachteile. Während die KPD bereits ab Juli Landeszeitungen herausgeben konnte, folgte die SPD erst mit rund zwei Monaten Verspätung: Das *Volksblatt* in Halle wurde am 11. September 1945 gegründet, die *Volksstimme* in Schwerin am 10. September, die *Volksstimme* in Dresden am Tag drauf, die *Tribüne* in Thüringen am 15. September und der *Märker* in Brandenburg am 20. Oktober.<sup>1554</sup> Auch bei den Auflagen der Regionalzeitungen wurde die SPD benachteiligt. Direkt vergleichbare Zahlen fehlen zwar weitgehend, die für das Land Mecklenburg überlieferte Auflage der *Volksstimme* war jedoch geringer als bei der KPD. 1945 vertrieb die SPD dort durchschnittlich 34 000 Stück ihrer Landeszeitung (KPD: 43 000), 1946 immerhin 76 000 Stück (KPD: 85 000).<sup>1555</sup> Damit standen 1945 rechnerisch für kaum 2 Prozent der mecklenburgischen Bevölkerung SPD-Zeitungen zur Verfügung, 1946 für etwa 4 Prozent.<sup>1556</sup> Nach der Zusammenlegung der mecklenburgischen *Volksstimme* mit der *Volkszeitung* zur *Landeszeitung* erreichte die Gesamtauflage 1946 auf 185 000 Exemplare,<sup>1557</sup> so dass durchschnittlich etwa jeder Zehnte erreicht werden konnte.<sup>1558</sup>

<sup>1551</sup> »An alle Vertriebsstellen und Organisationen!« In: *Volkszeitung*, Dresden, 10.7.45.

<sup>1552</sup> Schreiben Der Landrat des Kreises Wismar, Reichardt, an alle Gemeindevorsteher, Wismar, 27.11.45. Stadtarchiv Sternberg, Sign. 1503 Bl. 1 c. Für die Überlassung danke ich Frau Helga Reichel, Stadtarchiv Sternberg/Meckl.

<sup>1553</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 71.

<sup>1554</sup> Vgl. Raue 1983, S. 219; Strunk 1996, S. 71.

<sup>1555</sup> Statistische Angaben, Landes-Druckerei G.m.b.H., Geschäftsleitung, Abschrift. LHA Schwerin, VoBi, Amt für Information, Rep. 3079.

<sup>1556</sup> Bevölkerungszahl in Mecklenburg-Vorpommern 1945 rund 1,9 Mio. Einwohner (vgl. Die Volkszählung vom 1. Dezember 1945, S. 4).

<sup>1557</sup> Statistische Angaben, Landes-Druckerei G.m.b.H., Geschäftsleitung, Abschrift. LHA Schwerin, VoBi, Amt für Information, Rep. 3079.

<sup>1558</sup> Schreiben der Präsident des Landes Mecklenburg-Pommern, Landesverwaltung Schwerin, Abt. Kultur u. Volksbildung, an die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung in der Sowjetische Besetzten Zone, 3.10.46. LHA Schwerin, VoBi, Amt für Information, Sign. 3073. – Die Verteilung dürfte jedoch durch die Bezirksausgaben regional unterschiedlich

Gegenüber dem Jahr 1932, als die KPD zumeist nur in einigen ostdeutschen Großstädten über eigene Zeitungen verfügt hatte, die SPD hingegen in weiten Gebieten Ostdeutschlands mit eigenen Zeitungen präsent gewesen war,<sup>1559</sup> hatte sich der publizistische Einfluss beinahe umgekehrt: Die KPD konnte in Ostdeutschland die Zahl ihrer Zeitungsausgaben gegenüber 1932 fast vervierfachen, während die SPD kurz vor der Vereinigung beider Parteien lediglich über weniger als ein Drittel ihrer früheren Zeitungen verfügte (Tabelle 17). Gleichzeitig kam es bis 1946 zu einer gegenüber 1932 deutlichen Zentralisierung der Presse der beiden Arbeiterparteien, die sich in einer 1946 deutlich geringeren Anzahl von Hauptausgaben äußerte, der eine in der Relation stark gestiegenen Zahl von abhängigen Nebenausgaben gegenüber stand.

Tageszeitungen von:	1932		August 1945		März 1946	
	Zeitungen	dav. Hauptausgaben	Zeitungen	dav. Hauptausgaben	Zeitungen	dav. Hauptausgaben
SPD	62	41	1	1	19	6
KPD	11	8	11	5	40	6
<b>gesamt</b>	<b>73</b>	<b>59</b>	<b>12</b>	<b>6</b>	<b>59</b>	<b>12</b>

**Tabelle 17: Parteizeitungen der Arbeiterparteien SPD und KPD 1932 bis 1946<sup>1560</sup>**

Die schlechteren Möglichkeiten, Nebenausgaben zu gründen, führten in einigen ostdeutschen Ländern zu einer deutlich geringeren medialen Präsenz der SPD. Während sich die KPD bis zum März 1946 in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ein dichtes Netz von lokalen Nebenausgaben zulegen konnte, waren diese für die SPD lediglich in einigen größeren Städten wie Zwickau, Eisenach oder Bernburg nachweisbar (Abb. 41, S. 277).

Die wirtschaftliche Basis der sozialdemokratischen und kommunistischen Verlage bildete die Übernahme jener Betriebe, die den Parteien schon bis 1933 gehört hatten. Beide Parteien und später auch die SED verlangten nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus das Eigentum sämtlicher mit der Arbeiterbewegung verbundener Organisationen zurück, darunter auch des Arbeiter-Samariterbundes, von Freidenkervereinigungen, Sport- und Gesangsvereinen, den Naturfreunden. In Sachsen-Anhalt sollten so im Verlauf der späten 40er Jahre neben einigen Reisebüros vor allem Druckereien an die SED fallen, die vorher den Sozialde-

gewesen sein. Im Sept./Okt. 1946 erreichte die Ausgabe Stralsund der Landeszeitung eine Auflage von 23462 Exemplaren. Bezogen auf eine Wohnbevölkerung von etwa 100 000 Einwohnern in Stadt und Landkreis Stralsund (1950; vgl. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik 1956, S. 10) bedeutete dies eine rechnerische Zeitungsversorgung für etwa ein Viertel der Bevölkerung, was hier bei etwas mehr als 30 000 Haushalten (Statistisches Bundesamt 1994, S. 172) für eine fast flächendeckende Versorgung gereicht haben könnte.

<sup>1559</sup> Siehe Kap. 2.1.

<sup>1560</sup> Eigene Auszählung.

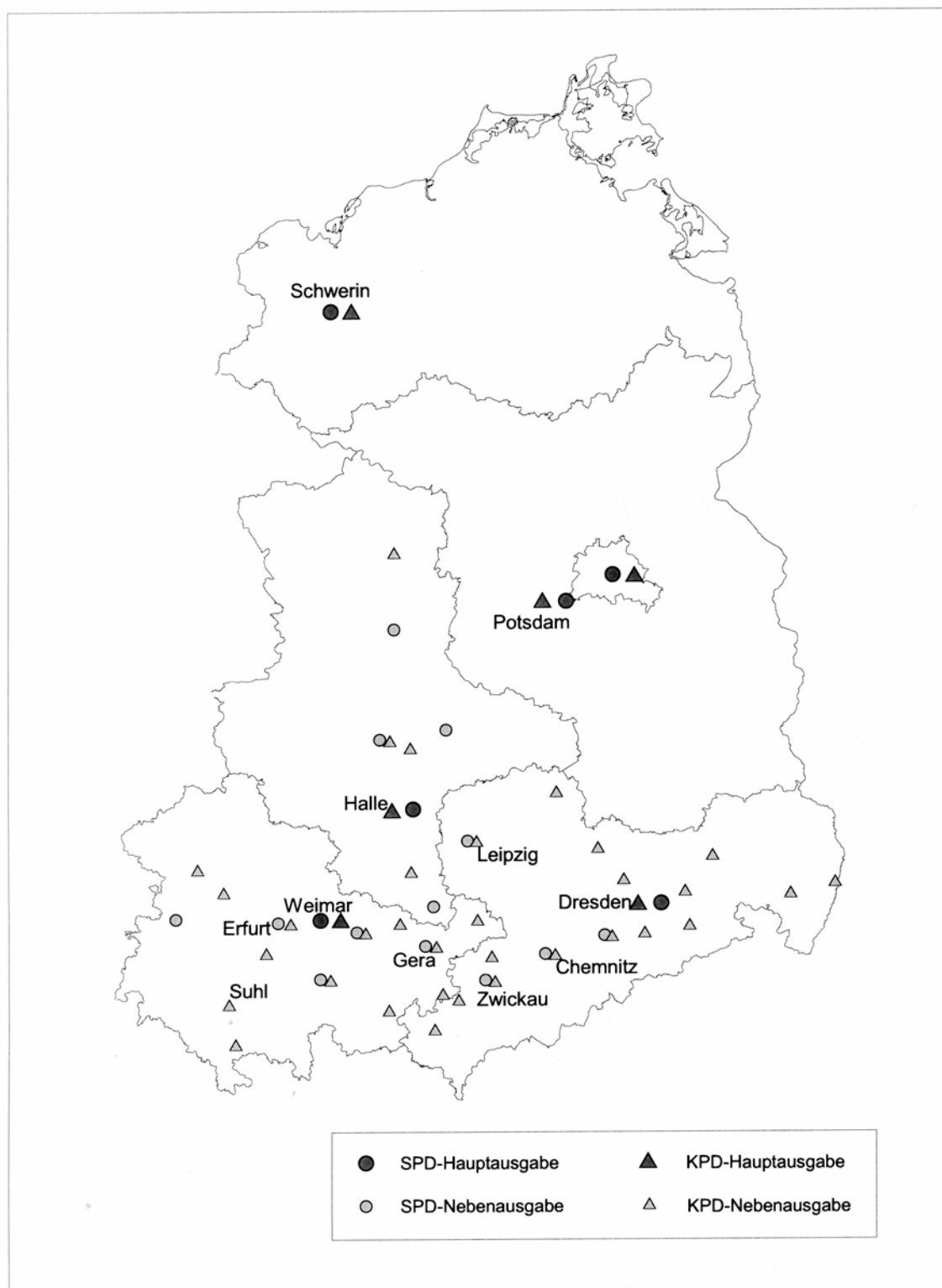


Abbildung 41: Verteilung der Verlags- und Erscheinungsorte der Tageszeitungen von KPD und SPD im März 1946.<sup>1561</sup>

<sup>1561</sup> Eigene Zusammenstellung.

mokraten gehört hatten.<sup>1562</sup> Zusätzlich wurden die Parteien mit Unternehmen entschädigt, die in Orten lagen, wo vor 1933 keinerlei Parteizeitungen verlegt worden waren, die SPD beispielsweise in Bad Liebenwerda mit der ›Carl Zielke Buchdruckerei und Zeitungsverlag.<sup>1563</sup>

Beide Arbeiterparteien, insbesondere jedoch die KPD, profitierten dabei vor allem von der vorangegangenen Expansion der nationalsozialistischen Gauverlage, zu deren Rechtsnachfolger die KP-Verlage nach dem Krieg wurden. In die Handelsregisterakten des kommunistischen ›Volksverlages‹ aus Weimar (*Thüringer Volkszeitung*) wurde etwa eigens die »Übernahme und Weiterführung des früheren NS-Verlag ›der Nationalsozialist‹ in Weimar« eingetragen.<sup>1564</sup> Daneben pachtete die KPD langfristig Betriebe hinzu, beispielsweise die ›Dannersche Buchdruckerei und Verlagsanstalt‹ in Mühlhausen.<sup>1565</sup> Die KPD kam auf diese Weise in Thüringen frühzeitig an eine große zentral gelenkte Zeitungsgruppe mit einem Netz von Zweigunternehmen. Bereits Ende September 1945 verfügte die Redaktion der *Thüringer Volkszeitung* über 22 Lokalredaktionen,<sup>1566</sup> mit denen die Zeitung deutlich früher als in anderen Regionen eine flächendeckende Versorgung mit Lokalzeitungen realisieren konnte. 1947 warb die Zeitung damit, über »eigene Druckereien in allen größeren Orten Thüringens« zu verfügen.<sup>1567</sup> Die SPD bekam, bezogen auf ihre Besitztümer von vor 1933,<sup>1568</sup> eher kleine Betriebe oder Betriebsteile übertragen, etwa als Kompensation das 1941 an die NSDAP verkaufte

<sup>1562</sup> Vgl. dazu folgende Musterformulierung: »Durch die nationalsozialistischen Regierung sind den Arbeiterparteien und den Freien Gewerkschaften ohne Rechtsgrundlage durch Willkürakt ihnen zugehörige Zeitungsdruckereien, Buchhandlungen, Volkshäuser (Parteihäuser) enteignet worden. Das Präsidium der Provinz Sachsen beschliesst, aus diesen nach dem Zusammenbruch des Naziregimes freigewordenen Vermögensmassen und aus anderen beschlagnahmten Vermögen folgende Grundstücke mit Zustimmung der Sowjetischen Militäradministration der Provinz Sachsen zu übertragen: [...]« (Beschluss, Der Präsident der Provinz Sachsen, Halle, 17.12.45, abgedr. in: VMOZV 1955a, Anlage 1, o.P.). In Sachsen-Anhalt verlangte die SED beispielsweise folgende Druck- und Verlagsbetriebe als ehemaliges Parteieigentum zurück: Bernburger Druckerei, Verlag Volkswacht; Verlag Harzer Echo und Druckerei, Blankenburg; Verlag Volksblatt für Anhalt und Druckerei, Dessau; Buchdruckerei Halberstädter Tageblatt; in Halle die Verlage des *Klassenkampfes* und des *Volksblatts* sowie zwei Druckereien; in Magdeburg die Verlage der *Tribüne* und der *Volksstimme* und die Druckereien ›Fortschritt‹ und Pfannkuch; in Zeitz den Verlag des *Volksboten* und die sozialdemokratischen genossenschaftliche Druckerei (vgl. Abt. Wiedergutmachung beim Zentralsekretariat der SED, Zusammenstellung des Beweglichen Eigentums, das 1933 den Arbeiterorganisationen im Lande Sachsen-Anhalt gehörte, o.D., SAPMO-BArch DY30/IV2/22/27, Bl. 1-11, sowie Nachtrag Nr. I, 28.7.48, SAPMO-BArch DY30/IV2/22/27, Bl. 12-13).

<sup>1563</sup> So genannte »andere beschlagnahmte Vermögen« (vgl. Beschluss, Der Präsident der Provinz Sachsen, Halle, 17.12.45, abgedr. in: VMOZV 1955a, Anlage 1, o.P.).

<sup>1564</sup> Volksverlag GmbH, Handblatt zum Handelsregister, AG Weimar, Handelsregister HRB V/7, TStA Weimar, Sign. 1311. – Unternehmenszweck war weiter »die Herausgabe von Zeitungen, Ankauf und Einrichtung von Druckereien zwecks Herstellung von Zeitungen aller erlaubten Parteien, die sich für den Aufbau eines Neuen Deutschland einsetzen sowie Organisation und Herstellung von Drucksachen«. Als Rechtsnachfolgerin des Gauverlags in Chemnitz sieht sich heute auch die *Freie Presse* aus Chemnitz. Als die Zeitung nach der Wende die Nutzung des 1943 ohne Entschädigung des Alteigentümers genutzten Namens *Zwickauer Zeitung* begründen sollte, verwies sie darauf, die Namensrechte vom NS-Blatt *Neue Zwickauer Zeitung* übernommen zu haben. (Auskunft Carlheinz Kausche, München, 18.6.2001. Vgl. dazu auch Janßen 1991.)

<sup>1565</sup> Der über jeweils 5 Jahre geschlossene Pachtvertrag, der sich automatisch verlängerte, galt bis nach der Wende 1989 (Mitteilung Eva Falk, Wiesbaden, ehem. Geschäftsführende Gesellschafterin der Dannerschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt in Mühlhausen, 2.12.98)

<sup>1566</sup> Vgl. Redebeitrag Heimann (Thüringen), Protokoll Nr. 32 der erweiterten Sekretariatssitzung am 28.9.1945. Abgedr. in: Benser/Krusch 1994, S. 52-146, hier S. 121.

<sup>1567</sup> Sperlings <sup>62</sup>1947, Anzeigenteil, S. 85.

<sup>1568</sup> Vgl. Kap. 2.1, S. 24.

Druckhaus Wulfert in Schönebeck, dass zuvor niemals in sozialdemokratischem Besitz gewesen war.<sup>1569</sup>

In den meisten anderen (vor allem ländlichen und kleinstädtischen) Regionen erfolgte gleichwohl weiterhin keine aktuelle Berichterstattung aus dem Nahbereich. Selbst in den Gebieten, wo Nebenausgaben von Parteizeitungen erschienen, waren die Tageszeitungen schon beim Druck veraltet. Die *Sächsische Volkszeitung* erschien in vielen Landesteilen so inaktuell, dass sie zeitweise auf eine Datumsangabe verzichtete.<sup>1570</sup> Die Leserschaft in Dresden war derjenigen aus dem Raum Chemnitz vorübergehend bei der Berichterstattung um einen Tag voraus: Die Nr. 61 der Dresdner Ausgabe vom 12. Oktober 1945 erschien so in Chemnitz als Nr. 61 erst am Folgetag.<sup>1571</sup> Auch die Zwickauer Ausgabe der *Sächsischen Volkszeitung* erreichte die nur 23 Kilometer entfernte Stadt Meerane mit einem Tag Verspätung.<sup>1572</sup>

Insbesondere in den vielen abseits der Verlagsorte gelegenen Städten konnten die Landesorgane deshalb den Bedarf nach Information nur unzureichend oder gar nicht erfüllen. Die Zeitungen fanden nur geringen Absatz, »weil der örtliche Charakter bzw. der lokale Teil in dieser nicht berücksichtigt wird.«<sup>1573</sup> Der Aufbau der Lokalteile erfolgte in den meisten Regionen nur sehr langsam. Zwar hatte etwa die *Volks-Zeitung* in Halle bereits in ihrer dritten Nummer eine Lokalseite eingerichtet und dieser durch eine Vignette einen besonderen Seitentitel gegeben (»Hallisches Echo«),<sup>1574</sup> eine Berichterstattung aus anderen Städten der Provinz Sachsen wurde jedoch erst in den darauf folgenden Wochen und nur vereinzelt realisiert, als die Zeitung Ende Oktober vereinzelt Lokalbeilagen herausgab (Lokalbeilage für die Kreise Weißenfels, Zeitz und Eckardsberga,<sup>1575</sup> Lokalbeilage Torgau, Wittenberg, Schweinitz, Liebenwerda<sup>1576</sup>). Die Torgauer Lokalbeilage ersetzte dabei das örtliche Bekanntmachungsblatt.<sup>1577</sup> Auch in anderen Regionen fanden sich vereinzelt Lokalbeilagen, etwa in der

<sup>1569</sup> Beschluss, der Präsident der Provinz Sachsen, Abt. Sicherung der Wirtschaft, Zell, Ann Th. Wulfert, Halle, 31.1.46 (Firmenarchiv Wulfert/Familienarchiv Wulfert-Markert, Hannover, Akte Th. Wulfert zum Beweissicherungsgesetz). – Zu einer Herausgabe von sozialdemokratischen Zeitungen sollte es in diesen Städten allerdings nicht kommen. 1947 kam der Betrieb an die LDPD, 1956 aufgelöst (vgl. Bericht der Unabhängigen Kommission 1996, S. 218).

<sup>1570</sup> Siehe beispielsweise *Volkszeitung*, Chemnitz, Nr. 27-34/1945 [1.9.-15.9.45].

<sup>1571</sup> Vgl. *Sächsische Volkszeitung*, Ausgabe Dresden, 12.10.45; *Sächsische Volkszeitung*, Ausgabe Chemnitz, 12.10.45; 13.10.45.

<sup>1572</sup> Schreiben ev.-luth. Pfarramt Meerane, Pfarrer Magirius, an Volkszeitung, Zwickau, 12.9.45 (Durchschrift), Archiv des Ev.-Luth. Pfarramtes St. Martin, Meerane.

<sup>1573</sup> Schreiben ev.-luth. Pfarramt Meerane, Pfarrer Magirius, an Volkszeitung, Zwickau, 12.9.45 (Durchschrift), Archiv des Ev.-Luth. Pfarramtes St. Martin, Meerane.

<sup>1574</sup> Siehe *Volks-Zeitung*, Halle, 4.8.45.

<sup>1575</sup> Ab dem 23.10.45 archiviert (Mitteilung Stadtverwaltung Weißenfels, Stadtarchiv, Silke Künzel, 7.6.99.)

<sup>1576</sup> Für den 19.10.45 angekündigt bzw. ab dem 20.10.45 archiviert (siehe »An unsere Leser!« In: *Amtliche Bekanntmachungen und Hinweise des Kreises und der Stadt Torgau*, 12.10.45, sowie Mitteilung Stadt Torgau, Stadtarchiv, Frau Gräber, 14.8.98.)

<sup>1577</sup> »Unsere »Amtlichen Bekanntmachungen und Hinweise des Kreises und der Stadt Torgau« stellen mit der heutigen Nummer ihr Erscheinen ein. Dafür bringen wir ab Freitag, den 19. Oktober, täglich eine Tageszeitung, und zwar die »Volks-Zeitung« mit einer lokalen Beilage für die Kreise Torgau, Wittenberg, Schweinitz und Liebenwerda mit Berichterstattungen über örtliche Veranstaltungen, amtliche Bekanntmachungen sowie Anzeigen.« (*Bekanntmachungen und Hinweise des Kreises und der Stadt Torgau*, 12.10.45.)

Kleinstadt Neugersdorf, wo die *Sächsische Volkszeitung* von Oktober bis Dezember 1945 eine Nebenausgabe herausbrachte.<sup>1578</sup>

Doch während vereinzelt neue Nebenausgaben der KP-Zeitungen gegründet wurden, wurden andere wieder eingestellt. Die restriktive Pressepolitik führte nicht nur zu Schließungen der Lokalpresse der antifaschistischen Komitees,<sup>1579</sup> sondern selbst Lokalausgaben der kommunistischen Landeszeitungen waren davon betroffen. In Meerane war seit dem 26. Juli 1945 eine Ausgabe der *Volkszeitung* aus Dresden erschienen, die zweimal wöchentlich auf ihren insgesamt 6 Seiten auch eine Lokalseite und eine lokale Anzeigenseite gebracht hatte. Noch Anfang August hatte sich der örtliche Kommandant nach den in der Stadt verbreiteten Medien erkundigt und war dabei auch über die Lokalausgabe der KPD informiert worden: »Es erscheint nur eine Zeitung der KPD. und wird von uns überwacht. Ihr Erscheinen wird von den Einwohnern begrüßt.«<sup>1580</sup> Anschließend konnte die Zeitung bis September weiter erscheinen, was belegt, dass sie mit Zustimmung der Militärverwaltung erschien. Dann musste das Blatt, das in einer Auflage von 35 000 Exemplaren gedruckt wurde,<sup>1581</sup> jedoch eingestellt werden. Hinter dieser Entscheidung stand die Landesleitung der KPD, die beim Beginn des Presseneuaufbaus lediglich in 5 sächsischen Großstädten Zeitungen akzeptieren wollte. Versuche, in Meerane wieder eine Tageszeitung erscheinen zu lassen, führten erst Anfang 1946 wieder zur Herausgabe der Lokalausgabe Meerane-Gauchau.<sup>1582</sup>

Nachdem die überparteilichen Zeitungen der ersten Nachkriegswochen eingestellt worden war, kam es offenbar in mehreren Orten zum Versuch, ersatzweise Nebenausgaben von KP-Zeitungen zu gründen. In Crimmitschau wollten die SPD und KPD gemeinsam eine *Volkszeitung* gründen. Nachdem die Ausgabe Meerane der *Volkszeitung* nach Crimmitschau gelangt war,<sup>1583</sup> bat der kommunale »Arbeitsausschuss« Anfang August die sowjetische

<sup>1578</sup> Im Kreisarchiv Löbau-Zittau vorhanden vom 2.10.45-31.12.45. Mitteilung Landkreis Löbau-Zittau, Kreisarchiv Zittau, Frau Spantig, 27.10.98. – Das im heutigen Dreiländereck Deutschland-Polen-Tschechien gelegene Städtchen mit gut 10 000 Einwohnern war nicht einmal Kreisstadt, verfügte aber über eine Zeitungsdruckerei, die vor dem Krieg in der Region die *Oberlausitzer Tageszeitung* mit der vergleichsweise hohen Auflage von gut 11 000 Exemplaren abgesetzt hatte (vgl. Handbuch der deutschen Tagespresse 1944, S. 194).

<sup>1579</sup> Siehe Kap. 5.5 und 6.1.

<sup>1580</sup> Schreiben KPD, Ortsgruppe Meerane, Antifaschistischer Block, an die Kommandantur der Stadt Meerane, z. Hd. des Herrn Major Genossen Päckaschuk, Meerane, 2.8.45, Kreisarchiv Chemnitzer Land, Bestand Rat der Stadt Meerane, Aktionsausschuß Meerane, Sign. 526.

<sup>1581</sup> Bevölkerung in Meerane-Stadt 1.12.45: 25 000 sowie im angrenzenden Kreis Glauchau: 117 000, Glauchau-Stadt: 32 000 (vgl. Die Volkszählung vom 1. Dezember 1945).

<sup>1582</sup> Siehe *Volkszeitung*, Ausgabe Meerane, 4.8.-30.8.45 (Kreisarchiv Chemnitzer Land, Meerane) sowie Schreiben Aktionsausschuß für den Antifaschistischen Block Meerane, an das Zentralkomitee der K.P.D. und das Zentralkomitee der S.P.D., Meerane, 18.9.45. Kreisarchiv Landkreis Chemnitzer Land, Bestand Rat der Stadt Meerane, Niederschriften des Aktionsausschusses für den Antifaschistischen Block, Sign. 732. Zur *Sächsische Volkszeitung*, Zwickauer Ausgabe, Wechelseiten für Glauchau, Meerane, Lichtenstein, 11.1.46ff. siehe die Bestände im Kreisarchiv Chemnitzer Land, Meerane.

<sup>1583</sup> Ausgabe Meerane ab Nr. 3 vom 31.7.45; Ausgabe Dresden vom 27.7.45 (vgl. Mitteilung Stadtverwaltung Crimmitschau, Sachgebiet Kultur und Sport, Herr Stahn, 31.8.98, Aufstellung über vorhandene Zeitungen von 1945 - 1947 im Archiv der Stadt Crimmitschau).



Stadtkommandantur, »das Erscheinen der Crimmitschauer Volkszeitung zu genehmigen«.<sup>1584</sup> Auf der russischen Übersetzung des Genehmigungsersuchen fand sich zwar die Aufschrift »genehmigt«, gleichzeitig jedoch auch der russische Vermerk »Man muss bei höheren Organen der Macht um Erlaubnis fragen«.<sup>1585</sup> Bislang fand sich keine Nummer dieser Zeitung, so dass der Wunsch der Stadtregierung nach einer eigenen Lokalausgabe vermutlich nicht erfüllt wurde.

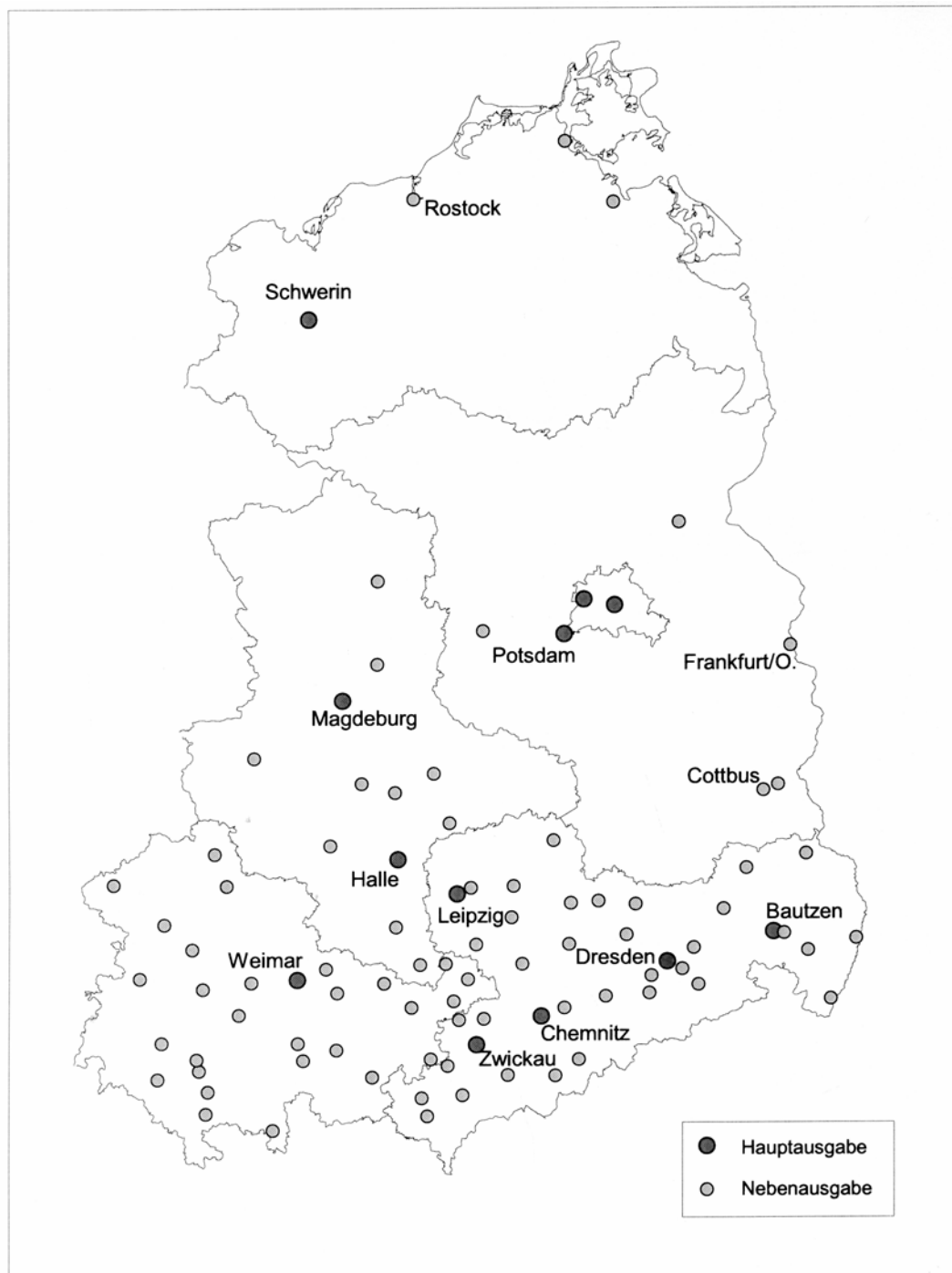
Der Zusammenschluss von SPD und KPD, der im April 1946 einen Zusammenschluss der jeweiligen Parteizeitungen zu jeweils einem SED-Organ ermöglichte, reduzierte die Zahl der Hauptausgaben erneut und führte dabei besonders zum Rückgang der im März 1946 zumindest örtlich vorhandenen Pressevielfalt (Abb. 41, S. 277). In Brandenburg wurden *Märker* und *Volkswille* zur *Märkischen Volksstimme* zusammengelegt, in Sachsen-Anhalt das *Volksblatt* mit der *Volks-Zeitung* zur *Freiheit* verschmolzen und in Thüringen die *Tribüne* mit der *Thüringer Volkszeitung* zum *Thüringer Volk* vereinigt. In Mecklenburg-Vorpommern vereinigten SPD und KPD *Volksstimme* und *Volkszeitung* zur *Landeszeitung*,<sup>1586</sup> die nicht nur den Namen der 1886 gegründeten *Landeszeitung für beide Mecklenburg und Nachbargebiete*, fortführte, sondern auch in deren Neustrelitzer Druckerei hergestellt wurde.<sup>1587</sup> Nachdem sich die Zeitungen beider Parteien im März 1946 an 15 der insgesamt 59 Verlags- und Erscheinungsorten Konkurrenz gemacht hatten (Abb. 41, S. 277), konnten die eingesparten Ressourcen nun für eine weitere lokale Ausweitung der Parteipresse genutzt werden. Die Vereinigung von KPD und SPD führte im April 1946 so einerseits zur Einstellung konkurrierender Zeitungsausgaben, andererseits begann bereits im Mai eine weitere Gründungswelle im SED-Pressewesen, in deren Zuge in Sachsen und Sachsen-Anhalt nicht nur Landesverbände, sondern auch einzelne SED-Regionalverbände eigene Tageszeitungen zugewiesen bekamen. Wenige Wochen nach dem aus der Vereinigung der sozialdemokratischen *Volksstimme* und der kommunistischen *Sächsischen Volkszeitung* das SED-Organ *Sächsische Zeitung* hervorgegangen war,

<sup>1584</sup> Schreiben Arbeitsausschuß der Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei Ortsgruppe Crimmitschau, 3.8.45. Stadtarchiv Crimmitschau, o.Sign., Bl. 12.

<sup>1585</sup> Schreiben Arbeitsausschuß der Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei Ortsgruppe Crimmitschau, 3.8.45. Stadtarchiv Crimmitschau, o.Sign., Bl. 15. Die ungleichmäßige und fast unkontrollierte Handschrift lässt auch die Übersetzung »Man muß bei ihren Organen der Macht um Erlaubnis bitten« zu. Für die Übersetzung danke ich Dimitri Cotok.

<sup>1586</sup> Vgl. Raue 1983, S. 219f.; 159.

<sup>1587</sup> Vgl. Pape, Helga: Die Geschichte der »Landeszeitung«. In: Bernhard 1989, S. 69-74; hier 74. (Nachdruck aus Carolinum Nr. 75/1976). Die Verlegerin war 1945 vor der Roten Armee geflohen (zur Verlagsgeschichte vgl. Bernhard 1989, S. 67ff. und damit eines der Enteignungskriterien nach den Befehlen Nr. 124 und 126 erfüllt (s.o.).



**Abbildung 42: Verteilung der Verlags- und Erscheinungsorte der Tageszeitungen der SED im Herbst 1947.**<sup>1588</sup>

wurde diese bereits durch fünf »Bezirkszeitungen der Sozialistischen Einheitspartei für Sachsen« ersetzt.<sup>1589</sup> In Bautzen wurde dabei die *Lausitzer Rundschau* neu herausgegeben, in Zwickau die *Freie Presse* gegründet sowie in Chemnitz und Leipzig die mit der Vereinigung von

<sup>1588</sup> Eigene Zusammenstellung.

<sup>1589</sup> Bielig, Karl: Freie Presse. In: *Freie Presse*, 20.5.46.

SPD und KPD gerade erst aufgegebenen Zeitungsnamen *Volksstimme* (chem. SPD) und *Leipziger Volkszeitung* (chem. KPD) wiederbelebt.<sup>1590</sup>

Vor allem in jenen Teilen Mecklenburgs und Brandenburgs, in denen die NSDAP nur wenige Zeitungsverlage oder Anteile an diesen Verlagen in ihre Gewalt übernommen hatte und in denen es auch vor 1933 keine Zeitungen von SPD und KPD gegeben hatte, sollte sich der Aufbau von lokalen Zeitungen jedoch weiter hinziehen. Noch anderthalb Jahre nach der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zur SED waren viele ländliche Regionen in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt noch immer ohne lokales SED-Organ (Abb. 42, S. 282).

Die Tagespresse der SED entwickelte sich in den nächsten Jahrzehnten sowohl vom Umfang wie von den Auflagen her zum führenden Pressesegment. Die Partei übernahm dabei wie schon in Thüringen das Verlagsmodell der nationalsozialistischen Gauverlage, das auf alle anderen Länder übertragen wurde.<sup>1591</sup> Die Zeitungsgruppen, die aus einzelnen Hauptausgaben mit zugehörigen Nebenausgaben bestand, erlaubten ein hohes Maß an Effizienz vor allem im Bereich des Personaleinsatzes und der materiellen Ressourcen.<sup>1592</sup> Die Bildung von Bezirken anstelle der Länder im Jahr 1952 führte zu einer Ausweitung von Titeln und Ausgaben. Bei 193 Stadt- und Landkreisen, die in Ostdeutschland im Dezember 1945 existierten,<sup>1593</sup> sollte es jedoch noch Jahre dauern, bis die SED ein flächendeckendes Netz von lokalen Parteizeitungen etabliert hatte (Tabelle 18).

Zeitungen	Monat							
	8/1945	3/1946	11/1946	9/1947	11/1949	11/1951	11/1953	11/1955
<b>Hauptausgaben</b>	8	12	10	10	12	11	16	16
<b>Nebenausgaben</b> <sup>1594</sup>	5	47	64	85	96	138	197	208
<b>Gesamt</b>	13	59	74	95	108	149	213	224

**Tabelle 18: Entwicklung der Tagespresse von SPD/KPD/SED 1945-55.**<sup>1595</sup>

<sup>1590</sup> Die Zeitungen erschienen jeweils ab dem 20.5.46, die *Leipziger Volkszeitung* ab 19.5.45 (vgl. Raue 1983, S. 159; Bielig 1946; ZDB-ID: 2080117-8; ZDB-ID: 2080212-2; ZDB-ID: 1156923-2).

<sup>1591</sup> Siehe Kap. 2.2.

<sup>1592</sup> Siehe dazu insbesondere auch die Einschätzung von Frei (1986, S. 223), wonach auf die Vorteile dieses Modells im Westen das »Bezirks-Ausgabensystem« zurückging.

<sup>1593</sup> Vgl. Volkszählung vom 1. Dezember 1945.

<sup>1594</sup> Als Nebenausgabe wurden Zeitungen mit gemeinsamem Titel gezählt, die vom selben Landesverband verantwortet wurden, unabhängig davon, dass die Zeitungen in einem unterschiedlichen Verlag erschienen (etwa die Hauptausgabe des *Thüringer Volks* im Volks-Verlag Weimar, die Nebenausgabe Apolda im Verlag Robert Birkner), dass die Erscheinungsweisen differierten (etwa dreimal wöchentliche Erscheinungsweise bei der Ausgabe Saalfeld des *Thüringer Volks* bei sechsmaligen Erscheinen der Hauptausgabe), teilweise die Formate große Unterschiede aufwiesen (Satzspiegel 408 × 255 mm bei der *Freiheit* in Burg, 460 × 320 in Halle) oder die Nebenverlage selbst wieder Nebenausgaben herausgaben (Altenburg, Suhl). Im Rahmen dieser Arbeit konnte nicht kontrolliert werden, inwieweit auf der inhaltlichen Seite eine Kontrolle der Nebenausgaben durch die Hauptausgaben erfolgte, da es sich bei den Zeitungen jedoch um Parteiorgane der selben Landesgliederung handelte, ist von einer gleich gelagerten Abhängigkeit auszugehen (eine ähnliche Zurechnung für aktuelle Konzentrationsprozesse etwa bei Röper/Pätzold 2000, S. 4).

In Brandenburg und Mecklenburg zog sich der Aufbau der Kreisseiten so bis in die 50er Jahre hin. Angesichts der gleichwohl noch 1951 nicht flächendeckenden Verbreitung der SED-Zeitungen muss gefragt werden, wer abseits dieser SED-Zeitungsorte die Verbreitung der Bekanntmachungen und Anordnungen übernahm.

## 6.2.2 Die Presse der neuen bürgerlichen Parteien

Für jene kurze Nachkriegsphase, in der der Konflikt zwischen den Westmächten und der Sowjetunion noch nicht in eine Spaltung Deutschlands und in den Kalten Krieg gemündet war,<sup>1596</sup> wird davon ausgegangen, dass die SMAD bei der Lizenzerteilungspraxis Raum für »eine relative Vielfalt der publizistischen Stimmen«<sup>1597</sup> ließ und dadurch eine »kurze Blütezeit« der Presse ermöglichte.<sup>1598</sup> Der weiterhin bestehenden Option der Wiedervereinigung aller Zonen sollten keine grundlegenden publizistischen Hindernisse in den Weg gelegt werden.<sup>1599</sup> Auf politischer Ebene war es 1945 in Berlin zur Gründung der CDU und der Liberal-Demokratischen Partei (LDPD) gekommen, 1946 zu einer interzonalen Zusammenarbeit zwischen den Landesregierungen, aber auch zwischen der neu gebildeten CDU und der LDPD sowie zu einem Zeitungsaustausch mit den Westzonen.<sup>1600</sup>

In Berlin hatten CDU und LDPD im Sommer 1945 wie die SPD und die KPD damit begonnen, zentrale Parteizeitungen herauszugeben. Zusätzlich gründete die LDPD im Herbst in Weimar die *Thüringische Landeszeitung* und im Dezember 1945 die *Liberal-Demokratische Zeitung* in Halle,<sup>1601</sup> die CDU etabliert in Halle und in Schwerin mit dem *Neuen Weg* und dem *Demokrat* ebenfalls eine eigene Landespresse.<sup>1602</sup> Als die Liberalen Anfang 1946 mit dem *Sächsischen*

<sup>1595</sup> Eigene Zusammenstellung.

<sup>1596</sup> Da weder über die Ursachen noch über den Beginn des Kalten Krieges in der Literatur Konsens besteht, setzt Kleßmann (1991, S. 177) wegen der erstmaligen Verwendung des Begriffes lediglich als groben Anhaltspunkt das Jahr 1947 an. Als wechselseitig angefachter Prozess führte er bis spätestens 1955 zur abgeschlossenen Blockbildung (S. 178). Die sowjetische Deutschlandpolitik stand dabei »hypothetisch zumindest bis 1952 noch unter einem gesamtdeutschen Vorbehalt«, der Alternativen zum dortigen Aufbau des Sozialismus nicht völlig ausschloss (S. 179).

<sup>1597</sup> Meyn, Herrmann: Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1971, S. 101.

<sup>1598</sup> Richert et al. 1958, S. 89. Zu den grundsätzlichen Problemen, die Hintergründe der publizistischen Entwicklungen jener Zeit zu erfassen vgl. Baerns 1988.

<sup>1599</sup> Richert et al. (1958, S. 44 sowie 97) gehen davon aus, dass die Sowjetunion in der Pressepolitik aufgrund der nicht geklärten Zukunft von stärkeren Veränderungen Abstand nahmen.

<sup>1600</sup> Richert et al. 1958, S. 43; Suckut 2000, S. 16ff.; 51ff.

<sup>1601</sup> Die *Thüringische Landeszeitung* erschien in fünf Nummern ab 10.10.45, um nach einer Pause am 12.12.45 endgültig den Betrieb aufzunehmen. Die *Liberal-Demokratische Zeitung* startete am 18.12.45 (vgl. Raue 1983, S. 225f.).

<sup>1602</sup> Die Zeitung *Der Neue Weg* erschien nach Strunk 1996, S. 80, erstmals am 22.12.45. Raue 1983, S. 222, und auch der Verlag selber (Abschied vom Bleisatz. Der Neue Weg, 7.2.1991) scheinen den Geburtstag jedoch vergessen zu haben und nennen den 2.1.46. Selbst das für die Überwachung und Zensur zuständige zentrale »Presseamt« der DDR war über die Gründungsdaten offensichtlich selbst soweit desorientiert, dass man in den 60er Jahren die Verlage bat, die Ersterscheinungstage mitzuteilen (vgl. Bundesarchiv Potsdam DC9/518). Der *Demokrat* aus Schwerin erschien nach Raue 1983, S. 22, erstmals am 15.12.45.

*Tageblatt* und der *Norddeutschen Zeitung*<sup>1603</sup> und die Christdemokraten mit der *Union* und dem *Thüringer Tageblatt* weitere Landeszeitungen etabliert hatten,<sup>1604</sup> verfügten die beiden bürgerlichen Parteien damit bereits 1946 über jene Zeitungstitel, die sie im wesentlichen bis an das Ende der DDR behalten sollten.<sup>1605</sup>

Diese Parteizeitungen waren wie die Unternehmen von SPD und KPD als kapitalistische Betriebe organisiert, meist als GmbH. Dabei wurden die Verlagsrechte der Zeitungen an Personen vergeben, die den Parteien nahe standen bzw. in deren Auftrag handelten, in einigen Fällen aber auch an private Verleger. »Zum Mißfallen der KPD«<sup>1606</sup> übertrug die SMAD beispielsweise die Verlagsrechte für den am 3. August 1945 erstmals erschienenen *Morgen* an die »Gebrüder Mossner Verlagsgesellschaft mbH« aus Westberlin, deren Eigentümer Julius, Karl und Günter Mossner bereits vor 1933 zeitweilig einen Verlag geführt hatten.<sup>1607</sup> Nicht nur die Verlageigentümer, auch die Angestellten verfügten über Bindungen an die traditionellen Verlagsstrukturen: Die beim *Morgen* angestellten Redakteure kamen größtenteils aus den alteingesessenen Berliner Verlagshäusern Ullstein und Scherl und betrachteten sich als Angestellte des Mossner-Verlags und nicht der LDPD.<sup>1608</sup> Das Haus durfte zusätzlich ab dem 4. März 1946 in Schwerin auch die *Norddeutsche Zeitung* verlegen.<sup>1609</sup> Die Mossner-Verlagsgesellschaft »gliederte die Blätter ihrem privatkapitalistischen Unternehmen ein und nahm vertraglich gesicherten Einfluß auch auf Fragen der Personalpolitik und damit die politische Orientierung der Redaktion.«<sup>1610</sup> Der Zeitungsverlag unterlag dadurch weitgehend nicht parteipolitischen, sondern verlegerisch-unternehmerischen Prämissen. RAUE 1983 beklagt in diesem Zusammenhang die Auswahl eines *Morgen*-Chefredakteurs, der zwar über politische Erfahrung oder geordnete persönliche Verhältnisse verfügen sollte, nicht aber über die für den sozialistischen Journalismus gewünschte besondere Zuverlässigkeit.<sup>1611</sup> Der sowjetischen Besatzungsmacht schien diese kapitalistische Funktion der Presse genauso wenig auszumachen wie der Umstand, dass die Verleger der LDPD-Presse auch im Westteil Berlins aktiv waren: »Es schien die sowjetische Besatzungsmacht wenig zu stören, daß sich beide Zeitungen im Besitz von Privatpersonen befanden, die zudem auch Anteile am Verlag des französisch

<sup>1603</sup> Das *Sächsische Tageblatt* erschien ab 16.2.46 in Dresden, die *Norddeutsche Zeitung* folgte am 4.3.46 in Schwerin (vgl. Raue 1983, S. 226).

<sup>1604</sup> Die *Union* erschien ab dem 6.1.46 in Dresden, das *Thüringer Tageblatt* ab 1.5.46 in Weimar (vgl. Raue 1983, S. 225).

<sup>1605</sup> Die CDU gründete am 3.2.48 in Potsdam noch die *Märkische Union* (vgl. Raue 1983, S. 225). – Zur weiteren Entwicklung der Presse der DDR vgl. etwa Holzweißig 1999.

<sup>1606</sup> Koszyk 1986, S. 343.

<sup>1607</sup> Koszyk 1986, S. 437 (Anm. 4).

<sup>1608</sup> Vgl. Raue 1983, S. 168; Koszyk 1986, S. 343.

<sup>1609</sup> Vgl. Raue 1983, S. 227 (Anm. 107).

<sup>1610</sup> Raue 1983, S. 166.

lizenzierten »Kurier« erworben hatten.«<sup>1612</sup> Die beiden Titel wurden erst am 1.7.1950 von einem LDPD-Verlag übernommen, der erst danach die Geschäftsführung mit Parteimitgliedern besetzen konnte. »Erst von diesem Zeitpunkt an kann man von einer Parteipresse der LDPD im eigentlichen Sinne sprechen«.<sup>1613</sup>

Neben SPD und KPD bekamen auch die neu gegründeten bürgerlichen Parteien beschlagnahmte Verlagseinrichtungen übertragen. Jedoch reichte dies vor allem in der Anfangszeit nicht aus, um an genügende Druckkapazitäten zu kommen. Da die Druckereien in der Provinz Sachsen (Sachsen-Anhalt) anfangs in der Regel an eine der beiden Arbeiterparteien übertragen wurden,<sup>1614</sup> legte die Landesregierung zur Sicherstellung der Zeitungsproduktion von CDU und LDPD in den Enteignungsbeschlüssen fest, dass die den Arbeiterparteien übereigneten Betriebe Druckaufträge auch für Zeitungen anderer Parteien zu erfüllen hatten:

»Die Überlassung des Eigentums an die SPD und KPD erfolgt mit der Auflage, dass die diesen Parteien übereigneten Druckereien verpflichtet sind, für die Ausführung von Drucksachen einschliesslich Zeitungsdruck, der Liberal-Demokratischen Partei und der Christlich-Demokratischen Union auf Wunsch Lohndruckaufträge durchzuführen, solange die beiden letztgenannten Parteien nicht über eigene Druckereien verfügen.«<sup>1615</sup>

Die LDPD-Landesbezirke hatten zur Finanzierung ihrer Parteiarbeit vor allem Druck- und Verlagsgesellschaften (der thüringische Landesverband einen Mischkonzern aus enteigneten Gastronomieeinrichtungen und Handwerksbetrieben) aufzubauen versucht.<sup>1616</sup> Nach 1951 kam es zum Umbau dieser Parteiunternehmen. Sämtliche grafischen Betriebe der Landesverbände der LDPD wurden in der Unternehmensgruppe »VOB Aufwärts« zusammengeführt.<sup>1617</sup>

<sup>1611</sup> Vgl. Raue 1983, S. 227 (Anm. 107).

<sup>1612</sup> Strunk 1996, S. 84.

<sup>1613</sup> Raue 1983, S. 166.

<sup>1614</sup> In den Beschlüssen der Landesverwaltung der Provinz Sachsen (Sachsen-Anhalt) enthielten Musterformulierungen, die sowohl die SPD wie auch die KPD begünstigten, auch wenn bei der konkreten Eigentumsübertragung lediglich eine Partei begünstigt wurde, so in einem Beschluss zum Übertrag der Carl Ziehlke Buchdruckerei und Zeitungsverlag, Bad Liebenwerda (*Liebenwerdaer Kreisblatt*) an die SPD: »Die SPD und KPD, vertreten durch die jeweiligen Bezirksleitungen, werden ermächtigt, nach Beschaffung der erforderlichen Grundbuchunterlagen entsprechende Anträge auf Eintragung des Eigentumsübergangs bei den zuständigen Grundbuchämtern zu stellen.« (Beschuß, Der Präsident der Provinz Sachsen, Halle, 17.12.45, abgedr. in: VMOZV 1955a, Anlage 1, o.P.). – Aus einer nicht vollständigen Zusammenstellung, die zudem erst aus dem Jahre 1955 stammt, gleichwohl jedoch einen groben Anhaltspunkt über die Aufteilung der beschlagnahmten Druckereien und Zeitungsverlage bieten kann, ergeben sich für die Parteien folgende Anteile: Sachsen-Anhalt (von 39): SED 34 Unternehmen, CDU 2, LDPD 3; Sachsen (von 15): SED 15; Thüringen (von 35): SED 34, CDU 1; Mecklenburg-Vorpommern (von 11): SED 11 (Eigene Auszählung n. Verzeichnis der in der VOB zusammengefassten 90 Druckereien und Zeitungsverlage in der SBZ, VMOZV 1955a, S. 70-76). In Thüringen bekam die LDPD die Buchdruckerei Wagner & Sohn, Weimar, die Druckerei Georg Wagner (*Greizer Neueste Nachrichten*, 1901 bis verm. 1940; 1939 amtliches Blatt der NSDAP) und die Druckerei und Verlag Adolf Niese Nachf. (*Saalfelder Zeitung*, 1818 bis 1943), übereignet (vgl. Louis 1996, S. 267; Mediadaten n. Sperling <sup>61</sup>1939, S. 548ff.; Handbuch der Deutschen Tagespresse <sup>7</sup>1944, S. 236ff.).

<sup>1615</sup> Der Präsident der Provinz Sachsen, Beschluß, Halle, 17.12.1945. In: VMOZV 1955a, Anlage 1, o.P.

<sup>1616</sup> Louis 1996, S. 73ff.

<sup>1617</sup> Vgl. Louis 1996, S. 76.

Proteste aus den Ländern führten schließlich dazu, dass am Stammkapital des VOB Aufwärts lediglich die ländereigenen Beteiligungs- und Verlagsgesellschaften beteiligt wurden.<sup>1618</sup> Das Firmengeflecht entwickelte sich aufgrund der starken Stellung der Landesverbände lediglich zu einem »losen Verbund der unter der Obhut der Landesverbände weiterbestehenden Wirtschaftsunternehmen«.<sup>1619</sup> Dies änderte sich erst, als mit der Auflösung der Länder auch die LDPD-Landesverbände aufgelöst wurden. Im August 1952 beschloss die LDPD-Parteileitung, den VOB Aufwärts als »Dienststelle« dem zentralen Parteiapparat einzugliedern und übernahm dazu die Gesellschafteranteile an den Zeitungsverlagen und sonstigen Wirtschaftsbetrieben von den aufgelösten Landesverbänden.<sup>1620</sup>

Zu einer breiten verlegerischen Betätigung der bürgerlichen Parteien sollte es während der sowjetischen Besatzungszeit und in der nachfolgenden DDR nicht kommen. Die Zahl der genehmigten Zeitungen und insbesondere ihre Auflagen blieben deutlich hinter den Erwartungen der Parteien zurück. Die Auflage der Tageszeitungen erreichte zumeist lediglich zwischen 20 000 und 50 000 Exemplare (Tabelle 19), was für eine flächendeckende Zeitungsversorgung nicht ausgereicht haben dürfte.

Land	Titel	Partei	1945	1946	1947
Thüringen	<i>Thüringische Landeszeitung</i>	LDPD	100 000	50 000	23 000
	<i>Thüringer Tageblatt</i>	CDU	-	30 000	30 000
Sachsen	<i>Sächsisches Tageblatt</i>	LDPD	-	52 000	50 000
	<i>Die Union</i>	CDU	-	41 000	45 000
Sachsen-Anhalt	<i>Liberal-demokratische Zeitung</i>	LDPD	-	50 000	50 000
	<i>Der Neue Weg</i>	CDU	20 000	40 000	20 000
Mecklenburg	<i>Norddeutsche Zeitung</i>	LDPD	-	20 000	22 000
	<i>Der Demokrat</i>	CDU	-	20 000	20 000
Brandenburg	-	-	-	-	-

**Tabelle 19: Durchschnittsauflagen der Regionalzeitungen von CDU und LDPD, 1945-47.**<sup>1621</sup>

Die bürgerlichen Parteien beklagten sehr früh eine Benachteiligung bei der Papierversorgung und den Erscheinungsweisen. Während die Presse der SED 1946 bereits fünfmal in der Woche erschien, musste etwa die *Thüringische Landeszeitung* der LDPD darauf bis 1951 warten.<sup>1622</sup> Mit ihren Auflagen konnten die Parteien rechnerisch lediglich zwischen etwa 0,05 Prozent (*Der Neue Weg* 1945) und 3,6 Prozent (*Thüringische Landeszeitung* 1945) der Landesbe-

<sup>1618</sup> Vgl. Louis 1996, S. 77.

<sup>1619</sup> Louis 1996, S. 77.

<sup>1620</sup> Vgl. Louis 1996, S. 77.

<sup>1621</sup> Presseamt, Faktische Jahresdurchschnittsauflagen (Tageszeitungen), SAPMO-BArch DC9/413.

<sup>1622</sup> Vgl. Louis 1996, S. 70f.

völkerung erreichen.<sup>1623</sup> Um die Nachfrage befriedigen zu können, sollten die Parteimitglieder deshalb wie bei der KPD<sup>1624</sup> Lesegemeinschaften bilden und Zeitungskästen anbringen. Daneben wurde die Zeitung vereinzelt plakatiert.<sup>1625</sup>

Eine Herausgabe von Nebenausgaben durch CDU und LDPD erfolgte in den ersten Nachkriegsjahren lediglich kurzzeitig bei der LDPD, deren *Thüringische Landeszeitung* von Ende 1945 bis Mitte 1946 in einigen Städten Lokalteile hatte.<sup>1626</sup> Das *Sächsische Tageblatt* aus Dresden bekam seit 1947 eine Nebenausgabe für Leipzig, wo allerdings mit der *Leipziger Volkszeitung* der SED und der unabhängigen *Leipziger Zeitung* bereits zwei Zeitungen erschienen.<sup>1627</sup> Die CDU verfügte in den ersten Jahre lediglich in den Landeshauptstädten über Tageszeitungen. Als der Genthiner Kreisverband der CDU 1946/47 versuchte, in der *Neuen Zeit* wenigstens eine Regionalrubrik einrichten zu lassen, wurde dies aus technischen Gründen abgelehnt.<sup>1628</sup> Eine Verbesserung des Angebotes an kommunaler Information war deshalb von den Zeitungen der Blockparteien in den Jahren 1945 bis 1949 nicht zu erwarten.

Einen quantitativ gewichtigen Beitrag zum lokalen Informationsangebot konnte die Presse der neu gegründeten Parteien CDU und LDPD (sowie ab 1948 auch der NDPD<sup>1629</sup>) auch bis zum Ende der DDR nicht leisten. Insgesamt hatten die Zeitungen dieser Parteien bis zuletzt eine Vielzahl von Benachteiligungen im Bereich von Papierbelieferungen, Erscheinungswiesen, Umfänge, Andruckzeiten u.ä. sowie eine scharfe Zensur und Selbstzensur zu erdulden, die zu einer Schlechterstellung gegenüber der SED führten.<sup>1630</sup> Zusammen mit einem zunehmenden Desinteresse der Leserschaft<sup>1631</sup> führte dies dazu, dass die Zeitungen der nach 1945 neu gegründeten bürgerlichen Parteien im Vergleich zur SED bis 1989 eine deutlich gehemmte Auflagenentwicklung erfuhren (Abb. 43, S. 289).

<sup>1623</sup> Eigene Berechnung nach: Die Volkszählung vom 1. Dezember 1945, S. 4.

<sup>1624</sup> Siehe S. 274.

<sup>1625</sup> Vgl. Louis 1996, S. 72.

<sup>1626</sup> Siehe dazu genauer das Kap. 6.3.2.

<sup>1627</sup> Mediaangabe n. BWD <sup>2</sup>1947, S. 48. Zu den unabhängigen Zeitungen siehe Kap. 6.2.

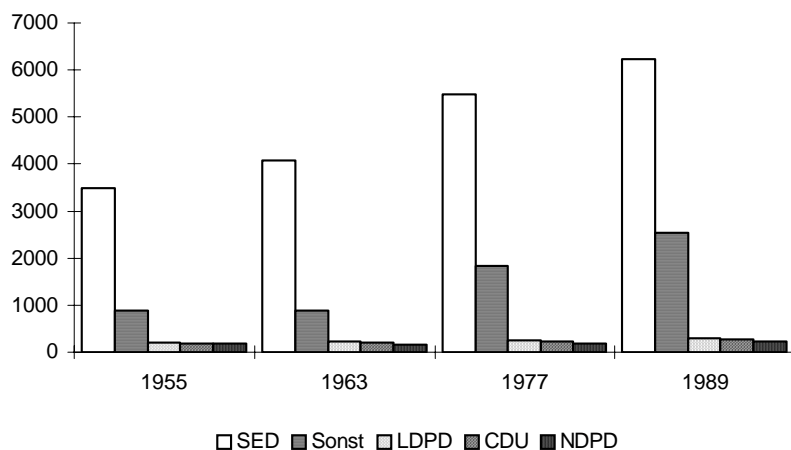
<sup>1628</sup> Vgl. Schreiben der CDU, Kreisverband Jerichow II, Genthin, an den Landrat des Kreises Jerichow II, Genthin, 7.2.47, Firmenarchivalia E. Donath/Familienarchiv Thomas Friesecke, Genthin.

<sup>1629</sup> Zur Parteiengründung, Funktion und zur Disziplinierung der bürgerlichen Parteien vgl. Richert et al. 1958, Kleßmann <sup>5</sup>1991, S. 121ff.; Suckut 2000.

<sup>1630</sup> Vgl. Richert et al. 1958, S. 97ff.; Holzweißig 1991, S. 6; Pannen 1992, S. 24; Friedrich-Ebert-Stiftung 1983, S. 17; Geserick 1989, S. 42ff.

<sup>1631</sup> Vgl. Richert et al. 1958, S. 108.





**Abbildung 43: Auflagenentwicklung der Zeitungen von SED, CDU, LDPD, NDPD und anderer Träger (u.a. Sportbund, FDJ) 1955-1989<sup>1632</sup>**

Vor allem nach einer ersten Boomphase in den ersten beiden Nachkriegsjahren erlebten die Auflagen der Zeitungen von CDU und LDPD deutlich Rückgänge (Tabelle 20).

Titel	Partei	1945	1946	1947	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Neue Zeit	CDU	250,0	250,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	40,1	42,4	50,1	52,0
Märkische Union	CDU	-	-	-	-	30,0	30,0	30,0	14,1	13,5	11,5	12,0
Der Demokrat	CDU	-	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	18,9	20,0	20,1	22,0
Thüringer Tageblatt	CDU	-	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	28,3	21,9	21,5	21,5
Die Union	CDU	-	41,0	45,0	45,0	20,0	40,0	40,0	40,9	42,7	48,5	53,0
Der Neue Weg	CDU	20,0	40,0	20,0	25,0	25,0	25,0	25,0	26,7	27,0	28,4	30,0
Der Morgen	LDPD	162,0	250,0	125,0	103,0	95,0	70,0	69,0	68,5	63,0	59,5	58,0
Norddeutsche Zeitung	LDPD	-	20,0	22,0	21,0	18,0	17,0	12,0	12,2	13,7	13,5	13,5
Liberal-demokratische Zeitung	LDPD	-	50,0	50,0	25,0	25,0	25,0	25,0	40,0	40,9	41,0	42,5
Sächsisches Tageblatt	LDPD	-	52,0	50,0	50,0	43,0	51,0	50,0	52,0	50,1	50,1	52,5
Thür. Landeszeitung	LDPD	100,0	50,0	23,0	25,0	25,0	25,0	25,0	29,8	29,1	30,0	32,0
National-Zeitung	NDPD	-	-	-	138,9	143,3	100,9	85,9	73,6	67,9	56,3	52,0
Brandenb. Neueste Nachrichten	NDPD	-	-	-	-	-	-	22,3	29,7	30,9	29,0	29,5
Thür. Neueste Nachrichten	NDPD	-	-	-	-	-	-	25,5	32,1	30,7	27,4	29,5
Sächs. Neueste Nachrichten	NDPD	-	-	-	-	-	-	-	22,2	28,4	29,5	32,0
Mitteldt. Neueste Nachrichten	NDPD	-	-	-	-	-	-	-	13,7	14,7	15,4	16,5
Norddt. Neueste Nachrichten	NDPD	-	-	-	-	-	-	-	-	8,2	10,0	14,0
Summe		532,0	803,0	485,0	582,9	574,3	553,9	559,7	542,8	545,1	541,8	562,5

**Tabelle 20: Durchschnittsauflagen der Zeitungen der bürgerlichen Parteien in der SBZ/DDR (1945-1955); in 1000<sup>1633</sup>**

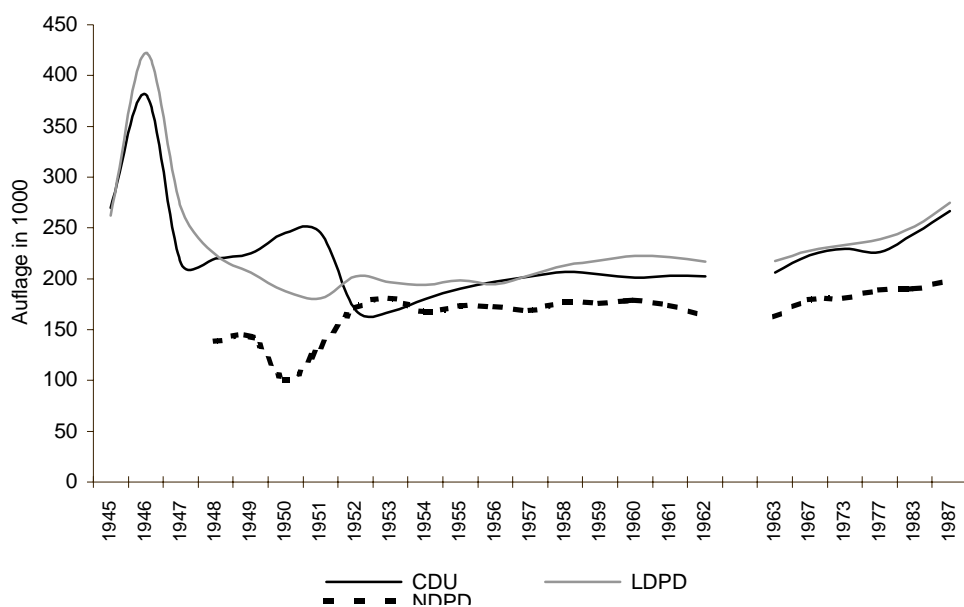
Der Wandel wird insbesondere im zweiten Nachkriegsjahr deutlich. Im sich 1947 verschärfenden Ost-West-Gegensatz<sup>1634</sup> sehen RICHERT ET AL. »den Beginn einer neuen Periode der

<sup>1632</sup> Eigene Zusammenstellung und Berechnung n. Daten des Presseamtes der DDR (Faktische Jahresdurchschnittsauflagen (Tageszeitungen) 1945-50, SAPMO-BArch, DC9/413; dito 1951-1955, DC9/413).

<sup>1633</sup> Eigene Zusammenstellung und Berechnung n. Daten des Presseamtes der DDR (Faktische Jahresdurchschnittsauflagen (Tageszeitungen) 1945-50, SAPMO-BArch, DC9/413; Faktische Jahresdurchschnittsauflagen (Tageszeitungen) 1951-1955, DC9/413).

<sup>1634</sup> Manifestiert durch die Truman Doktrin, Shdanows Zwei-Welten-Theorie, Marshallplan und das durch die UdSSR verhängte Verbot der finanziellen Teilhabe der DDR.

publizistischen Entwicklung«,<sup>1635</sup> in der im Zuge der ›Sowjetisierung‹ der ganzen Gesellschaft zusammen mit den anderen Parteien auch deren Zeitungen und die unabhängige Presse unter zunehmende Kontrolle der SED gerieten.<sup>1636</sup> Die Polarisierung bedeutete eine Entscheidung gegen die Vereinigung und eine zunehmende Ausrichtung der sowjetischen Zone auf die Besatzungsmacht. Zwar sei »eine Anleitung und Funktionsbestimmung der deutschen Presse nach Prinzipien der marxistisch-leninistischen Pressetheorie [...] nicht früher als Anfang 1949 nachzuweisen«,<sup>1637</sup> der Raum für nichtsozialistische Tageszeitungen wurde jedoch offensichtlich enger. Bereits nach 1947 zeigten die Auflagen der Zeitungen der Blockparteien insgesamt deutlich nach unten (Abb. 44).



**Abbildung 44: Durchschnittsauflagen der Tageszeitungen der Blockparteien seit 1945.**<sup>1638</sup>

Die weitere Entwicklung der Zeitungen der bürgerlichen Parteien war danach bis 1989 durch einen leichten aber stetigen Anstieg geprägt. Die Zeitungen von CDU und LDPD litten dabei bis in die 1950er Jahre unter der Vertreibung bzw. Abwanderung von redaktionellem

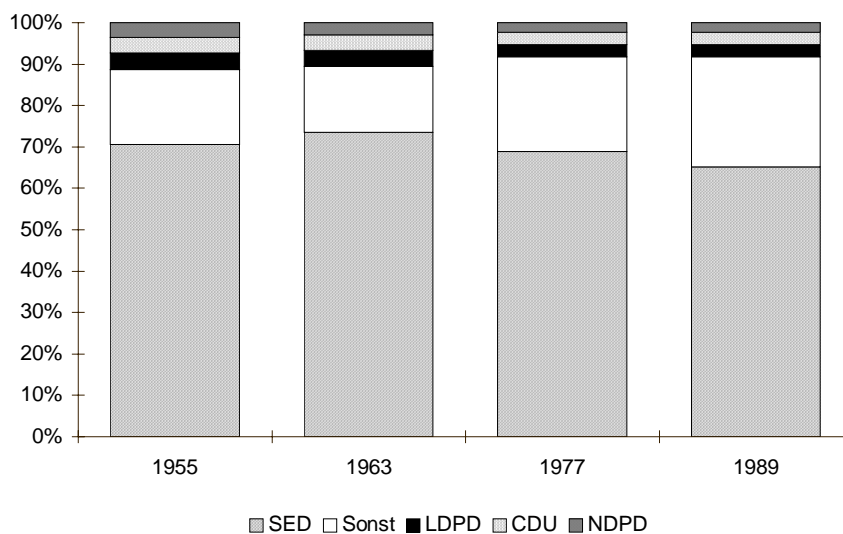
<sup>1635</sup> Richert et al. 1958, S. 97.

<sup>1636</sup> Zur dieser Entwicklung vgl. Richert et al. 1958, 97ff.; Geserick 1989, S. 47ff. sowie ausführlich Holzweißig 1991.

<sup>1637</sup> Vgl. Baerns 1988, S. 70.

<sup>1638</sup> Eigene Zusammenstellung und Berechnung n. Daten des Presseamtes (Faktische Jahresdurchschnittsauflagen (Tageszeitungen) 1945-50, SAPMO-BArch, DC9/413; Faktische Jahresdurchschnittsauflagen (Tageszeitungen) 1951-1955, DC9/413; Planung Zeitungen und Zeitschriften, DC9/399; Auflagenstatistik (Tageszeitungen), DC9/21; Auflagenstatistik (Tageszeitungen), Statistische Angaben über in der DDR erscheinende Zeitungen, Zeitschriften und Mitteilungsblätter (Stand: Ist 1977), DC9/525, Statistische Angaben über in der DDR erscheinende Zeitungen, Zeitschriften und Mitteilungsblätter (Stand: Ist 1983), DC9/525; Statistische Angaben über in der DDR erscheinende Zeitungen, Zeitschriften und Mitteilungsblätter (Stand: Ist 1987), DC9/525).

Personal, der zu einem »Mangel an fähigen Journalisten«<sup>1639</sup> führte. In der sich zusehends angleichenden Berichterstattung mit ihrem »erzwungenen Verzicht auf eine eigene politische Linie«<sup>1640</sup> sehen RICHERT ET AL. 1958 eine entscheidende Ursache für die sinkende Akzeptanz der Zeitungen von CDU und LDPD.<sup>1641</sup> Auch die relative Bedeutung der Zeitungen von CDU, LDPD und NDPD verringerte sich im Verhältnis zur SED seit den 1950er Jahren stark. Neben den SED-Blättern nahm gleichzeitig die Bedeutung jener Tageszeitungen zu, die von Organisationen und Parteien wie der FDJ (*Junge Welt*), dem FDGB (*Tribüne*), dem Sportbund (*Sport-Echo*) oder der Bauernpartei (*Bauern-Echo*) herausgegeben wurden (Abb. 45).



**Abbildung 45: Auflagenanteile der Zeitungen von SED, CDU, LDPD, NDPD und sonstiger Trägerschaft (1955-1989)**<sup>1642</sup>

Für die Jahre 1945 bis 47 gingen RICHERT ET AL. davon aus, dass die Zeitungen von LDPD, CDU und neuen privaten Verlagen »der Arbeiterpresse praktisch das Monopol der Lokalberichterstattung überlassen mußten. Diese nämlich konnte bald dazu übergehen, sog. Kreisseiten zu drucken, auf denen u.a. die für die Bevölkerung lebenswichtigen Mitteilungen über Lebensmittelzuteilungen und behördliche Anordnungen bekanntgegeben wurden.«<sup>1643</sup> Abseits der Landeshauptstädte konnten CDU, LDPD und NDPD erst nach 1949 einen nennenswerten Beitrag zur Informationsvermittlung leisten. Nachdem die *Thüringische Landeszeitung* ihre 1945/46 erschienenen Lokalausgaben Mitte 1946 wieder schließen musste,<sup>1644</sup>

<sup>1639</sup> Richert et al. 1958, S. 88.

<sup>1640</sup> Richert et al. 1958, S. 108.

<sup>1641</sup> Vgl. dazu die Ausführungen von G. Fischer 1971, S. 30.

<sup>1642</sup> Eig. Ber. n. Auflagenstatistiken, Bundesarchiv Potsdam DC9/413, DC9/399, DC9/21, DC9/525.

<sup>1643</sup> Richert et al. 1958, S. 85.

<sup>1644</sup> Vgl. Louis 1995a.

begannen die Parteien ab etwa 1949 wieder Nebenausgaben für ein Publikum abseits der Landeshaupt- und Großstädte herauszugeben, etwa die ›Ausgabe Zeitz‹ der CDU-Zeitung *Der Neue Weg* oder die Lokalausgabe Halberstadt der *Mitteldutschen Neuesten Nachrichten* (NDPD).<sup>1645</sup> Wegen zu niedriger Auflagen<sup>1646</sup> wurden jedoch immer wieder auch Ausgaben geschlossen (Tabelle 21, S. 292).

Jede Bezirksleitung der bürgerlichen Parteien verfügte am Ende entweder über eine eigene Ausgabe einer Bezirkszeitung oder eine Bezirksausgabe eines Zentralorgans.<sup>1647</sup> Die Kreisleitungen der Parteien hatten unterschiedlich differenzierte Zugriffsmöglichkeiten entweder auf die Kreisseiten der wenigen Kreisausgaben oder auf die Bezirkssammelseiten der Bezirksorgane. Gegenüber der SED blieben die Verleger der Blockparteien wie in der unmittelbaren Nachkriegszeit weiter deutlich benachteiligt.

	SED	CDU	LDPD	NDPD
<b>1947</b>	97	6	7	0
<b>1952</b>	215	20	26	20
<b>1955</b>	223	21	23	25
<b>1960</b>	216	19	28	23
<b>1966</b>	215	20	29	22
<b>1974</b>	216	18	27	22
<b>1988</b>	211	19	27	20

**Tabelle 21: Tageszeitungen der ostdeutschen Parteien 1947-1988 (Haupt- und Nebenausgaben).**<sup>1648</sup>

Bislang ging die Pressegeschichtsschreibung davon aus, dass die Blockparteizeitungen lediglich in den Bezirkshauptstädten über ein lokales Informationsangebot verfügten, nicht jedoch in den Kreisstädten, weshalb sie keine hohen Auflagen erzielen konnten.<sup>1649</sup> Trotzdem kamen einige Nebenausgaben auf Haushaltsabdeckungen von mehr als 30 Prozent (Tabelle 22).

<sup>1645</sup> Zum Zeitungsangebot vgl. die DDR-Postzeitungslisten.

<sup>1646</sup> Günter Hartmann, Interview, 6.5.1998.

<sup>1647</sup> Vgl. Postzeitungsliste 1989.

<sup>1648</sup> Angaben nach BWD 1947; Bestandsangaben ZDB; Postzeitungsliste 1953; Postzeitungsliste 1956; Postzeitungsliste 1959; Postzeitungsliste 1967; Postzeitungsliste 1975; Postzeitungsliste 1989.

<sup>1649</sup> Vgl. B. Schneider 1992a, S. 163; B. Schneider u.a. 1993, S. 58; Geserick 1989, S. 41; S. 44.

Zeitung	Partei	Auflage 1956	Kreise	Haushalte 1950	Haushalts- abdeckung
<b>Thüringer Tageblatt, Ausgabe Heiligenstadt/Worbis</b>	CDU	10 400	Heiligenstadt/Worbis	35 989	29%
<b>Der Neue Weg, Ausgabe Zeitz</b>	CDU	14 660	Zeitz	40 135	<sup>a</sup> 36%
			Zeitz + Weißenfels	72 040	<sup>a</sup> 20%
<b>Brandenb. Neueste Nachrichten, Ausg. Potsdam-Stadt</b>	NDPD	16 800	Potsdam-Stadt	49 943	34%
<b>Brandenb. Neueste Nachrichten, Ausg. Brandenburg-Stadt</b>	NDPD	3 600	Brandenburg	31 421	11%
<b>Sächs. Neueste Nachrichten, Ausg. Dresden-Stadt</b>	NDPD	27 000	Dresden-Stadt	212 519	13%
<b>Liberal-Demokratische Zeitung Ausg. Naumburg</b>	LDPD	16 344	Naumburg	26 555	<sup>b</sup> 61%
			Naumburg + Nebra	38 295	<sup>b</sup> 43%
<b>SED-Bezirkszeitungen</b>	SED	2 936 000	DDR ohne Berlin	6 190 217	47%

**Tabelle 22: Haushaltsabdeckungen der Vertriebsschwerpunkte der Blockparteien 1956.**<sup>1650</sup>

<sup>a/b</sup> *Der Neue Weg* erschien in Zeitz und Weißenfels mit Schwerpunkt Zeitz, die *LDZ* erschien in Naumburg und Nebra mit Schwerpunkt Naumburg. Die Angaben zur Haushaltsabdeckung dürften deshalb zwischen den jeweils angegebenen Werten liegen.

### 6.2.3 Neue überparteiliche Verlage

Obwohl nach KOSZYK die sowjetischen Befehle 124 und 126 »jedem Versuch, die Presse wieder privatkapitalistisch zu organisieren, die materielle Grundlage« entzogen,<sup>1651</sup> genehmigte die Besatzungsmacht seit 1945 auch eine Anzahl von Zeitungen, die nicht von Parteien, sondern von parteilosen Einzelpersonen herausgegeben wurden. Diese »überparteilichen«<sup>1652</sup> Zeitungen galten als Alternative sowohl zur SED- als auch zur christdemokratischen und liberalen Parteipresse.<sup>1653</sup> Unabhängig von der Kontrolle durch SMAD und SED<sup>1654</sup> unterschieden sie sich insofern stark von den Parteizeitungen, als sie »nicht von vornherein dem politischen Mechanismus einer Parteiorganisation [...] unterworfen« waren.<sup>1655</sup> Öffentliche

<sup>1650</sup> Eigene Berechnungen nach: Staatliche Zentralverwaltung für Statistik 1956; Statistisches Bundesamt 1994; Schreiben CDU, Parteileitung - Agitation und Propaganda, an Presseamt, 13.12.56. BArch DC9/9009; Schreiben National-Demokratische Partei Deutschlands, Hauptabteilung Propaganda, an das Presseamt, 14.12.56, Betr. Druckauflage der verschiedenen Ausgaben der Bezirkspresse der National-Demokratischen Partei Deutschlands, BArch DC9/9017; Schreiben VOB Aufwärts, an das Presseamt der DDR, Hirschelmann, 17.12.56, SAPMO-BArch DC9/9013; Faktische Jahresdurchschnittsauflagen - Tageszeitungen der SED, SAPMO-BArch, DC9/413 – Angaben zur Zahl der Haushalte für das Jahr 1956 waren nicht erreichbar. Von 1950 bis 1955 nahm die Einwohnerzahl um etwa 10 Prozent ab (vgl. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik 1956, S. 9). Die Berechnungen stellen somit lediglich Näherungswerte dar.

<sup>1651</sup> Vgl. Koszyk 1986, S. 334.

<sup>1652</sup> Der Begriff der »Überparteilichkeit« ist nicht zuletzt deshalb problematisch, weil diese Zeitungen innerhalb des sowjetischen Systems der Pressekontrolle erschienen. Richert et al. (1958, S. 89) gehen davon aus, dass diese Zeitungen unter starkem SED-Einfluss standen: »Ihre Überparteilichkeit war freilich nur Schein, ihre Unabhängigkeit begrenzt.« Wie alle Zeitungen der SBZ/DDR bekamen sie eine Funktion bei der Einbindung der Bevölkerung in die neu entstehende Gesellschaft (vgl. ebd.).

<sup>1653</sup> Vgl. Richert et al. 1958, S. 89.

<sup>1654</sup> Zum Eingriff der SED in dieses Pressesegment vgl. insbesondere Strunk 1996, S. 85.

<sup>1655</sup> Richert et al. 1958, S. 89.

politische Debatten ließen sich durch die Beteiligung überparteilicher Zeitungen »vom Odium einer reinen Parteiangelegenheit« befreien.<sup>1656</sup>

Da diese Zeitungen nicht in die pressehistorischen Darstellungen passten, nach denen die sowjetische Besatzungsmacht lediglich Parteizeitungen erlaubte, wurden diese Zeitungen regelmäßig aus den Gesamtdarstellungen der DDR-Pressegeschichte verdrängt.<sup>1657</sup> An ihren Erscheinungsorten vergrößerten sie gleichwohl das lokale Informationsangebot. Neben der *Leipziger Zeitung* und der *Berliner Zeitung* durften in Weimar die *Abendpost*, in Potsdam die *Tagespost*, in Berlin *Berlin am Mittag* und der *Nacht-Express* sowie in Altenburg die *Altenburger Nachrichten* erscheinen.<sup>1658</sup>

Lizenznehmer des am 7.12.1945 im Berliner Express-Verlag GmbH erstmals erschienenen *Nacht-Express* waren der vormals bei Ullstein tätige Filmjournalist Rudolf Kurtz und der *Tägliche Rundschau*-Redakteur Herbert Kilver. Kurtz hielt 24 und Kilver 52 Prozent der Gesellschafteranteile der privatwirtschaftlich organisierten GmbH.<sup>1659</sup> STRUNK nennt darüber hinaus noch den Eintritt des offiziellen Zensors der Zeitung, des sowjetischen Offiziers I.E. Feldmann.<sup>1660</sup> Die Beachtung der wirtschaftsrechtlichen Formalia war dabei offenbar auch für die sowjetische Besatzungsmacht derart wesentlich, dass Feldmann aktiv die Eintragung des Verlags in das Handelsregister betrieb.<sup>1661</sup> Feldmann, der im Auftrag der Propagandaverwaltung beteiligt war,<sup>1662</sup> wurde 1948 vorgeworfen, von den Erträgen aus dem Verlagsgeschäft profitiert zu haben, »sich mit Bestechung und Erpressung befaßt und [...] antisowjetische Ansichten und Unzufriedenheit mit der Lage in der Sowjetunion geäußert« zu haben.<sup>1663</sup> Seine Ablösung erfolgte wegen angeblicher Spionage, als Nachfolger folgte ein früherer Zensor der christdemokratischen *Neuen Zeit*, Viktor Saslawski.<sup>1664</sup> In den »Abendpost Verlag GmbH C H Kramer«, der in Weimar und später auch in Erfurt die *Abendpost* herausgab, trat neben den Herausgeber und Lizenznehmer Carl Herbert Kramer später sein Chefredakteur Walther

<sup>1656</sup> Richert et al. 1958, S. 89.

<sup>1657</sup> Zuletzt unterschlägt etwa Stöber (2000, S. 294) diese Zeitungen in seiner Gesamtdarstellung. Zu den Probleme, die die westdeutsche und die ostdeutsche Pressegeschichtsschreibung mit diesen Zeitungen hatte bzw. noch hat vgl. Baerns 1988. Wenn die Pressegeschichtsschreibung als Gründungsvoraussetzung aller Zeitungen die Gründung von dazugehörigen Parteien ansieht (Befehl Nr. 2 der SMAD vom 10.6.45) muss die Einordnung der Zeitungen Probleme bereiten. Für Strunk (1996, S. 85) bedeuteten die Zeitungen eine »Abkehr vom Prinzip« der Parteizeitungen, gleichzeitig erkannte er jedoch an, dass der Befehl Nr. 2 »keinerlei Hinweise auf eine mögliche Erteilung von Lizenzen erhält« (ebd., S. 64). Dieser Widerspruch in den Darstellungen ließe sich durchaus als Beleg dafür interpretieren, dass der Befehl Nr. 2 nicht als Grundlage für die Zeitungslizenzierungen (siehe Kap. 5.2, S. 197) dienen sollte.

<sup>1658</sup> Vgl. Baerns 1988, S. 100-114; Strunk 1996, S. 85-91; eine nähere Untersuchung der *Leipziger Zeitung* bot Deuse 1997; Römhild 1969 analysierte aus sozialistischer Sicht die Entwicklung der *Abendpost*.

<sup>1659</sup> Vgl. Baerns 1988, S. 66.

<sup>1660</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 88.

<sup>1661</sup> Vgl. Baerns 1988, S. 65.

<sup>1662</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 88.

<sup>1663</sup> Bericht des Ministers für Staatssicherheit V. Abakumov, S. 290.

<sup>1664</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 88.

Griepernau ein.<sup>1665</sup> Bei der Potsdamer *Tagespost* wurden Franz Steiner und Willi Linke Träger der nach ihnen benannten Verlags-Ges. mbH,<sup>1666</sup> in Altenburg konnte Karl-Fritz Bernhard als Verleger und Chefredakteur erstmals am 2.8.1946 die *Altenburger Nachrichten* veröffentlichen,<sup>1667</sup> in Berlin gab eine Berlin am Mittag Verlags-GmbH der privaten Lizenzträger Ewald, Mendel, Georg Honigmann und Emil Krüger eine gleichnamige Zeitung heraus.<sup>1668</sup>

Die parteiunabhängig lizenzierten Zeitungen erreichten nach Schätzungen eine hohe Verbreitung, die etwa beim *Nacht-Express* 1945-47 auf 200 000 bis 320 000 Auflagenexemplare, bei der *Abendpost* in Weimar auf 120 000 und selbst bei den *Altenburger Nachrichten* oder der *Tagespost*/Potsdam auf rund 50 000 beziffert wurden.<sup>1669</sup> Die *Leipziger Zeitung* erreichte nach RICHERT ET AL. 1958 zwischen 1945 und 1947 200 000 bis 220 000 Exemplare bei einer offiziell genehmigten Lizenzauflage von 100 000 bis 110 000.<sup>1670</sup> Diese Zeitungen erreichten nicht nur teilweise hohe Auflagen, sondern konnten wie der Express-Verlag auch die Grundlage für größere »kapitalistische« Verlagskonzerne bilden, die in das Zeitschriftengeschäft expandierten.<sup>1671</sup>

Der Express-Verlag gab nicht nur den *Nacht-Express* heraus, sondern ebenso in einer Auflage von 50 000 Exemplaren wöchentlich den *Illustrierten Radsport-Express*,<sup>1672</sup> vierzehntägig den *Sammler-Express*<sup>1673</sup> und den *Schach-Express*<sup>1674</sup> sowie die Monatsschrift *Der Kleingärtner und Siedler*<sup>1675</sup> (Abb. 46, S. 296).

<sup>1665</sup> Baerns 1988, S. 62.

<sup>1666</sup> Baerns 1988, S. 62. Richert 1958 (S. 90) bezeichnet hingegen die SED als Lizenzträger und Geldgeber

<sup>1667</sup> Baerns 1988, S. 63.

<sup>1668</sup> Strunk 1996, S. 89.

<sup>1669</sup> Vgl. die Zusammenstellung bei Baerns 1988, S. 113. Das mit der Überwachung des Preisstopps betraute Preisamt des Landes Thüringen meldete 1947 für die *Abendpost* eine Auflage von 600 000 Stück. Dabei dürfte es sich jedoch um einen Übertragungsfehler gehandelt haben, da die Zahl 600 000 auch die Auflage des SED-Blattes *Thüringer Volk* bezeichnete. (Schreiben Preisamt Thüringen, an deutsche Zentralverwaltung für Finanzen [Juni 1947], Landesfinanzdirektion Thüringen, Preisamt, TStA Weimar, Sign. 1231).

<sup>1670</sup> Vgl. Richert et al. 1958, S. 93.

<sup>1671</sup> Diese wirtschaftlichen Expansionsmöglichkeiten, die überraschen müssen, wenn im Herbst 1945 mit der Enteignung der traditionellen Verleger der Übergang in eine sozialistische Presse gelegt worden sei (s.o.), ist bislang nicht beachtet und somit auch nicht untersucht worden.

<sup>1672</sup> Vgl. Sperlings <sup>62</sup>1947, S. 87.

<sup>1673</sup> Die Auflage wird mit 30 000 (Sperlings <sup>62</sup>1947, S. 93) bzw. 65 000 (NWDZV 1947, S. 373) angegeben.

<sup>1674</sup> Auflage 15 000 (Sperlings <sup>62</sup>1947, S. 94; NWDZV 1947, S. 373f.).

<sup>1675</sup> Auflage 100 000 (NWDZV 1947, S. 341).

**Macht-Express**  
Die illustrierte Berliner Abendzeitung  
Erscheint werktätig nachmittags  
mit vielen Bildern und interessanten Beilagen

Weitere Verlagserscheinungen:

**DER KLEINGÄRTNER UND SIEDLER**  
Alleiniges Organ d. Zentralverbandes d. Kleingärtner, Siedler u. bodennutzenden Grundbesitzer e.V. Berlin  
Erscheint monatlich

**SAMMLER - EXPRESS**  
Fachblatt für Philatelie u. Sammelgebiete  
Erscheint 2 mal monatlich

**SCHACH - EXPRESS**  
Alleiniges Fachblatt der Schachsparte Groß-Berlin  
Erscheint 2 mal monatlich

**ILLUSTRIERTER RADSPORT-EXPRESS**  
Die Zeitschrift für alle Freunde des Radsports.  
Erscheint jeden Dienstg.

**Auskünfte**  
über Anzeigenpreise, Verbreitung, Bezugsbedingungen und andere Einzelheiten durch:

**Express-Verlag G.m.b.H.**  
BERLIN W 8 • MOHRENSTR. 36/37  
TELEFON : 42 51 41 (SAMMELNUMMER)

Abbildung 46: Verlagswerbung des Express-Verlag GmbH, 1947<sup>1676</sup>

Alle diese Zeitungen wurden vor allem in den großstädtischen Ballungsräumen Berlin, Potsdam, Leipzig, Dresden und Weimar/Erfurt vertrieben, auch wenn etwa die *Abendpost* in weiten Teilen Thüringens gelesen wurde.<sup>1677</sup> Eine regelmäßige lokale Berichterstattung aus dem ländlichen Raum konnten die Zeitungen jedoch nicht bieten. Lediglich die *Altenburger Nachrichten*, die nach Angaben der Stadt Altenburg 1948 eine Auflage von lediglich 8 000 Stück

<sup>1676</sup> Quelle: BWD Zeitungs- und Zeitschriftenkatalog 1947, S. 6.

<sup>1677</sup> Für den Absatz liegen Zahlen von Römhild (1969, Anm. 68, Anhang, S. 17) für das Jahr 1951 vor. Von der seinerzeitigen Auflage von 44 000 wurden vertrieben in Weimar: 12 500; Erfurt: 23 000; Apolda: 800; Jena: 600; Bad Berka: 500; Gera: 400.



erreichte, hatte ihren Sitz nicht in einer Großstadt. Ihr Einzugsgebiet umfasste rund 170 000 Einwohner (Dezember 1945).<sup>1678</sup>

Diese überparteilichen Blätter wurden bis auf die *Berliner Zeitung* allesamt wieder eingestellt, die *Leipziger Zeitung* nach knapp zwei Jahren im Mai 1948, *Berlin am Mittag* nach einem Jahr im Februar 1948, die *Altenburger Nachrichten* nach gut vier Jahren im Oktober 1950,<sup>1679</sup> die Potsdamer *Tagespost* und die Weimarer *Abendpost* jeweils Ende März 1951 und der *Nacht-Express* 1953.<sup>1680</sup> Die Papierkontingente von *Abendpost* und *Tagespost* wurden anschließend für neu entstandene brandenburgische und thüringische Landespresse der NDPD verwendet,<sup>1681</sup> das des *Nacht-Express* für die *BZ am Abend*.<sup>1682</sup>

### 6.3 Die Beteiligung der Traditionsverleger am Neuaufbau der Presse

Vor allem in den ersten Nachkriegsjahren konnten sowohl die neuen Parteizeitungen wie auch die überparteilichen Blätter nur sehr eingeschränkt lokale Information verbreiten, da es insbesondere abseits der Großstädte Jahre dauerte, bis eine neue Lokalpresse entstand. Angesichts dessen stellt sich die Frage, ob und mit welchen Mitteln lokale Informationen, Bekanntmachungen und lokale Anzeigen in jenen Gegenden verbreitet wurden, in denen die SED noch kein ausreichend dichtes Netz von Lokalausgaben aufgebaut hatte.

Bislang galt als gesichert, dass traditionellen Lokalverlage und Journalisten, die während des NS-Regimes an legalen Zeitungen gearbeitet hatten, der publizistische Neubeginn in der SBZ/DDR *grundsätzlich und vollständig* verwehrt war. Die mit der Tätigkeit im NS-Staat bewiesene mangelnde demokratische Zuverlässigkeit habe die Altverleger in den Augen der

<sup>1678</sup> Stadt- und Landkreis Altenburg (Bevölkerungsdaten nach: Die Volkszählung vom 1. Dezember 1945, S. 10). Die bei dieser Auflage mögliche Haushaltsabdeckung ist gering. Zum Vergleich: Die Ausgabe Altenburg des *Thüringer Volks* erreichte zur selben Zeit eine Auflage von 43 000 Stück und erschien anders als die *Altenburger Nachrichten* nicht zweimal wöchentlich, sondern täglich (Schreiben Stadt Altenburg, Stadtkämmerer, an Preisamt Thüringen, 5.3.48, Landesfinanzdirektion Thüringen, Preisamt, TStA Weimar, Sign. 1231).

<sup>1679</sup> Strunk (1996, S. 90) geht von einer Schließung 1948 aus, die *Altenburger Nachrichten* finden sich jedoch noch in der Postzeitungsliste 1950, S. 5.

<sup>1680</sup> Vgl. Baerns 1988, S. 62f.

<sup>1681</sup> Das Papierkontingent der Weimarer *Abendpost* ging an die *Thüringer Neueste Nachrichten*, das der Potsdamer *Tagespost* an die neu gegründeten *Brandenburgischen Neueste Nachrichten* (vgl. Richert et al. 1958, S. 97 sowie S. 101). Den Abonnenten der *Abendpost* wurde dagegen nach der Schließung das SED-Organ *Das Volk* zugestellt (vgl. Die Thüringer »Abend-Post« eingegangen. In: ZV Nr. 9/10, 1951, S. 12.). Grund für die Einstellung der *Tagespost* war nach Angaben des Zeitungs-Verlags ihr Misserfolg. Auch hier wurde den Abonnenten mit der *Märkischen Volksstimme* ersatzweise nicht das neu gegründete NDPD-, sondern ein SED-Blatt zugestellt (vgl. Potsdamer »Tagespost« muß wegen steigender Auflage Erscheinen einstellen. In: ZV Nr. 5/6, 1951, S. 13.). Die *Brandenburgischen Neuesten Nachrichten* erhielten jedoch den Untertitel »Tagespost für Potsdam und die Mark« (ZDB-ID: 42749-4).

<sup>1682</sup> Schreiben Berliner Verlag GmbH an Presseamt, 30.6.53, SAPMO-BArch DC9/9024.

sowjetischen Besatzungsmacht und der deutschen Verwaltungsstellen von vornherein für die Mitarbeit beim Neuaufbau einer demokratische Presse disqualifiziert, weshalb alteingesessene Zeitungsunternehmer dauerhaft von jeder Betätigungen im Pressewesen ausgeschlossen worden seien. Die traditionellen Verlage galten in Ostdeutschland frühzeitig als enteignet und das Pressewesen als entnazifiziert. Dieser Neuaufbau ging nach KOSZYK einher mit dem planmäßigen Übergang zur sozialistischen Presselandschaft, was die Eigentumsverhältnisse grundsätzlich radikal veränderte. Mit dem Einmarsch der Roten Armee begann eine »auf Dauer durchgeführte Beschlagnahme und Enteignung allen verlegerischen Eigentums, das im Juli 1945 auf die deutschen Zentralverwaltungen in der SBZ übertragen wurde.«<sup>1683</sup> Nach Ansicht KOSZYKS schuf die SMAD durch diese kompromisslosen Enteignungen »eine grundlegend andere Basis im Vergleich zu den Westzonen«,<sup>1684</sup> wo die Altverleger auf einen Wiederbeginn hoffen konnten. Nachdem »die beschlagnahmten Druckereien und Verlags-einrichtungen [...] den im Juli 1945 gebildeten deutschen Zentralverwaltungen übertragen«<sup>1685</sup> worden waren, konnte in der SBZ »keiner der alten Verleger [...] darauf rechnen, eines Tages wieder in den Besitz seiner Produktionsmittel zu gelangen.«<sup>1686</sup>

Auch die nach Westdeutschland geflohenen Altverleger betonten die schnelle und vollständige Vernichtung ihrer alten Verlagshäuser, was von ihnen als bruchlose Fortsetzung des NS-Terrors gesehen wurde: Die SED habe die im Nationalsozialismus begonnene Beseitigung des ostdeutschen Verlegerstandes vollendet.<sup>1687</sup> Während jedoch im Rahmen der Pressepolitik des NS-Staates lediglich die wirtschaftliche Existenz der Altverleger vernichtet worden sei, seien nach dem Endes des Krieges »hunderte der mitteldeutschen Verleger in den Konzentrationslagern der DDR zugrunde« gegangen.<sup>1688</sup> »Ganz wenige dieser mitteldeutschen Verleger leben nach der Entlassung aus den Strafanstalten körperlich und geistig gebrochen in der SBZ oder flohen, sofern es die körperlichen Kräfte zuließen, nach dem Westen.«<sup>1689</sup>

Im Gegensatz zu diesen Darstellungen zeichnen die Branchenhandbücher jener Zeit ein anderes Bild. Das Leipziger »Sperlings Zeitschriften- und Zeitungs-Adreßbuch«, der Ostberliner »BWD-Zeitungs- und Zeitschriftenkatalog« oder der Essener »Stamm«, die seit 1946/47 auch eine Reihe traditioneller Verlage gelistet hatten, dokumentierten, dass während der

<sup>1683</sup> Koszyk 1999, S. 47.

<sup>1684</sup> Koszyk 1986, S. 331.

<sup>1685</sup> Koszyk 1986, S. 331.

<sup>1686</sup> Koszyk 1986, S. 331, der damit bis in die Formulierungen Raue 1966, S. 51, folgt. Vgl. im selben Sinne auch Meyn 1971, S. 34; Pürer/Raabe 1994, S. 92.

<sup>1687</sup> Vgl. VMOZV 1955a, S. 16ff.; VMOZV 1955b, S. 3.

<sup>1688</sup> VMOZV 1955a, S. 17.

<sup>1689</sup> VMOZV 1955a, S. 17.

sowjetischen Besatzung sehr vielschichtigere Entwicklungen möglich waren und die Altverleger zunächst auch wieder Anschluss an den wirtschaftlich-politischen Neuaufbau fanden. Die Handbücher listeten eine Reihe von Zeitungen und Verlagen auf, die bereits vor 1933 und während des Nationalsozialismus nachweisbar waren und die auch nach der Stabilisierung der Besatzungsverwaltung mit lokaler Poesstätigkeit fortfahren konnten. Nach den Angaben in den Pressehandbüchern bildeten diese erneut aktiven Traditionsverlage keine kleine Gruppe.

### 6.3.1 Anzeigen- und Bekanntmachungsblätter als Ersatz für Lokalzeitungen

In der wirtschaftlichen Krisensituation der Nachkriegszeit, die durch Versorgungsprobleme, gestörte Kunden-Lieferanten-Beziehungen und die Zwangsbewirtschaftung von Waren bestimmt war, kam vor allem den Anzeigen- und Bekanntmachungsblättern eine besondere Aufgabe beim Wiederaufbau von Gewerbe und Handel zu.<sup>1690</sup>

Zeitungen, die vor allem amtliche Bekanntmachungen und Anzeigen druckten, und deren redaktionelle Beiträge sich auf unpolitisches Füllmaterial beschränkte, waren in Deutschland erstmals seit dem 18. Jahrhundert erschienen. Im Unterschied zu regulären Zeitungen durften diese »Intelligenzblätter« Anzeigen abdrucken. Durch den lokalen Bezug der Annoncen, denen neben ihrer speziellen wirtschaftlichen Bedeutung auch ein eigener Nachrichtenwert<sup>1691</sup> zugesprochen wird, waren diese Mitteilungsblätter »zeitweise ernsthafte Konkurrenten der regulären Zeitungen«.<sup>1692</sup> Der Staat erwartete sich in der Frühphase des Zeitungsgeschäftes von diesem Anzeigenwesen eine Förderung von Wirtschaft und Handel, weshalb die Intelligenzblätter für bestimmte Institutionen und Bevölkerungskreise zu Pflichtblättern erklärt wurden.<sup>1693</sup> Die Zeitungen hatten daneben von Anfang an privatwirtschaftliche Aufgaben, indem sie den ökonomischen Zielen ihrer Eigentümer dienten. »Die erwerbs- bzw. betriebswirtschaftliche Bedeutung der Anzeigen zeichnet sich in der Geschichte der Zeitung sehr früh ab: Bereits die seit 1840 zahlreich gegründeten General- bzw. Lokalanzeiger dienten vor allem erwerbswirtschaftlichen Zwecken. Daran hat sich bis heute nichts geändert.«<sup>1694</sup> Auf der Ebene der Städte und Gemeinden ermöglichte das Anzeigengeschäft der Presse »erstmalig einen

<sup>1690</sup> Vgl. etwa Jonscher (1995, S. 213): »Die volkswirtschaftlicher Bedeutung der Werbung liegt darin, das Wirtschaftsgeschehen des Landes insgesamt in Gang zu halten, Angebot und Nachfrage (Akquisition) nach Waren und Dienstleistungen zusammenzuführen, neue Bedürfnisse wecken und konjunkturelle Schwankungen ausgleichen zu helfen. [...] Die Zeitung schafft alltägliche Transparenz über das Warenangebot im lokalen Raum.«

<sup>1691</sup> Die Bevölkerung kann sich über das aktuelle Angebot und das Preisniveau informieren (vgl. Jonscher 1995, S. 213).

<sup>1692</sup> Jonscher 1995, S. 91.

<sup>1693</sup> Vgl. Jonscher 1995, S. 91.

<sup>1694</sup> Theis-Berglmair 2000, S. 2.

konsequent lokalen Bezug«. <sup>1695</sup> Anfangs enthielten die Zeitungen »ausschließlich Annoncen, waren also reine Anzeigenblätter für An- und Verkäufe, Vermietungen, Geldverkehr, Stellenangebote und -gesuche, Verlorenes und Gefundenes, dann auch Familienanzeigen und Preisangaben für Nahrungsmittel«. <sup>1696</sup> Im 19. Jahrhundert bekamen Zeitungen marktwirtschaftliche Bedeutung, indem sie die Umstrukturierung der Wirtschaft förderten. <sup>1697</sup> Die öffentliche Aufgabe, die dem Anzeigenwesen seither zukommt, sollte sich über alle unterschiedlichen Änderungen der Wirtschaftsverfassung hinweg bis in die marktwirtschaftliche Demokratie halten. <sup>1698</sup>

Während in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg die Herstellung politischer Zeitungen mit einem umfassenden Nachrichtenteil weitgehend reglementiert und beschränkt war, <sup>1699</sup> konnte dagegen in den ersten Nachkriegsmonaten eine Vielzahl von Bekanntmachungs- und Anzeigenblättern entstehen.

Als im August 1947 der zweite (um viele exakte Verlagsangaben verbesserte) ›Zeitungs- und Zeitschriftenkatalog‹ des Berliner Werbe-Dienstes erschien, fand sich in seinen Spalten eine Reihe von alteingesessenen Zeitungsverlagen, deren Bekanntmachungs- und Anzeigenblätter sehr hohe Auflagen erzielten: Der Verlag Reinh. Schmidt aus Burgstädt in Sachsen veröffentliche beispielsweise zweimal in der Woche in der Auflage von 16 000 Exemplaren die *Amtlichen Bekanntmachungen mit Anzeigenblatt*, der Verlag E. Donath in Genthin bei Magdeburg wöchentlich die *Mitteilung für die Stadt Genthin und Kreis Jerichow II* (8 000 Exemplare Auflage) und der Verlag B. Geißler zweimal wöchentlich die *Amtlichen Bekanntmachungen für Penig und Lunzenau* (6 200 Auflage). <sup>1700</sup>

Bei Auflagen, die deutlich höher waren als bei den in diesen Verlagen vor dem Krieg verlegten Tageszeitungen, <sup>1701</sup> bedeuteten diese Anzeigen- und Bekanntmachungsblätter für die Verlage eine gute Möglichkeit, ihre Verlags- und Anzeigengeschäfte weiter zu führen oder zumindest die Druckereien auszulasten. Mit diesem Druckgeschäft bedienten die Verlage jedoch nicht nur das eigene, sondern ein gemeinsames Interesse der lokalen Bevölkerung nach Information und Anzeigen sowie der Kommunalverwaltungen nach Veröffentlichung der

<sup>1695</sup> Theis-Berglmair 2000, S. 2.

<sup>1696</sup> Jonscher 1995, S. 90.

<sup>1697</sup> Theis-Berglmair 2000, S. 2.

<sup>1698</sup> Siehe Jonscher 1995, S. 213: »Die volkswirtschaftliche Ausprägung der Werbung liegt darin, das Wirtschaftsgeschehen des Landes insgesamt in Gang zu halten, Angebot und Nachfrage (Akquisition) nach Waren und Dienstleistungen zusammenzuführen, neue Bedürfnisse wecken und konjunkturelle Schwankungen ausgleichen zu helfen.«

<sup>1699</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 63ff.

<sup>1700</sup> Vgl. BWD <sup>2</sup>1947, S. 106-115; 228-230.

<sup>1701</sup> Siehe Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>7</sup>1944, S. 88; 182; 196: *Genthiner Tageblatt*: Auflage 3 240; *Tageblatt für Penig und Lunzenau*: 3 204; *Burgstädter Tageblatt*: 6 700 (jeweils September 1939).

»wichtigsten Magistrats-Mitteilungen und Bekanntmachungen«. <sup>1702</sup> Wie schon die Intelligenzblätter des 18. und 19. Jahrhunderts hatten die Anzeigenblätter nach dem Wunsch der Kommunalpolitiker und Verleger auch nach dem Zweiten Weltkrieg die Aufgabe, das wirtschaftliche und öffentliche Leben wieder in Gang zu bringen. <sup>1703</sup> Sie sollten »sich zum Segen und Wohle aller Bevölkerungskreise auswirken«. <sup>1704</sup> In diesen Zeitungen sollte die Bevölkerung für eine Beteiligung am Wiederaufbau mobilisiert werden, etwa indem Geschäftsinhaber zur Dekoration ihrer Auslagen geraten wurde:

»Der Wille zur Schaufensterwerbung, der in den letzten Monaten unter der unmittelbaren Einwirkung des Kriegsgeschehens so gut wie eingeschlafen war, ist wieder da! Lebensbejahung und Arbeitsfreude sprechen aus dem Aufbau der neuen Auslagen, so bescheiden sie seien mögen. Betriebsamkeit und Frische stecken in der Wahl der gezeigten Gegenstände und dem sichtbaren Bestreben, auch nach dem Dunkelwerden mit Leuchtbuchstaben an der Häuserfassade oder warmem Lampenschein hinterm Auslagefenster die Aufmerksamkeit des Straßengängers zu wecken.« <sup>1705</sup>

Wo ein hochauflagiges Anzeigenblatt nicht möglich war, erschienen Plakatanzeiger, so in Treuen, wo zwischen Juni und Juli 1945 erst unter amerikanischer und dann sowjetischer Besatzung das 1856 gegründete *Treuer Tageblatt und Anzeiger* wieder aufgelebt war. <sup>1706</sup> 1947 gab der Verlag A. Schnalke das Blatt erneut heraus, diesmal jedoch als zwei- bis dreimal in der Woche erscheinenden Anzeigenaushang. <sup>1707</sup> In Löbau plakatierte der Verlag Hohlfeld & Witte, langjähriger Herausgeber des 1785 gegründeten *Sächsischen Postillon*, <sup>1708</sup> den *Löbauer Anzeiger*. <sup>1709</sup>

Anders als im Frühsommer 1945, als die lokalen Tageszeitungen und Bekanntmachungsblätter auf den Westen und Süden Ostdeutschlands beschränkt geblieben waren, erschienen diese

<sup>1702</sup> Siehe etwa »Zum Geleit!« In: *Nachrichten der Stadt Forst (Lausitz)*, 22.9.45 (Bestand Kreisarchiv Landkreis Spree-Neiße). – Neben den lokalen Nachrichtenblättern, deren Zahl abnahm, kam es zur Herausgabe von Nachrichtenblättern, die »nur zum Dienstgebrauch zu verwenden und nicht als öffentliche Zeitung anzusehen« waren (Betr.: Nachrichtenblatt. In: *Rundschreiben-Sammlung des Kreisrates des Landkreises Altenburg/Thür.*, 28.11.47.). Hierbei handelte es sich um Verwaltungsblätter, die aus Gründen der Papierersparnis entstanden, indem sie die Umläufe einzelner Bekanntmachungen reduzieren sollten (ebd.). Die ab Ende 1947 wöchentlich herausgegebene vierseitige *Rundschreiben-Sammlung des Kreisrates des Landkreises Altenburg/Thür.* enthielt Bekanntmachungen der kommunalen Selbstverwaltungsbehörden, aber auch vereinzelt Nachrichten über die Festnahme einer Schieberbande (»Betr.: Volkskontrollausschuß bei der Arbeit.« In: *Rundschreiben-Sammlung des Kreisrates des Landkreises Altenburg/Thür.*, 28.11.47) oder eine durch das Ratsamt ausgesprochene Schelte eines Gerichts für ein zu mildes Urteil über einen Bauern, der sich seiner Ablieferungspflicht entzogen hatte (»Betr.: Im Namen des Volkes?« In: *Rundschreiben-Sammlung des Kreisrates des Landkreises Altenburg/Thür.*, Nr. 3/12.12.47). Die periodisch im Format Din A4 herausgegebenen Zeitungen wurden in so niedrigen Auflagen gedruckt, dass sie wie vom Namen schon naheliegend als Rundschreiben zirkulierten und von jedem Leser abgezeichnet wurden (Für die Überlassung von Kopien danke ich dem Stadtarchiv Altenburg).

<sup>1703</sup> In Forst/Lausitz etwa »als kleine[r] Beitrag der hiesigen graphischen Arbeiterschaft zum Aufbau der Stadt« umschrieben (»Zum Geleit!« In: *Nachrichten der Stadt Forst (Lausitz)*, 22.9.45).

<sup>1704</sup> Vgl. das Grußwort von Bürgermeister Geiler für den Stadtrat Elsterberg, in: *Bekanntmachungen und Anzeigen für Elsterberg und die umliegenden Landgemeinden*, 29.3.47

<sup>1705</sup> »Schaufenster im Stadtbild,« in: *Grimmaer Nachrichten*, 14.7.45. (Für die Überlassung von Kopien danke ich dem Stadtarchiv Grimma.)

<sup>1706</sup> Siehe Kap. 5.4.

<sup>1707</sup> Vgl. BWD 21947, S. 114.

<sup>1708</sup> Siehe Handbuch der deutschen Tagespresse 51934, S. 244.

kommunalen Zeitungen seit dem Sommer 1945 in weiten Teilen der sowjetischen Besatzungszone.

Nachdem im Verlauf des Juli/August ein Teil der bestehenden Tageszeitungen und Bekanntmachungsblätter eingestellt worden war<sup>1710</sup> und auch die neu gegründeten Tageszeitungen vielerorts die lokalen Bedürfnisse nicht befriedigen konnten,<sup>1711</sup> begannen die Verlage schnell damit, einen Ersatz für die frühere Tagespresse zu schaffen. Bereits »im September oder Oktober 1945 gab jeder Kreis sein Kreisnachrichtenblatt heraus.«<sup>1712</sup> Die Erscheinungspausen dauerten häufig nur wenige Wochen, so etwa beim Verlag Vetter in Rochlitz. Dessen *Bekanntmachungsblatt für Rochlitz und Umgebung*, das unter der US-Besatzung mehrmals wöchentlich unter anderem internationale Berichte gebracht hatte, war Mitte Juli 1945 eingestellt worden, konnte aber am 22. September 1945 erneut erscheinen. Anders als noch im Mai 1945 enthielt es jedoch keine internationalen Meldungen mehr, sondern allein örtliche Angelegenheiten wie Bekanntmachungen, Aufrufe der Parteien, Anzeigen und einen Leitartikel zu Schulangelegenheiten.<sup>1713</sup> Die ab Oktober 1945 in *Bekanntmachungsblatt für den Landrat und den Bürgermeister zu Rochlitz* umbenannte Zeitung erschien in einer Auflage von 5 500 Exemplaren.<sup>1714</sup> Sie erreichte damit eine doppelt so hohe Auflage wie das 1937 im selben Verlag erschienene *Rochlitzer Tageblatt*.<sup>1715</sup> In Grimma wurden die mit US-Genehmigung wieder entstandenen *Nachrichten für Grimma*<sup>1716</sup> geschlossen, dafür erschienen jedoch als Ersatz die *Grimmaer Nachrichten*, die zwar ebenfalls keine internationalen Meldungen mehr enthielten, jedoch weiterhin Bekanntmachungen, kommunale Meldungen und Berichte sowie Anzeigen.<sup>1717</sup>

War die Initiative zu diesen Bekanntmachungsblättern anfangs vor allem auf die dezentralen Interessen in den Kommunen zurückgegangen, gerieten diese Zeitungen bald auch in das Blickfeld der Zonen- und Landesbehörden, die diese Verlagstätigkeiten im Verlauf des Jahres 1946 zu vernetzen und zu zentralisieren begannen. Die Mitteilungsblätter ersetzten den öffentlichen Anschlag einzelner öffentlicher Bekanntmachungen, weshalb die Zeitungen nicht

<sup>1709</sup> Auflage wöchentlich 800 Exemplare (vgl. BWD 21947, S. 110).

<sup>1710</sup> Siehe Kap. 6.1.

<sup>1711</sup> Siehe Kap. 6.2.

<sup>1712</sup> Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung, Bericht über die Landesnachrichtenkonferenz am 10.7.46 im Hause der Zentralverwaltung, 30.7.46, BArch DR2/625, Blatt 35.

<sup>1713</sup> Siehe *Bekanntmachungsblatt für Rochlitz und Umgebung*, 5.5.45ff. sowie Kap. 4.5.

<sup>1714</sup> Vgl. *Bekanntmachungsblatt für den Landrat und den Bürgermeister zu Rochlitz*, 3.10.45.

<sup>1715</sup> Mediaangaben n. Handbuch der Deutschen Tagespresse 1937, S. 255.

<sup>1716</sup> Zur Geschichte der *Nachrichten für Grimma* siehe Kap. 4.4.3 und 4.4.4.

<sup>1717</sup> Siehe *Grimmaer Nachrichten*, 14.7.45.

nur in den Kommunen,<sup>1718</sup> sondern auch von den Landesregierungen und der SMAD für notwendig erachtet wurden:

»Die verschiedenen Anordnungen und Verfügungen der Besatzungsbehörde, der Landesverwaltung Sachsen, des Landratsamtes sowie der einzelnen Gemeindebehörden müssen in allen Fällen schnell und sicher an die Bevölkerung und besonders an die interessierten Geschäfts- und Industriekreise herangebracht werden, da unter den heutigen Umständen die Termine meist äußerst kurzzeitig sind. Um die Verwaltungsarbeit zu erleichtern und den Behörden die Möglichkeit zu geben, schnell an die Bevölkerung heranzukommen, ist von Seiten der SMA die Herausgabe amtlicher Nachrichtenblätter genehmigt worden.«<sup>1719</sup>

Im April 1946 bat die Deutsche Verwaltung für Volksbildung die SMAD um Genehmigung für den Aufbau eines »Oberreferats Presse«, das die Nachrichtenpolitik mit anderen Pressestellen in den Ministerien und Ländern koordinieren und die Nachrichtenverbreitung lenken sollte.<sup>1720</sup> Da »Fragen der Volksbildung und ihrer Behandlung durch die Presse und die Beeinflussung der Presse durch uns« als wichtig erachtet wurden, sollte ein zur Beeinflussung tauglicher Nachrichtenapparat entstehen,<sup>1721</sup> der der Kontrolle der lokalen Medien dienen sollte. Im Land Sachsen entstanden so bis Mitte 1946 53 Kreisnachrichtenämter, die durch Stadtnachrichtenämter ergänzt und von einem zentralen Landesnachrichtenamt in Dresden angeleitet wurden. Mit ihren einzelnen Abteilungen für Information, Presse, Druck und Propaganda kontrollierte diese Behörde alle sächsischen Medien. Lediglich beim Rundfunk war das Nachrichtenamt auf die technische Seite beschränkt. Formell und finanziell waren die Leiter der Kreisnachrichtenämter zwar ihren Kreisräten und Oberbürgermeistern unterstellt, sachlich und fachlich erhielten sie jedoch ihre Anweisungen vom sächsischen Landesnachrichtenamt. Dieses Amt gab einen Pressedienst heraus, den die Nachrichtenblätter der Kreise zu nutzen hatten.<sup>1722</sup> Die Meldungen des sächsischen Amtes, das sich zu einer Art regionaler Nachrichtenagentur entwickelte, waren mit »LND« gezeichnet. Anders als bei Agenturen war den Mitteilungsblättern jedoch nicht die Freiheit einer Bearbeitung der Texte gegeben. Die Oberbürgermeister und Landräte hatten »nicht das Recht, eingehende Berichte abzuändern oder aufzuhalten, sondern lediglich ihre Meinung hinzuzufügen. Das gleiche gilt für die Kreiskommandanten.«<sup>1723</sup> Damit war offenbar sowohl die deutsche kommunale Verwaltung als auch die untere Ebene der sowjetischen Militärverwaltung Teil der zentralen Medienpolitik der

<sup>1718</sup> Das Anschlagen als einzige Möglichkeit der Veröffentlichung hatte in Weißenfels zu Klagen der Stadtverwaltung geführt (Information Silke Künzel, 7.6.99, nach Aktennotiz, 4.10.45, Stadtarchiv Weißenfels AII 70, Veröffentlichungen in der Presse und Bekanntmachungen 1931-1945).

<sup>1719</sup> An unsere Leser! In: *Amtliche Mitteilungen für den Landkreis Chemnitz*, 26.1.46.

<sup>1720</sup> Schreiben Abt. für kulturelle Aufklärung, Presse, an Major Davidenko, SMAD, Abt. Propaganda, 3.4.46, SAPMO-BArch DR2/909, Bl. 3-5.

<sup>1721</sup> Schreiben Abt. für kulturelle Aufklärung, Presse, an Major Davidenko, SMAD, Abt. Propaganda, 3.4.46, SAPMO-BArch DR2/909, Bl. 3-5.

<sup>1722</sup> Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung, Bericht über die Landesnachrichtenkonferenz am 10.7.46 im Hause der Zentralverwaltung, 30.7.46, BArch DR2/625, Bl. 35-41.

Länder geworden.<sup>1724</sup> Die Finanzierung der Nachrichtenblätter erfolgte in Sachsen nicht nur durch die Anzeigen oder die Vertriebsinnahmen, sondern zusätzlich durch die Einführung von Gebühren für Druckgenehmigungen, die die Kreisnachrichtenämter von Druckereien bei der Briefpapier- oder Kalenderproduktion erhoben.<sup>1725</sup>

Da sie auch jenseits der Großstädte mit ihren langsam wieder erscheinenden Tageszeitungen gedruckt wurden, begannen die Bekanntmachungsblätter in einigen Städten und Gemeinden in Konkurrenz zu den in benachbarten Großstädten produzierten Tageszeitungen der KPD bzw. SED zu treten. Zwar enthielten die Mitteilungsblätter keine nationale und internationale Berichterstattung, sie konnten jedoch (bei deutlich geringeren Streuungsverlusten) einerseits als Konkurrenz auf dem lokalen Anzeigenmarkt auftreten und bedeuten andererseits auch auf dem Gebiet der lokalen Berichterstattung eine Konkurrenz, wie ein Beschwerdeschreiben der *Sächsischen Volkszeitung* aus Zwickau an die Stadt Crimmitschau zeigt. In Crimmitschau, wo sich der Bürgermeister zuvor vergeblich um die Herausgabe einer *Crimmitschauer Volkszeitung* bemüht hatte,<sup>1726</sup> erschien im halb stadteigenen halb privaten ›Verlag Thiemestiftung-Raab‹<sup>1727</sup> das *Anzeigenblatt der Stadtverwaltung*. Die Herausgeber der *Sächsischen Volkszeitung* beklagten gegenüber dem *Anzeigenblatt* eine Benachteiligung sowohl bei der Vergabe von Anzeigenaufträgen als auch bei den kommunalen Mitteilungen, weshalb die örtliche Geschäftsstelle der *Sächsischen Volkszeitung* den Oberbürgermeister »mit Parteigruß« zu Stützungsmaßnahmen für das Parteiblatt aufforderte: Die Stadtverwaltung sollte die Parteizeitung bevorzugen. Die örtliche Geschäftsstelle der Partei forderte den Oberbürgermeister dazu auf, der *Sächsischen Volkszeitung* die amtlichen Bekanntmachungen entweder exklusiv oder »mindestens einen Tag früher zu übergeben als dem hiesigen ›Anzeigenblatt‹ damit es uns möglich ist, die Bekanntmachungen wenigstens einen Tag früher zu bringen als wie das Anzeigenblatt.«<sup>1728</sup> Das Ansinnen schien beim Oberbürgermeister nur auf begrenzte Resonanz gestoßen zu sein, zumal die *Volkszeitung* über keine Lokalausgabe für Crimmitschau verfügte. Ohne Lokalausgabe kam das Blatt aus Zwickau in der Stadt Crimmitschau und im Umland auf eine Auflage

<sup>1723</sup> Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung, Bericht über die Landesnachrichtenkonferenz am 10.7.46 im Hause der Zentralverwaltung, 30.7.46, BArch DR2/625, Bl. 35.

<sup>1724</sup> Dass die sowjetischen Kommandanturen auf diese Weise Einrichtungen der deutschen Länder unterstellt waren, kann evtl. als Beleg für die vorher üblichen Eigenmächtigkeiten der Offiziere gesehen werden.

<sup>1725</sup> Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung, Bericht über die Landesnachrichtenkonferenz am 10.7.46 im Hause der Zentralverwaltung, 30.7.46, BArch DR2/625, Blatt 35.

<sup>1726</sup> Siehe Kap. 4.6.2.

<sup>1727</sup> Zur Zusammenarbeit von Oberbürgermeister Falkenberg und der Druckerei Raab siehe Kap. 4.6.2.

<sup>1728</sup> Schreiben Schönfeld, Sächsische Volkszeitung, Geschäftsstelle Crimmitschau, an den Oberbürgermeister, Crimmitschau, 4.11.45. Stadtarchiv Crimmitschau, o.Sign., Bl. 14. Ziel war dabei eine vollständige Verdrängung des *Anzeigenblattes*: »Herr Bürgermeister Thiemann, Werdau bedient sich zur Veröffentlichung der ›Amtlichen Bekanntmachungen‹ nur der Sächsischen Volkszeitung und hoffen wir, dass es nun ebenso von Ihnen sehr geehrter Herr Oberbürgermeister gehandhabt wird.«



von 8 000 Exemplaren.<sup>1729</sup> In einem auf dem Schreiben angebrachten Vermerk ordnete der Oberbürgermeister lediglich an, die amtlichen Bekanntmachungen für einen unentgeltlichen Abdruck zur Verfügung zu stellen.<sup>1730</sup> Auch in Rostock sind Konflikte überliefert, die auf die Konkurrenzsituation zwischen einem Bekanntmachungsblatt und der örtlichen Parteizeitung zurückgingen.<sup>1731</sup>

Auf diese Konkurrenz dürfte zurückzuführen sein, dass im Bezirk Merseburg im November 1945 sämtliche Anzeigenblätter verboten wurden. In der Region hatten SPD und KPD mittlerweile Lokalausgaben für Zeitz, Weißenfels, Halle, Merseburg, Bitterfeld, Delitzsch, Torgau und Eisleben errichtet. Dort wurden den Kommunen nur noch schlichte Verkündigungsblätter gestattet: »Diese haben ohne Datumsangabe, fortlaufende Nummer, und Verkaufspreis im Kopf zu erscheinen und dürfen lediglich amtliche Verordnungen und Bekanntmachungen enthalten. Verboten ist insbesondere das Abdrucken von Anzeigen (auch kirchliche Anzeigen, Anzeigen von Parteiveranstaltungen usw.)«. <sup>1732</sup>

Freigestellt blieb den kommunalen Nachrichtenämtern, welche Verlage sie mit der Produktion der Zeitungen beauftragten, so dass viele Städte und Gemeinden die Kooperation mit alteingesessenen Verlagen suchten. Bedingung war lediglich, dass die Nachrichtenämter als Herausgeber auftraten.<sup>1733</sup> Die Kooperation mit den Verlagen war schon deshalb sinnvoll, da der Aufbau eines eigenen Bekanntmachungsblattes ein besonderes Knowhow voraussetzte. Die kommunalen Nachrichtenämter mussten sich in Themen wie Papierbezug oder Kostenrechnungen erst einarbeiten.<sup>1734</sup> Die Herausgabe der Bekanntmachungsblätter musste bei der Zensurstelle der sowjetischen Militärverwaltung des Bezirkes genehmigt werden, wobei die Auflagenwünsche anzugeben waren und auch das Erscheinungsbild genehmigt werden

<sup>1729</sup> Verlagsangaben nach Schreiben Schönfeld, Sächsische Volkszeitung, Geschäftsstelle Crimmitschau, an den Oberbürgermeister, Crimmitschau, 4.11.45. Stadtarchiv Crimmitschau, o.Sign., Bl. 14. – Die Bevölkerungszahl betrug damals im Stadtkreis Crimmitschau rund 28 000 (vgl. Die Volkszählung vom 1. Dezember 1945, S. 12).

<sup>1730</sup> Oberbürgermeister Falkenberg, Notiz auf: Schreiben Schönfeld, Sächsische Volkszeitung, Geschäftsstelle Crimmitschau, an den Oberbürgermeister, Crimmitschau, 4.11.45. Stadtarchiv Crimmitschau, o.Sign., 14.

<sup>1731</sup> »Nachdem Nr. 18 der »Amtlichen Mitteilungen« gemäss der von Ihnen ausgegebenen Richtlinien mit redaktionellen Beiträgen erschienen ist, sind seitens des Studios Rostock des Landessenders Schwerin und der Landeszeitung, Ausgabe Rostock, Proteste laut geworden. Man befürchtet, dass das amtliche Mitteilungsblatt in der neuen Form den genannten öffentlichen Publikationsorganen eine Konkurrenz bieten könne, obwohl das selbstverständlich gar nicht der Fall sein kann, [...] dass es nie eine Tageszeitung sein kann und will, sondern dass es lediglich das Sprachrohr der Stadtverwaltung sein will. Wir nehmen an, dass in anderen Kreisen ähnliche Unklarheiten herrschen werden.« (Schreiben Rat der Stadt Rostock - Pressestelle -, an die Landesregierung, Amt für Information, Abt. Film-Presse-Funk, 24.6.50, Betr. »Amtliche Mitteilungen der Stadt Rostock«. LHA Schwerin, MiPrä, Sign. 1671, Blatt 638..)

<sup>1732</sup> Schreiben Betr. Amtliche Nachrichtenblätter, der Bezirkspräsident, Amt für Volksbildung, an alle Herren Landräte und Oberbürgermeister, Merseburg, 3.1.46 (Stadtarchiv Weißenfels A IIIa/571).

<sup>1733</sup> Vgl. Landesregierung Sachsen-Anhalt, Minister des Innern, Landesnachrichtenamt, Rundschreiben an alle Nachrichtenämter, nachrichtlich an alle Oberbürgermeister und Landräte, Halle, 7.5.47, Stadtarchiv Weißenfels, AIII a 570: »Als Herausgeber dürfen lediglich amtliche Dienststellen zeichnen, [...] nicht aber irgendwelchen privaten Herausgeber. Selbstverständlich bleibt es dem Herausgeber überlassen, den Verleger und den Vertrieb selbst zu wählen.«

<sup>1734</sup> In diesem Sinne bat die Leiterin des Nachrichtenamtes Weißenfels, Bodien, ihre Kollegen benachbarter Nachrichtenämter um allgemeine und spezielle Ratschläge (vgl. Schreiben Nachrichtenamt Weißenfels, Bodien, an das Nachrichtenamt beim Rat der Stadt Merseburg, 4.8.47, Stadtarchiv Weißenfels, AIII a 570).

musste.<sup>1735</sup> Für die in Merseburg zweimal wöchentlich erschienenen *Amtlichen Bekanntmachungen* (Auflage 3 000 Exemplare) hatte das Nachrichtenamt selber das Papier zu besorgen und die fertigen Manuskripte an die Druckerei zu leiten. Die Zensur erfolgte durch das Nachrichtenamt selbst. Ein erster Probedruck wurde dann erneut kontrolliert und anschließend die Zeitung mit einer mitzudruckenden Drucknummer versehen, die die Freigabe des Blattes dokumentierte. Die Druckerei war für den Vertrieb zuständig.<sup>1736</sup> Das Herausgabeverfahren ging zurück auf den Befehl Nr. 90 der SMAD vom 17. April 1947, der einerseits festlegte, dass Zeitungen und Zeitschriften keiner Zensur unterlagen,<sup>1737</sup> die Veröffentlichung jedoch andererseits von einer Registrierung und Lizenzierung der Druckereien abhängig machte.<sup>1738</sup> Die Nachrichtenämter bekamen dabei die Genehmigungshoheit für Drucksachen wie Formulare, Eintrittskarten oder gewerbliche und private Anzeigen übertragen, unter die auch Mitteilungsblätter subsumiert wurden.<sup>1739</sup> In der Folgezeit sollten diese Zeitungen vielerorts erneut eine Reihe von Funktionen der traditionellen Tageszeitungen übernehmen. In einem Rundschreiben an die Druckgenehmigungsstellen klagte deshalb 1949 der Minister für Volksbildung, Kultur und Wissenschaft von Sachsen-Anhalt: »Die von den Städten und Kreisen herausgegebenen ›Amtlichen Bekanntmachungen‹ und ähnlichen Blätter haben sich durch ihr regelmäßiges Erscheinen und die Aufnahme von Anzeigen mehr und mehr zu Zeitungen entwickelt.«<sup>1740</sup> Die Druckgenehmigungsstellen wurden darauf hingewiesen, dass sie fortan lediglich wöchentlich zwei Din A4-Seiten ohne Anzeigen erlauben durften.<sup>1741</sup>

Je langsamer sich der Aufbau der neuen Landespresse vollzog, um so größer waren die Möglichkeiten der alteingesessenen Verlage, ihr Verlagsgeschäft mit Anzeigenblättern, Anzeigenaushängen oder Bekanntmachungsblätter fortzuführen. In Mecklenburg-Vorpommern, wo die Schweriner *Landeszeitung* noch Mitte 1947 lediglich mit Lokalausgaben für die größeren

<sup>1735</sup> Schreiben Nachrichtenamt Merseburg, an das Nachrichtenamt Weißenfels, 9.8.47, Stadtarchiv Weißenfels, AIII a 570.

<sup>1736</sup> Schreiben Nachrichtenamt Merseburg, an das Nachrichtenamt Weißenfels, 9.8.47, Stadtarchiv Weißenfels, AIII a 570.

<sup>1737</sup> § 3, Richtlinien zu Befehl Nr. 90 der SMAD vom 17. April 1947 über die Herausgabe von Zeitungen, Zeitschriften, Büchern, Broschüren, Plakaten und anderen Drucksachen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschland, Abschrift, Stadtarchiv Weißenfels, AIII a 570. Vgl. auch Strunk 1996, S. 110; 149f.

<sup>1738</sup> § 3, Richtlinien zu Befehl Nr. 90 der SMAD vom 17. April 1947 über die Herausgabe von Zeitungen, Zeitschriften, Büchern, Broschüren, Plakaten und anderen Drucksachen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschland, Abschrift, Stadtarchiv Weißenfels, AIII a 570.

<sup>1739</sup> § 1, Richtlinien zu Befehl Nr. 90 der SMAD vom 17. April 1947 über die Tätigkeit der Organe der deutschen Selbstverwaltung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands bei der Kontrolle von Drucksachen, Abschrift, Stadtarchiv Weißenfels, AIII a 570.

<sup>1740</sup> Fehler im Original – Rundschreiben Landesregierung Sachsen-Anhalt, Minister für Volksbildung, Kunst und Wissenschaft, vertraulich, an die Druckgenehmigungsstellen der Land- und Stadtkreise, Halle, 13.9.49, Stadtarchiv Weißenfels, AIII a 570, Allgemeine Verwaltung, Nachrichtenamt. (Für die Überlassung von Kopien danke ich dem Stadtarchiv Weißenfels, Frau Silke Künzel.)

<sup>1741</sup> Rundschreiben Landesregierung Sachsen-Anhalt, Minister für Volksbildung, Kunst und Wissenschaft, vertraulich, an die Druckgenehmigungsstellen der Land- und Stadtkreise, Halle, 13.9.49, Stadtarchiv Weißenfels, AIII a 570, Allgemeine Verwaltung, Nachrichtenamt.

Städte Rostock, Stralsund und Greifswald (Abb. 42, S. 282) erschien, füllten die traditionellen Zeitungshäuser die ihnen von der SED gelassenen Lücken teilweise bis in die 50er Jahre hinein aus.

Angesichts des Fehlens von Alternativen fanden die Verlage regelmäßig eine große Zahl von kommunalen Fürsprechern für die Bekanntmachungsblätter, darunter auch aus der SED. An einer Weiterarbeit der Traditionsverlage bestand ein breites öffentliches Interesse. »Angeregt von den einzelnen Behörden und der Geschäftswelt«<sup>1742</sup> und mit breiter Unterstützung durch lokale Ämter und die Wirtschaft bemühte sich beispielsweise 1947 der Pächter der Demminer Druckerei W. Gesellius um die Herausgabe eines Bekanntmachungsblattes, in dem Bekanntmachungen von kommunalen Behörden, Arbeitsamt, Post, Pommerscher Landesbahn, Handwerksinnungen und Raiffeisengenossenschaften, der Gewerkschaften sowie Familien- und Kleinanzeigen und Inserate von Handel und Gewerbe erscheinen sollten.<sup>1743</sup> Das Verlagshaus war bereits vor dem Krieg mit einer NS-Parteizeitung zum Druck- und Verlagsbetrieb »Demminer Verlags-G.m.b.H.« fusioniert<sup>1744</sup> und nach 1945, da von den Eigentümern verlassen, an seinen technischen Leiter Heinrich Stein verpachtet worden.<sup>1745</sup> Die Verlagstätigkeit fand auch die Zustimmung des örtlichen sowjetischen Militärbefehlshabers:

»Im Einvernehmen mit der hiesigen Kommandantur (Herrn Kapitän Rechler) haben wir uns entschlossen, auf vielfältigen Wunsch der Bevölkerung ein Anzeigenblatt herauszugeben. Dies ist erforderlich, um sämtliche Bekanntmachungen der Behörden, der Besatzungsmacht, der Parteien sowie auch der Geschäftswelt, zu veröffentlichen. Sämtliche Vorbereitungen sind getroffen, Anzeigen für alle folgenden Nummern gesichert. Selbst Aushangstellen, inform von sogenannten Zeitungskästen, sind in den Stadt und Gemeinden des Kreises geschaffen und aufgehängt worden. Wie aus beigefügter Anlage ersichtlich, verfügt die Druckerei über eingearbeitetes Fach-Personal und einen tadellosen Maschinenpark.«<sup>1746</sup>

Die schlechte Papierversorgung erlaubte lediglich die Produktion einer öffentlich auszuhängenden Wandzeitung, bei der bereits eine Auflagenerhöhung von 100 auf 500 Stück (zweimal

<sup>1742</sup> Schreiben Buchdruckerei W. Gesellius, Pächter Heinrich Stein, an die Landesregierung Mecklenburg-Pommern, Ministerium für Kultur- und Volksbildung, 6.1.48. LHA Schwerin, VoBi, Lizenzerteilung an die Druckerei Gesellius, Demmin, für ein amtliches Nachrichtenblatt 1947-1948, Sign. 3195.

<sup>1743</sup> Schreiben Buchdruckerei W. Gesellius, Pächter Heinrich Stein, an die Landesregierung Mecklenburg-Pommern, Ministerium für Kultur- und Volksbildung, Betr. Verlagsprogramm der »Amtlichen Bekanntmachungen für das Kreisgebiet Demmin«, 19.2.48. LHA Schwerin, VoBi, Lizenzerteilung an die Druckerei Gesellius, Demmin, für ein amtliches Nachrichtenblatt 1947-1948, Sign. 3195.

<sup>1744</sup> Vgl. Sperlings <sup>61</sup>1939, S. 473f.

<sup>1745</sup> Stein war gelernter Setzer hatte seit 1910 in verschiedenen Druckereien als technischer Leiter und Korrektor gearbeitet. 1943 übernahm er diese Position in Demmin. Nach dem Krieg erreichte er im Juni 1945 (»da sich die Betriebsführung um den Betrieb nicht kümmerte«), dass die sowjetische Kommandantur ihm die Erlaubnis zur Wiederaufnahme der Arbeit. Bis 1947 leitete er den Betrieb treuhänderisch, seit dem 1.7.47 als Pächter (Lebenslauf Heinrich Stein, 19.2.48. LHA Schwerin, VoBi, Lizenzerteilung an die Druckerei Gesellius, Demmin, für ein amtliches Nachrichtenblatt 1947-1948, Sign. 3195). – Ob Stein im Juni 1945 eine Zeitung oder Anzeigenblatt druckte, war nicht zu klären.

<sup>1746</sup> Schreiben, Der Landrat des Kreises Demmin, Amt für Kultur u. Volksbildung, an die Landesregierung Mecklenburg, Ministerium für Innere Verwaltung, Betr. Lizenzerteilung für die Buchdruckerei W. Gesellius, Pächter: Heinrich Stein, Demmin, Baustr. 45, 23.8.47. LHA Schwerin, VoBi, Lizenzerteilung an die Druckerei Gesellius, Demmin, für ein amtliches Nachrichtenblatt 1947-1948, Sign. 3195.

wöchentlich) zu Schwierigkeiten führte.<sup>1747</sup> »Der Aushang dieses Bekanntmachungsblattes erfolgt bei den amtlichen Aushangstellen, sowie bei sämtlichen Lebensmittelgeschäften, Milchverteilungsstellen, Bäckereien u. Metzgereien der Stadt Demmin.«<sup>1748</sup> Die erste Nummer erschien am 5. August 1947 im Format DIN A4 und enthielt auf einer  $\frac{3}{5}$ -Seite Klein- und Geschäftsanzeigen und auf einer Doppelspalte amtliche Bekanntmachungen. Das Format wechselte aufgrund von Papiermangel häufig; die erste Nummer wurde auf der Rückseite von Makulaturpapier aus einem Lieferscheindruck erstellt.<sup>1749</sup> Als 1948 eine Erweiterung des Vertriebsgebietes auf den gesamten Kreis Demmin eine Erhöhung der Auflage auf 1 000 Exemplare nötig machte, musste sich der Verleger bis hinauf zur Landesregierung um eine ausreichende Papierbereitstellung bemühen.<sup>1750</sup> Die von der Druckerei Gesellius in Mecklenburg herausgegebenen *Bekanntmachungen* erschienen mit kommunaler Beteiligung bis mindestens Oktober 1948. Bei der Herausgabe kam es zu einer Arbeitsteilung zwischen Verlag und Kreisverwaltungen. »Während der Verlagsinhaber Stein für die Bekanntmachungen und Inserate verantwortlich blieb, übernahm für die Information über kulturelle Veranstaltungen ein Kreisrat die Zuständigkeit.«<sup>1751</sup>

Über die Bedingungen der Herausgabe von Bekanntmachungsblätter herrschte jedoch wenig Klarheit. Zwischen unterschiedlichen Verwaltungsstellen kam es immer wieder zu Konflikten. Anfang Dezember 1947 wurden die *Bekanntmachungen* erneut eingestellt, als »von der höheren Dienststelle mitgeteilt [wurde], dass ab sofort für das Erscheinen solches Nachrichtenblattes die besondere Genehmigung der SMA.i.D. erforderlich ist. Das Kreispolizeiamt Demmin in seiner Eigenschaft als zuständige Behörde für die Erteilung der Druckgenehmigungen befürwortet in Anbetracht der vorliegenden Verhältnisse ein weiteres Erscheinen dieses Bekanntmachungsblattes in der bisherigen Form.«<sup>1752</sup> Erst nach Rückfragen beim Ministerium für Volksbildung konnten die *Bekanntmachungen* 1948 weiter verlegt werden. Nach der Rechtsauskunft des Ministeriums bedurfte

<sup>1747</sup> Anlage zum Schreiben, Der Landrat des Kreises Demmin, Amt für Kultur u. Volksbildung, an die Landesregierung Mecklenburg, Ministerium für Innere Verwaltung, Betr. Lizenzerteilung für die Buchdruckerei W. Gesellius, Pächter: Heinrich Stein, Demmin, Bastr. 45, 23.8.47. LHA Schwerin, VoBi, Lizenzerteilung an die Druckerei Gesellius, Demmin, für ein amtliches Nachrichtenblatt 1947-1948, Sign. 3195.

<sup>1748</sup> *Bekanntmachungen* Nr. 1/5.8.47. LHA Schwerin, VoBi, Lizenzerteilung an die Druckerei Gesellius, Demmin, für ein amtliches Nachrichtenblatt 1947-1948, Sign. 3195.

<sup>1749</sup> Vgl. *Bekanntmachungen* Nr. 5.8.47ff. (LHA Schwerin, VoBi, Lizenzerteilung an die Druckerei Gesellius, Demmin, für ein amtliches Nachrichtenblatt 1947-1948, Sign. 3195).

<sup>1750</sup> Schreiben Buchdruckerei W. Gesellius, Pächter Heinrich Stein, an die Landesregierung Mecklenburg-Pommern, Ministerium für Kultur- und Volksbildung, 6.1.48. LHA Schwerin, VoBi, Lizenzerteilung an die Druckerei Gesellius, Demmin, für ein amtliches Nachrichtenblatt 1947-1948, Sign. 3195.

<sup>1751</sup> *Bekanntmachungen*, Nr. 53/14.10.48. LHA Schwerin, VoBi, Wochenzeitungen in Demmin 1948, Sign. 3196.

<sup>1752</sup> Bescheinigung, Kreispolizei Demmin -Verwaltungspolizei-, Leiter der Verwaltungspolizei, Duve, 1.12.47. LHA Schwerin, VoBi, Lizenzerteilung an die Druckerei Gesellius, Demmin, für ein amtliches Nachrichtenblatt 1947-1948, Sign. 3195.

»ein örtliches Nachrichtenblatt bis zu einer Auflage von 500 Exemplaren nur der Genehmigung des Kreiskulturamtes und der Bestätigung der zuständigen Dienststelle der SMA. Voraussetzung ist, daß die Auflage von 500 Exemplaren nicht überschritten wird, das Blatt neben Anzeigen nur amtliche Bekanntmachungen und keinen redaktionellen Teil führt. Dem Ministerium für Volksbildung ist nach Genehmigungserteilung durch die SMA von dem Erscheinen des Blattes Kenntnis zu geben.«<sup>1753</sup>

Diese Regelungen gingen ebenfalls auf den Befehl Nr. 90 vom 17. April 1947 zurück, wurden jedoch offenbar in Mecklenburg anders ausgelegt als in Sachsen-Anhalt. Die Unsicherheit über den rechtlichen Gehalt und die Rechtsauslegung durch die Behörden war recht groß und die Möglichkeiten der Verschleierung offenbar so gut, dass das Nachrichtenamt in Aschersleben einer Kollegin aus Weißenfels einen kreativen Umgang mit den Gesetzen empfahl. Sie solle möglichst viele Angaben zum Mitteilungsblatt geheim halten:

»Von der Auflage (z.Zt. 4.500 Exemplare - aber nicht verraten!) bekomme ich zum Dienstgebrauch 80 Stück kostenlos. [...] Da wir aus Papierersparnis noch die Rückseite für den »Anzeigenboten« ausnutzen, mit dem das Nachrichtenamt nichts weiter zu tun hat, als eben die Annoncen nach OSMA-Befehl 90 zu überwachen, springt ein Verdienst für die Druckerei heraus und beide Teile sind befriedigt. Das Landesnachrichtenamt bekommt übrigens nur die Seite mit den amtlichen Bekanntmachungen ..... Absichtlich unterlasse ich es auch Titel zu wählen, wie »Amtliches Bekanntmachungsblatt« oder dgl. was nach »Zeitung« riechen könnte. Die Kreis-kommandantur hat sich bisher noch in keiner Weise geäußert, seitdem wir dieses Verfahren gewählt haben. Vorsorglich vermeide ich, die Blätter zu nummerieren, damit es keine periodische Druckschrift wird, für welche schärfere Bestimmungen gelten.«<sup>1754</sup>

Vor allem in Mecklenburg und Brandenburg, wo die Landeszeitungen der SED sehr lange für die Einrichtung von Lokalausgaben brauchten<sup>1755</sup> und die Zeitungsstruktur traditionell durch viele kleine Verlage geprägt war,<sup>1756</sup> erschienen viele Anzeigenblätter in der Kooperation von alteingesessenen Verlagen und Kommunalverwaltungen. Zu diesen gehörte beispielsweise der Malchower Verlag Engelmann & Söhne, der 1947 die *Malchower Nachrichten* herausgab, einen wöchentlichen Anzeigenaushang. Mit dem Titel *Malchower Nachrichten* griff der Verlag nach dem Krieg auf einen Namen zurück, der die Tageszeitung des Hauses zwischen 1878 und 1900 geführt hatte.<sup>1757</sup> Um das Anzeigengeschäft anzukurbeln, sorgte die Verlag für die Präsenz in überregionalen Werbehandbüchern.<sup>1758</sup> In dem Malchower Traditionsverlag war bis zum Kriegsende die Tageszeitung *Malchower Tageblatt* erschienen, dessen Auflage in der Kriegszeit zwischen 1939 und 1945 einen rasanten Anstieg von 850 auf 2 000 Stück erlebt

<sup>1753</sup> Schreiben Landesregierung Mecklenburg-Pommern, Abt. Allgem. Volkskultur, Eisermann, an den Rat des Kreises Demmin, Abt. Kultur und Volksbildung, Betr. Lizenzerteilung für ein amtliches Nachrichtenblatt durch die Druckerei Gesellius, Demmin, Schwerin, 27.2.48. LHA Schwerin, VoBi, Lizenzerteilung an die Druckerei Gesellius, Demmin, für ein amtliches Nachrichtenblatt 1947-1948, Sign. 3195.

<sup>1754</sup> Schreiben Nachrichtenamt der Stadt Aschersleben, an Nachrichtenamt Weißenfels, 11.8.47. Stadtarchiv Weißenfels AIIIa/570 (Unterstreichung im Original).

<sup>1755</sup> Siehe Kap. 6.2.

<sup>1756</sup> Siehe Kap. 2.1.

<sup>1757</sup> Handbuch 1944, S. 118.

<sup>1758</sup> Vgl. BWD 21947, S. 110.

hatte.<sup>1759</sup> Die Tätigkeit dieser Altverleger stieß in den Kommunen sowohl auf breite Unterstützung als auch auf Versuche, die tragende Säule ›Anzeigengeschäft‹ zu reglementieren. Das Amt für Kultur und Volksbildung des Kreises Malchin ließ sich etwa vom Mecklenburgischen Landesministerium für Volksbildung darauf hinweisen, dass gegen die Herausgabe von Mitteilungsblättern »von unserer Seite keine Bedenken« bestehen. Bemängelt wurden lediglich Gelegenheitsanzeigen, »deren Veröffentlichung gegen die hierfür zuständigen Gesetze (Kompensationsgeschäfte) verstoßen«<sup>1760</sup> Die im *Anzeigen-Aushang* des Teterower Verlages Hermann Decker inkriminierten Tauschanzeigen<sup>1761</sup> (»Biete großen Kleiderschrank und Singer-Trittmachine oder Dezimalwaage, suche ein Schwein«)<sup>1762</sup> erschienen jedoch weiter, weshalb die Behörden des Kreises Malchin, die zuvor selbst jede Nummer einzeln für den Druck genehmigt hatten, in Schwerin rechtliche Schritte gegen den Verleger ankündigten: »In der Teterower Kleinzeitung, dem ›Anzeigen-Aushang‹ erscheinen trotz mehrmaliger schriftlicher und mündlicher Hinweise [...] weiterhin verbotene Anzeigen. Wir stellen gegen den Inhaber der Buchhandlung Hermann Decker, Herr Vick, Teterow, Strafantrag, weil er sich wiederholt gegen die Bestimmungen und Verordnungen vergangen hat.«<sup>1763</sup> Ungeachtet des Verfahrens wurden von den Kreisbehörden weitere Nummern des *Anzeigen-Aushangs* genehmigt.<sup>1764</sup>

Während diese Zeitungen die Projekte einzelner Verlage waren, fanden sich bei zwei mecklenburgischen Verlagen aus Schönberg und Ludwigslust Versuche, Kooperationen mit Verlagskollegen einzugehen. So gründete der Verlag Paul Niemann, der bis Kriegsende das *Ludwigsluster Tageblatt* von 1890 verlegt hatte,<sup>1765</sup> die *Amtlichen Bekanntmachungen und Anzeigen für den Kreis Ludwigslust*, bei dem er für den Druck und die Anzeigenannahme verantwortlich zeichnete.<sup>1766</sup> Da das Blatt im ganzen Kreisgebiet erschien, kam für die anderen Verlage des Kreises lediglich eine Beteiligung im Bereich des Vertriebs und der Anzeigenaufnahme in Frage. In das Geschäft mit den *Amtlichen Bekanntmachungen und Anzeigen für den Kreis Ludwigslust* wurden so

<sup>1759</sup> Verleger Willy und Otto Engelmann, seit 1944 bis zum Kriegsende Willy Engelmann, Anzeigenleiter Otto Engelmann (vgl. Bernhard 1989, S. 56; Handbuch 1944, S. 118).

<sup>1760</sup> Schreiben Abt. Volkskultur, an den Rat des Kreises Malchin, Amt für Kultur und Volksbildung, 24.11.48. LHA Schwerin, VoBi, Anzeigenaushänge im Kreis Malchin 1948-1949, Sign. 3200.

<sup>1761</sup> Die Anzeigen wurden vom Ministerium für Volksbildung mit einer Anstreichung versehen (siehe *Anzeigen-Aushang*, Teterow, 29.1.49, LHA Schwerin, VoBi, Anzeigenaushänge im Kreis Malchin 1948-1949, Sign. 3200).

<sup>1762</sup> *Anzeigen-Aushang*, Teterow, 29.1.49.

<sup>1763</sup> Schreiben Rat des Kreises Malchin, Amt für Kultur und Volksbildung, Kreiskulturamt, an die Landesregierung Mecklenburg, Minister für Volksbildung, Abt. Volkskultur, Betr. Kleinzeitung Teterow, 8.2.49. LHA Schwerin, VoBi, Anzeigenaushänge im Kreis Malchin 1948-1949, Sign. 3200.

<sup>1764</sup> Ob und wie diese rechtlichen Schritte erfolgten, ließ sich nicht klären. Der *Anzeigen-Aushang* von Vick erschien 1949 in weiteren Nummern (vgl. LHA Schwerin, VoBi, Anzeigenaushänge im Kreis Malchin 1948-1949, Sign. 3200).

<sup>1765</sup> Vgl. Bernhard 1989, S. 53.

<sup>1766</sup> Vgl. *Amtliche Bekanntmachungen und Anzeigen für den Kreis Ludwigslust*, Nr. 00/o.Dat. [Ende April/Anfang Mai 1948] (LHA Schwerin, M.d.I. 1945-1952. Amtliche Bekanntmachungen und Anzeigen für den Kreis Ludwigslust 1948, Sign. 2005).

der Verlag Ernst Karl Geier,<sup>1767</sup> der Verlag G. Hamburgs Buchdruckerei<sup>1768</sup> und die Buchdruckerei Edmund Mattig<sup>1769</sup> als Anzeigenannahmestellen eingebunden.<sup>1770</sup> Dadurch waren die Zeitungsverlage am Anzeigengeschäft beteiligt, mussten für die Auslastung ihrer Druckereien jedoch andere Wege finden. Die Druckerei Mattig produzierte etwa Fotoalben und Briefpapier<sup>1771</sup> und hatte Reparationsaufträge für die Sowjetische Militäradministration zu leisten.<sup>1772</sup> Wie in Ludwigslust gab auch im Kreis Schönberg ein Traditionsverlag ein Wochenblatt *Amtliche Bekanntmachungen und Anzeigen für den Kreis Schönberg (Meckl.)* heraus, für das benachbarte Druckunternehmen die Anzeigenannahme erledigten.<sup>1773</sup> Der Verlag Lehmann &

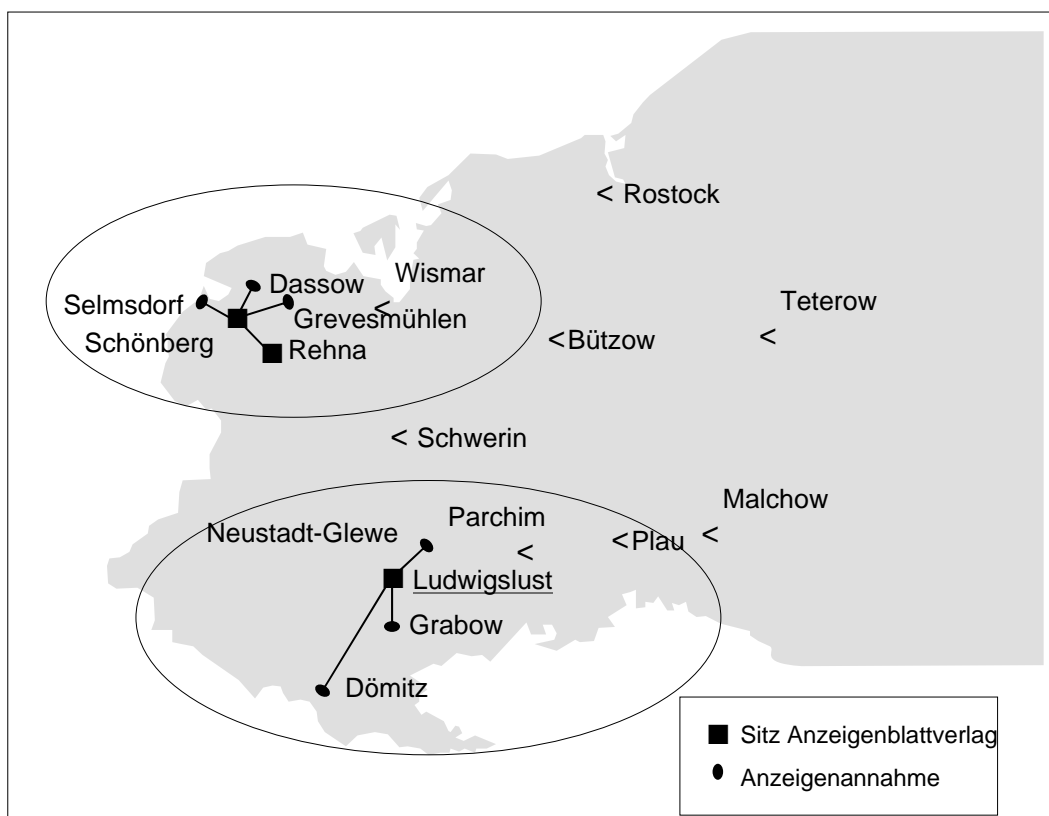


Abbildung 47: Kooperationen mecklenburgischer Zeitungshäuser im Anzeigenblattgeschäft 1948.

<sup>1767</sup> Grabow, bis zum Kriegsende *Kreisblatt für die Kreise Ludwigslust und Parchim* (vgl. Bernhard 1989, S. 31).

<sup>1768</sup> Neustadt-Glewe, bis zum Kriegsende *Neustädter Anzeiger* (vgl. Bernhard 1989, S. 36).

<sup>1769</sup> Dömitz, bis zum Kriegsende *Dömitzer Zeitung* (vgl. Bernhard 1989, S. 62).

<sup>1770</sup> Hinzu kam in Eldena die Buchhandlung Wulf. – Zur Anzeigenannahme vgl. *Amtliche Bekanntmachungen und Anzeigen für den Kreis Schönberg (Meckl.)*, Nr.1-25/1948 (LHA Schwerin, M.d.I. 1945-1952. Amtliche Bekanntmachungen und Anzeigen für den Kreis Schönberg 1948, Sign. 2006)

<sup>1771</sup> Telefonische Auskunft Edmund Mattig, Berlin, 22.3.00.

<sup>1772</sup> Vgl. Bernhard 1989, S. 31.

<sup>1773</sup> Vgl. *Amtliche Bekanntmachungen und Anzeigen für den Kreis Schönberg (Meckl.)*, Nr.1-25/1948 (LHA Schwerin, M.d.I. 1945-1952. Amtliche Bekanntmachungen und Anzeigen für den Kreis Schönberg 1948, Sign. 2006).

Bernhardt hatte zuvor immerhin bis in die westalliierte Besetzung hinein den *Schönberg-Rebnaer Anzeiger* herausbringen dürfen<sup>1774</sup> und baute in der Nachkriegszeit mit der Buchhandlung Korn & Salchow (Druckerei der *Grevesmühlener Zeitung*, durch Sowjets demontiert<sup>1775</sup>) sowie den Buchdruckereien P. Westphal (Dassow) und B. Knaack (Selmsdorf) ein Netzwerk von Anzeigenstellen auf.<sup>1776</sup>

In Sachsen umging der Landkreis Rochlitz die mit dem Aufbau von Kreisnachrichtenblättern einhergehende Zentralisierung, indem er für mehrere alteingesessene Verleger seines Kreises jeweils unterschiedliche Teilausgaben herausgab. So druckte in Burgstädt die Zeitungsdruckerei Schmidt 1946/47 in hoher Auflage die *Amtlichen Bekanntmachungen (Ausgabe A) des Landratsamtes Rochlitz und der Stadt- und Gemeinderäte in den Stützpunktbereichen Burgstädt, Lunzenau, Penig, Altmittweida, Erlau und Ringethal*.<sup>1777</sup> Die Druckerei Ernst Vetter in Geringswalde druckte die Ausgabe B,<sup>1778</sup> die Ausgabe C wurde bei B. Geißler in Penig erstellt.<sup>1779</sup> Die alle drei Tage herausgegebenen *Amtlichen Mitteilungen* fanden durch ihren »bunten Mix aus Bekanntmachungen, Aufrufen, Familienanzeigen, Tauschanzeigen, Bekanntmachungen, Aufrufen und Hinweisen zu Veranstaltungen jeglicher Art« »eine ungeahnte Leserschaft«. <sup>1780</sup> Im benachbarten Glauchau druckte der Verlag Pickenhahn nach dem Krieg die *Amtlichen Bekanntmachungen des Stadt- und Landrates zu Glauchau*<sup>1781</sup> und daneben 1946 auch die *Wahlzeitung der SED - Ortsgruppe Glauchau*,<sup>1782</sup> in Meerane bekam der Inhaber des Verlags C.J. Schulze, in dem vor dem Krieg die *Meeraner Zeitung* erschienen war,<sup>1783</sup> den Druckauftrag für die *Amtliche Bekanntmachungen mit Anzeigen für die Stadt Meerane*, die 1948 wöchentlich in einer Auflage von

<sup>1774</sup> Vgl. Bernhard 1989, S. 81; 125.

<sup>1775</sup> Schomacker, Karl: Besetzung der Kleinstadt Grevesmühlen durch die Siegermächte 1945. In: Schultz-Naumann 1989, S. 277-78; hier 278.

<sup>1776</sup> Hinzu kam in Klütz die Buchhandlung Karl Krohn. – Zur Anzeigenannahme vgl. *Amtliche Bekanntmachungen und Anzeigen für den Kreis Schönberg (Meckl.)*, Nr.1-25/1948 (LHA Schwerin, M.d.I. 1945-1952. Amtliche Bekanntmachungen und Anzeigen für den Kreis Schönberg 1948, Sign. 2006), zur Verlagsgeschichte vgl. Handbuch der deutschen Tagespresse 1937, S. 72.

<sup>1777</sup> Auflage 1946: 17 200 Exemplare, 1947 10-11 000 Exemplare; siehe *Amtliche Bekanntmachungen (Ausgabe A) des Landratsamtes Rochlitz*.

<sup>1778</sup> Auflage 1946: 4 700 Stück; siehe *Amtliche Bekanntmachungen des Landratsamtes Rochlitz (Ausgabe B) und der Stadt- und Gemeinderäte in den Stützpunktbereichen Rochlitz, Geringswalde und Wechselburg*, 26.11.46.

<sup>1779</sup> Auflage 5 900 Exemplare; siehe *Amtliche Bekanntmachungen des Landratsamtes Rochlitz und der Stadt- und Gemeinderäte in den Stützpunktbereichen Penig und Lunzenau. Ausgabe C*, 20.3.47.

<sup>1780</sup> Mitteilung Dieter Richter, Penig, 20.1.2000.

<sup>1781</sup> Auflage am 14.2.47: 800 vermutlich als Plakatzeitung, am 3.9.48 5000; vgl. *Amtliche Bekanntmachungen des Stadt- und Landrates zu Glauchau*.

<sup>1782</sup> Siehe *Wahlzeitung der SED - Ortsgruppe Glauchau* o.Dat, 8/46, SAPMO-Barch.

<sup>1783</sup> 1848 gegründet als Meeraner Wochenblatt, Auflage Anfang 1937 5800 Exemplare 6×wö., Verlagsleiter Hellmuth Schulze (vgl. Handbuch der deutschen Tagespresse 1937, S. 250).



2 000 Exemplaren erschienen. Träger der Lizenz war das Nachrichtenamt der Stadt Meerane, das auch die Redaktion und die Anzeigenleitung besorgte.<sup>1784</sup>

Im Kreis Jerichow/Genthin wollten gleich zwei alteingesessene Verleger ein Mitteilungsblatt herausgeben, es kam jedoch nicht zu einer Kooperation zwischen beiden. Bereits als die sowjetische Militärverwaltung am 2. August 1945 ihren Befehl Nr. 19 veröffentlicht hatte, der für die Veröffentlichung von Zeitungen eine sowjetische Zensur festlegte,<sup>1785</sup> stellte die alteingesessene Buchdruckerei und Verlagsanstalt E. Donath beim Regierungspräsidenten von Sachsen-Anhalt ein »Gesuch [...] um Genehmigung der Wiederherausgabe des »Genthiner Wochenblatts«, des amtlichen Organs für die Stadt Genthin und den Kreis Jerichow II.«<sup>1786</sup> Der Verlag hatte seit 1853 das *Genthiner Wochenblatt* herausgegeben, das ab 1880 dreimal wöchentlich erschien und seit 1936 *Genthiner Tageblatt* hieß. Im Rahmen des »totalen Krieges« musste die Zeitung 1943 aus wehrwirtschaftlichen Gründen zugunsten des örtlichen NS-Organs schließen, der Verleger erhielt Schreibverbot, konnte jedoch seine Druckerei über den Krieg retten.<sup>1787</sup> 1932 hatte sich die Zeitung als »rechts ohne Parteibindung« apostrophiert.<sup>1788</sup> Für den Landkreis Jerichow hatte der Verlag in der 30er Jahren bereits das amtliche Wochenblatt *Jerichowsche Kreisblatt* verlegt.<sup>1789</sup> Von der Stadt war der Verlag bereits im Mai 1945 zur Herausgabe einer Zeitung aufgefordert worden, am Folgetag jedoch war der Verleger vom sowjetischen Armeegeheimdienst verhaftet und in das Internierungslager Buchenwald gebracht worden.<sup>1790</sup> Als sein Schwiegersohn im August 1945 die Herausgabe einer Zeitung beantragte, konnte er gleichzeitig auf »die Bitte der hiesigen Kommunalbehörden, die Forderung der Antifaschistischen Parteien, den Wunsch der gesamten Bevölkerung unserer Stadt und unseres Kreises« verweisen.<sup>1791</sup> Das daraufhin ab Oktober 1945 erschienene Wochenblatt *Mitteilungen* musste sein Erscheinen im Juni 1946 aufgrund von Papiermangel wieder einstellen.<sup>1792</sup> 1947 stellte der Verlag bei der sowjetischen Kommandantur erneut einen Antrag auf

<sup>1784</sup> Stamm <sup>2</sup>1949, S. 151 - Verlagsleiter 1948: Alteigentümer Hellmuth Schulze.

<sup>1785</sup> Zum Befehl Nr. 19 vgl. Strunk 1996, S. 92ff.

<sup>1786</sup> Gesuch der Buchdruckerei und des Verlages E. Donath, Genthin um Genehmigung der Wiederherausgabe des »Genthiner Wochenblatts«, des amtlichen Organs für die Stadt Genthin und den Kreis Jerichow II, Dem Regierungspräsidenten der Provinz Sachsen-Anhalt, Genthin, 6.8.45, Firmenarchivalia E. Donath/Familienarchiv Thomas Giesecke, Genthin.

<sup>1787</sup> Vgl. Friesecke 1996.

<sup>1788</sup> Mediaangabe n. Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>4</sup>1932, S. 262.

<sup>1789</sup> Mediaangaben n. Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>4</sup>1932, S. 262; ZDB-ID 1123597-4.

<sup>1790</sup> Vgl. zu den Internierungen etwa Fricke 1990.

<sup>1791</sup> Gesuch der Buchdruckerei und des Verlages E. Donath, Genthin um Genehmigung der Wiederherausgabe des »Genthiner Wochenblatts«, des amtlichen Organs für die Stadt Genthin und den Kreis Jerichow II, Dem Regierungspräsidenten der Provinz Sachsen-Anhalt, Genthin, 6.8.45, Firmenarchivalia E. Donath/Familienarchiv Thomas Giesecke, Genthin.

<sup>1792</sup> Schreiben Verlag Eugen Donath, an alle Behörden, Mitarbeiter, Geschäftsfreunde und Leser, Genthin, 11.6.45, Firmenarchivalia E. Donath/Familienarchiv Thomas Giesecke, Genthin.

Herausgabe eines Mitteilungsblattes und legte dazu Empfehlungsschreiben des Betriebsrates und der örtlichen Parteien bei:

»Da sich das Fehlen dieses amtlichen Blattes, das sämtliche Ve[r]fügungen, Verordnungen und Bekanntmachungen der Behörden und Parteien brachte, immer unliebsamer bemerkbar machte, sind alle Dienststellen, Parteien und die gesamte Bevölkerung wiederholt mit der Bitte und Forderung an mich herangetreten, nach Möglichkeit die Voraussetzungen zur Herausgabe des Amtlichen Nachrichtenblattes zu schaffen.«<sup>1793</sup>

Die Zeitung sollte dreimal wöchentlich im Format Din A4 erscheinen, lediglich Bekanntmachungen der Behörden und Parteien bringen sowie Anzeigen, »die ja für unser Wirtschaftsleben auch sehr dringlich sind«. Nach Möglichkeit sollte für dieses Nachrichtenblatt wieder der Name *Genthiner Tageblatt* verwendet werden.<sup>1794</sup> Die Zeitung wurde nicht genehmigt, schließlich aber im Januar 1948 der Druck und Vertrieb eines Bekanntmachungsblattes öffentlich ausgeschrieben. Den Auftrag bekam nun jedoch die Konkurrenz, die Buchdruckerei Gustav Thie,<sup>1795</sup> die über bessere Kontakte zur Verwaltung verfügt haben soll.<sup>1796</sup> Das daraufhin vom städtischen Nachrichtenamt und später vom Rat des Kreises herausgegebene *Nachrichtenblatt für den Kreis Jerichow 2* erschien (als *Bekanntmachungen für den Landkreis Genthin*) letztmalig am 29. Dezember 1951.<sup>1797</sup>

Auch wenn ein Teil der Betriebe bis 1948 im Rahmen der sowjetischen Entnazifizierungs- und sozialistischen Umgestaltungspolitik enteignet wurde,<sup>1798</sup> so ist jedoch auffällig, das andere Zeitungshäuser auch in den späten 40er und zu Beginn der 50er Jahre als Verleger amtlicher Bekanntmachungsblätter weiter aktiv bleiben konnte. Es kam regelmäßig zu verlegerischen Kontinuitäten. Selbst lange nach dem Ende der Enteignungswellen im Jahr 1948<sup>1799</sup> begannen Traditionsverleger mit der Neuherausgabe von Bekanntmachungsblättern. Im Seebad Ahlbeck auf der Insel Usedom erschienen erstmals im März 1949 im Hause der »Buchdruckerei Ernstdruck« die wöchentlichen *Usedomer Kreisnachrichten*, bei der wie bei Bekanntma-

<sup>1793</sup> Schreiben Verlag E. Donath, an die Sowjetische Militäradministration Provinz Sachsen, über den Herrn Kreiskommandanten, Genthin, 13.2.47, Firmenarchivalia E. Donath/Familienarchiv Thomas Giesecke, Genthin.

<sup>1794</sup> Schreiben Verlag E. Donath, an die Sowjetische Militäradministration Provinz Sachsen, über den Herrn Kreiskommandanten, Genthin, 13.2.47, Firmenarchivalia E. Donath/Familienarchiv Thomas Giesecke, Genthin.

<sup>1795</sup> Das Unternehmen hatte bis 1941 die 1882 gegründete und 1932 als liberal-demokratische charakterisierte *Genthiner Zeitung und Bote im Lande Jerichow* herausgegeben, dann bereits zwei Jahre vor dem *Genthiner Tageblatt* von der Nationalsozialistischen Tageszeitung *Der Mitteldutsche* übernommen wurde (Mediaangaben n. Handbuch der deutschen Tagespresse 41932, S. 262; Handbuch der deutschen Tagespresse 71944, S. 88; zur Expansion des *Mitteldutschen* siehe Kap. 2.2).

<sup>1796</sup> Mitteilung Thomas Friesecke, Genthin, 14.3.2000.

<sup>1797</sup> ZDB-ID 1435143-2; 1435160-2

<sup>1798</sup> So Ende 1948 die Buchdruckerei Edmund Mattig in Dömitz (vgl. Bernhard 1989, S. 31). - Zur Entnazifizierung und wirtschaftlichen Umgestaltung in Mecklenburg-Vorpommern vgl. näher van Melis 1999.

<sup>1799</sup> Vgl. Buck 1948, S. 1084.

chungsblättern üblich der Rat des Kreises die Herausgabe und die Redaktion besorgte.<sup>1800</sup> Schon in der Vorkriegszeit hatte die Buchdruckerei Karl Ernst in den Sommermonaten den *Ahlbecker Bade-Anzeiger* besorgt, ein unpolitisches offizielles Organ der kommunalen Badeverwaltung.<sup>1801</sup> Auch die *Usedomer Kreisnachrichten* waren ein Organ der örtlichen Verwaltung und sollten »dem demokratischen Aufbau« und damit der Mobilisierung der Bevölkerung dienen:

»Das Erscheinen des ersten Blattes der ›Usedomer Kreisnachrichten‹, die einer Verbesserung der gemeinsamen Zusammenarbeit zwischen Bevölkerung und Verwaltung dienen sollen, fällt in eine Zeit, in der in unserer Zone der Aufbau der Verwaltung, mit der Unterstützung und Förderung der Besatzungsbehörden, ständig verbessert wird.«<sup>1802</sup> – »Nach dem Willen des Rates des Kreises sollen die ›Usedomer Kreisnachrichten‹ ein Bindeglied sein zwischen der Kreisverwaltung einerseits und andererseits den Räten der 59 Gemeinden, den Bürgermeistern, den Gemeindevertretungen und deren Vorsitzenden sowie den Ortsausschüssen und Kommissionen, den antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen, insbesondere der Vereine der gegenseitigen Bauernhilfe, ja der gesamten Bevölkerung in Stadt und Land. Sie werden die wichtigsten Befehle unserer Besatzungsmacht, Verordnungen und Durchführungsbestimmungen der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK), Gesetze und Durchführungsbestimmungen des Landtages, Erlasse und Verfügungen der Landesregierung und Veröffentlichungen der Kreisverwaltung bringen.«<sup>1803</sup>

Die Zeitung erschien im Umfang von zwei bis vier Seiten im Format DIN A4 und enthielt ab Nr. 3 auch Anzeigen.<sup>1804</sup>

Ab vermutlich März 1949 druckte in Plau der Verlag A.C. Froh unter dem Titel *Bekanntmachungen* wöchentlich einen Aushang und annoncierte darüber hinaus auch »sämtliche Drucksachen«.<sup>1805</sup> Seit 1953 verlegte Froh zudem für die SED-Kreisleitung die *Dorfzeitung für den MTS-Bereich Walow* und ab vermutlich 1958 auch das *Neue Leben* für den MTS-Bereich Altenhof, beides Zeitschriften für den örtlichen Maschinenring.<sup>1806</sup>

Auch der Verlag Oberreuter konnte neben seinem lokalen Anzeigenblatt bzw. einem Anzeigenaushang andere Verlagsprodukte herausgeben, so den überregionalen *Dental-Anzeiger für die Zahnbeilkunde und die Zahnpraxis*, ein Blatt, das Stellen- und Geschäftsanzeigen von und für Zahnärzte, Zahntechniker und die zahntechnische Industrie brachte.<sup>1807</sup> Vermutlich erst im

<sup>1800</sup> Vgl. *Usedomer Kreisnachrichten*, 1.3.49 (LHA Schwerin, MiPrä, Rat des Kreises Usedom 1945-1952, Sign. 30). – Eine in der Postzeitungsliste genannte vier- bis fünfmalige Erscheinungsweise pro Woche (vgl. 1. Nachtrag zur Postzeitungsliste 1949, 15.5.49, S. 6) konnte nicht bestätigt werden, die ersten 8 Nummern bis zum 23.4.49 erschienen wöchentlich (vgl. Bestand LHA Schwerin, MiPrä, Rat des Kreises Usedom 1945-1952, Sign. 30). Die Änderung der Beziehungsbedingungen auf »wöchentlich« erfolgten im 2. Nachtrag zur Postzeitungsliste 1949, 1.6.49, S. 4.

<sup>1801</sup> Vgl. Handbuch der deutschen Tagespresse 1932, S. 215.

<sup>1802</sup> »Unsere Arbeit dient dem demokratischen Aufbau,« in: *Usedomer Kreisnachrichten*, 1.3.49 (LHA Schwerin, MiPrä, Rat des Kreises Usedom 1945-1952, Sign. 30).

<sup>1803</sup> »Landrat Schwarz, Rat des Kreises Usedom: Jeder hilft mit!« In: *Usedomer Kreisnachrichten*, Nr. 2/5.3.49. LHA Schwerin, MiPrä, Sign. 30.

<sup>1804</sup> Vgl. *Usedomer Kreisnachrichten*, Nr. 1ff. (LHA Schwerin, MiPrä, Rat des Kreises Usedom 1945-1952, Sign. 30).

<sup>1805</sup> *Bekanntmachungen*, 18.5.49. – In LHA Schwerin, VoBi, Bekanntmachungen in Plau, Sign. 3202, vorrätig ab 2.3.49. Die Buchdruckerei Froh hatte zuvor bis zum Ende des Weltkriegs die 1935 mit dem *Plauer Anzeiger* vereinigte *Plauer Zeitung* herausgegeben (vgl. Bernhard 1989, S. 76; Handbuch der deutschen Tagespresse 1937, S. 73f.).

<sup>1806</sup> Bestand: SAPMO-BArch. Zur Funktion dieser Zeitungen vgl. Gserick 1989, S. 46.

<sup>1807</sup> Datenquelle: Oberreuter o.J., o.P.

Februar 1950 stieg in Woldegk die Buchdruckerei Paul Schaffhausen<sup>1808</sup> wieder in das Verlagsgeschäft ein und veröffentlichte das samstägliches *Mitteilungsblatt für die Stadt Woldegk i.M.* Bei diesem Blatt teilten sich die Stadt und das Druckhaus ebenfalls die Aufgaben: Der Rat der Stadt war für den amtlichen Teil und der alteingesessene Verleger Paul Schaffhausen für den Anzeigenteil verantwortlich.<sup>1809</sup>

Die beteiligten Verleger, die kommunalen Verwaltungsspitzen und die Bevölkerung sahen in den Bekanntmachungsblättern häufig eine Vorstufe für vollständige Tageszeitungen oder gar einen Ersatz für Tageszeitungen. So war das Anzeigenblatt des Verlagshauses Oberreuter in Zeulenroda/Thür. »als Nachfolger der Zeitung gedacht, mit dem Wunsch, das daraus wieder eine Zeitung wird.«<sup>1810</sup> Der Verlag der von 1875 bis zum Juli 1945 erschienenen *Elsterberger Nachrichten* und der örtliche Bürgermeister gaben ebenfalls 1947 der Hoffnung Ausdruck, dass ihr Anzeigenblatt schrittweise den Inhalt ausweiten könnte:

»Unter großen Bemühungen ist es der Leitung der Firma Bruno Hinsching gelungen, die Herausgabe eines Bekanntmachungs- und Anzeigenblattes für Elsterberg und dessen umliegende Gemeinden zu ermöglichen. Wenn auch das Blatt sein Erscheinen vorläufig nur für 1 Mal in der Woche angekündigt hat, so sind wenigstens die Anfänge zu einem künftigen Heimatblatt getan. Die jetzige Leitung wird nichts unversucht lassen, nach und nach die Zeitungsausgabe zu erweitern, sodaß den Bedürfnissen der Bevölkerung Elsterbergs sowie der umliegenden Gemeinden in steigendem Maße Rechnung getragen werden kann.«<sup>1811</sup>

Die Auffassung, dass zu einer Zeitung nicht nur Bekanntmachungen und Anzeigen gehörten, wurde dabei im Einzelfall auch von den Besatzungsoffizieren geteilt. In Demmin beklagte so die örtliche Kommandantur, dass das dortige Bekanntmachungsblatt zwar die wesentlichen Bedürfnisse von Gewerbetreibenden, Behörden und Kleinanzeigenkunden erfüllte, nicht jedoch das politische Informationsbedürfnis. Um die Ausweitung des Inhalts zu erzwingen, verweigerte der sowjetische Zensor dem Bekanntmachungsblatt kurzerhand nach wenigen Wochen die Genehmigung: »Der politische Zensor der Kommandantur hat das weitere Erscheinen mit der Begründung einstweilen unterbunden daß dieses Blatt auch einen redaktionellen Teil (politische und lokale Nachrichten) enthalten soll. Für die Herausgabe einer solchen Zeitung ist jedoch eine Lizenzerteilung notwendig, die der politische Zensor selbst

<sup>1808</sup> Sein Verlag hatte im NS-Staat im Zeitungsgeschäft aktiv bleiben können, litt dann jedoch unter Auflageneinbrüchen, die zur Aufgabe der Selbständigkeit führten. Die Auflage der *Woldecker Zeitung* ging von 1 250 (1932) auf 310 (1936) zurück, woraufhin Schaffhausen die Zeitung als Nebenausgabe des *Neubrandenburger Anzeiger* in den Verlag Ahrendt & Greve eingebracht hatte, der wiederum 1944 vom nationalsozialistischen *Niederdeutschem Beobachter* gekauft wurde. Schaffhausen blieb nach der Aufgabe seiner Zeitung Geschäftsstellenleiter, (vgl. Sperlings <sup>58</sup>1933, S. 463; Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>59</sup>1934, S. 78; Handbuch der deutschen Tagespresse <sup>61</sup>1937, S. 75; Sperlings <sup>60</sup>1937, S. 407; Bernhard 1989, S. 60f.) behielt aber offenbar seine Druckerei und annoncierte 1950 wieder Drucksachen (vgl. *Mitteilungsblatt für die Stadt Woldegk i.M.*, 29.4.50).

<sup>1809</sup> Vgl. *Mitteilungsblatt für die Stadt Woldegk i.M.*, 29.4.50.

<sup>1810</sup> Telefonauskunft Hans Wolf Oberreuter, Druckerei Oberreuter, Zeulenroda, 10.11.99.

<sup>1811</sup> Grußwort Bürgermeister Geiler für den Stadtrat Elsterberg, in: *Bekanntmachungen und Anzeigen für Elsterberg und die umliegenden Landgemeinden*, 29.3.47. (Für die Überlassung von Kopien danke ich dem Archiv der Stadt Elsterberg/Vogtl.)

einholen wollte.«<sup>1812</sup> Die Kommandantur konnte sich mit ihren Vorstellungen vom Presse-neuaufbau letztlich bei den vorgesetzten Stellen nicht durchsetzen, die nach einer kurzen Pause wieder gedruckte Wandzeitung enthielt allerdings später sehr selten redaktionelle Beiträge, die die Bedeutung dieser Mitteilungsblätter für die Beeinflussung der Bevölkerung unterstreichen. Die Nummern 11 bis 13 brachten etwa als Übernahme aus der *Landeszeitung* der SED einen Bericht über die Arbeits- bzw. Verdienstmöglichkeiten im Bergbau im sächsischen Aue. Mit der Schilderung von Lohnhöhen und Zusatzleistungen wie Tabak- und Textilsonderzuteilungen sollte offenbar die Personalsituation im sächsischen Uranbergbau verbessert werden.<sup>1813</sup>

Auch vor 1933 hatte die Bevölkerung von ihrer traditionellen Tagespresse in der Regel keine kritische Berichterstattung oder Gegenöffentlichkeit erwarten können, da die lokale Presse »ökonomisch-sozial in kommunale Machtstrukturen fest eingebunden« war.<sup>1814</sup> Die Lokalzeitungsverleger konzentrierten sich auf die Geschehnisse im Nahbereich, »verfolgten dabei aber weniger publizistische als ökonomische Zielsetzungen.«<sup>1815</sup> Die Zeitungen hatten vor allem Anzeigen zu enthalten. Während des Nationalsozialismus wurde die Heimatpresse zum wichtigen Vehikel völkischer Politik: »Ebenso unzertrennlich wie Kirche und Rathaus mit Stadt und Dorf ist das Heimatblatt mit der Heimat verbunden. Tief in der Heimaterde verwurzelt, empfängt die Heimatzeitung aus den Urelementen des Bodens und des Volkstums Kraft und Leben.«<sup>1816</sup> Nachdem viele kleine Zeitungen während des Krieges für einige Jahre hatten schließen müssen, wurden die Bekanntmachungsblätter offenbar bereits deshalb als Fortsetzung der traditionellen Lokalpresse angesehen, weil sich in ihren Spalten lokale Geschehnisse wiederfanden. Wie sehr diese Anzeigenblätter als Fortsetzung der alten Lokalzeitungen verteidigt wurden, zeigte sich bei den Versuchen der Wolgaster Bevölkerung (Insel Usedom), 1950 die Einstellung des örtlichen Bekanntmachungsblattes zu verhindern. Im dortigen Verlag Hoffmann-Druck erschien bereits im 4. Jahrgang zweimal in der Woche im Kleinformat Din A4 das *Wolgaster Anzeigenblatt*, für das der Verlag den Druck und die Anzeigenaufnahme besorgte und bei dem der Rat der Stadt als Herausgeber fungierte. Der

---

<sup>1812</sup> Anlage zum Schreiben, Der Landrat des Kreises Demmin, Amt für Kultur u. Volksbildung, an die Landesregierung Mecklenburg, Ministerium für Innere Verwaltung, Betr. Lizenzerteilung für die Buchdruckerei W. Gesellius, Pächter: Heinrich Stein, Demmin, Baustr. 45, 23.8.47. LHA Schwerin, VoBi, Lizenzerteilung an die Druckerei Gesellius, Demmin, für ein amtliches Nachrichtenblatt 1947-1948, Sign. 3195.

<sup>1813</sup> Vgl. Existenzmöglichkeit! Freiwillige für den Erzbergbau in Aue (Sachsen). Tatsachenbericht eines Angestellten des Kreisarbeitsamtes Güstrow. In: *Bekanntmachungen* Nr. 11/17.10.47. Wiederholung in Nr. 12/23.10.47 und Nr. 13/30.10.47 (LHA Schwerin, VoBi, Lizenzerteilung an die Druckerei Gesellius, Demmin, für ein amtliches Nachrichtenblatt 1947-1948, Sign. 3195).

<sup>1814</sup> Jonscher 1995, S. 69.

<sup>1815</sup> Jonscher 1995, S. 98.

nach dem Krieg gewählte Titel *Wolgaster Anzeigenblatt* lehnte sich an den 1841 gegründeten Traditionsnamen *Wolgaster Anzeiger* an,<sup>1817</sup> der bis zum Krieg als »amtliche Zeitung der Stadt Wolgast« fungiert hatte.<sup>1818</sup> 1950 enthielt das vierseitige Nachfolgeblatt neben Bekanntmachungen der Kommunalverwaltungen die Mitteilungen der örtlichen Vereine und Parteien, die Gottesdienstordnung und kommunale politische Berichte.<sup>1819</sup> Für diese örtlichen Vereinigungen bedeuteten die Bekanntmachungsblätter eine wichtige Möglichkeit, breitere Bevölkerungsschichten zu erreichen und für sich zu erschließen. Als das *Wolgaster Anzeigenblatt* geschlossen werden sollte, gingen bei der Landesregierung Protestschreiben aller Vereinigungen der Stadt ein, vom Demokratischen Frauenbund, dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, dem Bauernverband VdgB, der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, dem Kulturbund, der Freien Deutschen Jugend, der »Betriebssportgemeinschaft Peene-Werft - Holzindustrie« und der SED-Ortsgruppe. Die Verbände hoben dabei vor allem die organisierende und mobilisierende Funktionen der Presse hervor. Der örtliche Kulturbund führte etwa an, »das Anzeigenblatt hat uns im Aufbau unserer Wirkungsgruppe unschätzbare Dienste geleistet.«<sup>1820</sup>

Das Mitteilungsblatt führte so die traditionelle Rolle der Lokalzeitungen fort, die als Amtsblätter nicht als Kontrolle der Macht fungierten, sondern als Teil der örtlichen Macht im Netzwerk lokaler Interessen verankert waren.<sup>1821</sup> Die alteingesessenen Verleger erfuhren dabei eine durch ihre soziale Verankerung begründete Unterstützung, wie sie BAUERKÄMPER auch für die Großbauern beschrieb: Das weitgehend ungebrochene »Prestige der lokalen Honorartionen«<sup>1822</sup> behinderte deren ökonomischen Ausschluss aus der Gesellschaft, da sich die örtlichen »Bürgermeister, VdgB-Funktionäre und sogar SED-Mitglieder« schützend vor die bedrohten Unternehmer stellten.<sup>1823</sup>

<sup>1816</sup> Hans Ulrich Arntz: Der Remscheider Generalanzeiger im Rahmen der Geschichte seines Typs. Diss. Berlin 1937, S. 92, zit. n. Jonscher 1995, S. 99.

<sup>1817</sup> Das Nachkriegsblatt *Wolgaster Anzeigenblatt* wurde mit der traditionellen Heimatzeitung *Wolgaster Anzeiger* aus der Vorkriegszeit gleich gesetzt bzw. verwechselt, wie anlässlich der Schließung an den Verlag gerichtetes Schreiben zeigt: »Mit grossem Bedauern haben wir in den letzten Tagen zur Kenntnis nehmen müssen, dass mit großer Wahrscheinlichkeit mit dem Einstellen Ihres »Wolgaster Anzeiger« zu rechnen ist.« (Schreiben Kulturbund zur Demokratischen Erneuerung Deutschlands Wirkungsgruppe Wolgast, an Hoffmann-Druck, Wolgast, 17.6.50. Als Anlage zu: Schreiben Deutsche Demokratische Republik, Amt für Information, Abtl. Presse/Gesetz, Berlin, an das Amt für Information des Landes Mecklenburg, Sekretariat des Ministerpräsidenten, 21.6.50. LHA Schwerin, MiPrä, Sign. 1671, Blatt 618.).

<sup>1818</sup> Handbuch der deutschen Tagespresse 1937, S. 140.

<sup>1819</sup> Das *Wolgaster Anzeigenblatt* (3.6.50) berichtete so über den internationalen Kindertag (»Unserer Jugend eine sonnige Zukunft«, S. 1) und eine politische Sportveranstaltung (»Festlicher Empfang der Friedenskämpfer. Freundschaft!«).

<sup>1820</sup> Schreiben Kulturbund zur Demokratischen Erneuerung Deutschlands Wirkungsgruppe Wolgast, an Hoffmann-Druck, Wolgast, 17.6.50. Anlage zu Schreiben Deutsche Demokratische Republik, Amt für Information, Abtl. Presse/Gesetz, Berlin, an das Amt für Information des Landes Mecklenburg, Sekretariat des Ministerpräsidenten, 21.6.50. LHA Schwerin, MiPrä, Sign. 1671, Blatt 618.

<sup>1821</sup> Vgl. Frei 1986, S. 28; Jonscher 1995, S. 69; Bertkau 1932, S. 13\*.

<sup>1822</sup> Bauerkämper 2001, S. 153.

<sup>1823</sup> Bauerkämper 2001, S. 153.

Die SED hatte bei der Umsetzung ihrer Politik deshalb nicht nur auf die Verleger Rücksicht zu nehmen, sondern auch auf die durch diese Netzwerke geprägten lokalen Autoritäten. Als die Mindestgröße der Erscheinungsgebiete der Bekanntmachungsblätter auf einen Landkreis festgelegt wurden, mussten Proteste und Verweigerungen aus kleineren kreisangehörigen Städten befürchtet werden, weshalb diese Städten eigene Lokalseiten zugestanden bekamen: »Bedeutende Gemeinden haben die Möglichkeit, Beilagen zu dem Kreisblatt drucken zu lassen. Verantwortlich für die Redaktion ist in jedem Fall der Redakteur des Kreisblattes. Die Beilagen dürfen nur in Verbindung mit dem Kreisblatt vertrieben werden.«<sup>1824</sup> Auf die engen Kontakte zwischen Verlegern und kommunaler Spitze dürfte auch die Produktion mehrerer Ausgaben des Mitteilungsblattes des sächsischen Kreises Rochlitz zurückzuführen gewesen sein. Zu den beteiligten Verlagen gehörte auch der Peniger Verlag B. Geißler, dessen Eigentümerfamilie zu den reichsten der Stadt zählte und sich umfassend in den lokalen Vereinen und Verbänden engagiert hatte.<sup>1825</sup> Der Verleger gehörte zu den frühen Förderern des Nationalsozialismus.<sup>1826</sup> In Rochlitz hatte der Landkreis bereits 1946 die Herausgabe des Mitteilungsblattes übernommen, als Verleger waren neben Geißler aus Penig auch die Verlage Schmidt aus Burgstädt und Vetter aus Rochlitz beteiligt, die zusammen mit dem Glauchauer Verlag Pickenhahn bereits in den 30er Jahren die Mulde-Region mit ihren Tageszeitungen, die alle zugleich Amtsblätter gewesen waren, »aufgeteilt« hatten,<sup>1827</sup> und die 1945 erneut die Gelegenheit bekamen, sich an der Produktion amtlicher Zeitungen, wenn auch nur an Anzeigen- und Bekanntmachungsblättern, zu beteiligen.

Angesichts der Tatsache, dass 1937 in den Ländern Mecklenburg, Thüringen, Anhalt, Sachsen und in den beiden preußischen Provinzen Brandenburg und Sachsen knapp 600 Zeitungsorte

<sup>1824</sup> An alle Redaktionen des Kreises und der Stadt. Protokoll der Tagung der Redakteure der Kreisblätter (Analyse, Ausgestaltung und Diskussion) vom 13.6.50, LHA Schwerin, MiPrä, Rep. 1671. – Ausnahmen wurden trotz aller Proteste nicht zugelassen: »Um die engere Verbindung zwischen der Verwaltung des Rat des Kreises und der gesamten Bevölkerung des Kreisgebietes herzustellen, war es notwendig, die Kreisblätter lebendiger zu gestalten, ihre Auflage zu erhöhen und ihren Vertrieb zu erweitern. Aus diesem Grund und da die Anzeigenblätter der Gemeinden nicht die notwendigen Grundlagen haben, um die Aufgaben, die im Hinblick auf die kommende Wahl, im Kampf um den Frieden und zur Propagierung der Ziele der Nationalen Front, erhalten [sic!], musste das Erscheinen der amtlichen Mitteilungsblätter der Kreise [sic!] eingestellt werden. Wir verkennen durchaus nicht die Bedeutung der Industriestädte wie z.B. Wolgast, innerhalb des Kreisblattes. Für diesen Fall und ähnlich gelagerte haben wir deshalb den Kreisverwaltungen vorgeschlagen, ihrem Mitteilungsblatt eine Beilage für Wolgast hinzuzufügen. Wir hoffen, daß auch Sie an der Ausgestaltung Ihres Kreisblattes, vor allem aber der Wolgaster Beilage, regsten Anteil nehmen und damit zur Festigung des Vertrauens der Werktätigen zu ihrer Verwaltung beitragen. Aus den vorstehend genannten Gründen kann eine Sondergenehmigung für das Wolgaster Anzeigenblatt nicht erteilt werden.« (Schreiben Abt. Presse-Film-Funk, an den Rat der Stadt Wolgast, 17.7.50, Durchschrift, Betr. Wolgaster Anzeigenblatt. LHA Schwerin, MiPrä, Sign. 1671, Blatt 758.)

<sup>1825</sup> Mitteilung Dieter Richter, Penig, 13.2.2000.

<sup>1826</sup> Vgl. Richter 1998c, S. 27f.

<sup>1827</sup> Mitteilung Dieter Richter, Penig, 20.1.2000.

existierten,<sup>1828</sup> lässt sich ermesen, dass eine Beschränkung der Bekanntmachungsblätter auf rund 200 Landkreise<sup>1829</sup> einen weitgehenden Eingriff auch in die kommunalen Eigenständigkeit bedeutet haben muss. Durch die Beschränkung der Blätter auf je einen Landkreis konnten jedoch die engen Bindungen zwischen den Verlegern und der Bevölkerung unterbrochen und eine Basis für die gesellschaftlichen Umwälzungen gelegt werden. Trotzdem kam es nicht zu einer schnellen Verdrängung der Traditionsverlage, sondern offenbar angesichts des langsamen Aufbaus der Kreisausgaben der sozialistischen Parteizeitungen<sup>1830</sup> waren trotzdem noch länger immer wieder auch Ausnahmen möglich.

Ende der 40er Jahre verstärkte sich die Tendenz, die Verleger aus dem Geschäft mit den Anzeigen- und Bekanntmachungsblättern zu verdrängen, was mit einer weiteren Zentralisierung des Pressesystems und einer Vereinheitlichung der kommunalen Mitteilungsblätter einherging. Mit der flächendeckenden Herausgabe der Kreiszeitungen sollten die noch bestehenden privaten Anzeigenblätter wegfällen und dieses Geschäft von den Kreisen übernommen werden.<sup>1831</sup> In Mecklenburg übernahm der SED-eigene Landesverlag immer mehr der Bekanntmachungsblätter, die neben Bekanntmachungen und Anzeigen an exponierter Stelle in den Seitenköpfen und -füßen regelmäßige Losungen und Parolen enthielten.<sup>1832</sup> Zudem entstanden große parteieigene Anzeigenringe.<sup>1833</sup>

Für die Landesregierungen ergaben sich durch die Vereinheitlichung bessere Möglichkeiten der zentralen Steuerung und Überwachung der Zeitungen. Nachdem die Zensur mit der Gründung der DDR von sowjetischen an deutsche Stellen übergegangen war,<sup>1834</sup> bauten die Länder besondere Kontrolleinrichtungen auf. Das neu gegründete »Amt für Information« des

<sup>1828</sup> Anhalt: 12; Mecklenburg: 51; Brandenburg: 144; preußische Provinz Sachsen: 137; Land Sachsen: 154; Thüringen: 84 (eigene Auszählung n. Handbuch der Deutschen Tagespresse <sup>6</sup>1937; Gebiet der späteren DDR ohne Berlin, Vorpommern und die niederschlesischen Gebiete im heutigen Ostsachsen, jedoch inkl. der ostbrandenburgischen Landkreise).

<sup>1829</sup> 1945 bestanden 197 Landkreise (vgl. Volkszählung vom 1. Dezember 1945).

<sup>1830</sup> Siehe Kap. 6.2.1.

<sup>1831</sup> An alle Redaktionen des Kreises und der Stadt. Protokoll der Tagung der Redakteure der Kreisblätter (Analyse, Ausgestaltung und Diskussion) vom 13.6.50, LHA Schwerin, MiPrä, Rep. 1671. (»Vor allem ist Wert auf Inserate der wirtschaftlichen und kulturellen Schwerpunktbetriebe zu legen, daneben können auch Privatanzeigen aufgenommen werden. (Wohnungstausch, Verkauf, Familienanzeigen sind jedoch nach Möglichkeit abzulehnen).«)

<sup>1832</sup> Siehe Bekanntmachungen, Parchim, Jg. 1949: »Unsere Forderung nach einem gerechten Frieden, nach der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands, das ist der Kampf der »Nationalen Front, durch den wir beitragen zur Befriedung der Welt« (9.7.49); »Wir messen unsere Kraft nach den Millionen Herzen, die im Tempo des Fortschritts schlagen, nach Millionen Köpfen, die eine bessere Welt planen. - Jene aber wägen ihre Stärke an Atombomben und Dollar-Subventionen für ihre Rüstungsproduktion. Unsere Kraft liegt in der Wahrheit und Gerechtigkeit unserer Sache. Jene aber bauen auf die Verblendung, Betörung und Verdummung der Menschen.« (9.7.49) - Bestand LHA Schwerin, VoBi, Wochenzeitungen in Parchim 1948-1949, Rep. 3201.

<sup>1833</sup> Der Rostocker *Anzeigen-Aushang* stand beispielsweise 1947 mit Ausgaben in mecklenburgischen Städten wie Rostock, Bad Sülze, Barth, Bützow, Crivitz und 31 weiteren Städten in Konkurrenz zu den örtlichen Anzeigenblättern (BWD <sup>2</sup>1947, S. 113), das *Thüringer Volk* verfügte bereits im Mai 1946 über 24 selbständige Ortsausgaben mit eigenen Text- und Anzeigenteilen (Schreiben Thür. Volksverlag, an Preisamt, 15.5.46, Landesfinanzdirektion Thüringen, Preisamt, TStA Weimar, Sign. 1231) und 1947 zusätzlich über den *Anzeigendienst des »Thüringer Volk«* (Sperlings <sup>62</sup>1947, S. 270).

<sup>1834</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 92ff., Holzweißig 1991, S. 7, Geserick 1989, S. 76.



Landes Mecklenburg begann beispielsweise Anfang 1950 mit der Erfassung der Zeitungen. Am 4. Februar 1950 erging dazu an die Landkreise die Aufforderung, jeweils 5 Exemplare der dort erscheinenden Bekanntmachungsblätter einzuschicken.<sup>1835</sup> Kontrolliert wurde einerseits die äußere Form,<sup>1836</sup> in die regelmäßigen Bestandsaufnahmen gingen aber auch die Inhalte ein: »Die Sprache ist zu trocken, unpersönlich, ohne jede politische Agitation (bis auf wenige Ausnahmen). Die Erscheinungsweise ist verschieden, wöchentlich oder nach Bedarf. Nicht bei allen Blättern ist ersichtlich, ob sie kostenlos abgegeben werden.«<sup>1837</sup> Bereits Ende Februar 1950 wurden die Nachrichtenämter der Landkreise zu Änderungen aufgefordert, mit denen die Massenwirksamkeit der Bekanntmachungsblätter erhöht werden sollte:

»Wir möchten Ihnen Anregungen für eine bessere und zeitgemäßere Gestaltung geben. [...] Der Inhalt soll Menschen ansprechen, nicht »Beamte«. Vor allem ist auch anzustreben, dass nicht nur die Behörden, sondern auch weite Kreise der Bevölkerung ihr Amtsblatt lesen, um mit der Verwaltung in ein inneres Verhältnis zu kommen. [...] Wir vermissten auch politische Entschliefungen, Aufrufe usw. die, persönlich an die Bürgermeister und Gemeindevertreter gerichtet sind, die zur grösseren Aktivität anspornen. Auch Hinweise auf Veranstaltungen kultureller Art im Kreisgebiet [...] würde die Bevölkerung dankbar begrüßen. Man könnte auch kurz berichten, wie die Verwaltung auf festgestellte Mißstände reagiert. Das gibt der Bevölkerung das Gefühl: Uns wird soweit wir [sic] möglich geholfen. Auch amtliche Bekanntmachungen können, richtig gestaltet, eine grössere Bedeutung haben, als gemeinhin angenommen wird, ohne deshalb die Rolle der Zeitung zu übernehmen oder in deren Aufgabengebiet einzugreifen. Wir sollten jedenfalls jede Möglichkeit erschöpfen, um die Ziele der Deutschen Demokratischen Republik zu propagieren und ihre Durchsetzung zu unterstützen.«<sup>1838</sup>

Auch die für die Presselenkung der späteren DDR so zentralen »Bitten«<sup>1839</sup> zum Abdruck und zur Platzierung bestimmter Beiträge wurden gegeben.<sup>1840</sup>

Anfang der 50er Jahre vergrößerten sich so die Anstrengungen der staatlichen Behörden, kommunale Zeitungen herauszugeben. Die vorhandenen Mitteilungsblätter der Kreise sollten, wo noch nicht geschehen, auf einen Umfang von wöchentlich 6 bis 8 Seiten vergrößert werden. Ziel war es, »dass das Anzeigenblatt in jedem Haushalt des Kreisgebietes gelesen wird«.<sup>1841</sup> Die lokalen Behörden sollten Beiträge zuliefern, ohne dass die Zeitungen aber als Verlautbarungsorgan erkennbar werden sollten:

<sup>1835</sup> Schreiben Amt für Information, an die Räte der Kreise, 4.2.50. LHA Schwerin, MiPrä, Amt für Information, Rep. 1671.

<sup>1836</sup> Über eine Zeitung aus Rügen urteilte das Amt: »Wenig ansprechend, auf Packpapier gedruckt. Ungünstig, wenn Saisongäste solche Ausführung heute, 1950, noch zu Gesicht bekommen.« (Bericht über den Stand der Kreisblätter in Mecklenburg, [handschriftlich:] Februar 1950. LHA Schwerin, MiPrä, Amt für Information, Rep. 1671.)

<sup>1837</sup> Bericht über den Stand der Kreisblätter in Mecklenburg, [handschriftlich:] Februar 1950. LHA Schwerin, MiPrä, Amt für Information, Rep. 1671.

<sup>1838</sup> Schreiben Amt für Information, gez. Wollermann, an den Rat des Kreises Stralsund - innere Verwaltung - , Betr. Ihr Amtsblatt, 28.2.50. LHA Schwerin, MiPrä, Rep. 1671.

<sup>1839</sup> Vgl. insbesondere Bürger 1990; Holzweißig 1991, S. 11ff. (dort jeweils Beispiele für die Form dieser Bitten).

<sup>1840</sup> Etwa: »Folgenden Text, der uns vom Ministerium für Land- und Forstwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik übermittelt wurde, bitten wir in den Kreisblättern an erster Stelle auf der ersten Seite aufzunehmen: Zum »Tag der Erntebereitschaft« zum 1. und 2.7.50« (Schreiben Abt. Presse-Film-Funk, gez. Lehmann, Schreiben an die Kreisblätter (Durchschrift), 22.6.50. LHA Schwerin, MiPrä, Rep. 1671.)

<sup>1841</sup> An alle Redaktionen des Kreises und der Stadt. Protokoll der Tagung der Redakteure der Kreisblätter (Analyse, Ausgestaltung und Diskussion) vom 13.6.50, LHA Schwerin, MiPrä, Rep. 1671.

»Die Bezeichnung »amtlich«, »Mitteilungen«, »Rundschreiben« im Kopf des Blattes sind zu vermeiden. (Usedomer Kreisnachrichten, Randower Kreisblatt) so ist dafür Sorge zu tragen, daß nach Möglichkeit nicht all zu altertümliche Schriften verwendet werden, sodaß das Kreisblatt ein modernes Gesicht erhält. Keine Inserate mit Blumentumrandung. Es ist auf eine lebendige aber nicht zu zersplitterte, unruhige Gestaltung und Raumeinteilung zu achten.«<sup>1842</sup>

Anders als in vielen bisherigen Bekanntmachungsblättern sollten die von den Behörden übermittelten Informationen in den neuen Kreisblättern redigiert und dabei begründet und erläutert werden. »Auch die Unterbringung kritischer Stellungnahmen ist möglich.«<sup>1843</sup>

Die Möglichkeiten der alteingesessenen Verlage, sich am Druck und an der Herausgabe von Anzeigen- und Bekanntmachungsblättern zu beteiligen, waren von Land zu Land unterschiedlich und hingen vor allem von der Entwicklung der Landeszeitungen ab. Die Mitteilungsblätter wurden dabei im Zuge des Aufbaus von Kreisausgaben der Parteizeitungen zumeist zugunsten der immer mehr entstehenden SED-Parteipresse eingestellt, was zu einer Verdrängung der Traditionsverlage führte. Als etwa die *Märkische Volksstimme* zum 1. Juli 1950 die Zahl ihrer Ausgaben von 7 auf 15 erhöhte, verschwanden in Brandenburg Bekanntmachungsblätter wie *Amtliche Nachrichten für den Stadtkreis Frankfurt (Oder)*, das *Lebuser Kreisblatt*, die *Beeskower Kreisnachrichten*, die *Fürstenwalder Kreisnachrichten* oder das *Lübbener Kreisblatt*.<sup>1844</sup>

### 6.3.2 Beteiligung alteingesessener Verleger am Aufbau der Tagespresse

Wie bei den Anzeigenblättern war den alteingesessenen Verlagen anfangs auch beim Aufbau der Tagespresse der Parteien eine Beteiligung möglich gewesen. Die Traditionsverlage übernahmen dabei die Herausgabe einzelner Lokalausgaben der parteieigenen Landespresse. Zu den Verlagen, die bereits frühzeitig eine Lokalausgabe einer kommunistischen Landeszeitung herausgaben, hatte der Verlag C. J. Schulze unter seinem Verlagsleiter Helmuth Schulze aus Meerane in Sachsen gehört. Vom 26. Juli bis zum 1. September war dort die Ausgabe Meerane der *Volkszeitung* aus Dresden gedruckt worden, bei Schulze zudem die Anzeigenleitung innehatte.<sup>1845</sup> Nach dem Verbot der Lokalausgabe im Zuge der Zentralisierung der

<sup>1842</sup> An alle Redaktionen des Kreises und der Stadt. Protokoll der Tagung der Redakteure der Kreisblätter (Analyse, Ausgestaltung und Diskussion) vom 13.6.50, LHA Schwerin, MiPrä, Rep. 1671.

<sup>1843</sup> An alle Redaktionen des Kreises und der Stadt. Protokoll der Tagung der Redakteure der Kreisblätter (Analyse, Ausgestaltung und Diskussion) vom 13.6.50, LHA Schwerin, MiPrä, Rep. 1671.

<sup>1844</sup> Vgl. 7. Nachtrag zur Postzeitungsliste (Ausgabe 1950), 1.6.1950, S. 8; 8. Nachtrag zur Postzeitungsliste (Ausgabe 1950), 1.7.1950, S. 3; Mitteilung Landkreis Oder-Spree, Dez. IV, Kreisarchiv, Kreisarchivleiterin Aurich (Bearb. Herr Petzack), 2.11.98; Mitteilung Landkreis Barnim, der Landrat, Kreisarchiv Eberswalde, Frau Heine, Eberswalde, 7.7.99; Schreiben Landkreis Havelland, Kreis- und Verwaltungsarchiv, Herr Siegfried, 14.6.99.

<sup>1845</sup> Siehe *Volkszeitung*, 5.8.45ff (Bestand Kreisarchiv Chemnitzer Land) sowie Schreiben des Aktionsausschusses für den Antifaschistischen Block Meerane, an das Zentralkomitee der K.P.D. und das Zentralkomitee der S.P.D., Meerane,

Parteipresse<sup>1846</sup> geriet der Verlag der früheren *Meeraner Zeitung* auf die Liste der nach dem Befehl Nr. 124 zu enteignenden Unternehmen.<sup>1847</sup> Eine Enteignung konnte jedoch offenbar abgewendet werden. Für 1948 bis 1950 ist die Herausgabe von Anzeigenblättern durch den Verlag C. J. Schulze belegt.<sup>1848</sup> Erst als im Landkreis Glauchau die Bekanntmachungsblätter auf ein zentrales Blatt reduziert wurden, verlor C. J. Schulze den Druckauftrag und die *Amtlichen Bekanntmachungen mit Anzeigen für den Kreis Glauchau* wurden in einer Druckerei in Waldenburg hergestellt. Schulze konnte sich zwar das Anzeigengeschäft mit der Druckerei Rich. Giegling Nachf. (*Lichtensteiner Tageblatt und Anzeiger*), der Buchdruckerei Pickenhahn GmbH (*Glauchauer Zeitung*)<sup>1849</sup> sowie der (enteigneten<sup>1850</sup>) städtischen KWU-Volksdruckerei aus Hohenstein-Ernstthal teilen,<sup>1851</sup> die Druckerei dürfte von dem Entzug der Druckaufträge jedoch stark getroffen worden sein. In einem Bittschreiben wandte sich 1951 der Oberpfarrer der ev.-luth. Kirchengemeinde in Meerane zugunsten von Helmuth Schulze an die Ev. Verlagsanstalt, um mit kirchlichen Aufträgen für eine Auslastung der Druckmaschinen beitragen zu helfen.<sup>1852</sup>

Für den Verlag Robert Birkner aus dem thüringischen Apolda ließ sich eine Kooperation mit der SED nachweisen. Der Betrieb, der vor dem Krieg das 1848 gegründete und 1943 geschlossene *Apoldaer Tageblatt* verantwortet hatte,<sup>1853</sup> druckte 1947 nicht nur die Lokalausgabe Apolda des *Thüringer Volks*, sondern zeichnete auch als Verlag und Herausgeber dafür verantwortlich.<sup>1854</sup> Von den beiden Verlagsleitern hatte Kurt Evers bereits 1932 zum Eigentümerkreis des *Apoldaer Tageblattes* gehört,<sup>1855</sup> ließ sich jedoch nach 1933 in den Pressehandbüchern nicht mehr nachweisen. Daneben hatten die Verlagsleiter nach dem Krieg für den Verlag Robert Birkner auch eine Lizenz für den *DWZ-Anzeigendienst für die Textilindustrie*,<sup>1856</sup>

---

18.9.45. Kreisarchiv Landkreis Chemnitzer Land, Bestand rat der Stadt Meerane, Niederschriften des Aktionsausschusses für den Antifaschistischen Block, Sign. 732.

<sup>1846</sup> Zu den Beschränkungen durch die NS-Presspolitik siehe Kap. 2.1.

<sup>1847</sup> Vgl. Protokoll Sitzung des Aktions-Ausschusses vom 13.11.1945 um 14.30 Uhr. Kreisarchiv Chemnitzer Land, Meerane, Bestand Rat der Stadt Meerane, Niederschriften des Aktionsausschusses für den Antifaschistischen Block, Sign. 732.

<sup>1848</sup> So die *Bekanntmachungen der Behörden und Ämter der Stadt Meerane*, 1950 schließlich die *Amtlichen Bekanntmachungen mit Anzeigen für die Stadt Meerane*, 3 bei denen C. J. Schulze für Anzeigen und den Druck verantwortlich war (Bestand Kreisarchiv Chemnitzer Land, Meerane).

<sup>1849</sup> Zur Geschichte dieser Zeitungen und ihrer Verlage siehe Kap. 4.4.3 und 4.4.4.

<sup>1850</sup> Zur Geschichte der ehemaligen Besitzer siehe S. 220 und S. 234.

<sup>1851</sup> Siehe Impressum, *Amtliche Bekanntmachungen mit Anzeigen für den Kreis Glauchau*, 3.11.50 (Bestand Kreisarchiv Chemnitzer Land, Meerane).

<sup>1852</sup> Schreiben Oberpfarrer [unleserlich] d. ev.-luth. Pfarramtes Meerane, an Ev. Verlagsanstalt, Herrn Johann Hermann, Zwickau, 17.2.51 (Durchschrift), Archiv des Ev.-Luth. Pfarramtes St. Martin, Meerane.

<sup>1853</sup> Vgl. Handbuch der deutschen Tagespresse 71944, S. 236f.

<sup>1854</sup> Vgl. BWD 21947, S. 46 sowie insbesondere NWDZV 1947, S. 282.

<sup>1855</sup> Vgl. Handbuch der deutschen Tagespresse 41932, S. 337.

<sup>1856</sup> Vgl. BWD 21947, S. 106 sowie Verband der deutschen Presse - Gewerkschaft Kunst und Schrifttum im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund: Verzeichnis der Zeitungen, Zeitschriften und Fachblätter sämtlicher Besatzungszonen Deutschlands. Berlin, 15.11.46. SAPMO-BArch DY10/399.

den halbjährlichen Modekatalog *Der neue Schnitt*<sup>1857</sup> und die *Deutsche Wirker-Zeitung*<sup>1858</sup> bekommen. Der Verlag wurde jedoch bis vermutlich 1948 enteignet.<sup>1859</sup>

Vergleichsweise häufiger nachweisbar waren Versuche alteingesessener Verleger, nicht über Arrangements mit den Arbeiterparteien, sondern mit den neu gegründeten bürgerlichen Parteien die Herausgabe von Tageszeitungen bewerkstelligen zu können.

In Thüringen versuchten im Sommer 1945 einige Altverleger, die neu gegründete Demokratische Partei (DP)<sup>1860</sup> für das Wiederaufleben ihrer Geschäftstätigkeiten zu nutzen. Schon bald nach Gründung der DP/LDPD begann die Vorbereitung einer Tageszeitung, die einerseits der Finanzierung der Parteiarbeit, andererseits den Interessen der Verleger dienen sollte.

Das Zeitungsprojekt entstand, nachdem sich für die Verleger herauskristallisierte, dass die bevorstehende Umgestaltung des Verlagswesens nur durch Kooperationen der Traditionsverlage untereinander und mit den bürgerlichen Parteien zu überleben sei. Seit Juli 1945 hatte sich in Verlegerkreisen die Einschätzung verbreitet, dass an das Wiederentstehen eigenständiger Lokalzeitungen nicht zu denken sei: »Die Bezirksblattidee, von einer zentralen Stelle aus geleitet und kontrolliert - je eine für die 4 zugelassenen Parteien - KPD, SDP, Liberal-Demokraten u. Christlich-Soziale (Zentrum) - würde wohl in die Tat umgesetzt.«<sup>1861</sup>

Vermutlich durch diese Erkenntnis verstärkt, sammelten sich im Sommer 1945 im Umfeld der Demokratischen Partei eine größere Zahl von alteingesessenen Verlegern. Der Zeulenrodaer Verleger August Oberreuter (bis 1945 *Reußischer Anzeiger*) fungierte im Sommer 1945 als Beisitzer der Partei, ebenso der Buchdruckereibesitzer Hans Lohse aus Schmalkalden. Zur treibenden Kraft innerhalb der Demokratischen Partei wurde der hauptberuflich selbst als Verlagsgeschäftsführer für die Buch- und Kunstdruckerei Philipp Kühner (*Eisenacher Tagespost* von 1880) aktive Hans Apel. Verlagsdirektor Apel (Leiter der Buch- und Kunstdruckerei Philipp Kühner, Eisenach, bis 1943 *Eisenacher Tagespost*) wirkte als Bezirksleiter der Partei für Westthüringen und wurde in der DP/LDPD zudem Vorsitzender eines eigens eingerichteten

<sup>1857</sup> Vgl. NWDZV 1947, S. 353.

<sup>1858</sup> Das »Fachblatt für die gesamte Wirk- und Strickwaren-Industrie einschließlich Textilmaschinenbau, Spinnereien, Färbereien, Ausrüstungs- und Veredelungsanstalten«; vgl. NWDZV 1947, S. 311.

<sup>1859</sup> Vgl. VMOZV 1955a, S. 74; Stamm <sup>2</sup>1949, S. 9.

<sup>1860</sup> Die in Thüringen gegründete »Deutsche Partei« ging auf die Vorkriegspartei »Deutsche Demokratische Partei« (DDP) zurück. Sie wurde am 21. August 1945 zum Landesverband der reichsweiten Liberal-Demokratischen Partei und in der Folge im Dezember 1945 in LDP umbenannt. (Zu Entwicklung und Personal der DP/LDP vgl. Louis 1996.) Für die Liberal-Demokratische Partei werde ich im Weiteren - unabhängig von den in der Parteigeschichte wechselnden Abkürzungen - die Kurzform LDPD benutzen, die die Partei bis 1989 führte, für den Landesverband in Thüringen die Abkürzung DP/LDPD.

<sup>1861</sup> Aktennotiz, Ueber die Unterredung, die am 20. Juli mit Herrn A.H. Haase stattfand. DBuV Akte 1939-46.

Presseausschusses.<sup>1862</sup> Innerhalb der Partei aktiv waren Anfang September zudem die Verleger Curt Nebelung (*Nordhäuser Zeitung und General-Anzeiger*) und Bernhard Vopelius (*Jenaer Volksblatt*).<sup>1863</sup>

Verlagsdirektor Apel hatte Ende August gegenüber seinen Berufskollegen angekündigt, innerhalb der DP/LDPD »die Sachen der alten Verleger in die Hand [...] zu nehmen«.<sup>1864</sup> Auf Beschluss des Landesvorstandes der Demokratischen Partei wurde Apel am 19. August 1945 zum Vorsitzenden eines Presseausschusses und damit gleichzeitig zum Verlagsvertreter für die zu gründende Parteizeitung bestimmt. In dieser Funktion sollte Apel als Geschäftsführer und kaufmännischer Treuhänder der beteiligten Verlage fungieren.<sup>1865</sup>

Apel schlug seinen beteiligten Kollegen vor, eine nur indirekt von der Partei beeinflusste Zeitung zu gründen, für die der Name *Thüringische Landeszeitung* gewählt wurde.

Federführender Verlag bei der Gründung des neuen Parteiorgans war die Weimarer Panses Verlag GmbH, die auch die Titelrechte an der *Allgemeinen Thüringischen Landeszeitung Deutschland* besaß und in der Planungsphase als in den Vertragsentwürfen in führender Position genannt wurde.<sup>1866</sup> Nach LOUIS war die neue Zeitung anfangs als Fortsetzung der 1849 unter dem Titel *Die Revolution* entstandenen *Allgemeinen Thüringischen Landeszeitung Deutschland* gedacht.<sup>1867</sup> Dieses Vorgängerblatt hatte unbeschadet der nationalsozialistischen Pressegesetze bis in das Kriegsjahr 1943 erscheinen dürfen<sup>1868</sup> und nach LOUIS VOR 1933 eine liberale Ausrichtung gehabt,<sup>1869</sup> in den Eigendarstellungen der Jahre 1931 und 1932 jedoch als »national« bzw. »unparteiisch national« firmiert.<sup>1870</sup>

<sup>1862</sup> Angaben zur beruflichen Position im Folgenden nach: Louis 1996, Handbuch der deutschen Tagespresse 71944 sowie Notiz/Tagesberichte Kampwinkel, DBuV Akte 1939-46.

<sup>1863</sup> Notiz/Tagesberichte Kampwinkel, 4.9.45. DBuV Akte 1939-46

<sup>1864</sup> Notiz/Tagesberichte Kampwinkel, 24.8.45, Akte DBuV 1939-46, Familienarchiv Falk, Wiesbaden.

<sup>1865</sup> Entwurf, § 2, Vertrag zwischen Demokratischer Partei, Landesverband Thüringen, und neun namentlich genannten Verlagsfirmen, o.Dat., Akte DBuV 1939-46, Familienarchiv Falk, Wiesbaden.

<sup>1866</sup> Ein früher Vertragsentwurf benannte auf Verlegerseite lediglich dieses Unternehmen namentlich als Vertragspartner des Landesparteiarchs Moog. Dem Vertrag sollten weitere, noch unbenannte Verlage als Partner beitreten können (vgl. Entwurf II, o.Dat., Akte DBuV 1939-46, Familienarchiv Falk, Wiesbaden).

<sup>1867</sup> Vgl. Louis 1996, S. 67.

<sup>1868</sup> Vor der nationalsozialistischen Machtergreifung wurde die Zeitung im Panses Verlag GmbH, Weimar, unter dem Verlagsdirektor und Chefredakteur Karlfriedrich Knabe herausgegeben. 1937, nach der Übernahme großer Teile der Gesellschafteranteile durch die Verlegerfamilie Kausche, war Knabe ausgeschieden und auf die Position des Verlagsdirektors Georg Börner gelangt. Dieser hatte zuvor den Verlag der ebenfalls Kausches gehörenden Tageszeitung *Der Altmärker* (Stendal) geleitet. Chefredakteur wurde Carl Friedrich Müller. Der Verlag blieb trotz der nationalsozialistischen Pressegesetze als GmbH organisiert und wurde schließlich am 1.4.43 mit der *Thüringer Gauzeitung - Der Nationalsozialist* vereinigt (vgl. Handbuch der deutschen Tagespresse 41932, S. 348f., Handbuch der deutschen Tagespresse 51934, S. 262; Handbuch der deutschen Tagespresse 61937, S. 269f., Handbuch der deutschen Tagespresse 71944, S. 250f. sowie Auskunft Carlheinz Kausche, München, 18.6.2001.).

<sup>1869</sup> Louis 1996, S. 67, Anm. 175.

<sup>1870</sup> Vgl. Sperlings 571931, S. 594; Handbuch der deutschen Tagespresse 41932, S. 348f. - Thüringen gehörte zu den deutschen Ländern mit früher nationalsozialistischer Führung und zu den Kernländern der NS-Bewegung.

Da an der neuen Zeitung möglichst viele Verleger zu beteiligen waren, sollten von der gemeinsamen Weimarer Zentralredaktion im Panses Verlag aus fertig zensierte Manuskripte oder komplette Druckseitenvorlagen an die einzelnen beteiligten Verleger versendet werden, um dort als Grundlage unterschiedlicher Lokalausgaben zu dienen. Ende August wurde die Herausgabe von 8 Bezirkszeitungen geplant, je eine für jeden Parteibeziirk, die relativ unabhängig von der Zentralausgabe bleiben sollten. »Das Verlagsgeschäft bleibt in den Händen des Privatverlegers, da die Privatinitiative des Verlegers gewahrt bleiben soll.«<sup>1871</sup>

Der Chefredakteur sollte nach diesen Plänen von der Redaktionsgemeinschaft bezahlt und gemeinsam mit der Partei ausgewählt werden. Die Lokalverlage sollten mit dem Druck, Vertrieb und Anzeigengeschäft betraut werden und zudem einen eigenen Lokalteil beisteuern. Aufgrund der parteiinternen Einschätzungen der zu erwartenden Zensurmaßnahmen sollten die politischen Artikel der Zentralredaktion nicht mehr verändert werden, die lokalen Verleger sollten ihrer Zeitung aber durch die Auswahl der Artikel eine individuelle Note geben dürfen. Wie in der Zentralredaktion war auch für die Auswahl der örtlichen Redaktionsleiter eine Absprache mit der Demokratischen Partei vorgesehen. Die Verleger sollten das Verlagsrecht dieser lokalen Zeitungsausgaben behalten, wobei die Demokratische Partei für die Bereitstellung dieses verlegerischen Rahmens mit 5 Pf pro Leser bezahlt werden sollte.<sup>1872</sup>

Die Pläne fanden nicht nur bei den Verlegern, sondern anfangs auch in der Partei ein positives Echo. Auf einer Sitzung des Presseausschusses der Demokratischen Partei am 4. September 1945, zu der Altverleger aus ganz Thüringen geladen waren, bestätigte der Partei-Generalsekretär Heinz Büchenschütz, ein ehemaliger Redakteur der bis zum Kriegsende erschienenen Wirtschaftszeitung *Deutsche Allgemeine Zeitung*, den versammelten Presseunternehmern, dass die Partei »die Belange der alten Verleger sichern« wolle und sprach sich für die Umsetzung des Apelschen Konzeptes einer parteinahen Zeitung mit lokalen Nebenausgaben aus.<sup>1873</sup>

An der Ausarbeitung des Vertragsdetails beteiligten sich bis Anfang September die sechs Verlage Oskar Bonde KG (*Altenburger Zeitung*), die Buch- und Kunstdruckerei Philipp Kühner (*Eisenacher Tagespost*), die Stollbergsche Buchdruckerei (*Gothaisches Tageblatt*), der Verlag Bernhard Vopelius (*Jenaer Volksblatt*), die Dannersche Buchdruck und Verlagsanstalt (*Mühl-*

<sup>1871</sup> Schreiben Verlagsdirektor Hans Apel, Eisenach, an Zeitungsverleger Karl Kreßmann, Mühlhausen, 21.8.45, Akte DBuV 1939-46, Familienarchiv Falk, Wiesbaden.

<sup>1872</sup> Notiz/Tagesberichte Kampwinkel, 24.8.45, Akte DBuV 1939-46, Familienarchiv Falk, Wiesbaden.

<sup>1873</sup> Notiz/Tagesberichte Kampwinkel, 4.9.45, Akte DBuV 1939-46, Familienarchiv Falk, Wiesbaden.

*häuser Anzeiger*) und der Verlag Nebelung (*Nordhäuser Zeitung und General-Anzeiger*).<sup>1874</sup> In einem späteren Vertragsentwurf erhöhte sich die Zahl der Interessenten auf neun.<sup>1875</sup>

Der mit der Parteispitze ausgehandelte Vertrag übertrug das Verlagsrecht der Parteizeitung den beteiligten Verlagen, die wie vorgesehen eine weitgehende Eigenverantwortlichkeit für die Lokalteile zugestanden bekamen. An der gemeinsamen Zentralredaktion sollten die lokalen Verlage prozentual entsprechend der von ihnen realisierten Auflage beteiligt werden, die Redaktion der Lokalausgabe sollte »Sache des zuständigen Verlegers« sein. Der DP/LDPD sollte im Gegenzug monatlich 5 Pf pro 1000 Auflagenexemplare als Gebühr gezahlt werden.<sup>1876</sup> Bei einem Preis von 20 Pf für eine vierseitige Nummer entsprach die abzuführende Lizenzgebühr einer Beteiligung am monatlichen Vertriebsumsatz von lediglich zwei Prozent.<sup>1877</sup> In einem früheren undatierten Vertragsentwurf war noch der freiwillige Charakter der Zahlungen betont worden, was jedoch nicht umgesetzt wurde: »Es entspricht den demokratischen Grundsätzen von Partei und Verlegern, wenn dieser finanzielle Erfolgsanteil der Partei auf der Grundlage der Freiwilligkeit übermittelt wird.«<sup>1878</sup>

Diese für die Verleger recht vorteilhaften Regelungen wurden auch von der Partei akzeptiert und von deren Vorsitzenden Leonhard Moog und dem Vorsitzenden des Presseausschusses Hans Apel signiert. Apel unterzeichnete gleichzeitig in seiner Doppelfunktion als Parteifunktionär und als Geschäftsführer der Eisenacher Buch- und Kunstdruckerei Kühner. Für Panses Verlag unterschrieb deren früherer Geschäftsführer Georg Börner, der den Verlag nach der Übernahme durch den NS-Gauverlag verlassen hatte und nunmehr zurückgekehrt war.<sup>1879</sup> Ebenfalls dabei war auch Karl Dietz, der Geschäftsführer des im Zeitungsgeschäft zuvor nicht aktiven Buchverlags »Greifenverlag« aus Rudolstadt.<sup>1880</sup> Die Unterzeichner unterschrieben nicht mehr wie geplant für acht, sondern nur noch für fünf unterschiedliche Lokalausgaben, nämlich Weimar, Eisenach, Rudolstadt/Saalfeld, Gera-Ostthüringen und

<sup>1874</sup> Vertrag, 4.9.45, Abschrift, AG Weimar, Genossenschaftsregister II/43, TStA Weimar, Sign. 106, Bl. 27. – Die im früheren Vertragsentwurf noch genannten Gebr. Richters Verlagsanstalt aus Erfurt (*Thüringer Allgemeine Zeitung*) und die Geraer Verlagsanstalt und Druckerei Karl Basch & Co (*Geraer Zeitung*) fehlen auf diesem Dokument.

<sup>1875</sup> Neben der bislang federführenden Panses Verlag GmbH und Apels Verlag der *Eisenacher Tagespost* wurden als Partner der DP/LDPD benannt die Verlage Oskar Bonde (*Altenburger Zeitung für Stadt und Land* von 1847), Karl Basch (*Geraer Zeitung* von 1795), die Stollbergsche Buchdruckerei aus Gotha (*Gothaisches Tageblatt* von 1848), Verlag Gustav Neuenhahn (*Jenaer Volksblatt* von 1890), Dannersche Buchdruckerei und Verlagsanstalt (*Mühlhäuser Anzeiger* von 1764) und der Verlag und Druckerei Nebelung (*Nordhäuser Zeitung und General-Anzeigers* von 1848); vgl. Entwurf, o.Dat., Akte DBuV 1939-46, Familienarchiv Falk, Wiesbaden.

<sup>1876</sup> Vertrag, 4.9.45, Abschrift, AG Weimar, Genossenschaftsregister II/43, TStA Weimar, Sign. 106, Bl. 27.

<sup>1877</sup> Vgl. folgende Modellrechnung: 1000 Exemplare  $\times$  5 Pf = 50 RM monatlich an Lizenzgebühr. Demgegenüber erreichte der monatliche Vertriebsumsatz bei ebenfalls 1000 Exemplare  $1000 \times 3$  (Tage)  $\times$  4 (Wochen)  $\times$  20 Pf = 2400 RM.

<sup>1878</sup> Entwurf, § 6, Vertrag zwischen Demokratischer Partei, Landesverband Thüringen, und neun namentlich genannten Verlagsfirmen, o.Dat., Akte DBuV 1939-46, Familienarchiv Falk, Wiesbaden.

<sup>1879</sup> Auskunft Carlheinz Kausche, München, 18.6.01.

<sup>1880</sup> Keine Erläuterung fand sich für die konkreten Namen der Verlage, für die Hermann Becker (Ausgabe Erfurt) und Martin Mulert (Ausgabe Gera-Ostthüringen) unterschrieben. Beide Unterzeichner fanden erst nach 1945 im Zeitungsgeschäft in führende Positionen und lassen sich auch anhand der Pressehandbücher keinem Verlag zuordnen.

Erfurt,<sup>1881</sup> wobei einige Unterschriften von im Vorfeld beteiligten Traditionsverlegern, wie die des weiter interessierten Karl Kreßmann, Mühlhausen, bereits fehlten.

Die Umsetzung verlief in den ersten Tagen offenbar derart einträchtig und reibungslos, dass sich Hans Apel als Vorsitzender des Presseausschusses über das am 11. September 1945 in Berlin abzugebende Genehmigungsgesuch »sehr siegessicher« äußerte.<sup>1882</sup> Tatsächlich konnte die erste Nummer der *Thüringischen Landeszeitung* mit dem Segen der Besatzungsregierung bereits am 24. September 1945 erscheinen: »Durch die verständnisvolle Haltung der russischen Militär-Administration ist es uns gelungen, für die Partei ein Sprachorgan in Form einer Zeitung zu erhalten. Ueber Nacht haben die alten demokratischen Verleger Thüringens und die Schriftleitung dieses Blatt aus dem Nichts geschaffen.«<sup>1883</sup> Die Auflage der offiziell im Panses Verlag herausgegebenen Zeitung<sup>1884</sup> betrug 50 000 Exemplare.<sup>1885</sup> Die Verleger hatten jedoch keine endgültige Lizenz bekommen, und die Zeitung wurde in der Folgezeit nicht regelmäßig, sondern ein bis zweimal in der Woche in Form von Sondernummern genehmigt.<sup>1886</sup> Unterschiedliche Nebenausgaben konnten vermutlich anfangs noch nicht realisiert werden.<sup>1887</sup> Der Druck erfolgte in Eisenach, Weimar, Gera und ab 8. Oktober 1945 auch in Erfurt.<sup>1888</sup> Ob mit diesen unterschiedlichen Druckorten auch unterschiedliche Lokalteile verbunden waren, ließ sich nicht klären; der Presseausschussvorsitzende Apel berichtete jedoch Anfang Oktober vom Erscheinen von Bezirksausgaben.<sup>1889</sup> Auch wenn die geplante Regionalstruktur von unterschiedlichen Lokalausgaben zumindest noch nicht umgesetzt werden konnte, wurden auch die Verlage, die nicht als Druckort beteiligt waren, mit kleineren Auftragsleistungen versehen: Die Dannersche Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft des *Mühlhäuser Anzeigers* bekam so 2000 Exemplare zum Vertrieb übersandt, die im Straßenverkauf einen »reissenden Absatz«<sup>1890</sup> fanden. Eine darüber hinausgehende Beteiligung der Verlage, etwa bei der Anzeigenannahme für die *Thüringische Landeszeitung* oder in Form der Herausgabe einer eigenständigen Lokalausgabe für Mühlhausen, wurde noch nicht realisiert.<sup>1891</sup> Trotzdem

<sup>1881</sup> Vertrag, 4.9.45, Abschrift, AG Weimar, Genossenschaftsregister II/43, TStA Weimar, Sign. 106, Bl. 28.

<sup>1882</sup> Notiz/Tagesberichte Kampwinkel, 10.9.45, Akte DBuV 1939-46, Familienarchiv Falk, Wiesbaden.

<sup>1883</sup> Leonhard Moog, 1. Landesvorsitzender der Demokratischen Partei: Auf dem Wege zur Freiheit. In: *Thüringische Landeszeitung* Nr. 1/24.9.45.

<sup>1884</sup> Louis 1996, S. 269.

<sup>1885</sup> TLZ. Wir schreiben Klartext (Werbefaltblatt). Hrsg. v. d. Thüringische Landeszeitung, Weimar o.J.

<sup>1886</sup> Am 29.9.45, 4.10.45, 8.10.45, 10.10.45. Vgl. Louis 1996, S. 269.

<sup>1887</sup> Notiz/Tagesberichte Kampwinkel, 29.9.45, Akte DBuV 1939-46, Familienarchiv Falk, Wiesbaden.

<sup>1888</sup> Notiz/Tagesberichte Kampwinkel, 29.9.45, Akte DBuV 1939-46, Familienarchiv Falk, Wiesbaden.

<sup>1889</sup> Schreiben Buch- und Kunstdruckerei Philipp Kühner, Eisenach, Hans Apel, an Dannersche Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Karl Kreßmann, Mühlhausen, 6.10.45, Akte DBuV 1939-46, Familienarchiv Falk, Wiesbaden.

<sup>1890</sup> Notiz/Tagesberichte Kampwinkel, 24.9.45; 9.10.45, Akte DBuV 1939-46, Familienarchiv Falk, Wiesbaden.

<sup>1891</sup> Notiz/Tagesberichte Kampwinkel, 24.9.45; 9.10.45, Akte DBuV 1939-46, Familienarchiv Falk, Wiesbaden.



hatten die alteingesessenen Verleger aus Thüringen eine lose Verlagsgruppe geschaffen, die als Basis für einen weit verzweigten Zeitungsblock dienen konnte.

Nach dem Erscheinen der Zeitung stießen die Verleger auf erste Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit mit der DP/LDPD. Die teilte den Traditionsverlegern mit, dass der Vertrag mit den Verlegern neu ausgehandelt werden müsse, »da der Apelsche jeder juristischen Grundlage entbehrt.«<sup>1892</sup>

Hintergrund dürften vor allem Streitereien um den Einfluss bei der *Thüringischen Landeszeitung* gewesen sein, vor denen der Presseausschussvorsitzende und Verlagsdirektor Apel Anfang Oktober warnte: »Apel ruft uns an und warnt vor Quertreibereien einer neu aufgetretenen Clique [...] Vor allem bittet er vor Abschluß von Verträgen um Rücksprache mit den Verlegernkollegen, sodaß die Einheitsfront, die sich der Partei gegenüber im Vorteil befindet, gewahrt und stark bleibt.«<sup>1893</sup> Nachdem die Verleger die TLZ aufgebaut hatten, versuchte die DP/LDPD offenbar, die Zeitung stärker unter ihre Kontrolle zu bekommen. »Scheinbar sind neue Einflüsse am Werke, die die bisherige Tendenz zu Gunsten der alten Privatverleger ausschalten wollen.«<sup>1894</sup>

In dieser Zeit war es mittlerweile auch zwischen der LDPD und der sowjetischen Besatzungsmacht zu Konflikten gekommen, in deren Verlauf die SMAD den Rücktritt des LDPD-Zonenvorsitzenden Waldemar Koch gefordert hatte. Die SMAD forderte Koch wegen seiner ablehnenden Position zur Verstaatlichung des Bankenwesens und zur Bodenreform zum Rücktritt auf »und bot als Gegenleistung die sofortige Erteilung von Lizenzen für parteieigene Zeitungen in den Ländern an.«<sup>1895</sup> Aufgrund dieses Angebotes demissionierte Koch Ende November 1945. Da zuvor als Faustpfand für politische Konflikte benötigt, dürfte dadurch auch die Konsolidierung der *Thüringischen Landeszeitung* hinausgezögert worden sein, was zusammen mit den vom Presseausschussvorsitzenden Apel angeführten Konflikten dazu führte, dass die Zeitung nach der fünften Nummer vom 10. Oktober 1945 vorerst nicht mehr erschien und für rund zwei Monate pausierte.<sup>1896</sup>

Der von den Verlegern geplante lockere Zusammenschluss, bei dem die DP/LDPD eher als ein legales Dach für eine sonst nicht mögliche Zeitungsherausgabe dienen sollte, stieß

---

<sup>1892</sup> Notiz/Tagesberichte Kampwinkel, 9.10.45, Akte DBuV 1939-46, Familienarchiv Falk, Wiesbaden.

<sup>1893</sup> Notiz/Tagesberichte Kampwinkel, 13.10.45, Akte DBuV 1939-46, Familienarchiv Falk, Wiesbaden.

<sup>1894</sup> Notiz/Tagesberichte Kampwinkel, 9.10.45, Akte DBuV 1939-46, Familienarchiv Falk, Wiesbaden.

<sup>1895</sup> Louis 1996, S. 68.

<sup>1896</sup> Louis 1996, S. 269.

innerhalb der Partei auf immer mehr Widerstand. Zum Zeitpunkt der letzten Sondernummer der *Thüringischen Landeszeitung* war der Presseausschussvorsitzende Apel nach eigenen Angaben bereits »aus seiner führenden Rolle herausgedrängt«<sup>1897</sup> worden. Da er sich mit seinen Vorstellungen bei der DP/LDPD nicht durchsetzen konnte, zog er sich aus der Parteiarbeit zurück<sup>1898</sup> und wollte »nur noch für seinen Verlag kämpfen«,<sup>1899</sup> die Buch- und Kunstdruckerei Philipp Kühner in Eisenach.

Die von Apel beklagten »neuen Einflüsse« äußerten sich in einer engeren Anbindung der *Thüringischen Landeszeitung* an die Partei und damit in einem schwindenden Einfluss der Verleger. Am 10. Oktober 1945 gründeten die LDPD und die Altverleger die Thüringische Verlagsgenossenschaft eGmbH, die anschließend von der LDPD das Verlagsrecht der bereits erschienenen *Thüringischen Landeszeitung* übertragen bekam.<sup>1900</sup>

Während das von Verlagsdirektor Apel anfangs geplante Modell den Traditionsverlagen ein ökonomisch unabhängiges Agieren vorgesehen hatte, bei der die Partei lediglich als Herausgeberin fungiert und ein Mitspracherecht bei der Bestellung des Chefredakteurs gehabt hätte, bedeutete die Gründung der Genossenschaft für die Verlegerseite eine deutliche Schwächung und Entmachtung. »In Zukunft wird der Parteiverleger nicht mehr die gleichen Rechte haben, wie sie von mir vertreten und festgelegt worden sind,« fasste der vormalige Presseausschussvorsitzende Apel die Veränderungen zusammen.<sup>1901</sup> Die Vertretung der Verleger erfolgte nicht mehr treuhänderisch durch den Presseausschussvorsitzenden, sondern ihre Geschäftspolitik musste nunmehr unter Beteiligung der Partei auf den Genossenschaftsversammlungen festgelegt werden. In der Verlagsgenossenschaft bestand ein starker Einfluss der DP/LDPD, indem neben einem LDPD-Vertreter qua Amt auch der Chefredakteur sowie der Verlagsdirektor der Thüringischen Verlagsgenossenschaft eGmbH Genossenschaftsmitglieder wurden.<sup>1902</sup> Die Genossen hatten Parteimitglied zu sein, ein Austritt oder Ausschluss rechtfertigte den Ausschluss aus der Genossenschaft.<sup>1903</sup>

<sup>1897</sup> Gesprächswiedergabe Telefonat Hans Apel, Notiz/Tagesberichte Kampwinkel, 13.10.45, Akte DBuV 1939-46, Familienarchiv Falk, Wiesbaden.

<sup>1898</sup> Louis 1996, S. 277, nennt keine weiteren Parteifunktionen von Apel.

<sup>1899</sup> Gesprächswiedergabe Telefonat Hans Apel, Notiz/Tagesberichte Kampwinkel, 13.10.45, Akte DBuV 1939-46, Familienarchiv Falk, Wiesbaden.

<sup>1900</sup> Louis S. 68. Anm. 122.

<sup>1901</sup> Schreiben Hans Apel, Buch- und Kunstdruckerei Kühner, Eisenach, an Joachim Falk, Mühlhausen, 9.11.45, Akte DBuV 1939-46, Familienarchiv Falk, Wiesbaden.

<sup>1902</sup> Vertragserweiterung zum Vertrag vom 4.9.45, Abschrift, 30.10.45, AG Weimar, Genossenschaftsregister II/43, TStA Weimar, Sign. 106, Bl. 29.

<sup>1903</sup> Schreiben Thür. Verlagsgen. eGmbH, an AG Weimar, 18.12.46, Genossenschaftsbewegungen ab 1946, AG Weimar, Genossenschaftsregister II/43, TStA Weimar, Sign. 106, Bl. 10.

Die dadurch stark eingeschränkte Unabhängigkeit führte dazu, dass sich die Zeitungsunternehmer von der von ihnen aufgebauten Zeitung abzuwenden begannen.

»Unser Bestreben wird sein müssen unsere alten Heimatzeitungen wieder herauszubringen und es ist daher reiflich zu überlegen, ob man in Zukunft nicht nur noch Drucker von Parteizeitungen sein soll. Dann hat man freie Hand für die Zukunft. [...] Wir wollen auch in Zukunft frei ohne parteilichen Einfluss schalten und walten können. Wir glauben fest daran, dass auch später wieder unabhängige Tageszeitungen erscheinen dürfen, und dass man sich doch lieber freihalten sollte von parteilichen Bindungen.«<sup>1904</sup>

Der Apelsche Verlag der *Eisenacher Tagespost* bzw. die Gebr. Richters Verlagsanstalt aus Erfurt (*Thüringer Allgemeine Zeitung*) kündigten deshalb an, sich lediglich noch um Druckaufträge für die neue Zeitung bemühen zu wollen.<sup>1905</sup> Apels Buch- und Kunstdruckerei Kühner druckte ab Januar 1946 die Eisenacher Lokalausgabe der sozialdemokratischen *Tribüne*.<sup>1906</sup> Auch der Anfangs im Parteiumfeld noch aktive Verleger Oberreuter (*Reußischer Anzeiger*; Zeulenroda) war mittlerweile abgesprungen und beschränkte sich auf sein lokales Anzeigenblatt bzw. einen Anzeigenaushang und den überregionalen *Dental-Anzeiger für die Zahnheilkunde und die Zahnpraxis*.<sup>1907</sup>

In der neuen Genossenschaft gerieten die traditionellen Verlage in die Minderheit. Von den anfangs mindestens neun Traditionsverlegern im Umfeld der *Thüringischen Landeszeitung* wurden zum 1. November 1945 nur noch Curt Nebelung (*Nordhäuser Zeitung und General-Anzeiger*) und Karl Basch (*Geraer Zeitung*) in das Genossenschaftsregister eingetragen.<sup>1908</sup> Da das Verlagsrecht der Bezirksausgaben an die Mitgliedschaft in der Genossenschaft gekoppelt war,<sup>1909</sup> bedeutete das Genossenschaftsmodell eine weitgehende Verdrängung der alteingesessenen Verleger aus der lokalen Publizistik der *Thüringischen Landeszeitung*. Trotzdem gab die Zeitung, nachdem sie am 12. Dezember 1945 nach dem Rücktritt von Parteichef Koch wieder erscheinen konnte, bald Lokalausgaben in Altenburg, Eisenach, Erfurt, Gera, Saalfeld und Weimar heraus.<sup>1910</sup>

<sup>1904</sup> Schreiben Hans Apel, Buch- und Kunstdruckerei Kühner, Eisenach, an Joachim Falk, Mühlhausen, 9.11.45, Akte DBuV 1939-46, Familienarchiv Falk, Wiesbaden.

<sup>1905</sup> Schreiben Hans Apel, Buch- und Kunstdruckerei Kühner, Eisenach, an Joachim Falk, Mühlhausen, 9.11.45, Akte DBuV 1939-46, Familienarchiv Falk, Wiesbaden.

<sup>1906</sup> Vgl. *Tribüne*, Ausgabe Eisenach, 22.1.46.

<sup>1907</sup> Datenquelle: Oberreuter o.J., o.P.

<sup>1908</sup> Liste der Genossen, AG Weimar, Genossenschaftsregister II/43, TStA Weimar, Sign. 106, o.Bl.

<sup>1909</sup> Vertragserweiterung zum Vertrag vom 4.9.45, Abschrift, 30.10.45, AG Weimar, Genossenschaftsregister II/43, TStA Weimar, Sign. 106, Bl. 29.

<sup>1910</sup> Louis 1995a. Andere Quellen nennen zusätzlich Lokalausgaben in Greiz, Jena und Nordhausen (vgl. Verband der deutschen Presse - Gewerkschaft Kunst und Schrifttum im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund: Verzeichnis der Zeitungen, Zeitschriften und Fachblätter sämtlicher Besatzungszonen Deutschlands. Berlin, 15.11.46. SAPMO-BArch DY10/399) bzw. in Gotha, Greiz und Nordhausen (vgl. Schreiben Thüringische Landeszeitung, an Preisamt, 9.7.46, Anlagen: Gegenüberstellung, Landesfinanzdirektion Thüringen, TStA Weimar, Sign. 1231).

Herausgedrängt war mittlerweile auch die Panses Verlag GmbH, in der die *Thüringer Landeszeitung* im September/Oktobre noch erschienen war, und die mit der Einbringung ihres abgeänderten Traditionstitels *Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland* anfangs die Neuentstehung der liberaldemokratischen Verlagstätigkeit entscheidend mitgeprägt hatte.<sup>1911</sup> Die Panses Verlag GmbH wurde dem Land Thüringen übereignet,<sup>1912</sup> wobei die Zentralredaktion der *Thüringischen Landeszeitung* und der Genossenschaftsverlag ihren Sitz in Panses Räumlichkeiten in der Scherfgasse 1-5 behielten.<sup>1913</sup> Bei den Behörden der Stadt galt der neue Verlag der *Thüringischen Landeszeitung* so offenbar als die Fortsetzung von Panses Verlag GmbH und der Traditionszeitung *Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland*. Das Landesamt für Finanzen adressierte so 1946 ein Rundschreiben mit »Thüringische Landeszeitung - Panses Verlag, Scherfgasse«.<sup>1914</sup> Die heute noch bestehende *Thüringische Landeszeitung* könnte damit als direkte Fortsetzung des alten Panses-Blattes angesehen werden. Statt auf das bisherige Geburtsjahr 1945 könnte der Verlag seine Zeitungstradition um knapp 100 Jahre auf das Revolutionsjahr 1848 vorverlegen.

Die LDPD bekam in der Folgezeit wie die SED weitere Zeitungsunternehmen zur Nutzung übereignet. Von der Sowjetischen Militärverwaltung zur Nutzung übergeben wurden der Partei die Druckerei Wagner & Sohn in Weimar, die Druckerei Georg Wagner in Greiz (*Greizer Neueste Nachrichten*) und die Druckerei und Verlag Adolf Niese Nachf. Saalfeld (*Saalfelder Kreisblatt/Saalfelder Zeitung*)<sup>1915</sup>

Wie die weitere Beteiligung der Verleger Basch und Nebelung zeigt, war mit den Veränderungen im Verlag jedoch noch nicht der grundsätzliche Ausschluss von alteingesessenen Verlegern verbunden. Auch einige der Unternehmen, die die Beteiligung an der liberalen Verlagsgenossenschaft im Herbst 1945 noch abgelehnt hatten, traten 1946 wieder bei, darunter auch der frühere Vorsitzende des Presseausschusses, Apel. Vermutlich nachdem sich seine Hoffnungen auf eine unabhängige Tageszeitung zerschlagen hatten, der *Thüringischen*

<sup>1911</sup> Carlheinz Kausche aus einer enteigneten Eigentümerfamilien hält es für »durchaus möglich«, dass die Initiative für die Wiedergründung von Panses Verlagsleiter Börner ausging (Auskunft Carlheinz Kausche, München, 18.6.01).

<sup>1912</sup> Die Panses Verlag GmbH hatte am 12.9.45 einen kommissarischen Verlagsleiter bekommen und wurde mit Befehl vom 10.6.47 dem Land übereignet. Die Liquidation der Unternehmenshülle erfolgte zum 21.2.48 (vgl. Panses Verlag GmbH, Weimar, AG Weimar, Handelsregister HRB IV/5, TStA Weimar, Sign. 126; Schreiben Hauptverwaltung Landeseigener Betriebe Thüringen, an AG Weimar, 10.6.47, Handelsregister HRB IV/5, TStA Weimar, Sign. 126, Bl. 50).

<sup>1913</sup> Vgl. Statut Thüringer Verlagsgenossenschaft eGmbH, Scherfgasse 1-5, AG Weimar, Genossenschaftsregister II/43, TStA Weimar, Sign.106, o.Bl.

<sup>1914</sup> Rundschreiben Schreiben Landesamt für Finanzen, an Thüringische Landeszeitung - Bansas Verlag, CDU-Verlag GmbH u.a., 15.5.46, TStA Weimar, Sign. 1231.

<sup>1915</sup> Vgl. Louis 1996, S. 75, Anm. 75; S. 267. Zur Verlagsgeschichte vgl. Handbuch der deutschen Tagespresse 61937.

*Landeszeitung* jedoch unterschiedliche Bezirksausgaben ermöglicht worden waren, wurde auch Apel Anfang Februar 1946 Mitglied der Genossenschaft und band seinen Verlag fest in ihre Strukturen ein.<sup>1916</sup> Apels Buch- und Kunstdruckerei Philipp Kühner trat auf ihrem Briefpapier offiziell als Verlag der *Thüringischen Landeszeitung* auf,<sup>1917</sup> und Apel selbst ließ sich Mitte 1947 in den Genossenschaftsvorstand wählen.<sup>1918</sup>

Bereits 1946 kam es jedoch zu einer weiteren Verdrängung von Traditionsverlegern aus der Genossenschaft, die einher ging mit einer Verschlechterung der ökonomischen Basis des Unternehmens. Die SMAD legte der *Thüringischen Landeszeitung* gegenüber der SED-Presse Wettbewerbsnachteile auf, die dafür sorgten, »daß die bürgerliche Presse im publizistischen und wirtschaftlichen Konkurrenzkampf nicht bestehen konnte«.<sup>1919</sup> Im Mai 1946 wurden der TLZ die Nebenausgaben in Altenburg, Eisenach, Erfurt, Gera und Saalfeld untersagt.<sup>1920</sup> Die für eine Verteilung auf mehrere Nebenausgaben schon 1945 zu geringe Auflage von 50 000 wurde bis zum Mai 1947 auf lediglich noch 17 000 Stück reduziert,<sup>1921</sup> was schließlich »die Rentabilität der Verlagsgesellschaft in Gefahr« brachte.<sup>1922</sup>

Zusätzlich beschränkte auch ein Verbot, die Anzeigenpreise zu erhöhen, die Ertragskraft. Die Zeitung litt dabei unter einer nach Ansicht des Verlags diskriminierenden Auslegung der Richtlinien über den Preisstopp, der seit der nationalsozialistischen Kriegswirtschaftspolitik bestand. Das für die Überwachung des Preisstopps zuständige Preisamt<sup>1923</sup> nutzte die Schließung der Lokalausgaben der *Thüringischen Landeszeitung* zu einer trickreichen Herunterrechnung der Anzeigenpreise: Nach der Streichung aller Nebenausgaben erschien nur noch eine Ausgabe in Weimar, die nunmehr an alle Leser verteilt wurde. Für diese Hauptausgabe durfte der Verlag aber auf Weisung des Preisamtes lediglich jenen niedrigen Anzeigenpreis berech-

<sup>1916</sup> Liste der Genossen, AG Weimar, Genossenschaftsregister II/43, TStA Weimar, Sign. 106, o.Bl.

<sup>1917</sup> Siehe Briefkopf eines Schreibens an Joachim Falk, Mühlhausen, 4.2.46, Akte DBuV 1939-46, Familienarchiv Falk, Wiesbaden.

<sup>1918</sup> Thür. Verlagsgen. eGmbH, Statut, 23.7.47, AG Weimar, Genossenschaftsregister II/43, TStA Weimar, Sign. 106, o.Bl.

<sup>1919</sup> Louis 1996, S. 70.

<sup>1920</sup> Schreiben Thüringische Landeszeitung, an Preisamt, 1.6.46, Landesfinanzdirektion Thüringen, TStA Weimar, Sign. 1231. - In einem späteren Schreiben nennt der Verlag außerdem weitere Ausgaben in Gotha, Greiz und Nordhausen (vgl. Schreiben Thüringische Landeszeitung, an Preisamt, 9.7.46, Anlagen: Gegenüberstellung, Landesfinanzdirektion Thüringen, TStA Weimar, Sign. 1231).

<sup>1921</sup> Vgl. Louis 1996, S. 70f.

<sup>1922</sup> Protokoll der ordentlichen Gesellschafterversammlung am 28.5.47, Verlagsgesellschaft Thüringen mbH, Weimar, AG Weimar, Handelsregister HRB V/10, TStA Weimar, Sign. 137, Bl. 25.

<sup>1923</sup> Preisgenehmigungen waren aufgrund des nach dem Kriegsende von den NS-Behörden übernommenen Preisstopps genehmigungspflichtig. Die Anträge waren bei den Preisämtern der Länder zu stellen, im Einzelfall wurden die Anträge von dort an die deutsche Zentralverwaltung für Finanzen und den Obersten Chef der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland weitergeleitet (vgl. Landesamt für Finanzen, Preisamt, an Thüringische Landeszeitung, 7.10.46, Landesfinanzdirektion Thüringen, TStA Weimar, Sign. 1231). Das Preisamt unterstand dem liberaldemokratisch geführten Landesamt für Finanzen, aus dem später das Landes-Finanzministerium wurde.

nen, der zuvor für Weimarer Teilaufgabe verlangt worden war.<sup>1924</sup> Eine Erhöhung konnte der Verlag trotz aller Interventionen nicht durchsetzen.<sup>1925</sup> Wie benachteiligt der Parteiverlag dabei war, zeigt ein Vergleich mit den Anzeigenpreisen, die die SED-Presse nehmen durfte. Der Anzeigenpreis der *Thüringische Landeszeitung* von 22 Pf pro Millimeter Anzeigenspalte war trotz der zugrunde gelegten Weimarer Lokalaufgabe von 11 500 Exemplaren deutlich niedriger als bei allen Lokalausgaben des sozialistischen *Thüringer Volks*, wo der niedrigste mm-Preis in Eisenberg zu bezahlen war (40 Pf, Auflage 9000).<sup>1926</sup>

Als Konkurrenz in das Blickfeld von Besatzungsbehörde und SED gelangte die Zeitung der LDPD erst, nachdem die Vereinigung von KPD und SPD im Frühjahr 1946 die sozialdemokratische Presse als Bedrohung der kommunistischen Vorherrschaft ausgeschaltet hatte.<sup>1927</sup>

In der Folgezeit bekam die *Thüringische Landeszeitung* durch die überparteiliche Tageszeitung *Abendpost* eine bürgerliche Konkurrenz. Der unternehmerische Erfolg der Verlagsgenossenschaft der *Thüringischen Landeszeitung* dürfte deshalb nicht nur unter der Benachteiligung gegenüber dem sozialistischen *Thüringer Volk* gelitten haben, sondern auch unter der *Abendpost*, die ab dem 19. März 1946 erschien.<sup>1928</sup> Diese überparteiliche Zeitung sprach wie die TLZ eine städtische bürgerliche Zielgruppe an<sup>1929</sup> und hatte auch ein weitgehend gleiches Verbreitungsgebiet. Als Kernregionen bestimmte RÖMHILD 1969 aufgrund einer Auszählung der Berichterstattung Weimar, Erfurt, Jena, Gera, Rudolstadt und Altenburg,<sup>1930</sup> wobei die Zeitung in Weimar und Erfurt über Lokalredaktionen, in Gera, Jena und Rudolstadt über freie redaktionelle Mitarbeiter verfügte.<sup>1931</sup>

Die überparteiliche bürgerliche *Abendpost* konnte sich im Kampf um die Leser auf einen wettbewerbsfähigeren redaktionellen Apparat verlassen, der die Quellenvielfalt der *Thüringischen Landeszeitung* in den Schatten stellte. Während das LDPD-Blatt lediglich die ostdeut-

<sup>1924</sup> Schreiben Thüringische Landeszeitung, an Landesdirektor Leonhard Moog, Landesamt für Finanzen, 23.9.46, Landesfinanzdirektion Thüringen, TStA Weimar, Sign. 1231.

<sup>1925</sup> Vgl. die Anzeigenpreise in BWD 21947, S. 52; Stamm 21949, S. 112.

<sup>1926</sup> Schreiben Thüringische Landeszeitung, an Preisamt, 22.7.46, Anlage: Anzeigenpreise von Zeitungen die in der sowjetischen Besatzungszone erscheinen, sowie Schreiben Thüringer Volksverlag, an Preisamt, 25.6.46, Anlage, jeweils Landesfinanzdirektion Thüringen, TStA Weimar, Sign. 1231.

<sup>1927</sup> Vgl. Louis 1996, S. 70. – In Thüringen konnte sich die KPD nach dem frühzeitigen Ja-Wort des thüringischen SPD-Landesvorsitzenden Heinrich Hoffmann und der Vereinigungszusage von SPD-Chef Otto Grotewohl spätestens seit Anfang Februar 1946 auf die bürgerlichen Presse konzentrieren (zu den zeitlichen Abläufen vgl. etwa Richert et al. 1958, S. 27ff.; Sukut 2000, S. 27ff.).

<sup>1928</sup> Zur Funktion und Rezeption der *Abendpost* vgl. näher Baerns 1988, S. 62f. sowie Römhild 1969.

<sup>1929</sup> Vgl. Römhild 1969, S. 21ff.; 40f.; 70; 82.

<sup>1930</sup> Vgl. Römhild 1969, S. 81.

<sup>1931</sup> Vgl. Römhild 1969, Anhang, Strukturskizze der »Abendpost«, o.P.

schen bzw. sowjetischen Agenturen ADN und SNB bezog,<sup>1932</sup> wollte die *Abendpost* »Wohl-informiertheit« demonstrieren, indem sie auf ihre Quellenvielfalt »mit präziser und auffälliger Kennzeichnung« hinwies.<sup>1933</sup> Die Zeitung warb dazu unter anderem mit dem Bezug der Nachrichtenagenturen Reuter, United Press und Associated Press.<sup>1934</sup>

Auch drucktechnisch schien die *Thüringische Landeszeitung* durch die Entstehung der *Abendpost* an Konkurrenzfähigkeit eingebüßt zu haben. Zwar behielt das LDPD-Organ nach dem März 1946 seinen Verlagssitz in den Räumlichkeiten des zum Gründungskreis der Genossenschaft gehörenden, jedoch enteigneten Panses Verlag, auf die leistungsfähigen Satz- und Druckmaschinen hatte jedoch nur noch die *Abendpost* zugriff, die damit nach RÖMHILD 1969 exklusiv über die technischen Grundlagen einer »höchsten Aktualität« verfügte.<sup>1935</sup>

Bei der für die Ertragskraft der Verlagsgenossenschaft zentralen Auflagenhöhe musste die *Thüringische Landeszeitung* gegenüber der *Abendpost* eine deutlich negativere Entwicklung hinnehmen. Während die Auflage der *Thüringischen Landeszeitung* bis zum Frühjahr 1947 von 50 000 auf 17 000 Exemplar absank,<sup>1936</sup> konnte die *Abendpost* im Frühjahr 1946 mit täglich 120 000 Exemplaren starten.<sup>1937</sup>

Zu einer Schwächung der *Thüringischen Landeszeitung* dürften auch die personellen Abgänge geführt haben, die mit der Gründung der *Abendpost* verbunden waren. Zum Lizenzinhaber, Verlagsgeschäftsführer, Herausgeber und Chefredakteur der *Abendpost* machte die sowjetische Militäradministration mit Carl-Herbert Kramer ausgerechnet den Verlagsdirektor der *Thüringischen Landeszeitung*.<sup>1938</sup> Trotz seiner neuen tragenden Funktion bei der *Abendpost* blieb Carl-Herbert Kramer bis zum 8. August 1946 im Vorstand der konkurrierenden Thüringischen Verlagsgenossenschaft.<sup>1939</sup> Nach Kramer wechselte auch der stellvertretende Chefredakteur und Lokalchef Arnd Römhild von der TLZ zur *Abendpost*.<sup>1940</sup>

<sup>1932</sup> Vgl. NWDZV 1947, S. 282. – bei ADN war die TLZ Gesellschafter (vgl. Protokoll (Abschrift) der o.a. Generalversammlung der Thüringer Verlagsgenossenschaft in Liquidation, 18.7.58, AG Weimar, Genossenschaftsregister II/43, TStA Weimar, Sign. 106, Bl. 93-94).

<sup>1933</sup> Römhild 1969, S. 77.

<sup>1934</sup> Vgl. die quantitative Auswertung bei Römhild 1969, S. 77f. – Schon 1947 gibt der Verlag neben ADN und SNB nur noch AP als Nachrichtenagentur an (vgl. NWDZV 1947, S. 281).

<sup>1935</sup> Römhild 1969, S. 136. Vgl. außerdem Römhild 1969, Anm. 86, Anhang S. 26.

<sup>1936</sup> Vgl. Louis 1996, S. 70f.

<sup>1937</sup> Vgl. Römhild 1969, S. 84. – Nach einem Schreiben des Preisamtes Thüringen (An die deutsche Zentralverwaltung für Finanzen [Juni 1947], Landesfinanzdirektion Thüringen, Preisamt, TStA Weimar, Sign. 1231) erreichte die *Abendpost* eine Auflage von 600 000 Exemplaren und damit dieselbe Höhe wie das *Thüringer Volk* der SED mit seinen rund zwei Dutzend Lokalausgaben. Bei dieser Zahl dürfte es sich allerdings um einen Übertragungsfehler handeln.

<sup>1938</sup> Vgl. Verlag Abendpost GmbH, Weimar, Handblatt zum Handelsregister, AG Weimar, Handelsregister HRB V/20, TStA Weimar, Sign. 109, o.Bl. sowie Gesellschaftsvertrag, Erste Ausfertigung, 11.4.46, AG Weimar, Handelsregister HRB V/20, TStA Weimar, Sign. 109, Bl. 3. (Kramer hatte allerdings nicht die Kapitalmehrheit sondern je 30 Prozent des Grundkapitals von 50000 RM seine Kompagnons Conrad Wallmüller und Heinz Leitel, beide Weimar.)

<sup>1939</sup> Louis 1996, S. 266.

<sup>1940</sup> Vgl. Römhild 1969, Anhang Lebenslauf o.P. sowie Die deutsche Presse 1946, S. 36. – Auch die anderen Redakteure »waren alle schon jahrelang berufstätig und hatten neben ihren z.T. hervorragenden beruflichen Spezialkenntnissen alle Eigenschaften des »all-round-Journalisten« (Römhild 1969, Anm. 6, Anhang S. 20f.). So ließ sich der *Abendpost*-

Zwar gab sich die *Abendpost* überparteilich, sie verfügte aber über eine enge Anbindung an die SED. Zwar scheint der bei beiden Verlagen federführende Carl-Herbert Kramer in der DDR späterhin in Unnade gefallen zu sein,<sup>1941</sup> mindestens ein Teil seiner Verlagsgesellschafter, die die Geschäftsanteile nur treuhänderisch hielten,<sup>1942</sup> gehörte aber zum engeren Umfeld der SED. Als 30-Prozent-Eigentümer fungierte der Geschäftsführer des ›Thüringer Volksverlags‹ der SED, Heinz Leitel.<sup>1943</sup> Inwiefern die beiden Gesellschafter Wallmüller und Kramer bei der *Abendpost* und darüber hinaus Kramer bereits bei der *Thüringischen Landeszeitung* treuhänderisch für die SED agierten, bedarf weiterer Untersuchungen.<sup>1944</sup> Der SED wurden am Ende auch alle Geschäftsanteile des Verlags übertragen.<sup>1945</sup>

Inhaltlich wurde die *Abendpost* von der ostdeutschen Pressegeschichtsschreibung als Korrektiv zur *Thüringischen Landeszeitung* und zum *Thüringer Tageblatt* gesehen, der Anteil von SED-Mitgliedern spricht aber dafür, dass das Blatt als Konkurrenz die bürgerliche Zeitungen bedrängen sollte.<sup>1946</sup> Die *Abendpost* mischte sich im Sinne der SED systemstabilisierend in die Richtungsstreitigkeiten im ostdeutschen Parteiensystem ein.<sup>1947</sup> In diesen Richtungskämpfen engagierte sich die Zeitung nach RÖMHILD 1969 »vor allem dann, als sich die Entwicklung [in den bürgerlichen Parteien] für die gesellschaftlichen Umwälzungen als nachteilig herausstellte und die Presse von CDU und LDP nicht immer dem Verlangen der Mitgliedsmehrheit gerecht wurde.«<sup>1948</sup> Auch wenn offen bleiben muss, inwiefern mit der *Abendpost* tatsächlich »negativen Auswirkungen einiger polemischer Veröffentlichungen der ›Thüringischen Landeszeitung‹ (LDP) und des ›Thüringer Tageblattes‹ (CDU) vor allem in den Jahren 1946 und 1948 - 1950 entgegengewirkt werden konnte,«<sup>1949</sup> so belegt diese ostdeutsche Darstellung die Konkurrenzsituation, die einerseits zwischen dem von Altverlegern mitgetragenen Parteiblatt *Thüringische Landeszeitung* und andererseits dem von deren ehemaligen Verlagsdirektor herausgegebenen überparteilichen *Abendpost* bestand.

---

Redakteur Erwin Ortmann für das Jahr 1937 als Lokalredakteur der parteiamtlichen Tageszeitung *Mitteldeußland/Mitteldeußsche Zeitung* nachweisen (vgl. Handbuch der deutschen Tagespresse 1937, S. 170).

<sup>1941</sup> Römhild erwähnt den Gründungsverleger Kramer in seiner Monografie zur *Abendpost* nicht ein einziges Mal namentlich, disqualifizierte ihn als »anfänglich politisch schwächere [...] Leitung der ›Abendpost‹, die in diesem wichtigen Organ eine Quelle persönlicher Macht und eigener Bereicherung zu sehen glaubte (weshalb ihr auch nach wenigen Monaten die Lizenz entzogen wurde)« (vgl. Römhild 1969, S. 99).

<sup>1942</sup> Protokoll der ordentlichen Gesellschafterversammlung, 28.7.49, Verhandlung Nr. 426 der Urkundenrolle 1949, Verlag Abendpost GmbH, AG Weimar, Handelsregister HRB V/20, TStA Weimar, Sign. 109, Bl. 52.

<sup>1943</sup> Liste der Gesellschafter der Abendpost, AG Weimar, Handelsregister HRB V/20, TStA Weimar, Sign. 109, Bl. 53.

<sup>1944</sup> Eine Bestätigung für die SED ließe die Entwicklung der *Thüringer Landeszeitung* in einem anderen Licht erscheinen.

<sup>1945</sup> Protokoll, Ordentliche Gesellschafterversammlung, 2.4.51, Verlag Abendpost GmbH, AG Weimar, Handelsregister HRB V/20, TStA Weimar, Sign. 109, Bl. 69-70.

<sup>1946</sup> Im selben Sinne Richert et al. 1958, S. 94.

<sup>1947</sup> Zu Funktion und Wandel der überparteilichen Presse in der ostdeutschen Pressegeschichtsschreibung vgl. Baerns 1988.

<sup>1948</sup> Römhild 1969, S. 22.

<sup>1949</sup> Römhild 1969, S. 96.



Für die an der Verlagsgenossenschaft beteiligten traditionellen Verleger bedeutete jedoch seit 1946 nicht nur die Herausgabe der *Abendpost* einen zunehmenden wirtschaftlichen Druck, sondern auch die zunehmenden finanziellen Begehrlichkeiten der LDPD. Die Partei verlangte einen höheren Anteil an den Erträgen, was trotz der Auflagenkürzungen, der Einstellungen der Lokalausgaben und des Preisstopps im Anzeigenbereich dazu führte, dass die Genossenschaftsmitglieder die 1945 abgeschlossenen Konditionen des Herausgebervertrags zum 31. Dezember 1946 kündigten und der Partei höhere Zahlungen anboten.<sup>1950</sup> Nach LOUIS 1996 hatten die von der Verlagsgenossenschaft zuvor an die Parteikasse gezahlten Lizenzgebühren lediglich ein Viertel der Erträge anderer liberaldemokratischer Parteizeitungen betragen, die bei ähnlichen Auflagen auf jeweils monatlich 12 bis 15 000 RM gekommen seien. In der LDPD habe sich die Auffassung durchgesetzt, dass den Traditionsverlegern Gewinne ermöglicht würden, die dem Landesverband bei einem Betrieb der Zeitung in Eigenregie ohne Abzüge zuflössen.<sup>1951</sup>

Ob die von Louis 1996 kolportierten hohen Gewinne bei den beteiligten Verlegern tatsächlich ankamen, muss angesichts der betriebswirtschaftlichen Rahmenbedingungen allerdings bezweifelt werden. Aufgrund der Genossenschaftsstruktur und der Vielzahl von Eigentümern fielen vergleichsweise hohe Fixkosten an,<sup>1952</sup> die nach der Einstellung der Lokalausgaben nur durch eine Erhöhung des Absatzes aufzufangen waren.

Der von den Traditionsverlagen Ende 1946 angebotene nachgebesserte Vertrag erhöhte die an den Landesverband abzuführenden monatlichen Zahlungen gleichwohl auf 20 Pf pro Monatsstück und damit auf 10 000 RM pro 50 000 Auflagenexemplare. Darüber hinaus wurde zusätzlich die Übernahme einer von der Landespartei an die Parteileitung in Berlin zu zahlenden Pauschale von 10 000 RM vorgeschlagen und der Berliner Parteispitze ein Umsatzbeteiligung von 2,33 Prozent angeboten.<sup>1953</sup> Die insgesamt an die LDPD abzuführenden Gelder dürften sich danach von weniger als einem Promille<sup>1954</sup> auf etwa 10 Prozent des Vertriebsumsatzes vervielfacht haben.<sup>1955</sup> Als weitere Unkosten hatten die einzelnen Verlagsgenossen noch eine Umlage für die Zentralredaktion und die Aufwendungen für das eigene thüringische Korrespondentennetz zu tragen.

<sup>1950</sup> Vertrag, 31.12.46, AG Weimar, Genossenschaftsregister II/43, TStA Weimar, Sign. 106, Bl. 33.

<sup>1951</sup> Vgl. Louis 1996, S. 69.

<sup>1952</sup> Vgl. Schreiben Thüringische Landeszeitung, Weimar, an Landesdirektor Leonhard Moog, Landesamt für Finanzen, 23.9.46, Landesfinanzdirektion Thüringen, TStA Weimar, Sign. 1231.

<sup>1953</sup> Vertrag, 31.12.46, AG Weimar, Genossenschaftsregister II/43, TStA Weimar, Sign. 106, Bl. 32-34.

<sup>1954</sup> Vgl. Modellrechnung bei Anm. 1877.

<sup>1955</sup> Die Modellrechnung auf der Basis der maximal erreichten 50000 Auflagenexemplare (3 × wöchentlich, Einzelpreis 20 Pf) ergibt einen monatlichen Vertriebsumsatz von 120000 RM, von dem sich als Abführungen/Erträge 10000 RM (8,33 Prozent) für die Landespartei (20 Pf Lizenzgebühr × 50000) und 2800 RM (2,33 Prozent v. Umsatz) für Parteileitung in Berlin errechnen.

An Einnahmen hatten die einzelnen TLZ-Verlage nur den örtlichen Anzeigen- und Vertriebsumsatz sowie die Hoffnung auf das Wiedererstehen von »selbständigen Bezirksausgaben und lokalen Redaktionen«. <sup>1956</sup> Um die Bezirksausgaben wieder einrichten zu können, wurden sie in einer wenig bindenden Formulierung in den neuen Vertrag aufgenommen: »Bis zur Wiedereinführung der Bezirksausgaben übernehmen die Inhaber der bereits bestehenden Bezirksverlage in Weimar, Erfurt, Nordhausen, Gera, Eisenach, Altenburg und Pößneck in selbständiger Geschäftsführung die Vertriebs- und Anzeigengeschäfte in ihrem Bezirk.« <sup>1957</sup>

Wohl um der LDPD einen Anreiz für Auflagenerhöhungen zu bieten und die Partei dazu zu bringen, die Anstrengungen für eine Genehmigung von höheren Auflagen zu vergrößern, sah das neue Vertragsangebot eine nach Auflagen exponentiell gestaffelte Umsatzbeteiligung vor: Bei einem Anstieg der Auflage auf 150 000 Exemplare wurde der Berliner Parteizentrale eine nochmals um mehr als das fünffache erhöhte Umsatzbeteiligung von 15 Prozent angeboten, zusätzlich sollte die Landespartei bereits ab einer Auflage von 120 000 Exemplaren eine gegenüber der Basisregelung um 50 Prozent erhöhte Lizenzgebühren von 30 Pf je Monatsstück erhalten. <sup>1958</sup> Um aber andererseits angesichts der fixen Lizenzgebühren das ökonomische Risiko von fallenden Auflagen zu begrenzen, wurden für den Fall eines Absinkens unter einen Schwellenwert von 50 000 Auflagenexemplare Neuverhandlungen festgesetzt. <sup>1959</sup>

Da die Lizenzabgaben der DP/LDPD weiterhin zu gering waren, löste die Partei die Traditionsverleger schließlich vollständig aus dem Geschäft heraus. Nachdem sich der im Dezember 1946 gewählte Landesschatzmeister Helmut Winbeck Anfang Juli 1948 erstmals öffentlich für eine Herausgabe der Zeitung in eigener Regie eingesetzt hatte, <sup>1960</sup> wurde er im darauf folgenden September als Mitglied in die Genossenschaftsversammlung der TLZ delegiert. <sup>1961</sup> Bereits am 24. November 1948 hatte Winbeck auf einer Generalversammlung die Auflösung der Verlagsgenossenschaft durchgesetzt und einem bereits 1946 gegründeten Parteibetrieb die weitere Herausgabe der *Thüringischen Landeszeitung* übertragen. <sup>1962</sup>

<sup>1956</sup> Vertrag, 31.12.46, AG Weimar, Genossenschaftsregister II/43, TStA Weimar, Sign. 106, Bl. 32.

<sup>1957</sup> Vertrag, 31.12.46, AG Weimar, Genossenschaftsregister II/43, TStA Weimar, Sign. 106, Bl. 32.

<sup>1958</sup> Vertrag, 31.12.46, AG Weimar, Genossenschaftsregister II/43, TStA Weimar, Sign. 106, Bl. 33.

<sup>1959</sup> Vertrag, 31.12.46, AG Weimar, Genossenschaftsregister II/43, TStA Weimar, Sign. 106, Bl. 34.

<sup>1960</sup> Vgl. Louis 1996, S. 69.

<sup>1961</sup> Liste der Genossen, AG Weimar, Genossenschaftsregister II/43, TStA Weimar, Sign. 106, o.Bl.

<sup>1962</sup> Vgl. Thür. Verlagsgen. eGmbH, Statut, 10.10.45, AG Weimar, Genossenschaftsregister II/43, TStA Weimar, Sign. 106, o.Bl.; Louis 1996, S. 69.

Die ausgeschiedenen Traditionsverleger erhielten von der DP/LDPD eine Abfindung von 21 000 DM-Ost angeboten.<sup>1963</sup> Gemessen an der bis zur ostdeutschen Währungsreform vom Juni 1948 gültigen Reichsmark<sup>1964</sup> hätte diese Summe vor der Abwertung einem Buchwert von immerhin etwa 210 000 RM entsprochen. Dies hätte zwar rund das Zwanzigfache der jährlichen Gewinnabführungen an die unterschiedlichen Parteigliederungen bedeutet. Gemessen am auch nach der Währungsreform unveränderten Preisniveau hatte die Abfindung von 21 000 DM-Ost jedoch lediglich den Wert von rund 3 Prozent des jährlichen Vertriebsumsatzes.<sup>1965</sup> Die Verleger bekamen für die endgültige Abtretung des Verlagsrechtes eine Entschädigung von umgerechnet nicht einmal einer DM-Ost pro Leser, eine vergleichsweise niedrige Entschädigung, die einer Enteignung gleich gekommen sein dürfte.<sup>1966</sup>

Als die Verlagsgenossenschaft 1958 endgültig liquidiert wurde, erhielten ihre acht Teilhaber nach Verrechnung aller Forderungen insgesamt 900 DM-Ost ausbezahlt bzw. auf ein Treuhandkonto gutgeschrieben. Von den 1948 zum Zeitpunkt der Auflösung noch beteiligten vier Altverlegern waren Paul E. Blank (Weimar), Curt Nebelung (Nordhausen), Rudolf A. Lang (Pöbneck) in den Westen abgewandert, Hans Apel aus Eisenach lebte in Thüringen.<sup>1967</sup>

Ohne zuvor eigenes Knowhow im Zeitungswesen besessen zu haben, kam die LDPD aufgrund der Vorarbeiten der Altverleger an eine eigene landesweite Zeitung,<sup>1968</sup> die bereits Anfang 1946 so stark war, dass das Blatt von der SED bekämpft wurde. Zu diesem Zeitpunkt

<sup>1963</sup> Vgl. Louis 1996, S. 69, Anm. 189.

<sup>1964</sup> Geschäftsguthaben wurden ab dem 24.6.48 mit der ostdeutschen Währungsreform im Verhältnis 10 RM : 1 DM-Ost umgestellt (vgl. Gutmann/Klein 1995, S. 1593).

<sup>1965</sup> Die Zeitung erzielte 1948 eine Auflage von 25 000 Exemplaren. Die TLZ erschien dreimal wöchentlich zum Preis von 20 Pf. Der Vertriebsumsatz dürfte danach bei etwa 700 000 DM-Ost gelegen haben.

<sup>1966</sup> Zum Vergleich: Die 1943 anlässlich der letzten großen zwangsweisen Stilllegungswelle von Tageszeitungen vom NS-Pressetrust an die Verleger gezahlten Kaufpreise lagen zwischen 20 und 25 RM pro endgültig abgetretenem Zeitungsbezieher. Bei einer Zwangsverpachtung des Verlagsrechtes für die Dauer des Krieges wollten die Gauverlage pro Abonnent *monatlich* mit 50 bis 80 Pf ungefähr ein Drittel des monatlichen Abo-Preises als Pacht bezahlen (vgl. Schmidt 1947, S. 173). Das Abo der TLZ kostete 1948/49 monatlich 1,65 DM-Ost (vgl. Stamm 1949, S. 27).

<sup>1967</sup> Die letzten Verlagsgenossen waren Paul E. Blank (Verleger; Weimar), Curt Nebelung (Verleger; Nordhausen), Rudolf A. Lang (Verleger; Pöbneck) und der frühere Stadtkämmerer der Stadt Jena, Karl Häser (Jena), deren Anteile wegen ihrer Abwanderung auf Treuhandkonten überwiesen wurden, außerdem wurden ausbezahlt Hermann Becker (TLZ-Parteiverlag; Erfurt), der Verlagsgeschäftsführer Hans Apel (Eisenach), die LDPD-Ortsgruppe Altenburg und der LDPD-Landesschatzmeister Hellmut Winbeck (vgl. Protokoll der Sitzung der Liquidatoren der Thüringer Verlagsgenossenschaft i.L., 5.12.58, AG Weimar, Genossenschaftsregister II/43, TStA Weimar, Sign. 106, Bl. 95)

<sup>1968</sup> Die »Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR« gelangte 1994 zu der Auffassung, »daß die LDPD den über das Grundkapital [...] hinausgehenden Anteil am Unternehmen nicht nach materiell-rechtstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben hat.« (Bericht der Unabhängigen Kommission 1996, S. 243.) Zum Elitenaustausch bei der Thüringischen Landeszeitung vgl. Louis 1995c.

hatte in den anderen ostdeutschen Ländern der Presseaufbau der Blockparteien gerade erst begonnen.<sup>1969</sup>

Den Plan, die Traditionsverlage in die Produktion einer neuen Parteizeitung einzubinden, verfolgte nicht nur die LDPD, sondern auch im Umfeld der CDU gab es Pläne, über eine Anbindung an die Parteien den Verbleib im Zeitungsgeschäft zu erreichen. Im Dezember 1945 begannen im Umfeld der thüringischen CDU ebenfalls Bemühungen, in einer Kooperation mit Altverlagen eine Tageszeitung herauszugeben. Der Bevollmächtigte der Jenaer Universitäts-Buchdruckerei und Verlag Gustav Neuenhahn (ehem. *Jenaische Zeitung*), Max Keßler, suchte ebenfalls Kollegen, die bereit waren, anfangs den Vertrieb und später auch den Druck einer christdemokratischen Tageszeitung zu übernehmen.<sup>1970</sup> Auch der Verlag des *Mühlhäuser Anzeigers*, im Herbst 1945 noch im LDPD-Umfeld aktiv, führte entsprechende »Verhandlungen mit der CDU, um deren Organ zumindest im Lohndruck zu bekommen, was bestimmt geschieht, wenn die Partei erst die Lizenz zur Herausgabe ihrer Zeitung in ganz Thüringen hat.«<sup>1971</sup> Die Verleger sollten auch nach den Plänen der CDU längerfristig »verlegerisch beteiligt« werden.<sup>1972</sup>

Zu einer Kooperation wie in der Verlagsgenossenschaft der *Thüringischen Landeszeitung* kam es jedoch nicht. Im Februar 1946 zog der Verlagsbuchhändler und Beauftragte für das Presse- u. Verlagswesen der CDU, August Bach, das Verfahren an sich.<sup>1973</sup> Die thüringische CDU gründete daraufhin zur Herausgabe ihres *Thüringer Tageblattes* einen eigenen Verlag. Bach wurde im März 1946 Geschäftsführer und 50-Prozent-Eigner, von 1949 bis 1952 sogar alleiniger Gesellschafter des Verlags.<sup>1974</sup>

Auch in Sachsen gab es Bemühungen der Traditionsverleger, im Umfeld der bürgerlichen Parteien Lokalzeitungen herausgeben zu können. In Frankenberg versuchte so die Buch-

<sup>1969</sup> Es muss Spekulation bleiben, ob die Thüringische Landeszeitung evtl. kurzzeitig einen besseren Stand gehabt hätte, wenn die LDPD das verlegerische Engagement nicht durch eine Entmachtung der Verleger verringert hätte. In Berlin (*Der Morgen*) und Schwerin (*Norddeutsche Zeitung*) war der private Verleger Mossner mit der Herausgabe der LDPD-Parteizeitungen betraut, der über die genehmigten Kontingente hinaus im Westen mit eigenem Kapital Druckpapier für Auflagensteigerungen kaufte.

<sup>1970</sup> Schreiben Verlag Neuenhahn, Jena, Max Keßler, an Dannersche Buchdruckerei und Verlag, Mühlhausen, 13.12.45, Akte »Krumme Hunde«, Familienarchiv Falk, Wiesbaden.

<sup>1971</sup> Schreiben Frau Eva Falk an Herrn Dr. Schmidt, Mühlhausen den 28.2.46. DBuV Akte 1939-46.

<sup>1972</sup> Schreiben Verlag Neuenhahn, Jena, Max Keßler, an Dannersche Buchdruckerei und Verlag, Mühlhausen, 13.12.45, Akte »Krumme Hunde«, Familienarchiv Falk, Wiesbaden.

<sup>1973</sup> Vgl. Schreiben CDU, Landesverband Thüringen, August Bach, an Dannersche Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Mühlhausen, 27.2.46, Akte »Krumme Hunde«, Familienarchiv Falk, Wiesbaden.

<sup>1974</sup> Vgl. CDU-Verlag Gesellschaft mbH, AG Weimar, Handelsregister HRB V/14, TStA Weimar, Sign. 114. – Die Herausgabe von Lokalausgaben sollte erst 1952 erfolgen. (vgl. AfL, Lizenz-Nr. 645, 19.2.52. BArch DC9/9011 sowie 5. Nachtrag zur Postzeitungsliste Ausgabe 1952, S. 40).

druckerei C. G. Roßberg die Genehmigung für eine solche Nebenausgabe zu bekommen, scheiterte jedoch ebenfalls.<sup>1975</sup>

Erfolgreich konnten die Versuche, Lokalausgaben von Zeitungen der CDU und LDPD zu gründen, offenbar spätestens seit Ende der 40er Jahre nur noch dann sein, wenn die beteiligten Personen zwar Knowhow aus dem Verlagsgeschäft mitbrachten, die Gründung von Lokalzeitungen jedoch vollständig innerhalb der Parteistrukturen betrieben. In der südlich von Halle gelegenen Stadt Zeitz entstand auf diese Weise eine Lokalausgabe der christdemokratischen Landeszeitung *Der Neue Weg* aus Halle.<sup>1976</sup>

Treibende Kraft hinter dieser Bezirksausgabe war ein früherer Anzeigenleiter bei den *Zeitzer Neuesten Nachrichten*,<sup>1977</sup> Conrad Sedelmeyer, der in der Stadt nach dem Krieg die CDU mit aufbaute und die Partei als Kreissekretär führte. Sedelmeyer hatte bereits von 1946 bis 1949 nicht nur Mitglieder für die CDU, sondern auch Leser für die Zentralausgabe des *Neuen Wegs* geworben. Als die Zahl der Abonnenten hoch genug war, begann er Planungen für die Lokalausgabe zu realisieren, für die Sedelmeyer auf Berufserfahrung und vielfältige Kontakte zurückgreifen konnte. »Der hat dann gesagt, »jetzt gründen wir noch ‘ne Zeitung.«. Die CDU in Halle stimmte aufgrund des in den Vorjahren erworbenen Auflagenpolsters zu. »Das ist ihm gelungen, weil er die Leser der *Zeitzer Neuesten Nachrichten* für den *Neuen Weg* geworben hatte.«<sup>1978</sup>

### 6.3.3 Zur Beschlagnahme und Enteignung von Zeitungsbetrieben

Die Enteignung von Zeitungsbetrieben erfolgte in mehreren Wellen. Während die Enteignungen anfangs im Rahmen der Entnazifizierung der Wirtschaft erfolgten, trugen sie im weiteren Verlauf der 40er Jahre verstärkt die Züge einer wirtschaftlichen Umgestaltung hin zum Sozialismus.

<sup>1975</sup> Telefonische Mitteilung Johannes Roßberg, Frankenberg, 2.8.00.

<sup>1976</sup> Die folgende Darstellung folgt einer Beschreibung von Frau Dorothea Landmann, Zeitz, Redakteurin in der Redaktion Zeitz von 1953-1955, dann in Dresden, Halle, Leipzig, Weimar, ab 1962 Lokalchefin in Zeitz, Telefoninterview, 15.3.2000; sowie »Conrad Sedelmeyer †«, in: *Der Neue Weg*, Zeitz, Ausriss o. Dat., Dez. 1954, Privatarchiv Dorothea Landmann.

<sup>1977</sup> Siehe dazu auch Handbuch der Deutschen Tagespresse 1944, S. 53. – Die 1900 gegründete Zeitung hatte sich 1932 als »waterländisch unabhängig« charakterisiert und war mit einer Auflage von 12 000 Exemplaren neben dem sozialdemokratischen *Volksboten* (9 000) die einzige Zeitung der Stadt (Mediaangaben n. Handbuch der Deutschen Tagespresse 1932, S. 276). Infolge der Gründung einer Nebenausgabe des Hallischen NS-Organs *Mitteldutsche National-Zeitung* ging die Auflage der *Zeitzer Neuesten Nachrichten* trotz der Enteignung des SPD-Organs bis 1939 auf 9 200 Exemplare zurück. 1943 erfolgte die Schließung und Vereinigung mit dem NS-Organ zum *Zeitzer Tageblatt* (Mediaangaben n. Handbuch der Deutschen Tagespresse 1944, S. 53f.).

<sup>1978</sup> Telef. Auskunft, Frau Dorothea Landmann, Zeitz, 15.3.2000.

Erste zentrale Eingriffe in das verlegerische Eigentum erfolgten nach den ungeordneten Requirierungen der direkten Nachkriegszeit erstmals im Herbst 1945. Nach dem sowjetischen Befehl Nr. 124 wurden im Oktober 1945 neben anderen Wirtschaftsbetrieben auch Verlage unter eine ›Sequestrierung‹ genannte Zwangsverwaltung gestellt,<sup>1979</sup> die nach einer Überprüfung in eine Enteignung übergehen konnte.<sup>1980</sup> Beschlagnahmt oder in provisorische Verwaltung übernommen werden sollten nach den Ausführungsbestimmungen der Grundbesitz sowie das vollständige Inventar der betroffenen Betriebe.<sup>1981</sup> Von einer Zwangsverwaltung und der nachfolgenden Enteignungen waren nicht nur NS-Betriebe betroffen, sondern auch »Personen, die [...] die Terrorherrschaft des Hitlerregimes in Tat, Wort, Schrift und Bild unterstützt oder verteidigt haben.«<sup>1982</sup> Nach einer Ausführungsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt konnte bereits der Lohndruck für eine NS-Zeitung für eine Enteignung ausreichen:

»Im Dienste der NSDAP hat eine Tageszeitung auch dann gestanden, wenn sie die vom Reichspropagandaministerium herausgegebenen Informationen und Anweisungen abgedruckt oder sonst verwertet hat. Das Gleiche gilt für eine Druckerei, die eine solche Zeitung im Lohndruckverfahren hergestellt hat. Der Einziehung unterliegt dasjenige dem Betrieb der Druckerei oder der Verlagsanstalt ganz oder überwiegend gewidmete Vermögen einschließlich der Grundstücke (Betriebsvermögen), das dem Eigentümer des Betriebes im Zeitpunkt der Einziehung gehört hat.«<sup>1983</sup>

Die Eigentumsstrafen gingen jedoch über die Einziehung des Betriebsvermögens hinaus, da die enteigneten Eigentümer zwar die Rechte an ihrem Eigentum verloren, nicht jedoch die Pflichten: »Mit der Zustellung des Einziehungsbeschlusses geht das eingezogene Vermögen schuldenfrei auf die Provinz Sachsen über. Damit erlöschen alle dinglichen Rechte an dem eingezogenen Vermögen mit Ausnahme der Grunddienstbarkeiten. Der bisherige Eigentümer haftet jedoch fort.«<sup>1984</sup>

Von der Enteignung waren auch Verlage bedroht, die keine nationalsozialistische Kapitalbeteiligung eingehen mussten. Beschlagnahmt wurde darüber hinaus nach dem sowjetischen Befehl Nr. 126 vom 31. Oktober 1945 auch das Betriebsvermögen von geflohenen Eigentümern.<sup>1985</sup>

<sup>1979</sup> Vgl. Buck 1995, S. 1084; Krause 1958, S. 57.

<sup>1980</sup> Zum Sequester- und nachfolgenden Enteignungsverfahren vgl. etwa Buck 1995, S. 1080ff.

<sup>1981</sup> Vgl. Buck 1995, S. 1078ff. sowie die Instruktion des Chefs der Abteilung Wirtschaft der SMAD, zit. n. Krause 1958, S. 41f.

<sup>1982</sup> Anweisung der Landesverwaltung Sachsen, zit. n. Krause 1958, S. 42.

<sup>1983</sup> § 2, Ausführungsverordnung zur Verordnung vom 17. Dezember 1945 über die Einziehung des Vermögens von Druckereien und Verlagsanstalten, die im Dienste der NSDAP standen. Veröffentlicht im Verordnungsblatt für die Provinz Sachsen Nr. 9/1945, Gesetzblatt der Provinz Sachsen-Anhalt, Teil 1, Nummer 1, 1947. 4.1.47.

<sup>1984</sup> § 6 (1), Ausführungsverordnung zur Verordnung vom 17. Dezember 1945 über die Einziehung des Vermögens von Druckereien und Verlagsanstalten, die im Dienste der NSDAP standen. Veröffentlicht im Verordnungsblatt für die Provinz Sachsen Nr. 9/1945, Gesetzblatt der Provinz Sachsen-Anhalt, Teil 1, Nummer 1, 1947. 4.1.47.

<sup>1985</sup> Vgl. Krause 1958, S. 43; Buck 1995, S. 1083 (Anm. 18).

Nach der Sequestrierung erfolgte die Klärung der zukünftigen Eigentumsverhältnisse. Durch besondere Sequester-Kommissionen, in denen Mitglieder der Parteien und der Gewerkschaft saßen und die aus der Bevölkerung Enteignungsvorschläge bekamen, wurden die beschlagnahmten Betriebe in drei Kategorien eingeteilt. Betriebe der Kategorie A wurden enteignet, der die Kategorie B den als »minderbelastet« eingestuften Eigentümern zurückgegeben und Betriebe der Kategorie C als sowjetische Kriegsentschädigung bereitgehalten. Zur Kategorie C gehörten auch Unternehmen, deren Enteignung noch umstritten war oder über die als »herrenloses« Eigentum noch nicht entschieden war.<sup>1986</sup> Die endgültige Entscheidung über die zwangsverwalteten Betriebe sollte von sowjetischen Dienststellen gebilligt werden.<sup>1987</sup> Für die Betriebe der Kategorie A wurde im Verlaufe des Jahres 1946 grundsätzlich die Überführung in Volkseigentum beschlossen.<sup>1988</sup> Anfang April wurde als zentrale Behörde die »Deutsche Zentralkommission für Beschlagnahme und Sequestrierung« geschaffen, die für eine Straffung der Vorgänge sorgen sollte.<sup>1989</sup> Die förmlichen Enteignungen zogen sich zu meist hin und wurden »bei dem größten Teil der sequestrierten Unternehmen erst am 17. April 1948 nachgeholt«, als die Sequestrierungen insgesamt formal beendet wurden.<sup>1990</sup> An diesem Tag erließ die SMAD den »Befehl Nr. 64 betr. Beendigung des Sequesterverfahrens in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands«, gleichzeitig wurde der Befehl Nr. 124 vom Oktober 1945 aufgehoben. Alle Betriebe, die noch auf irgendwelchen Listen standen, wurden ohne Anhörung automatisch enteignet und in das Eigentum des Volkes überführt,<sup>1991</sup> so der Verlag »Bruno Schramm & Sohn«, Augustusburg, Kreis Flöha/Sachsen (*Augustusburger Wochenblatt und Anzeiger*).<sup>1992</sup>

Die Zeitungsunternehmen stießen, wie die eigens beschlossenen Enteignungbestimmungen belegten, auf ein besonderes Interesse der Landesregierungen und der beteiligten Parteien: »Insbesondere wurde in der Provinz Sachsen unter dem 17. Dezember 1945 von der Provinzialverwaltung eine Verordnung betreffend die Beschlagnahme von Druckereiunternehmen herausgebracht, die wesentlich schärfer ist als der Befehl 124/126 SMA. So ist es zu erklären, dass in der Provinz Sachsen sozusagen alle mittleren und größeren Druckereien nicht nur sequestriert, sondern auch den beiden marxistischen Parteien zur Verfügung gestellt

---

<sup>1986</sup> Vgl. Buck 1995, S. 1080f.; Lochen 1991, S. 1030f.

<sup>1987</sup> Vgl. Buck 1995, S. 1081.

<sup>1988</sup> Volksabstimmung in Sachsen, Regierungsbeschlüsse in den anderen Ländern (vgl. Krause 1958, S. 78ff.; Mühlfriedel 1995, S. 2232).

<sup>1989</sup> Mühlfriedel 1995, S. 2230.

<sup>1990</sup> Buck 1995, S. 1084.

<sup>1991</sup> Krause 1958, S. 62; Sperk 1999, S. 133; Mühlfriedel 1995, S. 2241.

worden sind.«<sup>1993</sup> Wie bei Umverteilungen von Eigentum nicht anders zu erwarten, kam es dabei teilweise offenbar zu Wettrennen um die Unternehmen. In einem Schreiben an den Vizepräsidenten des Landes Mecklenburg mühte sich so der Kulturbund darum, die Verfügung über die Buchdruckerei P. Niemann (*Ludwigsluster Tageblatt*) zu erlangen und dabei den Besitzer der Druckerei Chr. Sauerland & Sohn auszustechen.<sup>1994</sup>

»Was diesen Sauerland betrifft, erzählte er mir eben, dass er sich liiert hat mit der Druckerei Niemann in Ludwigslust und dadurch die Druckerei, wie er sich ausdrückt, gerettet hat, denn Niemann, der Besitzer, ist ein alter Pg. Der Bürgermeister Theek will aber diesen Niemann völlig enteignen und Sauerland trägt sich mit der Hoffnung, Treuhänder der Druckerei zu werden. Ich teile Dir das mit, weil wir bei der Schaffung unseres belletristischen Verlages Schwierigkeiten hinsichtlich der Druckerei haben. Diese Druckerei Niemann in Ludwigslust ist die einzige Druckerei, die noch einigermaßen intakt ist, und ich halte es für richtig, wenn schon der ehemalige Pg. enteignet wird, dass sie dann nicht dem Sauerland zugeschoben wird.«<sup>1995</sup>

Gegen eine willkürliche und ungerechtfertigte Enteignung war zwar Widerspruch bei der deutschen Verwaltung und den sowjetischen Besatzungsbehörden möglich, dieser aber »nur höchst selten einmal von Erfolg gekrönt«.<sup>1996</sup>

Ob die Verlage von Enteignungen betroffen waren oder nicht, schien in hohem Maße von Zufällen und Willkür abzuhängen.<sup>1997</sup> Alle im Rahmen dieser Arbeit untersuchten früheren Zeitungsdruckereien, die nach 1949 noch weiter im Familienbesitz geblieben waren, hatten so bis in den Krieg hinein Zeitungen produziert und damit eine »Unterstützung in Nationalsozialismus in Wort und Bild«<sup>1998</sup> geleistet. Trotzdem konnten ihre Eigentümer die Enteignung abwenden. Allerdings erfuhr der Bad Frankenberger Verlagserbe Johannes Roßberg im Juli 1948 nur zufällig zwei Tage vor Ablauf der Einspruchsfrist davon, dass sein zwangsverwaltetes Unternehmen auf einer Liste mit endgültig zu enteignenden Betrieben stand und konnte bloß deshalb dagegen vorgehen.<sup>1999</sup> Die Druckerei und der Verlag sollten enteignet werden, da die dort gedruckte Zeitung nationalsozialistische Propaganda enthalten hatte. Sein Vater konnte jedoch nachweisen, dass er ab 1934 zwar noch Verleger und Drucker

<sup>1992</sup> Vgl. Schreiben Landesregierung Sachsen, Minister des Innern, an Frau Magarethe Schramm, Augustusburg, Dresden, 30. November 1945. In: VMOZV 1955a, Anlage 2, o.P.

<sup>1993</sup> Schreiben Fritz Schmidt, Verlagsberater, Berlin, an Eva Falk, Mühlhausen, 27.3.46, Akte DBuV 1947, Familienarchiv Falk, Wiesbaden.

<sup>1994</sup> Sauerland gab seit 1883 den gegründeten *Generalanzeiger für Philatelie* heraus, der in der Nachkriegszeit ab dem 15. Juli 1947 (vgl. Schreiben Chr. Sauerland & Sohn an Landesregierung Mecklenburg-Pommern, Abt. Kultur und Volksbildung, LHA Schwerin, VoBi, Amt für Information, Rep. 3078) bis mindestens 1952 (ZDB-ID 547096-1) wieder erscheinen konnte.

<sup>1995</sup> Schreiben Kulturbund, Dr. Br./B., an Herrn Vizepräsident Grünberg, Schwerin, 11.2.46. LHA Schwerin, VoBi, Amt für Information, Rep. 3078.

<sup>1996</sup> Vgl. Buck 1995, S. 1082.

<sup>1997</sup> Sowohl Eva Falk als auch August Oberreuter (IV.) gaben an, dass die Väter in ihren Städten als bürgerliche Nazigegner bekannt gewesen waren. Beide Betriebe wurden nicht enteignet. Andere Verleger schützte dies wiederum nicht.

<sup>1998</sup> Vgl. Anweisung der Landesverwaltung Sachsen, zit. n. Krause 1958, S. 42.

<sup>1999</sup> Roßberg 1992, S. 15f.



des bis Kriegsende erschienenen *Frankenberger Tageblattes* gewesen war, jedoch nicht mehr Redakteur und damit keinen inhaltlichen Einfluss mehr auf die Zeitung ausüben konnte.<sup>2000</sup> Die Dannersche Buchdruckerei und Verlagsanstalt, deren Zeitung *Mühlhäuser Anzeiger* 1943 eine NS-Kapitalbeteiligung eingehen musste,<sup>2001</sup> kam ebenfalls unter Sequester. Als Treuhänder setzte die KPD entgegen den Beschlüssen der örtlichen Sequesterkommission einen leitenden Angestellten der parteieigenen *Thüringer Volkszeitung* ein, eine Interessenverquickung, die nach einigen Tagen von der sowjetischen Militärverwaltung beendet wurde.<sup>2002</sup> Die geschäftsführende Gesellschafterin und Verlagsrbin Eva Falk wurde daraufhin erst über ihren eigenen Betrieb zur Sequesterin eingesetzt und die Zwangsverwaltung dann aufgehoben.<sup>2003</sup> »Tatsächlich hat sich in verschiedenen Fällen herausgestellt, dass die russische Militärverwaltung in vieler Hinsicht gerechter denkt, als die Provinzialstellen, die anscheinend lediglich bemüht sind, die Druckereien ausschließlich in die Hände der beiden marxistischen Arbeiterparteien zu bringen.«<sup>2004</sup>

Auch die Buchdruckerei E. Donath, die bis 1943 das *Genthiner Tageblatt* verlegt hatte,<sup>2005</sup> war im November 1945 beschlagnahmt worden. Dem zuvor bereits amtlich entnazifizierten Betrieb wurde vorgeworfen, weiterhin nationalsozialistische Parteigenossen zu beschäftigen und schon vor 1933 sowie noch zwei Tage vor der Eroberung durch die Rote Armee als Auftragsdruck NS-Propaganda hergestellt zu haben. Der Eigentümer wurde beschuldigt, NSDAP-Mitglied gewesen zu sein. Zur Entlastung brachte der Verleger vor, NS-Propaganda erst nach der Machtergreifung gedruckt zu haben und bei dem letzten Druckauftrag unter »dem Druck des Regimes« gehandelt zu haben. Die Entschuldigung, in die Partei erst 1937 eingetreten zu sein, jedoch niemals ein Parteibuch bekommen zu haben, wurde von einem langjährigen Angestellten beidigt, was ebenfalls entlastend wirkte.<sup>2006</sup> Die Beschlagnahme wurde daraufhin zwar im April 1946 vorerst aufgehoben,<sup>2007</sup> im Juli 1946 landete der Fall gleichwohl vor dem »Amt für Erneuerung der Wirtschaft« in Halle. Das Widerspruchsverfahren war für einen dort beteiligten Vertreter der CDU in so hohem Maße anmaßend und willkürlich, dass dieser ein Ablaufprotokoll hinterließ:

<sup>2000</sup> Roßberg 1992, S. 15ff.; telefonische Mitteilung Johannes Roßberg, Frankenberg, 2.8.00.

<sup>2001</sup> Siehe Kap. 2.1.

<sup>2002</sup> Vgl. Fortsetzung des Berichts über die Vorgänge im Zusammenhang mit der über die Dannersche Buchdruckerei und Verlagsanstalt verhängten Sequestration. Vom 27.1.-5.2.46, Akte DBuV 1939-46, Familienarchiv Falk, Wiesbaden.

<sup>2003</sup> Vgl. Fortsetzung des Berichts über die Vorgänge im Zusammenhang mit der über die Dannersche Buchdruckerei und Verlagsanstalt verhängten Sequestration. Vom 27.1.-5.2.46, Akte DBuV 1939-46, Familienarchiv Falk, Wiesbaden.

<sup>2004</sup> Schreiben Fritz Schmidt, Verlagsberater, Berlin, an Eva Falk, Mühlhausen, 27.3.46, Akte DBuV 1947, Familienarchiv Falk, Wiesbaden.

<sup>2005</sup> Siehe auch S. 313.

<sup>2006</sup> Mitteilung Thomas Friesecke, 14.3.2000.

<sup>2007</sup> Schreiben Finanzamt Genthin, an Eugen Donath, Genthin, 29.4.46, Firmenarchivalia E. Donath/Familienarchiv Thomas Friesecke, Genthin.

»Bei Beginn der Verhandlungen mußte ich bereits den anmassenden Ton des Dr. Heinrich zurückweisen und ihn darauf aufmerksam machen, daß ich mir eine militaristische Behandlung verbitte. Ähnliche Beschwerden sind bereits vorher von anderen Kreiskommissionen erfolgt. Als die Einsprüche gegen die Sequestrierung behandelt werden sollten, nahm Dr. Heinrich von dem Inhalt der Einsprüche überhaupt keine Kenntnis, sondern fragte nur den Wirtschaftsbeauftragten des Kreises, ob er wisse, was darin stehe. Als dieser verneinte, erklärte [Dr. Heinrich] in allen Fällen, ach, wird enteignet. [...] Ich hatte hierbei gegen die oberflächliche und leichtsinnige Behandlung solcher Enteignungen protestiert und erklärt, daß die Bevölkerung der Stadt Genthin diese Massnahmen niemals verstehen würde. [...] Ich erkläre hiermit ausdrücklich, daß ich mich als Vertreter der CDU. weigere, mich weiterhin an derartig undemokratischen Kommissionssitzungen zu beteiligen. Dem Landesverband der CDU. dürfte angeraten werden, in eine derartig wichtige Kommission Menschen mit eigener Entschlußfähigkeit und nicht nur einfache »Ja«-Sager hineinzuschicken.«<sup>2008</sup>

Der Fall Donath landete anschließend vor der »Deutschen Zentralkommission für Beschlagnahme und Sequestrierung«, die die Enteignung ablehnte.<sup>2009</sup> Dagegen erhielt die Buchdruckerei Edmund Mattig (*Dömitzer Zeitung*) im mecklenburgischen Dömitz/Elbe zwar die Antwort, die Enteignung des Betriebs sei irrtümlich erfolgt, das Verfahren zog sich gleichwohl drei Jahre hin, um am Ende trotzdem mit einer Enteignung zu enden.<sup>2010</sup> Als Großbetrieb mit im Jahre 1948 noch 161 Beschäftigten entging in Köthen/Anhalt auch der Verlag Paul Dünnhaupt erst nach einem Widerspruchsverfahren der Enteignung. Dünnhaupt hatte zu den wenigen bürgerlichen Verlegern gehört, deren Zeitungen bereits 1935 schließen mussten. Sein Betrieb war ebenfalls auf die Enteignungsliste gelangt, weil Dünnhaupt durch den Druck von NS-Zeitungen zum »Kriegsgewinnler« geworden sei.<sup>2011</sup>

Die verbliebenen Zeitungsunternehmer konnten vorerst unter den engen Bedingungen der SED-Pressepolitik weitermachen. Im Jahr 1948 hörten zwar jene Enteignungen auf, die der Entnazifizierung begründet wurden, im Zuge der Gründung der DDR erfolgten aber weitere Enteignungen im Rahmen der Umgestaltung der Wirtschaft.<sup>2012</sup> Die private Wirtschaftstätigkeit geriet unter Druck, als mit der Herausgabe einer neuen Wirtschaftsstrafverordnung Richtern und Staatsanwälten eine beliebige Handhabe zur Konstruktion von Verstößen gegen das Volkseigentum gegeben wurde, was dazu führte, dass bereits bei geringsten Verstößen gegen staatliche Verwaltungsvorschriften eine Enteignung erfolgen konnte.<sup>2013</sup> Einen politischen Bruch bedeutete mehr noch als die Staatsgründung das Jahr 1952, als die Staats- und

<sup>2008</sup> CDU Kreisverband Jerichow II, Glaw, Bericht über die Erledigung der Sequestereinsprüche beim Amt für Erneuerung der Wirtschaft in Halle am 19.7.1946, Firmenarchivalia E. Donath/Familienarchiv Thomas Friesecke, Genthin.

<sup>2009</sup> Schreiben Der Landrat des Kreises Jerichow 2, an Buchdruckerei E. Donath, 30.8.46, Firmenarchivalia E. Donath/Familienarchiv Thomas Friesecke, Genthin.

<sup>2010</sup> Mitteilung Edmund Mattig, Berlin, 22.3.2000.

<sup>2011</sup> Vgl. Sperk 1999, S. 133f.

<sup>2012</sup> Vgl. Mühlfriedel 1995, 2251ff.; Hoffmann 1999, S. 14ff.

<sup>2013</sup> Vgl. Hoffmann 1999, S. 42f.; Buck 1995, S. 1113ff.

Parteiführung den »planmäßigen Aufbau des Sozialismus« beschloss.<sup>2014</sup> »Da sich die Sowjetunion deutschlandpolitisch noch bis 1952 Optionen offen hielt, die die Aufgabe der DDR als eigenständigen Staat zugunsten einer Neutralisierung ganz Deutschlands ins Kalkül nahmen, wurde erst dann der Übergang von der »volksdemokratisch-antifaschistischen« zur »sozialistischen« Ordnung abschließend in Angriff genommen.«<sup>2015</sup> Die Privatwirtschaft wurde dazu durch sich ständig verschärfende steuerliche Maßnahmen wie starke Gewinnabschöpfungen mit »völlig unerfüllbaren Steuerforderungen«<sup>2016</sup> zu verdrängen versucht, was zu einem deutlichen Rückgang ihres Produktionsanteils an der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung führte.<sup>2017</sup> Vor allem die Steuerpolitik geriet zum Mittel der sozialistischen Umgestaltung.

Auch in der Verlagsbranche verschlechterten sich so zu Beginn der 50er Jahre die ökonomischen Bedingungen und es kam zu weiteren Betriebsaufgaben. Die Hagenower Druckerei P. Schluter wurde am 1. August 1951 von einer Druckerei der SED übernommen.<sup>2018</sup> Die Druckerei Schulze (bis 1945 *Meeraner Zeitung*) hatte die »Setzmaschinen leer stehen, da das von ihm gedruckte amtliche Nachrichtenblatt im Zuge der jüngsten Entwicklungen im Kreismaßstab einem KWU-Betrieb in Hohenstein-Ernstthal übertragen wurde.«<sup>2019</sup> Danach hoffte der Inhaber Helmuth Schulze, den Betrieb mit Druckaufträgen der evangelischen Kirche retten zu können. Angesichts der sich verschlechternden wirtschaftlichen Perspektiven verkaufte der Eigentümer der Druckerei Paul Klepsch & Sohn aus Bischofswerda seinen Betrieb 1956 an die LDPD.<sup>2020</sup> Die Genthiner Druckerei E. Donath bekam 1951 eine so hohe Steuerforderung, dass der Betrieb verkauft wurde.<sup>2021</sup>

Auch wenn die Unternehmen ab dem Ende der 1940er Jahre aus dem Geschäft mit den Mitteilungsblättern ausgeschlossen wurden, blieben vereinzelt Verleger bis in die 1960er Jahre und teilweise bis heute im Besitz der Druckereien. Ohne das Recht Zeitungen herausgeben zu können, nahm jedoch die Zahl traditioneller privatwirtschaftlicher Druckhäuser über die 50er Jahre hinweg deutlich ab. Betrug der Zahl privater polygrafischer Betriebe in Ostdeutschland 1950 noch 427, so sank diese Zahl bis 1955 auf 287 und halbierte sich bis 1965 noch einmal

---

<sup>2014</sup> Zu den Problemen, die der wirtschaftliche Umbau für die private Industrie bedeutet und den Etappen der nach 1952 erfolgenden Enteignungen vgl. insbesondere Hoffmann 1999, S. 14ff.

<sup>2015</sup> Neubert 1997, S. 97

<sup>2016</sup> Buck 1995, S. 1151.

<sup>2017</sup> Vgl. Hoffmann 1999, S. 16.

<sup>2018</sup> Vgl. Schreiben Landesdruckerei GmbH, Werk Hagenow, 31. Juli 1951. In: VMOZV 1955a, Anlage 4, o.P.

<sup>2019</sup> Vgl. Schreiben Oberpfarrer St. Martin, Meerane, an Ev. Buchhandlung Chemnitz, Max Müller, Meerane, 17.2.51, Kirchenarchiv Meerane o.A. Für den Hinweis und die Überlassung von Ablichtungen danke ich Frau Groschwitz, Ev.-Luth. Kirchengemeinde Meerane. - (KWU = Kommunales Wirtschaftsunternehmen.)

<sup>2020</sup> Siehe Bericht der Unabhängigen Kommission 1996, S. 219.

<sup>2021</sup> Vgl. Friesecke 1999.

auf 141 Betriebe. Die Zahl der dort Beschäftigten sank von 1950 14100 auf 1955 noch 7900.<sup>2022</sup> 1965 umfassten die privaten polygrafischen Betriebe lediglich noch 2491 Beschäftigte.

Die Druckereien Vetter (bis 1945 *Rochlitzer Tageblatt*) und Beck (bis 1943 *Geringswalder Tageblatt und Anzeiger*) konnten bis mindestens in die 60er Jahre aktiv bleiben,<sup>2023</sup> die Druckerei Geißler (bis 1945 *Tageblatt für Penig und Lunzenau*) wurde 1972 verstaatlicht. Auch Gnauck & Bayer in Ebersbach (bis 1944 *Ebersbacher Zeitung*) arbeitete bis mindestens 1971,<sup>2024</sup> ebenso wie die Druckerei Arnold in Hohnstein (bis mindestens 1937 *Hohnsteiner Zeitung*)<sup>2025</sup> und die Druckerei Hänsel in Klotzsche bei Dresden (bis mindestens 1937 *Dresdner Heide-Zeitung*).<sup>2026</sup> In Mecklenburg wurde Ernst Vick (bis 1945 *Teterower Nachrichten*) erst 1972 gemeinsam mit Druckereien aus Demmin und Malchin enteignet.<sup>2027</sup> Im Zuge dieser Enteignungen bekam auch die CDU noch einmal Druckereien übereignet, nämlich die Druckerei Hermann Starke (bis mind. 1944 *Großenhainer Tageblatt*) und die Druckerei und Verlag F.W. Cordier (Druckerei *Eichsfelder Volksblatt*).<sup>2028</sup>

Die letzte Enteignungswelle 1972<sup>2029</sup> ließ nur noch sehr kleine private Druckbetriebe übrig, die wegen ihrer geringen Beschäftigtenzahl zum Handwerk gerechnet wurden. In Frankenberg, wo der Verlag Roßberg (bis 1945 *Tageblatt für Frankenberg und Hainichen*) ab dem 19. Mai 1945 mit der Genehmigung des Stadtkommandanten die *Mitteilungen des Bürgermeisters zu Frankenberg/Sa.* gedruckt und einen Plakatanzeiger herausgegeben hatte, endete das Verlagsgeschäft zwar, »als die Kreisausgaben der SED-Zeitungen kamen«, die Buchdruckerei C. G. Roßberg befindet sich jedoch bis heute in Familienbesitz. Zu DDR-Zeiten wickelte der Betrieb vor allem für die evangelischen Kirche Druckaufträge (Notenblätter und Zeitschriften) ab, produzierte aber auch Prospekte für Wirtschaftsunternehmen.<sup>2030</sup> Nicht enteignet wurden außerdem die Unternehmen Moritz Billig (bis 1945 *Mittweidaer Tageblatt*)<sup>2031</sup> und Oberreuter aus

<sup>2022</sup> Vgl. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik 1956, S. 126-130; Staatliche Zentralverwaltung für Statistik 1967, S. 118-135.

<sup>2023</sup> Auskunft Kreisarchiv Wechselburg, Wechselburg, 27.7.00.

<sup>2024</sup> Vgl. Pepino 1971, S. 24.

<sup>2025</sup> Vgl. Pepino 1971, S. 42.

<sup>2026</sup> Vgl. Pepino 1971, S. 44.

<sup>2027</sup> Vgl. Bernhard 1989, S. 147ff. Der Teterower Verlag Hermann Decker, dessen Verlags-, Anzeigen- und Redaktionsleiter Vick war, hatte im Zuge der nationalsozialistischen Pressekonzentration bei Kriegsende neben den *Teterower Nachrichten* auch Lokalausgaben für die umliegenden Städte Malchin, Dargun, Gnoien und Stavenhagen produziert und im Krieg ein beträchtliches Größenwachstum erreicht. Noch am 28. April 1945 und damit drei Tage vor dem Einrücken der Sowjets entstand »in hoher Auflage« noch die *Frontzeitung der IV. Panzerarmee*, herausgegeben von Offizieren der Propagandakompanie von Hitlers IV. Panzerarmee (vgl. Bernhard 1989, S. 34; S. 147ff.). Nach dem Krieg gab der Verlag vermutlich seit Jahresbeginn 1948 zweimal in der Woche den *Anzeigen-Aushang* heraus (Die Nr. 89 des *Anzeigen-Aushang* erschien am 20.11.48; LHA Schwerin, VoBi, Anzeigenaushänge im Kreis Malchin 1948-1949, Sign. 3200.).

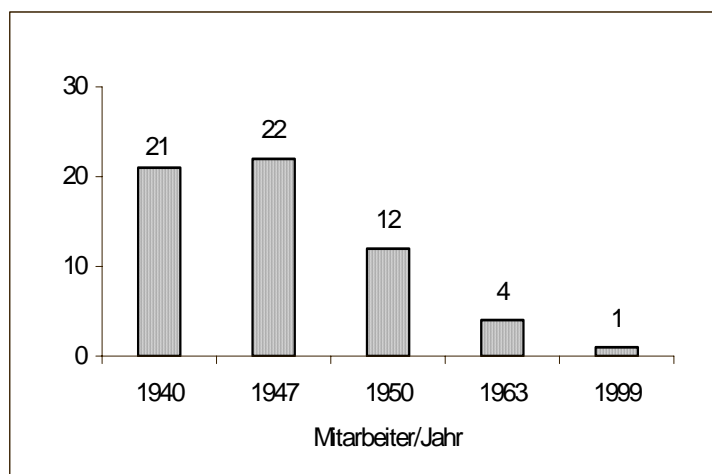
<sup>2028</sup> Vgl. Bericht der Unabhängigen Kommission 1996, S. 92;

<sup>2029</sup> Zu den Enteignungen des Jahres 1972 vgl. Hoffmann 1999, S. 117ff.

<sup>2030</sup> Roßberg 1992, S. 18ff.

<sup>2031</sup> Mitteilung Stadtverwaltung Mittweida, Stadtarchiv, Herr Dressel, 6.4.99.

Zeulenroda (bis 1945 *Reußischer Anzeiger*). Wie die Buchdruckerei Roßberg baute Oberreuter deutlich Personal ab (Abb. 48, S. 349).



**Abbildung 48: Unternehmensentwicklung des Zeulenrodaer Druck- und Verlagshauses Oberreuter nach Personalbestand (1940-1999).<sup>2032</sup>**

Mit 12 Mitarbeitern zählte der Betrieb auch 1950 noch nicht zu den Kleinbetrieben, zu dem sich Oberreuter jedoch durch die staatlich verordneten Schrumpfung entwickelte.<sup>2033</sup> Mit schließlich unter 10 Beschäftigten druckte das Unternehmen keine Tageszeitungen mehr, blieb aber von der Verstaatlichung ausgenommen und kam »mit handwerklichen Druckereien ganz gut über die Runden«.<sup>2034</sup> Nach der letzten Enteignungswelle im Jahr 1972 waren die verbliebenen Unternehmer auf die Ausführung jener kleineren Druckaufträge beschränkt, die für die staatlichen Betriebe nicht mehr lukrativ genug waren.

## 6.4 Resümee: Zur Bedeutung der traditionellen Verlage für den Pressenaufbau

Eine frühzeitige und vollständige Enteignung aller Verlage, wie sie von KOSZYK und RAUE als Basis für den Neuaufbau der ostdeutschen Presse beschrieben wurde,<sup>2035</sup> war in der Sowjeti-

<sup>2032</sup> Datenquelle: A. Oberreuter III. 1963 sowie Telefonauskunft Hans Wolf Oberreuter, Druckerei Oberreuter, Zeulenroda, 10.11.99.

<sup>2033</sup> Zur ostdeutschen Wirtschafts- und Industriepolitik vgl. Hoffmann 1999.

<sup>2034</sup> August Oberreuter (IV.), Hannover, Auskunft, 7.1.2000.

<sup>2035</sup> Vgl. Raue 1966, S. 51; Koszyk 1986, S. 331.

schen Besatzungszone nicht nachweisbar. Schon aus ökonomischen Gründen musste die Verdrängung der Verleger ein länger andauernder Prozess sein. Anders als bislang angenommen waren in der Sowjetischen Besatzungszone sehr viel vielschichtigere Entwicklungen möglich, in deren Verlauf eine Reihe Altverleger zunächst auch wieder Anschluss an den wirtschaftlich-politischen Neuaufbau fanden.

Kommunale Massenmedien spielen eine wichtige Rolle bei der Entwicklung einer gemeinsamen Identität und bei der Ausgestaltung eines kommunalen Gemeinwesens.<sup>2036</sup> Insbesondere die Neuerrichtung einer staatlichen Gesellschaft ist kaum ohne Medien möglich, die für die notwendige Orientierung zu sorgen haben und als Integrationsfaktor wirken. Weil auch die KPD und ihre Presse erst aufgebaut werden mussten, fehlten jedoch anfangs in weiten Teilen Ostdeutschlands lokale Zeitungen. Mit der schnellen Enteignung von NSDAP-Verlagseinrichtungen brachte sich zwar die KPD (und eingeschränkt die SPD) in den Besitz von Zeitungsbetrieben. Doch da bereits die NSDAP nicht in jeder Region mit Zeitungen präsent gewesen war, konnte sich anfangs auch die KPD lediglich in Thüringen und Sachsen-Anhalt ein dichteres Verlagsnetz aufbauen (Abb. 41, S. 277) Der Aufbau lokaler Tageszeitungen blieb insgesamt weitestgehend auf die Verlage der beiden Arbeiterparteien begrenzt. Nach der Vereinigung konnte die SED mit ihren Landes- und später Bezirkszeitungen ein flächendeckendes Netz von Nebenausgaben aufbauen, das erst 1952 abgeschlossen war.<sup>2037</sup> Lediglich vereinzelt gaben auch die Landeszeitungen der CDU und LDPD (und ab 1951 auch der NDPD) Lokalausgaben heraus.<sup>2038</sup>

Wo es nicht zu einem Aufbau einer lokalen Parteipresse gekommen war, mussten die Bedürfnisse nach lokaler Massenkommunikation durch Mitteilungs- und Anzeigenblätter oder Plakatanzeiger erfüllt werden. In vielen Landkreisen und Städten kam es im Verlauf des Jahres 1945 zur Gründung solcher lokaler Zeitungen, die beispielsweise über die Veranstaltungen der örtlichen Parteien informierten, Mitteilungen der Behörden und Versorgungseinrichtungen enthielten, das Vereinsleben widerspiegelten und Anzeigen druckten.

Der Aufbau dieser Blättchen war ohne die alteingesessenen Verlage nicht möglich. Da diese dezentrale Presse von der SED und der Militärverwaltung nur schlecht zu kontrollieren war, musste ihr Inhalt auf die Veröffentlichung von Anzeigen und Bekanntmachungen beschränkt bleiben. Erst als nach der Errichtung besonderer Landesnachrichtenämter eine

---

<sup>2036</sup> Vgl. Jonscher 1995, S. 119ff.

<sup>2037</sup> Siehe Kap. 6.2.1.

<sup>2038</sup> Siehe Kap. 6.2.3.

zentral gesteuerte und damit eine zentral kontrollierbare Nachrichtenversorgung möglich wurde, begannen die Mitteilungsblätter in Sachsen mit einer Landesberichterstattung.

Die kommunalen Mitteilungsblätter übernahmen in der Nachkriegszeit eine gewerbliche Funktion, die 250 Jahre zuvor am Beginn der Presseentwicklung bereits die örtlich weit verbreiteten »Intelligenzblätter« ausgefüllt hatten.<sup>2039</sup> Sie wurden dabei (beschränkt durch Zensur, Inhaltsbeschränkungen, formalen Vorgaben) wie die »Intelligenzblätter« »unter Berücksichtigung der damaligen Möglichkeiten«<sup>2040</sup> so weit wie möglich den Aufgaben einer Tageszeitung gerecht. Wie die kleinen »Heimatzeitungen«<sup>2041</sup> der Vorkriegszeit hatten viele dieser Mitteilungsblätter Amtsblattcharakter. Wie bei den »Heimatzeitungen« war ein umfangreicher Nachrichtenteil für die Verleger nebensächlich: die Zeitungen dienten zuallererst dem Anzeigengeschäft und trugen zur Auslastung der Druckmaschinen bei. Anfänglich wurden diese Mitteilungsblätter vor allem von jenen Verlegern verlegt und gedruckt, die vorher die »Heimatzeitungen« herausgegeben hatten.

In der sowjetischen Besatzungszone zeigte sich in diesen Mitteilungs- und Anzeigenblättern ein Phänomen, das auch in der westdeutschen Besatzungszeit den Umgang mit den alteingesessenen Verlegern prägte. »Deren Verlagen wird anfangs jede Betätigung verboten, schließlich wenigstens die Herausgabe von amtlichen Bekanntmachungs- und Anzeigenblättern gestattet.«<sup>2042</sup> Die Verlage behielten zwar am Anfang die ökonomische Kontrolle über diese kommunalen Zeitungen, konnten aber über den Abdruck von Anzeigen und Bekanntmachungen hinaus kaum inhaltlichen Einfluss nehmen. Ihre Zeitungen erreichten gleichwohl Auflagen, die die Höhe der zuvor erschienenen Tageszeitungen zum Teil deutlich überschritten. Sie erschienen teilweise mehrmals wöchentlich. Von der Leserschaft und den kommunalen Behörden wurden sie als Ersatz für die früheren Tageszeitungen angenommen. Auch die Verleger sahen die Mitteilungsblätter als Vorstufe zu einer vollständigen Tageszeitung an.<sup>2043</sup>

Die Bekanntmachungsblätter erfüllten in einer Zeit, da eine lokale Tagespresse noch nicht vorhanden war, wichtige Aufgaben bei der Wiederbelebung des kommunalen öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens. Ein Verzicht auf diese Medien hätte den Wiederaufbau und damit wohl auch die politische Stellung der SED behindert, was eine schnelle und großflächige Enteignung und Vertreibung der Verleger ausgeschlossen haben dürfte. Die Verdrängung war jedoch auch aus psychologischen Gründen nur langsam durchzusetzen. Die alteingesessenen Verleger waren schon immer in ihren Städten und Gemeinden gut verankert, und blieben wie

---

<sup>2039</sup> Zu Inhalt und Funktion der Blätter vgl. Jonscher 1995, S. 90f.; Stöber 2000, S. 74ff.

<sup>2040</sup> Stöber 2000, S. 58.

<sup>2041</sup> Zur Charakterisierung vgl. Hurwitz 1972, S. 41f.

<sup>2042</sup> Barton 1958, S. 47.

<sup>2043</sup> Siehe Kap. 6.3.1.

andere örtliche Respektspersonen auch nach 1945 noch »Teil der Honoratiorenschaft«.<sup>2044</sup> Der Rückhalt in der Bevölkerung und in allen Parteien (auch der SED) erschwerte die Enteignungen.<sup>2045</sup> Für die Presse galt wie für jeden anderen wirtschaftlichen Bereich: »Während die Machteliten [...] mit der Durchsetzung der Diktatur unmittelbar wechselten, wurden die gesellschaftlichen Funktionselemente erst sukzessive ausgewechselt.«<sup>2046</sup> Bis ein Austausch der Eliten durchführbar war, musste in den Landkreisen erst personeller Ersatz nachwachsen, der über das entsprechende verlegerisch-organisatorische und redaktionelle Knowhow verfügte. Die erst 1951 aufgebaute staatliche Journalistenausbildung konnte jahrelang den Bedarf nicht im entferntesten Decken.<sup>2047</sup>

In den Städten und Landkreisen, wo die SED nach und nach Lokalausgaben ihrer Parteizeitungen installierte, verschlechterten sich schnell die Rahmenbedingungen für die Verleger der Bekanntmachungs- und Anzeigenblätter.<sup>2048</sup> Im Bezirk Merseburg, in dem bereits früh verschiedene Nebenausgaben der Zeitungen von KPD und SPD erschienen, verbot der Regierungspräsident beispielsweise bereits 1945 den Bekanntmachungsblättern die Aufnahme von Anzeigen. Zudem durften die Mitteilungsblätter nur noch von den Landkreisen und Städten herausgegeben werden. Diese schränkten die wirtschaftlichen Spielräume der Verlage immer weiter ein. Da sich der Aufbau der Nebenausgaben jedoch hinzog, zog sich auch die Verdrängung der alteingesessenen Verleger und ihrer Presse hin. In Mecklenburg seiner traditionell wenig zentralisierten Presse konnte private Unternehmen noch Anfang der 50er Jahre neue Mitteilungsblätter herausgeben.

Die Neugliederung der kommunalen Gebietskörperschaften, die weitere Ausweitung der SED-Parteizeitungen und die wirtschaftliche Umgestaltung der DDR führten seit Anfang der 1950er Jahre zur Einstellung der letzten von privaten Verlagen verlegten Bekanntmachungsblätter. Selbst wenn die traditionellen Verleger noch den Druck für diese Zeitungen besorgt hatten, bedeutete die vollständige Einstellung eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Grundlagen der Traditionsverlage.

Als ab Herbst 1945 die Landesbezirke von CDU und LDPD eigene Tageszeitungen gründen wollten, konnten sich daran ebenfalls einige der alteingesessenen Verlage beteiligen. Die

---

<sup>2044</sup> Frei 1986, S. 28.

<sup>2045</sup> Siehe Kap. 6.3.3.

<sup>2046</sup> Bauerkämper 2001, S. 126.

<sup>2047</sup> Vgl. Richert et al. 1958, S. 132f. – Dies ermöglichte in der Nachkriegszeit auch Frauen einen stärkeren Zutritt zu den Medien (vgl. Klaus 1995, S. 419). Zudem griff die DDR deshalb weiter auf Journalisten aus der NS-Zeit zurück, was im Westen spöttische Kommentare auslöste (siehe »Zahlreiche »Alte Kämpfer« in Pankows Redaktionen.« In: ZV+ZV, 20.12.58, S. 1148). – Über die Nachwuchsbildung im Verlagsbereich sind keine Informationen verfügbar, jedoch dürfte hier das Nachwuchsproblem mindestens ebenso groß gewesen sein.

<sup>2048</sup> Vgl. Kap. 6.3.1.



Verleger erhofften sich unter dem Dach dieser Parteien Schutz vor den Enteignungen und Hilfe beim Wiederbeginn der Produktion von Tageszeitungen. Kurzzeitig konnten die Zeitungsunternehmer in Thüringen die LDPD sogar für die Durchsetzung ihrer verlegerischen Interessen instrumentalisieren. Nachdem die Verleger jedoch für die LDPD eine Zeitung aufgebaut hatten, wurden sie verdrängt. Die Parteien bekamen nach dem publizistischen auch ein finanzielles Interesse an der Herausgabe eigener Zeitungen und damit ein Interesse an der Übernahme enteigneter Druckereien.<sup>2049</sup>

Der Umgang mit den traditionellen Verlagen war insgesamt sehr uneinheitlich und bestätigt STRUNKS Untersuchung zur sowjetischen Pressepolitik, wonach »die SMAD keineswegs zielbewußt und konsequent handelte«.<sup>2050</sup> Selbst nachdem die KPD und später die SED einen immer größeren Einfluss auf die Medienpolitik nahmen, blieb die Behandlung der traditionellen Verlage sehr inhomogen und regional unterschiedlich. Insbesondere die Umsetzung der Verlagsenteignungen stellten sich als sehr zufällig und willkürlich dar. Während einige Unternehmen als Kriegsprofiteure und Nutznießer des Nationalsozialismus enteignet wurden, blieb eine Vielzahl von Verlagen im Besitz ihres Betriebsinventars. Das Vorgehen der SED, der Justiz und der Behörden war nicht nur durch Willkür geprägt, sondern die Enteignungen wurden auch von CDU und LDPD regelmäßig zum »materiell-rechtsstaatswidrigen Erwerb«<sup>2051</sup> von grafischen Betrieben genutzt.

Ohne von Enteignungen der 1940er Jahre betroffen zu sein, konnten jedoch eine Reihe frühere Zeitungshäuser bis weit in die DDR-Geschichte hinein zwar nicht mehr als Verlage, aber doch als handwerkliche Druckunternehmen weiter bestehen und dabei anders als von KOSZYK vermutet<sup>2052</sup> auch ihre Produktionsmittel behalten. Viele wurden erst verdrängt und zur Abwanderung nach Westdeutschland gezwungen, als die ökonomische Zentralisierung des Informationswesens die wirtschaftlichen Grundlagen der Betriebe zerstörte. Andere Zeitungsunternehmen wurden zwar aus dem Zeitungsgeschäft verdrängt, betrieben aber den für die Kleinverlage in früheren Jahrhunderten wichtigen Auftragsdruck<sup>2053</sup> weiter.

<sup>2049</sup> Siehe Kap. 6.4.

<sup>2050</sup> Strunk 1996, S. 152.

<sup>2051</sup> Siehe Bericht der Unabhängigen Kommission 1996, S. 74; 92; 217ff..

<sup>2052</sup> Vgl. Koszyk 1986, S. 331.

<sup>2053</sup> Die Verlage waren zumeist gleichzeitig Buchdruck- und Akzidenzdruckereien gewesen. Das Zeitungsgeschäft war dabei nur eines von mehreren Standbeinen gewesen (vgl. zur Entwicklung dieser Unternehmen Stöber 2000, S. 58ff. sowie Hurwitz 1972, S. 41f.).

## 7 Zusammenfassung: Bruch oder Übergang?

Die mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs beginnende Pressegeschichte der SBZ/DDR wurde in der herrschenden Forschung bisher regelmäßig als ein vollständiger Neuanfang dargestellt: Die Mediengeschichtsschreibung ging davon aus, dass die sowjetische Besatzungsmacht bei ihrem Einmarsch sofort sämtliche Verlage schloss, enteignete und die Betriebe anschließend zur Gründung von Parteizeitungen nutzte.<sup>2054</sup> Zwischen der alten nationalsozialistischen und der neuen sozialistischen Presselandschaft habe dabei für einige Wochen ein »Vakuum«<sup>2055</sup> bestanden. Ziel dieser Arbeit war es, anhand einer Vielzahl von Zeitungen zu zeigen, dass dieses bisherige Bild der Pressegeschichte der SBZ/DDR nicht zutreffend ist, sondern sowohl die sowjetische Besatzungsbehörde wie auch die bislang nicht beachteten westalliierten Besatzungsbehörden vielen alteingesessenen Verlagen die Herausgabe von Zeitungen erlaubten.

Die Untersuchung der westalliierten Poesstätigkeit in Ostdeutschland förderte eine Vielzahl von Zeitungen und Mitteilungsblättern zutage.<sup>2056</sup> Nach dem Krieg kam es im kurzzeitig von April bis Juli 1945 von amerikanischen und britischen Truppen besetzten Teil der späteren DDR zu einem kurzen »Pressefrühling«<sup>2057</sup>, in dessen Verlauf eine große Zahl von alteingesessenen Verlagen wieder Zeitungen herausgab. Die Palette reichte von neu gegründeten Bekanntmachungsblättern bis zu Tageszeitungen mit einer zum Teil mehr als einhundertjährigen Tradition. Diese Zeitungen bekamen eine militärbehördliche und amtlich-zivile Funktion, die zumeist in den Zeitungsköpfen vermerkt war. Kontrolliert und zensiert wurden die Zeitungen von den Militärbehörden. Die Zeitungen informierten und instruierten die Bevölkerung und dienten der Herstellung von Ruhe und Ordnung sowie der Förderung des Wiederaufbaus. Einem Teil der Zeitungen war es auch möglich, eine umfassende Berichterstattung zu liefern und Leitartikel zu drucken. Allerdings waren politische Debatten in den Zeitungen nicht möglich. Die Militärregierungen nutzten diese Zeitungen auch, um wissentlich Falschmeldungen zu verbreiten. Dabei wurde die Bevölkerung mit unwahren Dementis über den bevorstehenden Besatzungswechsel getäuscht.

---

<sup>2054</sup> Vgl. Koszyk 1999, S. 47; Raue 1986, S. 32; Raue 1983, S. 76; Hering/Kohlmann 1979, S. 15; Claus 1960, S. 37

<sup>2055</sup> Raue 1983, S. 47.

<sup>2056</sup> Siehe Kap. 4.

<sup>2057</sup> Matysiak 2001b, S. 24.

Die von den amerikanischen und britischen Truppen genehmigten Zeitungen passen nicht in das bislang beschriebene Konzept der Westalliierten, wonach der Neuaufbau der Presse durch einen Dreistufenplan bestimmt war: Erst sollte es einen Blackout, dann die Information durch sog. »Heeresgruppenzeitungen« und anschließend die Lizenzierung deutscher Zeitungen geben.<sup>2058</sup> Auch wenn zur abschließenden Klärung noch weitere Forschungen notwendig wären, kann davon ausgegangen werden, dass diese Stufenabfolge für das Handeln der örtlichen Militärregierungen keine Rolle spielten. Zwar setzten die westalliierten Kommandanten in den Städten einen Blackout durch, dieser war jedoch vielfach lediglich ein nur kurzzeitiger Bruch und der unübersichtlichen Lage in den gerade erst eroberten Kampfgebieten geschuldet. Eine Analyse der rechtlichen Regelungen zeigte, dass die unterschiedlichen Vorgaben, die die Militärregierungen bekommen hatten, nicht zwingend den Abbruch der deutschen Pressetätigkeit verlangten, sondern das Weitererscheinen von Zeitungen zuließ – unabhängig davon, ob es sich um westalliierte Militärs handelte, die in Westdeutschland oder kurzzeitig in Ostdeutschland stationiert waren. Regelmäßig in den militärischen Anweisungen und Gesetzen verlangt wurden lediglich Zensurmaßnahmen und eine Entnazifizierung.<sup>2059</sup> Dies führte in den von den Westalliierten besetzten Gebieten Ostdeutschlands zu einer großflächigen Genehmigung der Zeitungen.

Unter den Gegebenheiten der Nachkriegszeit waren die Zeitungen vielfach unverzichtbar, da sie in unterschiedlicher Form einen Beitrag zum Wiederbeginn eines öffentlichen Lebens leisteten.<sup>2060</sup> Auch wenn die Zeitungen häufig vor allem Bekanntmachungen und Anzeigen druckten, sah die Bevölkerung in der Herausgabe erster Zeitungen die Einkehr eines Mindestmaßes an Stabilität und Normalität. Für die Verleger verband sich mit dem Erscheinen der Zeitung die Hoffnung auf eine baldige umfassende Wiederaufnahme der redaktionellen Arbeit.<sup>2061</sup> Ihnen gelangen mit den dünnen Blättchen erste Schritte in die Nachkriegszeit, die sich teilweise auch bis in spätere sowjetische Besatzungsphase fortsetzen sollten.

Der bisherige wissenschaftliche Umgang mit den Nachkriegszeitungen aus der westalliierten Besatzungszeit muss vor dem Hintergrund der Ergebnisse dieser Arbeit Fragen aufwerfen. Obwohl sich beispielsweise nach HURWITZ »kein Beweis dafür [fand], daß von höchster Ebene vor dem Ende der Kampfhandlungen eine Gründung von Zeitungen unter deutscher Leitung ausdrücklich untersagt worden wäre«,<sup>2062</sup> gehört der Blackout trotzdem zu den

<sup>2058</sup> So etwa Koszyk 1999, S. 32; Schölzel 1986, S. 12; Wilke 1999a, S. 16f.; Hurwitz 1972, S. 40; Matz 1969, S. 20f.; Plettenberg 1979, S. 48; kritisch dagegen einzig Frei 1986, S. 28-32.

<sup>2059</sup> Siehe Kap. 4.6.1.

<sup>2060</sup> Siehe dazu insbesondere Kap. 4.4.5.

<sup>2061</sup> Vgl. Frei 1986, S. 32.

<sup>2062</sup> Hurwitz 1972, S. 77.

wesentlichen Lehrsätzen der Pressegeschichtsschreibung.<sup>2063</sup> Am Bild vom Blackout wurde festgehalten, obwohl selbst HURWITZ anerkannte, dass es in Westdeutschland direkt nach dem Krieg eine Vielzahl lokaler Zeitungen gegeben hatte<sup>2064</sup> und zudem FREI und HABE einen Blackout für das Militär als kontraproduktiv beschrieben hatten.<sup>2065</sup> Damit war zum einen die Notwendigkeit von lokaler Kommunikation erkannt und zum anderen ihre Existenz anerkannt. Obwohl damit als Forschungsthema öffentlich, wurden die Zeitungen jedoch nicht untersucht. Dies war allerdings kein Hinderungsgrund, sie gleichwohl zu marginalisieren und als Randerscheinung in Fußnoten und Nebenbemerkungen abzurängen. Über die Hintergründe dieses Umgangs kann nur spekuliert werden. Die Erforschung hätte möglicherweise zu sehr das in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft wichtige Bild eines totalen Neuanfangs gestört und passte vielleicht nicht in die politischen Auseinandersetzungen des Kalten Krieges, dessen Wirkung auf die Mediengeschichtsschreibung einmal an anderer Stelle genauer untersucht werden sollte.<sup>2066</sup>

In jenen Teilen Ostdeutschlands, die von der Roten Armee im Rahmen von Kampfhandlungen besetzt worden waren, wurden die Verlage anfangs zumeist geschlossen. Lediglich in einigen Regionen – was von der Pressegeschichtsschreibung jedoch bislang nicht wahrgenommen wurde – erschienen auch nach dem sowjetischen Einmarsch nach kurzer Pause wieder Zeitungen. Dabei entstanden (auch im Zuge spontaner Enteignungen) neue »antifaschistische« Lokalzeitungen, doch konnten daneben auch traditionelle Zeitungen wieder erscheinen.<sup>2067</sup> Die Verleger fanden den Übergang in die neue Zeit, indem sie ihre Zeitungen an die in den Kommunen entstandenen neuen politischen Verhältnisse anpassten, die durch überparteilich antifaschistische oder kommunistische Bewegungen geprägt waren. Wie im anglo-amerikanischen Machtbereich erfüllten die Zeitungen auch unter der sowjetischen Verwaltung wichtige Aufgaben für den Wiederaufbau des öffentlichen Lebens. Sie informierten und instruierten die Bevölkerung und trugen zur Stabilisierung der »Zusammenbruchsgesellschaft«<sup>2068</sup> bei. Daneben erschienen auch Zeitungen, die – anders als unter den

<sup>2063</sup> Frei (1988, S. 31, Anm. 31) wirft Hurwitz in diesem Zusammenhang eine »Verabsolutierung des ›blackouts‹« vor.

<sup>2064</sup> Hurwitz 1972, S. 131

<sup>2065</sup> Wie erwähnt wollten die Propagandaabteilung der Militärs das Besatzungsgebiet »keinen Tag ohne Zeitungen« lassen (Habe 1977, S. 46). Vgl. dazu auch Frei (1985, S. 31): »Vergegenwärtigt man sich die banale Tatsache, daß jeder Beginn einer Besatzungsherrschaft nicht zuletzt ein kommunikationspraktisches Problem darstellt, so erscheint doppelt unbegreiflich, weshalb in der Literatur hartnäckig von einem ›totalen black out‹ die Rede ist.«

<sup>2066</sup> Vgl. etwa Strunk 1996, S. 8: »Viele der Publikationen westlichen Ursprungs sind [...] unter dem unmittelbaren Eindruck des Kaltes Krieges entstanden und trugen nicht selten zur ideologischen Mobilisierung in diesem Konflikt bei.«

<sup>2067</sup> Siehe Kap. 5.4.

<sup>2068</sup> Kleßmann <sup>5</sup>1991, S. 37.

Westalliierten möglich – auch der Diskussion und der gemeinsamen Entwicklung von Vorstellungen über den gesellschaftlichen Neuaufbau dienten.

Von jenen Zeitungen, die die Sowjetarmee übernahm, als die Westalliierten die ostdeutschen Landstriche räumten, konnte ein großer Teil anfangs fortgeführt werden. Diese Kontinuität war sinnvoll, denn sie vermittelte der Bevölkerung das Gefühl, dass die unter der westalliierten Armee begonnene Normalisierung sich auch unter der neuen Besatzungsmacht fortsetzen würde. Nur ein kleinerer Teil der Blätter wurde geschlossen.<sup>2069</sup> In drei Viertel der Fälle kam es zu Formen des Übergangs, in dessen Verlauf einige Verlage, die zuvor lediglich Anzeigen und Bekanntmachungen hatten drucken dürfen, sogar mit der Wiederaufnahme einer vollständigen Berichterstattung beginnen konnten.

In das bislang von KOSZYK beschriebene »politische Konzept der Sowjetischen Militäradministration«<sup>2070</sup> ließen sich diese Nachkriegszeitungen nicht einordnen. Angesichts der Ergebnisse dieser Arbeit muss fraglich erscheinen, ob es dieses politische Konzept überhaupt gegeben hat. Bereits der ehemals höchste Propagandaoffizier der sowjetischen Militärverwaltung, Sergej I. TjULPANOW hatte beschrieben, dass ihm kein ausgearbeitetes Besatzungskonzept vorlag,<sup>2071</sup> und auch STRUNK bestätigte die planlose Pressepolitik.<sup>2072</sup> An dieser Stelle müssten sich weitere Untersuchungen anschließen, um zu klären, wie sich die Vorstellungen der sowjetischen Staats- und Militärführung zur Medienpolitik entwickelten und welche konkreten Anweisungen das sowjetische Invasionsheer hatte. Insbesondere fehlt immer noch der Nachweis, dass es im sowjetischen Besatzungsgebiet tatsächlich einen Befehl zur flächendeckenden Schließung der Medien (»Blackout«) gab.

Als sich die politische Lage mit der Konsolidierung der sowjetischen Besatzung nach wenigen Wochen stabilisierte, fand die erste Gründungsphase ein Ende.<sup>2073</sup> Die zuvor erlaubten Tageszeitungen wurden wieder geschlossen. Ab Juni 1945 setzte eine zweite Gründungsphase ein, in deren Verlauf zuerst in der Reichshauptstadt Berlin zentrale Parteizeitungen erschienen. Im Juli/August 1945 folgten den Ländern der SBZ die ersten Landeszeitungen der KPD, ab Herbst auch der anderen Parteien. Für eine großflächige Versorgung der Bevölkerung mit Informationen reichte diese Presse zunächst nicht aus. Stattdessen bildeten sich lediglich regionale Schwerpunkte der verlegerischen Tätigkeit der Parteien.

---

<sup>2069</sup> Siehe Kap. 5.4.3.

<sup>2070</sup> Koszyk 1986, S. 344.

<sup>2071</sup> Vgl. Tjulpanow 1987, S. 23.

<sup>2072</sup> Vgl. Strunk 1996, S. 152.

<sup>2073</sup> Siehe Kap. 6.1.

Der Aufbau der KPD-Presse erfolgte mit den enteigneten Betrieben der NSDAP. Die KPD übernahm einige NS-Verlage komplett und führte so – wie diese Arbeit zeigen konnte – die verlegerischen Strukturen<sup>2074</sup> der NS-Presse fort.<sup>2075</sup> Deshalb war die kommunistische Parteipresse anfangs wie die NS-Presse regional sehr unterschiedlich strukturiert: Im Zuge der Enteignungen bekam die KPD insbesondere in Thüringen und Sachsen-Anhalt schnell eine gute Basis für starke Landeszeitungen mit einer größeren Zahl von Nebenausgaben, während diese Basis in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg fehlte.<sup>2076</sup> Grund dafür war, dass es auf dem Gebiet dieser beiden Länder vor dem Krieg keine zentralistischen NS-Zeitungsstrukturen gegeben hatte, auf die die KPD aufbauen konnte.

Anders als die NSDAP-Verlage wurden die alteingesessenen traditionellen Lokalverlage nicht sofort und flächendeckend enteignet. Bereits unter organisatorischen Gesichtspunkten betrachtet wäre eine vollständige Enteignung nicht sinnvoll gewesen. Angesichts des langsamen Aufbaus hätte eine schnelle und flächendeckende Enteignung und damit Vertreibung aller Verleger bedeutet, dass in vielen Regionen jahrelang keinerlei Zeitung hätte erscheinen können. Um die Verleger zu ersetzen fehlte anfangs schlicht das Personal und das Know-how, was eine begrenzte Duldung traditioneller verlegerischer Strukturen sinnvoll machte. So kam es dazu, dass zwar die ostdeutschen Traditionsverleger keine Tageszeitungen mehr herausgeben durften, eine große Zahl von den Verlegern aber auch nach der Stabilisierung der Besatzungsstrukturen wenigstens Anzeigen- oder Bekanntmachungsblätter produzieren konnten, die überdies von den kommunalen Behörden gefördert wurden.<sup>2077</sup> Auch wenn die KPD/SED seit Beginn des Jahres 1946 aktiv die Enteignung von traditionellen Verlegern vorantrieb, war sie in einigen Ländern offenbar darauf angewiesen, die Altverlegerschaft zu dulden. Die Verleger und mit ihnen ihre Zeitungen wurden erst in dem Augenblick verdrängt, in dem die SED eine ausreichende Anzahl von Lokalausgaben ihrer eigenen Landeszeitungen aufgebaut hatte. Die Bekanntmachungs- und Anzeigenblätter wurden dabei zur Basis neuer Kreisausgaben der SED-Landesorgane.

Auch im Bereich der politischen Tageszeitungen kam es nach dem Aufbau einer stabilen Besatzungsverwaltung vereinzelt noch zu einem Engagement von traditionellen Verlagen. Dies war zwar lediglich im Umfeld der Parteien möglich, ermöglichte den Altverlegern jedoch den Übergang in die wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung der ersten Nachkriegsjahre. Die bürgerlichen Parteien profitierten ungleich mehr von der Zusammenarbeit mit den Verlegern. Durch die Kooperation mit den traditionellen Verlagen floss vor allem der LDPD

---

<sup>2074</sup> Siehe zu diesen Strukturen Kap. 2.

<sup>2075</sup> Siehe Kap. 6.2.1.

<sup>2076</sup> Siehe Kap. 6.2.1.

Knowhow zu, doch gaben traditionelle bürgerliche Verlage in Einzelfällen (Apolda und Glauchau) auch Lokalausgaben kommunistischer Tageszeitungen heraus. In Thüringen sammelten sich traditionelle Verleger im Umfeld der Liberaldemokratischen Partei, um in einer gemeinsamen Verlagsgenossenschaft die *Thüringische Landeszeitung* herauszugeben, die als Fortsetzung der 1848 gegründeten *Allgemeinen Thüringischen Landeszeitung Deutschland* gedacht war. Nachdem die Verlage die Zeitung aufgebaut hatten, wurden sie aber von der LDPD aus dem Projekt herausgedrängt. Auch die alteingesessenen Verlage, die sich die KPD als Partner gewählt hatten, waren (wie schon die ebenso agierenden Traditionsverleger im NS-Staat) trotz ihrer Annäherung an die Machthaber nicht vor der ökonomischen Verdrängung geschützt.

Wie die oben gemachten Ausführungen belegen, ist die ostdeutsche Nachkriegszeit insgesamt von einer Vielzahl von Entwicklungen geprägt, die nur schwer mit den bisherigen pressehistorischen Darstellungen in Einklang zu bringen sind. So fand sich erstens keine Bestätigung dafür, dass es im Sinne KOSZYKS zu einer frühen und vollständigen Enteignung »allen verlegerischen Eigentums [kam], das im Juli 1945 auf die deutschen Zentralverwaltungen in der SBZ übertragen wurde«. <sup>2078</sup> So kam es zweitens nach der Kapitulation nicht zu einem klaren Bruch in der Entwicklung, sondern der Aufbau der neuen Presse und die damit einhergehende Verdrängung der alten Verlage vollzog sich als ein Prozess, der vielen Verlegern anfangs den Übergang in die Nachkriegsgesellschaft ermöglichte.

Anhand der Untersuchung der westalliierten Besatzungsphase ließ sich nicht belegen, dass die alteingesessenen Verleger von Anfang an aus dem Zeitungsgeschäft ausgeschlossen wurden. Für die sowjetische Besatzungsphase konnte deshalb auch nicht bestätigt werden, dass es nach Kriegsende grundsätzlich ein »Vakuum« <sup>2079</sup> gegeben hat. Und die Untersuchung der westalliierten Pressepolitik in Ostdeutschland zeigte, dass auch der Blackout ein eher theoretisches Konstrukt ist.

Die kaum in die bisherige Pressegeschichtsschreibung passenden Erscheinungen, die im Rahmen dieser Arbeit erstmals beschrieben wurden, passen zu einer bereits von Barbara BAERNS erkannten »Gedächtnislücke«. <sup>2080</sup> Sie wies darauf hin, dass die Pressegeschichtsschreibung seit den 1950er Jahren auch die ab 1945 entstandene überparteiliche Presse

---

<sup>2077</sup> Siehe Kap. 6.2.

<sup>2078</sup> Koszyk 1999, S. 47, ebenso Koszyk 1986, S. 331.

<sup>2079</sup> Raue 1983, S. 47.

<sup>2080</sup> Vgl. Baerns 1988.

ignoriert hatte.<sup>2081</sup> Dadurch musste der Eindruck entstehen, die Zeitungen hätten »entweder überhaupt nicht oder allenfalls als Kuriosa existiert.«<sup>2082</sup> Die Verdrängung dieser Zeitungen aus der ostdeutschen Pressegeschichtsschreibung führte BAERNS auf das marxistische Geschichtsverständnis zurück.<sup>2083</sup> Die Entwicklung der Presse folgte dabei wie alle gesellschaftlichen Prozesse den »objektiven Gesetzmäßigkeiten und Bedingungen der gesellschaftlichen Entwicklung.«<sup>2084</sup> Aus diesem Grund wurden die Darstellungen der ostdeutschen Pressegeschichtsschreibung jeweils in die nachträglich aufgestellten Periodisierungen<sup>2085</sup> der ostdeutschen Geschichte eingepasst. Die ostdeutsche Pressegeschichtsschreibung nahm so den Charakter von historischen Planvollzugsmeldungen an, bei denen vor allem die Umsetzung der politischen Vorgaben der Parteitage verglichen und bewertet wurden. Ostdeutsche pressehistorische Untersuchungen zeichneten sich deshalb durch Formulierungen aus, in denen der Presse bescheinigt wird, dass sie sich darauf verstand, sich auf »die qualitativ höheren Anforderungen der massenpolitischen Arbeit einzustellen«,<sup>2086</sup> oder in denen der Presse »schrittweise Entfaltungen« von Parteilinien bestätigt wurden.<sup>2087</sup> Mit diesen Wendungen sollte belegt werden, dass die Linie der Zeitungen immer schon zu späteren Parteitagebeschlüssen gepasst hatte oder zumindest auf dem Weg dorthin war:

»Zirkuläre Wendungen [...], die Durchbrechung zeitlicher Abfolgen durch Antizipation späterer Ereignisse sowie die Vorwegnahme von Begriffen und Perspektiven, die erst später eingeführt wurden und eingeführt werden konnten, kennzeichnen die Argumentationsstruktur dieser Texte.«<sup>2088</sup>

Die privaten Verlage waren dabei nach dem Aufbau des Sozialismus nur noch schwer in die gesetzmäßige Entwicklung zu integrieren und mussten aus der Geschichtsschreibung verdrängt werden.

Die westdeutsche Geschichtsschreibung vollzog diese Wendungen in der ostdeutschen Pressegeschichtsschreibung quasi spiegelbildlich nach, indem sie ebenso nachzuweisen versuchte, dass die Entwicklung der DDR zu einem sozialistischen Staat seit dem Einmarsch der Sowjetunion quasi gesetzmäßig feststand. In diesem Sinne argumentierte auch KOSZYK 1999 mit der Periodisierung der DDR-Geschichtsschreibung: »Der Begriff ›Übergangsperiode‹ deutet an, daß die in der Anfangszeit 1945 gewährte Offenheit gegenüber den bürgerlichen

---

<sup>2081</sup> Das dürfte der Hintergrund gewesen sein, warum bislang auch nicht wahrgenommen wurde, dass private Verlage in das Zeitschriftengeschäft expandieren konnten (vgl. Kap. 6.2.3).

<sup>2082</sup> Baerns 1988, S. 62.

<sup>2083</sup> Vgl. Baerns 1988, S. 74ff.

<sup>2084</sup> G. Fischer 1971, S. 43.

<sup>2085</sup> Die DDR-Geschichte wurde in unterschiedliche Phasen eingeteilt, die von der Phase der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung (1945-49) und der anschließenden Periode der sozialistischen Umgestaltung bis hin zur entwickelten sozialistischen Gesellschaft führte (vgl. Raue 1986, S. 13ff.; sowie Baerns 1988, S. 76)

<sup>2086</sup> Vgl. Much 1982, S. 67.

<sup>2087</sup> G. Fischer 1971 S. 62.

<sup>2088</sup> Baerns 1988, S. 77ff.



Positionen nicht dauerhaft beabsichtigt war. Auch den wenigen sogenannten unabhängigen Zeitungen [...] war von vornherein keine lange Lebensdauer zugestanden worden.«<sup>2089</sup> Beide Geschichtsschreibungen wurden sich dadurch sehr ähnlich:

»Obwohl im Grundsatz unvereinbar, kommen sich Perspektiven und Dramaturgien der deutsch-deutschen Beiträge zur Medienforschung über die Besatzungszeit doch ziemlich nahe: Beide Ansätze reflektieren, vom Stand der Entwicklung rückwärts blickend, an den Folgen der Vergangenheit Kontinuitätslinien.«<sup>2090</sup>

So wurden die privaten Verlage auch aus der westdeutschen Pressegeschichtsschreibung weitgehend verdrängt.

Für die Behandlung des Themas konnte die nachträgliche Glättung von historischen Abläufen nicht folgenlos bleiben. Der Forschung wurde, so die Klage von BAERNS, die Fähigkeit zum Fragen nach dem *Wie?* und dem *Warum?* der historischen Entwicklungen genommen:

»[Die] Frage, unter welchen Bedingungen sich die einen Ideen und Ereignisse als wichtig und wesentlich qualifizieren, während die anderen als unwichtig und unwesentlich dem kollektiven Gedächtnis schließlich entfallen, braucht dort nicht beantwortet zu werden. Als publizistik- und kommunikationswissenschaftliche Erkenntnislücke wird sie nicht einmal offenbar.«<sup>2091</sup>

Die Glättung, die BAERNS für das Thema »überparteiliche Presse« beschrieb, musste auch für andere in dieser Arbeit beschriebene Themen festgestellt werden. So blendete die westdeutsche Pressegeschichtsschreibung nicht nur die deutsche Presse der amerikanischen Besatzungszeit aus,<sup>2092</sup> sondern auch alle Traditionszeitungen, die nach dem Krieg in Ostdeutschland wieder erscheinen konnten. Obwohl von ihnen deutliche Spuren in den Handbüchern vorhanden waren,<sup>2093</sup> fielen sie dem Vergessen anheim. Wie bei den von BAERNS thematisierten neu gegründeten privaten Nachkriegszeitungen ist auch hier das Ausblenden und fehlende Nachfragen geeignet, um Wissenslücken »nicht einmal offenbar«<sup>2094</sup> werden zu lassen.

Für den Fortgang der Pressegeschichtsforschung ist eine »nicht mehr hinterfragte Erkenntnislücke« von Nachteil, wie der Autor anhand seiner Recherchen für diese Arbeit erfahren konnte. Da das vorhandene Wissen lückenlos gesichert scheint, wirkt bereits die Suche nach Zeitungen, die diesem Wissen nicht entsprechen, als unsinnig. So erhielt der Autor bei seinen Archivanfragen aus einem Kommunalarchiv den korrigierenden Hinweis, die Presselandschaft

<sup>2089</sup> Koszyk 1999, S. 48.

<sup>2090</sup> Baerns 1988, S. 80.

<sup>2091</sup> Baerns 1988, S. 80f. (Hervorh. Baerns).

<sup>2092</sup> Siehe oben, S. 356.

<sup>2093</sup> Siehe Kap. 1.1.

Ostdeutschlands sei »auf der Grundlage von Befehlen und weitreichenden Interessen des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung und Oberkommandierenden der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland Marschall der Sowjetunion Shukow neu geregelt und strukturiert«<sup>2095</sup> worden. Deshalb habe es für andere als die neuen Parteizeitungen nach dem Krieg gar keinen Raum gegeben. Im selben Sinne übermittelte auch das Büro eines Oberbürgermeisters Unverständnis über die Suche nach den in dieser Arbeit beschriebenen Nachkriegsblättern: Dass es die Zeitungen nicht gegeben hat, »ergibt sich schon aus der Geschichte: Die Sowjetarmee übernahm schon im Sommer 1945 die Besatzungsmacht von den Amerikanern«.<sup>2096</sup> Ein nicht mehr hinterfragtes vermeintliches Wissen erzeugt die Gefahr, dass nicht einmal mehr in die Archive geschaut wird. Historische Brüche werden dadurch schnell zur Glaubenssache.

---

<sup>2094</sup> Baerns 1988, S. 81.

<sup>2095</sup> Schreiben Stadtarchiv Stadt F., Herr. D., 8.2.99.

<sup>2096</sup> Schreiben Oberbürgermeister der Stadt S., Referat Öffentlichkeitsarbeit, Herr U., 13.8.98.

## 8 Abkürzungsverzeichnis

*	Gründungsdatum
†	Schließungsdatum
AfI.	Amt für Information
AG	Amtsgericht
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
BWD	Berliner Werbedienst
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
CIC	Counter Information Corps, US-Militär-Nachrichtendienst
IML	Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bestand Bundesarchiv Berlin
IZM	Internationales Zeitungsmuseum Aachen
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DBuV	Betriebsarchiv Dannersche Buchdruckerei und Verlagsanstalt/Privatarchiv Falk, Eva Falk, Wiesbaden
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DNW	Tageszeitung Der Neue Weg
DP/LDPD	Demokratische Partei, Bezirksverband Thüringen der LDPD
DSF	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft
DZV	Deutscher Zeitungsverlag GmbH, Berlin
EAC	European Advisory Commission; Beratungskommission für Europäische Angelegenheiten
epd	Evangelischer Pressedienst
Ew.	Einwohner
Ex.	Exemplare/Zeitungsstücke
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
FRUS	Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. Zeitschrift zur Edition von Quellen zur US-Außenpolitik
gegr.	gegründet

---

HICOG	Amerikanischer Hochkommissar für Deutschland
ICD/USFET	Information Control Division/United States Forces European Theatre
JCS 1067	Direktive an den Oberkommandierenden der amerikanischen Besatzungstruppen betr. die Militärregierung in Deutschland (Joint Chiefs of Staff)
K.	Karte
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KWU	Kommunales Wirtschaftsunternehmen
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LDZ	Liberal-Demokratische Zeitung, Halle
LHA	Landeshauptarchiv
LNN	Leipziger Neueste Nachrichten
LNN-MR	Leipziger Neueste Nachrichten - Mitteldeutsche Rundschau, Frankfurt
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
LVZ	Leipziger Volkszeitung
M	Menschen Machen Medien. Zeitschrift der IG Medien
MiPrä	Aktenbestand Ministerpräsident
MNN	Mitteldeutsche Neueste Nachrichten
mtl.	monatlich
MZ-AA	Magdeburgische Zeitung - Anhalter Anzeiger
NDPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NSW	Nicht-sozialistische Wirtschaftsgebiet
NWDZV	Nordwestdeutscher Zeitungsverleger-Verein
o.A.	ohne nähere Angaben
o.D.	ohne Datum
o.Nr.	ohne Blattnummer
o.O.	ohne Ort
o.P.	ohne Seitenzahl
o.Sign.	ohne Aktennummer
o.T.	ohne Titel
PWD/SHAEF	Psychological Warfare Division/Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force
P&PW Det.	Publicity and Psychological Warfare Detachment
PWB	Psychological Warfare Branch
SHAEF	Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force

---

Sign.	Aktennummer
SAPMO-BArch	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SNN	Sächsische Neueste Nachrichten
SVZ	Schweriner Volkszeitung
TLZ	Thüringische Landeszeitung
TNN	Thüringer Neueste Nachrichten
UVG	Union Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VDJ	Verband deutscher Journalisten
VDP	Verband der deutschen Presse
VMOZV	Verband der Mittel- und Ostdeutschen Zeitungsverleger e.V.
VoBi	Aktenbestand Ministerium für Volksbildung
wö.	wöchentlich
wo.	Woche
ZDB	Zeitschriften Datenbank
ZK	Zentralkomitee
ZV	Zeitungs-Verlag (Zeitschrift)
ZV+ZV	Zeitungs-Verlag und Zeitschriften-Verlag (Zeitschrift)

## 9 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Anteil der Partei- und Parteirichtungszeitungen (Haupt- und Nebenausgaben) an der ostdeutschen Tagespresse 1932 nach Ländern/Provinzen.....	23
Abbildung 2: Räumliche Verteilung der Verlags- und Erscheinungsorte sozialdemokratischer und kommunistischer Partei- und Parteirichtungszeitungen 1932.....	24
Abbildung 3: Auflagenentwicklung der Schönebecker Tagespresse im NS-Staat (1925-1945) .....	34
Abbildung 4: Kriegsgemeinschaft <i>Oelsnitzer Volksbote/Lugauer Zeitung/Hartensteiner Zeitung</i> , 2.1.45.....	45
Abbildung 5: Entwicklung der Zeitungszahl von 1937 bis 1943 in Prozent. ....	49
Abbildung 6: Verteilung der Verlags- und Erscheinungsorte ostdeutscher Kleinstzeitungen im Herbst 1944 (Auflagen nach Größenklassen). ....	50
Abbildung 7: Verteilung der Verlags- und Erscheinungsorte der NS-Gaupresse (inkl. ihrer Beteiligungen an Traditionszeitungen; Stand: Mitte 1943). ....	56
Abbildung 8: Verteilung der Verlags- und Erscheinungsorte der Zeitungen des »NS-Verlag für den Gau Sachsen, Dresden (1935). ....	59
Abbildung 9: Verlags- und Erscheinungsorte aller im Herbst 1944 noch erschienenen Tageszeitungen und Wochenblätter.....	62
Abbildung 10: Der US-amerikanische Besatzungsbereich in Westsachsen/Muldetal.....	68
Abbildung 11: Traditionsbruch im Untertitel ausgewiesen – Die <i>Schönebecker Zeitung</i> als NS-Organ und als Mitteilungsblatt des britischen Militärbefehlshabers.....	96
Abbildung 12: Neugründung <i>Altenburger Echo</i> , 15. Juni 1945.....	97
Abbildung 13: <i>Elsterberger Nachrichten</i> , 30. Juni 1946. ....	110
Abbildung 14: <i>Mühlhäuser Anzeiger</i> , 28. April 1945.....	111
Abbildung 15: <i>Bernburgische Zeitung</i> , 30. Juni 1945.....	115
Abbildung 16: Internationale Berichterstattung aus dem <i>Amtsblatt für den Kreis Sondershausen</i> , 18. Mai 1945 (Ausschnitt).....	116
Abbildung 17: Anzeigenteil des <i>Reichenbacher Tageblattes</i> , 6. Juni 1945 (Ausschnitt). ....	121
Abbildung 18: <i>Köthener Amtliches Nachrichtenblatt</i> , 26. Juni 1945.....	135
Abbildung 19: Verteilung der Verlags- und Erscheinungsorte während der westalliierten Besetzung. 137	
Abbildung 20: Entwicklung der Pressetätigkeit unter der westalliierten Besetzung Ostdeutschlands (nachgewiesene Zeitungen/Mitteilungsblätter von April bis Juni 1945 nach Dekaden). ....	138
Abbildung 21: <i>Nachrichtenblatt für die deutsche Bevölkerung</i> , 2. Mai 1945. ....	203
Abbildung 22: Geschätzte Verbreitungsregionen sowjetischer <i>Nachrichtenblätter für die deutsche Bevölkerung</i> . ....	205

Abbildung 23: Verbreitungsregionen sowjetischer Armee-Tageszeitungen für die deutsche Bevölkerung.....	209
Abbildung 24: <i>Deutsche Zeitung</i> , 5. Juni 1945.....	213
Abbildung 25: <i>Die rote Fabne</i> , Waren/Müritz, 12. Mai 1945.....	225
Abbildung 26: <i>Chemnitzer Nachrichten</i> , 11. Mai 1945.....	228
Abbildung 27: <i>Volksstimme</i> , Meißen, 15. Mai 1945.....	229
Abbildung 28: <i>Annaberger Tageblatt/Obererzgebirgische Zeitung</i> , 17. Mai 1945.....	232
Abbildung 29: <i>Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt</i> , 30. Juni 1945.....	233
Abbildung 30: <i>Kölleddaer Anzeiger</i> , 24. Juli 1945.....	236
Abbildung 31: <i>Reichenbacher Tageblatt</i> , 2. Juli 1945.....	241
Abbildung 32: <i>Mitteilungsblatt der Stadt Buttstädt</i> , 4. Juli 1945.....	242
Abbildung 33: <i>Eisleber Zeitung</i> , 5. Juli 1945.....	245
Abbildung 34: <i>Öffentliches Amtsblatt des Oberbürgermeisters der Stadt Eisleben und des Landrates des Mansfelder Seekreises</i> , 2. Juni 1945 (i.e. <i>Eisleber Zeitung</i> unter US-Besatzung).....	246
Abbildung 35: Von der NS-Zeitung zum Mitteilungsblatt unter sowjetischer Besatzung: <i>Oelsnitzer Volksbote</i> , 31. Dezember 1943.....	253
Abbildung 36: <i>Oelsnitzer Volksbote</i> , 12. Mai 1945 (US-Besatzung).....	254
Abbildung 37: <i>Oelsnitzer Volksbote/Lugauer Zeitung</i> , 6. Juni 1945 (deutsche Selbstverwaltung nach Abzug der US-Armee).....	255
Abbildung 38: <i>Oelsnitzer Volksbote/Lugauer Zeitung</i> , 16. Juni 1945 (sowjetische Besatzung).....	256
Abbildung 39: <i>Oelsnitzer Volksbote</i> , 16. Juli 1945 (sowjetische Besatzung).....	257
Abbildung 40: Zeitungsorte (Tageszeitungen/Mitteilungsblätter) während der frühen sowjetischen Beszungsherrschaft, Mai bis Juli 1945.....	260
Abbildung 41: Verteilung der Verlags- und Erscheinungsorte der Tageszeitungen von KPD und SPD im März 1946.....	277
Abbildung 42: Verteilung der Verlags- und Erscheinungsorte der Tageszeitungen der SED im Herbst 1947.....	282
Abbildung 43: Auflagenentwicklung der Zeitungen von SED, CDU, LDPD, NDPD und anderer Träger (u.a. Sportbund, FDJ) 1955-1989.....	289
Abbildung 44: Durchschnittsauflagen der Tageszeitungen der Blockparteien seit 1945.....	290
Abbildung 45: Auflagenanteile der Zeitungen von SED, CDU, LDPD, NDPD und sonstiger Trägerschaft (1955-1989).....	291
Abbildung 46: Verlagswerbung des Express-Verlag GmbH, 1947.....	296
Abbildung 47: Kooperationen mecklenburgischer Zeitungshäuser im Anzeigenblattgeschäft 1948. ..	311
Abbildung 48: Unternehmensentwicklung des Zeulenrodaer Druck- und Verlagshauses Oberreuter nach Personalbestand (1940-1999).....	349

## 10 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Entwicklung der Zahl der ostdeutschen Zeitungen 1932 bis 1943.....	44
Tabelle 2: Auflagengewinne von großen Verlagen ohne NS-Kapitalbeteiligung 1933-1944. ....	47
Tabelle 3: Entwicklung der Zahl der Hauptausgaben in Ostdeutschland 1934 bis 1944. ....	48
Tabelle 4: Verlage ohne NSDAP-Kapitalbeteiligung (»Privatzeitungen«); Stand: Oktober 1944. ....	51
Tabelle 5: Angebot parteiamtlicher Zeitungen in Ostdeutschland im Januar 1934 (vor der Neuordnung und Überprüfung des amtlichen Status durch die NSDAP). ....	53
Tabelle 6: Entstehungsdatum von mit westalliiertes Genehmigung erscheinender ostdeutscher Zeitungen.....	94
Tabelle 7: Anzeigenumfang (Geschäftsanzeigen, Kleinanzeigen) ausgewählter Nachkriegszeitungen unter westalliiertes Besetzung. ....	119
Tabelle 8: Entwicklung der Pressetätigkeit unter der westalliiertes Besetzung Ostdeutschlands (nachgewiesene Zeitungen/Mitteilungsblätter von April bis Juni 1945 nach Dekaden). ....	136
Tabelle 9: Nachgewiesene Tageszeitungen unter der westalliiertes Besetzung.....	141
Tabelle 10: Auflagenangaben der sowjetischen »Frontzeitungen« für die deutsche Bevölkerung (Mai 1945).....	210
Tabelle 11: Sowjetischer Umgang mit den von westalliiertes Militärs genehmigten Zeitungen und Mitteilungsblättern.....	244
Tabelle 12: Anzeigenumfang (Geschäftsanzeigen, Kleinanzeigen) ausgewählter Nachkriegszeitungen unter sowjetischer Besetzung.....	252
Tabelle 13: Vergleich der Anzeigenteile vor und nach der Übernahme der Besetzungsgewalt durch die Roten Armee. ....	252
Tabelle 14: Entwicklung der Pressetätigkeit unter der frühen sowjetischen Besetzung. ....	266
Tabelle 15: Nachgewiesene deutsche Tageszeitungen (Mai bis August 1945) nach Kontrollgebieten. ....	265
Tabelle 16: Anteil traditioneller Tageszeitungen an der Tagespresse im sowjetischen Besatzungsbereich. ....	270
Tabelle 17: Parteizeitungen der Arbeiterparteien SPD und KPD 1932 bis 1946.....	276
Tabelle 18: Entwicklung der Tagespresse von SPD/KPD/SED 1945-55.....	283
Tabelle 19: Durchschnittsauflagen der Regionalzeitungen von CDU und LDPD, 1945-47. ....	287
Tabelle 20: Durchschnittsauflagen der Zeitungen der bürgerlichen Parteien in der SBZ/DDR (1945-1955); in 1000.....	289
Tabelle 21: Tageszeitungen der ostdeutschen Parteien 1947-1988 (Haupt- und Nebenausgaben).....	292
Tabelle 22: Haushaltsabdeckungen der Vertriebsschwerpunkte der Blockparteien 1956.....	293



## 11 Literatur- und Quellenverzeichnis

### 11.1 Literatur

- Abelshauer, Werner (1975): *Wirtschaft in Westdeutschland 1945-1948* (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte; 50). Stuttgart.
- Aichinger, Wilfried (1977): *Sowjetische Österreichpolitik 1943 - 1945*. Hrsg. v. d. Österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte, Wien. (Materialien zur Zeitgeschichte; 1) Wien.
- Amann, Max (1944): *Die deutsche Presse im Kriege. Aufgaben und Lösungen - Schrumpfung und Wachstum*. In: *Handbuch der Deutschen Tagespresse 1944*. Hrsg. v. Institut für Zeitungswissenschaften an der Universität Berlin. Leipzig, S. XI-XXI.
- Aufermann, Jörg/Hans Bohrmann/Rolf Sülzer (1973): *Analyse politökonomischer Zusammenhänge*. In: dies. (Hg.): *Gesellschaftliche Kommunikation und Information*. Frankfurt/M.
- Baar, Lothar/Rainer Karlsch/Werner Matschke (1995): *Kriegsschäden, Demontagen, Reparationen*. In: *Materialien der Enquete-Kommission ›Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, Bd. II (2). (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages)*. Hrsg. v. Deutschen Bundestag, Frankfurt (M.), S. 868-988.
- Bachmann, Ralf (1995): *Ich bin der Herr. Und wer bist du? Ein deutsches Journalistenleben*. Berlin.
- Baerns, Barbara (1982): *Lenkung und Kontrolle beim Neuaufbau des Pressewesens (1945–1949)*. In: *Deutsche Kommunikationskontrolle des 15. bis 20. Jahrhunderts*. Hrsg. v. Heinz-Dietrich Fischer. (Publizistisch-Historische Beiträge; 5) München, New York, London, Paris, S. 280-304.
- Baerns, Barbara (1988): *Deutsch-deutsche Gedächtnislücken: Zur Medienforschung über die Besatzungszeit*. In: Geserick, Rolf/Arnulf Kutsch (Hg): *Publizistik und Journalismus in der DDR*. 8 Beiträge zum Gedenken an Elisabeth Löckenhoff (Kommunikation und Politik; 20) München, New York, London, Paris, S. 61-114.
- Balfour, Michael (1959): *Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland 1945-46*. Düsseldorf.
- Balfour, Michael (1979): *Propaganda in War 1939-1945*. London, Boston, Henley.
- Bartels, Claudia (Bearb.) (2000): *Versuch einer Ermittlung des Verfilmungsbedarfs deutscher Zeitungen nach gegenwärtigem Stand*. Bericht für den Unterausschuss Bestandserhaltung des Bibliotheksausschusses der Deutschen Forschungsgemeinschaft, mit einer Einleitung von Hans Bohrmann, Hrsg. v. Institut für Zeitungsforschung der Stadt Dortmund. Dortmund, in: [www.zeitungsforschung.de/zi1.pdf](http://www.zeitungsforschung.de/zi1.pdf).
- Bauerkämper, Arnd (2001): *Vertreibung als Exklusion gesellschaftlicher Führungsgruppen. Die Verdrängung der ›Großbauern‹ in der SBZ/DDR und die Vernichtung der ›Kulaken‹ in der UdSSR im Vergleich*. In: Günther Schulz (2001): *Vertriebene Eliten. Vertreibung und Verfolgung von Führungsschichten im 20. Jahrhundert*. Büdinger Forschungen zur Sozialgeschichte 1999. (Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit; 24.) München, S. 125-163.
- Befehl Nr. 124 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung, Oberbefehlshaber der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland, 30. Oktober 1945. In: Hans J. Reichardt, Hanns U. Treutler u. Ulrich Lampe (Berab.) (1964): *Berlin. Quellen und Dokumente 1945-1951*. 1. Halbband. Hrsg. im Auftrag des Senats von Berlin (Schriftenreihe zur Berliner Zeitgeschichte; 4). Berlin (West), S. 378-79.

- Benz, Wolfgang (1998): Demokratisierung durch Entnazifizierung und Erziehung. In: Informationen zur politischen Bildung Nr. 259, 2. Quartal 1998: Deutschland 1945 - 1949. Besatzungszeit und Staatsgründung. Hrsg. v. d. Bundeszentrale für politische Bildung, S. 23-31.
- Benzinger, Josef-Paul (1980): Lokalpresse und Macht in der Gemeinde. Publizistische Alleinstellung von Tageszeitungen in lokalen Räumen. Nürnberg.
- Bergt, Ulrich (1983): Aufgaben und Entwicklung des Journalismus beim Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR. Ein Beitrag zur Geschichte des Journalismus in der DDR in den Jahren 1949 bis 1955. Diss. A. an der Sektion Journalistik, Leipzig.
- Bergt, Ulrich/Wilfried Much (1978): Die Umwandlung der Landespresse der SED in Bezirksorgane der Partei im Überblick und dargestellt am Beispiel der »Märkischen Volksstimme« Potsdam. Wissenschaftliche Jahresarbeit im 3. Studienjahr, Karl-Marx-Universität, Sektion Journalistik. Mskpt., Leipzig. (Archiv Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH, Potsdam.)
- Bericht der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« (1996). Hrsg. v. Deutschen Bundestag, BT-Drucksache 12/7820.
- Bericht der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR (1996), Erster Teilabschlussbericht, über das Vermögen der DDR-Parteien Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Demokratische Bauernpartei Deutschlands, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, National-Demokratische Partei Deutschlands und Stellungnahme der Bundesregierung, Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Bundestags-Drucksache 13/5376, 1.8.1996.
- Bernhard, Kurt (1989): Zeitungen und Zeitschriften in Mecklenburg. Bearbeitung Johann Ludwig Neuenhahn. Hrsg. v. d. Stiftung Mitteldeutscher Kulturrat (Aus der Mitte Deutschlands; 21). Bonn.
- Bernikov, Nikolaj N. (1995): Die propagandistische Tätigkeit des NKFD und des BDO sowie deren Zusammenarbeit mit den Politorganen der Roten Armee während des Krieges 1943-1945. In: Ueberschär, Gerd R. (1995): Das Nationalkomitee »Freies Deutschland« und der Bund Deutscher Offiziere. Frankfurt/Main, S. 112-120.
- Berth, Hendrick/Matthias Romppel (1999): Darstellung und Erleben der Wende in Massenmedien. Inhaltsanalytische Untersuchung am Wendekorpus - 10 Jahre danach. In: Medienpsychologie Nr. 3/1999, S. 185-199.
- Bertkau, Friedrich (1932): Die deutschen Zeitungen. In: Handbuch der deutschen Tagespresse (1932). Hrsg. v. Deutschen Institut für Zeitungskunde. Berlin, S. 9\*-16\*.
- Bestimmungen der DDR zu Eigentumsfragen und Enteignungen (1971). Hrsg. V. Gesamtdeutschen Institut – Bundesanstalt für gesamtdeutsche Fragen. Bonn.
- Bestimmungen über die Nachrichtenkontrolle Nr. 1 vom 12. Mai 1945, Kontrolle über Druckschriften, Rundfunk, Film, Theater und Musik. In: Presserat für die britische Besatzungszone (Hg.) (1950): Die deutsche Presse im Neuaufbau. Ein Abriss des Neuaufbaus der Deutschen Nachkriegspresse, dargestellt an der Entwicklung ihrer Rechtsgrundlagen. O.O.
- Böhm, Adolf (1995a): Die militärische und politische Lage im Frühjahr 1945. In: Böhm, Adolf (Hg.): Grenzfluß Mulde. Kriegsende 1945 in Nordsachsen. Beucha, S. 5-11.
- Böhm, Adolf (1995b): Patrouillefahrten der Amerikaner. In: Böhm, Adolf (Hg.): Grenzfluß Mulde. Kriegsende 1945 in Nordsachsen. Beucha, S. 12-19.
- Böhm, Adolf (1995c): Colditz am Ende des zweiten Weltkriegs. In: Böhm, Adolf (Hg.): Grenzfluß Mulde. Kriegsende 1945 in Nordsachsen. Beucha, S. 88-91.
- Bohne, Rudolph (1999): Amerikaner in Mittweida. Aus deutscher Sicht. In: Die kurze amerikanische Besatzungszeit 1945 in Teilen Ostdeutschlands [www.koch-athene.de/deu6th/mittweida/witness.htm](http://www.koch-athene.de/deu6th/mittweida/witness.htm) (1.3.01).
- Bohrmann, Hans (2000): Einleitung. In: Bartels, Claudia (Bearb.) (2000): Versuch einer Ermittlung des Verfilmungsbedarfs deutscher Zeitungen nach gegenwärtigem Stand. Bericht für den Unterausschuss Bestandserhaltung des Bibliotheksausschusses der Deutschen Forschungsgemeinschaft,

- mit einer Einleitung von Hans Bohrmann, Hrsg. v. Institut für Zeitungsforschung der Stadt Dortmund. Dortmund, in: [www.zeitungsforschung.de/zi1.pdf](http://www.zeitungsforschung.de/zi1.pdf).
- Bohrmann, Hans (2001): Die Zeitung als Quelle wissenschaftlicher Arbeit (Nachweis, Zugänglichkeit und Sicherung). In: Forum Bestandserhaltung. Hrsg. v. d. Universitäts- und Landesbibliothek Münster. [www.uni-muenster.de/Forum-Bestandserhaltung/grundlagen/allg-bohrm.shtml](http://www.uni-muenster.de/Forum-Bestandserhaltung/grundlagen/allg-bohrm.shtml) (2.5.02).
- Böning, Holger (1986): Presse und Geschichte. Zur Aktualität pressehistorischer Forschung. II. internationale Fachkonferenz der deutschen Presseforschung in Bremen (26.-30. November 1984). In: Jahrbuch des Instituts für Geschichte, Universität Tel-Aviv, 15/1986 S. 513-518.
- Bonwetsch, Bernd/Gennadij Bordjugov/Norman M. Naimark (Hg.) (1997): Sowjetische Politik in der SBZ 1945-1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjul'panov. (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 20) Bonn.
- Brandt, Helmut (1947): Lizenz und Presse. Ein Beitrag zum heutigen Gewerberecht der Presse. In: Handbuch der Lizenzen deutscher Verlage. Zeitungen, Zeitschriften, Buchverlage. Planung und Schriftleitung Wilhelm Seidel. Abgeschlossen Juli 1947. Berlin, S. V-XIV.
- Buchheim, Christoph (1995): Kriegsschäden, Demontagen und Reparationen. Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Materialien der Enquete-Kommission ›Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland‹, Bd. II (2). (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hrsg. v. Deutschen Bundestag. Frankfurt (M.), S. 1030-1069.
- Büchner, Robert/Freundlich, Hannelore (1972): Zur Situation in den zeitweilig englisch oder amerikanisch besetzten Gebieten der sowjetischen Besatzungszone (April bis Anfang Juli 1945). In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 6/1972, S. 992-1006.
- Buck, Hannsjörg F. (1995): Formen, Instrumente und Methoden zur Verdrängung, Einbeziehung und Liquidierung der Privatwirtschaft in der SBZ/DDR. In: Materialien der Enquete-Kommission ›Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland‹, Bd. II (2). (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hrsg. v. Deutschen Bundestag. Frankfurt (M.), S. 1070-1213.
- Buthmann, Reinhard (2001): Abwanderung und Flucht von Eliten aus der SBZ/DDR am Beispiel der wissenschaftlichen Intelligenz. In: Günther Schulz (2001): Vertriebene Eliten. Vertreibung und Verfolgung von Führungsschichten im 20. Jahrhundert. Büdinger Forschungen zur Sozialgeschichte 1999. (Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit; 24.) München, S. 229-266.
- Buzek, Anton (1965): Die kommunistische Presse. Frauenfeld.
- BWD (Hg.) (1946): BWD Zeitungs- und Zeitschriftenkatalog 1946. Berlin.
- BWD (Hg.) (1947): BWD Zeitungs- und Zeitschriftenkatalog 1947. Berlin <sup>2</sup>1947 [August].
- Caspar, Gustav-Adolf (1979): Die Kriegslage vom Herbst 1943 bis zum Winter 1944/45 und das Entstehen der Vereinbarungen über die Grenzen der Besatzungszonen in Deutschland. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen Nr. 26/1979, S. 173-183.
- Censorship Regulations for the Civilian Population of Germany under the Jurisdiction of Military Government. O.O., [1945]. (Bücherei Bayerisches Staatsministerium für Finanzen.)
- Chronologische Entwicklung von Staßfurt (1999). In: [www.stassfurt-info.de/xsftkk01.htm](http://www.stassfurt-info.de/xsftkk01.htm) (6.11.01).
- Claus, Werner (1960): Die Entwicklung des Journalismus in der Deutschen Demokratischen Republik seit 1945, S. 37. In: Journalistisches Handbuch der Deutschen Demokratischen Republik. Hrsg. v. Verband der Deutschen Journalisten. Leipzig, S. 36-47.
- Czok, Karl (Hg.) (1989): Geschichte Sachsens. Weimar.
- DDR Handbuch (1988): 3. Auflage. Bd. 2. Hrsg. v. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Köln.
- Deuse, Christiane (1997): Die Leipziger Zeitung. Geschichte eines Lizenzblattes in der Sowjetischen Besatzungszone (1946-1948). Münster.

- Deutsche Zeitschriften 1945-49 (1950). Im Auftrage des Börsenvereins deutscher Verleger- und Buchhändlerverbände ausgewählt und herausgegeben von der Deutschen Bibliothek Frankfurt am Main. Frankfurt/Main.
- Die deutsche Presse 1946. Zeitungen und Zeitschriften von heute. Katalog der Vier-Zonen-Presseschau Marl und Dortmund. 1. Auflage 1946. Recklinghausen.
- Die deutsche Presse im Neuaufbau (1950). Ein Abriß des Neuaufbaus der Deutschen Nachkriegs- presse, dargestellt an der Entwicklung ihrer Rechtsgrundlagen. Zusammengestellt durch den Geschäftsführer im Sekretariat des Zonenpresserates, Bielefeld. O.O.
- Die endgültige Zerschlagung des faschistischen Deutschlands (o.J.). (Geschichte des Zweiten Welt- kriegs 1939-1945; 10.) Berlin (Ost) [orig. Moskau 1979].
- Die Genfer Rotkreuz-Abkommen (1980). 7. Auflage. Bonn.
- Diekel, Claus (1999): Pressesubventionen und Pressekonzentration. Eine wirtschafts- und rechts- wissenschaftliche Analyse zur Anwendbarkeit selektiver Pressesubventionen als Instrument zur Bekämpfung der Konzentrationsentwicklung auf dem lokalen und regionalen Tageszeitungsmarkt. (Diss. Universität Oldenburg), Oldenburg.
- Dietrich, Otto (1944): Zum Geleit der Kriegsausgabe des »Handbuches der deutschen Tagespresse«. In: Handbuch der Deutschen Tagespresse (1944). 7. Auflage. Hrsg. v. Institut für Zeitungswissen- schaften an der Universität Berlin. Leipzig, S. VII.
- Doernberg, Stefan (1975): Befreiung 1945. Ein Augenzeugenbericht. Berlin (Ost).
- Doernberg, Stefan (1987): Nachwort. In: Tjulpanow, Sergej Ivanovic: Deutschland nach dem Kriege (1945–1949). Erinnerungen eines Offiziers der Sowjetarmee. Herausgegeben und mit einem Nach- wort versehen von Stefan Doernberg. 2. Auflage. Berlin (Ost), S. 319-332.
- Dorn, Walter L. (1973): Inspektionsreisen in der US-Zone. Notizen, Denkschriften und Erinnerungen aus dem Nachlaß übersetzt und herausgegeben von Lutz Niethammer. (Schriftenreihe der Viertel- jahrshefte für Zeitgeschichte; 26.) Stuttgart.
- Dovifat, Emil (1934): Vorwort. In: Handbuch der deutschen Tagespresse (1934). 5. Auflage. Hrsg. v. Deutschen Institut für Zeitungskunde, Berlin. Berlin, S. 5\*-6\*.
- Dovifat, Emil (1937): Zeitungslehre I, Bd. 2. Berlin, Leipzig.
- Dovifat, Emil (1947): Die neue deutsche Presse. In: Handbuch der Lizenzen deutscher Verlage. Zeitungen, Zeitschriften, Buchverlage. Planung und Schriftleitung Wilhelm Seidel. Abgeschlossen Juli 1947. Berlin, S. XV-XXXI.
- Duchkowitsch, Wolfgang (1987): Mediengeschichte vor neuen Einsichten. In: Bobrowsky, Manfred/ Hannes Haas (Hg.): Medien- und Kommunikationsgeschichte. Ein Textbuch zur Einführung. Wien, S. 23-28.
- Dupuy, Trevor N. (Ed.) (1993): International Military and Defense Encyclopedia, Vol. 2. Washington, New York.
- Eberlein, Alfred (1996): Internationale Bibliographie zur deutschsprachigen Presse der Arbeiter- und sozialen Bewegungen von 1830 - 1982. Bearb. von Ursula Eberlein. Mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft hrsg. von der Universitätsbibliothek Bochum. 2. aktualisierte und erw. Aufl., Bd. 1-4. München.
- Eckhardt, Karl-Heinz (1978): Die DDR im Systemvergleich. Frankfurt.
- Eisenhower, Dwight D. (1948): Kreuzzug in Europa. Amsterdam.
- Eisheuer, Fritz (1944): Einführung. In: Handbuch der Deutschen Tagespresse (1944). 7. Auflage. Hrsg. v. Institut für Zeitungswissenschaften an der Universität Berlin. Leipzig, S. XXII-XXVI.
- Ellis, L.F./A.E. Warhurst (1968): Victory in the West, Vol. II. The Defeat of Germany. (History of the Second World War. United Kingdom Military Series) London.

- Esche, Frank (2000): Zeitungen, Zeitschriften und Intelligenzblätter im Thüringischen Staatsarchiv Rudolstadt (Thüringisches Staatsarchiv Rudolstadt, Informationsheft Nr. 45). 2. verbesserte und erweiterte Auflage. Hrsg. v. Thüringischen Staatsarchiv Rudolstadt, Rudolstadt.
- Eschenburg, Theodor (1981): Jahre der Besatzung 1945-1949. (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland; 1.) Stuttgart.
- Faulstich, Werner (1995a): Medium. In: ders. (Hg.): Grundwissen Medien. München <sup>2</sup>1995, S. 17-100.
- Faulstich, Werner (1995b): Zeitung. In: ders. (Hg.): Grundwissen Medien. München <sup>2</sup>1995, S. 362-375.
- Fischer Lexikon Publizistik Massenkommunikation (1989). Frankfurt/Main.
- Fischer Lexikon Publizistik Massenkommunikation (1994). Erw. Aufl. Frankfurt/Main.
- Fischer, Alexander/Martin Reißmann (1995): Deutschland als Gegenstand alliierter Politik (1941-1949). In: Materialien der Enquete-Kommission ›Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland‹ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. II, 2. Hrsg. v. Deutschen Bundestag, Frankfurt/M., S. 1301- 1349.
- Fischer, Gerhard (1971): Gesamtverantwortung und Spezifik. Die CDU-Presse in der Entwicklung des DDR-Journalismus 1957-1961. Hrsg. v. Sekretariat des Hauptvorstandes der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Halle/Saale.
- Fischer, Heinz-Dietrich (1971): Parteien und Presse in Deutschland seit 1945. Bremen.
- Fischer, Heinz-Dietrich (1972): Die Zeitung als Forschungsproblem. In: Heinz-Dieter Fischer (Hg.): Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts. (Publizistisch-historische Beiträge, 2) Pullach, S. 11-24.
- Fitzel, Tomas (2000): Die Reinigung des Gedächtnisses. Papierschiebereien. Die Unabhängige Historische Kommission erforscht die Bertelsmann-Firmengeschichte. In: Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung, 18.8.2000.
- Foitzik, Jan (1995): Inventar der Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949. Zusammengestellt und bearbeitet im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte (Texte und Materialien zur Zeitgeschichte; 8). München, New Providence, London, Paris.
- Foitzik, Jan (1999): Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949. Struktur und Funktion (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; 44). Berlin.
- Frei, Norbert (1983a): Neubeginn im deutschen Pressewesen. Die Ära der Lizenzzeitungen 1945-1949. In: Fachgruppe Presse-, Rundfunk- und Filmarchivare im Verein deutscher Archivare (Hrsg.): Entwicklungsperspektiven zukünftiger Informationssysteme. Protokoll der 41. und 42. Tagung der Fachgruppe Presse-, Rundfunk- und Filmarchivare im Verein deutscher Archivare Münster, Oktober 1982 und München, Mai 1983 (Presse-, Rundfunk- und Filmarchive – Mediendokumentation, 5). München, New York, London, Paris, S. 19-32.
- Frei, Norbert (1983b): Die Presse. In: Wolfgang Benz (Hg.): Die Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3. Frankfurt, S. 275-318.
- Frei, Norbert (1985): Medienpolitik der Alliierten nach dem zweiten Weltkrieg. Die Situation in den Besatzungszonen und in Berlin. In: Studienkreis Rundfunk und Geschichte, Mitteilungen Nr. 1/1985, S. 28-41.
- Frei, Norbert (1986): Amerikanische Lizenzpolitik und deutsche Pressetradition. Die Geschichte der Nachkriegszeitung Südost-Kurier (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte; 52). München.
- Frei, Norbert (Hg.) (2001): Karrieren im Zwielficht. Hitlers Eliten nach 1945. Frankfurt/M.
- Frei, Norbert/Johannes Schmitz (1999): Journalismus im Dritten Reich. Dritte, überarbeitete Auflage. München.
- Fricke, Karl Wilhelm (1990): Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945-1958. Bericht und Dokumentation. 2. Aufl., Köln.

- Fricke, Karl Wilhelm (2000): Gulag in Deutschland. Deutschlandfunk, Hintergrund Politik, 16.1.2000, 18:40 Uhr (Manuskript), in: [www.dradio.de/cgi-bin/user/fm1004/es/neu-hintergrund/165.html](http://www.dradio.de/cgi-bin/user/fm1004/es/neu-hintergrund/165.html) (16.2.01).
- Friesecke, Thomas (1996): Das ›Genthiner Wochenblatt‹ - Über den Werdegang einer Heimatzeitung. In: Volksstimme, Ausgabe Genthiner Rundblick, 24.12.1996.
- Friesecke, Thomas (1999): Genthiner Druckerei Donath stellt den Geschäftsbetrieb ein. In: Volksstimme, Ausgabe Genthiner Rundblick, 1.10.1999.
- Fritsch, Robert (1972): Entnazifizierung. Der fast vergessene Versuch einer politischen Säuberung nach 1945. In: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 24/10.6.1972, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, S. 11-30.
- FRUS (1966), Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers, 1944, Bd. 1, General. Hrsg. v. Department of State Publication, Historical Office, Washington.
- Fuchs, Peter (1995): ›Kölnischer Kurier‹. Die Zeitung der Besatzungsmächte und Adenauers Alternativprojekt. In: Jahrbuch des Kölnischen Geschichtsvereins Nr. 66/1995. Köln, S. 169-191.
- Gebhardt, Hartwig (1987): Das Interesse an der Pressegeschichte. Zur Wirksamkeit selektiver Wahrnehmung in der Medienhistiographie. In: Presse und Geschichte. Neue Beiträge zur historischen Kommunikationsforschung Bd. 1 (Deutsche Presseforschung; 26). München, New York, London, Oxford, Paris, S. 21-19.
- Gerhardt, Uta (1999): Re-Education als Demokratisierung der Gesellschaft Deutschlands durch das amerikanische Besatzungsregime. In: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft Nr. 3/1999, S. 355-385.
- Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion (1967), Band 5. Berlin (Ost).
- Geschichte von Hohenstein-Ernstthal [2002], in: [www.hohenstein-ernstthal.de/tourismus/geschich.htm](http://www.hohenstein-ernstthal.de/tourismus/geschich.htm) (25.4.02).
- Geserick, Rolf (1989): 40 Jahre Presse, Rundfunk und Kommunikationspolitik in der DDR. München.
- Geserick, Rolf/Arnulf Kutsch (Hg) (1988): Publizistik und Journalismus in der DDR. 8 Beiträge zum Gedenken an Elisabeth Löckenhoff (Kommunikation und Politik; 20) München, New York, London, Paris.
- Gittig, Heinz (1993): Die Verfügbarkeit der Zeitungen der ehemaligen DDR. In: Die Tagespresse der DDR. Ihre Verfügbarkeit in Bibliotheken und Archiven. Arbeitshilfen, hrsg. v. Deutschen Bibliotheksinstitut, Berlin. Berlin.
- Graml, Hermann (1995): Internationale Rahmenbedingungen der Deutschlandpolitik 1949 – 1955. In: Materialien der Enquete-Kommission ›Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland‹, Bd. V (2). (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hrsg. v. Deutschen Bundestag. Frankfurt (M.), S. 1381-1403.
- Greuner, Reinhardt (1962): Lizenzpresse – Auftrag und Ende. Berlin (Ost).
- Gutmann, Gernot/Werner Klein (1995): Herausbildungs- und Entwicklungsphasen der Planungs-, Lenkungs- und Kontrollmechanismen im Wirtschaftssystem. In: Materialien der Enquete-Kommission ›Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland‹, Bd. II (3). (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hrsg. v. Deutschen Bundestag. Frankfurt (M.), S. 1579-1647.
- Habe, Hans (1977): Im Jahre Null. Vom Autor revidierte und erweiterte Ausgabe. München.
- Hachmeister, Lutz/Friedemann Siering (2002): Die Herren Journalisten. Die Elite der deutschen Presse nach 1945. München.
- Hädler, Christian (1961): Die Versorgung der deutschen Tagespresse mit Zeitungsdruckpapier. Eine zeitungswissenschaftliche und wirtschaftswissenschaftliche Untersuchung. Diss., Nürnberg.
- Hagelweide, Gert (1985ff.): Literatur zur deutschsprachigen Presse. Eine Bibliographie: von den Anfängen bis 1970, mehrbändig. (Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung.) München.

- Hale, Oron J. (1965): *Presse in der Zwangsjacke 1933-45*. Düsseldorf.
- Handbook for Military Government in Germany (Dezember 1944). Restricted. Not to be published. Bestand Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg.
- Handbuch der deutschen Presse (1947). Hrsg. v. Nordwestdeutschen Zeitungsverleger-Verein. Bielefeld.
- Handbuch der deutschen Tagespresse (1932). 4. Auflage. Hrsg. v. Deutschen Institut für Zeitungskunde. Berlin.
- Handbuch der deutschen Tagespresse (1934). 5. Auflage. Hrsg. v. Deutschen Institut für Zeitungskunde, Berlin. Berlin.
- Handbuch der Deutschen Tagespresse (1937). 6. Auflage. Hrsg. v. Institut für Zeitungswissenschaft an der Universität Berlin. Bearbeiter: Carl Schneider. Leipzig, Frankfurt/Main.
- Handbuch der Deutschen Tagespresse (1944). 7. Auflage. Hrsg. v. Institut für Zeitungswissenschaften an der Universität Berlin. Leipzig.
- Handbuch der Lizenzen Deutscher Verlage (1947): Zeitungen, Zeitschriften, Buchverlage. Planung und Schriftleitung Wilhelm Seidel. Abgeschlossen Juli 1947. Berlin.
- Hartenian, Larry (1987): The Role of Media in Democratizing Germany: United States Occupation Policy 1945-1949. In: *Central European History* Nr. 2/1987, S. 145-190.
- Heideking, Jürgen/Christoph Mauch (1996): *American Intelligence and the German Resistance to Hitler. A Documentary History*. Boulder.
- Heideking, Jürgen/Christoph Mauch (1996): *American Intelligence and the German Resistance to Hitler. A Documentary History*. Boulder.
- Heinz, Gerhard (1995): Das Kriegsende in Oschatz. In: Böhm, Adolf (Hg.): *Grenzfluß Mulde. Kriegsende 1945 in Nordsachsen*. Beucha, S. 61-65.
- Henke, Klaus-Dieter (1995): *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*. Hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; 27). München.
- Hensel, Herbert (1995a): Die Ortspresse - ein Stück Heimat. Die Entwicklung der Buchdruckkunst in Oederan (I). In: *Flöhatal Blick*, 1.6.1995.
- Hensel, Herbert (1995b): Aufstieg und Ende der Heimatzeitung. Die Entwicklung der Buchdruckkunst in Oederan (II). In: *Flöhatal Blick*, 7.6.1995.
- Hering, Manfred/Ulrich Kohlmann (1979): Die ersten Schritte 1945 und 1946. In: *Theorie und Praxis* Nr. 1/1979 (Beilage zu *Neue Deutsche Presse* Nr. 2/1979), S. 15-17.
- Herrmann, Elisabeth M. (1957): *Die Presse in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*. Hrsg. v. Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland). Bonn.
- Herrmann, Elisabeth M. (1963): *Zur Theorie und Praxis der Presse in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Berichte und Dokumente*. Berlin (West).
- Heym, Stefan (1987): *Schwarzenberg*. Frankfurt/Main.
- Hickethier, Knut (1987): *Medienbiographien - Bausteine für eine Rezeptionsgeschichte*. In: Bobrowsky, Manfred/Hannes Haas (Hg.): *Medien- und Kommunikationsgeschichte. Ein Textbuch zur Einführung*. Wien, S. 66-77.
- Hoffmann-Riem, Wolfgang (1981): *Sozialwissenschaftlich orientierte Rechtsanwendung in öffentlich-rechtlichen Prüfungsarbeiten. Vorüberlegungen und praktische Hinweise*. In: Wolfgang Hoffmann-Riem (Hg.): *Sozialwissenschaften im Öffentlichen Recht*. Neuwied, Darmstadt, S. 3-66.
- Hofmann, Gerhard [1999]: [www.koch-athene.de/images/6th/frankenberghofkart1.jpg](http://www.koch-athene.de/images/6th/frankenberghofkart1.jpg).
- Holzweißig, Gunter (1987): *Medienhistoriographie mit Lücken*. In: *Deutschlandarchiv* 1/1987, S. 91-93.

- Holzweißig, Gunter (1989): Massenmedien in der DDR. Berlin <sup>2</sup>1989.
- Holzweißig, Gunter (1990a): DDR-Presse im Aufbruch. In: Deutschland Archiv Nr. 2/1990, S. 220-230.
- Holzweißig, Gunter (1990b): Massenmedien unter Parteiaufsicht. Lenkungsmechanismen vor der Wende in der DDR. In: Rundfunk und Fernsehen Nr. 3/1990, S. 365-376.
- Holzweißig, Gunter (1991): DDR-Presse unter Parteikontrolle. Kommentierte Dokumentation. Hrsg. v. Gesamtdeutschen Institut. Analysen und Berichte Nr. 3/1991, Bonn.
- Holzweißig, Gunter (1992a): Das MfS und die Medien. In: Deutschland Archiv 1/1992, S. 32- 41.
- Holzweißig, Gunter (1992b): Das Presseamt des DDR-Ministerrates. In: Deutschland-Archiv 5/1992, S. 503-512.
- Holzweißig, Gunter (1995): Die Presse als Herrschaftsinstrument der SED. In: Materialien der Enquete-Kommission ›Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland‹, Bd. II (3). (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hrsg. vom Deutschen Bundestag. Baden-Baden, S. 1689-1722.
- Hörisch, Jochen (2001): Die Väter der Medientechnik: Krieg, Handel, Religion. SWR 2, Aula, 21.1.2001, 8.30 Uhr. Sendemanuskript, Stuttgart.
- Hüffer, Jürgen Benedikt (1995): Vom Lizenzpressesystem zur Wettbewerbspresse. Lizenzverleger und Altverleger im Rheinland und in Westfalen 1945-1953/54. (Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung; 54.) München, New Providence, London, Paris.
- Hurwitz, Harold (1965): Die Pressepolitik der Alliierten. In: Pross, Harry (Hg.): Deutsche Presse seit 1945. Bern, München, S. 27-55.
- Hurwitz, Harold (1972): Die Stunde Null der deutschen Presse. Die amerikanische Pressepolitik in Deutschland 1945-1949. Köln.
- Hurwitz, Harold (1984): Die Eintracht der Siegermächte und die Orientierungsnot der Deutschen 1945-1946. (Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945; 3) Köln.
- Informationen zur politischen Bildung Nr. 230, 1. Quartal 1991: Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen. Hrsg. v. d. Bundeszentrale für politische Bildung.
- Jaeger, Hans (1988): Geschichte der Wirtschaftsordnung in Deutschland. (Neue Historische Bibliothek, hrsg. v. Hans-Ulrich Wehler). Frankfurt/Main.
- Janßen, Karl-Heinz (1991): Eine deutsche Geschichte: Die Familie Kausche hat vergeblich auf die Rückgabe ihrer von den Nazis enteigneten Zeitung in Zwickau gehofft. In: Die Zeit, 26.9.91, S. 28.
- John, Jürgen (2001): Mitteldeutschland. Begriff, Geschichte, Konstrukt. Rudolstadt.
- Jonscher, Norbert (1995): Lokale Publizistik. Theorie und Praxis der örtlichen Berichterstattung. Ein Lehrbuch. Opladen.
- Jossé, Harald (1984): Die Entstehung des Tonfilms. Beitrag zu einer faktenorientierten Medien-geschichtsschreibung. (Alber-Broschur Kommunikation; 13). Freiburg, München.
- Journalistisches Handbuch der Deutschen Demokratischen Republik (1960). Hrsg. v. Verband der Deutschen Journalisten., Leipzig.
- Kaase, Max/Winfried Schulz (1989): Perspektiven der Kommunikationsforschung. In: Max Kaase/Winfried Schulz (Hg.) (1989): Massenkommunikation. Theorien, Methoden. (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft; 30.) Opladen, S. 9-27.
- Kaase, Max/Winfried Schulz (Hg.) (1989): Massenkommunikation. Theorien, Methoden. (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft; 30.) Opladen.
- Keine Auflagenangabe der Ostpresse. In: ZV Nr. 17/1951, S. 16.
- Kinderhirtenbrief Weihnachten 1999. Bistum Limburg online, [www.kath.de/bistum/limburg/texte/kamphaus/KHB99/](http://www.kath.de/bistum/limburg/texte/kamphaus/KHB99/).



- Klaus, Elisabeth (1995): Massenmedien in Umbruchphasen: Eine Chance für Frauen? In: Lutz Erbring (Hg.): Kommunikationsraum Europa. Berichtsband der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK) vom 17.- 19. Juni 1993 in Berlin zum Thema »Kommunikationsraum Europa«. (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft ; 21.) Konstanz, S. 419-435.
- Kleßmann, Christoph (1991): Die doppelte Staatsgründung: deutsche Geschichte 1945 - 1955. 5. Auflage. Bonn.
- Klinkhardt, Richard (1995): Die Kapitulation von Wurzen am 24. April. In: Böhm, Adolf (Hg.): Grenzfluß Mulde. Kriegsende 1945 in Nordsachsen. Beucha, S. 38-48.
- Koch, Lothar (1989): Die Schwarzenberger Zeitung. Ein außergewöhnliches Kapitel der Nachkriegsgeschichte. In: Marginalien. Zeitschrift für Buchkunst und Bibliophilie, 4/1989, S. 39-48.
- Koch, Ulrich (1999a): Die kurze amerikanische Besatzungszeit 1945 in Teilen Ostdeutschlands, Altenburg. Die »MINUTEMAN« Zeitung. [www.koch-athene.de/deu6th/76th.htm#MINUTEMAN](http://www.koch-athene.de/deu6th/76th.htm#MINUTEMAN) (1.3.01).
- Koch, Ulrich (1999b): Die kurze amerikanische Besatzungszeit 1945 in Teilen Ostdeutschlands, Kartenspiel für die 6th Armored Division. [www.koch-athene.de/deu6th/Altenburg/playingcards.htm](http://www.koch-athene.de/deu6th/Altenburg/playingcards.htm) (1.3.01).
- Koch, Ulrich (1999c): Die kurze amerikanische Besatzungszeit 1945 in Teilen Ostdeutschlands, Frankenberg. Militärische Situation Mitte April 1945. [www.koch-athene.de/deu6th/frankenber/frankenber2.htm](http://www.koch-athene.de/deu6th/frankenber/frankenber2.htm) (1.3.01).
- Koch, Ulrich (1999d): Die kurze amerikanische Besatzungszeit 1945 in Teilen Ostdeutschlands, Frankenberg. [www.koch-athene.de/deu6th/frankenber/frankenber5.htm](http://www.koch-athene.de/deu6th/frankenber/frankenber5.htm) (1.3.01).
- Koch-Mehrin, Cordes (1965): Die Presse in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. In: Pross, Harry (Hg.): Deutsche Presse seit 1945. Bern, München, S. 56-75.
- Kohlmann-Viand, Doris (1991): NS-Pressopolitik im Zweiten Weltkrieg. Die »Vertraulichen Informationen« als Mittel der Presselenkung. (Kommunikation und Politik; 23.) München, London, New York, Paris.
- Kopper, Gerd G. (1972): Zeitungsideologie und Zeitungsgewerbe in der Region. Eine Fallstudie zu den politischen Voraussetzungen und Strukturbedingungen der Konzentration in Schleswig-Holstein 1945-1970. Düsseldorf.
- Kopper, Gerd G. (1992): Medien- und Kommunikationspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Ein chronologisches Handbuch. 1944 bis 1988. München u.a..
- Koszyk, Kurt (1972): Deutsche Presse 1914-1945. Geschichte der deutschen Presse, Teil III. (Abhandlungen und Materialien zur Publizistik; 7). Berlin (West).
- Koszyk, Kurt (1981): Kontinuität oder Neubeginn? Massenkommunikation in Deutschland 1945 - 1949. Hrsg. v. Forschungsschwerpunkt Massenmedien und Kommunikation (Veröffentlichungen des Forschungsschwerpunktes Massenmedien und Kommunikation an der Universität – Gesamthochschule - Siegen, 12). Siegen.
- Koszyk, Kurt (1985): The Press in the British Zone of Germany. In: Nicholas Pronay/Keith Wilson (Hg.): The Political Re-education of Germany & her Allies. After World War II. London, Sydney, S. 107-138.
- Koszyk, Kurt (1986): Pressopolitik für Deutsche 1945-1949. Geschichte der deutschen Presse, Teil IV. (Abhandlungen und Materialien zur Publizistik; 10). Berlin (West).
- Koszyk, Kurt (1987): Probleme einer Sozialgeschichte der öffentlichen Kommunikation. In: Bobrowsky, Manfred/Hannes Haas (Hg.): Medien- und Kommunikationsgeschichte. Ein Textbuch zur Einführung. Wien, S. 29-36.
- Koszyk, Kurt (1989): Kommunikationsgeschichte als Sozialgeschichte. In: Massenkommunikation: Theorien, Methoden, Befunde. (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 30.) Hrsg. v. Max Kaase, Winfried Schulz, Horst Reimann. Opladen, S. 46-56.

- Koszyk, Kurt (1999): Presse unter alliierter Besetzung. In: Wilke, Jürgen (Hrsg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland. (Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Bd. 361.) Bonn, S. 31-58.
- Krause, Werner (1958): Die Entstehung des Volkseigentums in der Industrie der DDR. Berlin (Ost).
- Krone, Andreas (2001): Plauen 1945 bis 1949 – vom Dritten Reich zum Sozialismus. Entnazifizierung und personell-struktureller Umbau in kommunaler Verwaltung, Wirtschaft und Bildungswesen. Dissertation der Philosophischen Fakultät der Technischen Universität Chemnitz-Zwickau, Fachbereich Regionalgeschichte Sachsen. Plauen 2001. In: [archiv.tu-chemnitz.de/pub/2001/0011/](http://archiv.tu-chemnitz.de/pub/2001/0011/) (26.1.2002).
- Kübler, Andreas (1998): Emil Dovifat und das Institut für Publizistik. In: In: Bernd Söseemann/Gunda Stöber (Hg.): Emil Dovifat. Studien und Dokumente zu Leben und Werk. Berlin, New York, S. 325-403.
- Kübler, Hans-Dieter (1987): Medienbiographien - Ein neuer Ansatz der Rezeptionsforschung? In: Bobrowsky, Manfred/Hannes Haas (Hg.): Medien- und Kommunikationsgeschichte. Ein Textbuch zur Einführung. Wien, S. 53-65.
- Kutsch, Arnulf (1988): Neue Zeitungen für Deutsche. Entstehung und Struktur der Lizenzpresse in Nordrhein und Westfalen (1945-1949). In: Geschichte im Westen. Zeitschrift für Landes- und Zeitgeschichte Nr. 1/1988, S. 46-67.
- Kutsch, Arnulf (1999): Rundfunk unter alliierter Besetzung. In: Jürgen Wilke (Hrsg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland. (Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Bd. 361.) Bonn, S.59-90.
- Langenbucher, Wolfgang R. (1987): Von der Pressegeschichte zur Kommunikationsgeschichte - ein Sammelreferat. In: Bobrowsky, Manfred/Hannes Haas (Hg.): Medien- und Kommunikationsgeschichte. Ein Textbuch zur Einführung. Wien, S. 16-22.
- Langenbucher, Wolfgang R. (Hg.) (1988): Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Ein Textbuch zur Einführung in ihre Teildisziplinen. Wien.
- Lehrheft 3 zur Geschichte des DDR-Journalismus (1986): Zur Entwicklung des Journalismus in der Deutschen Demokratischen Republik von 1971 bis 1986. Hrsg. v. d. Karl-Marx-Universität Leipzig, Sektion Journalistik, Leipzig.
- Lehrheft 4 zur Geschichte des DDR-Journalismus (1986): Zur Entwicklung des Journalismus in der Deutschen Demokratischen Republik von 1971 bis 1986. Hrsg. v. d. Karl-Marx-Universität Leipzig, Sektion Journalistik, Leipzig.
- Leonhard, Wolfgang (o.J.): Die Revolution entläßt ihre Kinder. Frankfurt/Main.
- Lerg, Winfried B. (1987): Programmgeschichte als Forschungsauftrag. In: Bobrowsky, Manfred/Hannes Haas (Hg.): Medien- und Kommunikationsgeschichte. Ein Textbuch zur Einführung. Wien, S. 78-87.
- Lerg, Winfried B. (1988): Pressegeschichte oder Kommunikationsgeschichte? In: Langenbucher, Wolfgang R. (Hg.): Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Ein Textbuch zur Einführung in ihre Teildisziplinen. 2. Auflage. Wien, S. 130-142.
- Lerner, Daniel (1971): Psychological warfare against Nazi Germany. The Sykewar campaign, D-Day to VE-Day. Cambridge.
- Liedtke, Rüdiger (1982): Die verschenkte Presse. Die Geschichte der Lizenzierung von Zeitungen nach 1945. Berlin (West).
- Lilienthal, Volker (2002): Lüpsens Legende. Ende einer Zwecklüge: das angebliche NS-Verbot des epd 1937. In: epd-Medien, Nr. 48/24.6.2002, S. 3-24.
- Lizenzen. Wieder ein Schritt vorwärts! Im Auftrag der Militär-Regierung. In: Neuer Hannoverscher Kurier, 28.8.45.
- Lochen, Hans-Hermann (1991): Grundlagen der Enteignungen zwischen 1945-1949. In: Deutschland-Archiv Nr. 10/1991, S. 1025-1038.

- Löffelholz, Martin (1993): Krisenkommunikation. Probleme, Konzepte, Perspektiven. In: Martin Löffelholz (Hg.): Krieg als Medienereignis. Grundlagen und Perspektiven der Krisenkommunikation. Opladen, S. 11-32.
- Lothar Uhlig (1999): Die Verwaltungsgeschichte des Landkreises Annaberg. Vom Neuanfang nach Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Auflösung der Länder im Jahre 1952. In: Gert Süß: Festschrift 125 Jahre Landkreises Annaberg 1874-1999. Die Verwaltung im Wandel der Zeit. Hrsg. v. Landratsamt Annaberg, Kommunal- und Schulverwaltungsamt, Sachgebiet Kultur und Sport. Annaberg-Buchholz (= [www.streifzuege-online.de/chronik/ana/125Jahre/kapitel6.htm](http://www.streifzuege-online.de/chronik/ana/125Jahre/kapitel6.htm) (20.5.02)).
- Louis, Jürgen (1995a): Stets schikanierte Obrigkeit die TLZ. Neuanfang vor 50 Jahren: In Weimar gründeten sich LDP und Thüringische Landeszeitung (1). In: Thüringische Landeszeitung, 8.7.1995.
- Louis, Jürgen (1995b): Thüringen wird zur Hochburg der liberalen Partei. Neuanfang vor 50 Jahren: Im Landtag zu Weimar ist die LDP die stärkste Oppositionskraft (2). In: Thüringische Landeszeitung, 24.7.1995.
- Louis, Jürgen (1995c): So begann der Austausch der Eliten in der LDP und der TLZ. Neuanfang vor 50 Jahren: Eine Partei litt unter der Knute der Kommunisten (3). In: Thüringische Landeszeitung, 4.8.1995.
- Louis, Jürgen (1995d): TLZ streitet für Freiheit der Wissenschaft. Neuanfang vor 50 Jahren: Bürgerliche Freiräume an der Uni Jena werden beschnitten (4). In: Thüringische Landeszeitung, 28.8.1995.
- Louis, Jürgen (1996): Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen 1945-1952. Köln, Weimar, Wien.
- Majer, Diemut (1995): Grundlagen des Besatzungsrechts 1945–1949. In: Hans-Erich Volkmann (Hg.): Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau. München, S. 141-171.
- Mannhart, Franz (1959): Entwicklung und Strukturwandel der Tagespresse in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945 und ihre Position im öffentl. Raum. Stuttgart.
- Manual for the Control of German Information Services (12. Mai 1945). Restricted. (Hrsg. v. Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force.) (Kopie im Institut für Zeitungsforschung, Dortmund.)
- Marienfeld, Wolfgang (1963): Konferenzen über Deutschland. Hannover.
- Materialien der Enquete-Kommission ›Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland‹ (12. Wahlperiode des Bundestages) (1995). Hrsg. vom Deutschen Bundestag, mehrbändig, Baden-Baden.
- Matysiak, Stefan (1996): Die Entwicklung des Pressewesens in der DDR/neue Bundesländer unter besonderer Berücksichtigung des Magdeburger CDU-Bezirksorgans ›Der Neue Weg‹. Hausarbeit im Rahmen der Ersten Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien. Mskpt., Göttingen.
- Matysiak, Stefan (2000): Vergeblicher Planungsvorlauf. Geflüchtete Ostverleger planten 1955 Rückkehr mit Gebietsschutz und Lohnstopp. In: Medienmagazin M Nr. 7-8/2000, S. 13-15.
- Matysiak, Stefan (2001a): Während der Ost-West-Konfrontation vergessen! In ostdeutschen Kommunalarchiven schlummern noch unbekannt Zeitungen aus der kurzen westalliierten Besatzungszeit. In: Archivalische Zeitschrift, Bd. 84/2001, S. 397-412.
- Matysiak, Stefan (2001b): Verdrängter Presse-Frühling. Erste Blätter der Nachkriegszeit. In: Journalist Nr. 5/2001, S. 24-26.
- Matysiak, Stefan (2002): Die britischen Heeresgruppenzeitungen und die Wiedergeburt der niedersächsischen Lokalpresse 1945/46. In: Osnabrücker Mitteilungen Bd. 107/2002, S. 233-251.
- Matz, Elisabeth (1969): Die Zeitungen der US-Armee für die deutsche Bevölkerung 1944-1946 (Studien zur Publizistik, Bremer Reihe; 12). Münster.
- Mauchenheim, Egon Freiherr von (1950): Die rechtlichen Grundlagen der Presse im Bundesgebiet. In: Stamm, Willy (Hg.): Der Leitfaden 1950 für Presse und Werbung. Essen, S. 14-15.

- Medien Cooperative Audioscop (2001a): Freie Republik Schwarzenbeck. Provisorische Regierung, 12.4.1945 - 30.4.1945. In: [www.audioscop.de/frs/chronik1.htm](http://www.audioscop.de/frs/chronik1.htm) (1.4.01).
- Medien Cooperative Audioscop (2001b): Freie Republik Schwarzenberg. Provisorische Regierung, 23.5.1945 - 3.6.1945. In: [www.audioscop.de/frs/chronik4.htm](http://www.audioscop.de/frs/chronik4.htm) (1.4.01).
- Medien Cooperative Audioscop (2001c): Republik Schwarzenberg? Auf der Suche zwischen Tatsachen und Legenden. In: [www.audioscop.de/frs/legende.htm](http://www.audioscop.de/frs/legende.htm) (28.1.02).
- Melis, Damian van (1999): Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern. Herrschaft und Verwaltung 1945-1948. München.
- Mendelssohn, Peter de (1982): Zeitungsstadt Berlin. Menschen und Mächte in der Geschichte der deutschen Presse. Überarbeitete und erweiterte Auflage, Frankfurt (M.)/Berlin (West)/Wien.
- Meyn, Hermann (1994): Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland. Überarb. und aktualisierte Neuaufl., Berlin.
- Meyn, Herrmann (1971): Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland. Ergänzte Neuauflage. Berlin (West).
- Michaelis, Herbert (1968): Die Endphase des 2. Weltkrieges und seine Folgen. In: Der 2. Weltkrieg. Gesamtedition Günther Deschner. Gütersloh, S. 481-657.
- Michelmann, Jeannette (2001): Die Aktivisten der ersten Stunde. Die Antifa 1945 in der sowjetischen Besatzungszone zwischen Besatzungsmacht und Exil-KPD, Dissertation, Jena.
- Mikrofilm-Archiv der Deutschsprachigen Presse e.V. (Hg.) (1998): Bestandsverzeichnis. 10. Auflage, Garz (b. Berlin).
- Mönninghoff, Uwe (1983): Neuanfang und Wiederkehr. Die Tagespresse in Baden-Württemberg nach 1945. In: Von der Preßfreiheit zur Pressefreiheit. Südwestdeutsche Zeitungsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Herausgegeben von der Württembergischen Landesbibliothek Stuttgart in Zusammenarbeit mit dem Verband Südwestdeutscher Zeitungsverleger und dem Verband der Druckindustrie in Baden-Württemberg. Stuttgart, S. 173-199.
- Morré, Jörg (1995): Das Institut 99. Zur Einbindung des NKFD in die administrativen Strukturen der UdSSR. In: Ueberschär, Gerd R. (1995): Das Nationalkomitee ›Freies Deutschland‹ und der Bund Deutscher Offiziere. Frankfurt/Main, S. 133-137.
- Morré, Jörg (2001): Hinter den Kulissen des Nationalkomitees. Das Institut 99 in Moskau und die Deutschlandpolitik der UdSSR 1943-1946. (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte; 82.). München.
- Mosberg, Helmuth (1991): Reeducation. Umerziehung und Lizenzpresse im Nachkriegsdeutschland. München.
- Much, Willfried (1982): Der DDR-Journalismus als kollektiver Organisator im Kampf um den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse 1955 bis 1961, Diss. A., Leipzig.
- Much, Willfried (1982): Der DDR-Journalismus als kollektiver Organisator im Kampf um den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse 1955-1961. Diss., Karl-Marx-Universität. Mskpt, Leipzig.
- Mühlfriedel, Wolfgang (1995): Herausbildung und Entwicklungsphasen des ›Volkseigentums‹. In: Materialien der Enquete-Kommission ›Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland‹, Bd. II (3). (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hrsg. v. Deutschen Bundestag. Frankfurt (M.), S. 2218-2286.
- Müller-Detert, Ute (1990): Die Osnabrücker Presse in den 1940er Jahren. Pressekonzentration im Nationalsozialismus und neue Presse in der Nachkriegszeit. Magisterarbeit Universität Osnabrück. Mskpt, Osnabrück.
- Münchener Stadtverwaltung nazifrei. In: Neuer Hannoverscher Kurier, 19.6.45.
- Naimark, Norman M. (1999): Die Russen in Deutschland. Die Sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949. Berlin.

- Nicklaus, Jörg/Bernd Schreiter (1996): Das Pressewesen in Annaberg. In: Manfred Riesche (Hg.): Festschrift zum 500-jährigen Jubiläum der Gründung der Stadt Annaberg 1496-1996. Annaberg-Buchholz.
- Neubert, Ehrhart (1997): Geschichte der Opposition in der DDR 1949 – 1989. (Forschungen zur DDR-Gesellschaft). Berlin.
- Niethammer, Lutz (Hg.) (1973): Walter L. Dorn, Inspektionsreisen in der US-Zone. Notizen, Denkschriften und Erinnerungen aus dem Nachlaß übersetzt und herausgegeben von Lutz Niethammer. (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; 26.) Stuttgart.
- Niethammer, Lutz/Ulrich Borsdorf/Peter Brandt (Hg.) (1976): Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland. Wuppertal.
- Nitzsche, Felix (1945): Aus dem Tagebuch des Lausicker Bürgermeisters [15.4.-8.7.1945]. Ausgewählt von Adolf Böhm, mit einem Nachtrag von Gottfried Becker. In: Böhm, Adolf (Hg.): Grenzfluß Mulde. Kriegsende 1945 in Nordsachsen. Beucha, S. 77-81.
- Nitzschke, Werner (1991): Reichenbach und seine Presse. In: Reichenbacher Anzeiger, 31.1.1991, S. 3-5.
- Nordwestdeutscher Zeitungsverleger-Verein (Hg.) (1947): Handbuch Deutsche Presse. Bielefeld.
- Normung der Spaltenbreiten in Zeitungen und Zeitschriften. In: ZV+ZV Nr. 18, 15.9.59, S. 992.
- Oelßner, Fred (1953): Über die Verbesserung der Arbeit der Presse und des Rundfunks, Referat, 16. Tagung des ZK der SED vom 17. bis 19. September 1953 in Berlin. In: Dokumente der deutschen Arbeiterbewegung zur Journalistik (1983). Teil V, Reden und Aufsätze zum Journalismus der DDR 1949 bis 1981. Hrsg. v. der Karl-Marx-Universität, Sektion Journalistik. Leipzig, S. 75-113.
- O'Toole, George J.A. (1988): The Encyclopedia of American Intelligence and Espionage. From the Revolutionary War to the Present. New York, Oxford.
- Paddock, Alfred H., Jr. (2000): Major General Robert Alexis McClure. Forgotten Father of US Army Special Warfare. In: [www.psywarrior.com/mcclure.html](http://www.psywarrior.com/mcclure.html) (24.3.02).
- Padover, Saul K. (1999): Lügendetektor. Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45. Frankfurt/Main.
- Pannen, Stefan (1992): Die Weiterleiter. Funktion und Selbstverständnis ostdeutscher Journalisten. Köln.
- Pape, Eleonore (1979): Zeitungen vor 1945 in Sachsen-Anhalt. Ein Standortverzeichnis für die Bezirke Halle und Magdeburg. Halle.
- Pape, Helga (1976): Die Geschichte der Landeszeitung. In: Carolinum Nr. 75/1976, Nachdruck in: Bernhard, Kurt (1989): Zeitungen und Zeitschriften in Mecklenburg. Bearbeitung Johann Ludwig Neuenhahn. Hrsg. v. d. Stiftung Mitteldeutscher Kulturrat (Aus der Mitte Deutschlands; 21). Bonn, S. 69-74.
- Patalas, Enno (1999): Die zerrissene Leinwand. Zweimal Kino deutsch, 1945 bis heute. In: Die Zeit, 28.10.99, S. 61-65.
- Penzold, Leonhard (1993): Die Tagespresse der DDR. Ihre Verfügbarkeit in Bibliotheken und Archiven. Arbeitshilfen. Hrsg. v. Deutschen Bibliotheksinstitut, Berlin.
- Pepino, Jan (1971): Sächsische Zeitungen in Bibliotheken, Archiven und Museen des Bezirks Dresden. Ein Katalog der Bestände bis 1945. Hrsg. v. d. Sächsischen Landesbibliothek. Dresden.
- Pepino, Jan (1973): Sächsische Zeitungen in Bibliotheken, Archiven und Museen des Bezirks Karl-Marx-Stadt. Ein Katalog der Bestände bis 1945. Hrsg. v. d. Sächsischen Landesbibliothek. Dresden.
- Peschel Edeltraut (1986): Zur Entwicklung des Journalismus in der Deutschen Demokratischen Republik von 1971 bis 1986. Lehrheft 4 zur Geschichte des DDR-Journalismus. Herausgegeben von der Karl-Marx-Universität Leipzig, Sektion Journalistik. Leipzig.

- Petrick, Birgit (1979): ›Freies Deutschland‹ – die Zeitung des Nationalkomitees ›Freies Deutschland‹ (1943 - 1945). Eine kommunikationsgeschichtliche Untersuchung. (Kommunikation und Politik; 12.) München, New York, London, Paris.
- Picaper, Jean-Paul (1976): Kommunikation und Propaganda in der DDR. Stuttgart.
- Pieck, Wilhelm (1950): Die nächsten Aufgaben der Partei und der Parteipresse. Pressekonferenz des Parteivorstands der SED, 9./10.2.1950. In: Karl-Marx-Universität, Sektion für Journalistik (Hg.) (1983): Dokumente der deutschen Arbeiterbewegung zur Journalistik. Teil V: Reden und Aufsätze zum Journalismus der DDR 1949 bis 1981. Leipzig, S. 13-19.
- Plettenberg, Hartmut von (1979): Die ›Westfälischen Nachrichten‹: eine Lizenzzeitung setzt sich durch. Determinanten konfessionell gebundener Tageszeitungen beim Aufbau der Presse im Münsterland nach 1945. (Arbeiten aus dem Institut für Publizistik der Universität Münster; 27.) Münster.
- Postzeitungsliste für die Deutsche Demokratische Republik einschließlich des Demokratischen Sektors von Groß-Berlin (1950ff.), sowie Nachträge. Hrsg. v. Ministerium für Post- und Fernmeldewesen. Berlin (Ost).
- Postzeitungsliste für die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands und den sowjetischen Sektor von Groß-Berlin (1949) sowie Nachträge. Berlin (Ost)
- Potsdamer ›Tagespost‹ muß wegen steigender Auflage Erscheinen einstellen. In: ZV Nr. 5-6/1951, S. 13.
- Pöttker, Horst (2001) Mitgemacht, weitergemacht, zugemacht. Zum NS- Erbe der Kommunikationswissenschaft in Deutschland. In: AVISO, Nr. 28/Januar 2001, S. 4-7. Abgedruckt auch in: In: Melting Pot. Das Webzine für Publizistik- und Politikwissenschaft, Nr. 8/2001, www.meltingpot.unizh.ch/magazin/08\_mar\_2001/nserbe.shtml (12.02.02)).
- Pötzsch, Horst (1991): Thüringen. Geschichtlicher Abriss. In: Informationen zur politischen Bildung Nr. 230, 1. Quartal 1991: Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen. Hrsg. v. d. Bundeszentrale für politische Bildung, S. 19-23.
- Pötzsch, Horst (1998): Deutsche Geschichte von 1945 bis zur Gegenwart. Die Entwicklung der beiden deutschen Staaten. München.
- Presse in Fesseln (1947). Eine Schilderung des NS-Pressetrusts. Berlin
- Presse und Geschichte (1987). Neue Beiträge zur historischen Kommunikationsforschung Bd. 2 (Deutsche Presseforschung; 26). München, New York, London, Oxford, Paris.
- Presserat für die britische Besatzungszone (Hg.) (1950): Die deutsche Presse im Neuaufbau. Ein Abriss des Neuaufbaus der Deutschen Nachkriegspresse, dargestellt an der Entwicklung ihrer Rechtsgrundlagen. O.O..
- Projektgruppe ›Geschichte Mitteldeutschlands‹ (1999): Landtag von Sachsen-Anhalt. Verfassung von Sachsen-Anhalt am 10.01.1947 verabschiedet. Hrsg. v. drefa Produktion und Lizenz GmbH i. A. des MDR, Leipzig. In: www.mdr.de/geschichte/archiv/personen/landtag.htm (6.3.02).
- Pross, Harry (1987): Geschichte und Mediengeschichte. In: Bobrowsky, Manfred/Hannes Haas (Hg.): Medien- und Kommunikationsgeschichte. Ein Textbuch zur Einführung. Wien, S. 8-15.
- Pürer, Heinz/Johannes Raabe (1994): Medien in Deutschland, Bd. 1. München.
- Pürer, Heinz/Johannes Raabe (1996): Medien in Deutschland, Bd. 1. München <sup>2</sup>1996.
- Raab, Karl (1980): Informationen und Argumente so wichtig wie Brot. Schon in den Maitagen 1945 erschienen die ersten Zeitungen. NDP-Interview mit Karl Raab, Abteilungsleiter des ZK der SED. In: Neue Deutsche Presse Nr. 5/1980, S. 1-2.
- Rager, Günther/Bernd Weber (Hg.) (1992): Publizistische Vielfalt zwischen Markt und Politik. Düsseldorf, Wien, New York, Moskau.
- Raue, Günter (1966): Im Dienste der Wahrheit. Ein Beitrag zur Pressepolitik der sowjetischen Besatzungsmacht 1945-1949. Hrsg. v. d. Fakultät für Journalistik. Leipzig.

- Raue, Günter (1983): Journalismus in der Übergangsperiode. Zu Entstehung, Funktion und Profilierung des späteren DDR-Journalismus in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung (1945-1949) Diss. B, Sektion Journalistik, Karl-Marx-Universität. Mskpt., Leipzig.
- Raue, Günter (1986): Geschichte des Journalismus in der DDR (1945-1961). Leipzig.
- Reichardt, Hans J./Hanns U. Treutler/Ulrich Lampe (Berab.) (1964): Berlin. Quellen und Dokumente 1945-1951. 1. Halbband. Hrsg. im Auftrag des Senats von Berlin (Schriftenreihe zur Berliner Zeitgeschichte; 4). Berlin (West).
- Rexin, Manfred (1967): Die Jahre 1945-1949. In: Herbert Lilge (Hg.): Deutschland 1945-1963. 4. Auflage. Hannover, S. 3-67.
- Richert, Ernst (1958): Macht ohne Mandat. Der Staatsapparat in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Köln, Opladen.
- Richert, Ernst/Carola Stern/Peter Dietrich (1958): Agitation und Propaganda. Das System der publizistischen Massenführung in der Sowjetzone (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft; 10). Berlin, Frankfurt/M.
- Richter, Dieter (1998a): Aus der Geschichte unserer Stadt. Die früheren Peniger Zeitungen, Teil I. In: Gemeinsames Amtsblatt der Städte Lunzenau und Penig und der Gemeinde Langensteinbach, Nr. 11/1998, S. 33.
- Richter, Dieter (1998b): Aus der Geschichte unserer Stadt. Die früheren Peniger Zeitungen, Teil II. In: Gemeinsames Amtsblatt der Städte Lunzenau und Penig und der Gemeinde Langensteinbach, Nr. 12/1998, S. 31-32.
- Richter, Dieter (1998c): Aus der Geschichte unserer Stadt. Die früheren Peniger Zeitungen, Teil III. In: Gemeinsames Amtsblatt der Städte Lunzenau und Penig und der Gemeinde Langensteinbach, Nr. 13/1998, S.27-28.
- Richter, Dieter (1999): Aus der Geschichte unserer Stadt. Die früheren Peniger Zeitungen, Teil IV. In: Gemeinsames Amtsblatt der Städte Lunzenau und Penig und der Gemeinde Langensteinbach, Nr. 1/1999, S. 23-24.
- Riedel, Heide (1977): Hörfunk und Fernsehen in der DDR. Köln.
- Riedel, Walter (1966): Die Entscheidung der Komplimentäre für den umfassenden Aufbau des Sozialismus. In: Unser Weg ist richtig. Eine Veröffentlichung zum 10. Jahrestag der staatlichen Beteiligung am 20. Februar 1966. Hrsg. v. Sekretariat des Hauptvorstandes der Christlich-Demokratischen Union. O.O., S. 17-22.
- Riesiger Menschenstau am russischen Ufer. Erinnerungen an das Jahr 1945 (6). In: Mulden Spiegel, Wochenblatt der Lokalredaktionen Grimma und Wurzen, Nr. 25/Juni 1992, S. 4.
- Rischawy, Roland (1995): Zwickau feiert die Wiedergeburt des Tageblattes. In: Dialog. Zeitschrift für die Mitarbeiter der Unternehmensgruppe Süddeutscher Verlag, Nr. 5/Mai 1992, S. 5.
- Rißmann, Martin (1995): Kadenschulung in der Ost-CDU 1949-1971. Zur geistigen Formierung einer Blockpartei. Düsseldorf.
- Ritscher, Bodo (Hg) (1983): Buchenwalder Nachrichten. Nr. 1 (14. April 1945) - Nr. 28 (16. Mai 1945). Herausgegeben im Auftrage des Direktors der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte. Weimar-Buchenwald.
- Rollka, Bodo (1987): Perspektiven einer vergleichenden historischen Kommunikationsforschung und ihre Lokalisierung im Rahmen der Publizistikwissenschaft. In: Presse und Geschichte. Neue Beiträge zur historischen Kommunikationsforschung Bd. 1 (Deutsche Presseforschung; 26). München, New York, London, Oxford, Paris, S. 413-425.
- Römhild, Arnd (1969): Zur Rolle und Funktion überparteilicher Tageszeitungen in der Periode der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung auf dem heutigen Territorium der DDR, untersucht am Beispiel der Weimarer Abendpost. Diss., Leipzig.

- Ronneburger, Franz (1989): Die Rolle der Verfassungsgerichtsbarkeit beim Wandel des Rundfunks. In: Max Kaase/Winfried Schulz (Hg.) (1989): Massenkommunikation. Theorien, Methoden. (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft; 30.) Opladen, S. 72-84.
- Röper, Horst/Ulrich Pätzold (2000): Medienatlas Niedersachsen-Bremen 2000. Medienkonzentration - Meinungsmacht - Interessenverflechtung. Hrsg. v. d. IG Medien/Verdi Niedersachsen-Bremen und dem DJV Landesverband Niedersachsen. Hannover.
- Ross, Samuel R. (1945): Battle Book. A Combat History of Headquarters and Headquarters Battery, Division Artillery. 6th Armored Division. Apolda. (Abgedr. in: members.aol.com/super6th/divarty/FrontPages.htm (11.7.02)).
- Roßberg, Johannes (1992): 150 Jahre C. G. Roßberg, Frankenberg/Sa. Festschrift. Frankenberg.
- Ruban, Wladimir A. (1980): Frühling in Dresden. In: NDP Nr. 5/1980, S. 3.
- Ruffner, Kevin C. (2000): CIC Records - A Valuable Tool for Researchers. In: Center for the Study of Intelligence. Bulletin. Heft 11/2000. Hrsg. v. CIA, History Staff. www.cia.gov/csi/bulletin/csi11.html (11.11.01).
- Rust, Holger (1987): Biographische Kommunikationsforschung: Ein Schritt auf dem Weg zur »kontextuellen« Medienwissenschaft. In: Bobrowsky, Manfred/Hannes Haas (Hg.): Medien- und Kommunikationsgeschichte. Ein Textbuch zur Einführung. Wien, S. 42-52.
- Saxer, Ulrich (1989): Medienkommunikation und geplanter Gesellschaftswandel. In: Max Kaase/Winfried Schulz (Hg.) (1989): Massenkommunikation. Theorien, Methoden. (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft; 30.) Opladen, S. 85-96.
- Saxer, Ulrich (1995): Bedingungen optimaler Kriegskommunikation. In: Peter Imhof/Peter Schulz (Hg.): Medien und Krieg - Krieg in den Medien. (Reihe Mediensymposium Luzern; 1.) Zürich, S. 203-217.
- Schaber, Will (1984): Eine Zeitung als Heimat. In: Aufbau. 50 Years 1934 - 84. Ausstellungskatalog. Eine Ausstellung des Aufbaus unter Mitwirkung des Instituts für Zeitungsforschung der Stadt Dortmund. O.O., S. 10-17. [Nachdruck aus: Aufbau, 15.6.1984.]
- Scharf, Wilfried (1988): Zur wissenschaftlichen Behandlung der DDR-Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland: Theoriedefizit. In: Geserick, Rolf/Arnulf Kutsch (Hg.): Publizistik und Journalismus in der DDR. 8 Beiträge zum Gedenken an Elisabeth Löckenhoff (Kommunikation und Politik; 20) München, New York, London, Paris, S. 37-60.
- Scheel, Klaus (1977): Das »Nachrichtenblatt für die deutsche Bevölkerung«. Zur antifaschistischen Aufklärungsarbeit der sowjetischen Streitkräfte im April/Mai 1945. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft Nr. 6/1977, S. 688-710.
- Schmidt, Fritz (1947): Presse in Fesseln. Eine Schilderung des NS-Pressetrusts. Berlin.
- Schmidt, Ines (1986): Zur Entwicklung des Journalismus in der Deutschen Demokratischen Republik von 1961 bis 1970. Lehrheft 3 zur Geschichte des DDR-Journalismus. Herausgegeben von der Karl-Marx-Universität Leipzig, Sektion Journalistik. Leipzig.
- Schneider, Beate (1992a): Strukturen, Anpassungsprobleme und Entwicklungschancen der Presse auf dem Gebiet der neuen Bundesländer (einschließlich des Gebiets des früheren Berlin-Ost). Forschungsbericht für den Bundesminister des Innern, unter Mitarb. v. Jürgen Grubitzsch/Marianne Kramp/Dieter Stürzebecher. 2 Bde sowie Anlagenband u. Sonderband: Wandel der Zeitungen 1989-1990. Hannover, Leipzig.
- Schneider, Beate (1992b): Strukturen, Anpassungsprobleme und Entwicklungschancen der Presse auf dem Gebiet der neuen Bundesländer (einschließlich des Gebiets des früheren Berlin -Ost). Forschungsbericht für den Bundesminister des Innern. Kurzfassung, unter Mitarbeit von Jürgen Grubitzsch, Marianne Kramp, Dieter Stürzebecher. Hannover, Leipzig.
- Schneider, Beate/Dieter Stürzebecher/Jörg Röver (1993): Wettbewerb auf dem Zeitungsmarkt in den neuen Bundesländern. Gutachten im Auftrag des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hannover.



- Schölzel, Stephan (1986): Die Pressepolitik in der französischen Besatzungszone 1945-1949. Im Auftrage der Kommission des Landtages herausgegeben bei der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz von Franz-Josef Heyen (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, 8). Mainz.
- Schomacker, Karl (1989): Besetzung der Kleinstadt Grevesmühlen durch die Siegermächte 1945. In: Schultz-Naumann (1989): Mecklenburg 1945. München, S. 277-78.
- Schraepfer, Ernst (1968): Chronik des 2. Weltkrieges. In: Der 2. Weltkrieg. Gesamtedition Günther Deschner. Gütersloh, S. 657-673.
- Schreiter, Bernd (1996): Annaberger Lokalseite feiert Geburtstag. In: Freie Presse, Ausgabe Annaberg, 18.5.1996.
- Schultz-Naumann, Joachim (1980): Die letzten dreißig Tage. München.
- Schultz-Naumann, Joachim (1989): Mecklenburg 1945. München.
- Schulz, Günther (2001): Vertriebene Eliten. Vertreibung und Verfolgung von Führungsschichten im 20. Jahrhundert. Büdinger Forschungen zur Sozialgeschichte 1999. (Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit; 24.) München.
- Schulz, Jürgen Michael (1998): Aktivitäten für die neue Zeit. Emil Dovifat und sein publizistisches Engagement für die CDU. In: Bernd Söseman/Gunda Stöber (Hg.): Emil Dovifat. Studien und Dokumente zu Leben und Werk. Berlin, New York, S. 187-227.
- Schulz, Wilfried (1988): Medienpolitik. In: DDR-Handbuch. Hrsg. v. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bd. 2. Bonn.
- Schulze, Bernhard (2001): Das Gefangenenlager ›Goliath‹ (Geschichten über Kalbe (Milde). Artikel und Aufsätze. Hrsg. v. Henning Krüger), [home.nexgo.de/kalbeburg/gol/gol4/gol4.htm](http://home.nexgo.de/kalbeburg/gol/gol4/gol4.htm) (6.11.01).
- Schulze, Volker (1994): 100 Jahre Zeitungsverleger-Verband. 40 Jahre Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger. In: Zeitungen '94. Hrsg. v. Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger. Bonn, S. 18-192.
- Schulze, Volker (1995): Vor 50 Jahren, als alles begann. In: Zeitungen '95. Hrsg. v. Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger. Bonn, S. 180-192.
- Schütz, Walter J. (1978): Zeitungsdichte und Zeitungswettbewerb in der Bundesrepublik Deutschland 1976. In: Publizistik Nr. 1, S. 58-74.
- Schütz, Walter J. (1987): Der Neuaufbau der deutschen Tagespresse in der Lizenzzeit 1945-1949. Referat aus Anlaß der 40. Wiederkehr des Tages der Lizenzerteilung an das ›Westfalen-Blatt‹ zur Eröffnung der Ausstellung ›40 Jahre Pressefreiheit‹ am 7. April 1986 in der Spar- und Darlehnskasse Höxter. In Jahrbuch 1987 Kreis Höxter, Höxter, S. 63-74.
- Schütz, Walter J. (1999): Entwicklung der Tagespresse. In: Wilke, Jürgen (Hrsg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland. (Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Bd. 361.) Bonn, S. 109-134.
- Siegler, Heinrich von (Hg.) (1959): Dokumentationen zur Deutschlandfrage. Von der Atlantik-Charta 1941 bis zur Genfer Außenministerkonferenz 1959. Zusammenestellt von Dr. Heinrich von Siegler. Hauptband: Chronik der Ereignisse. Bonn.
- Specht, Reinhold (1991): Bibliographie zur Geschichte von Anhalt, Bd. 2. Köln u.a..
- Sperk, Alexander (1999): Die Entnazifizierung der Stadt Köthen/Anhalt von 1945 bis 1948. Magisterarbeit am Institut für Geschichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Überarbeitete Auflage, Halle.
- Sperlings Zeitschriften- und Zeitungs-Adreßbuch (1939). Handbuch der Deutschen Presse. 61. Ausgabe 1939. Bearbeitet von der Adreßbücher-Redaktion des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig. Leipzig.

- Sperlings Zeitschriften- und Zeitungs-Adreßbuch (1947). Handbuch der Deutschen Presse. 62. Ausgabe 1947. Bearbeitet von der Adreßbuch Redaktion des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig. Leipzig.
- Sperlings Zeitschriften-Adreßbuch (1925). Handbuch der deutschen Presse. 51. Ausgabe 1925. Bearbeitet von der Adreßbücher-Redaktion des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig. Leipzig.
- Sperlings Zeitschriften-u. Zeitungs-Adreßbuch (1931). Handbuch der deutschen Presse. 57. Ausgabe 1931. Bearbeitet von der Adreßbücher-Redaktion der Geschäftsstelle des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig. Leipzig.
- Sperlings Zeitschriften-u. Zeitungs-Adreßbuch (1933). Handbuch der deutschen Presse. 58. Ausgabe 1933. Bearbeitet von der Adreßbücher-Redaktion der Geschäftsstelle des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig. Leipzig.
- Sperlings Zeitschriften-u. Zeitungs-Adreßbuch (1935). Handbuch der deutschen Presse. 59. Ausgabe 1935. Bearbeitet von der Adreßbücher-Redaktion der Geschäftsstelle des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig. Leipzig.
- Sperlings Zeitschriften-u. Zeitungs-Adreßbuch (1937). Handbuch der deutschen Presse. 60. Ausgabe 1937. Bearbeitet von der Adreßbücher-Redaktion des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig. Leipzig.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hg.) (1956): Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955. Berlin.
- Stamm 1947: Der Leitfaden 1947. Bearb. v. Willy Stamm/Max Lehmann, hrsg. v. Rheinisch Westfälischen Verlagskontor, Anzeigenverwaltung Stamm-Werbung. Essen.
- Stamm 1949: Der Leitfaden 1949 für Presse und Werbung. Hrsg. v. Willy Stamm/Max Lehmann. 2. Auflage. Essen.
- Stamm, Karl-Heinz (1995): License to print. Heute vor fünfzig Jahren erschien in Aachen die erste Zeitungsausgabe im befreiten Deutschland. In: Die Tageszeitung, 24.1.95.
- Statistik der Abt. II. (Zeitungen). In: Sperlings Zeitschriften-u. Zeitungs-Adreßbuch (1931). Handbuch der deutschen Presse. 57. Ausgabe 1931. Bearbeitet von der Adreßbücher-Redaktion der Geschäftsstelle des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig. Leipzig, S. 876-877.
- Statistisches Zentralamt (Hg.) (1946): Die Volkszählung vom 1. Dezember 1945 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Berlin.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hg.) (1956): Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955. Berlin.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hg.) (1967): Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1966. Berlin.
- Steen, Marco (2002): Das Volk. In: [www.dasvolk.ql.st/](http://www.dasvolk.ql.st/) (7.6.02).
- Stein, Peter (1987): Die NS-Gaupresse 1925-1933. Forschungsbericht - Quellenkritik - neue Bestandsaufnahme. (Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung; 42.) München, New York, London, Oxford, Paris.
- Stein, Peter (1994): Die nordostniedersächsische Tagespresse. Von den Anfängen bis 1945. Ein Handbuch. (Schriftenreihe des Landschaftsverbandes der ehemaligen Herzogtümer Bremen und Verden; 6) Stade.
- Stoll, Eberhard (1995): Ouvertüre im Niemandsland. 50 Jahre Kriegsende - 50. Jahrestag der Unbesetzten Zone Schwarzenberg. 2. Auflage. Hrsg. v. d. Stadtverwaltung Schwarzenberg. Schwarzenberg.
- Strunk, Peter (1996): Zensur und Zensoren. Medienkontrolle und Propagandapolitik unter sowjetischer Besatzungsherrschaft in Deutschland. Berlin.
- Suckut, Siegfried (2000): Parteien in der SBZ/DDR 1945 - 1952. Bonn.

- Teich, Elisabeth (1945): Nächte im Keller. [Tagebuchaufzeichnungen 14.4.-27.8.45] In: Böhm, Adolf (Hg.) (1995): Grenzfluß Mulde. Kriegsende 1945 in Nordsachsen. Beucha, S. 54-57.
- Theis-Berglmair, Anna M. (2000): Funktionskonstanz und -wandel von Lokalzeitungen. Vom Zeitungshaus zum virtuellen Unternehmen. Vortrag auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK) vom 31. Mai - 2. Juni 2000 in Wien. Abgedr. in: [www.uni-bamberg.de/split/kowi/for\\_lehr/Vortrag\\_Theis\\_Berglmair\\_Wien.pdf](http://www.uni-bamberg.de/split/kowi/for_lehr/Vortrag_Theis_Berglmair_Wien.pdf) (3.7.02).
- Thomsen, Brian (2000): 3rd Squadron, 278th Armored Cavalry Regiment, History. In: <http://3rd278thacr.netfirms.com/history.htm> (6.11.01).
- Thüringer ›Abend-Post‹ eingegangen. In: ZV Nr. 9-10/1951, S. 12.
- Tjulpanow, Sergej Ivanovic (1987): Deutschland nach dem Kriege (1945–1949). Erinnerungen eines Offiziers der Sowjetarmee. 2. Auflage. Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Stefan Doernberg. Berlin (Ost).
- Traub, Hans (1934): Einführung und statistische Verfahren. In: Handbuch der deutschen Tagespresse 1934. 5. Auflage. Hrsg. v. Deutschen Institut für Zeitungskunde, Berlin. Berlin, S. 11\*-23\*.
- Tschögl, Rudolf (1979): Tagespresse, Parteien und Alliierte Besatzung. Grundzüge der Presseentwicklung in der unmittelbaren Nachkriegszeit 1945-1947, Phil. Diss., Wien.
- Tullner, Mathias (1997): Zwischen Demokratie und Diktatur. Hrsg. v. d. Landeszentrale für politische Bildung, Magdeburg 21997.
- Ueberschär, Gerd R. (1995): Das Nationalkomitee ›Freies Deutschland‹ und der Bund Deutscher Offiziere. Frankfurt/Main.
- Ulbricht, Walter (1953): Die gegenwärtige Lage und der neue Kurs der Partei. Aus der Rede auf der 15. Tagung des ZK der SED vom 24. - 26. Juli 1953 in Berlin. In: Dokumente der deutschen Arbeiterbewegung zur Journalistik (1983). Teil V, Reden und Aufsätze zum Journalismus der DDR 1949 bis 1981. Hrsg. v. der Karl-Marx-Universität, Sektion Journalistik. Leipzig, S. 74-75.
- VDP (1946a): Verzeichnis der Zeitungen, Zeitschriften und Fachblätter sämtlicher Besatzungszonen Deutschlands (1946). Hrsg. v. Verband der Deutschen Presse, Berlin.
- VDP (1946b): Berliner Zeitungen, Zeitschriften und Fachblätter, 21. Oktober 1946, Bestand SAPMO-BArch DY 10/399, Konvolut ›Ablage‹.
- Verband der Mittel- und Ostdeutschen Zeitungsverleger (Hg.) (1955): Errichtung einer demokratischen Presse nach der Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik im mitteldeutschen Raum. Denkschrift I. Leitgedanken, Zustand des Zeitungswesens in Mitteldeutschland, Stufen des Wiederaufbaus, Forderungen der Altverleger. Mskpt., Speyer.
- Verordnung über den Vertrieb demokratischer Presseerzeugnisse vom 9. Juni 1955. In: Postzeitungsliste für die Deutsche Demokratische Republik und den demokratischen Sektor von Groß-Berlin (Ost) 1956 (o.J.). Teil 1: Presseerzeugnisse, die in Deutschland erscheinen und in der Deutschen Demokratischen Republik und im demokratischen Sektor von Groß-Berlin bezogen werden können. Berlin, S. 3.
- Verzeichnis der am 1.10.1944 bestehenden Großdeutschen Zeitungen. Beigabe zum Handbuch der Deutschen Tagespresse (1944). 7. Auflage. Leipzig.
- Verzeichnis der Zeitungen, Zeitschriften und Fachblätter sämtlicher Besatzungszonen Deutschlands (1946). Hrsg. v. Verband der Deutschen Presse, Berlin.
- Vettermann, Rolf (1995a): Das Kriegsende in Bad Dübren. In: Böhm, Adolf (Hg.) (1995): Grenzfluß Mulde. Kriegsende 1945 in Nordsachsen. Beucha, S. 27.
- Vettermann, Rolf (1995b): Eilenburg wird zerstört. In: Böhm, Adolf (Hg.) (1995): Grenzfluß Mulde. Kriegsende 1945 in Nordsachsen. Beucha, S. 20-24.
- Volkman, Hans-Erich (Hg.) (1995): Ende des Dritten Reiches - Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau. Hrsg. i. Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes. München, Zürich.

- Vsevolodov, Vladimir A. (1995): Die propagandistische Tätigkeit des NKFD und BDO aus Moskauer Sicht. In: Ueberschär, Gerd R. (1995): Das Nationalkomitee ›Freies Deutschland‹ und der Bund Deutscher Offiziere. Frankfurt/Main, S. 121-132.
- Wagner, Erich (1978): von Zweck: Signale auch im Verhängnis. Über den Versuch von Zeitungen, im Dritten Reich Distanz zu halten und über die Distanz zu kommen. In: Gertraude Steindl (Hg.): Publizistik aus Profession. Festschrift für Johannes Binkowski aus Anlaß der Vollendung seines 70. Lebensjahres. (Journalismus [neue Folge]; 12). Düsseldorf, S. 119-134.
- Wahl, Volker (1997): Der ›Thüringen-Ausschuß‹ 1945. Dokumente zum Wirken eines vorparlamentarischen Gremiums auf Landesebene während der amerikanischen Besatzungszeit und nach dem Besatzungswechsel Juni/Juli 1945. Hrsg. v. Thüringer Landtag Erfurt (Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen, 9). Weimar.
- Wahl, Volker [2001]: Thüringen unter amerikanischer Besatzung (April bis Juli 1945). In: Thüringen Blätter zur Landeskunde. Informationen über die Geschichte Thüringens. Hrsg. v. d. Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, [www.thueringen.de/de/lzt/thueringen/blaeetter/ambes/content.html](http://www.thueringen.de/de/lzt/thueringen/blaeetter/ambes/content.html)
- Walter, Rolf (1994): Einführung in die Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Paderborn u.a.
- Warburg, James P. (1949): Deutschland - Brücke oder Schlachtfeld. (Engl. orig. u.d.T. Germany - Bridge or Battleground. New York 1947.) Stuttgart.
- Weber, Hermann (1989): Geschichte der DDR. 3. Auflage. München.
- Wehrmachtsbericht (1982): ›Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt ...‹ Der deutsche Wehrmachtsbericht. Vollständige Ausgabe der 1939-1945 durch Presse und Rundfunk veröffentlichten Texte. Osnabrück.
- Weidinger, Alfred: Poschta - Die Geschichte einer Briefmarke. In: Das Archiv. Post- und Telekommunikationsgeschichte Nr. 1-2/2002, S. 73-74.
- Weiß, Grigorij (1980): Am Morgen nach dem Krieg. In: NDP Nr. 5/1980, S. 3-4.
- Weiß, Matthias (2001): Journalisten: Worte als Taten. In: Frei, Norbert (Hg.) (2001): Karrieren im Zwielficht. Hitlers Eliten nach 1945. Frankfurt/M., S. 241-299.
- Weller, Uwe (1975): Wolfgang Huck (1889-1967). In: Fischer, Heinz-Dietrich: Deutsche Presseverleger des 18. bis 20. Jahrhunderts. (Publizistisch-historische Beiträge; 4.) Pullach, S. 348-355.
- Widenka, Erwin (1975): Bestandsverzeichnis der Presseerzeugnisse in den Kreis- und Stadtarchiven des Bezirks Suhl. Suhl.
- Wilke, Jürgen (1987): Leitideen in der Begründung der Pressefreiheit. In: Manfred Bobrowsky/Hannes Haas (Hg.): Medien- und Kommunikationsgeschichte. Ein Textbuch zur Einführung. Wien, S. 92-104.
- Wilke, Jürgen (1993): Historische Forschung in der Publizistikwissenschaft. In: Jürgen Wilke (Hg.): Fortschritte der Publizistikwissenschaft. (Alber-Broschur Kommunikation; 18.) Freiburg, München, S. 57-67.
- Wilke, Jürgen (1997a): Medien DDR. In: Fischer Lexikon Publizistik Massenkommunikation. Hrsg. v. Elisabeth Noelle-Neumann, Winfried Schulz, Jürgen Wilke. Aktualisierte, vollständig überarbeitete Neuausgabe. Frankfurt/Main, S. 219-244.
- Wilke, Jürgen (1997b): Presse. In: Fischer Lexikon Publizistik Massenkommunikation. Hrsg. v. Elisabeth Noelle-Neumann, Winfried Schulz, Jürgen Wilke. Aktualisierte, vollständig überarbeitete Neuausgabe. Frankfurt/Main, S. 382-417.
- Wilke, Jürgen (Hg.) (1999): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland. (Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Bd. 361.) Bonn.
- Wilke, Jürgen (1999a): Überblick und Phasengliederung. In: Wilke, Jürgen (Hg.) (1999): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland. (Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Bd. 361.) Bonn, S. 15-27.

- Wilke, Jürgen (1999b): Massenmedien und Vergangenheitsbewältigung. In: Wilke, Jürgen (Hg.) (1999): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland. (Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Bd. 361.) Bonn, S. 649-671.
- Wilke, Jürgen/Elisabeth Noelle-Neumann (1994): Pressegeschichte. In: Das Fischer Lexikon Publizistik Massenkommunikation. Hrsg. v. Elisabeth Noelle-Neumann, Winfried Schulz, Jürgen Wilke. Aktualisierte, vollständig überarbeitete Neuausgabe. Frankfurt/Main, S. 417-452.
- Williams, Mary H. (1960): Chronology 1941-1945. United States Army in World War II, Special Studies; 4. Hrsg. v. Office of the Chief of Military History Department of the Army. Washington D.C.
- Wolfgang Ebert (1995): Geschichten und Legenden. In: Böhm, Adolf (Hg.) (1995): Grenzfluß Mulde. Kriegsende 1945 in Nordsachsen. Beucha, S. 92-98.
- Wurm, Viktor (Hg.) (1949): Die deutsche Presse im Kampf gegen Monopol und Lizenz-System. 15 Jahre Presse-Unfreiheit. Der Leidensweg der deutschen Privatverleger. Spruchkammer-Erfahrungen. Herausgegeben im Auftrag des Vereins Deutscher Zeitungsverleger. Göttingen.
- Zahlreiche »Alte Kämpfer« in Pankows Redaktionen. In: ZV+ZV 24/20.12.58, S. 1148.
- Zeitschriften-Almanach 1958. Bearbeitet und herausgegeben von Max Knoth. Rehau/Oberfranken.
- Zeittafel zur Geschichte des DDR-Journalismus 1945-1961 (1985). Hrsg. v. d. Karl-Marx-Universität, Sektion Journalistik. Leipzig.
- Zink, Harold (1957): The United States in Germany 1944-1955. Princeton, Toronto, New York, London.

## 11.2 Autobiografische Aufzeichnungen

- Hornig, Erhard (1985): Eine kleine Nachkriegs-Zeitung, 28.9.1985. Anlage zu einem Schreiben E. Hornigs an das Internationale Zeitungsmuseum der Stadt Aachen, Direktor Leppe, Bad Harzburg, 24.9.85 (im Besitz des Autors).
- Falk, Joachim P. (1989a): 170 Jahre »Mühlhäuser Anzeiger« - 1775-1945. Standpunkte. Mskpt., Wiesbaden 1989, Privatarchiv Falk, Eva Falk, Wiesbaden.
- Falk, Joachim P. (1989b): Geschichte der Dannerschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt ab 1933. Mskpt., Wiesbaden 1989, Privatarchiv Falk, Eva Falk, Wiesbaden.
- Falk, Joachim P. (1989c): Verlag des Mühlhäuser Anzeigers. Mskpt., Wiesbaden 1989, Privatarchiv Falk, Eva Falk, Wiesbaden.
- Falk, Joachim P. (1989d): Wandel des Zeitungsnamens 1775-1945. Mskpt., Wiesbaden 1989, Privatarchiv Falk, Eva Falk, Wiesbaden.
- Wulfert, Theodor [1949a]: Die Schönebecker Zeitung unter der Naziherrschaft und das gewaltsame Ende der Schönebecker Zeitung. Mskpt., o.O., o.J., Familienarchiv Wulfert-Markert, Hannover, Firmenarchiv Buchdruckerei Theodor Wulfert, Bestand »Akte Wulfert zum Beweissicherungsgesetz«.
- Wulfert, Theodor [1949b]: Das Ende der Naziherrschaft. Auf dreiviertel Jahr wieder Leiter des einstigen Betriebes. Mskpt., o.O., o.J., Familienarchiv Wulfert-Markert, Hannover, Firmenarchiv Buchdruckerei Theodor Wulfert, Bestand »Akte Wulfert zum Beweissicherungsgesetz«.
- Arnold, Rudolf: Tagebuchaufzeichnungen, Mskpt., Stadtarchiv Nordhausen, IIA853.

Oberreuter, August (III) [1963]: 1882-1962 – Achtzig Jahre Buchdruckerei Oberreuter, Zeulenroda. Reußischer Anzeiger 1882-1945. Familiengeschichte. Mskpt, o.O. [Zeulenroda]. o.J. (Familienarchiv August Oberreuter (IV), Hannover.).

### 11.3 Interviews und Auskünfte

Bachmann, Ralf, Berlin, 1945 Volontär bei der Tageszeitung *Nachrichten für Grimma*, schriftliche Mitteilung, 11.6.1999.

Cordier, Franz-Josef, Bad Heiligenstadt, Druckerei und Verlag F.W. Cordier, ehem. Produktion der Nebenausgabe *Eichsfelder Volksblatt* des *Westfälischen Volksblattes*, Paderborn, telefonische Auskunft, 3.3.2000.

Falk, Eva, Wiesbaden, 1945-49 Geschäftsführenden Gesellschafterin Dannersche Buchdruck und Verlagsanstalt (*Mühlhäuser Anzeiger*) 1945-49, Interview, 2.12.1998 und 24.4.2001, telefonische Auskunft 3.4.2001.

Friesecke, Thomas, Genthin, Urenkel des letzten Verlegers und Eigentümers des *Genthiner Tageblattes*, schriftliche Mitteilungen vom 15.12.1999 und 14.3.2000.

Hartmann, Günter, Berlin-Biesdorf, ehem. Sekretär für Agitation der NDPD, 1989/90 Parteivor-sitzender der NDPD, Interview, Biesdorf, 6.5.1998.

Heym, Stefan (†), Berlin, Schriftsteller, im Zweiten Weltkrieg Mitarbeiter der Propagandaabteilung der US-Armee, schriftliche Mitteilung, 1.2.1999.

Hille, Dorothee, Seehausen, Tochter des Verlegers Wilhelm Voigt, *Seehäuser Wochenblatt*, telefonische Auskunft, 15.3.2001.

Huster, Sonja, Berlin, Enkelin des Verlegers und Druckereibesitzers Gustav Huster, *Zörbiger Bote*, schriftliche Mitteilung, 27.5.1999.

Kausche, Karlheinz, München, Anzeigenchef, später Geschäftsführer bei der Magazin Verlagsgesellschaft der Süddeutschen Zeitung, Enkel des Gründers des *Zwickauer Tageblattes und Anzeiger* (1861-1943), Gesellschafter und Herausgeber des *Zwickauer Tageblattes* 1992 bis 1994, Interview, München, 18.6.2001.

Landmann, Dorothee, Zeitz, 1953-55 Redakteurin bei der Tageszeitung *Der Neue Weg*, Zeitz, danach als Redakteurin in Dresden, Halle, Weimar, ab 1962 Lokalchefin in Zeitz, telefonische Auskunft, 15.3.2000

Mattig, Edmund, Berlin, Sohn des letzten Eigentümers der Dömitzer Druckerei Edmund Mattig (*Dömitzer Zeitung*), telefonische Auskunft, 22.3.00.

Oberreuter, August (IV), Hannover, ehem. Geschäftsführer des Verbands der Druckindustrie Niedersachsen, ab 1945 Lehrling im elterlichen Verlag August Oberreuter (*Reußischer Anzeiger*), Zeulenroda, Interview, Hannover, 7.1.2000.

Oberreuter, Hans Wolf, Zeulenroda, Eigentümer d. Druckerei Oberreuter, telefonische Auskunft, 10.11.1999.

Richter, Dieter (†), Penig, Regionalhistoriker, schriftliche Mitteilungen, 20.1.2000 und 13.2.2000.

Roßberg, Johannes, Frankenberg, Eigentümer der Buchdruckerei C. G. Roßberg, telefonische Auskunft, 2.8.2000.

## 11.4 Benutzte Archivalia

Familienarchiv Wulfert-Markert, Hannover.

Familienarchiv Falk, Wiesbaden.

Stadtarchiv Weißenfels.

Thüringisches Landesarchiv, Weimar.

Stadtarchiv Schönebeck.

Internationales Zeitungsmuseum der Stadt Aachen.

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin.

Landeshauptarchiv Schwerin.

Familienarchiv Thomas Friesecke, Genthin.

Familienarchiv August Oberreuter (IV), Hannover.

Archiv Museum Schloß Burgk, Schleiz.

Stadtarchiv Crimmitschau.

Archiv des Ev.-Luth. Pfarramtes St. Martin, Meerane.

Stefan Matysiak  
 Blumenbachstr. 3  
 37075 Göttingen  
 S.Matysiak@web.de

## Lebenslauf

Geboren am 2.2.1965 in Zeven, Kreis Rotenburg/Wümme

Staatsangehörigkeit: deutsch

### Wissenschaftlicher Bildungsgang

derzeit	Freier Journalist und Texter, wissenschaftliche Arbeit zur Mediengeschichte und Medienökonomie
Okt. 1998 – Juli 2002	Promotionsstipendium der Hans-Böckler-Stiftung
seit 1997	Promotionsvorbereitung, Förderungsanträge, Beginn der Promotion
16.1.1997	Studienabschluss Staatsexamen, Gesamtnote: 1,9. Examensarbeit zur Entwicklung und Transformation der Tagespresse in Ostdeutschland. Note: 1
Sept. 1990 – Sept. 1991	Redakteur der Tageszeitung <i>Der Neue Weg</i> , Magdeburg, FAZ-Zeitungsgruppe
Apr. 1989 - Jan. 1997	Studium Lehramt Sekundarstufe II für Sozialkunde (Medienwissenschaften; Wirtschaftsgeschichte) und Germanistik sowie Niederländisch an der Uni Göttingen
25.4.1989	Vordiplom Sozialwissenschaften, Uni Hannover
Okt. 1986 - März 1989	Studium der Diplom-Sozialwissenschaften an der Universität Hannover



**Versicherung**

Ich versichere, daß ich die eingereichte Dissertation »Die Entwicklung der ostdeutschen Tagespresse nach 1945. Bruch oder Übergang?« selbstständig und ohne unerlaubte Hilfsmittel verfasst habe. Anderer als der von mir angegebenen Hilfsmittel und Schriften habe ich mich nicht bedient. Alle wörtlich oder sinngemäß den Schriften anderer Autoren entnommenen Stellen habe ich kenntlich gemacht.

Göttingen, den 30.7.2002